

Sonderforschungsbereich 186: Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf: institutionelle Steuerung und individuelle Handlungsstrategien: Arbeits- und Ergebnisbericht Juli 1991 - Juli 1993

Veröffentlichungsversion / Published Version
Tätigkeitsbericht, Jahresbericht / annual report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Universität Bremen, SFB 186 Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf. (1993). *Sonderforschungsbereich 186: Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf: institutionelle Steuerung und individuelle Handlungsstrategien: Arbeits- und Ergebnisbericht Juli 1991 - Juli 1993*. Bremen. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-20996>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Sonderforschungsbereich 186

Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf

Institutionelle Steuerung
und individuelle
Handlungsstrategien

Arbeits- und Ergebnisbericht
Juli 1991 - Juli 1993

Bremen, Juli 1993



Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeine Angaben	1
2. Arbeits- und Ergebnisberichte der einzelnen Teilprojekte	
Teilprojekt A1 Differenzierungsprozesse von Berufsbiographien bei der Integration in das Beschäftigungssystem (Statuspassagen an der "zweiten Schwelle" II)	15
Teilprojekt A3 Selektionsprozesse im Berufsbildungssystem und abweichendes Verhalten	43
Teilprojekt A4 Risikopassage Berufseintritt. Hochschulabsolventenkohorten in den neuen Bundesländern im Vergleich	77
Teilprojekt B1 Erwerbsverläufe als Innovationsprozeß für Familienrollen. Zur Interdependenz von Passagengestaltungen und Verarbeitungsmustern bei Ehepartner	105
Teilprojekt B2 Lebensplanung junger Frauen: Neue Optionen und alte Normalität	139
Teilprojekt B5 Späte Heirat - Ergebnis biographisch unterschiedlicher Erfahrungen mit "cash" und "care"?	169
Teilprojekt C1 Normative Annahmen institutioneller Akteure bei der Regulierung prekärer gesundheitlicher Lebenslagen am Beispiel der medizinischen Rehabilitation	191

II

Teilprojekt C4

Passagen in Abstiegskarrieren und Auffangpositionen.

Teil 2: Gesundheitsbezogene Statuspassagen im Kontext von Betrieben, Familie und Sozialpolitik

223

Teilprojekt D1

Konstruktion biographischer Risiken durch Berufskrankheitenverfahren 1889-1929

257

Teilprojekt D2

Altersbilder und Konzepte der Sozialpolitik für das Alter (1900-1945). Deutschland und Frankreich im Vergleich

287

Teilprojekt D3

Sozialhilfekarrieren II. Verzeitlichung von Armutslagen und Biographie

319

Teilprojekt Z

Zentrale Geschäftsstelle: Bereich Methodenentwicklung und EDV

353

3. Anhang: Zwischenberichte der Teilprojekte

B3, B4 und C2 (gefördert 1988-1991)

385

Teilprojekt B3

"Unvollendete Statuspassagen im Übergang zwischen Studium und Beruf: Auf dem Weg zu neuartigen Arbeitsverhältnissen in sozialen Berufen?"

387

Teilprojekt B4

Berufliche und soziale Integration von DDR-Zuwanderern

389

Teilprojekt C2

Erosion traditioneller Normalitätsmuster der Beschäftigung im öffentlichen Dienst

391

4. Literaturverzeichnis

401

1. Allgemeine Angaben

1. Allgemeine Angaben zum Sonderforschungsbereich

Der am 1. Juli 1988 an der Universität Bremen eingerichtete Sonderforschungsbereich 186 "Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf" begann seine zweite Förderungsperiode am 1. Juli 1991 mit neun Teilprojekten, zu denen im Verlaufe des Jahres 1992 zwei neue Teilprojekte stießen (A4 "Risikopassage Berufseintritt" und B5 "Späte Heirat"). Damit wurde das Untersuchungsfeld des Sonderforschungsbereichs durch die Themen Ehe/Partnerschaft und Arbeitsmarktrisiken von Hochschulabsolventen in den neuen Bundesländern ergänzt. In der zweiten Forschungsphase haben im Sonderforschungsbereich Wissenschaftler(innen) aus fünf Fachbereichen der Universität Bremen zusammengearbeitet: Jura, Soziologie, Psychologie, Arbeitswissenschaft und Berufsbildung sowie Sozialpädagogik/Sozialpolitik.

Der Sonderforschungsbereich 186 ist in vier Projektbereiche gegliedert, die sich auf Lebensabschnitte und die jeweils relevanten sozialen Institutionen beziehen:

- A Übergänge vom Ausbildungs- in das Erwerbssystem
- B Statuspassagen zwischen Reproduktions- und Erwerbsarbeit
- C Statuspassagen innerhalb der Erwerbsarbeit
- D Übergänge zwischen Erwerbssystem und sozialer Sicherung

Es wurde darauf Wert gelegt, daß die Gliederung weder die Fachzugehörigkeit noch einen spezifischen forschungsmethodischen Zugang reproduziert. Dies hat es ermöglicht, daß in jedem Projektbereich aufeinander bezogene Forschungsfragen untersucht werden, die von unterschiedlichen fachwissenschaftlichen Blickrichtungen, aber mittels aufeinander bezogener Methodiken verfolgt werden.

1.1 Die wissenschaftliche Entwicklung des Sonderforschungsbereichs

Die zweite Förderungsphase wurde zur Angleichung an das Haushaltsjahr der DFG auf 2 1/2 Jahre verkürzt (01.07.1991-31.12.1993). Durch die in diesem Zeitraum geleistete Forschungsarbeit konnten, insbesondere durch erhobene Längsschnittdaten, die Thesen der Erosion der Normalbiographie und der um sich

greifenden Individualisierung von Lebensläufen differenziert werden. Die Art und Weise, wie biographische Akteure ihre Statuspassagen gestalten, wurde in den Untersuchungspopulationen durch retrospektive und/oder prospektive Designs untersucht. Es zeigte sich, daß zwischen den institutionalisierten Deutungsmustern des Lebenslaufs und den faktischen Handlungsweisen an Übergängen zwischen Lebensabschnitten und Institutionen ein Spannungsverhältnis besteht, das durch ein Spektrum biographischer Gestaltungsmöglichkeiten ausgefüllt wird. Die Datenanalysen bestätigen die generelle Annahme, daß die Wechselbeziehungen zwischen Akteuren, ihren sozialen Beziehungsnetzen und den institutionellen Handlungskontexten in Familie, Betrieben und Einrichtungen des Sozialstaats das Timing und den Ablauf von Statuspassagen zwischen den Institutionen des Lebenslaufs bestimmen.

Das Arbeitsprogramm der zweiten Förderungsperiode wurde von den Teilprojekten und dem Arbeitsbereich Methodenentwicklung in zunehmender begrifflicher und theoretischer Abstimmung durchgeführt. Im Mittelpunkt standen die zweiten, teilweise auch dritten Erhebungswellen und eine von Konzeptentwicklung auf Zusammenhangsanalysen übergehende Datenauswertung und -analyse. Dies bedeutete, daß in den Forschungsteams und in der Methodenarbeitsgruppe ein erheblicher Aufwand für die Formulierung angemessener theoretischer Konzepte und die Entwicklung angemessener Auswertungsdesigns geleistet wurde. Dies geschah mit dem Ziel, die Makrodaten zur Verlaufs- und Strukturanalyse mit Daten auf der Institutionen- und der Akteursebene zu verbinden. Dieser Aufwand ist allerdings angesichts der Kontinuitätschancen, die ein Sonderforschungsbereich eröffnet, besonders ertragreich, da innerhalb der Teilprojekte und durch deren Kooperation Theoriebildung und -überprüfung über einen längeren Zeitraum hinweg mit Hilfe von Längsschnittuntersuchungen möglich sind. Es konnten auch die Ergebnisse der Projekte, die während der zweiten Förderungsphase ausgelaufen sind, mit in die weitere Arbeit des Sonderforschungsbereichs eingebracht werden. Dies betraf einmal die Bedeutung neuer Formen von Statuspassagen zwischen Studium und Erwerbstätigkeit in sozialen Berufen zur Überbrückung von Beschäftigungsrisiken (B3) und zum anderen die Lebensvorstellungen junger Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, für die das Konzept der "doppelten Lebensplanung", das sich auf die Orientierung auf Erwerb und Familie bezieht, entwickelt wurde (B2).

Besonders hervorzuheben ist die Konsolidierung des Arbeitsbereichs "Methoden und EDV", der zur Unterstützung der Forschungsarbeit in den Teilprojekten und zur Entwicklung methodologisch gesicherter Erhebungs- und Analysewege bei der Verbindung qualitativer und quantitativer Daten in äußerst konstruktiver Weise beigetragen hat.

Auch die Gastwissenschaftler, die sich 1992 und 1993 für jeweils zwei Wochen im Sonderforschungsbereich aufgehalten haben, waren für die theoretische Präzisierung und Weiterentwicklung der Forschung und bei der Diskussion der Anschlußprojekte von großem Wert. Sie haben sich neben ihren Vorträgen aktiv mit den Fragestellungen der meisten Teilprojekte auseinandergesetzt und wichtige Hinweise, zum Beispiel für die theoretische Anschlußfähigkeit von Projektergebnissen, gegeben (s.1.3f.).

1.2 Die interne Kooperation im Sfb 186

Die Zusammenarbeit zwischen den Teilprojekten konnte durch den regelmäßigen Austausch der Ergebnisse und methodischen Vorgehensweisen bei der Auswertungs- und Interpretationsarbeit der Teilprojekte verbessert werden. Diese Kooperation vermittelte projektübergreifendes Wissen über die Probleme und Fortschritte bei der Bearbeitung der jeweiligen Themenstellung, was sich letztlich auch bei der inhaltlichen Abstimmung der Forschungsfragen für den Fortsetzungsantrag als außerordentlich hilfreich erwies.

a) Sfb - Werkstatt

Der seit Beginn des Sfb bestehende jour fixe wurde in dieser Forschungsphase als "Sfb-Werkstatt" fortgeführt, die zum gegenseitigen Austausch, zur Bewertung von Zwischenergebnissen, zur Weiterentwicklung von des Rahmenkonzeptes und zur Diskussion mit auswärtigen Referenten dient. Von den Sfb-Teilprojekten wurden folgende Beiträge eingebracht:

Braemer, Gudrun; Geissler, Birgit; Oechsle, Mechtild: "Lebensplanung junger Frauen - Kategorien der Analysen
 Buhr, Petra; Leisering, Lutz; Ludwig, Monika; Zwick, Michael: "Verzeitlichung und Biographisierung von Armut"

- Göckenjan, Gerd; Schniedewind, Karen; Hansen, Eckhard: "Altersbilder und Konzepte der Sozialpolitik (1900 - 1945)"
- Heinz; Walter R.; Helling, Vera: "Bilanzierungsmuster als Strukturdimensionen der Statuspassage in den Beruf"
- Kelle, Udo; Kluge, Susann; Prein, Gerald: "Gütekriterien und Geltungssicherung bei der Auswertung qualitativer Daten"
- Kelle, Udo; Prein, Gerald: "Methodenintegration und Theoriebildung"
- Mariak, Volker; Matt, Eduard: "Selektion und Selbstselektion in der beruflichen Ausbildung"
- Mergner, Ulrich; Marstedt, Gerd: "Kassenspezifische Verständnisweisen medizinischer Rehabilitation: Zur Rolle sozialer Organisationen bei der Gestaltung von Statuspassagen"
- Milles, Dietrich: "Für und wider die Risikobiographie - Zur historischen Konstruktion der Berufskrankheiten"
- Nagel, Ulrike: "Passiva rekonstruktiver Theoriebildung"
- Wahsner, Roderich: "Berufliche Karrieren von Dezerementen und Amtsleitern in den neuen Bundesländern"

b) Arbeitsgruppen im Arbeitsbereich Methoden

Die Arbeitsergebnisse des Methodenbereichs sind unter "Teilprojekt Z" dargestellt.

Zur Bearbeitung methodischer und methodologischer Fragen wurden zwei Arbeitsgruppen aus Mitarbeitern verschiedener Teilprojekte gebildet, die vom Methodenbereich koordiniert wurden. Die Arbeitsgruppen sollten einerseits die methodologische Diskussion am Sfb und ihre Ergebnisse bündeln und andererseits die Anbindung der "forschungsbegleitenden Methodenentwicklung" des Methodenbereichs an die Forschungspraxis der Teilprojekte sichern.

Die AG "Qualitative Methoden" widmete sich der im Sfb verbreiteten qualitativen Auswertungsmethodologie. An Stelle der in der Literatur dominierenden sequenz- und feanalytischen Auswertungsverfahren werden in vielen Teilprojekten Verfahren "thematisch vergleichender Analyse" verwendet. Diskutiert wurde einerseits die Bedeutung von heuristischen Konzepten und Arbeitshypothesen für die qualitative Datenauswertung, mit denen gleichermaßen dem Postulat nach Offenheit wie der Notwendigkeit einer theoriegeleiteten Forschung Rechnung getragen werden kann. Auf der forschungspraktischen Ebene bedeutete dies, daß Verfahren zur kodierenden Auswertung qualitativen Datenma-

terials eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Andererseits wurde der forschungslgische Status von qualitativen Interpretationen bzw. "Lesarten", die als ex post facto Hypothesen als methodologisch besonders riskant eingeschätzt wurden, untersucht. Auf der forschungspraktischen Ebene wurden hierzu verschiedene Möglichkeiten zur Validierung von Deutungshypothesen diskutiert.

Die AG "Repräsentativität und Stichprobenvalidität" bearbeitete einerseits die Frage der Verallgemeinerbarkeit von Ergebnissen, die auf der Grundlage kleiner Stichproben erzielt wurden, andererseits die Frage rationaler Modellierungsstrategien für kategoriale Daten. Auf der Grundlage empirischer Daten aus den Teilprojekten wurden

- unterschiedliche Strategien der Stichprobenziehung und Stichprobenvalidierung,
- unterschiedliche inferenzstatistische Verfahren kategorialer Datenanalyse unter besonderer Berücksichtigung exakter Tests und Bootstrap-Verfahren sowie
- Ansätze zur Schätzung und Prüfung von Kausalmodellen mit qualitativen bzw. kategorialen Daten

in bezug auf ihre Anwendbarkeit im Rahmen der Teilprojekte diskutiert.

c) Kooperationen in Arbeitsgruppen

Die Kooperation zwischen den Teilprojekten war orientiert an theoretischen Fragen.

In der Arbeitsgruppe "Modernisierungstheorien" (A1, B1, C4, D3) wurden Auswirkungen gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse auf individuelle Lebensverläufe, insbesondere auf Statuspassagen und Risikolagen und deren institutionelle Rahmung diskutiert. Dabei wurde eine spannungsreiche Ungleichzeitigkeit diagnostiziert zwischen einer fortschreitenden Deregulierung des individuellen Lebensverlaufes und dem Festhalten gesellschaftlicher und politischer Institutionen an normativen Standards wie "Normalbiographie", "Normalarbeitsverhältnis" und "Normalfamilie".

Modernisierung wird auf der individuellen Ebene ambivalent als Verunsicherung und Potential für wachsende Gestaltungsspielräume und -zwänge erfahren. Aufgrund von "institutional" (Beck) und "political lags" werden die Folgen der Pluralisierung von Lebensverläufen häufiger in spezifische Risikolagen transformiert und nur noch teilweise sozialpolitisch aufgefangen. Zugleich nehmen possessive Identitätsmuster (Keupp) ab. Vor diesem Hintergrund sich auflösender Masterstatus erscheint die von R. Levy angedeutete Neuinterpretation von Status als Statuskonfiguration und damit eine Neufassung des Konzepts der Statuspassage als angemessen. Eine Veröffentlichung zum Thema "Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf im Lichte gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse" ist in Vorbereitung.

In der Arbeitsgruppe "Jugend" (A1, A3, B2) wurden die in den Teilprojekten vertretenen Erklärungsansätze zur Risikolage Jugendlicher in der Berufsbildungsphase diskutiert. Speziell erörtert wurden Aussagen über Handlungsspielräume und Möglichkeiten der Biographie-Gestaltung unter dem Einfluß institutioneller Steuerung bzw. sozialer Kontrolle. Der Diskussionsrahmen wurde abgesteckt durch den Individualisierungsansatz sowie reproduktionstheoretische und Generationslagen-Konzepte. Zentrales Anliegen war die Offenlegung der unterschiedlichen Argumentationsstränge im Theoriefeld. Ziel war es, zu diesen und weiteren in den Projekten berücksichtigten Theorieansätzen (wie etwa der Cooling-Out-These bei A3) einen eigenen kritischen Standort zu finden, der in der Projektarbeit eingebracht werden sollte. Unterschiedlich beantwortet wurde die Hauptfrage nach den Bedingungen und Strukturen, die Berufsbiographien lenken. Die Arbeitsgruppe hat ihr Ergebnis in die Frage gekleidet, ob nicht die konstatierte Erosion traditioneller Sozialmilieus und der Wandel beruflicher Strukturen dahingehend zu interpretieren sind, daß nicht ein Rückgang gesellschaftlicher Steuerung, sondern nur eine andere Form der Steuerung Platz gegriffen hat: Im gesellschaftlichen Plazierungsprozeß sind an die Stelle der Außenlenkung vermehrt Selbstkontrolle und verinnerlichter Planungszwang getreten, die zugleich auch Freiheiten der Wahl suggerieren, die aber nicht für alle Schichten bzw. gesellschaftlichen Gruppen gegeben sind, aber im Sinne des Cooling-Out befriedend wirken.

In der Arbeitsgruppe "Hilfe" wurde dieser Begriff als als biographisches Moment (Formen der Hilfeerwartung an andere und an den Staat; Hilfe als staatlich organisierte Tätigkeit) verstanden. Untersucht wurden verschiedene Aspekte von Hilfe, wie sie in verschiedenen Projekten thematisiert werden: die Seite derer, denen geholfen wird (Sozialhilfeempfänger, D3), die Seite der Hilfeleister (soziale Professionen, ehem. B3) und kulturelle Bilder von Hilfe in der Geschichte (Altenhilfe, -pflege, D2). Ein theoretisches Konzept liegt vor, dessen Ursprung im Workshop 'Hilfe' des 12. Bremer Wissenschaftsforums liegt. Hinzugekommen ist das Dissertationsvorhaben von Monika Ludwig. Eine gemeinsame Veröffentlichung wurde vereinbart.

Die Arbeitsgruppe "Gesundheit" (C1, C4) versuchte, in Auseinandersetzung mit der Frage nach Formen und Gründen des gesellschaftlichen Umgangs mit Gesundheit und Krankheit, bzw. konkreter mit der Frage danach was in der Bearbeitung gesundheitlicher Beeinträchtigungen bedingter prekärer Lebenslagen durch gesellschaftliche Institutionen geschieht, das theoretische Fundament der Projektarbeit besser zu gründen, zu verbreitern und zu differenzieren und damit einen Beitrag zur Theoriediskussion im Sfb zu leisten.

d) Zusammenarbeit zwischen Zentraler Geschäftsstelle und den Teilprojekten

Die Zusammenarbeit zwischen der Zentralen Geschäftsstelle und den Teilprojekten bezüglich der Koordination von wissenschaftlichen Aktivitäten des Sfb 186 wie z.B. Sfb-Publikationen und Konferenzen wird vom Sprecher in Zusammenarbeit mit dem Geschäftsführer geleistet.

Die verwaltungsbezogenen Vorgänge werden von der Verwaltungsleiterin und vom Geschäftsführer koordiniert.

1.3 Austausch mit der fachwissenschaftlichen Öffentlichkeit

Die Kontakte mit Fachkollegen im In- und Ausland wurde in der zweiten Förderungsphase intensiviert.

a) Kooperationsvertrag

Im Frühjahr 1993 wurde ein Kooperationsvertrag mit dem Life Course Center der University of Minnesota, Michigan, USA geschlossen. Das gemeinsame Interesse an Fragen der Lebenslaufforschung legt eine engere Kooperation beider Einrichtungen nahe. Prof. Dr. Walter R. Heinz hat daher bei seinem letzten Forschungsaufenthalt in den USA die hierzu notwendigen Kontakte hergestellt und die konkreten Möglichkeiten der Umsetzung mit der Leiterin des Life Course Center, Prof. Jeylan T. Mortimer, erörtert. Der Vertrag sieht u.a. eine Zusammenarbeit im Austausch von Doktoranden sowie gemeinsame Workshops und Veröffentlichungen vor.

b) 12. Bremer Wissenschaftsforum

Das 12. Bremer Wissenschaftsforum "Sozialer Wandel und die Modernisierung des Lebenslaufs" (9.-11. Oktober 1993) wurde vom Sfb 186 ausgerichtet. Die Vorträge und Workshops trafen auf ein breites Interesse auch der außeruniversitären Öffentlichkeit und Praxis. Die Ergebnisse des Wissenschaftsforums werden im Herbst 1993 als Band IV der Sfb Reihe "Status Passages and the Life Course" unter dem Titel "Moderne Lebensläufe im Wandel: Jugend - Familie - Beruf - Gesundheit" (Hrsg. L. Leisering u.a.) vorliegen.

c) 3. Internationales Symposium

Nach den beiden Symposien "Status Passages and Social Risks in the Life Course (1989) und "Status Passages and Gatekeeping in the Life Course" (1991), deren Ergebnisse publiziert vorliegen, fand im März 1993 das dritte Symposium zum Thema "Biography and Society" statt. 12 Jahre nach dem Erscheinen des Buches "Biography and Society", das von Daniel Bertaux herausgegeben wurde, versammelten sich soziologische Theoretiker und Lebenslauf- bzw. Biographieforscher in Bremen mit der Absicht, die bislang eher als interdisziplinäres Forschungsfeld betrachtete Lebenslaufsoziologie auf ihre Anschlußfähigkeit an verschiedene soziologische Theorien zu befragen. Wohl aufgrund der Tatsache, daß die Tagung gemeinsam vom Sfb und den Sektionen "Theorie" sowie "Biographieforschung" der Deutschen Gesellschaft für Soziologie organisiert wurde, gelang es Referenten zu versammeln, die sich in unterschiedlichen Theorie- und Forschungsrichtungen einen Namen gemacht haben. Die Ergebnisse dieses

Symposiums werden 1994 in der Sfb Reihe "Status Passages and the Life Course" publiziert.

d) Projektbezogene Konferenzen und Workshops

Folgende projektbezogene Konferenzen und Workshops werden in den Teilprojekberichten dargestellt:

- Workshop "Ehepartnerliche Erwerbsverläufe. Auf der Suche nach Strukturgebung für weibliche Lebensführungen", März 1992 (Teilprojekt B1)
- Tagung "Gesundheitsrisiken, Industriegesellschaft und soziale Sicherungen in der Geschichte", Mai 1992 (Teilprojekt D1)
- Internationale Konferenz "The Qualitative Research Process and Computing", Oktober 1993 (Teilprojekt Z, Methodenbereich).

e) Ad-hoc Gruppen und Sonderveranstaltung auf dem Soziologentag

Das Teilprojekt D3 initiierte eine Ad-hoc Gruppe zur "Verzeitlichung von Armutslagen. Auf dieser vielbeachteten Veranstaltung wurden quantitative und qualitative Ergebnisse der neuen Armutforschung vorgestellt. Vortragende waren: Hans-Jürgen Andreß (Bielefeld), Petra Buhr und Monika Ludwig (Bremen), Gerd Mutz (München), Wolfgang Voges (Bremen) und Michael Zwick (Bremen; Leitung). Ein um zusätzliche Beiträge erweiterter Sammelband ist in Vorbereitung.

Als Sonderveranstaltung präsentierte Michael Zwick (D3) eine Dia-Show mit dem Thema: "Entwicklung und Strukturwandel der Sozialhilfe in der Bundesrepublik".

Weiterhin beteiligten sich zahlreiche WissenschaftlerInnen des Sfb 186 an den Arbeitsgruppen.

f) Gastwissenschaftler

Prof. Dr. Esteban Rodriguez-Ocana hielt sich im Mai/Juni 1992 als Gastwissenschaftler im Sfb 186 auf. Die Arbeitsgespräche mit den Teilprojekten C1, C4, D1 und D2 fanden gemeinsam mit den Mitgliedern der Abteilung "Gesundheitspolitik, Arbeits- und Sozialmedizin" des Zentrums für Sozialpolitik (ZeS) statt. Im Zentrum der Diskussionen standen Modernisierung, Gesundheitsgefährdung und ärztliche Aufgaben im Sozialversicherungssystem.

Prof. Dr. Heiner Keupp (Universität München) diskutierte im Oktober 1992 vorwiegend mit den Teilprojekten des Projektbereichs A über diskontinuierliche Erwerbsverläufe, soziale Netzwerke und Identitätsentwicklung junger Erwachsener sowie mit dem Bereich Methoden und EDV über qualitative Erhebungsmethoden und Analyseverfahren.

Prof. Renate Tesch (Desert Hot Springs, California USA) hielt sich im November 1992 am Sonderforschungsbereich auf. Sie erarbeitete zusammen mit dem Bereich Methoden und EDV Konzepte zur EDV-gestützten Verwaltung und Analyse qualitativen Datenmaterials, die in einem Sfb-internen Workshop mit den empirisch arbeitenden Teilprojekten diskutiert wurden.

Prof. Dr. René Levy (Universität Lausanne) arbeite im Januar/Februar 1993 mit den meisten Sfb-Projekten über theoretische Grundlagen der Lebenslauf-forschung und des Statuspassagenbegriffs.

Prof. Dr. Bernd Baldus (University of Toronto) hielt sich im Mai 1993 im Sfb auf. Er setzte sich projektübergreifend mit dem theoretischen Rahmenkonzept des Sfb vor dem Hintergrund neuerer Ansätze der Evolutionstheorie auseinander.

Prof. Dr. Annemette Sørensen (MPI für Bildungsforschung, Berlin) hielt sich im März 1993 im Sfb auf und arbeitete vor allem mit den Teilprojekten D3, B1, A1, und A3 an sozialstrukturellen Fragen der Armut und der Familie.

Prof. Dr. Frank F. Furstenberg diskutierte im Mai/Juni 1993 mit den Projekten A1, A3, A4, B1, B5, und D3 Themen der Sozialpolitik, des Generationenvergleichs und der Veränderungen des Familiensystems.

g) Gastvorträge

Im Rahmen der "Sfb-Werkstatt" hielten folgende Referenten Gastvorträge:

Prof. Dr. Rolf Kjolseth (University of Colorado at Boulder): "Sehen und Verstehen: Fotografie als Hilfsmittel der Sozialforschung"

Prof. Dr. Heiner Keupp (München): "Subjekt und Psychologie in der Krise der Moderne - Perspektiven einer 'postmodernen' Sozialpsychologie"

Dr. Udo Kuckartz (FU Berlin): "EDV-gestützte Verfahren der Typenbildung in der qualitativen Sozialforschung"

Prof. Dr. Ernst-H. Hoff (Freie Universität Berlin): "Kontrolle und Moral - Zur Verknüpfung unterschiedlicher Konzepte und Methoden in einem Forschungsprojekt zu ökologischer Verantwortung im Beruf"

Dr. Hans-Rolf Vetter (Deutsches Jugend - Institut (DJI), München): "Der wohlfahrtspolitische Ansatz der erwerbsbiographischen Konstruktion - Plädoyer für die Institutionalisierung des Lebenslaufs"

Prof. Dr. René Levy (Universität Lausanne): "Soziale Schichtung und Statuspassagen in modernen Gesellschaften"

Prof. Dr. Annette Sørensen (MPI für Bildungsforschung, Berlin): "Family Structure and Social Inequality"

Prof. Dr. Frank F. Furstenberg (University of Pennsylvania, Philadelphia): "Family Change and the Welfare of Children: What We Know and What We Can Do About It"

Prof. Jeylan T. Mortimer (University of Minnesota, Minneapolis, USA): "Working in Adolescence"

Prof. Barbara Laslett (University of Minnesota, Minneapolis): "Biographical Research and Women Studies"

Prof. Dr. Bernd Baldus (University of Toronto): "Was leisten Chaos- und Evolutionstheorie zur Erklärung sozialer Ungleichheit?"

h) Bücher

Die Sfb-Reihe "Status Passages and the Life Course" (Ed. Walter R. Heinz) erscheint im Deutschen Studien Verlag, Weinheim. Bisher sind erschienen:

Vol I: Theoretical / Advances in Life Course Research (1990)

Vol II: The Life Course and Social Change: Comparative Perspectives (1992)

Vol III: Institutions, Gatekeeping and the Life Course (1992)

Im Herbst 1993 erscheinen:

Band IV: Moderne Lebensläufe im Wandel: Jugend - Familie - Beruf - Gesundheit (Hrsg. L. Leisering u.a.)

Band V: Erwerbsverläufe von Ehepartnern und die Modernisierung weiblicher Lebensführung (Hrsg. C. Born/H. Krüger)

i) Arbeitspapiere 1991 - 1993

- Nr. 12 Schumann, Karl F.; Gerken, Jutta; Seus, Lydia (1991): "Ich wußt' ja selber, daß ich nicht grad der Beste bin ..." Zur Abkühlungsproblematik bei Mißerfolg im schulischen und beruflichen Bildungssystem
- Nr. 13 Heinz, Walter R.; Behrens, Johann (1991): Statuspassagen und soziale Risiken im Lebenslauf
- Nr. 14 Rohwer, Götz; Voges, Wolfgang; Buhr, Petra (1992): Verlaufsanalysen in der Sozialhilfeforschung. Eine Einführung in das Programm SHD
- Nr. 15 Mariak, Volker; Matt, Eduard (1993): Sozialisation und Selbst-Sozialisation in der beruflichen Ausbildung. Über Selektionskriterien und -entscheidungen von AusbilderInnen und Jugendlichen
- Nr. 16 Erzberger, Christian (1993): Erwerbsarbeit im Eheleben. Männlicher und weiblicher Erwerbsverlauf zwischen Dependenz und Unabhängigkeit.
- Nr. 17 Kelle, Udo (1993): The Qualitative Research Process and Computing. Bericht über die Konferenz an der Universität Bremen vom 7.-9. Oktober 1992.
- Nr. 18 Prein, Gerald; Kluge, Susann; Kelle, Udo (1993): Strategien zur Sicherung von Repräsentativität und Stichprobenvalidität von kleinen Samples.
- Nr. 19 Prein, Gerald; Kelle, Udo; Kluge, Susann (1993): Strategien zur Integration quantitativer und qualitativer Auswertungsverfahren
- Nr. 20 Farwick, Andreas/Nowak, Frank/Taubmann, Wolfgang (1993): Marginale Gruppen auf dem Wohnungsmarkt. Das Beispiel Bremen

k) Sfb - Report

Um Ergebnisse der bisherigen Forschungstätigkeit auch einem Leserkreis zu zugänglich zu machen, der über das wissenschaftliche Arbeitsfeld des Sfb hinausgeht, erscheint seit September 1993 der Sfb-Report (bisher liegen zwei Ausgaben vor). Durch die Unterstützung der Pressestelle der Universität gelang es, die Auflage auf 1300 Exemplare zu erhöhen.

l) Dokumentation

Eine Dokumentation der bisher vom Sfb 186 veröffentlichten Literatur erscheint in der Zeitschrift BIOS im Spätsommer 1993.

1.4 Stellung des Sfb 186 innerhalb der Hochschule und Förderung der Lehre

Die Stellung des Sfb innerhalb der Hochschule und die Förderung der Lehre wird im Finanzierungsantrag für die 3. Forschungsphase unter Punkt 5.1. Seite 39-41 ausführlich erläutert.

1.5 Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

a) Berufungen, Habilitationen, Promotionen

Im Jahre 1992 wurden zwei (ehemalige) Sfb-Mitarbeiterinnen als Professorinnen berufen:

- Dr. Birgit Geissler (Fachhochschule Hamburg),
- Dr. Ursula Rabe-Kleberg (Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg).

Habilitiert haben sich:

- Dr. Ursula Rabe-Kleberg (Teilprojekt B3) (1993): "Vom Dienen zur Dienstleistung. Ein Beitrag zum Verhältnis von Geschlecht und Beruf".
- Dr. Wolfgang Voges (Teilprojekt D3) (1993): "Arbeitsunfähigkeit und Frühverrentung - Analysen im Zeitraum der Implementation des BSG-Urteils zur "konkreten Betrachtungsweise".

Promoviert haben: Dr. Lydia Seus (Teilprojekt A3), Dr. Udo Kelle (Teilprojekt Z, Methodenbereich) und Dr. Peter Kupka (Teilprojekt B5).

b) Graduiertenkolleg "Lebenslauf und Sozialpolitik"

Zusammen mit dem Zentrum für Sozialpolitik der Universität hat der Sfb 186 das Lehr- und Forschungsprogramm des für die Zeit vom 01.10.1990 bis 30.09.1993 bewilligten und inzwischen verlängerten Graduiertenkollegs "Lebenslauf und Sozialpolitik" gestaltet und getragen. Im Bewilligungszeitraum wurden 14 Graduierte mit Doktorandenstipendien und zwei Wissenschaftlerinnen mit Post-Doc-Stipendien gefördert. Ferner arbeiten vier wissenschaftliche MitarbeiterInnen des Sfb 186 als Kollegiaten mit. Drei Doktorandinnen schieden

vorzeitig aus. In der Lehre arbeiten alle HochschullehrerInnen, die am ZeS und/oder am Sfb 186 tätig sind, und einige MitarbeiterInnen (Ulrike Nagel, Wolfgang Voges, Andreas Witzel) zusammen. Die Betreuung der DoktorandInnen obliegt stets einem Team von mindestens zwei HochschullehrerInnen. Zusammen mit den Professorinnen Gunhild Hagestad (Evanston/Oslo) und Janet Finch (Lancaster) organisierte der Lehrkörper des Kollegs im Juni 1992 eine internationale Sommerschule mit internationaler Beteiligung von Graduierten.

Die Laufzeit des Graduiertenkollegs ist zunächst für ein weiteres Jahr bewilligt worden; ein Verlängerungsantrag wird zum 01.04.1994 gestellt.

2. Arbeits- und Ergebnisbericht der einzelnen Teilprojekte

Projektbereich A

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojekts A1

Thema: Differenzierungsprozesse von Berufsbiographien bei der Integration in das Beschäftigungssystem

Beteiligte Wissenschaftler/in:

Prof. Dr. W.R. Heinz	(GA) Projektleiter	Dr. R. Bogun	(EA)
Dipl.-Soz. V. Helling	(EA)	Dipl.-Psych. I. Mönnich	(EA)
Dr. A. Witzel	(GA)		

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Stand der Forschung bei Antragstellung und Ausgangsfragestellung
3. Methodische Vorgehensweise
 - 3.1 Verlaufsmuster als Konzept der quantitativen Prozeßanalyse
 - 3.2 Rekonstruktion institutioneller Kontexte beruflicher Statuspassagen
 - 3.3 Biographische Analyse
 - 3.3.1 Das Konzept der Passagenaufgaben
 - 3.3.2 Die Typologie berufsbiographischer Gestaltungsprinzipien
4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit
 - 4.1 Kontinuierliche Verlaufsmuster dominieren
 - 4.2 Institutionelle Kontexte für berufsspezifische Statuspassagen
 - 4.3 Statuspassagen sind durch Aufgaben strukturiert
 - 4.4 Berufsbiographische Gestaltungsprinzipien in den ersten Berufsjahren
 - 4.5 Wie wird die Aufgabenstruktur der Passage bearbeitet?
5. Außenaktivitäten
 - 5.1 Vorträge u.a.
 - 5.2 Beitrag zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit
6. Publikationen
 - 6.1 Veröffentlichungen in der laufenden Berichtsperiode
 - 6.2 Arbeitspapiere

1. Zusammenfassung

Die standardisierte Verlaufsuntersuchung und die biographischen Analysen haben ergeben, daß die Annahme einer verbreiteten Erosion der Normalbiographie nach Abschluß der Berufsausbildung für die von uns erfaßten Berufe und Regionen nicht zutrifft. Vielmehr gibt es berufsspezifische Risiken von Unterbrechungen und Diskontinuitäten im Berufsverlauf, die den Abschluß der gesamten Statuspassage in den Beruf hinauszögern; erst vor diesem Hintergrund gibt es auch regionale Differenzierungen. Insgesamt zeigt sich, daß in München und Bremen direkte Übergänge am häufigsten stattfinden und die Verlaufsmuster an der ersten und zweiten Schwelle relativ wenig variieren. Jedoch lassen sich die Verlaufsmuster bei der Einmündung in die Berufsausbildung und die bei der Aufnahme der Erwerbstätigkeit nicht direkt aufeinander beziehen: Der Zusammenhang erweist sich als statistisch zufällig. Wie die Analyse der institutionellen Kontexte der ausgewählten Berufe zeigt, variieren die jeweiligen Handlungsspielräume zur Entwicklung eines kontinuierlichen Berufsverlaufs erheblich; beispielsweise können Bankaufleute mit einer beruflichen Laufbahnstruktur und Weiterbildungsangeboten rechnen, während Friseurinnen auf Arbeitsbedingungen stoßen, die einen kontinuierlichen und qualifikationsentsprechenden Erwerbsverlauf gefährden.

Die beiden Wellen der problemzentrierten Interviews wurden aus zwei theoriegenerierenden Perspektiven ausgewertet. Einmal wurden die Sinnbezüge, die junge Erwachsene mit der Passage in die Berufswelt verknüpfen, durch fallvergleichende Analysen zu einer Typik der Aufgabenstruktur der Statuspassage in den Beruf entwickelt (kontinuierliches Erwerbsverhältnis; Beruf als Programm; Beruf als Medium zur Selbstthematisierung; Identifikation mit dem Beruf) zum anderen wurden aus den Bilanzierungen des bisherigen Verlaufs der Statuspassage von der Berufsausbildung bis ins Beschäftigungssystem eine Typik berufsbiographischer Gestaltungsprinzipien gewonnen (Delegation, Selbstbeschränkung, Statusverbesserung, Orientierungssuche, Habitus, Persönlichkeitsentwicklung, Selbstbehauptung und Verfolgung berufsinhaltlicher Interessen). Durch die Verbindung der Aufgabenstruktur der Statuspassage mit den berufsbiographischen Gestaltungsprinzipien und den Ergebnissen der Institutionenanalyse kann erklärt werden, warum sich der Zusammenhang zwischen den Übergangsmustern an der ersten und zweiten Schwelle statistisch als zufällig erweist: Hinter einem direkten Übergang in die Berufsausbildung können ganz unterschiedliche Aufgaben der Statuspassage stehen. Welche Aufgabenbearbeitung dann an der zweiten Schwelle dominant wird, hängt nicht nur von der Übernahme durch

den Betrieb ab, sondern auch vom institutionellen Kontext des Betriebs und den berufsbiographischen Gestaltungsprinzipien der jungen Erwachsenen.

2. Stand der Forschung bei der Antragstellung und Ausgangsfragestellung

Wie die Untersuchung von Blossfeld (1989) auf der Grundlage eines Vergleichs von drei Kohorten gezeigt hat, ist der Berufseintrittsprozeß für den späteren Erwerbsverlauf von zentraler Bedeutung. Differenzierte Untersuchungen des Übergangsprozesses an der 2. Schwelle, die bis Ende der 80er Jahre durchgeführt wurden (vgl. Bolder/Peusquens 1988, Winkel 1989 und 1990), zeigen, daß sich ein großer Teil der Ausbildungsabsolventen ein halbes Jahr nach der Berufsausbildung nicht in einem Beschäftigungsverhältnis befand; die Übergangschancen differieren entlang der Merkmale Beruf, Geschlechtszugehörigkeit und regionale Beschäftigungslage. In der "Hamburger Jugendstudie" (Friebel 1990) wird vor allem auf die vielfältigen Qualifizierungsprozesse der jungen Erwachsenen im Anschluß an die Berufsausbildung und die hohe Bedeutung von Weiterbildungsmaßnahmen verwiesen. Während die genannten deutschen Studien durchaus regelhafte Übergangs- und Verlaufsstrukturen entlang sozialstruktureller Merkmale wie Kohortenzugehörigkeit, Beruf, Geschlecht und Region aufzeigen, lassen amerikanische Studien über Übergangssequenzen von Jugendlichen von der Schule in die Erwerbstätigkeit darauf schließen, daß in dieser Etappe des Lebenslaufs "inkonsistente Aktivitätsverläufe" zur Regel werden (Rindfuss u.a. 1987, Buchmann 1989).

Die berufliche Sozialisationsforschung konzentriert sich demgegenüber zunehmend auf biographische und sozialpsychologische Feinanalysen. Hierdurch werden differenzierte Aussagen darüber möglich, wie Jugendliche und junge Erwachsene ihren Lebenslauf bewältigen und interpretieren. So vertreten Zoll u.a. die These eines "neuen kulturellen Modells", das "durch ein verändertes Verhältnis der Individuen zu sich selbst und zu den anderen charakterisiert" sei (Zoll u.a. 1989, S. 8). Auch eine Studie des SOFI (Baethge u.a. 1988) führt zu dem Ergebnis, daß sich ein "neuer Stand des Arbeitsbewußtseins" durchsetze, in dem

subjektbezogene Ansprüche dominierten. Die Untersuchung von Sozialisationsprozessen junger Metallfacharbeiter durch Lempert, Hoff und Lappe (1990) verweist auf die große Bedeutung beruflicher Handlungsbedingungen für das Kontrollbewußtsein und das Strukturniveau des moralischen Denkens bei der Bewältigung sozialer Probleme und Konflikte. Heinz u.a. (1987) haben, um die Beziehung zwischen Kontextbedingungen, ad hoc-Handlungsstrategien und biographischen Kontinuitätspraktiken konzeptuell zu erfassen, den Begriff der "Optionslogik des Arbeitsmarktes" sowie das Konzept der "biographischen Konstruktionen" in die Debatte eingebracht. In der biographischen Jugendforschung wurden hingegen primär Typologien, z.B. von Balancierungsformen subjektiver Ansprüche und institutioneller (Zeit-)Vorgaben (Fuchs-Heinritz u.a. 1990) oder Handlungstypen (Lenz 1988) bevorzugt. In diesen treten allerdings die Lebensverhältnisse und Kontextbedingungen, in denen die Statuspassagen gestaltet werden, vielfach in den Hintergrund. Zudem unterstellen solche Typologien eine individuelle Handlungskonsistenz, die gerade im Verlauf destandardisierter Statuspassagen unwahrscheinlich sein dürfte.

Demgegenüber strebt das Projekt A1 an, eine Verbindung zwischen berufsbiographischer Verlaufsforschung und soziologischer Handlungstheorie herzustellen. Durch die theoriegenerierende Vorgehensweise soll ein Beitrag zur soziologischen Theoriedebatte geleistet werden, der in der biographischen Jugendforschung bislang weitgehend vermißt wird (Fuchs-Heinritz 1990). Dabei gehen wir von der These aus, daß Übergänge im Lebenslauf in einem Spannungsfeld zwischen normativen Ordnungsmustern, Chancenstrukturen und individuellen Interessen verlaufen. Die Ausgangsfragestellung in der zweiten Förderungsphase richtete sich deshalb 1. auf den Zusammenhang spezifischer Übergangsmuster an den beiden Schwellen zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem und 2. auf die Konsistenz bzw. Veränderung von berufsbiographischen Orientierungen im Verlauf der Auseinandersetzung junger Fachkräfte mit Ausbildungs- und beruflichen Anforderungen. Dabei sollten die Biographien und Handlungsweisen der jungen Erwachsenen nicht in Abstraktion von ihren konkreten, strukturell geprägten Rahmenbedingungen, sondern im Kontext berufs-, regio-

nal- und geschlechtsspezifisch differenzierter und sich im Zeitablauf wandelnde Handlungskonstellationen analysiert werden.

3. Methodisches Vorgehen

Die im Folgenden dargestellten methodischen Vorgehensweisen und Ergebnisse beruhen auf einer zweiten Befragungswelle der standardisierten und biographischen Verlaufsuntersuchung. Die standardisierte Erhebung (n=1334) fand im Winter 1990/91 mit einer Rücklaufquote von 64,5 % statt. Die angezielte Stichprobe der biographischen Verlaufsanalyse (vgl. Antrag 2. Forschungsphase) wurde in der Erhebung Sommer/Herbst 1991 nahezu erreicht, so daß nunmehr 114 Erst- und Zweitinterviews vorliegen. Da die Differenzierung der Stichprobe nach dem Kriterium direkte/indirekte Übergänge an der ersten und zweiten Schwelle gleichverteilt war, bestand kein Anlaß, weitere Fälle aus dem großen Sample zu erheben.

3.1 Verlaufsmuster als Konzept der quantitativen Prozeßanalyse

In der quantitativen Verlaufsanalyse wurde der Frage nachgegangen, welche Verlaufsmuster sich auf der Grundlage von Handlungsergebnissen im Übergangsprozeß an der ersten und der zweiten Schwelle zeigen. Daran anschließend zielte diese Fragestellung in zwei Richtungen: Erstens wurde nach der Verteilung von Verlaufsmustern gefragt und inwieweit sich in ihnen berufs-, geschlechts- und regionalspezifische Chancen und Risiken spiegeln. Zweitens waren die Verlaufsmuster an der ersten und der zweiten Schwelle bezüglich ihrer Beziehung zueinander zu analysieren. Hier stand die Frage nach dem Einfluß der Art des Übergangs an der ersten Schwelle auf das Übergangsmuster an der zweiten Schwelle im Mittelpunkt, d.h. wie wirkt sich die Geschichte des Übergangsprozeß in Form eines bestimmten Verlaufsmusters in die Berufsausbildung auf die weitere Berufseinmündung aus. (Mit dem Problem der Modellierung von Verlaufsmustern befaßt sich die Dissertation von Ingo Mönlich)

Zur Beantwortung dieser Fragestellungen wurden zunächst 1289 individuelle

Übergänge auf der kategorischen Ebene von Verlaufsmustern zusammenfaßt. Das Beobachtungsfenster der Verläufe erstreckt sich auf den Zeitraum des Verlassens der allgemeinbildenden Schule über die Berufsausbildung bis ein Jahr nach dem Abschluß der Lehre. Die Verläufe wurden separat für beide Übergänge zu Mustern verdichtet. Aufgrund der Offenheit der Fragestellung nach den Verlaufsmustern wurden diese nicht durch a priori festgelegte formale Kriterien strukturiert. Die Musterbildung erfolgte vielmehr in der konkreten Auseinandersetzung mit den **individuellen Verläufen** und deren Interpretation. Dieser Analyseschritt führt zu Prozeßvariablen (vgl. Ulich & Strehmel, 1991), auf deren Grundlage in Anlehnung an Strehmel (1988) Verlaufsmuster herausgearbeitet werden können.

Die mit diesem Verfahren aggregierten Verlaufsmuster sind eine Fortführung und Ausdifferenzierung der bereits in der Förderungsphase 1988-1991 entwickelten Klassifikation in **direkte** und **nicht direkte** Übergänge an der ersten Schwelle. Da unsere Studie als Panel konzipiert ist, repräsentieren die Verlaufsmuster an der zweiten Schwelle eine Momentaufnahme. Sie beziehen sich auf einen Zeitraum von einem Jahr nach dem Abschluß der Berufsausbildung und stehen somit für einen Prozeß, dessen Fortgang für die Zukunft offen ist und dessen Ergebnis in den folgenden Panelwellen eingefangen werden soll. Die Verlaufsmuster an der ersten Schwelle beziehen sich hingegen auf einen Übergangsprozess, der mit der Beendigung der Berufsausbildung als abgeschlossen zu betrachten ist.

3.2 Rekonstruktion institutioneller Kontexte beruflicher Statuspassagen

Berufliche Handlungskontexte greifen als institutionelle Strukturen in Berufsbiographien ein. In dieser Perspektive zielt der hier verwendete Kontextbegriff auf Chancenstrukturen und Risikolagen ab, mit denen es junge Fachkräfte bei der Statuspassage in die Erwerbstätigkeit zu tun haben.

Die mit den verschiedenen Kontexten verbundenen Chancenstrukturen (vgl. Heid 1992) sind berufs-, regional- und geschlechtsspezifisch geprägt. Diesem Umstand wurde bereits bei der Auswahl von sechs Berufen, die sich hinsichtlich

ihrer beruflichen Chancen und Risiken sowie ihrer Geschlechtsspezifität deutlich unterscheiden, sowie der beiden Untersuchungsregionen Bremen und München Rechnung getragen. Nachdem in der ersten Förderungsphase auf der Basis sekundärstatistischer Analysen insbesondere die **regionalen** Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen und -risiken für junge Berufsanfänger in den beiden Wirtschaftsregionen vergleichend analysiert wurden (vgl. Baumeister/Bogun 1991), konzentrierte sich das Forschungsinteresse in der zweiten Förderungsphase auf die "handlungsnähere" Ebene der betriebs- und **berufsspezifischen** Handlungsbedingungen.

Hierfür wurde primär auf das Kontext- und Handlungswissen der Jugendlichen zurückgegriffen. Durch die "Problemzentrierung" der biographischen Interviews (vgl. Witzel 1982) stehen vielfältige Aussagen etwa über die Situation auf den regionalen Lehrstellen- bzw. Arbeitsmärkten, betriebliche Selektions- und Einstellungspraktiken, über konkrete Arbeitsbedingungen u. dgl. zu Verfügung. Zur Analyse dieser individuellen und kollektiven Wissensbestände wurde ein eigener Auswertungsansatz entwickelt (vgl. Bogun 1993). Diese Informationen und Aussagen wurden mittels eines zu diesem Zweck entwickelten Auswertungsbogens systematisch dem Interviewmaterial entnommen und - gemeinsam mit ergänzenden Informationen aus weiteren Quellen (Expertengespräche und Materialien von Arbeitsämtern, Kammern und Berufsschulen, Presseberichte u. dgl.) - zu berufsspezifischen Kontextprofilen zusammengefaßt.

Werden in der biographischen Analyse die Aufgabenstruktur der Statuspassage und die Gestaltung der Berufsbiographie durch die Akteure herausgearbeitet, so beleuchtet die Kontextanalyse die in die Berufe eingelagerten strukturellen Mechanismen.

3.3 Biographische Analyse

Das Konzept der Passagenaufgaben und die Typologie berufsbiographischer Gestaltungsprinzipien (BGP), sind empirische Ergebnisse der Auswertung biographischer Interviews beider Erhebungszeitpunkte. Ihre gemeinsame theoretische Grundlage besteht in einem einfachen Handlungsmodell, das mit Hilfe eines darauf beruhenden Analyseschemas (ARB-Modell) die Rekonstruktion biogra-

phischer Prozesse strukturiert. Das **ARB-Modell** enthält eine Systematik der Orientierungs- und Handlungsschritten beruflicher Optionen in einem bestimmten biographischen Zeitraum: Aspirationen sind interessenbezogene Begründungen von Optionen; Realisationen beinhalten die Umsetzung der Aspirationen; Bilanzen beziehen sich auf Entscheidungs- und Handlungsfolgen. Die beiden analytischen Zugänge auf der Biographieebene richten den Blick schwerpunktmäßig auf unterschiedliche Schritte der Folge von A, R, und B: Passagenaufgaben werden aus Typisierungen von **Aspirationen** an die Statuspassage und Schritten zu ihrer **Realisierung** abgeleitet; bei der Typologie der BGP werden die Prinzipien des Umgangs mit dem Beruf und den Institutionen des Arbeitsmarktes aus der Summe der subjektiven **Bilanzen** gewonnen.

3.3.1 Das Konzept der Passagenaufgaben

Die Aspirationen der jungen Erwachsenen an die Statuspassage und die Schritte zu ihrer Realisierung wurden auf der Basis von 30 Erstinterviews als Sinnkonstrukte typisiert, die für die Akteure in berufsbiographischen Situationen relevant werden und an denen sich Handlungsziele und Handlungsabläufe orientieren. Aus den vier voneinander abgrenzbaren Typisierungen (Statuspassage als formale Integration in das Beschäftigungssystem, Plazierung, Individualisierung und Realisierung einer Berufung) wurden **Aufgaben** der Statuspassage abgeleitet. Als Aufgaben der Statuspassage in den Beruf wurden ermittelt: Die Herstellung eines Übergangs in das Beschäftigungssystem gemäß normalbiographischer Standards, die Integration in ein berufliches Programm, die biographische Selbstthematization und die Identifikation mit einem Beruf als Projekt. Die weiteren Auswertungsschritte wurden durch die Hypothese (vgl. Glaser/Strauss 1979 und Strauss/Corbin 1990) strukturiert, daß die Aufgaben von jedem jungen Erwachsenen zu bearbeiten seien, um die Passage in den Beruf objektiv, d.h. in bezug auf den Statuswechsel, und subjektiv, d.h. in bezug auf die Identifikation mit dem Passagenergebnis, zum Abschluß bringen zu können. Aus den Typisierungen wurden **Indikatoren** für die Bearbeitung der Passagenaufgaben entwickelt (vgl. Übersicht 1 unter 4.3), um den Einzelfall im Längsschnitt als Prozeß

der Auseinandersetzung mit den Passagenaufgaben rekonstruieren zu können.

Der erste Schritt der **Fallanalysen unter dem Aspekt der Bearbeitung der Passagenaufgaben** ist die Ergänzung der die Berufsverlaufsstationen umfassenden Fallchronologie dar. Um einen Überblick zu erhalten, werden die optionsspezifischen Aspirationen auf der Basis der Indikatoren den einzelnen Aufgaben zugeordnet. Hier deuten sich bereits Dominanzen und Wechsel in der Aufgabenbearbeitung an. In einem zweiten Schritt wird der Fall (Erst- und Zweitinterview) in bezug auf die Auseinandersetzung mit jeder der vier Aufgaben analysiert. Dies erfolgt unter Berücksichtigung folgender Fragen: Erlangt die jeweilige Aufgabe für den Akteur biographische Relevanz, in welcher Phase seiner Berufsbiographie und in welcher Situation? Wie setzt sich der junge Erwachsene mit der Aufgabe auseinander, kann sie gelöst werden oder wird sie zu einem Problem? Werden unterschiedliche Aufgaben gleichzeitig bearbeitet? Wo lassen sich die beruflichen Zukunftsaspirationen verorten, auf welchen Bereich beziehen sich Anliegen des Akteurs?

Es hat sich dabei erwiesen, daß die Typologie erschöpfend ist. Jeder Einzelfall kann in der Logik der Bearbeitung von nicht mehr als den vier Aufgaben rekonstruiert werden.

Visualisiert wird die fallspezifische Aufgabenbearbeitung über ein Diagramm, das eine Zeit- und eine Aufgabenachse enthält, in die die beruflichen Stationen eingetragen werden. Über Pfeile wird die parallele Bearbeitung unterschiedlicher Aufgaben veranschaulicht. Damit lassen sich auf einen Blick die für die Berufsbiographie dominanten Aufgaben ablesen und für den Fallvergleich nutzen. Auf dieser Basis wird noch einmal eine Gesamtbilanz des Falls gezogen, die sich auf die Frage bezieht, ob die Passage objektiv und subjektiv abgeschlossen ist.

3.3.2 Die Typologie berufsbiographischer Gestaltungsprinzipien

Die Typologie berufsbiographischer Gestaltungsprinzipien (BGP), die wir als vorläufiges Sozialisationsresultat des interessegeleiteten Umgangs mit Institutionen und dem Beruf begreifen, ist Ergebnis der fallanalytischen und fallübergreifenden Auswertung von 30 problemzentrierten Interviews aus beiden Interviewphasen (vgl. Übersicht 2 unter 4.3).

Für die Biographieanalyse wurden die Interviewtranskripte zunächst auf Detailspekte individueller Umgangsweisen mit Institutionen in der Statuspassage von der Schule in den Beruf hin verglichen (vgl. die einzelnen Auswertungsschritte in der zweiten Antragsphase). Diesem Analyseschritt lag das **offene Kodierverfahren** (i.S. von Glaser 1978, Strauss 1987) zugrunde, das zwar ohne vorab festgelegtes Kategorienschema, aber dennoch kontextinformiert und von Forschungsfragestellungen geleitet, der Entwicklung theoretischer Begriffe und Zusammenhangsvermutungen dient (zur Aufhebung des Gegensatzes vom Offenheitsprinzip und theoretischen Vorannahmen vgl. Witzel 1982, Kelle 1992). Nachdem die analytische Nützlichkeit und Bildhaftigkeit von Begriffen, die aus den Interviewtranskripten selbst stammen ("lokale interpretative Bedeutung"), erschöpft waren, wurde das **axiale Kodierverfahren** (Strauss/Corbin 1990) angewandt. Die empirisch gehaltvollen Kategorien Institutionen-, Personen- und Berufsbezug (vgl. Kap. 4.4) wurden dabei um eine theoretische "Achse" angeordnet, die sich aus dem handlungstheoretischen ARB-Modell und dem Konzept der Selbstsozialisation (Heinz 1988) ableiten ließ. Das Verfahren bildet die Grundlage für die Frage, welches individuelle Prinzip bei der Gestaltung der durchlaufenen Phasen der Statuspassage dominiert.

Die Kategorien **Institutionen-**, **Personen-** und **Berufsbezug** ermöglichen es, die fallspezifischen bzw. fallübergreifenden "zentralen Themen" (vgl. Antrag für die 2. Forschungsphase) zu bündeln. Mit Hilfe dieser Kategorien wird jeder Einzelfall unter dem Gesichtspunkt **einer** Gestaltungsthematik betrachtet, die die Art des Umgangs mit den für die Berufsbiographie relevanten Institutionen, individuellen beruflichen Anforderungen, Interessen und Resultaten der Statuspassage auf einen Nenner bringt. Ein weiterer Bearbeitungsschritt, auf dessen Bedeutung für die Typenbildung U. Gerhardt (1986) hingewiesen hat, besteht in der **Fallkontrastierung**. Über Ähnlichkeiten und Verschiedenheiten im Fallmaterial werden die Kategorien der entstehenden Typologie modifiziert, verallgemeinert, gesättigt und trennscharf gemacht.

4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit

Im folgenden werden die bisherigen Ergebnisse der Analyse der standardisierten und biographischen Verlaufs- und der Kontextuntersuchung vorgestellt.

4.1 Kontinuierliche Verlaufsmuster dominieren

Die Strukturierung der individuellen Verläufe vom Schulabschluß bis ein Jahr nach dem Abschluß der Ausbildung in der Form von Verlaufsmustern wurde für die erste und die zweite Schwelle in einem jeweils separaten Arbeitsschritt vorgenommen. Damit finden die unterschiedlichen Anforderungen an den beiden Übergängen und die einsetzende Ausdifferenzierung der Berufsverläufe an der zweiten Schwelle Berücksichtigung. Trotzdem wurde im Hinblick auf die vorzunehmende Analyse des Zusammenhangs zwischen erster und zweiter Schwelle versucht, vergleichbare oder korrespondierende Kategorien zu finden. Diese Form der Analyse führt an der **ersten Schwelle** zu fünf Verlaufsmustern:

I. **Direkter Übergang:** Im Jahr des Verlassens der allgemeinbildenden Schule wird die Berufsausbildung begonnen, d.h. zwischen Schulabschluß und Lehre liegen lediglich Stationen, die den unterschiedlichen Zeitpunkten von Schulabschluß und Ausbildungsbeginn in einem Jahr Rechnung tragen.

II. **Wehr-/Zivildienst:** Eine institutionell normierte Unterbrechung der Statuspassage, die an der ersten Schwelle aufgrund berufsspezifischer Altersverteilungen nur für den Bankberuf relevant ist (s. Tab. 1).

III. **Erhöhung der schulischen Qualifikation:** In der Regel steht nach dem Verlassen der allgemeinbildenden Schule der Besuch einer Handels- oder Wirtschaftsschule im Zentrum des Bildungs- und Berufsverlaufs.

IV. **Berufsvorbereitende Maßnahme:** Der Übergang von der Schule in die Lehre findet über die Teilnahme an einer berufsvorbereitenden Maßnahme statt.

V. **Regelloser Verlauf:** Hier handelt es sich um eine Mischung zwischen einem Muster und einer Restkategorie. Den Verläufen ist gemeinsam, daß sie eine Vielzahl von Stationen an der ersten Schwelle aufweisen (im Extremfall bis zu acht). Diese Sequenzen von Stationen unterliegen zudem einer großen interindividuellen Variation.

Tab. 1: Verlaufsmuster an der ersten Schwelle (N = 1289)

	Bank	Büro	Masch	Kfz	Fris	Ehk
I	71%	51%	81%	71%	72%	60%
II	9%	-	-	1%	-	1%
III	8%	17%	5%	2%	5%	9%
IV	1%	1%	4%	4%	4%	-
V	12%	31%	11%	23%	20%	31%

Die Strukturierung der Verläufe an der **zweiten Schwelle** führt zu sieben Verlaufsmustern. Die höhere Anzahl an Mustern bei diesem Übergang ist Ausdruck der zunehmenden Ausdifferenzierung der Berufsverläufe:

I. Direkter Übergang: Vergleichbar mit der Situation an der ersten Schwelle wird direkt im Anschluß an die Ausbildung eine Berufstätigkeit im Ausbildungsberuf aufgenommen. Weiterhin werden Übergänge, die durch kurze Unterbrechungen (bis zu einem Monat) gekennzeichnet sind, jedoch in ihrem weiteren Verlauf einen kontinuierlichen Verbleib im Ausbildungsberuf aufweisen, diesem Muster zugeordnet.

II. Studium: Das Studium kann sowohl im direkten Anschluß an die Berufsausbildung als auch nach einer kurzen Zeit der Berufstätigkeit begonnen werden. Dieses Verlaufsmuster ist, vermittelt über den Schulabschluß, in hohem Maße berufsspezifisch (vgl. Tab 2).

III. Wehr-/Zivildienst: Inwieweit sich diese Unterbrechung der Statuspassage auch als Friktion auswirkt kann zu diesem Erhebungszeitpunkt noch nicht gesagt werden, da die einberufenen Fachkräfte in der Regel ihren Dienst noch nicht beendet haben.

IV. Berufswechsel: Es wird relativ kurzzeitig nach Abschluß der Lehre ein ausbildungsfremder Beruf aufgenommen und längere Zeit im ersten Jahr nach der Ausbildung ausgeübt.

V. Erhöhung der schulischen Qualifikation: Im Zentrum steht der Besuch von Einrichtungen wie der Berufsaufbauschule (BAS) oder der Fachoberschule (FOS).

VI. **Einmündungsprobleme:** Die Berufstätigkeit im Ausbildungsberuf kann erst nach Phasen der Arbeitslosigkeit oder des Jobbens realisiert werden.

VII. **Regelloser Verlauf:** Korrespondierendes Muster zum regellosen Verlauf an der ersten Schwelle. Hierunter fallen Personen, die in dem Jahr nach dem Ausbildungsabschluß bis zu neun verschiedene Station in ihrem Bildungs- und Berufsverlauf durchliefen.

Tab. 2: Verlaufsmuster an der zweiten Schwelle (N = 1289)

	Bank	Büro	Masch	Kfz	Fris	Ehk
I	53%	57%	36%	35%	47%	53%
II	19%	3%	1%	2%	-	-
III	13%	3%	21%	12%	2%	8%
IV	-	8%	8%	8%	6%	9%
V	-	5%	11%	3%	2%	1%
VI	-	7%	4%	2%	11%	4%
VII	15%	17%	20%	39%	32%	25%

Ein Hauptresultat der Klassifikation und Analyse der Verlaufsmuster ist, daß trotz der Anteile regelloser Verläufe die Debatten um die "Individualisierung des Lebenslaufs" oder der "Auflösung von Normalbiographien" auf der Ebene objektiver Übergangsdaten nicht unterstützt werden können. Vielmehr steht ein Jahr nach Abschluß der Berufsausbildung die berufliche Kontinuität im Mittelpunkt.

Dafür sprechen nicht nur die kleine Anzahl der gefundenen Verlaufsmuster (fünf an der ersten und sieben an der zweiten Schwelle) und die Häufigkeit des Verlaufsmusters des direkten Übergangs. Gerade unter den verbleibenden Verlaufsmustern befinden sich einige, die als normalbiographisch anzusehen sind. Das Muster des direkten Übergangs kann also nicht mit beruflicher Kontinuität gleichgesetzt werden. Diese kann trotz der Unterbrechung des Berufsverlaufs durch den Wehr- oder Zivildienst, Einmündungsproblemen an der zweiten

Schwelle, die jedoch in den Ausbildungsberuf münden oder den Besuch einer Handels- oder Wirtschaftsschule im Hinblick auf die Ausbildung in einem kaufmännischen Beruf gewahrt werden. Auf der anderen Seite ist die Bedeutung der auf Diskontinuität verweisenden regellosen Verläufe geringer, als aufgrund vergleichbarer, auf der Analyse von Sequenzen beruhenden Untersuchungen - trotz des noch kleinen Beobachtungsfensters - zu erwarten war. Gerade die regellosen Verläufe werden im Zusammenhang einer Diskussion um eine "Unordnung im Lebenslauf", insbesondere in der anglo-amerikanischen Literatur als ein zunehmendes Lebenslaufmuster beschrieben (Buchmann, 1989; Rindfuss, Swicegood & Rosenfeld 1985).

Die Differenzen in der Verteilung der Verlaufsmuster zwischen den Berufen sind z.T. erheblich (Tab. 1 und 2). Trotz der Feststellung beruflicher Kontinuität zeigt sich die ungleiche Verteilung risikoreicher Übergänge und Verläufe im Zusammenspiel der Faktoren Beruf, Geschlecht und Region.

So beschränkt sich z.B. das Verlaufsmuster "berufsvorbereitende Maßnahme" auf Bremer Auszubildende. Das Verlaufsmuster "Einmündungsprobleme" ist in den beiden Frauenberufen Bürokaufleute und Friseur/in mit 7 % bzw. 11 % deutlich höher als in den anderen Berufen (vgl. Tab. 2). Die Verteilung der Verlaufsmuster gibt somit Aufschluß über Chancen und Risiken im Übergangsprozeß und deren Differenzierungen nach Bildung, Beruf, Geschlecht und Region.

Während sich die erste Fragestellung auf die Deskription von Verlaufsmustern und deren berufs-, geschlechts- und regionalspezifische Differenzierung bezieht, zielt die zweite Fragestellung der quantitativen Verlaufsanalyse auf einen berufsverlaufsimmanenten Zusammenhang zwischen den Verlaufsmustern an der ersten Schwelle und denen der zweiten Schwelle. Sie fragt in der Terminologie der Ereignisdatenanalyse nach dem Einfluß der Geschichte des Einmündungsprozesses auf aktuelle Verlaufsresultate und ob dieser sich in einer bestimmten Regelmäßigkeit äußert: Hier wird also die Frage nach dem endogenen Ursachenzusammenhang des Bildungs- und Berufsverlaufs gestellt.

Die Kreuztabellierung der Übergangsmuster an den beiden Schwellen ergibt, daß die empirischen Häufigkeiten nur gering von den aus den Randsummen geschätzten Erwartungswerten abweichen: Ein statistischer Zusammenhang der

Übergangsmuster besteht nicht. Dieses Ergebnis reproduziert sich auch bei der Kontrolle des Berufs und der Region. Somit lassen sich zwar Angaben über die Häufigkeiten von Verlaufsmustersequenzen machen: Auf der Grundlage der großen Häufung von direkten Übergängen an der ersten und der zweiten Schwelle ist auch der direkte Übergang an beiden Schwellen die häufigste Verlaufsform. Was die Prognosefähigkeit von Verlaufsmustern an der ersten Schwelle für den weiteren Fortgang des Berufsverlaufs betrifft, muß jedoch festgestellt werden, daß das Wissen des Übergangsmusters an der ersten Schwelle nichts über die Wahrscheinlichkeit des Verlauf an der zweiten Schwelle aussagt. Dieses Ergebnis wirft Fragen hinsichtlich des langfristigen Einflusses der Geschichte des Einmündungsprozesses auf den weiteren Verlauf auf. So wird gerade der Phase der Berufseinmündung eine hohe Bedeutung für den weiteren Berufsverlauf zugesprochen (Blossfeld, 1989). Es läßt sich vermuten, daß Effekte erst mit einer gewissen Zeitverzögerung wirksam werden und damit ein Jahr nach der Beendigung der Berufsausbildung noch nicht sichtbar sind. Weiterhin kann der methodische Zugang für das Ergebnis von Bedeutung sein. Während die in der Lebensverlaufsforschung vornehmlich angewandten ereignisanalytischen Methoden mit einem hohen Aggregationsniveau der Daten arbeiten, orientieren sich die Verlaufsmuster stark am Individuum. Dies erlaubt eine wesentlich differenziertere Betrachtung dieser Phase, wirft aber im Vergleich mit anderen Studien das Problem von Aggregatstabilität und individueller Instabilität (Kaase, 1986) auf. Diese Fragen lassen sich mit einer weiteren Panelwelle und durch die Nutzung alternativer Methoden beantworten.

4.2 Institutionelle Kontexte für berufsspezifische Statuspassagen

Wie die folgende Darstellung zeigt, unterscheiden sich die Beschäftigungschancen, Optionen und betrieblichen Handlungsbedingungen für die Bearbeitung der Passagenaufgaben in den sechs von uns ausgewählten Ausbildungsberufen deutlich voneinander.

Die **Bankkaufleute** (Mischberuf, d.h. Männer und Frauen etwa gleich verteilt) stehen in mehrfacher Hinsicht an der Spitze der sechs Berufe. Das Bankgewerbe hat auch in den 80er Jahren im Vergleich zu anderen Branchen noch expandiert. Die kaufmännische Ausbildung in der Bank ist bei Jugendlichen mit Realschul-

abschluß und Abitur aufgrund der hohen fachlichen Qualität sowie der günstigen Beschäftigungs- und Weiterbildungsaussichten besonders attraktiv. Auch wenn aufgrund des überdurchschnittlichen Anteils von Abiturienten es nicht unüblich ist, nach der Ausbildung ein Studium aufzunehmen, befindet sich die Mehrheit nach etwa 2 Jahren nach der Ausbildung noch als Fachkraft im Bankgewerbe, meist im Ausbildungsbetrieb. Neben dieser hohen Kontinuität ist im Verhältnis zu den übrigen Berufen auch ein dynamischer Aufstieg durch Vollzeitweiterbildungsmaßnahmen charakteristisch. Die Fachkräfte können ihre innerbetriebliche Position durch intensive innerbetriebliche Weiterbildung und den damit einhergehenden Wechsel von Tätigkeitsbereichen deutlich verbessern. Dies wird institutionell gefördert durch spezifische Betriebsstrukturen und Karrieremuster. Insbesondere in den Großbanken bestehen ausdifferenzierte interne Arbeitsmärkte und ein entwickeltes inner- und überbetriebliches Weiterbildungssystem, die ein breites Feld von Einsatz-, Aufstiegs- und Höherqualifizierungsmöglichkeiten eröffnen.

Der Beruf der **Bürokaufleute** zählt zu den am stärksten besetzten Ausbildungsberufen. Dieser branchenübergreifende Querschnittberuf wird überwiegend von Frauen erlernt. Mehrheitlich sind die Bürokaufleute seit dem Ende ihrer Ausbildung als Bürofachkräfte erwerbstätig. Jedoch haben sie häufig ihren Beschäftigungsbetrieb gewechselt, meist durch eigene Initiative. Dies geschieht mit dem Ziel, den Tätigkeitsbereich bzw. die betrieblichen Rahmenbedingungen, wie Einkommen, Betriebsklima und dergl. zu verbessern. Die Teilnahme an betrieblichen oder überbetrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen ist eher selten. Aufgrund ihrer branchenübergreifenden Grundqualifikation steht den Bürokaufleuten ein breites Spektrum von Betrieben und Einsatzbereichen offen. Die regionalen Arbeitsmärkte bieten durchaus Chancen, innerhalb des kaufmännischen Berufsfelds unterschiedliche Beschäftigungsoptionen zu verfolgen und insbesondere die Beschäftigungsbedingungen durch Betriebswechsel zu verbessern.

Der traditionelle Männerberuf **Maschinenschlosser** ist ein qualifizierter und angesehener Kernbereich in der Metallbranche. Die Maschinenschlosser sind meist mehr oder weniger kontinuierlich als Fachkräfte im gleichen Betrieb, also im Ausbildungsunternehmen tätig. Diese hohe Kontinuität im Berufsverlauf findet sich vor allem unter den in München interviewten Maschinenschlossern. Weiterbildungsaktivitäten sowohl im Bereich der allgemeinen als auch der beruflichen Bildung finden sich eher unter den Bremer Fachkräften. Im allgemeinen sind die Arbeitsmarktchancen relativ günstig. Schwieriger ist es

jedoch, einen Arbeitsplatz zu finden, der dem erworbenen Qualifikationsniveau entspricht. Der Erweiterung der Qualifikationen durch betriebliche und außerbetriebliche Weiterbildungsaktivitäten sind enge institutionelle Grenzen gesetzt. Obwohl an Arbeitsplätzen als Facharbeiter eingestuft, verrichten einige Maschinenschlosser faktisch Angelerntentätigkeiten.

Einzelhandelskaufleute (Mischberuf) sind in einem Berufsfeld mit heterogener Unternehmensstruktur (Warenkaufhäuser, Supermärkte, Fachgeschäfte usw.) tätig. Viele der in Bremen interviewten Fachkräfte sind nach wie vor im erlernten Beruf beschäftigt und zwar noch im Ausbildungsbetrieb bzw. -unternehmen. Demgegenüber haben alle in München interviewten Einzelhandelskaufleute zum Zeitpunkt des Zweitinterviews ihren Ausbildungsbetrieb verlassen. Viele arbeiten nicht mehr in ihrem erlernten, sondern in einem verwandten kaufmännischen Beruf. In beiden Regionen besteht die Chance, in höhere Positionen, etwa zum Erstverkäufer oder zum Abteilungsleiter aufzusteigen. Dennoch wird die Option verfolgt, den Betrieb oder den Beschäftigungsbereich zu verlassen, was auf die wenig attraktiven Arbeitsbedingungen verweist. Zwar ist der Anteil an unteren und mittleren Führungspositionen größer als in anderen Branchen, doch auch solche gehobenen Positionen gelten nicht als ausbaufähig.

Beim Männerberuf **Kraftfahrzeugmechaniker** finden wir deutliche regionale Differenzierungen bei der Einmündung in das Beschäftigungssystem. Für die Bremer Fachkräfte deuten die Passagen nach der Berufsausbildung auf hohe Beschäftigungsrisiken hin. Ihre Übergänge sind häufig durch Diskontinuität geprägt; am Anfang steht die nicht oder nur befristet erfolgte Übernahme durch den Ausbildungsbetrieb; es schließen sich in den ersten Berufsjahren unterschiedlichste Stationen an, bis sie zuletzt in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis gelangen, teils als Fachkraft im erlernten Beruf, teils aber auch als Angelernte. Bei den in München befragten Kraftfahrzeugmechanikern finden sich nach der Berufsausbildung auch Betriebswechsel oder eine andere Unterbrechung, doch insgesamt sind sie kontinuierlicher in ihrem Beruf, nicht selten noch im Ausbildungsbetrieb beschäftigt. Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten sind im Kraftfahrzeughandwerk begrenzt. In größeren Betrieben sind aufgrund der ausdifferenzierteren Arbeitsplatz- und Personalstruktur Spezialisierungsmöglichkeiten vorhanden, Aufstieg setzt jedoch meist die Meisterprüfung voraus. Allerdings ist im Metallhandwerk von einer "Meisterschwemme" die Rede, d.h. nicht alle Meister werden entsprechend ihrer Qualifikation beschäftigt.

Die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen im traditionellen Frauenberuf der **Friseurin** sind stark von der vorherrschenden handwerklich-kleinbetrieblichen Struktur geprägt. Trotz ungünstiger Arbeitsbedingungen ist die Kontinuität im erlernten Beruf hoch, entweder ununterbrochen im Ausbildungsbetrieb oder durch mehrere Berufswechsel. Im Verhältnis zu den übrigen Berufen ist jedoch auch der Anteil von Friseurinnen hoch, die nach unterschiedlichen Stationen, wie Arbeitslosigkeit, Jobs oder kurzfristigen Tätigkeiten als Friseurin schließlich in ein Beschäftigungsverhältnis als Angelernte umsteigen oder aber aus einem Beruf ganz aussteigen, um eine neue Lehre oder eine höhere Allgemeinbildung zu beginnen. Wenn Friseurinnen den Betrieb von sich aus verlassen, dann aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen, gesundheitlichen Belastungen und Risiken und der ungünstigen Arbeitszeiten.

Die skizzierten institutionellen Kontexte verdeutlichen berufsspezifische Besonderheiten, die durch regionale Differenzen verstärkt oder überlagert werden. Diskontinuitäten in den Verläufen der Statuspassage sind jedoch weniger unmittelbar strukturell oder institutionell bedingt als durch die in die Berufe eingelagerten unterschiedlichen Chancenstrukturen für die Bearbeitung der gesamten Aufgabenstruktur der Statuspassage in das Beschäftigungssystem. Beispielsweise ist es im Bankgewerbe naheliegend, daß die Aufgabe der Einbindung in ein berufliches Programm dominiert, während im Kfz-Bereich entweder die Herstellung eines Erwerbsverlaufs nach normalbiographischen Standards oder die Identifikation mit dem Beruf als Projekt zur dominanten Aufgabe der Statuspassage werden kann. Die Aufgabe der biographischen Selbstthematisierung könnte für junge Frauen in den "Mischberufen" im Bankgewerbe und im Einzelhandel im Zusammenhang mit blockierten Zugängen zu qualifizierteren und höherwertigeren Tätigkeiten in Gang gesetzt werden.

4.3 Statuspassagen sind durch Aufgaben strukturiert

Die Aufgabenstruktur der Statuspassage wurde über eine Typisierung der Sinnkonstrukte rekonstruiert, die den Aspirationen der jungen Erwachsenen an die Passage und den Schritten, die sie zu ihrer Umsetzung unternommen haben, zugrundeliegen. Der Typologie kommt der Doppelcharakter eines Analyseergebnisses und -instrumentariums zu, da sie zugleich die Indikatoren für eine Rekonstruktion der Aufgabenbearbeitung bereitstellt. In der Fallbearbeitung hat sich erwiesen, daß die Typologie erschöpfend ist. (Die theoretischen Grundlagen der Aufgabenstruktur der Statuspassage werden in der Dissertation von Vera Helling entwickelt)

Übersicht 1

Aufgabe	Indikatoren
Herstellung eines normalbiographischen Erwerbsverlaufs	<ul style="list-style-type: none"> - Auseinandersetzung mit Risiken beruflicher Desintegration; Handeln im Zugzwang - Relevanz von sozialem timing: z.B. Altersnormen - Inkaufnahme unbefriedigender Tätigkeiten
Einbindung in ein berufliches Programm	<ul style="list-style-type: none"> - Auseinandersetzung mit dem Rahmen der Berufstätigkeit - Relevanz von beruflichem und betrieblichem Status, Einkommen, Milieu/Betriebsklima; - Entwicklung beruflicher Zukunftsperspektiven in bezug auf Karriere/Betriebsverbleib
Biographische Selbstthematisierung	<ul style="list-style-type: none"> - Auseinandersetzung mit milieu-, status- und geschlechtsspezifischen Zuschreibungen; - Relevanz der Reflexion des bisherigen Verlaufs und des Sinns der ausgeübten Tätigkeit - Übernahme der biographischen Verantwortung für Abbrüche und Neuanfänge
Identifikation mit einem Beruf als Projekt	<ul style="list-style-type: none"> - Auseinandersetzung mit den Inhalten der Berufstätigkeit - Relevanzansprüche von Kenntnissen und Fertigkeiten - emotionale Bindung an berufliche Tätigkeiten

Aus der Typisierung der Passage als Prozeß der formalen Integration in das Beschäftigungssystem wurde die Aufgabe der Herstellung eines normalbiographischen Standards entsprechenden Erwerbsverlaufs abgeleitet. Die Aufgabe der Einbindung in ein berufliches Programm basiert auf der Typisierung als Prozeß der Plazierung. Die Passagenaufgabe der biographischen Selbstthematisierung ergibt sich aus der Typisierung als Prozeß der Individualisierung und die Aufgabe der Identifikation mit einem Beruf als Projekt basiert auf der Typisierung als Prozeß der Realisierung einer Berufung.

4.4 Berufsbiographische Gestaltungsprinzipien in den ersten Berufsjahren

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt unterscheiden wir acht berufsbiographische Gestaltungsprinzipien (BGP). Diese heuristische Typologie richtet den Blick auf die stations/situationsübergreifende Gestaltung der gesamten Statuspassage, die aus den Bilanzierungen der Akteure rekonstruiert wurde. Diese subjektiven **Gesamtbilanzen** der Statuspassage kennzeichnen die Prinzipien des Umgangs der Akteure mit dem Beruf und den Institutionen des Arbeitsmarktes (zur ausführlichen theoretischen und methodischen Grundlage der BGP vgl. Kock/Witzel 1993a, b). Die BGP verweisen auf Sedimentierungen von Sozialisationserfahrungen und Handlungskonsequenzen und geben Aufschluß über das individuelle Verhältnis zu den Institutionen des Arbeitsmarktes, zum berufsbiographischen Handeln und zum Bedeutungsgehalt des Berufes. Entsprechend unterscheiden wir in den folgenden Ausführungen nach **Institutionenbezug**, **Personenbezug** und **Berufsbezug** (vgl. Übersicht 2).

Übersicht 2

Berufsbiographisches Gestaltungsprinzip	Person	Beruf	Institution
Delegation	Handeln auf Anforderung von personalisierter Macht	Zufall Notlösung	personalisierte Macht, Verantwortung liegt bei gatekeepern
Selbstbeschränkung	Handeln nach gegebenen Regeln	Berufsentscheidungen sind bindend	Regeln als soziale Tatsachen
Statusverbesserung	Verantwortung für das Abarbeiten biographischer Hypothesen	Berufsimage	teilt Chancen zu
Orientierungssuche	Anspruch nach beruflicher Identität.	Berufliche Identitäts- verankerung	nicht nützlich
Betriebshabitus	Identifikation mit Betrieb	Professionalisierung; Berufsinhalt untergeordnet	Garant für Sicherheit und Kontinuität
Laufbahnhabitus	Nahtloses Einklinken in Karrierefahrpläne		Anforderungen als Chance/ Herausforderung
Selbstständigkeitshabitus	Identität von Interessen und Erfordernissen des Betriebes		Qualifikation und Betriebseigen- tum als Garant für Hand- lungsautonomie
Lohnarbeiterhabitus	Passung zwischen Person und wechselnden Erfordernissen des Arbeitsmarktes		Marktmechanismen als Chance und Risiko
Persönlichkeitsgestaltung	Personenzentriertes Berufskonzept	Quelle von Erfahrungen	wird kritisiert, genutzt oder unterlaufen
Selbstbehauptung	Einsatz der Arbeitskraft für die Einhaltung von Rechten	Medium der Reproduk- tion von Arbeitsvermögen	Pflicht, die Arbeitnehmerrechte einzuhalten
Berufsinhaltliche Interes- senverfolgung	"Richtiger Beruf" Berufsethos emotionaler Bezug	Identifikation mit Beruf durch Berufswahl	verteilt Ressourcen

Übersicht 2

Teilprojekt A1
Heinz u.a.

4.5 **Wie wird die Aufgabenstruktur der Passage bearbeitet?**

Welche der vier Passagenaufgaben für die Akteure im Verlauf des Übergangs in den Beruf relevant werden, und auf welcher Basis die Passage aus individueller Sicht als abgeschlossen gilt, ist, wie die fallvergleichende Analyse des biographischen Längsschnitts zeigt, abhängig vom Berufsbiographischen Gestaltungsprinzip (BGP) der Person. Ob die Bearbeitung der einzelnen Aufgaben berufsbiographische Wechsel auslöst, bemißt sich dagegen an der Position des Akteurs auf dem Arbeitsmarkt und an den institutionellen Rahmenbedingungen des Berufs.

1. Die Aufgabe **eines einem normalbiographischen Standard entsprechenden Erwerbsverlaufs** wird für die jungen Erwachsenen in solchen Situationen relevant, in denen sie keine berufsspezifischen Vorstellungen besitzen oder in denen die Umsetzung solcher Pläne durch problematische Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarktstrukturen verhindert wird. Dies gilt insbesondere für die erste Schwelle des Übergangs in das Beschäftigungssystem. Als Ausdruck des BGP **Orientierungssuche** wird die berufliche Desintegration in beiden Arbeitsmarktregionen thematisiert. Erfolgt die Einmündung in die Berufsausbildung nach dem Motto "Hauptsache eine Lehrstelle", so wird das zentrale Anliegen der Akteure, die Herstellung "normalbiographischer" Kontinuität, paradoxerweise im weiteren Verlauf der Passage vielfach vereitelt. Nach dem BGP **Statusverbesserung** münden sie z.B. erneut in eine Berufsausbildung ein, um die Aufgabe der Einbindung in ein berufliches Programm zu bearbeiten. Dominiert das BGP der **berufsinhaltlichen Interessenverfolgung**, so beharren sie auf der Realisierung ihres vormaligen Berufswunsches. Vielfach werden dann Moratorien eingelegt. Ein anderer Weg ist die langfristige Reduktion von Ansprüchen an den Beruf. In diesem Fall schließen die Akteure die Passage ab, ohne einen inhaltlichen Bezug zur Tätigkeit entwickelt zu haben und/oder indem sie die Verantwortung für die Gestaltung ihrer Berufsbiographie an die Institutionen des Arbeitsmarktes abgeben. Kritik üben sie zumeist an den Bedingungen ihrer Berufstätigkeit: Die Aufgabe der Einbindung in ein berufliches Programm stellt ein ungelöstes Problem dar. Der Zusammenhang mit den BGP der **Selbstbeschränkung** und

Delegation ist dabei offensichtlich. Das BGP **Orientierungssuche** führt dagegen dazu, daß die Passage subjektiv nicht als abgeschlossen betrachtet wird: Hier werden Ansprüche an die Findung einer inhaltlich befriedigenden Tätigkeit aufrechterhalten, und die biographische Selbstthematizierung wird zu einem Dauerproblem.

2. Die Aufgabe der **Einbindung in ein berufliches Programm** hängt von spezifischen arbeitsmarkt- und berufsstrukturellen Kontexten ab. Sie läßt sich nur auf der Basis einer Arbeitsmarktposition realisieren, die Auswahlmöglichkeiten zwischen Berufen und Betrieben bietet. Diese Position bemißt sich (vgl. Baumeister/Bogun 1991b und Helling/Mönnich 1991) bei der Lehrstellensuche nach den Kriterien von Region, Geschlecht und Schulabschluß und reproduziert sich an der zweiten Schwelle über den erlernten Beruf. Erfolgt die Berufsfindung unter dem zentralen Aspekt der Plazierung, so hat der Akteur in der Regel bereits die Wahl von Ausbildungsberuf bzw. Ausbildungsbetrieb unter Berücksichtigung von Einkommen- und Karrierechancen, Arbeitsplatzsicherheit, Prestige und Milieu getroffen. Wenn auf dieser Basis der BGP Habitus entwickelt wird, so werden die Aufgaben der biographischen Selbstthematizierung und der Identifikation mit dem Beruf als Projekt nicht aktuell. Die optimale Voraussetzung für die Integration von beruflichem Programm und Projekt bieten institutionelle Kontexte, in den der junge Erwachsene eine verantwortliche, inhaltlich gehaltvolle Position übernehmen und ein Expertentum entwickeln kann. Virulent wird die Bearbeitung der beiden Aufgaben jedoch dann, wenn der betriebliche Kontext dies nicht zuläßt oder der Akteur sich mit dem beruflichen Milieu nicht (mehr) identifizieren kann. Die Auseinandersetzung mit der Aufgabe der biographischen Selbstthematizierung führt dann zu beruflichen Diskontinuitäten: Die Akteure begeben sich auf eine Orientierungssuche, die so lange anhält, bis an Berufsinhalte gebundene Interessen entwickelt werden.

3. Die **biographische Selbstthematizierung** liegt quer zur Aufgabe der Herstellung "normalbiographischer" Kontinuität: Dort, wo sie explizit wird, führt sie zu

Abbrüchen und Neuanfängen, die nicht selten über Moratorien verlaufen. Sie zielt auf den Entwurf eines Berufes als Projekt und ist für die Akteure mit der Erkenntnis verknüpft, daß die von ihnen eingeschlagene berufliche Laufbahn nicht ihrer Persönlichkeitsentwicklung dient. Solche Prozesse der berufsbiographischen Selbstreflexion werden über berufliche oder private Krisenerfahrungen angestoßen, die Bilanzierungsprozesse in Gang setzen. Sie werden als langanhaltende Krise erlebt, wenn das BGP **Orientierungssuche** vorherrscht. Auch im Zusammenhang mit dem BGP **Persönlichkeitsgestaltung** ist sie ein "Dauerbrenner", allerdings im Sinne des bewußten Offenhaltens einer beruflichen Festlegung. Als Ausdruck des BGP **Selbstbehauptung** (gegenüber den Institutionen des Arbeitsmarktes oder dem familiären Milieu) impliziert die Bearbeitung dieser Aufgabe das "Ausklinken" aus normalbiographischen und beruflichen Laufbahnprogrammen. Die Akteure nehmen dann Moratorien in Kauf bzw. in Anspruch (jobben, Arbeitslosigkeit, ABM-Stellen, längere Reisen ins Ausland), bis sie ein berufliches Projekt gefunden haben und realisieren können.

Selbstgewählte Moratorien, die der Entwicklung neuer beruflicher Interessen dienen, wurden allerdings fast ausnahmslos vor dem Hintergrund des chancenreichen Münchner Arbeitsmarktes verfolgt. In Bremen wurden sie dagegen in Kauf genommen, wenn die Akteure ihren Wunschberuf im ersten Anlauf nicht realisieren konnten; dies meist im Zusammenhang mit dem BGP **Berufsinhaltliche Interessenverfolgung**. Der Erwerb weiterer schulischer Qualifikationen ohne nähere berufliche Festlegung wurde in beiden Regionen als Aufschub der Beendigung der Passage genutzt, wenn das BGP **Statusverbesserung** zugrunde lag.

4. Die Aufgabe der **Identifikation mit einem Beruf als Projekt** bereits zu Beginn der Passage bearbeiten zu können, setzt die Einmündung in einen Wunschberuf voraus, mit dem der Jugendliche sich schon in der Schulzeit intensiv befaßt hat. Sowohl - insbesondere in Bremen - der Arbeitsmarkt als auch Einflußnahmen von Eltern wegen einer mangelnden Status- und Milieukonformität des Wunschberufs haben jedoch häufig Umorientierungen erzwungen. Das Hob-

by wurde dann zu einem nicht realisierbaren Traumberuf erklärt, und die Bewältigung anderer Passagenaufgaben rückte in den Vordergrund. Nur in relativ wenigen Fällen wurde allerdings ein Beruf, der nicht auf der Basis spezifischer tätigkeitsbezogener Interessen erlernt wurde, zum Projekt. Die jungen Erwachsenen bewegten sich dann in einem strukturellen Kontext, der die Einmündung in ein interessantes Tätigkeitsfeld zuließ (über innerbetriebliche Wechsel, wie sie z.B. bei einigen Bankkaufleuten möglich waren oder über diverse Betriebswechsel, die z.B. Bürokaufleute auf dem Münchner Arbeitsmarkt vollziehen konnten). Zum Teil wurde auch eine Identifikation mit Einzelaspekten des Berufes erreicht (BGP Selbstbeschränkung). Zumeist verlief die Bearbeitung dieser Aufgabe jedoch über einen Berufswechsel, der über Prozesse der biographischen Selbstthematisierung ausgelöst wurde.

Als Projekt trägt ein Beruf auf Dauer aber nur, wenn er zugleich zum Programm werden kann. Der berufsstrukturelle Kontext muß so beschaffen sein, daß Kenntnisse und Fertigkeiten weiterentwickelt und verantwortlich ausgeübt werden können, der Akteur also zum Experten werden kann. Hier stoßen gerade in den traditionellen Handwerksberufen Haupt- und Realschulabsolventen an Barrieren. Während Abiturienten, die die Meisterschule oft schon als Teil ihrer Ausbildung antizipieren, systematisch fortgebildet werden und Spezialkenntnisse erhalten, führen jene eher die "Jedermanns"-Tätigkeiten aus.

5. Außenaktivitäten

5.1 Vorträge u.a.

W.R. Heinz:

- "Individualisierung von Jugend und Arbeitsmarktprozesse", deutsch-sowjetische Jugendkonferenz, DJI, in Bonn, 29. bis 31.10.1991
- "Übergänge von der Schule in den Beruf in englischen und deutschen Arbeitsmarktregionen", Konferenz Jugend und Europa 2000, DJI, in Mannheim, 16. bis 18.03.1992
- "Life Course and Biography, Concepts and Methods of a Research Program", Department of Sociology and Population Center University of North Carolina, Chapel Hill, NC, 29. April 1992

Teilprojekt A1 Heinz u.a.

- "Status Passages from School to Work in Germany and Great Britain", Department of Sociology and Population Research Center University of Pennsylvania, Philadelphia, PA, 05.05.1992
- "Socialisation and Biography: The Meaning of Transition to Work", Life Course Center, University of Minnesota, Minneapolis, MA, 18.05.1992
- "Institutionalized Passages and Labour Markets: School to Work Transitions in Europe", Department of Sociology University of British Columbia, Vancouver, BC, 30.09.1992
- "Social Structure, Institutions and Biography in Research about Youth and Work", University of Durham, Durham, U. K., 17.12.92
- "Berufsbildung und die Reproduktion sozialer Ungleichheit", Bildungskonferenz der Landtagsfraktion der SPD in Bayern, Kochel am See, 06.02.93

Workshop 7. und 8.5.1992 zum Thema "Methodische Probleme der Mehrebenenanalyse". Beteiligte Projekte: Projektgruppe Weiterbildung/Erwachsenenbildung, PD Dr. Harry Friebel (Leiter), Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg; Projektgruppe Weiterbildung, Dr. A. Bolder (Leiter), Institut zur Erforschung sozialer Chancen, Köln; Projekt A3, Sfb 186; Bereich Methoden/EDV im Sfb 186 (Udo Kelle, Gerald Prein)

12. Bremer Wissenschaftsforum vom 9.-11.10.91

Ingo Mönnich + Andreas Witzel: Verbleib, berufliche Erwartungen und Bilanzen von Berufseinsteigern

5.2 Beitrag zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit

W.R. Heinz ist seit 1991 Mitglied der Kommission für die Erforschung des Sozialen und Politischen Wandels in den Neuen Bundesländern, und zwar im Fördersektor IV: "Individuum, Lebenslauf und Sozialisation im Transformationsprozeß".

6. Publikationen

6.1 Veröffentlichungen in der laufenden Berichtsperiode

- Baumeister, Hella; Bogun, Roland 1991a: Übergänge in die Erwerbstätigkeit in unterschiedlich strukturierten Arbeitsmarktregionen; in: Westhoff, Gisela/ Bolder, Axel (Hrsg.): Entwarnung an der zweiten Schwelle? Übergänge von der Berufsausbildung ins Erwerbsleben, Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Tagungen und Expertengespräche zur beruflichen Bildung, H. 12: 136-146, Berlin, Bonn
- Baumeister, Hella; Bogun, Roland 1991b: Regionale Chancenstrukturen für Jugendliche und junge Erwachsene auf den Ausbildungs- und Arbeitsmärkten Bremen und München; in: Mitteilungen der ZWE "Arbeit und Betrieb", H. 24: 39-58, Bremen
- Baumeister, Hella; Bogun, Roland; Helling, Vera; Mönnich, Ingo 1991: Berufsausbildung und regionale Chancengleichheit; in: Glatzer, Wolfgang (Hrsg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften, 25. Deutscher Soziologentag Frankfurt 1990, Sektionen, Arbeitsgruppen und Ad hoc-Gruppen, Ausschuß für Lehre: 720-723, Opladen
- Heinz, Walter R. 1991a: Berufliche und betriebliche Sozialisation; in: Hurrelmann, K. u. Ulich, D. (Hrsg.): Neues Handbuch der Sozialisationsforschung, vollständig überarbeitete Neuauflage. Weinheim: Beltz
- Heinz, Walter R. 1991b: Berufliche Sozialisation; in: Flick/v. Kardorff/Keupp/v. Rosenstiel/Wolff (Hrsg.): Handbuch Qualitativer Sozialforschung. München: Psychologie Verlags Union, S. 366-370
- Heinz, Walter R. 1991c: Jugendliche vor den Hürden des Arbeitsmarkts; in: Du Bois-Reymond, M./Oechsle, M. (Hrsg.): Neue Jugendbiographie? Zum Strukturwandel der Jugendphase. Opladen: Leske + Budrich, S. 79-93 (mit Krüger, H.)
- Heinz, Walter R. 1991d: Gesellschaftliche Individualisierung und veränderte Lebenslagen Jugendlicher; Mitteilungen der ZWE "Arbeit und Betrieb". Universität Bremen, Nr. 24, S. 6-20
- Heinz, Walter R. 1991e: Statuspassagen und soziale Risiken im Lebensverlauf; Das Forschungsprogramm des Sfb 186; in: Bios, Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History (mit J. Behrens), Nr. 4, S. 121-139
- Heinz, Walter R. 1991f: Flexible Arbeitszeiten als Koordinationsproblem; in: Voß, G.G. (Hrsg.): Die Zeiten ändern sich - Alltägliche Lebensführung im Umbruch. (Sonderheft II der Mitteilungen des SFB 333). München, S. 89-95

Teilprojekt A1 Heinz u.a.

- Heinz, Walter R. 1992: Übergänge in die Erwerbstätigkeit als Reproduktion sozialer Ungleichheit. Segmentations- und Sozialisationsprozesse im internationalen Vergleich; in: Daheim, H./Heid, H./Krahn, K. (Hrsg.): Soziale Chancen. Frankfurt/New York: Campus, S. 155-175
- Heinz, Walter R. 1993: Einführung in die Berufliche Sozialisation; Kurseinheit I und II. Fernuniversität Hagen
- Helling, Vera; Mönnich, Ingo 1991: Beruf, Geschlecht und Region. Übergangsprozesse in die Berufsausbildung, in: Mitteilungen der ZWE "Arbeit und Betrieb", H. 24: 59-76, Bremen
- Helling, Vera 1992: Ausbildungschancen im Regionalvergleich - ein Zwischenbericht aus einer Längsschnittstudie, in: Kaiser, Manfred; Görlitz, Herbert (Hrsg.), Bildung und Beruf im Umbruch. Zur Diskussion der Übergänge in die berufliche Bildung und Beschäftigung im geeinten Deutschland, IAB (Beitr.AB 153.2), Nürnberg
- Witzel, Andreas 1993: Nach der Berufsausbildung - Arbeiten im erlernten Beruf? In: Leisering, Lutz u.a. (Hrsg.): Lebensläufe im Wandel, SFB-Reihe "Statuspassagen und Lebenslauf", Band 4, Weinheim

6.2 Arbeitspapiere

- Bogun, Roland 1993a: Berufsspezifische Kontextprofile: Handlungsbedingungen und Handlungswissen berufsbiographischer Akteure beim Übergang in das Beschäftigungssystem (am Beispiel junger Bankkaufleute in Bremen und München), Reihe Arbeitspapiere des SFB 186, Universität Bremen (in Vorbereitung)
- Bogun, Roland 1993b: Berufsspezifische Kontextprofile ausgewählter Berufsgruppen, Arbeitsmaterialien A1, Universität Bremen
- Kock, Birgit; Witzel, Andreas 1993a: Berufsbiographische Gestaltungsprinzipien. Theoretische und methodische Grundlagen, Reihe Arbeitspapiere des SFB 186, Universität Bremen (in Vorbereitung)
- Kock, Birgit; Witzel, Andreas 1993b: Berufsbiographische Gestaltungsprinzipien für den Übergang in die ersten Berufsjahre, Arbeitsmaterialien A1, Universität Bremen

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojekts A3

Thema: Selektion im Berufsbildungssystem und abweichendes Verhalten

Beteiligte Wissenschaftler/in:

Prof. Dr. Karl F. Schumann	(GA) (Projektleiter)
Dr. Volker Mariak	(GA)
Dr. Lydia Seus	(EA)
Dipl. Soz. Gerhard-Uhland Dietz	(EA) ab 01.01.92
Dipl. Soz. Eduard Matt	(EA) ab 01.03.92

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Stand der Kenntnisse bei der letzten Antragsstellung
3. Verlauf der Untersuchung - methodisches Vorgehen
 - 3.1 Forschungsablauf im Mikro-Panel
 - 3.2 Forschungsablauf im Makro-Panel
 - 3.3 Forschungsablauf in der Ausbilderbefragung
 - 3.4 Zentralregisteranfrage/ Aktenanalyse
4. Ergebnisse
 - 4.1 Mikro-Panel
 - 4.2 Makro-Panel
 - 4.3 Ausbilder-Befragung
5. Außenaktivitäten
 - 5.1 Vorträge u.a.
 - 5.2 Beitrag zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit
6. Publikationen
 - 6.1 Veröffentlichungen (laufende Berichtsperiode)
 - 6.2 Arbeitspapiere

1. Zusammenfassung

Die Studie "Selektion im Berufsbildungssystem und abweichendes Verhalten" untersucht im Längsschnittdesign den Verlauf des beruflichen Qualifizierungsprozesses, den Berufsstart und die Bemühungen um eine dauerhafte bzw. akzeptable berufliche Plazierung als Hintergrund für Rückgang, Fortdauer bzw. Zunahme von kriminalisierbarem Verhalten. Zugleich werden die gesellschaftlichen Definitionsprozesse abweichenden Verhaltens hinsichtlich ihrer Bedeutung für soziale Integration und Ausgrenzung überprüft und in ihrer geschlechtsspezifisch verschiedenen Relevanz erfaßt.

Während der zurückliegenden Förderungsphase wurde die Bremer Haupt- und Sonderschul-Abgängerkohorte 1989 bei den Bemühungen um eine qualifizierte Berufsausbildung beobachtet. Ein Viertel hat inzwischen die Bildungsanstrengungen aufgegeben und arbeitet un- oder angelernt. Ein gutes Sechstel der Kohorte hat die Ausbildung abgeschlossen und bemüht sich um eine akzeptable Berufseinmündung. Interessanterweise unterscheiden sich diese beiden Extremgruppen nicht hinsichtlich ihrer selbstberichteten Delinquenz im Untersuchungszeitraum. Lediglich die Untergruppe derjenigen Männer, die ihre Lehre abbrachen und nach Perioden der Suche ein neues Lehrverhältnis eingingen, ist extrem hoch belastet. Beide Erkenntnisse aus der Analyse des Makro-Panels werden nur erklärlich, wenn die biographischen Rekonstruktionen des Mikro-Panels herangezogen werden. Lehrabbruch geschieht in Perioden der Krise (bezogen auf Ausbildung, aber auch persönliche Verhältnisse). In dieser Zeit wird Delinquenz als Form des Ausagierens von Unzufriedenheit wahrscheinlich. Gleichzeitig deuten verschiedene Verläufe im Mikro-Panel an, daß manche erfolgreichen Auszubildenden zugleich eine deviante Feierabend- und Wochenendexistenz in Cliques aufrechterhalten; das Doppelleben dieser Teilgruppe schlägt sich in den Makro-Daten nieder als mittlere Delinquenzbelastung der Erfolgreichen insgesamt. Es zeigt sich, daß die zentralen Fragestellungen des Projekts komplizierter zu entschlüsseln sind als anfangs vermutet. Die Kategorie Geschlecht hat sich als die bedeutende Strukturvariable erwiesen. Marktmechanismen des segregierten Ausbildungsmarktes einerseits, eine unterschiedliche Bedeutung der Familie bei Männern (eher Versorgungsinstanz) und Frauen (eher Kontrollinstanz) andererseits, vor allem aber die Funktion des traditionellen Lebensentwurfs für Frauen als Abkühlungs-Deutungsmuster bei Scheitern in der Berufsausbildung bewirken, daß die Zusammenhänge zwischen Mißlingen beruflicher Qualifikation und Delinquenz bei Männern und Frauen als

völlig verschieden gedacht werden müssen. Weisen Frauen den traditionellen Entwurf der Frauenrolle zurück, geraten sie ebenso in Marginalität, wie dies bei Männern geschehen kann, die die Standards der Arbeitstugenden ablehnen. Die zusätzlich durchgeführte Untersuchung der informellen sozialen Kontrolle durch AusbilderInnen hat gezeigt, daß die Standards von Arbeitsmoral grundlegend für Erfolg und Mißerfolg im Berufsbildungssystem sind.

2. Stand der Kenntnisse bei der letzten Antragstellung

Die Fragestellungen des Projekts wurden aus drei kriminologischen Befunden entwickelt. Sowohl der praxisbezogene, daß Strafgefangene überproportional Defizite im Hinblick auf schulische und berufliche Ausbildung aufweisen, als auch der kriminologische Befund, daß Schulversagen und Kriminalisierung korrelieren, weil in der Schule die Bewertung von Leistungs- und Sozialverhalten verknüpft wird, legen die These nahe, daß auch defizitäre berufliche Qualifikationen mit Kriminalisierung einhergehen. Der dritte Anschlußpunkt ist die Grundannahme der Kritischen Kriminologie, daß Kriminalisierung von Verhalten auf dem Hintergrund gesellschaftlicher Schichtungsstrukturen gedeutet werden muß: Besteht eine funktionale Beziehung zwischen Kriminalisierung und sozialer Ungleichheit, so daß die Risiken, im Berufsbildungssystem zu scheitern, und die Risiken, kriminalisiert zu werden, miteinander korrelieren? Und: inwieweit und wie wird das asymmetrische Verhältnis der Geschlechter (sowohl Produktions- wie auch Reproduktionsverhältnisse) verfestigt?

Für die Rekonstruktion eines Zusammenhanges zwischen Selektionsprozessen in der Berufsbildung und der Kriminalisierung bzw. Disziplinierung abweichenden Verhaltens ist es erforderlich, empirische Befunde im doppelten Sinn theoretisch zu deuten: Auf der individuellen Ebene stellt sich jeder Selektionsprozeß im Ausbildungskontext als Zumutung eines Verzichts auf berufliche Aspirationen dar. Um die subjektiven Verarbeitungsmuster der negativen Selektionsprozesse zu verstehen, hat sich ein Erklärungsansatz bewährt, der sich auf das Theorem von Goffman (1962) und Clark (1973) zur Abkühlungsfunktion von Bildungsinstitutionen stützt (vgl. Schumann u.a. 1991). Auf der institutionel-

len Ebene bleibt zu zeigen, inwieweit AusbilderInnen und soziale Kontrolleure (Polizei, Justiz) sich jeweils der gleichen Kriterien bedienen, um ihre Selektionsentscheidungen zu begründen. Als Beurteilungsmaßstäbe kommen Arbeitstugenden wie Leistungsfähigkeit, Anpassungsbereitschaft, Zuverlässigkeit in Betracht.

Die in der Schule und an der ersten Schwelle begonnenen Selektionsprozesse setzen sich in der Berufsbildungsphase fort (vgl. Stegmann 1988): Es gelingt nur etwa der Hälfte der ehemaligen Haupt- und SonderschülerInnen eine betriebliche Berufsausbildung aufzunehmen. Nahezu jeder vierte neu abgeschlossene Ausbildungsvertrag wird während der Ausbildungszeit gelöst. Die höchste Abbruchquote hat das Handwerk zu verzeichnen, das für HauptschülerInnen den klassischen Ausbildungsbereich darstellt.

So wie die Abbruchgründe für Männer, die v.a. Probleme mit Ausbildungskräften und Schule angeben, und Frauen, die überwiegend gesundheitliche Gründe nennen, unterschiedlich sind (Glöß/Kühne 1984), so unterschiedlich können auch die weiteren Bemühungen aussehen. Männer - so war zu vermuten - sind weiterhin motiviert, an einer qualifizierten Ausbildung festzuhalten, da sie dem Druck der männlichen Normalbiographie ausgesetzt sind. Frauen könnten aufgrund von gescheiterten Bemühungen - unabhängig von ihren ursprünglichen Aspirationen - den Rückzug in die traditionelle Rolle wählen und ihre spätere Arbeit lediglich als Zugewinn werten, was ihnen den Ausweg in die ungelernete Arbeit nahelegt. Daß sich junge Frauen häufiger und länger in Maßnahmen und nicht in berufsqualifizierenden Ausbildungen befinden, führt dazu, daß sie sich (ohne eine Berufsausbildung überhaupt begonnen zu haben) dem biographisch bedeutsamen Zeitpunkt der Mutterschaft nähern, einem "für den Aufbau einer Erwerbsbiographie gravierenden Einschnitt im weiblichen Lebenslauf" (Krüger 1991, S.147).

Durch empirische Forschungsergebnisse ist bislang nicht erhellt, welche Rolle strafrechtliche und andere Kontrollprozesse bei Selektionen spielen. Welche Wirkungen haben etwaige Reaktionen der sozialen Kontrolle innerhalb der Prozesse, in denen sich Scheitern in der Ausbildung manifestiert? Erste Hinweise

gibt eine Untersuchung bei der sich herausstellte, daß AusbilderInnen pragmatische Devianztheorien vertreten, die eine Stigmatisierung benachteiligter Jugendlicher (Vorbefragte, Ausländer) begünstigen (Winckelmann 1977).

Die im Projekt verfolgten und weiterhin zu untersuchenden Fragen sind:

1. Welchen Stellenwert hat abweichendes Verhalten bzw. dessen Kriminalisierung durch Kontrollinstanzen für den Verlauf der Ausbildung und ihre Bewertung (z.B. über Arbeitstugenden) im Sinne des 'second code'? Gilt dies nur für Männer? Welches Äquivalent dafür steht bei Frauen als Begründungsebene der Selektion zur Verfügung?
2. Welche subjektiven Verarbeitungsmöglichkeiten von und welche Reaktionsweisen auf Selektionen stehen den Jugendlichen zur Verfügung? Reagieren sie mit vermehrten Anstrengungen, mit Selbstdisziplinierung, mit Widerstand oder mit Resignation?
3. Wie sieht in einer biographischen Phase, die durch hohe Delinquenzbelastung und fortschreitende Erfassung durch offizielle Kontrollinstanzen gekennzeichnet ist, die konkrete Zusammenarbeit zwischen Berufsschule/ Betrieb und Polizei/Justiz aus? Wie können sich die Jugendlichen gegen Fremddefinitionen wie Versager(in) oder Kriminelle(r) zur Wehr setzen? Gelingt es den Selektionsinstanzen, daß die Betroffenen ihr berufliches Scheitern oder ihre Kriminalisierung als selbstverschuldet akzeptieren?

3. Verlauf der Untersuchung - methodisches Vorgehen

Das Design sieht die Erhebung und Analyse von qualitativen und quantitativen Daten auf individueller (Mikro-/Makro-Panel) und institutioneller Ebene (AusbilderInnenbefragung; Aktenanalyse) vor.

3.1 Forschungsablauf im Mikro-Panel

Im Frühsommer 1992 (T3) fand die 3. Erhebung im Mikro-Panel statt. Von den 30 Männern aus der 2. Welle beteiligten sich 27, von den 30 Frauen noch 21 Personen (n=48). Die zwölf Ausfälle verteilten sich hinsichtlich der uns interessierenden Merkmale (etwa Abkühlungsmuster, Ausbildungsstatus, Delinquenz)

so, daß die grundlegende Struktur des Samples erhalten blieb. Mit 20% lag die Rate zwar deutlich höher als zu T2 (12%). Da bei Panelstudien 15% Verlust pro Erhebung als "üblich" gelten (Wolf 1986: 257; Heinz u.a. 1985: 56ff., berichten von einem 50%igen Ausfall über drei Jahre), ist unsere Schwundrate angesichts der schwierigen Gruppe als akzeptabel anzusehen.

Mit den Befragten wurden leitfadengestützte und auf Kassetten mitgeschnittene Interviews (mit narrativen Anteilen) zu ihrem Werdegang seit der 2. Erhebung geführt. Sie wurden zudem um Angaben zu den von ihnen im Interimszeitraum begangenen Delikte gebeten. Außer bei zwei Männern, die solche Angaben schon zuvor verweigert hatten, konnte die selbstberichtete Delinquenz bei allen erhoben werden (vgl. für alle Instrumente Materialienband 8).

Schwerpunkte der Leitfadeninterviews waren die berufliche Entwicklung, Delinquenz und Instanzenkontakte, Beziehungen zu Eltern, FreundInnen, Cliquenzugehörigkeit, Zukunftsperspektiven, Bilanzierung. Dabei ging es außer einer detaillierten Erfassung der Abfolge und Interdependenz von Ereignissen in verschiedenen Lebenskontexten v.a. darum, Deutungen zur biographischen Relevanz bestimmter Ereignisse zu ermitteln. Mehr Raum als zuvor wurde Fragen der privaten Lebensplanung gegeben, da die Befragten der biographisch wichtigen Phase von Heirat und Elternschaft nähergerückt waren. In dem Zusammenhang wurde gefragt, inwieweit sie sich noch als Jugendliche oder bereits als Erwachsene fühlten. Stärker als zu T2 wurde auch auf die Bilanzierung der beruflichen Biographie fokussiert.

Die Auswertung geschah in folgender Weise: Für jeden Fall wurde ein Grundmuster (Verlauf, Kontext) rekonstruiert. Dies erfolgte auf der Basis von Substraten, in denen als thematisch einschlägig indexierte Textstellen aus den korrigierten Transkripten zusammengefaßt waren (s. Lenz 1986: 144ff.). Die einzelnen Verläufe und ihre Kontextbedingungen wurden einem Fallvergleich unterzogen. Rekonstruktion und Komparation waren orientiert an den Verfahren des "ständigen Vergleichs" (Glaser/Strauss 1967) und der "dokumentarischen Interpretation" (Garfinkel 1973). Ziel war die Identifizierung überindividueller

Muster (Typen) von Zusammenhängen zwischen Verläufen der schulischen bzw. beruflichen Bildung und Prozessen der Selektion/Kriminalisierung. Vor allem die Theoreme des "cooling out" und des "second codes" dienten dabei als "sensitizing concepts" (Blumer 1969).

Zur Absicherung der Intersubjektivität der Interpretationen waren für jede Fallstudie zwei MitarbeiterInnen zuständig, wobei der jeweils zweiten Person primär die Prüfung der Sorgfalt und Stichhaltigkeit der gezogenen Schlußfolgerungen oblag.

Bei der Erarbeitung der Fallrekonstruktionen konnte zurückgegriffen werden auf in der ersten Projektphase erstellte Kurzbiographien über die Ausbildungsverläufe bis T2 und die fallbezogenen Substrate und Analysen zu Selektionsprozessen und sozialer Kontrolle. Diese Auswertungen, das zu T3 erhobene Material sowie die selbstberichtete Delinquenz (T1-T3) wurden also - gewissermaßen unter Erweiterung des Beobachtungsfensters in thematischer und zeitlicher Hinsicht - in umfassende und stets gleich gegliederte Rekonstruktionen der (Chronologie der) individuellen Verläufe integriert. Das derart gewonnene Verständnis für die besondere "Dynamik" eines jeden Verlaufs schlug sich nieder in einem Fazit, in dem ein Fall hinsichtlich seiner analytisch relevanten Merkmale unter Herstellung theoretischer Bezüge charakterisiert wurde. Auf dieser Basis erfolgte schließlich wiederum eine vergleichende Durchsicht aller in den Fallanalysen herausgearbeiteten (individuellen) Grundmuster von Kontext und Verlauf unter den zentralen Projektfragestellungen. Erste vorläufige Typenbildungen bzw. empirisch begründete theoretische Verallgemeinerungen waren dabei Ergebnis von Diskussionen im Team.

3.2 Forschungsablauf im Makro-Panel

3.2.1 Erhebungsinstrumente

Für die zweite Befragungswelle wurden zwei weitgehend standardisierte Fragebogenteile eingesetzt. Während Teil I mit 75 allgemeinen Fragen zum biographischen Verlauf, zur jetzigen beruflichen und privaten Situation und zum Einstellungswandel gegenüber dem Meinungsbild der '89-Befragung die

Statuspassage von der Schulentlassung in den Alltag der Berufsausbildung bzw. in die Arbeitswelt erfaßte (Fragenkomplexe: Berufsausbildung, Arbeitstätigkeit, Freizeitverhalten und peergroup, Partnerschaft, Behördennäher und Einstellung zur Delinquenz, Reaktionen auf berufliche/private Enttäuschungen, weitere Lebensplanung), enthielt Teil II insgesamt 35 Fragen zur Delinquenz der Jugendlichen von Strafmündigkeit bis zum Jahresende 1992 (Polizei- und Gerichtskontakte, Einbindung in delinquente peer-groups).

3.2.2 Erhebungs- und Untersuchungspopulation

Zunächst wurde, sofern die in der 1. Welle befragten Jugendlichen die Nachfrage erlaubt und einer weiteren Befragung zugestimmt hatten, überprüft, welche der potentiellen SchulabgängerInnen '89 (n=1668) tatsächlich die Schule verließen und somit in die erneute Befragung einbezogen werden konnten. Lag keine Schulauskunft 1989 vor, mußte telefonisch oder direkt vor Interview-Durchführung (soweit Adresse feststellbar) gefragt werden, ob der damals geplante Schulabgang realisiert wurde. Nur etwa die Hälfte war tatsächlich abgegangen. Daher (und aus verschiedenen technischen Gründen, vgl. Materialienband 9) ergab sich für das Panel 1992 eine Untersuchungspopulation von N=732 zu befragenden Personen.

3.2.3 Erhebungsdurchführung und Ausschöpfung

Die 2. Panel-Befragung fand zwischen dem 16.10.1992 und dem 30.04.1993 statt. Einige wenige Problem-Interviews (Proband in U-Haft, Wehrdienst, in der Drogen-Szene, usw.) wurden nach diesem Termin durchgeführt. Die lange Dauer der Erhebung beruhte u.a. darauf, daß die Jugendlichen oft nur an Wochenenden Zeit hatten, vielfach Interviewtermine platzen ließen und z.T. nur nach vielen Bemühungen zum Interview bereit waren. Es liegen für 420 Befragte der Fragebogenteil I und für 388 Befragte der Teil II zur selbstberichteten Delinquenz vor. Bezogen auf die Untersuchungspopulation von N=732 Personen beträgt der Ausschöpfungsgrad 57.4%. Zum Erhebungsende wurden insgesamt 312 nicht durchgeführte Interviews registriert: 115 Interviews (15.7%) wurden abgelehnt,

der Rest (n=197, 26.9%) kam aus verschiedenen Gründen nicht zustande (unbekannt verzogen, Termine mehrfach nicht eingehalten, Todesfälle, keine postalische Rückantwort bei Personen, die nicht mehr im Bundesland Bremen wohnen und die Fragebögen zugesandt bekamen). Um durch die Ausfälle und Verweigerungen bewirkte Stichprobenverzerrungen zu überprüfen, wurden für die in der EDV zum Stichtag 08.02.1993 Erfassten (n=326) und Verweigerer (n=66) die 1989 erhobenen Variablenwerte miteinander verglichen. Es gab keine signifikanten Unterschiede zwischen beiden Gruppen bei den wichtigen Variablen Kontrollerfahrung, Alter, Schulbildung, Nationalität, geplanter Bildungsweg.

3.3 Forschungsablauf in der AusbilderInnenbefragung

Im August 1991 wurde die schon in der 1. Förderungsphase begonnene Befragung der Ausbildungskräfte abgeschlossen. Es wurden insgesamt 40 Leitfaden-Gespräche geführt, von denen 38 zur Auswertung gelangten. Befragt wurden betriebliche AusbilderInnen des dualen Systems (21 Interviews), Lehrkräfte der berufsbezogenen teilzeitschulischen und vollzeitschulischen Ausbildung (zwölf Interviews) sowie BerufserzieherInnen in betrieblichen Einrichtungen des Ausbildungsvorbereitungs- bzw. Berufgrundbildungsjahres (fünf Interviews). Die Befragten äußerten sich zu ihren Maßstäben der Persönlichkeitsbeurteilung, zu Bewertungsroutinen und Kooperationsmustern. Sie gaben Auskunft zum Stellenwert devianter Verhaltensweisen der auszubildenden Jugendlichen in Betrieb, Schule und Freizeit.

Die Auswertung orientierte sich an Strauss und Corbin (1990) und Strauss (1991). Aus den erhobenen Informationen wurden Substrate gebildet und in einem dafür entwickelten Kategoriensystem kommentiert und erfaßt. Danach geschah die theoriegeleitete Verdichtung der Substratinhalte durch das Herausziehen von Schlüsselbegriffen, Begriffsverknüpfungen und deren Einbettung in speziellen Kontexten der Lehrsituation (axiale/selektive Kodierung).

3.4 Zentralregisteranfrage/Aktenanalyse

Die Anfrage über Eintragungen im Bundeszentralregister kann erst im Sommer 1993 stattfinden, weil die Einwilligungen der Jugendlichen (n=280) zur Akteneinsicht erst nach Beendigung der 2. Makro-Erhebung vorlagen (die schriftliche Einwilligung wurde im Rahmen des Interviews eingeholt). Ein Aufschub des Erhebungstermins erschien darüberhinaus sinnvoll, weil die Delinquenz der Jugendlichen in Bremen, wo im starken Maße Diversion praktiziert wird, sich erst bei Wiederholungen in offizieller Registrierung niederschlägt.

4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit

4.1 Mikro-Panel

Der Tatsache, daß jede Form der Regelung gesellschaftlicher Handlungsprozesse, ob Arbeitsteilung oder Strafrecht, eine geschlechtsspezifisch divergente Struktur aufweist, wird durch einen systematischen Einbezug der Strukturkategorie Geschlecht in der Analyse Rechnung getragen. So ist bereits im Ausbildungsverlauf die Differenz zwischen Männern und Frauen offensichtlich: Dreieinhalb Jahre nach Schulabgang war die Hälfte der Frauen, aber nur ein Viertel der Männer aus dem qualifizierenden Berufsbildungssystem ausgeschieden. Die Erfolglosen befanden sich weiterhin in einer Maßnahme, gingen einer ungelerten Tätigkeit nach oder waren arbeitslos. Die Entwicklung im Makro-Panel ist für Frauen strukturell gleich, wenn auch günstiger. Unter Einbezug der Variablen Hauptschulabschluß und Delinquenz ergeben sich die in Tab. 1 dargestellten Zusammenhänge.

Tabelle 1: Berufsverläufe und Devianz im Mikro-Panel

Selektion/ Schulabgang	Delin- quenz	in qualifizierender Berufsausbildung	
		erfolgreich	gescheitert
mit Haupt- schulab- schluß	DD	Bobby, Fasold, Ferdi, Fiffi, Fleming, Fliege, Jens, Kerstin, Luzia	Libby, Lin- da, Rudi
	EPI	Abby, Felix	Sarah, Senta
	KON	Adele, Afra, Alice, Byron, Fabian, Fjordi, Frank, Fried- helm, Judo, Kaba, Kari, Kuni- frede, Rick	Lara, Scylla, Sibylle, Sy- ria,
ohne Hauptschul- abschluß	DD	Jack, Francis	Agnes, Ja- kob, Jim, Johann,
	EPI	Bodo	Jan
	KON	Bert, Bonzo, Siggi	Anna, Lea, Josef, Robby,

DD=durchgängig mit Delinquenz belastet, EPI=episodenhafte Delinquenz, in der Regel während der Schulzeit, danach konform; KON=konform, Bagatellen

4.1.1. Bilanzierung und Zukunftsperspektive

Die Bilanzierung der Ausbildungsverläufe durch die Jugendlichen selbst läßt sich anhand ihrer retrospektiven Bewertung und ihrer Zukunftsperspektiven

analysieren. Für die Analyse wurde ein typologischer Zugang gewählt. Die Darstellung der Einzeltypen erfolgt für Frauen und Männer getrennt, um auf diese Weise ihrer unterschiedlichen gesellschaftlichen Verortung Rechnung zu tragen.

1. Die männlichen Jugendlichen

Bei der Bilanzierung ihres Werdegangs steht bei den männlichen Jugendlichen die Berufsbiographie im Vordergrund. Diese wird sehr früh und langfristig in Angriff genommen. Überlegungen zum Aussteigen aus dem Erwerbsleben finden sich kaum. Es lassen sich zwei Typen unterscheiden, die *Facharbeiterperspektive* und der Weg 'ungelehrte Arbeit'.

Die *Facharbeiterperspektive* nehmen alle 20 Auszubildenden ein. Ein Teil von ihnen sieht den Status Geselle aber nicht unbedingt als Ende der beruflichen Laufbahn an. Eine kleine Gruppe (Ferdinand, Fiffi, Fjordi, Fliege) betrachtet die derzeitige Lehre nur als ein Durchgangsstadium im Rahmen einer längerfristigen Planung hin zu ihrem Wunschberuf: der direkte Einstieg war ihnen aufgrund fehlender schulischer Qualifikationen verwehrt. Hier werden die Aspirationen erst einmal zurückgestellt, aber als Option beibehalten. Für die größere Gruppe (Bobby, Fabian, Fasold, Friedhelm, Frank, Fleming, Rick) ist die Perspektive Meister, in unterschiedlichem Maße, von Bedeutung, z.T. auch gerade dafür, die Lehre durchzustehen. Sie haben sich mit ihrem Beruf, der für viele ihr Wunschberuf war, arrangiert. Für die weniger Erfolgreichen in der Lehre geht die Planung allenfalls bis zu Fortbildungskursen. Eine weitere Gruppe definiert den Erwerb des Gesellenbriefes selbst bereits als Erfolg. Bei Byron und Judo lassen sich trotz komplikationslosem Lehreinsteig keine weiteren Aspirationen finden. Andere sind, wie Bodo, Bonzo und Bert, durch negative Selektionen in der Schulzeit gekennzeichnet und, wie auch Francis, Jack, und Felix, erst nach Maßnahmen in die Lehre gekommen, oder gar, wie Jens, nach ersten Lehrabbrüchen. Nach Erfahrungen des Scheiterns zeigen sie ein hohes Anpassungspotential, um die Lehre erfolgreich zu beenden, werten ihren Status als Erfolg.

Hierin drückt sich das Bewußtsein aus, als Ungelernter heute überhaupt keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt mehr zu haben.

Den Weg 'ungelernte Arbeit' gehen sieben Jugendliche des Mikro-Panels. Sie sind aus dem Berufsbildungssystem bereits herausgefallen: sie haben die Lehre gekündigt (Rudi, Jim, Johann), sind gleich in ungelernete Arbeit gegangen (Jan) oder sind in Maßnahmen verblieben (Jakob, Robby, Josef). In ihren Argumentationen findet sich die Akzeptanz ihres Status als ungelerner Arbeiter. Ein Wiedereinstieg wird meist mit dem Hinweis auf Berufsschulunlust abgewehrt. Hingegen lassen sich Argumente finden, die das Hocharbeiten durch gute Leistungen betonen. Wir haben es bei diesen Fällen mit gelungener Abkühlung zu tun: Durch mehrfaches Scheitern und damit entstandene Einsicht in die Unmöglichkeit einer qualifizierenden Ausbildung für sie wird dieser Weg akzeptiert und versucht, das Beste hieraus zu machen.

2. Die weiblichen Jugendlichen

Bei den Frauen ist die Lebensplanung generell stärker durch eine Verquickung unterschiedlicher Lebensbereiche charakterisiert. Drei Typen lassen sich unterscheiden: Beim ersten Typus (Adele, Luzia, Abby, Alice, Kaba, Kerstin, Afra, Sigg) ist der **Berufsbereich dominierend**. Ziel ist es, die Gesellinnenprüfung zu schaffen, um danach entweder im Beruf zu arbeiten oder gar sich selbständig zu machen. Weiterqualifizierung ist nur bei einer Frau das Ziel. Die Facharbeiterperspektive ist nicht so stark ausgeprägt wie bei den Männern. Die Frauen dieses Typs sind in der Ausbildung erfolgreich, die Planung von Ehe und Familie wird in die ferne Zukunft verschoben.

Der zweite Typus (Kunifrede, Sarah, Scylla, Sybille, Kari) zeichnet sich durch **Orientierungslosigkeit** aus. Sie wissen nicht, was sie werden wollen, ob der Beruf der Richtige für sie ist. Es lassen sich z.T. von Anfang an keine ausgeprägten Interessen finden; z.T. sind ihnen ihre Wunschberufe aufgrund ihres Schulabschlusses oder aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen verwehrt, resp. sie scheitern darin. Neue Optionen werden nur unzureichend entwickelt.

Die private Zukunftsperspektive ist ausgeprägter, einige wohnen bereits mit ihrem Freund zusammen.

Der dritte Typus (Anna, Agnes, Lea, Lara, Syria, Senta, Libby, Linda) ist durch ein **Scheitern** im Berufsbildungssystem gekennzeichnet. Nach drei Jahren sind sie derartig entmutigt, daß sie keine Möglichkeit einer qualifizierenden Ausbildung mehr sehen. Für sie heißt die Zukunftsperspektive: ungelernete Tätigkeit und/oder Hausfrau, bei wenigen: abweichender Lebensstil.

4.1.2 Abkühlung und soziale Netzwerke

Die Selektionsprozesse im Berufsbildungssystem dauern dreieinhalb Jahre nach Schulabgang für zwei Drittel noch an. Die übrigen sind ohne Qualifikationsabschluß geblieben und arbeiten un- bzw. angelernt. Wie diese zweite Gruppe ihren Mißerfolg verarbeitet, ist von zentraler Bedeutung für die Kernfragestellung des Projekts. An dieser Stelle können zwei noch vorläufige Bilanzierungen vorgenommen werden, die sich auf das Theorem des "cooling out" (Goffman; Clark) und die Bedeutung sozialer Netzwerke als intervenierende Variable des Zusammenhangs von Verlauf der Berufsausbildung und abweichendem Verhalten beziehen.

Soweit es die Schulbiographie betraf, hatte sich die Nützlichkeit des Abkühlungstheorems zum Verständnis der Adaptation an Mißerfolg gezeigt. Wie im Ergebnisbericht 1991 erläutert, sind Mißerfolge in der Schule (z.B. Relegationen auf einen niederen Schultyp) überwiegend durch Akzeptanz des eigenen Verschuldens verarbeitet worden. In einigen Fällen allerdings konnten Selektionen seitens der LehrerInnen nicht verwunden werden. Nur wenn es gelang, trotzdem später eine akzeptable Lehrstelle zu sichern, konnte mit diesem Kompromiß vorerst gelebt werden.

Selektionen im Berufsbildungssystem bestehen z.B. in Verweigerung der gewünschten Ausbildung, in Kündigungen von Ausbildungsverhältnissen, im Versagen in der Berufsschule. Bei genauer Analyse zeigt sich, daß diese Selektionen nicht in gleichem Maße wie in der Schule vom System allein durchgeführt werden. Der Anteil der Betroffenen an den Negativentscheidungen

wächst. So sind die Probleme an der 1. Schwelle, das Finden einer Lehrstelle im gewünschten Beruf, durch Eigeninitiative zu lösen. Wer hier scheitert, kann auch eigener Handlungsinkompetenz unterlegen sein. Lehrverhältnisse werden oft im gegenseitigen Einvernehmen gelöst, oder der Azubi kündigt vorbeugend selbst. Dieser Eigenanteil reduziert den Bedarf an Abkühlung insoweit, als der Mißerfolg als solcher mitproduziert wird, nicht bloß mitverursacht. Da das Berufsbildungssystem mit seiner breiten Palette an Alternativen abhängig von Individualnachfrage funktioniert (weniger durch Selbstrekrutierung oder Steuerung durch die Berufsberatung), kann der Nachfrager das Scheitern als eigene Fehleinschätzung werten, aus dem Felde gehen und das Glück woanders suchen. An die Stelle von Selektion tritt Selbstselektion. Bezogen auf das Abkühlungstheorem heißt das, daß die Jugendlichen zunehmend mehr selbst zu Agenten der Abkühlung werden. Besonders deutlich wird dies bei jungen Frauen, die das Aus-dem-Felde-gehen bei Schwierigkeiten in der Ausbildung mit einem Rückzug in die traditionelle Frauenrolle rechtfertigen können. Typisch dafür in unserem Material ist Senta, mittlerweile zweifache Mutter. Verweigern Frauen aber bei Konflikten in der Ausbildung diese Rückzugsstrategie, kann ein Ableiten in Subkulturen die Folge sein (Linda, Libby, vgl. Seus 1993a), entweder als Resignation oder in Protest gegen erlebte Ungerechtigkeiten.

Es gibt allerdings eine Gruppe junger Frauen und Männer, bei denen Erlebnisse ungerechter Behandlung zum Ausbildungsabbruch führten (Lara, Rudi, Sybille, Jens). Die Jugendlichen suchten dann alternative Ausbildungsstellen, die meist nicht tragfähig waren. Die Kette scheiternder Versuche wird dann nicht als eine der Selektion, sondern der Fehlgriffe erlebt. Jedoch bleibt das Leiden an der Ungerechtigkeit als Schatten über der Berufsbildungslaufbahn bestehen, wenn Abkühlung durch Kompensationsstrategie mißlang. Im Material gilt dies für Jacob, Johann, Robby und Lara. Wie sich diese fehlende Akzeptanz der erlebten Negativselektion im weiteren Lebensverlauf auswirkt und ob sie im Zusammenhang mit abweichendem Verhalten steht, bleibt zu klären. Skizzenhaft sei durch diese Verweise verdeutlicht, daß die Abkühlungsprozesse bei Selektionen im Berufsbildungssystem insoweit komplexer als im Schulsystem verlaufen, als bei

Scheitern die Betroffenen wegen ihrer eigenen Reparaturversuche (andere, meist ungeeignete Lehrstellen) den Mißerfolg in wachsendem Maße mitverursachen und damit Schmied ihres Pechs werden (Schumann u.a. 1991; Schumann 1994a), das sie wegen des Eigenanteils akzeptieren müssen. Diese Form der Selbstzuschreibung findet sich weitaus stärker bei Frauen. Die Untersuchung fehlschlagender Qualifikationsverläufe hat darüberhinaus gezeigt, daß zur Verarbeitung von Selektionen, als Unterstützungsnetzwerk, Familien und Angehörige von besonderer Bedeutung sind. Wo sie fehlen, hängt es davon ab, ob peer-groups (und deren Haltung zu Arbeitstugenden) eher unterstützend wirken oder einem erfolgreichen Ausbildungsverlauf abträglich sind.

Bei konformen, in der Ausbildung erfolgreichen Jugendlichen fällt auf, daß beim Start wie im Fortgang der Ausbildung fast alle positive Unterstützung durch Eltern oder andere Bezugspersonen erhielten. Einige Frauen unterlagen erheblicher elterlicher Kontrolle. Bei Auszug von zu Hause bzw. dem Zusammenwohnen mit Freund/Verlobtem blieb die Unterstützungsbereitschaft der Eltern aber erhalten. Fehlte diese, brachen die Frauen Ausbildungen ab, um Geld für den Unterhalt einer Wohnung zu verdienen. Für eine Ausbildung sahen sie keine Chance mehr. Sie arbeiteten, um von den Eltern finanziell unabhängig zu sein.

Bei den Gescheiterten und zugleich mit Delinquenz Belasteten zeigt sich deutlich ein geschlechtsspezifischer Unterschied. Mit ihrem Scheitern hatten sich die männlichen Jugendlichen abgefunden, oder sie hofften auf eine neue Chance. Während bei ihnen die Familie überwiegend als unterstützende Versorgungseinrichtung fungierte, übte sie bei den Frauen Kontrolle aus, was zu Widerstand dagegen und zu häuslichen Konflikten führte. Außer in einem Fall hatte dies ein Verlassen des Elternhauses zur Folge, wodurch teilweise der Prozeß hin zum endgültigen Scheitern inganggesetzt oder entscheidend beschleunigt wurde. Es resultierte entweder die Orientierung auf die traditionelle Frauenrolle oder bereits ihre Übernahme, oder es kam zu Marginalisierungen.

4.1.3 Berufsverlauf und Delinquenz

Für die Hälfte der von uns dreifach interviewten 48 Jugendlichen (27 Männer, 21 Frauen) spielt selbstberichtete Delinquenz keine relevante Rolle. Bei 13 Jugendlichen ist eine hohe Konformität gegeben. Bei den weiteren herrschen Bagatelvergehen vor, die wiederholt und in einer gewissen Bandbreite begangen werden.

Delinquenz oder gar Kriminalisierung haben keinerlei Auswirkungen auf den schulischen oder beruflichen Verlauf. In den Fällen, wo es letztendlich zum Scheitern der Qualifizierungsbemühungen gekommen ist (bei sechs Frauen und zwei Männern) waren andere Gründe maßgeblich. Die gering delinquente, bzw. weitgehend 'konforme' Gruppe (KON) wird im folgenden nicht weiter betrachtet.

Die andere Hälfte des Panels ist durch eine Belastung mit Delinquenz charakterisiert, die über Bagatellen hinausgeht. Dies wirkte sich auch entsprechend aus; 20 der 24 Jugendlichen hatten bereits Kontakt zu offiziellen Kontrollinstanzen. Betrachtet man die 'Delinquenzverläufe' insgesamt, so läßt sich eine Form als episodenhaft charakterisieren, d.h. nach einer hohen Belastung zum ersten Zeitpunkt (T1), kommt es schon zu T2 (Herbst 1990) zu einem Abbruch oder einer starken Abnahme (EPI). Die verbleibenden 18 Jugendlichen zeigen eine durchgängig hohe Belastung mit Delinquenz, wobei es bei T3 zu einem Rückgang bzw. Anstieg gekommen sein kann (DD).

Neben der deskriptiven Betrachtung der Delinquenzverläufe war vor allem die Frage von Interesse, ob es einen direkten Zusammenhang zwischen dem Verlauf der beruflichen Bildung und Delinquenz gab, dergestalt, daß Jugendliche, deren Berufsbiographie von starken Selektionen oder Mißerfolg geprägt ist, einem höheren Kriminalisierungsrisiko unterliegen. Dieser direkte Zusammenhang muß verneint werden.

Es gibt vielmehr vier verschiedene Typen der Beziehung zwischen Devianz und Verlauf des Berufsbildungsprozesses. Bemerkenswert ist dabei Typus 1, der sich durch den Begriff "**Doppelleben**" charakterisieren läßt. Einem erfolgreichen

Berufsverlauf steht eine überdauernde hohe Delinquenzbelastung und eine offizielle Erfassung durch soziale Kontrollinstanzen gegenüber (vgl. Schumann 1993a, S.326). Die dominante Ausprägung dieses Typus kennzeichnet der master-status "guter Lehrling". Es handelt sich um Jugendliche, die einen guten Einstieg in das Berufsbildungssystem im angestrebten Wunschberuf erreichten, die eine hohe Anpassungsbereitschaft an die Erwartungen in bezug auf Leistung und Arbeitsmoral zeigten: "Die Lehre gut durchziehen, schön viel pauken, gut was tun, aufpassen, 'nen guten Abschluß kriegen" (Fliege). Die Motivation, die Lehre um jeden Preis durchzuhalten, entsprang der Zufriedenheit mit dem gewählten Weg und der Zukunftsorientierung. Korrespondierend zum positiven Verlauf der beruflichen Bildung konnten diese Auszubildenden auf ein soziales Netzwerk im Privaten rekurrieren, das Unterstützung in vielerlei Hinsicht bot. Die Familie agierte in erster Linie als Versorgungseinrichtung und nicht als Kontrollinstanz. Erfolg und Konformität im Berufsleben standen eine hohe Belastung mit Delinquenz, die über Bagatellen hinausging, und eine offizielle Registrierung, z.T. erste Gerichtsverfahren, gegenüber, die aber keinen negativen Einfluß auf die Ausbildung hatten.

Innerhalb des Typus "Doppelleben" gibt es einen Verlauf, der von der Grundstruktur abweicht. Er ist definiert über den master-status "unangepaßter Lehrling" und wird durch Jens verkörpert. Seine Berufsbiographie ist durch Diskontinuität gekennzeichnet; er brach zwei Ausbildungsverhältnisse ab, bevor er ein jetzt noch bestehendes Lehrverhältnis einging: "Ja also die (Lehre), die muß ich durchziehen, egal, was das ist. Hauptsache ist, daß ich diesen Scheißbrief (Gesellenbrief) in der Tasche hab". Seine mangelnde Anpassungsbereitschaft und die Verweigerung von Arbeitstugenden brachten ihm wiederholt Konflikte ein, die er nicht kompetent bewältigen konnte.

Probleme im privaten Bereich, eine belastete Beziehung zu Mutter und Bruder und instabile Wohnformen (Pflegeeltern, betreutes Wohnen, Obdachlosigkeit) erschwerten eine kontinuierliche Ausbildung. Seine Erfahrungen mit Polizei und Justiz, die bereits in der Schulzeit begannen, hinterließen bei Jens ein starkes Gefühl von Ungerechtigkeit und Stigmatisierung. Obwohl er also offiziell erfaßt

war und seine selbstberichtete Delinquenz weiter zunahm, brachte dies seinen beruflichen Erfolg, sein Doppelleben, nicht in Gefahr. Das Risiko "zu entgleisen" war aber hoch.

Beim zweiten Typus (**Episodenhaftigkeit**) wurden kriminalisierbare Aktivitäten kurz nach Stabilisierung der Ausbildung eingestellt. Die Zufriedenheit mit dem Übergang an der 1. Schwelle bzw. dem zunehmenden Erfolg scheint sich konformitätsfördernd ausgewirkt zu haben, die Delinquenz ging zurück.

Eine Erklärung dafür, daß die "Doppelgleisigkeit" der Lebensführung so gut gelingen kann, daß sich der Instanzenkontakt nicht nachteilig auswirkte, liegt u.E. darin, daß der master-status "erfolgreicher Lehrling" das dominante Beurteilungskriterium darstellt. Dies wird umso bedeutsamer angesichts der Tatsache, daß in der Gruppe Männer überwiegen, deren Normalbiographie vorrangig über Qualifikation zu und die Ausübung von Erwerbsarbeit definiert ist.

Arbeitsmoral ist ein Schlüsselbegriff, der für die Frage der Disziplinierung (Kontrolle allgemein) zum interpretationsleitenden Konzept wird (Cremer-Schäfer/Steinert 1986). Soziale Kontrollinstanzen und AusbilderInnen scheinen darin übereinzustimmen, Delinquenz bei Jugendlichen nicht zu deren Nachteil zu sanktionieren, wenn diese sich als gute Auszubildende darstellen. D.h. Jugendliche, die die Erwartung erfüllen, durch regelmäßige Lohnarbeit ein rechtmäßiges Einkommen zu erzielen, werden nicht so schnell kriminalisiert.

Der traditionelle Weg für Hauptschüler ist der, über eine Qualifikation vorwiegend im Handwerk zu einem Status als Facharbeiter zu gelangen. Für Hauptschülerinnen steht eine eingeschränkte Palette an sog. 'frauentypischen' Ausbildungen zur Verfügung, die zu Berufen führen, die eine eigenständige Existenzsicherung nicht zulassen und den Weg zur weiblichen Normalbiographie 'ebnen'. SonderschülerInnen müssen gewillt sein, auch die unvorteilhaftesten Positionen auf dem Arbeitsmarkt, sprich ungelernete Tätigkeiten, anzunehmen. Beim Eintreten von beruflichem Mißerfolg, z.B. an der zweiten Schwelle, könnte sich durch ein härteres Eingreifen von Kontrollinstanzen der master status "guter Lehrling" zu dem des "Kriminellen" verändern.

Bei den Jugendlichen, deren Qualifizierung mißlungen ist (Agnes, Libby, Linda, Jan, Jakob, Johann, Jim, Rudi, Sarah und Senta), gibt es ebenfalls zwei Typen: **Rückläufigkeit** und **Marginalisierung**. Alle sind hoch mit Delinquenz belastet und hatten mit einer Ausnahme bereits Kontakt zu sozialen Kontrollinstanzen. Ein Beispiel für den Typus **Rückläufigkeit** ist Jan. Sein Status war bereits festgeschrieben, als er wegen mehrfacher Eigentumsdelikte und Raub in ein Heim mit angeschlossener Sonderschule eingewiesen wurde. Dies führte dazu, daß er seine frühzeitige und endgültige Plazierung als ungelernter Arbeiter akzeptierte. Auch bei anderen Jugendlichen der Gruppe wurde das Scheitern in der Berufsbildung durch Akzeptanz ihrer beruflichen Situation als ungelernete Arbeiter (Jakob, Rudi) oder durch Rückzug ins Privatleben (Agnes, Senta) kompensiert. Gleichzeitig kam es zu einem Rückgang von selbstberichteter Delinquenz.

Bei den betroffenen Frauen des Typus 4, '**die Marginalisierten**' (Libby und Linda), läßt sich dagegen sagen, daß ihr abweichender Lebensstil insgesamt dazu geführt hat, daß sie im Berufsbildungssystem gescheitert sind. Es war die durchgehende Verweigerung der Arbeitsmoral, inkompetentes Konfliktlösungsverhalten in Schule und Ausbildung, das zu einer Berufsbiographie voller Diskontinuität geführt hat.

Ein früher, radikaler Ausstieg aus dem Qualifikationssystem, der aufgrund einer schwierigen privaten Situation erfolgte, verfestigte einen abweichenden Lebensstil, der wiederum eine erneute Ausbildung verhinderte. Zwischenzeitliche kurzfristige Versuche des Wiedereinstiegs scheiterten daran, daß Heroinabhängigkeit (Libby) oder zunehmende Entfremdung von bürgerlicher Arbeitsmoral (Linda) die Motivation zum Durchhalten verhinderten. Die beiden Frauen lebten in Subkulturen, die ein Zurückkehren in bürgerliche Strukturen unrealistisch erscheinen lassen. Beide sind offiziell registriert und einer hohen polizeilichen Kontrolle ausgesetzt. Für sie läßt sich der enge Zusammenhang zwischen Scheitern und Delinquenzbelastung aufzeigen.

Während die Typen 1 und 2 (Erfolg/Delinquenz) männlich dominiert sind, so sind die Typen 3 und 4 (Mißerfolg/Delinquenz) weiblich dominiert. Im folgenden werden wesentliche Merkmale diesbezüglich herausgearbeitet. Diskontinuität gilt geradezu als Charakteristikum der weiblichen Normalbiographie, unter anderem verursacht durch die doppelte und widersprüchliche gesellschaftliche Verortung von Frauen.

Vier Frauen gemeinsam ist die Verweigerung der traditionellen Frauenrolle. Sie wollten ein selbstbestimmtes, unabhängiges Leben führen, hielten deshalb an ihren beruflichen Aspirationen fest, weil ihr Lebensentwurf die (finanzielle) Abhängigkeit von einem Ehemann nicht vorsah.

Alle verweigerten sie Abkühlungsversuche in der Schule und an der ersten Schwelle, der Bildungsverlauf blieb geprägt durch nicht verarbeitete Selektionen, angebotene Kompromisse wurden abgelehnt, die verlangte Anpassung verweigert. Letztendlich vollzogen alle einen radikalen Ausstieg aus dem Qualifikationssystem.

Gemeinsam war den Frauen weiterhin, daß häusliche Konflikte und der Widerstand gegen starke elterliche Kontrolle dazu führten, daß sie frühzeitig mit alternativen Wohnformen konfrontiert waren. Betreutes Wohnen oder zeitweilige Obdachlosigkeit als Folge verhinderten einen stabilen Kontext im Sinne von positiven Ressourcen, der eine erfolgreiche Ausbildung u.U. ermöglicht hätte (vgl. Seus 1993a).

Die Bewältigungsformen, mit denen Frauen versuchen, die vorgezeichneten engen Grenzen ihrer beruflichen Möglichkeiten zu überschreiten, lassen sich durch die beiden Pole Rückzug in die traditionelle Frauenrolle oder abweichender Lebensstil (dies mit der Folge von Marginalisierung) charakterisieren.

Im kriminologischen Kontext ergibt sich durch die doppelte gesellschaftliche Verortung der Frauen sowohl auf der normativen als auch auf der Aspirations-Ebene eine doppelte soziale Kontrolle in bezug auf gesamtgesellschaftlich als auch geschlechtsspezifisch gültige Normen. Neben dem Konzept 'Arbeitsmoral' bildet die soziale Konstruktion 'Weiblichkeit' die Folie, auf der die Definitionen von 'Normalität' und 'Abweichung' gespiegelt werden.

Kommt es zu einer konsequenten Verweigerung sowohl der Berufs- als auch der Familienrolle und einer Hinwendung zu einem abweichenden Lebensstil (alleinerziehende Sozialhilfeempfängerin, Punk, Junkie) insgesamt, geraten die jungen Frauen auch zunehmend unter offizielle Kontrolle (vgl. Seus 1993a).

So gesehen leistet die Analyse der Situation und der biographischen Verläufe der Haupt- und SonderschülerInnen einen Beitrag zur Diskussion um die Bedingungen der gesellschaftlichen Reproduktion, insbesondere der von sozialer Ungleichheit und geschlechtsspezifischer Benachteiligung.

4.2 Makro-Panel

Erste Auswertungen stützen sich auf Datensätze von 77.6% des Panels (alle bis zum 08.02.1993 Befragten). Betrachtet man den Einstieg der Jugendlichen in das Berufsleben, so zeigt sich zwar die Dominanz des dualen Systems im Vergleich zu anderen Ausbildungswegen; allerdings sind die Relationen kaum besser als in den frühen '80er Jahren (Stegmann 1988). Nur 54% begannen sofort eine Lehre in Industrie und Handwerk. Weitere 11%, überwiegend Frauen, besuchten vollzeitschulische Ausbildungsgänge. Eine Typologie der Ausbildungswege seit Schulabgang 1989 bis zum Befragungsbeginn im Oktober 1992 zeigt Tab. 2.

Dreieinhalb Jahre nach Schulabgang hatten hiernach 48.2% auf kontinuierlichem Wege das duale Ausbildungssystem durchlaufen, ohne die Nutzung von Warteschleifen, ohne Abbrüche. Bei 28.2% ist es bereits zu Lehrabbrüchen gekommen, oder sie haben den Einstieg in das duale System erst über berufsvorbereitende Maßnahmen u.a. erreicht. Zu den Gescheiterten im Ausbildungssystem gehören zunächst 12.0%, die die Lehre abbrachen, dann 5.2%, die zwar Warteschleifen in Kauf genommen haben, aber schließlich doch nicht in das duale System integriert wurden. Rechnet man die Personen hinzu, die sich in die Typologie selbst nicht einordnen lassen (5.5%), so sind insgesamt 23.6% der Befragten zur Zeit aus dem Ausbildungssystem herausgefallen. Sie sind entweder arbeitslos oder ungelernt/angelern tätig. Dieser Prozentsatz überschreitet erheblich die im BBB für alle Auszubildenden genannten Zahlen (vgl. BBB 1992, S.19+39). Bei vier von zehn Lehrlingen des Panels kam es zu Lehrabbrüchen

(eigene Kündigung (22.4%), Entlassung in gegenseitigem Einvernehmen (8.9%), Entlassung durch den Betrieb (8.0%)). Als Hauptgründe für Lehrabbruch oder Betriebswechsel nannten die Befragten 1. Konflikte mit AusbilderInnen (16.2%), 2. gesundheitliche Gründe (12.8%), 3. keine Lust mehr auf die Berufsschule (10.3%), 4. Enttäuschung über den gewählten Beruf (10.3%). Kaum erwähnt wird der Grund, eine bessere Lehr- bzw. Arbeitsstelle gefunden zu haben (1.8%), der in der Berufsbildungsforschung als vorrangig genannt wird.

Tabelle 2: Verlaufstypen beruflicher Ausbildung

Typen	männlich	weiblich	insgesamt
TYP 1a (Lehre und Prüfung)	35 (18.8)	25 (17.9)	60 (18.4)
TYP 1b (noch in der Lehre)	67 (36.0)	30 (21.4)	97 (29.8)
TYP 2a (Lehrabbruch., erneut Lehre)	16 (8.6)	16 (11.4)	32 (9.8)
TYP 2b (Maßnahme, dann in Lehre)	28 (15.1)	32 (22.9)	60 (18.4)
TYP 3a (Lehrabbr., keine Ausbildg.)	19 (10.2)	20 (14.3)	39 (12.0)
TYP 3b (noch in der Maßnahme)	9 (4.8)	8 (5.7)	17 (5.2)
TYP 4a (keine Ausbildg., in Arbeit)	2 (1.1)	0 (0.0)	2 (0.6)
TYP 4b (keine Ausbildg., arbeitslos)	1 (0.5)	0 (0.0)	1 (0.3)
Sonstige	9 (4.8)	9 (6.4)	18 (5.5)
insgesamt	186 (100.0)	140 (100.0)	326 (100.0)

Bei den angegebenen Lehrberufen fällt ins Auge, daß fast durchgängig eine geschlechtsspezifische Trennung erkennbar ist: So sind nur 7.9% der Frauen zum Befragungszeitpunkt in den typischen Lehrberufen des Handwerks und der Industrie, während immerhin 58.1% der männlichen Jugendlichen zum Befragungszeitpunkt dort in Ausbildung stehen bzw. bereits tätig sind (KFZ-MechanikerIn: 20 Männer, eine Frau; VerkäuferIn: 26 Frauen, zwei Männer). Die Verteilung in

der Stichprobe zeigt deutlich das Abbild des immer noch geschlechtsspezifisch gespaltenen Arbeitsmarktes. Dies ist umso widersprüchlicher, als schulische Qualifikationen bei den befragten Frauen und Männern praktisch gleich sind.

Im Zusammenhang mit der mehr oder weniger erfolgreichen Passage beruflicher Ausbildung und den dort durchlaufenen Selektionsprozessen stellt sich die Frage nach der Delinquenzbelastung der Jugendlichen und ihrer Entwicklung über den Untersuchungszeitraum hinweg. Gefragt nach Kontakten mit den Instanzen der offiziellen Sozialkontrolle berichteten 6.5% über Ärger mit dem Jugendamt, 26.7% über Ärger mit der Polizei und 13.8% über Ärger mit dem Gericht. Aufgrund der im ergänzenden Fragebogen detailliert erhobenen selbstberichteten Delinquenz wurde ein Belastungsindex entwickelt, der für den bisher erfaßten Lebensabschnitt folgende Verteilungen ergibt:

Tabelle 3: Delinquenz-Belastung im gesamten Untersuchungszeitraum

Belastung	Frauen	Männer	insgesamt
ohne Delinquenz	32 (22.9%)	22 (11.8%)	54 (16.6%)
leicht Delinquente	86 (61.4 %)	98 (52.7%)	184 (56.4%)
höher Delinquente	11 (7.9%)	54 (29.0%)	65 (19.9%)
(fehlende Delinquenz- angaben)	11 (7.9%)	12 (6.5%)	23 (7.1%)
Personen insgesamt	140 (100.0%)	186 (100.0%)	326 (100.0%)

In Anlehnung an die US-Studien zur Jugenddelinquenz (vgl. Fortsetzungsantrag 1993) wurde die Delinquenz-Entwicklung in drei Zeitabschnitten (A=bis Schulabgang, B=1989-1991, C=1992) verglichen, was eine Unterscheidung der speziellen Verlaufsmuster gestattet:

Tabelle 4: Verlaufsmuster der Delinquenz

Verlaufsmuster	Frauen	Männer	insgesamt
ohne Delinquenz	32 (22.9%)	22 (11.8%)	54 (16.6%)
Delinquenz-Anstieg	48 (34.3%)	46 (24.7%)	94 (28.8%)
Konstanz	6 (4.3%)	8 (4.3%)	14 (4.3%)
Delinquenz-Vermin- derung	21 (15.0%)	30 (16.1%)	51 (15.6%)
Schwankung	22 (15.7%)	68 (36.6%)	90 (27.6%)
fehlende Delin- quenzangabe	11 (7.9%)	12 (6.5%)	23 (7.1%)
Personen insgesamt	140 (100.0%)	186 (100.0%)	326 (100.0%)

Tabelle 4 zeigt Verlaufsmuster der Delinquenz über die Zeitabschnitte A, B und C, entwickelt aus dem vorgenannten Belastungsindex. Es ist zu ersehen, daß 54 (16.6%) Personen des Panels (n=326) über den gesamten Zeitraum hinweg konformes Verhalten zeigten. Ein Delinquenz-Anstieg ist für 48 (34.3%) Frauen und 46 (24.7%) Männer zu verzeichnen, während sich bei 21 Frauen (15.0%) und 30 Männern (16.1%) die Delinquenz im Zeitablauf vermindert hat. In Anbetracht dieser Zahlen fällt es schwer, die in der kriminologischen Forschung genannte These von der Herausreifung aus einer Phase der Jugenddelinquenz zu stützen.

Eine solche Entwicklung zeigt sich nur bei 15,6% der Stichprobe. Es scheint, als seien die Veränderungen der Lebenssituation in den Jahren nach Schulabgang insbesondere bei den männlichen Jugendlichen zu gering, um einen Einfluß auf das Delinquenzverhalten zu haben (76.1% aller Befragten wohnen noch bei den Eltern, die peergroup-Beziehungen sind weiterhin zentral: 46.6% befanden sich auch '92 noch in einer Clique, wobei immerhin 6.1% diesen Kreis als Bande bezeichneten).

Allerdings stehen alle Interpretationen unter einem methodischen Vorbehalt. Die retrospektive Delinquenzerfassung könnte für länger zurückliegende Zeiträume unvollständige Angaben erbringen. Ein tatsächlicher Rückgang gegenüber der Delinquenz der Schulzeit wäre dann durch underreporting über jene Zeit nicht mehr nachweisbar. Diese Möglichkeit wird gegenwärtig am Mikro-Panel, wo sich Episodenhaftigkeit gezeigt hatte (Mariak/Schumann 1992), durch den Vergleich von dafür vorliegenden Makro- und Mikrodaten überprüft.

Inwieweit Jugenddelinquenz und Mißerfolge im Zeitablauf der beruflichen Ausbildung miteinander verknüpft sind, wurde geprüft, indem für die Verlaufstypen beruflicher Ausbildung Mittelwerte der Belastung errechnet wurden (Tab. 5). Die Index-Werte können von Min.=-.990 bis Max.=13.100 reichen (z-transformierte Werte-Skala). Dabei hat die Gruppe der nicht bzw. geringfügig Belasteten den Mittelwert -.683. Ein Wechsel von der leichten zur höheren Delinquenz-Belastung wird durch den Vorzeichen-Wechsel erkennbar.

Tabelle 5: Ausbildungsverlauf und Delinquenzentwicklung bei Männern

Verlaufstypen beruflicher Ausbildung	Mittelwerte der Delinquenz für die Zeitabschnitte		
	A	B	C
TYP 1a (Lehre & Prüfung)	-.013	.022	.037
TYP 1b (noch in der Lehre)	-.332	-.220	-.117
TYP 2a (Lehrabbruch, erneut Lehre)	.683	1.251	.142
TYP 2b (Maßnahme, dann in Lehre)	-.303	-.237	-.261
TYP 3a (Lehrabbruch, keine Ausbildg.)	.019	-.327	.078
TYP 3b (noch in der Maßnahme)	-.479	-.331	-.549
TYP 4a (keine Ausbildg., in Arbeit)	-.395	-.275	-.395
TYP 4b (keine Ausbildg., arbeitslos)*	----	----	----
* keine Angaben zur selbstberichteten Delinquenz im Fragebogen			

Für die männlichen Jugendlichen des Panels zeigt sich fast durchgängig eine geringe Delinquenz-Belastung. Ausnahmen sind Lehrabbrecher (Typ 2a und Typ 3a): Während Typ 3a eine vergleichsweise hohe Delinquenz-Belastung in den Zeiträumen A (bis Schulabgang) und C (1992) besitzt (positive Werte), weist der Verlaufstyp 2a die höchsten Belastungs-Kennzahlen des Panels, insbesondere in der Zeit nach Schulabgang (1989-1991), auf. Im Vergleich zu den "Gewinnern" im dualen System, Typ 1a und b, könnte die insgesamt höhere Delinquenzbelastung sich aus der Negativ-Erfahrung der gescheiterten Ausbildung erklären lassen. Auf die Frauen, deren Delinquenzbelastung homogener ist, wird an dieser Stelle nicht eingegangen (s.hierfür: Matt/Mariak 1993). Ein Zusammenhang zwischen Ausbildungsverlauf und Delinquenz besteht also, wenn auch differenzierter, als zu Beginn des Projekts vermutet.

4.3 AusbilderInnen-Befragung

Argumentationsmuster betrieblicher AusbilderInnen

Wie ein roter Faden zieht sich durch betriebliche Ausbildung das Anliegen, nicht nur Fachkenntnisse vermitteln zu wollen: die Aufgabe ist auch "Erziehung". Das gilt am stärksten für Ausbildungsbetriebe der berufsvorbereitenden Maßnahmen, in denen zwar keine Lehrverhältnisse bestehen, aber doch auf die Lehrsituation vorbereitet werden soll. Man will die Jugendlichen "für die Arbeitswelt zurechtbiegen", zu "ordentlichen" Menschen formen: das Anerziehen von Arbeitstugenden erscheint unabdingbar. Pünktlichkeit, Unterordnung in der betrieblichen Hierarchie, Teamgeist, die "richtige" Arbeitshaltung werden (mit unterschiedlichen Schwerpunkten gemäß Betriebsart und Branche) als Erziehungsziele genannt. Sie werden als Ausfluß ökonomischer Zwänge gedeutet, denn Auszubildende hat man nicht nur so einzusetzen, daß sie geringe Kosten verursachen; sie dürfen auch die Arbeitsabläufe nicht durch Anpassungsverweigerung und Unpünktlichkeit stören. Eine wichtige Rolle spielt das Firmenimage: So ist das Verhalten der Auszubildenden gegenüber Kunden ebenfalls an betrieblichen Vorgaben ausgerichtet. Wer diese Prämissen nicht beachtet, wird bei mehrfachen bzw. gravierenden Verstößen für den Betrieb untauglich (vgl. Mariak/Matt 1993).

Erziehung, Selektion der "Brauchbaren" orientiert sich nicht allein an formellen Normen des Ausbildungsvertrages und des Arbeitsrechtes, sondern zielt gerade auch auf die Einhaltung der informellen Regeln des 2. Codes (MacNaughton-Smith 1975), ohne die kein Betrieb funktionieren würde. So ist zum Beispiel die Hinleitung zu ausbildungsfremder Arbeit ("klarmachen, daß es Dinge gibt, die nicht im Lehrvertrag stehen") typisch für das geforderte, auf betriebliche Interessen zugeschnittene Sozialverhalten, das in bestimmten Fällen eben auch die Verletzung gesetzlicher Normen und vertraglicher Rechte beinhaltet.

Für Devianz im Sinne von kriminalisierbarem Verhalten sind moralische Bewertungen zu erkennen, die allein auf die betriebliche Ordnung abstellen. So ist der Diebstahl am Arbeitsplatz einmal Grund für eine fristlose Kündigung, eventuell sogar für eine Strafanzeige. In einem anderen Kontext wird Diebstahl

jedoch stillschweigend toleriert (Material-"Mitnahme" in Industrie- und Handwerksbetrieben), während der Diebstahl aus Kundenwohnungen (Malereibetrieb) ebenfalls zu sofortiger Entlassung und Strafanzeige führt.

Argumentationsmuster der berufsschulischen Lehrkräfte

Nach ihrer Lehraufgabe befragt, weisen 2/3 der AusbilderInnen an berufsbildenden Schulen zunächst auf ihre erzieherische Aufgabe hin. Diese ist dem Lehrziel "Vermittlung von Fachkenntnissen" zumindest gleichrangig. Ausgeführt wurde dazu folgendes: Erziehung erfolgt, um

- auf den Arbeitsalltag vorzubereiten, um Arbeitsmotivation aufzubauen,
- einen "ordentlichen Menschen" aus dem/der Auszubildenden zu machen, ihn oder sie in die "richtige Bahn" zu lenken, Offenheit und Mut zur eigenen Meinung beizubringen sowie den allgemeinen Verhaltenskodex durchzusetzen,
- kurzfristig Kulturtechniken der Konfliktentschärfung zu lehren und ganz pragmatisch den Umgang miteinander im Sozialraum Schule zu zivilisieren, damit Fachunterricht überhaupt erst möglich wird.

Verstößen gegen Richtlinien der Hausordnung und gegen Verhaltensregeln der Klassengemeinschaft wird mit gestaffelten Sanktionen begegnet (von mündlichen Verwarnungen bis hin zu Bußgeldverhängung und Schulverweis). In bestimmten Ausnahmefällen wird die Amtshilfe der Polizei in Anspruch genommen. Berufsschulische Lehrkräfte sind gehalten, den Betrieben pädagogisch zuzuarbeiten, indem sie, über die Wissensvermittlung hinaus, Arbeitstugenden fördern. Abweichendes Verhalten in der Schule wird daher in Rücksprache mit den Lehrbetrieben sanktioniert. So besteht die Verpflichtung, den Betrieb zu informieren, wenn BerufsschülerInnen "schwänzen", denn Schulzeit gilt als entlohnte Arbeitszeit. "Schwänzen" kann als Betrugsdelikt gewertet werden. Die Sanktion ist das "Abmahnern" und die Lohn- oder Urlaubskürzung. Die Erziehung hat so gesehen ganz pragmatische Ziele: Man formt angepaßte und damit brauchbare ArbeiterInnen bzw. FacharbeiterInnen und hilft den Jugendlichen per Anpassungserziehung, ihren Arbeitsplatz zu erhalten.

Kooperation mit den offiziellen Kontrollinstanzen

Sowohl die schulischen als auch die betrieblichen AusbilderInnen halten die Kontakte zu Polizei und Gericht so gering wie möglich: die einen, weil ihre pädagogische Arbeit dadurch behindert wird, die anderen, weil sie um das Image ihres Unternehmens fürchten; alle beide, weil sie die Konfliktlösungskompetenz dieser Instanzen sehr skeptisch beurteilen. Kontakte zu den Kontrollinstanzen entstehen in der Regel dann, wenn diese selbst initiativ werden und in Schule oder Betrieb Ermittlungen durchzuführen haben. Für diese Situation ist die Informationsbereitschaft schwer einzuschätzen. Der Kontakt zum Jugendamt wird von den Lehrkräften der Berufsschule häufig genannt. Man spricht das Jugendamt jedoch primär wegen sozialer Probleme wie Unterbringung in Pflegefamilien, Wohnungssuche bei Obdachlosigkeit, und nicht so sehr aus disziplinarischen Gründen (Drogenkonsum im Schulbereich) an. Während also die polizeiliche Hilfe und überhaupt das polizeiliche Eingreifen in der Schulsphäre entschieden abgelehnt wird, bestehen oft gute Kontakte zu Jugendamt und SozialarbeiterInnen, um speziell Jugendlichen in privaten Notsituationen helfen zu können, die keinen Rückhalt im Elternhaus haben.

Fazit

Grundsätzlich bleibt festzuhalten, daß Devianz sowohl in der Berufsschule als auch im Rahmen berufsvorbereitender Maßnahmen sowie in den Lehrbetrieben selbst nur in wenigen schwerwiegenden Fällen zu Strafanzeige und Polizeikontakt führt. Von zentraler Bedeutung für Selektionsprozesse ist aber der Informationsaustausch zwischen schulischen und betrieblichen AusbilderInnen. Selektion der Brauchbaren, Marginalisierung devianter Azubis, Sanktionen formeller und informeller Art ergeben sich in der Regel aus diesen wechselseitigen Kontakten und bieten einen wirkungsvollen (ausbildungs-) systeminternen Mechanismus von Kontrolle und Steuerung, der zunächst einmal die Hinzuziehung externer Kontrollinstanzen unnötig macht und das damit verbundene Eingeständnis pädagogischen Scheiterns zu vermeiden hilft. Die von uns erwarteten engen Kontakte zu offiziellen Kontrollinstanzen sind nicht zu

erkennen. Daraus darf nicht gefolgert werden, daß hier eine strenge Abschottung von Berufsbildungssystem und Strafverfolgungsbehörden existiert: Es gibt zum einen ganz konkret Eingriffe dieser Behörden, wenn bestimmte Toleranzschwellen abweichenden Verhaltens überschritten werden, d.h., wenn systemeigene Steuerungs- und Sanktionsmechanismen versagen. Unterhalb dieser Schwelle besteht vor allem ein starker indirekter Zusammenhang zwischen der Disziplinierungsaufgabe offizieller Kontrollinstanzen und der vorgeschalteten Disziplinierungsaufgabe der Instanzen des Berufsbildungssystems. Das BBS formt den "ordentlichen Menschen", der sich mit seiner Lebensführung in eine gesellschaftlich vorgegebene Arbeitsmoral zu schicken hat, der gemäß diesen Normen handelt und dem generalpräventiv an wenigen Beispielen aufgezeigt wird, wohin es führt, wenn man sie nicht beachtet.

5. Außenaktivitäten

5.1 Vorträge u.a.

Im Verlauf der aktuellen Projektphase wurden sowohl das Forschungskonzept als auch die Ergebnisse auf unterschiedlichen Fachtagungen vorgetragen und zur Diskussion gestellt.

Vortrag in der Arbeitsgruppe "Erstausbildung" bei der Zentralstelle Gleichstellung der Frau. Bremen, August 1991 (Seus)

"Stolpersteine an der ersten Schwelle" auf dem 12. Bremer Wissenschaftsforum "Sozialer Wandel und die Modernisierung des Lebenslaufs". Bremen, Oktober 1991 (Mariak/Seus)

"Selection processes in vocational training and deviancy" auf der Tagung der American Society of Criminology". San Francisco, November 1991 (Schumann/Seus)

"Die Auswirkungen schulischer Sozialisation und sozialer Kontrolle auf Bildungsoptionen von Mädchen" auf der Tagung "Junge Frauen an der ersten Schwelle". Bremen, November 1992 (Seus)

"Informelle Kontrollstrukturen bei Arbeitertöchtern" auf der 2. Arbeitstagung der Sektion "Feministische Perspektiven in der Kriminologie" der Gesellschaft für interdisziplinäre wissenschaftliche Kriminologie. Münster, November 1992 (Seus)

"Hauptschülerinnen beim Übergang von der Schule in das Berufsbildungssystem", Treffen einer Expertinnen-Gesprächsrunde zum Thema "Mädchenarbeit in der Schule am Beispiel Berufsorientierung", veranstaltet vom Senator für Bildung und Wissenschaft (Schulpsychologischer Dienst). Bremen, Dezember 1992 (Seus)

"The Design of the Bremen-Panel-Study" beim NATO Advanced Research Workshop on Cross-National Longitudinal Research on Human Development and Criminal Behavior. July 1992, Freudenstadt (Schumann)

"Is the German Way of Occupational Training ('Dual System') related to the Desistance of Juvenile Delinquency?" auf der Tagung der British Society of Criminology. Cardiff, 28.-30. Juli 1993 (Schumann)

"Cooling-Out and Deviance in the Transition from School to Occupational Qualification" auf dem 11. Internationalen Kongreß für Kriminologie in Budapest, Ungarn, 22.-27. August 1993 (Mariak, Dietz)

"Understanding Longitudinal Data - The Uses of Micro-Macro-Links" auf dem Annual Meeting der American Society of Criminology, 27.-30. Oktober 1993 in Phoenix, Arizona (Schumann)

5.2 Beitrag zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit

Es wurden Kontakte zu WissenschaftlerInnen aufgebaut, die ähnlichen Fragestellungen nachgehen. Kontinuierliche Fachkontakte bestehen

- zur wissenschaftlichen Einheit "Kriminalpolitikforschung" des Fachbereiches Rechtswissenschaften der Universität Bremen
- zum Arbeitskreis Norddeutscher Kriminologen
- zur Arbeitsgruppe "Berufliche Erstausbildung" der ZGF, Bremen
- zum Projekt Hartnagel/Krahn, Canada
- zur Rochester Youth Development Study, Albany
- zur Denver Youth Study, Boulder

6. Publikationen

6.1 Veröffentlichungen

Mariak, V./Matt, E.: Sozialisation und Selbst-Sozialisation in der beruflichen Ausbildung. Über Selektionskriterien und -entscheidungen von AusbilderInnen und Jugendlichen. Arbeitspapier Nr. 15 des Sfb 186, Bremen, 1993

Mariak, V./Schumann, K.F.: Zur Episodenhaftigkeit von Kriminalität im Jugendalter. In: U. Ewald/K. Woweries (Hrsg.): Entwicklungsperspektiven von Kriminalität und Strafrecht. Festschrift für John Lekschas. Bonn, 1992, S.333-350

- Mariak, V./Seus, L.: Stolpersteine an der ersten Schwelle: Selektion, Aspiration und Abkühlung in Schule und Berufsausbildung. In: Tagungsband zum 12. Bremer Wissenschaftsforum "Sozialer Wandel und die Modernisierung des Lebenslaufes". Universität Bremen. Bremen, 1993, im Druck
- Matt, E.: Über ethnographische Beschreibungen. Oder: Die Kunst der Konstruktion von Wirklichkeit. Diss., Giessen 1993
- Matt, E./Mariak, V.: Die Jugendphase und die Episodenhaftigkeit von Delinquenz. In: Sfb-Report Nr. 2, Bremen, 1993, S.3-6
- Schumann, K.F.: Nur jeder zehnte rechte Gewalttäter ist arbeitslos. Viele Jugendliche suchen den Konflikt mit einer liberalen Elterngeneration. In: Frankfurter Rundschau, 1.7.1993, S.10
- Schumann, K.F.: Schutz der Ausländer vor rechtsradikaler Gewalt durch Instrumente des Strafrechts? In: Strafverteidiger, 13, 1993a, S. 324-330
- Schumann, K.F. (Hrsg. mit D. Frehsee, G. Löscher): Strafrecht, soziale Kontrolle, soziale Disziplinierung. Opladen 1993b
- Schumann, K.F.: Lebensperspektiven nach dem Ende der Schulpflicht. In: H. Peisert und W. Zapf (Hrsg.): Festschrift für Ralf Dahrendorf. Stuttgart 1994a, im Erscheinen
- Schumann, K.F.: Links between deviance and performance in the "Dual System" of vocational training in Germany. In: J. Hagan (Hrsg.): Delinquency and Disrepute in the Life Course: Contextual and Dynamic Analyses. Greenwich: JAI-Press, 1994b, in Vorbereitung
- Seus, L.: Soziale Kontrolle von Arbeitertöchtern. Eine kriminologische Studie über junge Frauen im Berufsbildungssystem. Pfaffenweiler 1993a, im Druck
- Seus, L.: Die Auswirkungen schulischer sozialer Kontrolle auf Bildungsoptionen von Hauptschülerinnen. In: M. Friese/G. Löscher-Sieveling (Hrsg.): Junge Frauen an der "ersten Schwelle". Diskrete Diskriminierung in der Schule und im Berufsfindungsprozeß. "Arbeit und Bildung", Universität Bremen, Band 23, 1993b, im Druck

6.2 Arbeitspapiere

- Dietz, G.U.; Matt, E. (1993): Die Berufsfindung zwischen individuellen Strategien und auferlegten Bedingungen. Ms., Bremen

Materialien des Projektes:

- Materialienband 8: Erhebungsinstrumente (Makro 2, Mikro 3)
- Materialienband 9: Untersuchungsablauf der 2. Makro-Erhebung

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojekts A4

Thema: Risikopassage Berufseintritt. Hochschulabsolventenkohorten in den neuen Bundesländern im Vergleich

Beteiligte Wissenschaftler:

Prof. Dr. Ansgar Weymann	(GA) (Projektleiter)
Dr. Matthias Wingens	(GA) (Projektleiter)
Dr. Reinhold Sackmann	(EA) ab 01.04.1992

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Kenntnisstand bei der letzten Antragstellung und Ausgangsfragestellung
3. Methodische Vorgehensweise
4. Ergebnisse
5. Außenaktivitäten und Vorträge
6. Publikationen

1. Zusammenfassung

Ziel der Vorstudie war die Generierung von Thesen und präzisen Fragen für die Hauptuntersuchung sowie die Prüfung der These eines berufsverlaufprägenden Effekts des Eintrittsjobs von Hochschulabsolventen unter den Bedingungen eines diskontinuierlichen Strukturwandels, wie er im Transformationsprozeß der DDR gegeben ist. Der Zusammenbruch der DDR stellt dabei einen "Testfall" für die Generalisierbarkeit berufseintrittsbedingter Kohorteneffekte dar.

In der Vorstudie wurden 40 qualitative Interviews mit Absolventen von DDR-Universitäten durchgeführt. Es wurde ein theoretical sampling nach den Kriterien "Kohortenzugehörigkeit" und "Fachrichtung" vorgenommen. Das Sample setzte sich je zur Hälfte aus Abgängern des Jahres 1985 und des Jahres 1990 zusammen. Die Abgänger des Jahres 1985 verfügten zum Zeitpunkt der "Wende" bereits über einen erfolgreichen Berufseinstieg und über Berufserfahrung, während bei den Absolventen des Jahres 1990 der Berufseinstieg während der "Wende" erfolgte. Hinsichtlich der Fachauswahl wurden zum einen Absolventen des Studienfaches "Tierproduktion" befragt, deren Studium durch die "Wende" tendenziell entwertet wurde, zum anderen Absolventen des Faches "Chemie", deren Fachwissen auf dem Arbeitsmarkt weiter nachgefragt ist. Die Erhebung fand Ende 1992, d.h. zwei Jahre nach Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion statt.

Die wichtigsten Ergebnisse des Projekts seien hier thesenartig hervorgehoben:

1. Die Entry-job-These trifft für den Zeitraum des systemischen Transformationsprozesses nicht zu. Die Abgangskohorte 1985, die zum Zeitpunkt der "Wende" über einen gelungenen Berufseintritt und Berufserfahrung verfügte, ist von den Risiken der "Wende" (Arbeitslosigkeit, Beschäftigung in fachfremden Bereichen) in mindestens gleichem Umfang betroffen wie die Abgangskohorte 1990. Es deuten sich sogar in den Verläufen nach der

"Wende" Nachteile der 1985er Kohorte an. Der kurze Beobachtungszeitraum von zwei Jahren nach der "Wende" und der kleine Stichprobenumfang lassen aber noch keine gesicherten Aussagen zu; diese können erst in der repräsentativen Hauptstudie mit einem größeren Beobachtungsfenster erzielt werden.

2. Auf dem Transformationsarbeitsmarkt kommt es durch den sehr schnellen Strukturwandel zu einer massiven Entwertung von beruflichen Qualifikationen. In der Folge zeichnet sich der Arbeitsmarkt nicht nur durch eine allgemeine Schrumpfung, sondern auch durch eine hohe Dynamik und Mobilität aus. Es werden massenhaft berufliche Umorientierungen und "Quereinstiege" vorgenommen. Die unterschiedlichen Fachrichtungen sind von diesen Prozessen verschieden stark betroffen. Vor allem bei den Tierproduzenten ist der Übergang in fachfremde Bereiche besonders ausgeprägt; von den Absolventen dieses Faches arbeiten zwei Jahre nach der "Wende" nur mehr 20% in der Landwirtschaft.
3. Die Geschlechtsdifferenzierung hat deutlich zugenommen; Frauen sind häufiger arbeitslos und fachfremd beschäftigt als Männer. Die Gründe hierfür liegen einerseits in einem verlaufsinternen Effekt, der daraus resultiert, daß Frauen in der DDR nach einem "Babyjahr" häufig auf Stellen wechselten, die sich im Wendeprozess als besonders gefährdet erwiesen. Sie liegen andererseits aber in einer "statistischen Diskriminierung" nach Geschlecht auf dem sich im Transformationsprozess etablierenden Arbeitsmarkt, der durch einen deutlichen Überhang an Arbeitskraftanbietern gekennzeichnet ist.
4. Bei der Untersuchung der Stellensuchprozesse und der beruflichen Mobilität auf dem "Vor-Wende-Arbeitsmarkt" ergab sich, daß der DDR-Arbeitsmarkt durch eine Doppelstruktur gekennzeichnet war. Die normativen Konstruktionen des Plans, der Absolventenvermittlung und der intendier-

ten "Betriebstreue" wurden durch direkte Beziehungen zwischen Anbietern und Nachfragern vielfach unterlaufen. Zwei Drittel der Stellensuchprozesse verliefen informell oder im direkten Austausch von Anbietern und Nachfragern mit einer hohen Eigeninitiative der Anbieter. Insgesamt können die realen Verläufe im DDR-Arbeitsmarkt weniger mit dem Modell einer "Kommandowirtschaft" als vielmehr mit dem Modell eines "Anbietermarktes" erklärt werden. Charakteristisch für einen solchen Arbeitsmarkt sind erhebliche Handlungsspielräume der Arbeitskräfte.

5. Netzwerke erwiesen sich sowohl auf dem DDR- als auch auf dem Transformations-Arbeitsmarkt als wichtige biographische Ressource bei Stellenallokationen. Sie dienten primär Informationszwecken, wobei auf dem "Nach-Wende-Arbeitsmarkt" auch verstärkt ihr Einfluß bei Selektionsentscheidungen der Nachfrager wichtig wird. In der Struktur der bei Mobilitätsprozessen in Anspruch genommenen Netzwerkpersonen ergibt sich eine Dominanz von "weak ties". Nach der "Wende" werden berufliche Netzwerkpersonen genauso wichtig wie private Netzwerkpersonen.

2. Kenntnisstand bei der letzten Antragstellung und Ausgangsfragestellung

In der Formulierung des Antrages für die letzte Förderphase lautete die Ausgangsfragestellung: "Ziel des Projektes ist die Prüfung der These von der besonderen Bedeutung des Berufseintritts als biographischer Weichenstellung - und damit auch der lebenslauftheoretischen Grundannahme eines endogenen Kausalzusammenhangs. (...) Der Zusammenbruch der DDR stellt hier im Sinne eines massiven Periodeneffekts einen 'Testfall' für die Generalisierbarkeit berufseintrittsbedingter Kohorteneffekte dar." In dieser Frage sind die Ergebnisse zweier unterschiedlicher Forschungsgebiete miteinander verknüpft.

A) Den Hauptbezugspunkt stellt dabei die arbeitsmarktorientierte Lebensverlaufs-forschung dar. Eines der zentralen Ergebnisse der Verlaufsdatenanalysen des SFB 3 war, daß - entsprechend der Kohortentheorie N. Ryders (vgl. RYDER 1965) - sozialer Wandel primär im Kohortenaustausch prozediert und durch jeweils neu eintretende Kohorten vollzogen wird. Insbesondere auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt kommt dabei "entry jobs" eine weichenstellende Bedeutung für den späteren Berufsverlauf zu (vgl. MÜLLER 1978; BLOSSFELD 1989, 1990). Diese These läßt sich in zwei Dimensionen aufschlüsseln. In einer Mikro-Bedeutung bezüglich individueller Verläufe besagt sie, daß frühe Bildungsentscheidungen und die berufliche Erstplatzierung zu kaum mehr reversiblen Vorbedingungen des späteren Berufsverlaufs werden und diesen weitgehend determinieren. K.U. Mayer (vgl. MAYER 1987, 1990) spricht diesbezüglich vom Lebenslauf als einem "endogenen Kausalzusammenhang". In seiner Makro-Bedeutung besagt die entry-job-These, daß Gesellschaften mit einer verlaufsprägenden Bedeutung des Eintrittsjobs (und vorgelagerter Bildungszertifikate) eine geringere intragenerationelle Mobilität innerhalb des Berufsverlaufs aufweisen (vgl. KAPPELHOFF/TECKENBERG 1987; BLOSSFELD 1990). Sozialstrukturelle Wandlungsprozesse, wie die Verschiebung in Richtung auf eine Dienstleistungsgesellschaft oder der Anstieg des beruflichen Qualifikationsniveaus werden primär nicht durch Verschiebungen innerhalb des Berufsverlaufs prozediert, sondern durch neueintretende Kohorten und den jeweiligen Kohortenaustausch.

Kritik an der entry-job-These ergibt sich angesichts ihres Geltungsbereichs, da diese These vorwiegend anhand von empirischen Berufsverläufen der Nachkriegszeit der Bundesrepublik gewonnen wurde, die durch kontinuierlichen sozialen Wandel und wirtschaftliches Wachstum gekennzeichnet war. Es stellt sich also die Frage, ob die entry-job-These auch für einen diskontinuierlichen Wandlungsprozeß, wie er durch die Transformation der DDR gegeben ist, zutrifft.

Teilprojekt A4
Weymann/Wingens u.a.

B) Der zweite Bezugspunkt für das Projekt liegt in der Hochschulverbleibsforschung. Trotz des großen Umfangs dieser Forschungsrichtung (vgl. TEICHLER 1984; OVER 1988) gibt es bisher kaum Versuche eines systematischen Bezugs auf lebenslauftheoretische Fragestellungen. Der Schwerpunkt der Verbleibsforschung liegt in Fragen nach der Verwertbarkeit von im Studium erworbenem Wissen bzw. entwickelten Kompetenzen im Beruf. Die Zeitdimension der Wirkung eines Hochschulstudiums, und damit dessen Relevanz für eine dynamische Betrachtung von Qualifikationen und Plazierungen in einem Lebenslauf, wurde in dieser Forschungstradition bislang nur unzureichend berücksichtigt; dominant war eine punktuelle Betrachtung des primären Übergangs von der Hochschule in den Beruf. Erst in den letzten Jahren gibt es auch in der Verbleibsforschung eine methodische Reorientierung in Richtung auf das Studium längerer Verlaufsprozesse nach dem Übergang in das Beschäftigungssystem (z.B. TEICHLER 1987, 1990), die eine Verknüpfung dieses Forschungsgebiets mit den Ergebnissen der Lebenslaufsforschung grundsätzlich ermöglicht.

C) Die DDR-Hochschulforschung (vgl. SCHADE 1987; ZfH 1989) war primär an pragmatischen Gesichtspunkten der Bildungsplanung orientiert. Thematisch richteten sich diese DDR-Studien vor allem auf das von der Wirtschaft nachgefragte Persönlichkeits- und Qualifikationsprofil von Studenten und deren Leistungsorientierung.

3. Methodische Vorgehensweise

Das Projekt A4 unterscheidet sich von anderen Projekten des Sonderforschungsbereichs durch eine verkürzte Laufzeit: Projektbeginn war erst im Januar 1992. Das Projekt wurde als qualitative Vorstudie einer für die nächste Förderphase terminierten repräsentativen Verlaufsstudie genehmigt und entsprechend durchgeführt. Zu diesem Zweck standen zwei Ziele im Vordergrund: die Präzisierung

von in der Hauptstudie zu testenden Hypothesen und die Überprüfung der Realisierbarkeit der Hauptstudie (Adressenzugang, Antwortbereitschaft).

Datenzugang und Auswahlverfahren

Von den Universitäten Rostock und Leipzig wurden dem Projekt die Adressen sämtlicher Hochschulabsolventen der Jahre 1985 und 1990, aufgeschlüsselt nach Fach, Abschlußgrad und Geschlecht, zur Verfügung gestellt. Die Untersuchungsgruppe wurde nach den Kriterien des theoretical sampling ausgewählt: das Sample sollte große Kontraste bezüglich theoretisch relevanter Eigenschaften aufweisen. Die theoretischen Dimensionen der Samplebildung waren "Kohortenzugehörigkeit" und "Fachrichtung".

Kohortenzugehörigkeit: Da die Frage nach dem verlaufsprägenden Einfluß von entry jobs im Vordergrund des Projektinteresses stand, wurden je hälftig Absolventen der Jahre 1985 und 1990 in das Sample aufgenommen. Die Abgangskohorte 1985 hatte zum Zeitpunkt der "Wende" die Phase der Berufseinmündung bereits abgeschlossen, während die berufsbiographisch folgenreiche berufliche Erstplatzierung der Kohorte 1990 genau in die Zeit der "Wende" fiel: Nach der entry-job-These hätte die Kohorte 1985 im Vergleich zur 1990er-Kohorte über kontinuierlichere Verläufe verfügen müssen.

Fachrichtung: Je zur Hälfte wurden Absolventen der - an beiden Universitäten vertretenen - Fachrichtungen (synthetische) Chemie und Tierproduktion¹ in das Untersuchungssample aufgenommen. Für die mit diesen Studienfächern erworbenen Berufsqualifikationen war auf dem Transformationsarbeitsmarkt eine unterschiedlich starke Entwertung zu erwarten: einer relativ hohen Wertbestän-

¹ Der Studienabschluß "Tierproduktion", der in der DDR erworben werden konnte, entspricht im bundesdeutschen Ausbildungssystem in etwa dem Abschluß "Agraringenieur" mit dem Schwerpunkt Tierzucht.

digkeit der Fachqualifikation des Studienabschlusses in "Chemie" steht auf dem Transformationsarbeitsmarkt eine erhebliche Entwertung der Berufsqualifikation "Tierproduzent" gegenüber.

Zur Realisierung des Samples wurden aufgrund der nur geringen Anzahl von Absolventen des Studiengangs "Chemie" sämtliche Absolventen dieser Fachrichtung angeschrieben (n=82), während aus der Gesamtzahl der Absolventen des Studiengangs "Tierproduktion" eine Zufallsstichprobe entsprechenden Umfangs gezogen wurde (n=80).

Das aufgrund der genannten Kriterien ausgewählte Bruttosample bestand aus 162 Hochschulabsolventen, die zur Erlangung einer Interviewzusage angeschrieben wurden. Davon erklärten sich 84 Absolventen zu einem Interview bereit (52%), nur 21 Absolventen hingegen lehnten ein Interview ab (13%). Keine Rückantwort erfolgte von 57 Absolventen (35%). Die Gruppe der gesprächsbereiten Absolventen unterscheidet sich in Bezug auf Geschlecht, Fachrichtung, Kohortenzugehörigkeit und Studienort nicht vom Bruttosample der angeschriebenen Absolventen; ein systematischer Auswahlfehler ist insofern auszuschließen.

Insgesamt wurden Interviews mit 40 Hochschulabsolventen durchgeführt. Die Verteilung dieser Erhebungsstichprobe nach Sozialmerkmalen kann Abb. 1 entnommen werden.

Abb. 1: Realisierte Stichprobe nach Fachrichtung, Abschlußjahr, Studienort und Geschlecht

		Chemie		Tierproduk- tion			
		1985	1990	1985	1990		
Leipzig	männl.	3	2	3	2	10	21
	weibl.	2	3	3	3	11	
Rostock	männl.	2	2	1	2	7	19
	weibl.	3	3	4	2	12	
		10	10	11	9		
		20		20			40

Die realisierte Stichprobe entsprach fast vollständig den angestrebten Zielen des theoretical sampling.

Datenerhebung

Zwischen Juni 1992 und Januar 1993² wurden die qualitativen Interviews durchgeführt. Dabei wurde ein standardisierter Leitfaden verwendet. In einer narrativen Eingangsphase sollten die Absolventen ihr Leben seit Ende des Studiums sowie generelle Wenderfahrungen erzählen. Danach wurde systematisch der bisherige Berufsverlauf auf Monatsbasis erhoben. Bei Übergängen wurden die Art der Stellensuche, die Relevanz von Netzwerken, und die Motive für Berufs-

² Die relativ lange Erhebungszeit war eine Folge der in Ostdeutschland zu gering vorhandenen Fernsprengeräte und den damit verbundenen Schwierigkeiten von Terminabsprachen sowie der regionalen Streuung der Absolventen.

wechsel erhoben. Bei entsprechenden Episoden wurde nach der Verarbeitung von Arbeitslosigkeit und Intentionen bei Umschulungsteilnahme gefragt. Neben dem Berufsverlauf wurden Familien- und berufliche Mobilitätsverläufe erfaßt. Projektive Fragen zur biographischen Kontinuität und zu Veränderungen von Lebensbereichen durch die "Wende" strukturierten den letzten Teil des Gesprächs.

Um eine möglichst große Vergleichbarkeit der Interviews zu erzielen, wurden Fragenreihenfolge, Fragenwortlaut und Gesprächsführung einheitlich gehandhabt. Die Interviews, die von den Projektmitarbeitern selbst durchgeführt wurden, dauerten durchschnittlich achtzig Minuten und wurden mit Recordern aufgezeichnet und anschließend vollständig transkribiert. Zur Kontrolle von Intervieweffekten wurden einige Interviews Kollegen aus den neuen Bundesländern übertragen; hinsichtlich der Antwortbereitschaft konnten keine systematischen Differenzen zwischen den beiden Interviewergruppen festgestellt werden.

Datenauswertung

Einige Interviews wurden vollständig von jedem Projektmitglied interpretiert und anschließend gemeinsam diskutiert, um durch die maximale Interpretationsvielfalt einen gemeinsamen Interpretationsrahmen zu entwickeln und darüber zu Auswertungskategorien zu kommen. Das Ziel der Auswertung war nicht auf eine Einzelfallanalyse gerichtet; angestrebt war vielmehr ein systematischer thematischer Vergleich der für den Berufsverlauf relevanten Aussagen.

Methodologisch orientierte sich das Projekt dabei an abduktiven Interpretationsverfahren (vgl. STRAUSS 1987) und an Verfahren der Idealtypenbildung (vgl. GERHARDT 1986b): Anhand von theoretischen Vorüberlegungen wurden Thesen entwickelt, die am Material überprüft und dann als materialgesättigte Hypothesen reformuliert wurden. Idealtypen dienten einer logischen Strukturierung von Theorie und Material.

Es wurde ein Codierplan entwickelt, der die Themenbereiche "Stellensuche", "Berufswechsel", "Netzwerke", "Arbeitslosigkeit", "Weiterbildung" und "Arbeits-

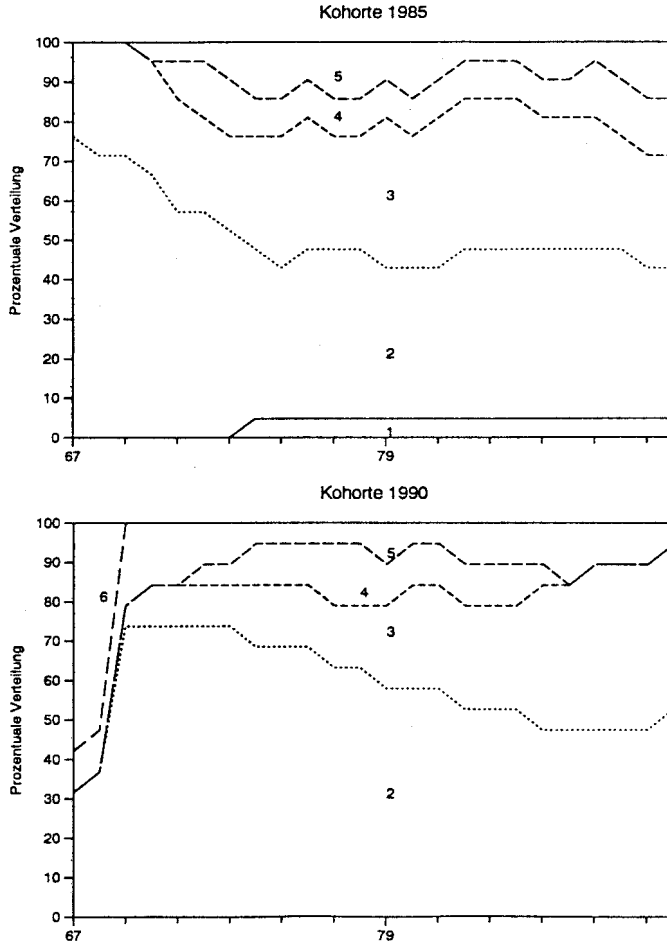
markteinschätzung" enthielt. Thematisch relevante Textsegmente wurden anhand des Codierplans markiert. In Zusammenarbeit mit dem Z-Methodenbereich wurde das computergestützte Programm "Max" zur leichteren Handhabung der Texte verwendet.

Die in den Interviews auf Monatsbasis erhobenen Daten der Berufs- und Familienverläufe wurden gesammelt und als Verlaufsdatensatz angeordnet. Die Auswertung dieses Verlaufsdatensatzes erfolgte mit dem Programm "tda". Auf Auswertungsverfahren der schließenden Statistik wurde verzichtet, da ein Verlaufsdatensatz mit 40 Personen, 129 Episoden und einem Beobachtungsfenster von zwei bis sieben Jahren aufgrund der geringen Größe keine generalisierenden Aussagen zuläßt. Zur Vorbereitung der Hauptstudie erschien es sinnvoll, anhand der Ergebnisse beschreibender Statistik Hypothesen über Verlaufsstrukturen und Tendenzen zu präzisieren, um sie dann in der Hauptstudie mit Hilfe komplexerer Modelle zu überprüfen.

4. Ergebnisse

Die Ergebnisse des Teilprojekts haben einen vorläufigen Charakter, da sie den Zielen einer Vorstudie mit kleiner Fallzahl entsprechend mehr in der Form zu überprüfender Hypothesen denn als gesicherte Erkenntnisse vorliegen.

Abb. 2: Berufsverläufe nach der Wende (nach Kohorten)



Monat 67= 1. Juli 1990

1= selbst.; 2=Besch. im Fach; 3=fachfremde Besch.; 4=Weiterbild.; 5=arbeitsl.; 6= noch im Studium

Ergebnis 1: Die These des verlaufsprägenden Effekts von entry jobs konnte unter den Bedingungen eines abrupten Strukturwandels nicht bestätigt werden. Der Periodeneffekt führte zu einer kohortenübergreifenden Destabilisierung beruflicher Verläufe.

Die Absolventenkohorten 1985 und 1990 unterschieden sich in ihrem Berufsverlauf zum Zeitpunkt der "Wende" (= 1. Juli 1990 als Zeitpunkt der formalen Vereinigung der beiden deutschen Wirtschaftssysteme) durch den unterschiedlichen Zeitpunkt des Systemumbruchs in Relation zu ihrem bisherigen Berufsverlauf. Während die Kohorte 1985 zur "Wende" schon über eine gesicherte berufliche Erstplatzierung und über Berufserfahrung verfügte, fiel der Zeitpunkt der "Wende" bei der 1990er-Kohorte in die Phase des Berufseinstiegs. Sollte die entry-job-These eines Kohorteneffekts der berufsverlaufprägenden Folgen des Eintrittsjobs zutreffend sein, dann müßten unter diesen Bedingungen die Berufsverläufe der Kohorte 1990 in Relation zur 1985er-Kohorte stärkeren Verwerfungen unterliegen.

Abbildung 2 zeigt demgegenüber, daß diese These nicht bestätigt werden kann. Zwar war die Arbeitslosigkeitsrate in der Kohorte 1990 anfänglich mit 21% deutlich höher als in der Kohorte 1985, bei der sie noch im Januar 1991 nur 4,8% betrug. Im weiteren Verlauf ging die Arbeitslosigkeitsrate bei der Kohorte 1990 aber auf 5,3% im Juli 1992 zurück, während sie bei der Kohorte 1985 anstieg und im Juli 1992 mit 14,3% ihren Höhepunkt erreichte.

Neben Arbeitslosigkeit ist der Verbleib in einer Beschäftigung des Fachgebiets ein zweiter Indikator für Verwerfungen in Berufsverläufen. Auch hier zeigten sich bei der Kohorte 1985 mindestens ebenso umfangreiche berufliche Diskontinuitäten wie bei der Kohorte 1990. Bei der Kohorte 1985 halbierte sich die Zahl von Beschäftigten im Fachgebiet zwischen Juli 1990 und Juli 1992 von 76,2% auf 38,1%; bei der Kohorte 1990 war ein Rückgang von 73,7% im September 1990 auf 52,6% im Juli 1992 zu verzeichnen. Aufgrund der mindestens ebenso umfangreichen Verwerfung der Berufsverläufe der Kohorte 1985 durch den als Periodeneffekt

fekt wirksamen Systemumbruch kann die These des verlaufsprägenden Einflusses des Eintrittsjobs nicht bestätigt werden.

Theoretisch ist die These, "daß die Eintrittsplazierung eine außerordentlich prägende Wirkung auf den Berufsverlauf hat" (BLOSSFELD 1989:93), durch Zusatzannahmen in ihrer Generalisierbarkeit einzuschränken. Zum einen gilt sie nur für Arbeitsmärkte, in denen berufsbezogene Ausbildungssysteme dem Beschäftigungssystem vorgelagert und über Zertifikate abgesichert sind (wie im dualen Ausbildungssystem der Bundesrepublik); On-the-job-Trainingssysteme dagegen, wie sie im angelsächsischen Bereich vorherrschen, weisen eine größere Intra-kohortenmobilität im Berufsverlauf auf (vgl. zu Unterschieden der Mobilität im Berufsverlauf zwischen der Bundesrepublik und den USA KAPPELHOFF/TEKKENBERG 1987). Weiterhin ist aufgrund der Ergebnisse zu schlußfolgern, daß die entry-job-These nur gilt, wenn der verlaufsstabilisierende Effekt von internen Arbeitsmärkten (DOERINGER/PIORE 1971; BIEHLER u.a. 1981; SENGENBERGER 1987) nicht durch Systemumbrüche und eine Bestandsüberprüfung aller Betriebe in seiner krisenpuffernden Funktion weitgehend eingeschränkt ist. Bei abrupten Periodeneffekten wie im Fall der Wiedervereinigung kommt es zu Strukturverwerfungen mit einer generell destabilisierenden Wirkung auf Berufsverläufe.

Ergebnis 2: Der Transformationsprozeß führte zu einem beschleunigten Strukturwandel und einer tendenziellen Entkopplung von Bildungs- und Beschäftigungssystem. Individuell resultierte dies in einer verstärkten Mobilität in fachfremde Beschäftigungsfelder.

Das Arbeitsmarktsystem der DDR war durch eine enge Kopplung von Bildungs- und Beschäftigungssystem gekennzeichnet, die durch eine Einschränkung der Wahlmöglichkeiten des Studienfachs ("Umlenkungen") auf der Grundlage einer bildungsökonomischen Gesamtplanung für den Arbeitsmarkt dirigistisch durchgesetzt wurde. Dennoch traten auch in der DDR Probleme eines "nicht qualifika-

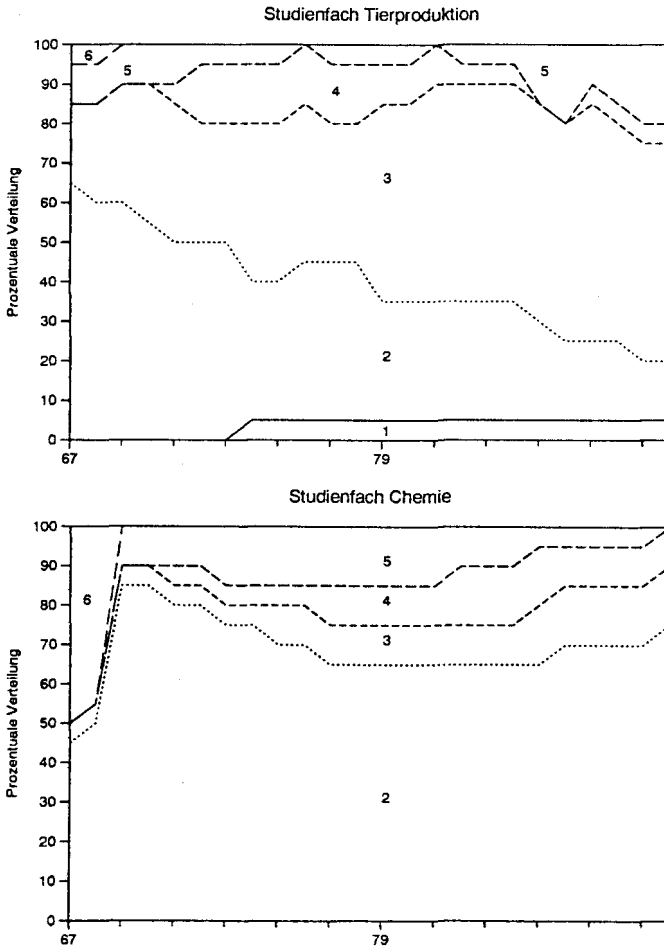
tionsgerechten Einsatzes von Hochschulabsolventen" auf (vgl. ZfH 1989; WAGNER/SCHUPP 1991). Nur in den seltensten Fällen jedoch resultierte daraus eine nachfragerinduzierte berufliche Umorientierung der Arbeitskraftanbieter. Weil Arbeitslosigkeit und Betriebskonkurse staatlicherseits nicht möglich waren, ergab sich keine strukturelle Arbeitslosigkeit, die einen "Zwang" zur Umorientierung bewirkt hätte. Aufgrund der politischen Steuerung der Wirtschaft und fehlender "Marktautonomie" entwickelte sich in der DDR eine weitgehend marktunabhängige Wirtschaftsstruktur, die infolgedessen im Vergleich zu den alten Bundesländern große Unterschiede der fachspezifischen Gliederung und der Branchenverteilung aufwies (z.B. sektorspezifisch: höherer Landwirtschaftsanteil, geringerer Dienstleistungsanteil; z.B. betriebsspezifisch: höherer Anteil sozialer und verwaltender Berufe; unterschiedliche Berufsbilder).

Die mit der "Wende" einsetzenden Transformationsprozesse führten zu Angleichungen der fachlichen Struktur des DDR-Arbeitsmarktes. Dabei liegt die Besonderheit dieser Arbeitsmarkttransformation in den neuen Bundesländer - im Vergleich zu entsprechenden Prozessen in den alten Bundesländern - in der enormen Geschwindigkeit des Strukturwandels von Facharbeitsmärkten. Als Folge dieses Prozesses trat eine tendenzielle Entkopplung von Bildungs- und Beschäftigungssystem ein, die allerdings für verschiedene Fachqualifikationen unterschiedlich stark ausgeprägt war. Auch war eine verstärkte Mobilität in fachfremde Beschäftigungsfelder zu beobachten.

Das Projekt bestätigt diese Arbeitsmarktendenzen und -beobachtungen. Allgemein ist eine starke Dynamik des Transformationsarbeitsmarktes festzustellen. In den zwei Jahren nach der "Wende" kam es bei 21 von 40 Befragten zu Stellenwechseln (zum Teil mehrfach, sodaß eine Gesamtzahl von 31 Wechselepisoden zu verzeichnen ist). Auslöser für einen Stellenwechsel war in 25 Fällen drohende oder faktische Arbeitslosigkeit.

Teilprojekt A4
Weymann/Wingens u.a.

Abb. 3: Berufsverläufe nach der Wende (nach Studienfach)



Monat 67= 1. Juli 1990

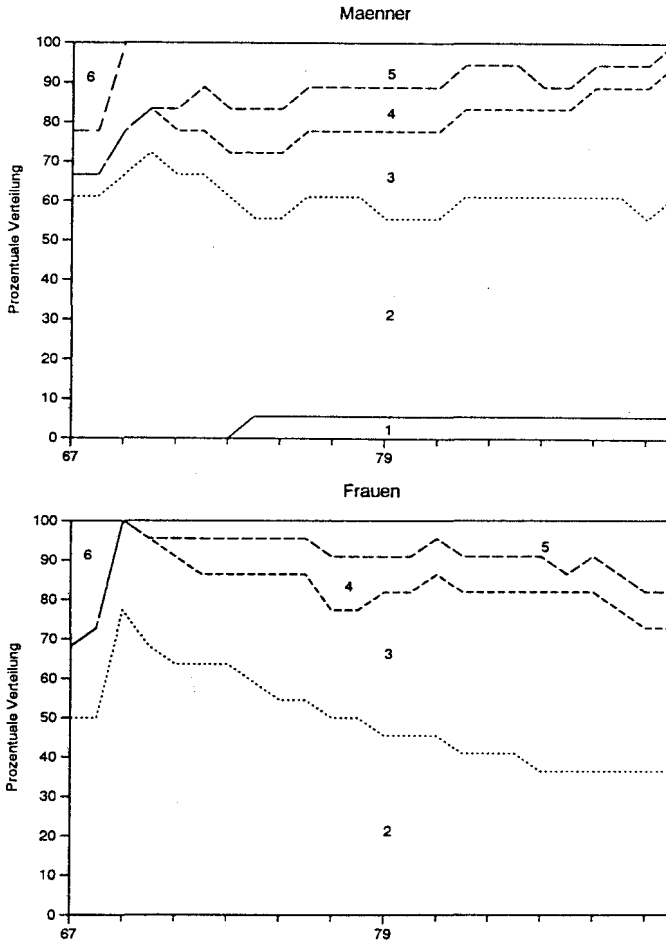
1=selbst; 2=Besch. im Fach; 3=fachfremde Besch.; 4=Weiterbild.; 5=arbeitsl.; 6=noch im Studium

Abbildung 3 zeigt, daß in großem Umfang Beschäftigung im Fachgebiet aufgegeben und fachfremde Beschäftigung aufgenommen wurde.³ Dieser Prozeß war bei Chemikern sehr viel weniger ausgeprägt als bei Tierproduzenten. Während sich die Zahl der im Fachgebiet beschäftigten Chemiker von 85% im September 1990 auf 75% im Juli 1992 reduzierte, verringerte sich bei den Tierproduzenten dieser Anteil von 60% auf 20%. Die Raten für das Verlassen der durch das Studium vorgegebenen Facharbeitsmärkte variieren fachspezifisch zwar stark, sind jedoch - wie andere aktuelle Absolventuntersuchungen für die neuen Bundesländer zeigen - generell hoch (MINKS/BATHKE 1992, 1993). Dabei erfolgten sowohl Abstiege in den "Jedermannsarbeitsmarkt" als auch Wechsel in andere Facharbeitsmärkte.

Die qualitative Analyse ergab unterschiedliche Ablaufmuster beruflicher Umorientierungen. Eine große Gruppe nahm einen Berufswechsel nach einer Umschulung - also nach dem Erwerb eines neuen Bildungszertifikates - vor; ein Drittel der Befragten hat bereits an einer Umschulung teilgenommen. Eine zahlenmäßig noch größere Gruppe (in Bezug auf die Erlangung berufsfremder Arbeitsstellen) nahm dagegen einen "Quereinstieg" in neue Berufsfelder vor, d.h. ohne vorherigen Erwerb eines entsprechenden Zertifikates. Der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in neuen Bereichen des Dienstleistungssektors (z.B. Versicherungen), in der privaten Wirtschaft (z.B. Manager) und in neuen Verwaltungsbereichen (z.B. Pressereferenten) ließ derartige "Quereinstiege" zu. Es ist eine offene Frage für die Hauptstudie, ob diese "Quereinstiege" langfristig Bestand haben, wie lange Möglichkeiten dazu bestehen und welche Wege der beruflichen Umorientierung langfristig erfolgreich sind.

³ Die Unterscheidung von fachfremder Beschäftigung und Beschäftigung im Fachgebiet bezieht sich in unserer Definition auf den Verbleib in einem durch das Studium festgelegten Fachgebiet und nicht auf vertikale Prozesse in Bezug auf hierarchische Stellung im Betrieb, Prestige oder Einkommen im aktuellen Beruf. Eine genaue Untersuchung der schichtungsrelevanten Folgen der Berufsumorientierungen bleibt der Hauptuntersuchung vorbehalten.

Abb. 4: Berufsverläufe nach der Wende (nach Geschlecht)



Monat 67= 1. Juli 1990

1=selbst; 2=Besch. im Fach; 3=fachfremde Besch.; 4=Weiterbild.; 5=arbeitsl.; 6=noch im Studium;

Hinsichtlich biographischer Kompetenzen gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Grad an Berufsverbundenheit ("Berufsidentität") und der Bereitschaft zu bzw. dem "timing" von beruflichen Readaptionen. Eine Gruppe, die überwiegend aus Tierproduzentinnen der Kohorte 1985 besteht, erlebte berufliche Umorientierungen primär als berufsbiographische Deformationen. Von anderen Befragten wurden notwendige berufliche Readaptionsprozesse hingegen stärker als berufsbiographische Chance begriffen.

Ergebnis 3: Der Transformationsprozeß führte zu einer stärkeren Geschlechtsdifferenzierung des Arbeitsmarktes.

Obwohl die DDR entgegen offizieller Behauptungen kein egalitäres Land war, waren die Differenzen hinsichtlich der Erwerbstätigkeitsquoten von Männern und Frauen sehr viel geringer ausgeprägt als in den alten Bundesländern. 1990 waren in der DDR 92% der zwischen 25 und 60 Jahre alten Frauen erwerbstätig, während es in den alten Bundesländern 1989 in derselben Altersgruppe nur 60% waren. Allgemein wird angenommen, daß es im Transformationsprozeß zu einer Zunahme der Differenzierung zwischen den Geschlechtern kommt (vgl. GEISLER 1992).

Das Projekt bestätigt diese These. Abbildung 4 zeigt, daß Frauen in weitaus höherem Maße von den Folgen des Transformationsprozesses betroffen waren. Im September 1990 waren noch 77,3% der Frauen im Fachgebiet beschäftigt, während es im Juli 1992 nur mehr 36,4% waren. Im selben Zeitraum reduzierte sich diese Zahl bei den Männern dagegen nur von 66,7% auf 55,6%. Auch die Entwicklung der Arbeitslosigkeitsrate verläuft geschlechtsspezifisch. Die Zahl arbeitsloser Männer erreichte im September 1990 ihren Höhepunkt mit 22,2% und nahm danach kontinuierlich ab, wohingegen es bei den Frauen ein umgekehrtes Verlaufsmuster gab: hier nahm die Arbeitslosenzahl kontinuierlich zu und erreichte im Juli 1992 mit 18,2% ihren Höhepunkt. Eine genaue Aufgliederung

dieser Daten zeigt, daß primär Frauen der 1985er-Kohorte von Arbeitslosigkeit und fachfremder Beschäftigung betroffen waren.

Eine Analyse des qualitativen Materials ergab zwei Gründe für die verstärkte Geschlechtsdifferenzierung. Zum einen hatte trotz weitreichender betrieblicher und außerbetrieblicher Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Mutterschaft auch in der DDR die Geburt von Kindern Einfluß auf den weiblichen Erwerbsverlauf. Noch im oder nach einem "Babyjahr" nahmen Frauen häufig Stellenwechsel im Betrieb oder zwischen Betrieben vor. Diese nach dem Wechsel erreichten Stellen erwiesen sich im Transformationsprozeß als besonders gefährdet.

Zum zweiten verstärkt sich im Transformationsprozeß die statistische Diskriminierung (vgl. PHELPS 1972) von Frauen seitens der einstellenden Arbeitskraftnachfrager. Potentielle wie reale Mutterschaft gelten als negatives Einstellungskriterium. Eine Befragte formulierte dies so: "Ich sag' manchmal so aus Spaß, man müßte als Frau hier auf dem Gebiet 'ne Urkunde vorweisen, daß man steril is'. Mal ganz hart gesagt ... in allen Berufen."

Wissenssoziologisch interessant ist, daß die veränderte Chancenstruktur in den individuellen Erwartungen der Frauen nicht zu einer Aufwertung der Familienrolle geführt hat. Keine der Befragten bezeichnete sich als "Hausfrau" oder strebte diesen Status an. Einstellungsforschungen in den neuen Bundesländern bestätigen allgemein die Ablehnung der Hausfrauenrolle und finden berufsbiographische Planungen, die - im Vergleich zu westdeutschen Frauen - sehr viel kürzere Phasen kinderbedingter Erwerbsunterbrechung vorsehen (vgl. KISTLER u.a. 1993).

Ergebnis 4: Die Arbeitskraftallokation in der DDR folgte nicht den Regeln einer "Kommandowirtschaft", sondern der Logik eines Anbietermarktes. Charakteristisch für einen solchen Arbeitsmarkt waren - im Gegensatz zur planwirtschaftlichen Ideologie - erhebliche Handlungsspielräume der Arbeitskräfte.

In den Beschreibungen von Alltagsakteuren, aber auch von Wissenschaftlern hat sich der Begriff der "Kommandowirtschaft" zur Charakterisierung der DDR-Ökonomie durchgesetzt. Im Modell der "Kommandowirtschaft" erfolgt eine (politische) Steuerung der Wirtschaft in einem Plan, der - über hierarchische Ketten vermittelt - ausgeführt wird. Dieser Wirtschaftsstruktur entspricht ein passiver Sozialcharakter, der - im Vergleich zum Westen - entscheidungsentwöhnt sei (vgl. MAYNTZ 1992). Für das Arbeitsmarktverhalten der Anbieter wäre daraus zu folgern, daß Entscheidungsprozesse der Arbeitskraftanbieter weitgehend alternativlos und außengelenkt abgelaufen sind.

Gegenteilig zum "kommandowirtschaftlichen" Modell wurde schon in den 80er Jahren behauptet, daß planwirtschaftliche Steuerung infolge des Fehlens eines marktregulierenden Preismechanismus Informationsdefizite in Allokationsprozessen aufweist. Daraus resultiert eine systemische Tendenz zur Erzeugung von Nachfrageüberhängen, die zur Entstehung von Anbietermärkten führt (vgl. SCHRIMPF 1983). Aus diesem Modell wäre für den Arbeitsmarkt der DDR zu folgern, daß Arbeitskraftanbietern (im Gegensatz zur Nachfrageseite) große Handlungsspielräume zukamen, die offizielle Planregulierung unterlaufen wurde und viele Arbeitsmarktprozesse auf informeller Austauschbasis abliefen.

Die beiden alternativen Thesen wurden anhand der Erzählungen der Befragten zu Stellensuchprozessen in der DDR überprüft. In der DDR existierte zur planmäßigen Steuerung der Statuspassage von der Hochschule in den Beruf die Institution der "Absolventenvermittlung", die auch - auch offiziell - "Absolventenlenkung" genannt wurde (vgl. ZfH 1989). Die ersten oberflächlichen Erzählungen der Befragten zur "Absolventenlenkung" entsprachen dem Modell der "Komman-

dowirtschaft": "Man is' ja damals noch nich' selber auf Jobsuche gegangen in dem Sinne, sondern da gab's Stellen, die wurden verteilt auf's Studienjahr und dann kriegte man eine ab oder nich'." Eine andere Absolventin: "Wir wurden damals ja noch vermittelt, in der ehemaligen DDR. Da wurde, jeder Hochschulabsolvent wurde an bestimmte Institutionen oder in 'n bestimmten Betrieb vermittelt. Bei mir war das aber nicht ganz so, ... ich hab' mir das dann selbst hier gesucht."

Während die Absolventen noch an der Gültigkeit der Norm einer außengesteuerten Vermittlung glaubten, unterliefen sie diese bereits in ihren Handlungen. Eine genauere Analyse der Erzählungen zeigt, daß in 22 Fällen direkte Verfahren der Kontaktaufnahme zwischen Anbietern und Nachfragern zu einer Stellenplatzierung führten, während in nur 12 Fällen die formellen Wege der Absolventenvermittlung (bzw. einer Vermittlung über den "Rat des Kreises"⁴) eingehalten wurden. In den meisten Fällen entwickelten die Absolventen also eigene Suchaktivitäten; dabei fungierte der "Plan" nur noch ex post als legitimierendes Verfahren für bereits stattgefundene Allokationen. Selbst in den Fällen, in denen die "Absolventenvermittlung" in Anspruch genommen wurde, bestanden freie Auswahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Stellen. In keinem Fall wurde ein Absolvent gegen seinen Willen in einen Betrieb vermittelt.⁵

Diese Befunde widersprechen der These einer "Kommandowirtschaft"; vielmehr indizieren sie das Bestehen eines Anbietermarktes. Bezeichnend dafür ist auch,

⁴ Entspricht in etwa Landkreisämtern in den alten Bundesländern.

⁵ Bei diesem Befund sind fachspezifische Unterschiede zu vermuten, DDR-Forscher gehen davon aus, daß "Verschickungen" gegen den Willen der Absolventen insbesondere bei sicherheitsrelevanten Bereichen (z.B. Staatsanwalt) häufig anzutreffen waren. Relativierend ist auch darauf hinzuweisen, daß "Lenkungen" im Bildungsbereich (bei der Lehr- und Studienfachwahl) umfangreich waren und auch in unserem Sample häufig auftraten.

daß zwar die Anbieter Betriebe eigenständig nach ihren Präferenzen (meist Heimatnähe/Wohnort des Partners) selegierten, umgekehrt aber von keinerlei Auswahlverfahren durch die nachfragenden Betriebe erzählt wurde (z.B. Eignungstests, Absagekriterien von Betrieben). Betriebe traten als selegierende Akteure ganz selten in Erscheinung. Auch wenn das Sample des Projekts nur einen kleinen Arbeitsmarktausschnitt umfaßt, scheint das Modell des Anbietermarktes eine adäquatere Beschreibung des realen Arbeitsmarktverhaltens der Akteure zu liefern als das Modell einer "Kommandowirtschaft", das eher die normativen Selbstbeschreibungen wiedergibt.

Dies gilt auch für das Phänomen der Stellenwechsel während des Erwerbsverlaufs. Obwohl Stellenwechsel zwischen Betrieben in der DDR offiziell (in Fachkreisen wurde dies zunehmend strittig) als "gemeinschaftsschädigend" verurteilt wurden und keine Medien (z.B. Zeitungsannonce, Arbeitsamt) für derartige Mobilitätsprozesse zur Verfügung standen, fanden immerhin bei der Hälfte der 1985er-Kohorte Stellenwechsel vor der "Wende" statt. Auch diese, aufgrund des systemisch produzierten "Arbeitskräftemangels" der Betriebe leicht zu realisierenden Arbeitsmarktaktivitäten beruhten auf der Eigeninitiative der Anbieter. In all diesen Fällen zwischenbetrieblicher Mobilität gab es keine staatlichen Sanktionen.

Ergebnis 5: Netzwerke spielten auf dem Arbeitsmarkt sowohl vor als auch nach der "Wende" bei Stellenallokationen eine wichtige Rolle als biographische Ressource.

Ein individuenzentrierter Ansatz zur Analyse von Arbeitsmarktprozessen ist unzureichend, wenn nicht die unterstützende Funktion von Netzwerken berücksichtigt wird. In der Literatur werden Netzwerke als "soziales Kapital" (vgl. COLEMAN 1988) der Akteure bezeichnet. Bei den inzwischen zahlreichen arbeitsmarktrelevanten Netzwerkuntersuchungen fällt auf, daß nur selten eine analytische Aufschlüsselung von Netzwerkfunktionen erfolgte. Dabei sind insbesondere Informationsfunktionen (Kenntnis von Nachfragern, Hinweise auf Va-

kanzen, Kontaktherstellung zwischen Anbieter und Nachfrager) von Selektionsfunktionen (Empfehlung des Anbieters an Nachfrager, Entscheidungsbeeinflussung des Nachfragers) zu unterscheiden. Diese Funktionen stehen in einem Zusammenhang mit strukturellen Merkmalen spezifischer Arbeitsmärkte.

Auf dem DDR-Arbeitsmarkt waren Netzwerke - neben direkten Blindbewerbungen - wichtig, um formelle Verfahren wie die "Absolventenvermittlung" umgehen zu können. Sowohl beim beruflichen Ersteinstieg als auch bei Stellenwechseln dienten sie primär Informationszwecken. Da formelle Informationskanäle wie Zeitungsannoncen oder Arbeitsämter nicht vorhanden waren, kam Netzwerken eine zentrale Bedeutung für die oben geschilderte Doppelstruktur von Planwirtschaft und direkten Austauschbeziehungen zwischen Anbietern und Nachfragern zu. Durch Netzwerkinformationen konnten - aus Sicht der Anbieter - geeignete Betriebe gefunden werden, die dann direkt kontaktiert wurden. Informationsträger waren dabei sowohl private als auch berufliche Netzwerkperso-nen. Nach der Wende standen zwar formelle Informationskanäle zur Verfügung. Trotzdem hat, wie Abbildung 5 zeigt, die Anzahl der über formelle Wege gefundenen Stellenallokationen nicht zugenommen.

Abb. 5: Wege der Stellensuche vor und nach der Wende

	vor der Wende	nach der Wende	
Formelle Verfahren	12 (35%)	13 (38%)	25
Informelle und direkte Verfahren	22 (65%)	21 (62%)	43
	34	34	68

Das Verhältnis zwischen formellen und informellen Stellensuchverfahren entspricht den in den alten Bundesländern für vergleichbare Personengruppen fest-

gestellten Relationen (vgl. HABICH 1987). Wie in der arbeitsmarktbezogenen Netzwerkliteratur allgemein bestätigt wird (vgl. GRANOVETTER 1974), kommt bei Stellensuchprozessen den sogenannten "weak ties" eine wichtigere Rolle zu als "strong ties" (Eltern, Ehepartner, enge Freunde). Im Projektsample waren bei netzwerkunterstützten Stellenfindungen "strong ties" vor der "Wende" nur in einem Fünftel und nach der "Wende" nur in einem Drittel der Fälle hilfreich.

Gegenüber diesen Kontinuitäten der Relevanz von Netzwerken im Transformationsprozeß sind zwei tendenzielle Verschiebungen festzustellen. Zum einen wurden berufliche Netzwerke auf dem "Nach-Wende-Arbeitsmarkt" gegenüber privaten Netzwerken wichtiger. Sie halfen insbesondere bei beruflichen Umorientierungsprozessen, wie das folgende Beispiel eines Wechsels aus der Tierproduktionsverwaltung in die Bankbranche veranschaulicht: "Also ich hatte schon 'ne Verbindung hin zur Bank (über die finanzielle Abwicklung der LPG-Verwaltung; d. Verf.). Ich kannte die Leute und ich kannte auch die Aufgabengebiete. (...) So und das war mein erster Anlaufpunkt, wo ich dachte: 'Mann, wenn du nicht weißt wohin, geh doch da mal hin und sprich vor.' Und da war ich auch und sprach vor, wie gesagt, direkt in der Bank konnten sie mich nicht einstellen, weil sie schon ein Einstellungsstop hatten. Damals war's schon so, nicht, und die damalige Leiterin hatte sich aber für mich verwandt. (...) Vormittags hab ich mit ihr gesprochen, nachmittags hat sie angerufen, ich soll mal schnell vorbeikommen, da wär einer (ein westlicher Berater, der sie dann einstellt; d. Verf.)."

Zweitens wächst aufgrund der veränderten Marktlage und des einsetzenden Angebotsüberhangs im Transformationsprozeß generell die Bedeutung von Screening-/Auswahlprozessen durch Nachfrager. Wie Abbildung 6 zeigt, verschieben sich parallel dazu die Netzwerkfunktionen leicht in Richtung einer Auswahlbeeinflussung der Nachfrager.

Abb. 6: Netzwerkfunktionen bei Stellenallokationen vor und nach der Wende

		vor der Wende	nach der Wende	
Informationsfunktion	Kenntnis des Betriebs	1	-	
	Hinweis auf Vakanz	10	5	
	Kontaktherstellung	7	3	
	zusammen:	18	8	26
Auswahlfunktion	Empfehlung an Nachfrager	1	3	
	Entscheidungsbeeinflussung	3	5	
	zusammen:	4	8	12
		22	16	38

5. Außenaktivitäten und Vorträge

Weymann, A./Wingens, M. (1991): Risikopassagen zwischen Hochschule und Beschäftigung. Vortrag beim Seminar "Einmündung und Verlauf in das berufliche Bildungssystem und Einmündung in Arbeit und Beruf" des Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Weymann, A./Wingens, M. (1992): Weiterbildung zwischen Instrumentalisierung und Irritation. Vortrag bei der Jahrestagung der Sektion Bildung und Erziehung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.

Wingens, M./Sackmann, R. (1993): Berufsverläufe von DDR-Hochschulabsolventen nach der Wende. Vortrag bei der Jahrestagung der Sektion Bildung und Erziehung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.

6. Publikationen

a) Veröffentlichungen

Weymann, A./Wingens, M. (1992): Risikopassagen zwischen Hochschule und Beschäftigung. In Kaiser, M./ Görlitz, H. (Hrsg.): Bildung und Beruf im Umbruch. BeitrAB 153.3.

Sackmann, R./Wingens, M. (1993): Berufsverläufe von DDR-Hochschulabsolventen nach der Wende. In Das Hochschulwesen (im Erscheinen)

b) Arbeitspapiere

Sackmann, R. (1993): Arbeitsmarkteinschätzung und arbeitsmarktstrukturierende Codes.

Sackmann, R. (1993): Berufliche Mobilität vor und nach der "Wende".

Sackmann, R. (1993): Planwirtschaftliche Absolventenvermittlung und reales Stellensuchverhalten.

Sackmann, R. (1993): Stellensuchprozesse nach der "Wende".

Sackmann, R. (1993): Verlaufsdatenanalyse von DDR-Hochschulabsolventen.

Wingens, M. (1992): Datenzugang und Datengewinnung.

Wingens, M. (1993): Die berufsbiographische Bedeutung der "Wende": kontingente Berufsverläufe als biographisch neuartiges Phänomen.

Wingens, M. (1993): Biographische Erfahrung und psychosoziale Folgen der Arbeitslosigkeit.

Wingens, M. (1993): Weiterbildung und berufliche Umorientierung.

Projektbereich B

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojekts B1

Thema: "Erwerbsverläufe als Innovationsprozeß für Familienrollen. Zur Interdependenz von Passagengestaltungen und Verarbeitungsmustern bei Ehepartnern"

Beteiligte Wissenschaftler/innen:

Prof. Dr. Helga Krüger	(GA) Projektleiterin
Dr. Claudia Born	(GA)
Dr. Gudrun Braemer	(EA) ab 01.01.1993
Dr. Horst Stenger	(EA) bis 31.12.1992
Dipl. Soz. Christian Erzberger	(EA)

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Kenntnisstand zu Beginn des Projektes und Ausgangsfragestellung
3. Anlage der Untersuchung und methodisches Vorgehen
 - 3.1 Fragen der Methodenintegration
 - 3.2 Das Forschungsdesign im Überblick
4. Empirische Untersuchung und Ergebnisse
 - 4.1 Analyse quantitativer Daten
 - 4.1.1 Männliche Erwerbsverläufe
 - 4.1.2 Ehepartnerliche Erwerbsverläufe
 - 4.2. Analyse qualitativer Daten
 - 4.2.1 Männliche Verarbeitungsmuster
 - 4.2.2 Zur Verbindung von Struktur und Norm: diskrepante Ergebnisse zwischen beiden Projekten
5. Publikationen und Fachkontakte
 - 5.1 Veröffentlichungen im Berichtszeitraum
 - 5.2 Außenaktivitäten und Fachkontakte

1. Zusammenfassung

Das Projekt galt der Erfassung von Modernisierungsprozessen im Lebensverlauf von heute im Verrrentungsalter stehenden Ehepaaren. Da die Gestaltung des Lebenslaufs der Ehefrauen anhand der Statuspassagen zwischen Arbeitsmarkt und Familie einschließlich der biographischen Verarbeitungsmuster aus dem vorhergegangenen Projekt vorlagen, konzentrierte sich die empirische Erhebungsarbeit dieser Projektphase auf die Lebensführung der Ehemänner. Die Daten aus beiden Projekten galt es, dann aufeinander zu beziehen, um Innovationsprozesse in der Ehepartnerlichen Lebensführung zu analysieren.

Ausgangshypothese war, daß die nicht normkonformen Gestaltungen von Statussequenzen zwischen Erwerbsarbeit und Familie bei den Frauen - ihre Lebensläufe folgten bei biographisch unterschiedlich angeordneten Unterbrechungen nicht den erwartbaren Familienzyklen sondern Berufsdynamiken des erlernten Erstberufes (vgl. Krüger/Born 1991; Krüger/Born/Kelle 1989) - auch bei den Ehepartnern Veränderungen in den Orientierungen auf Familie und Beruf ausgelöst haben. Empirisch galt es jedoch zunächst, anhand der Bildungs- und Erwerbsverlaufsdaten der Ehemänner Interdependenzen in Ehepartnerlichen Erwerbsverläufen zu erfassen, dann über offene Interviews die Verarbeitungsmuster der Ehemänner sowohl bezüglich der eigenen Lebenslaufgestaltung als auch anhand der Erwerbs- und Familienpassagen ihrer Ehefrauen zu sondieren.

Zur Integration der Datensätze aus beiden Projekten wurden neue Wege ihrer Verknüpfung erprobt. Die Ergebnisse des Projektes lassen sich in zwei Diskussionssträngen verorten:

- a) **sozialstrukturell** im Kontext der Debatte um die Abhängigkeit weiblicher Erwerbsarbeit vom sozioökonomischen Status des Ehemannes;
- b) **modernisierungstheoretisch** im Kontext familialen Wandels durch sich verändernde Lebensführungen von Frauen.

zu a) sozialstruktureller Kontext

Die für den deutschsprachigen Raum vielfach behauptete These von der Lohnhöhe des Ehemannes als ausschlaggebender Variable für weibliche Erwerbsarbeit stützt sich empirisch auf die Prosperitätsphase der Nachkriegszeit mit arbeitsmarktstrukturell gesicherter Erwerbsarbeit des Mannes, d.h. auf die Erwerbsverläufe der hier infrage stehenden Altersgruppe. Wiewohl das erfaßte

Sample der Männer diesbezüglich nicht von repräsentativen Daten über männliche Erwerbsverläufe abweicht, zeigt die Analyse der Erwerbsarbeitsmuster im Eheleben der hier erfaßten Paare dennoch anderes (Erzberger 1993a). Die weiblichen Erwerbsarbeitsmuster folgen wesentlich einer von der Berufstypik der Erstausbildung abhängigen Eigendynamik - trotz mit männlicher Aufwärtsmobilität zunehmender Gegenwehr der Männer gegen die intendierten und realisierten Rückkehrversuche ihrer Frauen auf den Arbeitsmarkt nach erster Erwerbsarbeitsunterbrechung.

Wie auf der Datenbasis des vorherigen Projektes bereits vermutet, belegen die Ergebnisse aus beiden Projekten, daß die Aufmerksamkeit zukünftiger Lebenslauforschung auf gesellschaftliche Gestaltungsprinzipien im Beruf, auf weibliche Arbeitsmarktsegmente, seine enorme Abhängigkeit von Teilzeitarbeitsentwicklungen und v.a. mit klassischen Frauenberufen verbundenen Weiblichkeitsnormen zu richten ist (Krüger 1991a; Born 1991, 1993b). Die sich entwickelnden Flexibilisierungen auf den berufsspezifisch unterschiedlichen Teilarbeitsmärkten für Frauen und ihre Abweichung vom männlichen Normalarbeitstag sowie von männlichen Berufskonzepten stellen zugleich eine Herausforderung für Analysen zu Dynamiken sozialer Ungleichheit zwischen den Geschlechtern dar, wie sie z.T. im Projekt B6 des Sfb aufgegriffen wird.

zu b) modernisierungstheoretischer Kontext

Auch in der Betrachtung des familialen Wandels wird in der Literatur als Vergleichsebene die als stabil angenommene, auf geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung beruhende familiäre Lebensführung der Nachkriegszeit gewählt, jene Familiengründungs-/ -führungsphase, die wir über beide Projekte ins Zentrum gerückt haben (Born/Krüger 1993b). Das qualitative Material belegt jedoch, daß je nach externen Arbeitsmarktchancen der Frauen schon nach wenigen Ehejahren mit ausschließlich geschlechtstypischen Zuständigkeitsmustern das innerfamiliäre Gleichgewicht sektoral aufgebrochen wird.

Doch während sich in der Zusammenschau des quantitativen Materials aus beiden Projekten die relative Unabhängigkeit der weiblichen Arbeitsmarktrückkehr vom Erwerbsstatus der Ehemänner belegt, zeigt sich anhand des qualitativen Materials eine deutliche Verzahnung der Modernisierungsentwicklungen zwischen Ehepartnern (Born/Krüger 1993a), die allerdings für beide Partner je geschlechtsspezifisch verdeckt bleibt. Das durch ihre Teilhabe am Erwerbssystem innovative Handeln der Frauen verschwindet innerfamiliär unter fortbestehender

Akzeptanz familialer Zuständigkeitsmuster zwischen den Ehepartnern (Krüger 1993e). Die von den Ehemännern in Abhängigkeit von den Erwerbsverläufen der Ehefrauen, d.h. reaktiv vollzogenen Familienarbeitserweiterungen dethematisieren sich für die Männer hinter Wahrnehmungsbegrenzungen auf Veränderungen der weiblichen Rolle (Teilrevision des Frauenleitbildes) jenseits der männlichen Selbstdefinition.

Für beide Partner gilt bezüglich der je eigenen geschlechtsspezifischen Modernisierung vor sich selbst und dem Partner verdeckte Innovation bzw. normativ begründete Innovationsresistenz, die sich im Aushandlungsprozeß zwischen den Partnern wechselseitig verstärkt (Born 1993d). Sichtbar wird ein sich geschlechtsspezifisch unterschiedlich vollziehender Modernisierungsprozeß, der aufs Engste mit der unterschiedlichen Institutionenstrukturiertheit beider Lebensführungen verknüpft ist (Born 1993c; Krüger 1993a).

Modernisierungstheoretisch bedeutet dies, in der Betrachtung des familialen Wandels zwischen sozialem Wandel auf der Ebene der Sozialstruktur des Lebenslaufs und der der institutionell bereitgestellten normativen Rahmungen der Lebensführung zu differenzieren (Krüger 1993b). Weder laufen die Individuen den Institutionen weg (Beck's These 1991), noch läßt sich der unterschiedliche Modernisierungsprozeß durch alleinigen Bezug auf den Wertewandel erklären (Klages 1985). Zugrundegelegt werden muß als empirische Ausgangsbasis der Analyse zunächst die Modernisierungsdifferenz in den Lebenslaufgestaltungen beider Geschlechter. Wieweit diese sich im Generationenabstand zu den Kindern der hier erfaßten älteren Ehepaare verringert, vergrößert bzw. verändert und welche Bedeutung ihr für die Labilisierung der Familie als Institution zukommt, ist die Fragestellung des Anschlußprojektes.

2. Kenntnisstand zu Beginn des Projektes und Ausgangsfragestellung

Die zentrale Frage dieses Projektes war, ob und wie sich Prozesse des sozialen Wandels im Laufe eines aktiven Erwachsenenlebens, betrachtet für die historische Zeit zwischen Kriegsende und heute, d.h. im Längsschnitt, als Prozeß im Lebensverlauf in der faktischen Lebenslaufgestaltung und in seiner Verarbeitung auswirken. Die uns interessierenden, heute im Rentenalter stehenden Männer

gehören zu jener Generation, die in den 50er Jahren ihre Familie gründeten, zu einer Zeit, in der die Normalitätsvorstellungen familialen Zusammenlebens gänzlich andere waren als heute; d.h. sie hatten sich im Laufe ihres Erwachsenenlebens mit gravierenden Veränderungen auseinanderzusetzen, von denen als die bedeutendste das veränderte Erwerbsverhalten von verheirateten Frauen und Müttern bezeichnet werden kann.

Darüber, ob und wie sich die im beschriebenen historischen Zeitraum vollzogenen Veränderungen auf die faktische Lebensgestaltung und deren biographische Selbstdeutung bei heute alten Männern ausgewirkt haben, und welche Rolle das Verhalten ihrer Ehefrauen dabei spielte, lagen bislang keine Kenntnisse vor (vgl. Stand der Forschung, Finanzierungsantrag 1991, 222ff.). Studien über heute junge Männer belegen jedoch einen Einstellungswandel. Dieser bezieht sich auf die Auffassung von Vaterschaft, die Sicht der Rolle der Frau, der Beteiligungsmuster an Haus- und Familienarbeit. Welche Rolle den Vätern dabei zukommt, ist nicht untersucht.

Relevante Vorarbeiten, die uns die Frage nach den Modernisierungsprozessen der heute alten (Ehe)männer stellen ließen, bildeten die Ergebnisse unseres Vorläuferprojektes, in dem wir uns mit heute alten Frauen, präzise: den Ehefrauen der hier befragten Männer, beschäftigt haben. Die Zusammenschau der standardisiert erfaßten Daten zum Lebensverlauf der Ehefrauen (n=220) mit denen aus den offenen Interviews (n=52) wiesen die Frauen hinsichtlich ihrer Lebensführung als gleichermaßen traditionell und modern aus:

Modern bezüglich deren faktischer Lebenslaufgestaltung: Es zeigte sich nicht nur, daß sie während ihres Ehelebens erwerbstätig waren, sondern daß die biographische Anordnung ihrer Erwerbsarbeitsphasen sich durch Familienereignisse nicht erklären liessen und darüber hinaus die Strukturierung ihrer Erwerbsarbeit wesentlich durch die mit dem Erstberuf verbundenen Arbeitsmarktchancen erfolgte. Dieses Ergebnis stand im Widerspruch zu der bis dahin für diese Generation gültigen Annahme von der eheweiblichen Erwerbsarbeit als vom

sozioökonomischen Status des Ehemannes abhängig und machte die Frage nach den Interdependenzen Ehepartnerlicher Erwerbsarbeit zu einer im Projekt zu bearbeitenden.

Traditionell erwiesen sich die Frauen bezüglich der Interpretation und Bewertung ihres Handelns: Nicht nur übernahmen sie - unabhängig vom Umfang ihrer Erwerbsarbeit - alle familial anfallenden Arbeiten fraglos und selbstverständlich alleinverantwortlich, sondern benannten die Familie als die dominante, den Ablauf ihres Lebens allein strukturierende Institution. D.h. hier folgten sie den 'klassischen' Normalitätstsvorstellungen familialen Zusammenlebens.

Vor dem Hintergrund des oben referierten lückenhaften Forschungsstandes und der Tatsache, daß es sich bei den uns interessierenden Männern um die Ehemänner der befragten Frauen handelte, waren die uns leitenden Forschungsfragen 'doppelt' interessant. Das Projekt eröffnete die Chance, einerseits die Wirkungen der vollzogenen Änderungen im Familiensetting zu eruieren, andererseits dies in Abhängigkeit von weiblicher Erwerbsarbeit zu untersuchen, die ihnen - wenn es sich um ihre Ehepartnerinnen handelt - sicher nicht äußerlich geblieben ist. Entsprechend ging dieses Projekt von der Frage aus, ob sich die Erwerbsverläufe der Ehefrauen als Innovationspotential für eine - mögliche - Modernisierung bei den Männern erweisen könnten, und - wenn ja - auf welchen Ebenen sich die Modernisierungstendenzen bei den Ehemännern zeigen würden: auf der normativen, der faktischen, hinsichtlich der Wahrnehmung der eigenen Rolle oder der der Frau, im Bereich Familie oder Beruf?

Diesen Fragestellungen sollte anhand von quantitativen Erhebungen und qualitativen Interviews nachgegangen werden; des weiteren sollten die Ergebnisse dieses 'Männerprojektes' mit denen des 'Frauenprojektes' verknüpft werden, um so auch Informationen über den Umgang von Ehepaaren mit der uns interessierenden Thematik zu erhalten. Zum dritten galt es, in der Beantwortung einer methodologischen Fragestellung weiterzukommen, die aus dem Vorläuferprojekt offengeblieben war: Zu klären blieb, ob die bei den Frauen festgestellte Dis-

krepanz zwischen faktischer Lebensführung und biographischer Deutung aus der angewandten Erhebungsmethode (vgl. Kap. 3) resultierte oder ob sie Ausdruck ist für ein geschlechtsspezifisches Muster im Umgang mit zum eigenen Handeln diskrepanten Normen. Sowohl bezüglich der Verknüpfungschancen der Ergebnisse aus beiden Projekten als auch der Überprüfung dieser Annahmen wurde entsprechend für beide Projekte dasselbe Design einschließlich der Erhebungs- und Auswertungsmethoden gewählt.

3. Anlage der Untersuchung und methodisches Vorgehen

Angesichts der Konzipierung des Projektes als Teil des vorangegangenen Projektes und der die dort erarbeiteten Ergebnisse einbeziehenden Fragestellungen standen beide Projekte in einem iterativen Bezug zueinander. In beiden Projekten wurden eine postalisch standardisierte Befragung zum Lebensverlauf (mit Bitte um Rückgriff auf Rentenbescheide) und eine qualitative Erhebung durchgeführt und die Ergebnisse projektintern aufeinander bezogen.

Da zudem auch die jeweiligen Teilerhebungen aus Vorläufer- und aktuellem Projekt miteinander verknüpfbar sein sollten, seien der Darstellung des Designs zunächst Überlegungen bezüglich seines methodologischen Hintergrundes, seiner Anlage und seiner Ausführungen vorangestellt und seine Tragfähigkeit dann anhand der inhaltlich zutage geförderten Erkenntnisse geprüft.

3.1 Fragen der Methodenintegration¹

Die zu analysierenden Erwerbsverläufe der Ehepaare sind zum einen institutionenstrukturiert, stellen zum anderen aber auch subjektive Herausforderungen an die Gestaltung der eigenen Biographie. Ziel des empirischen Designs war es, beide Ebenen zu erfassen und erkenntnisoptimierend aufeinander zu beziehen unter der Annahme, daß zwischen Struktur des Lebenslaufs und subjektiver Interpretation Zusammenhänge bestehen. Denn Institutionen wirken als materialisierte Ordnungsgefüge immer auf zwei Ebenen zugleich: Sie reproduzieren und gestalten Realität sowohl als gesellschaftliches Strukturierungspotential für den Lebenslauf als auch als gesellschaftliche Angebote der Selbstverortung subjektiven Handelns und biographischer Sinngebung für vollzogene/geplante Statuspassagen. Beide Ebenen, die der strukturellen Gestaltung und Standardisierung des Lebenslaufs als auch die der normativen Setzungen, erhalten sowohl für die individuelle Bilanzierung des gelebten Lebens in biographischen Erzählungen als auch für die Entwicklung von Planungs- und Gestaltungsalternativen Relevanz. Ein Forschungsdesign, welches der Verknüpfung von institutionengeprägter Struktur und Interpretation gerecht werden will, muß versuchen, durch entsprechende Datenerhebung und Analyse beide Ebenen adäquat zu erfassen, um subjektives Handeln erklären zu können. Dazu bedarf es Annahmen zur Verknüpfbarkeit sowie der Bereitstellung von Anschlußmöglichkeiten der Erhebungsschritte über ein Design, das entsprechende Verknüpfungsstrategien zur Integration der durch verschiedene Methoden ermittelten Ergebnisse beinhaltet (vgl. Gerhardt 1986, 1991).

Besonderes Augenmerk wurde deshalb auf den Prozeßcharakter von Verknüpfungsentscheidungen im Fortgang der Untersuchung gelegt (vgl. zu Forschung

¹ Das Forschungsdesign ist detailliert erläutert in: Erzberger, Christian (1993b): Die Kombination von qualitativen und quantitativen Daten. Methodologie und Forschungspraxis von Verknüpfungsstrategien. Arbeitspapier zur Veröffentlichung in den ZUMA-Nachrichten.

als Entscheidungsprozeß: Flick 1991) und über systematisch angelegte Verbindungsmöglichkeiten entsprechende Bedingungen für eine kontrollierte Verknüpfung der Daten erarbeitet. Wir gehen damit über das Konzept der "Across-Method-Triangulation" von Denzin (1978) und der Kritik dieses Konzeptes von Fielding & Fielding (1986) und Lamnek (1988) hinaus, indem wir Entscheidungen über Triangulierungen nicht statisch an den Beginn und das Ende der Untersuchung setzen, sondern über gestaltungsstrategische Zwischenschritte Verknüpfungschancen prozessual erhöhen, d.h. die Richtung der Untersuchung an spezifischen, genau definierten Punkten immer wieder neu präzisieren. Wir schlagen daher den Begriff der **prozessualen Triangulation** als Bezeichnung des Grundmusters des Forschungsdesigns vor.

Wir setzen dieses prozessuale Konzept ein:

- a) zum Zweck der Samplekonstruktion für die qualitative Befragung;
- b) zum Zweck der Anschlußsicherung qualitativer Erhebungsverfahren an die quantitativ erfaßten Lebensverlaufsdaten;
- c) zum Zweck der Validierung der Daten und Qualifizierung von Ergebnissen;
- d) zum Zweck weiterführender Hypothesen- und Theoriekonstruktion.

zu a) **Konstruktion des Samples für qualitative Interviews**

Ausgehend von der Überlegung, daß alle institutional relevanten Merkmale des Lebensverlaufs (vorab standardisiert erfaßt für das gesamte Sample) vorhanden sein sollten, erfolgte die Auswahl in Anlehnung an Cook und Campbell (1979) nach dem *model of deliberate sampling for heterogeneity*. Während dort jedoch die Merkmalsbestimmung rein empirisch erfolgt, liegen unserer Samplekonstruktion darüber hinaus als theoretisch relevant erachtete Merkmalskombinationen zugrunde (hier: ehepartnerliche Erwerbsverlaufsmuster). Dadurch wurde sichergestellt, daß Sinnkonstruktionen in Beziehung zu relevanten Strukturmustern gesetzt werden können. Das Vorhandensein der Strukturmerkmale erhöht die externe Validität des Samples; die über die Kombination von Merkmalen gebildeten Gruppen ermöglichten darüber hinaus die Auswahl einer genügend großen

Zahl zu Interviewender pro Merkmalsgruppe (10-12 Fälle nach Sättigungsprinzip von Glaser/Strauß für qualitative Interviews).

zu b) Anschlußsicherung qualitativer Erhebungsverfahren an die quantitativ erfaßten Lebensverlaufsdaten

Die gewählten Erhebungsverfahren für das qualitative Material folgten erneut Überlegungen zur Sicherung von Anschlußfähigkeit der erhobenen Sinnkonstruktionen an das quantitativ vorab erhobene Datenset durch zwei Verfahrensentscheidungen:

- über das Vorlegen einer anhand der quantitativen Erhebung erstellten Prozeßgraphik (Erwerbsverlauf und Familiendaten) als Grundlage der Gesprächsführung und
- die Fokussierung des Leitfadengesprächs auf die in der Graphik visualisierten Statuspassagen der zu sondierenden Lebenslaufgestaltung bei gleichzeitigem Raumgeben für narrative Erzählsequenzen.

Die Statuspassagen werden über beide Entscheidungen ins Zentrum gerückt, sie bestimmen als "turning points" einerseits die Lebenslaufstruktur und fordern auf der Individualebene andererseits zu Interpretationen heraus. Sie dienen also als "links" zu beiden Seiten der Lebensführung: der Sozialstruktur des Lebenslaufs und der subjektiven Sinnggebung.

zu c) Validierung der Daten und Qualifizierung von Ergebnissen

Aus der Literatur zur Triangulation ist bekannt, daß Ergebnisse multi-methodischer Untersuchungen in drei unterschiedlichen Kombinationen auftreten können:

- sie sind kongruent;
- sie verhalten sich komplementär zueinander;
- sie sind diskrepant.

Die **Kongruenz** von Befunden kann als Gütekriterium für die interne Validität der erhobenen Merkmale bezeichnet werden. Wir erwarten sie einerseits bezüglich des Abgleichs der quantitativ erfaßten Merkmale unseres Samples mit entsprechenden Repräsentativdatensätzen (vgl. Kap. 4.1.1) und andererseits zwischen qualitativ und quantitativ erhobenen Daten über die Erhebungsstrategie des qualitativen Teils aufgrund der dort beschriebenen Anschlußsicherung: Haben die Interviewten die Fragen des Fragebogens verstanden, sind die Daten richtig eingetragen worden.

Die anderen Ergebniskombinationen lassen sich in eine Validierungsstrategie nicht einbinden. Ihre Stärke liegt in der Überprüfung von Vorannahmen bzw. der Generierung von neuen Hypothesen und Modellen. Dazu gehen wir von zwei Prämissen aus:

1. Die Untersuchungsmethode konstituiert ihren Gegenstand, d.h. die methodisch unterschiedliche Erhebung von Daten fördert nicht per se verschiedene Aspekte eines Phänomens, sondern eher unterschiedliche Phänomene zutage. Unter diesen Bedingungen ist die Übereinstimmung von mit unterschiedlichen Methoden produzierten Ergebnissen zu einem Forschungsgegenstand nicht zu erwarten.
2. Die Entscheidung, ob Ergebnisse in einem komplementären oder diskrepan-ten Verhältnis zueinander stehen, kann nur unter einer theoretischen Perspektive, d.h. durch die Folie einer Hypothese, eines Modells oder einer Theorie entschieden werden.

Die **Komplementarität** von Ergebnissen bedeutet in diesem Sinne, daß Ergebnisse nicht direkt übereinstimmen, sondern sich mittels übergeordneter Vorannahmen zu einem Gesamtbild ergänzen (theoretische Triangulation).

Diskrepanz von Ergebnissen bedeutet immer die Irritation des Forschers angesichts nicht antizipierter Widersprüchlichkeiten. Diskrepanz von Ergebnissen muß daher zu einer kontrollierten, systematischen Suche nach Hypothesen,

Modellen oder Theorien führen, die als Gewinde die widersprüchlichen Ergebnisse miteinander sinnvoll und erkenntnisfördernd verbinden (theoriegenerierende Triangulation).

zu d) Hypothesengenerierung, Modell- und Theoriekonstruktion

Ein Forschungsdesign, das unterschiedlichen Methoden ihre Eigenständigkeit hinsichtlich der Konstruktion des Untersuchungsgegenstandes beläßt, erfordert eine Strategie der systematischen Suche nach Gegenevidenz. Nicht die Bestätigung einer Hypothese auf der Basis der mittels einer Methode gefundenen Ergebnisse durch die Hervorbringung entsprechender Ergebnisse durch eine andere Methode steht im Vordergrund der Strategie, sondern deren Widerlegung bzw. Revidierung/Erweiterung wird angestrebt.

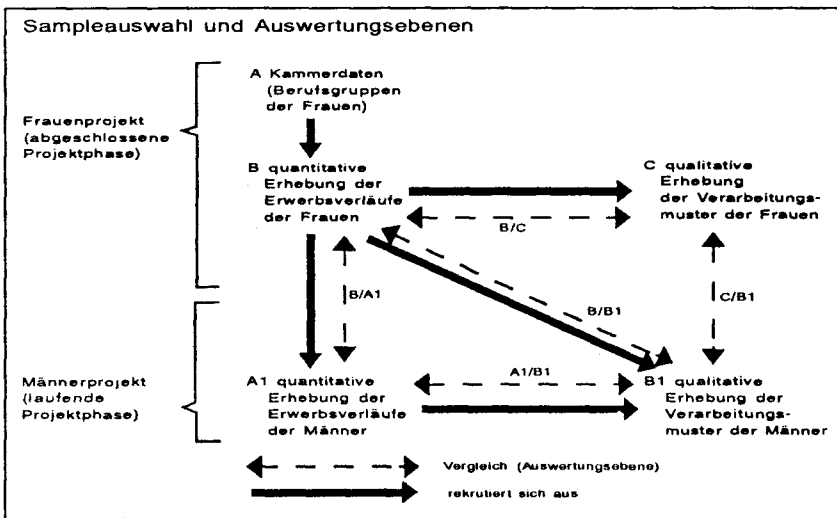
Das hier entwickelte Forschungsdesign ist damit eine systematische Anlage zur Validierung von Daten (Kongruenz), zur Verknüpfung von Hypothesen (Komplementarität) und zur Konstruktion von neuen Hypothesen, Modellen oder Theorien (Diskrepanz). Theorien, die eher Aussagen über die Strukturebene zulassen, konkurrieren mit Theorien, deren Relevanz eher auf der Ebene von Sinndeutungen, Verarbeitungs- und Interpretationsmustern liegen. Der Vergleich der Ergebnisse führt somit zu einer permanenten Überprüfung der Vorannahmen, wobei Vorannahmen der unterschiedlichen Relevanzbereiche gleichberechtigt gegeneinander stehen oder sinnhaft miteinander verbunden werden können. Dem Design implizit ist darüber hinaus - im Falle divergierender Ergebnisse - der Zwang zur Konstruktion von neuen Hypothesen, dem Heranziehen von bisher für diesen Forschungsgegenstand nicht beachteten Theorien und die Vernetzung von Theorien und Modellen unterschiedlicher Relevanzbereiche zur Erklärung aufgetretener Diskrepanzen.

3.2 Das Forschungsdesign im Überblick

Das empirische Interesse dieses Projekts galt zunächst allein den Männern der in der vorangegangenen Studie befragten Ehefrauen.

Erhoben wurden dazu standardisiert Daten über den männlichen Erwerbsverlauf (Teiluntersuchung A1) und die Verarbeitungs- und Interpretationsmuster zum eigenen Erwerbsverlauf und dem der Ehefrauen durch offene Interviews (Teiluntersuchung B1).

Die beschriebenen Verknüpfungsstrategien, Validierungs- und Hypothesen- bzw. Theoriekonstruktionen kommen ebenfalls zwischen den Daten, Auswertungsschritten und Ergebnissen der beiden Projekte zur Anwendung. Folgende Graphik stellt die Rekrutierungsschritte und Auswertungsebenen im Überblick dar:



Damit ergeben sich folgende Auswertungsebenen:

- A1 Quantitative Auswertung der Erwerbsverläufe der Männer
Annahme: Normalbiographie (vgl. Kap. 4.1.1)

- B/A1 Quantitative Analyse der ehепartnerlichen Erwerbsverläufe durch die
Betrachtung der gemeinsamen Prozeßzeit (Heirat bis Rente).
Annahme: Eigendynamik weiblicher Erwerbsverläufe (vgl. Kap. 4.1.2)

- A1/B1 Qualitative Analyse der Verarbeitungs- und
B/B1 Interpretationsmuster der Männer hinsichtlich der eigenen und der
eheweiblichen Erwerbs- und Familienarbeit.
Annahme: Weibliche Erwerbsarbeit als Innovationspotential (vgl. Kap.
4.2.1)

- C/B1 Vergleich der Verarbeitungs- und Interpretationsmuster der Ehepart-
ner hinsichtlich ihrer gemeinsamen Erwerbs- und Familienarbeit
Annahme: Diskrepanz zwischen Lebenslauf und biographischer Selbst-
deutung (vgl. Kap. 4.2.2)

4. Empirische Untersuchung und Ergebnisse

Um den oben vorgestellten Forschungsprozeß nachvollziehen zu können, konzentriert sich die folgende Darstellung zunächst auf die quantitativen Erhebungen einschließlich der empirischen Erhebungs-/ Auswertungsschritte und der jeweiligen Ergebnisse. Die Darstellungsform für die qualitativen Ergebnisse wird entsprechend gewählt. In einem dritten Schritt werden Ergebnisse aus beiden Teilen aufeinander bezogen.

4.1 Analyse quantitativer Daten²

4.1.1 Männliche Erwerbsverläufe

Untersuchungseinheit und Datenerhebung: Für die standardisierte Befragung der Ehemänner konnten wir von den 220 Frauen auf 118 Adressen zurückgreifen. Die Befragung der Männer wurde im Winter 1991 durchgeführt. Durch den hohen Rücklauf gelangten 74 Fragebogen in die Auswertung. Abgefragt wurden der Allgemein- und Berufsbildende Abschluß, die Länge, Lage und Art der Erwerbstätigkeitsphasen einschließlich Arbeitslosigkeit, Krankheit, Weiterbildung, Statuswechsel und das Datum der (Früh)Verrrentung. Die Daten der familialen Ereignisse lagen aus der Befragung der Ehefrauen vor.

Validierungs- und Auswertungsverfahren: Aufgrund der geringen Fallzahl und der nicht statistisch begründeten Stichprobenziehung wurden zur Überprüfung der Stichprobengüte die Daten der von uns befragten Population mit entsprechenden repräsentativen Datensätzen (sozioökonomisches Panel, IAB-Studie: Qualifikations- und Berufsverlauf 1985, Rentenstatistik) abgeglichen.³ Diese gilt dann als ausreichend gesichert, wenn die Ausprägungen der zentralen Variablen weitestgehend übereinstimmen. Das Maß der Übereinstimmung der Verteilungen zwischen den Datensätzen wurde mit dem χ^2 -Anpassungstest (Blossfeld 1989) bzw. mit der Monte Carlo-Simulation (Prein u.a. 1993) beurteilt.

² Die Ergebnisse dieser Teiluntersuchung sind ausführlich dargestellt in: Erzberger, Christian (1993a): Erwerbsarbeit im Eheleben. Männlicher und weiblicher Erwerbsverlauf zwischen Dependenz und Unabhängigkeit. Arbeitspapier Nr. 16 des Sfb 186, Universität Bremen 1993.

³ Durch die Möglichkeit, aus dem sozioökonomischen Panel über gemeinsame Haushalts- und unterschiedliche Personennummern Ehepaare zu identifizieren, konnten hier insgesamt die Ehemänner von 392 Paaren der entsprechenden Geburtskohorte zum Vergleich herangezogen werden. Aus den insgesamt 26361 Befragten der IAB-Studie konnten, durch eigene Berechnungen, 2222 Männer der interessierenden Geburtskohorte mit unserem Sample verglichen werden.

Ergebnisse I (Auswertungsebene A1)

Hinsichtlich des allgemeinbildenden Schulabschlusses, des sozioökonomischen Status zu Beginn der Erwerbsarbeit, der Länge und Lage von Arbeitslosigkeitsphasen, des Rentenbeginns und -alters traten zwischen den Verteilungen der von uns befragten Männer und den entsprechenden der repräsentativen Vergleichsstudien keine signifikanten Abweichungen auf. Unterschiede ergaben sich lediglich bei dem Vergleich der sozioökonomischen Stellungen am Ende des Erwerbslebens: Mehr Männer unseres Samples haben einen Wechsel vom Arbeiter zum Angestellten realisieren können, als die Männer der repräsentativen Vergleichsgruppen.

Als zwischen 1920 und 1930 Geborene stellen die Männer unseres Samples einen Teil der Population, die direkt nach dem Krieg auf den Arbeitsmarkt drängte. Es dominiert Erwerbsarbeitskontinuität und beruflicher Aufstieg. Unterbrechungen sind als unerheblich zu bezeichnen. Dieses auch durch den repräsentativen Datensatzvergleich bestätigte Ergebnis verweist auf die für diese Geburtskohorte gültige historische Ausnahmesituation des Wirtschaftswunders, in der, bedingt durch ein hohes Wachstumstempo mit einhergehender Vollbeschäftigung, eine ungewöhnliche Stabilität und Homogenität von männlichen Erwerbsverläufen erreicht worden ist (vgl. Lutz 1984; Becker 1989). Das normativ vorherrschende Leitbild einer familiernährenden Erwerbskarriere konnte von den Männern durchgängig realisiert werden.

4.1.2 Ehepartnerliche Erwerbsverläufe

Untersuchungseinheit und Auswertungsverfahren: Zur Bildung der Untersuchungseinheit "Ehepaare" wurden die Daten der männlichen Erwerbsverläufe dieses Projektes mit den Daten der entsprechenden Frauen aus dem vorangegangenen Projekt verknüpft. Überprüft wurde, ob der Erwerbsverlauf der Frauen vom Erwerbsstatus des Ehemannes abhängig ist, oder ob sich das Ergebnis des

Vorläuferprojektes bestätigt, wonach der weibliche Erwerbsverlauf durch die jeweilige Erstausbildung der Frauen strukturiert ist.

Der damit vorliegende Datensatz ist bezüglich des erfaßten Zeitraumes und der Paarverbindungen originär und erforderte ein Analyseverfahren, das dieser Komplexität gerecht wird. Da aufgrund der Fallzahlen und Ereignisbestimmung auf Jahresbasis eine klassische Methode der Längsschnittanalyse (z.B. Ereignisanalyse) für die hier zu untersuchenden Daten ungeeignet erschien, kam ein Analysemodell zum Einsatz, in dem zu jedem beliebigen Zeitpunkt des gemeinsamen Lebens die jeweilige Arbeitssituation der Partner in Beziehung gesetzt werden konnte.

Erforderlich war dazu die Transformation der erhobenen chronologischen Lebenszeit der Ehemänner und ihrer Frauen in Prozeßzeit über den gemeinsamen Bezugspunkt der Heirat. Entwickelt wurden Verfahren der Lebenszeitbudget-Analyse, das Sample wurde mit Hilfe multidimensionaler Kreuztabellen aufgeschlüsselt. Da die Beschränkung des Datensatzes keine klassischen inferenzstatistischen Prüfverfahren erlaubte, wurden die gefundenen Verteilungen wiederum mittels Monte Carlo-Simulation getestet.

Ergebnisse II (Auswertungsebene B/A1)

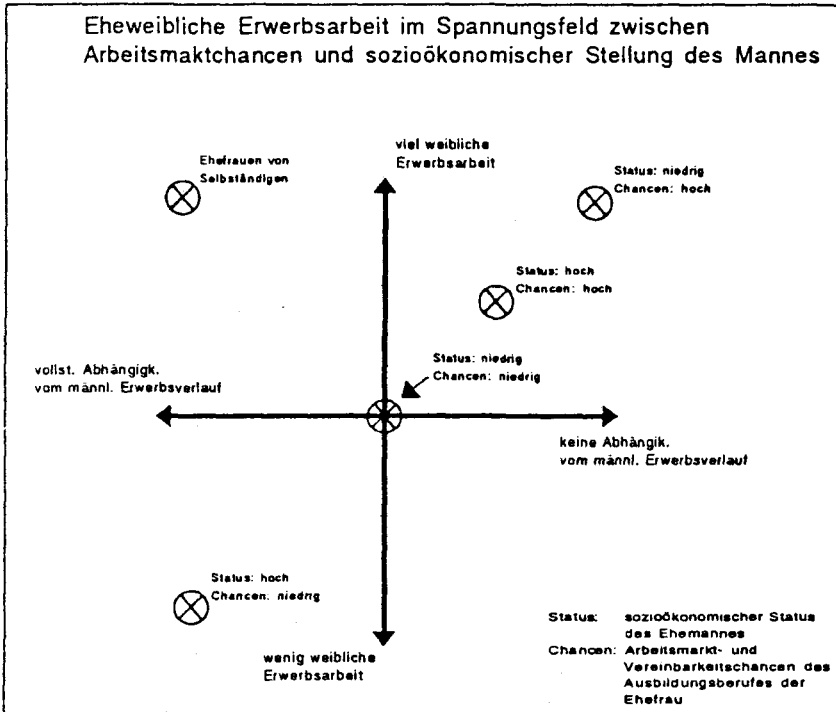
Die Betrachtung der Erwerbsarbeitsverläufe der Frauen im Lichte der sozioökonomischen Stellung ihres Ehemannes zeigt zunächst eine deutliche Abhängigkeit der eheweiblichen Erwerbsarbeit von der Statusposition der Ehemänner. In Angestelltenphasen der Männer arbeiteten deren Frauen weniger als in Arbeiterphasen; Frauen von Beamten arbeiteten am wenigsten. Diese Ergebnisse scheinen den seit etwa 35 Jahren immer wieder festgestellten Zusammenhang, daß mit steigendem sozioökonomischen Status des Ehemannes die Ehefrauen immer weniger erwerbstätig sind, erneut zu stützen.

Wird jedoch der Erstberuf der Frauen in diese Analyse eingeführt, ist das Bild deutlich zu differenzieren. Es zeigt sich dann, daß die Bedeutung des sozio-

ökonomischen Status des Ehemannes für die Erwerbsarbeit der Frau in Abhängigkeit von deren Erstberuf variiert, wenn man diesen dichotomisiert nach guten bzw. schlechten Chancen auf dem Arbeitsmarkt (Arbeitszeitlage, normative Berufsrollenimplikate, Expansion des entsprechenden Teilarbeitsmarktes, vgl. Krüger/Born 1991). Die Ergebnisse zeigen, daß eine Monokausalität - wie bislang immer angenommen - zwischen der Erwerbstätigkeit der Frau und der sozioökonomischen Stellung des Mannes nicht gegeben ist. Während der Erwerbsjahre der Männer als Arbeiter waren die Ehefrauen mit guten Arbeitsmarktchancen zu 80% erwerbstätig. Wiesen dagegen die Berufe der Frauen dieser Männer schlechte Chancen auf, so lag die Erwerbsquote in diesen Jahren bei 50%. In den Jahren, in denen die Männer als Angestellte oder Beamte tätig waren, gingen deren Ehefrauen zu 50% einer Erwerbstätigkeit nach, wenn ihr Erstberuf gute Chancen aufwies und zu 30% bei schlechteren Chancen des erlernten Erstberufes.

Für Frauen von Selbständigen gilt noch einmal anderes. Unabhängig von ihrem gelernten Beruf arbeiteten sie zu etwa 75 %, allerdings überwiegend ausbildungsfremd und unterhalb der Rentenversicherungspflicht. Sie arbeiteten in der Regel im Betrieb ihres Ehemannes. Daß Selbständige trotz marktwirtschaftlicher Einbindung der Logik familienwirtschaftlicher Produktion folgen (vgl. Handl 1988) bedeutet, daß Frauen von Selbständigen mit der Heirat keine zusätzliche Arbeitskraft, sondern einen zusätzlichen Arbeitsplatz gewinnen (Borkowsky u.a. 1989). Das heißt, für die Erwerbstätigkeit der Ehefrauen von Selbständigen spielt die Einkommenshöhe des Mannes keine Rolle.

Folgende Graphik stellt das Verhältnis von männlicher und weiblicher Erwerbsarbeit in Paarbeziehungen im Überblick dar.



Ersichtlich ist, daß im Hinblick auf eigene Erwerbstätigkeit sich die Ehefrauen im Spannungsverhältnis zwischen Abhängigkeit vom Status des Mannes und Arbeitsmarktchancen ihres erlernten Erstberufes befinden. Letzterer setzt sich gegen den sozioökonomischen Status des Ehemannes dann durch, wenn dieser niedrig und die mit dem erlernten Beruf verbundenen Arbeitsmarktchancen hoch sind. Umgekehrt setzt sich ein hoher Status des Mannes gegen geringe Arbeitsmarktchancen der Frauen durch. Sind Status des Mannes und Erwerbschancen der Frauen hoch, so zeigen die Ergebnisse, daß eher der Arbeitsmarkt als die sozioökonomische Stellung das Erwerbsverhalten der Frauen steuert (Born 1993d). Bezüglich der Beziehung zwischen Erwerbsstatus des Ehemannes

und Arbeitsmarktchancen der Frau sind keine Aussagen zu treffen, wenn Erwerbsstatus des Mannes und Erwerbschancen der Frauen niedrig sind. Die Ehefrauen von Selbständigen fallen aus diesem Schema heraus: Sie sind unabhängig von ihren beruflichen Chancen und unabhängig von der Einkommenshöhe ihrer Ehemänner erwerbstätig.

Erst durch ein Auswertungsverfahren, über das Aufwärtsmobilität des Mannes als Prozeß in der biographischen Zeit und berufstypischer weiblicher Erwerbsverlauf gemeinsam aufeinander bezogen werden, wird die relative Eigenständigkeit weiblicher Berufsdynamiken sichtbar.

4.2 Analyse qualitativer Daten

4.2.1 Männliche Verarbeitungsmuster

Untersuchungseinheit und Datenerhebung: Auf der Untersuchungsebene der qualitativen Interviews interessierten die Interpretations- und Verarbeitungsmuster der Ehemänner hinsichtlich der eigenen sowie der eheweblichen Sequenzmustergestaltung zwischen Erwerbsarbeit und Familie unter dem Aspekt der Modernisierung familialer Rollen.

Die Stichprobenkonstruktion zur Rekrutierung der Interviewpartner, die eine Untergruppe des quantitativen Samples bildete, folgte diesem Forschungsziel. Es galt sicherzustellen, daß je gleich viel Männer pro eigenem Erwerbsverlaufstyp und dem der Ehefrauen (letzterer zusammengefaßt als: überwiegend erwerbstätig; erneut erwerbstätig nach langer Familienpause; überwiegend Hausfrau) im qualitativen Sample repräsentiert waren. Nach diesem, auf strukturanalytischen Ergebnissen der beiden Projekte basierenden Auswahlverfahren kamen 37 Interviews in die Auswertung.

Die Gespräche mit den Männern (durchgeführt von Februar bis April 1992) wurden auf der Grundlage der eigenen Lebensverlaufsgraphik und der ihrer Frauen als problemzentriertes Interview (Witzel 1982) geführt und über die Fokussierung der Erzählsequenzen auf die in den Graphiken enthaltenen "turning-points" für das quantitative Material anschlussfähig gemacht (vgl. Kap. 3.1). Der Gesprächsleitfaden erlaubte darüber hinaus die Begrenzung der Gesprächsführung auf vorab definierte Problemkomplexe und Erfahrungsdimensionen im Zusammenhang mit den interessierenden Ereignissen auf der Strukturebene. Diese Technik führte einerseits zu einer Eingrenzung und Zentrierung des Gespräches und andererseits zu deren Öffnung für narrative Passagen, soweit sie verständnisgenerierende Funktion hatten.

Validierungs- und Auswertungsverfahren: Nach der vollständigen Transkription der Interviews wurden die einzelnen Erzählsequenzen auf darstellungs- und reflektionsorientierter Ebene kategorisiert. Themen dabei waren: die eigene Erwerbsarbeit, die Erwerbsarbeit der Ehefrauen, die eigene Familienarbeit, die Ehepartnerliche familiäre Aufgabenteilung, die potentiellen Aus- und Wiedereinstiege der Ehefrauen aus dem und in das Erwerbsleben, die Aushandlungsprozesse über Familien- und Erwerbsarbeit, die Beziehungen zu den Kindern, zur Herkunftsfamilie und die Selbsteinschätzung/Selbstwahrnehmung des gelebten Lebens.

Das problemzentrierte Interview stellt während der Datenerhebung eine Validierung des Materials durch die Möglichkeit der gezielten Nachfrage bei Verständnisproblemen bereit. Die Zuordnung der Kategorien zu den Textsegmenten wurde bei ausgewählten Interviews auf der Ebene der Auswertungsschritte einer Validierung durch die nominale Gruppentechnik unterzogen, wobei über die Ausschöpfung der maximalen Interpretationsvielfalt ein gemeinsamer Interpretationsrahmen entwickelt wurde. Anschließend wurden die Interviews computerunterstützt (The Ethnograph) aufbereitet und die Textsegmente unter Hinzunah-

me von Variablen der quantitativen Untersuchung über ein "selective retrieval" (Tesch 1992) für die Analyse zusammengestellt.

Dieses "selective retrieval" ist Teil der im vorangegangenen Projekt entwickelten Auswertungsstrategie, die wir als **systematischen verlaufsstrukturierten Themenvergleich** bezeichnen. Hierzu werden zunächst Themen identifiziert und diese sodann zwischen Gruppen von Personen verglichen, denen theoretisch relevante sozialstrukturelle Merkmale gemeinsam sind. Die Untersuchung ist sowohl als Querschnittsvergleich von Aussagen zu Einzelereignissen möglich als auch als Längsschnittvergleich zwischen sich wiederholenden Ereignissen in der Zeit. Über beide Vergleichstypen wird es möglich, überindividuelle Verarbeitungsmuster herauszufiltern und diese mit Blick auf ihre Rückbindung an verlaufsstrukturierte Merkmale zu erklären.

Ergebnisse III

Die im Projekt bisher erarbeiteten Ergebnisse konzentrieren unter der Annahme, daß sich Modernisierungen möglicherweise auf verschiedenen Ebenen und je nach Thematisierung graduell unterschiedlich vollziehen können, auf

- a) Thematisierungen rund um die klassische Ernährrolle des Mannes;
- b) Thematisierungen zur weiblichen Erwerbsarbeit und Wahrnehmung der familialen Rolle der Ehefrau;
- c) Thematisierungen im Kontext von Hausarbeitsbeteiligungen und ihrer Wahrnehmung als Teil männlicher familialer Funktionen.

Im Sinne des verlaufsstrukturierten Themenvergleichs zwischen Männern mit sozialstrukturell ähnlichen/differenten Merkmalen in der Ehepartnerlichen Erwerbsarbeitsgestaltung berücksichtigte die Analyse jeweils das Verhältnis von der Eigenstrukturiertheit des männlichen Erwerbsverlaufs und das des ehe weiblichen Erwerbsverlaufs zu den entsprechenden biographischen Konstruktionen der Männer. Bezüglich der Triangulation der Daten wurde Komplementarität erwartet.

Zu a) Männliche Ernährerrolle

In den Verarbeitungsmustern waren von der Struktur des Lebensverlaufs her Differenzierungen aus zwei Quellen erwartbar:

1. aus der Unterschiedlichkeit von Strukturmerkmalen der eigenen Erwerbskarriere (Bildungsabschluß, Erwerbsstatus usw.),
2. aus dem Erwerbsarbeitsmuster der Ehefrauen, das als je individuelle Erfahrung in die Interpretation des Selbstbildes eingeht.

Die Sondierung von Thematisierungen rund um die eigene Erwerbsarbeit mit Bezug zum männlichen Selbstbild zeigten erstaunlich geringe Bandbreiten/ Abweichungen zwischen den Argumentationsfiguren der Interviewten. Für die Klärung der Frage, ob diese 'monotone Ähnlichkeit' (Knapp) als geschlechtsspezifische Blindheit des Forscherteams gegenüber möglichen Differenzierungen zu interpretieren sei, wurden in einem weiteren Schritt je merkmalsstrukturell variierende Gruppen von Personen zusammengesetzt und die Thematisierungen erneut auf Differenzen/Ähnlichkeiten hin überprüft. Im Ergebnis zeigte sich jedoch: Unabhängig von Bildungsstand, Aufwärtsmobilität, beruflichem Status zu Beginn oder am Ende der Erwerbskarriere finden wir homogene Argumentations- und Interpretationsmuster, die auch nicht nach Erwerbsarbeitsbeteiligung oder familialem Einkommensbeitrag der Frauen variieren.

Einziges, die Selbstwahrnehmung steuerndes sozialstrukturelles Kriterium scheint die lebenslange, kontinuierliche Erwerbsarbeit der Männer zu sein, die sie alle realisiert haben. Im gesamten Lebenslauf wurde die Verbindung von ehemännlicher Erwerbsarbeit und Familie ausschließlich in Form familienernährender Erwerbsarbeit gedacht und exklusiv als männlicher Part geschlechtlicher Arbeitsteilung wahrgenommen. Obwohl familienunabhängig organisiert, wurden berufliche Veränderungen immer mit Blick auf ein wachsendes Familieneinkommen, aber nur den eigenen Karriereweg berücksichtigend, arbeitsmarktzentriert getroffen. Sie erlebten die Familie hingegen auch nicht als 'Handikap' für berufliche Karrieren, sondern als leistungsstimulierend und unterstützend für den Beruf. Der faktische sowohl arbeitsmarktgestützte als auch familienunterstützte

Gestaltungsrahmen der Erwerbsarbeitsverläufe synchronisiert die Erwerbsarbeits- und Ernährerrolle so stark, daß selbstreflexive Prozesse und Modernisierungsimpulse hinsichtlich einer anderen Form der Gewichtung von Erwerbsarbeit und Familie undenkbar erschienen: Damit ist - auf dieser Ebene - die Annahme, daß die ehedem weibliche Erwerbsarbeit ein das männliche Selbstbild tangierendes Innovationspotential bildet, widerlegt. Das männliche Selbstverständnis erweist sich für die Generation der heute über 60jährigen als innovationsresistent.

zu b) Weibliche Erwerbsarbeit und Wahrnehmung der familialen Rolle der Ehefrau

Angesichts der breiten Gestaltungsvarianz der Sequenzen zwischen Erwerbs- und Familienarbeit (Krüger/Born 1991) fragten wir hier danach, ob und wie sich bei den Männern diesbezügliches Erfahrungswissen akkumulierte und die Interpretation und Bewertung von (ehe)weiblicher Erwerbs- und Familienrolle veränderte. Hier nun zeigten sich deutliche gruppenspezifische Differenzen:

Bei den Ehemännern von im Familienverlauf **überwiegend erwerbstätigen Frauen** fanden wir eine höhere Akzeptanz eheweiblicher Erwerbstätigkeit als in den anderen Gruppen. Erlebt wurde die eheweibliche Erwerbsarbeit hier als eine Bereicherung vor allem für die familiäre Kommunikation. Aber insgesamt blieb die Erwerbsarbeit der Frauen in der Wahrnehmung der Männer so unbedeutend, daß sie nicht zur eigenen in Beziehung gesetzt wurde, als gäbe es, durch deren Unterschiedlichkeit, keine Vergleichsbasis.

Die Männer der Frauen, die nach einer **längeren Familienpause** wieder erwerbstätig wurden, schilderten den Wunsch ihrer Ehefrauen nach Erwerbstätigkeit als für sie unverständlich, und begegneten ihm zunächst mit Ablehnung und auch Widerstand. Sie sahen keinerlei überzeugende Gründe für die Rückkehr ihrer Frau auf den Arbeitsmarkt. In ihrer Erinnerung (und hierin stimmen die entsprechenden Interviewpassagen mit denen ihrer Ehefrauen überein) wurde die Erwerbsarbeitsbeteiligung der Ehefrauen familial nicht vereinbart: Ehefrauen, die einen Arbeitsplatz finden konnten, nahmen ihn an und stellten den Ehemann häufig vor vollendete Tatsachen, mit denen sich die Männer dann aber ziemlich schnell arrangieren konnten. Unhintergehbare Bedingung für die Aufnahme

einer Erwerbsarbeit ihrer Ehefrauen war jedoch deren weitere volle Zuständigkeit für Haus- und Familienarbeit. Dabei erfuhren es die Ehemänner als beruhigend, daß eine Um- und Neuaufteilung von Haus- und Familienarbeit von den Ehefrauen weder thematisiert noch eingeklagt wurde.

Bemerkenswert ist an dieser Gruppe, daß der ehemännliche Widerstand gegen die erneute Erwerbstätigkeit der Frau mit der wachsenden Zahl der Jahre, die Frauen ausschließlich mit Familienarbeit verbracht haben, sinkt. Aus einer gesicherten Berufs- und Einkommensposition heraus konnten Ehemänner offensichtlich die Erwerbsarbeit ihrer Ehefrauen viel gelassener akzeptieren. Andererseits war die Grenze der Akzeptanz weiblicher Erwerbsarbeit in dieser Gruppe dann schnell erreicht, wenn Frauen kleine Entwicklungs- und Karriereschritte im Beruf angeboten wurden und sie diese wahrnehmen wollten. Aus praktischem Eigennutz spielten Männer dann nicht mehr mit und blockierten aktiv berufliche Aufstiegsmöglichkeiten ihrer Ehefrauen.

Können wir für Männer erwerbstätiger Frauen durch die Konfrontation mit ehe-weiblicher Erwerbsarbeit beginnende Einstellungsänderungen bezüglich der Ehefrauenrolle konstatieren, so blieb für Männer von **'Nur'-Hausfrauen** alles beim alten. Häufig wurde hier der Wunsch nach Erwerbsarbeit der Ehefrauen von den Ehemännern argumentativ erfolgreich vereitelt (vgl. Born 1993d).

zu c) Hausarbeitsbeteiligung und ihre Wahrnehmung als Teil männlicher familialer Funktionen

Es ging hier um die Anteile der Haus- und Familienarbeit, die territorial den Frauen zugeordnet sind, d.h. um Familienarbeit als typische 'Frauenarbeit' (nicht etwa Hausbau, Reparaturen etc.). Bezüglich der Partizipation der Ehemänner an dieser Art von Haus- und Familienarbeit zeigte sich erneut deren Abhängigkeit vom Erwerbsverhalten der Ehefrauen im Lebensverlauf, nicht vom eigenen Bildungsniveau oder Erwerbsstatus:

Ehemänner von **überwiegend erwerbstätigen Frauen** machten von allen befragten Männern den größten Schritt in den reproduktiven Bereich: Ihrer eigenen Wahrnehmung nach haben sie viel Hausarbeit geleistet und viel Zeit für die Kinderversorgung aufgewendet. Sie unterstützten ihre Ehefrauen regelmäßig bei der Hausarbeit und bei der Versorgung der Kinder, was als beginnendes Durchbrechen familialer Zuständigkeiten für diese Männergeneration gesehen werden

kann. Zugleich betonten sie, daß die erwerbstätige Ehefrau dennoch die "dominierende Person von der Hausarbeit aus" geblieben sei, die die gesamte Verantwortung für den familialen Bereich weiterhin trug, und die vor allem an den Wochenenden unerledigte Hausarbeit aufgearbeitet hat. Sie sahen ihre Familienarbeitsleistungen als 'Dienst an der Familie' und als emotionale Solidarität.

Männer, deren Frauen nach einer **längeren Familienpause** wieder **erwerbstätig** wurden, halfen im Haushalt freiwillig ab und zu mit. Diese Mithilfe wurde häufig als Kavalierehre verstanden und war in der Regel auch nicht ganz uneigennützig: Ehemänner sahen gemeinsame Freizeitinteressen durch eine Häufung der von der Ehefrau zu leistenden Hausarbeit gefährdet.

Für Ehemänner von 'Nur'-Hausfrauen war die Beteiligung an Haus- und Familienarbeit - erwartungsgemäß - kein Thema: Die Komplementarität geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung blieb normativ wie faktisch gänzlich ungebrochen (Becker-Schmidt/Knapp 1984). Die Übernahme der gesamten Haus- und Familienarbeit wurde unter diesen Bedingungen von den Ehefrauen selbstverständlich erwartet: "...das wär' der Gipfel gewesen, wenn ich denn hätte noch Hausarbeit gemacht."

Zusammenfassend: Durch Kontrastierung der Thematisierungen verschiedener Gruppen nach deren ehepartnerlichen Erwerbsverlaufsmustern und durch Differenzierung der Argumentationen nach Selbstbild, Ehepartnerbild und Familienarbeit belegt sich der vermutete Einfluß der Statuskonfigurationen der Frauen auf Innovationsprozesse bei den Männern - jedoch als **graduelle, sektorale** und **individuelle**:

- **Graduell** ist er insofern, als je nach Grad der Modernisierung weiblicher Lebensführung durch Erwerbsarbeitsbeteiligung die Übernahme von Familienarbeit bei den Ehemännern variiert;
- **sektoral** insofern, als das Erwerbsarbeitsengagement der Frauen nicht die Seite der männlichen Ernährerrolle labilisiert, und zwar unabhängig vom finanziellen Beitrag der Frauen zum Familieneinkommen;
- **individuell** insofern, als die Akzeptanz bei durchgesetzter weiblicher Rollenerweiterung zwar bezüglich der eigenen Frau gilt, nicht aber als generell mögliche Variante oder gar selbstverständliches Element weiblicher Lebensführung.

Aus Sicht der Männer bleiben Beruf und Familie unvereinbare Komplementärwelten zwischen den Geschlechtern, und dies unberührt durch davon abweichende Arrangements auf der Beteiligungsebene am je anderen Bereich. Das hierüber durchaus eingehandelte Erfahrungswissen führte nicht zu einer Veränderung ihres Verständnisses von sich selbst.

Dieses Selbstverständnis stützt sich wesentlich auf die Eingebundenheit ihres Familienverlaufs in den Erwerbsverlauf. Das entsprechende eigene Erwerbsarbeitsmuster erweist sich als Innovationsbarriere gegenüber sich ändernden familialen Settings. Die im Titel des Projektes formulierte These von der Erwerbsarbeit als Innovationsprozeß für familiale Rollen ist also erheblich zu differenzieren: Nicht Erwerbsarbeit per se, sondern ihre Bedeutung im Geschlechterverhältnis gilt es zu betrachten und, dahinterliegend, die Beziehung von Familie und Arbeitsmarkt als dessen Basis. Einerseits erweist sich die normative wie faktische Korrespondenz der Institutionenstrukturierung männlicher Lebensführung in ihrer Überlagerung von Erwerbsarbeit und Familienrolle als enorm resistent gegenüber durch weibliche Erwerbsarbeit ausgelöste Innovationsimpulse. Andererseits bleibt die in der Tat innovative Kraft der Veränderungen weiblicher Lebensführung zwischen Erwerbsarbeit und Familie gegenüber eingespielten normativen Territorialitätszuordnungen zwischen den Geschlechtern stecken. Die Zusammenschau der Ergebnisse beider Projekte bedeutet modernisierungstheoretisch, daß diese Innovationsprozesse sehr frühzeitig, nämlich schon bei der heute im Verrentungsalter stehenden Generation, und hier schon nach wenigen Jahren traditionell geschlechtsspezifischer Familienführung eingesetzt haben. Die Befunde unterstreichen zudem die Notwendigkeit, zwischen der strukturellen Seite der Lebensführung und ihrer normativen Rahmung zu differenzieren, und sie erklären zugleich Forschungsblindheiten gegenüber Entstehungsprozessen von sozialem Wandel auf der Akteursebene.

4.2.2 Zur Verbindung von Struktur und Norm: diskrepante Ergebnisse zwischen beiden Projekten (Auswertungsebene C/B1)

Das vorausgegangene Projekt zu den Statussequenzen von Frauen zwischen Erwerbsarbeit/Familie und den dort sondierten weiblichen Verarbeitungsmustern zeigte eine hohe Divergenz zwischen faktischem Verhalten und subjektiver Selbstdeutung. In den Interviews, etwa in der Beschreibung der Mutter, die "nie arbeiten würde, wenn das Kind klein ist" und erst durch die vorliegende Graphik ihr Bild von sich selbst korrigiert (Krüger 1991a), werden Probleme der Integration von Erwerbsarbeit und Familie zu **einem** Strang der Lebensführung mit entsprechender Inbeziehungsetzung von Norm und Handeln unübersehbar. Als Frage für das Fortsetzungsprojekt war formuliert, ob Asynchronien bei der Betrachtung von Strukturverlauf und biographischer Selbstdeutung unabhängig vom Geschlecht, d.h. prinzipiell vorliegen, ob sie Beleg sind für den typisch weiblichen Umgang mit innovativem Verhalten und dominantem, normativem Leitbild oder aber Artefakt einer Forschungsstrategie, die Strukturverlauf und Sinnkonstruktion mit unterschiedlichen Methoden erhebt.

Das Nachfolgeprojekt belegt nun hohe Übereinstimmung zwischen Erwerbsverlauf und biographischer Selbstdeutung bei den Männern. Damit reicht die Annahme vom Methodenartefakt zur Erklärung der in der weiblichen Lebensführung aufgetretenen Divergenzen nicht aus. Inhaltlich bedeutet dies: Erwerbsverlauf und subjektive Selbstdeutung gehen bei den Männern ein komplementäres Verhältnis ein. Das Ineinandergreifen von Familie und Arbeitsmarkt, synchronisiert über die Ernährerrolle, die die Erwerbsrolle impliziert, führt hier zu biographischer Gleichsinnigkeit (Born/Krüger 1993a; Krüger 1993e). Hiernach wäre die Annahme von Nicht-Stimmigkeiten als Indiz für typisch weibliche Zwickmühlen zwischen Verhalten und Norm bestätigt.

Das qualitative Material im 'Männerprojekt' zeigt aber in einer anderen Dimension ähnliche Divergenzen, hier sichtbar geworden an der Übernahme familialer

Tätigkeiten und deren Nicht-Integration in das eigene Selbstbild. Die daraufhin erfolgte Re-Analyse des qualitativen Materials im 'Frauenprojekt' läßt die dort konstatierten Diskrepanzen zwischen Norm und Verhalten auf der Basis dieser Erkenntnis jetzt in einem neuen Licht erscheinen. Diese zeigen sich dort nämlich nur im Kontext der Beziehung zwischen Erwerbsverhalten und Selbstbild, nicht bezüglich der Verarbeitungsmuster von familialer Arbeit. Dieses Ergebnis zwingt zu entsprechender Reformulierung des oben vermuteten Umgangs mit Normen und innovativem Handeln als typisch weiblich.

Die Zuordnung der in beiden Projekten aufgetretenen Diskrepanzen zu verschiedenen Lebensbereichen und deren Differenzierung in für die jeweilige Geschlechtsrolle dominante und nachgeordnete Dimensionen erklärt nun die Unterschiede nicht als Geschlechtsspezifik von Verarbeitungsmustern, sondern als Problem traditionaler Arbeitsteilungen im Geschlechterverhältnis selbst. Veränderungen, Modernisierungen - die erst zu Nicht-Stimmigkeiten zwischen Norm und Verhalten führen - lassen sich nämlich spiegelbildlich-reziprok jeweils nur im nichtdominanten Lebensbereich der Personen finden: Für die Frauen im Erwerbsverhalten, für die Männer in der Beteiligung an familialer Arbeit. Diese Veränderungen machen vor dem jeweils dominanten Lebensbereich und dessen Innovation halt - für sich selbst und konsenshaft auch dem jeweiligen Partner gegenüber. Ansprüche an den Ehepartner/die Ehepartnerin, sich am originär "eigenen" Bereich zu beteiligen, werden nicht gestellt.

Obwohl aber zunächst Konsens darüber herrscht, daß die jeweilige unverminderte Zuständigkeitsanerkennung des geschlechtsspezifisch dominanten Lebensbereiches die Übernahme von Aufgaben aus dem nachgeordneten Bereich in das Feld der Freiwilligkeit verweist, zeigen sich in der Betrachtung des jeweils nachgeordneten Bereiches und seiner Aneignung auf der Verhaltensebene nun trotz auffindbarer Ähnlichkeiten in der Nicht-Stimmigkeit von Verhalten und Selbstbild geschlechtsspezifisch gravierende Differenzen. Zwar scheint es unter dem Konsensprinzip der Freiwilligkeit zunächst unerheblich, daß das Ausmaß der

Partizipation am nichtdominanten Bereich zwischen den Geschlechtern variiert, d.h. daß Frauen schon dieser Generation (dies läßt sich bei aller Schwierigkeit der Meßbarkeit konstatieren) "stärker" am Erwerbsleben partizipieren als ihre Männer an der Familienarbeit. Festzuhalten aber ist, daß die Partizipationsprozesse nicht synchron verlaufen, so daß wir bezüglich der Modernisierung resümierend von einem 'gender-gap' sprechen können bzw. müssen.

Als diskrepant nämlich - und hier vermuten wir ein wesentliches Bestimmungsstück für geschlechtsspezifisch auseinanderdriftende Modernisierungsprozesse in der Lebensführung - zeigt sich die für Männer und Frauen unterschiedliche Ausgangssituation für Innovationen. Diese führt schon bei der heute alten Frauengeneration, die erstmalig für die Nachkriegszeit die Chance hatte, das normalfamiliale Lebensmodell mit seinen klassischen Zuständigkeitsmustern zu realisieren (Kaufmann 1988), zu Rollenerweiterungen. Für die Frauen blieb die Beteiligung am Erwerbssystem zwar ein freiwilliger Akt, aber er ist ein aktiv in Gang gesetzter, der sich aus zwei Quellen zugleich speist: zum einen resultiert er aus ihrem Interesse an berufsförmiger Arbeit und zum anderen aus dem Gefühl der Unausgefülltheit durch die ausschließliche Verwiesenheit auf den gesellschaftlich nicht anerkannten familialen Bereich (Born 1993a). Für die Beteiligung der Männer an der Familien- und Hausarbeit finden sich entsprechende Anreize nicht: weder fehlt es ihnen durch die ausschließliche Integration ins Erwerbsleben an gesellschaftlicher Anerkennung, noch weckt die familiale Arbeit selbst das Interesse, sich stärker daran zu beteiligen. Die jeweilige Aufgabenerweiterung ist entsprechend unterschiedlich motiviert. Geschieht die Erwerbsarbeit der Frauen aus deren eigenem Interesse, so erfolgt die Familienarbeit bei den Männern reaktiv und erst durch die Erwerbsarbeit der Ehefrau ausgelöst.

Hierüber erklärt sich auch ein Phänomen, das sich als auffällige Diskrepanz durch die Interviews beider Projekte zieht: relativ hohe Zufriedenheit der Männer mit ihrem Lebenslauf; Depressivität und - wenn auch kaum expressiv for-

muliert - Verunsicherung angesichts der eigenen Lebensführung bei den Frauen. Der retrospektive Blick auf die Gestaltung des Lebens in der Familie fällt den Modernisierungsimpulsen entsprechend geschlechtsspezifisch unterschiedlich aus: finden die interviewten Frauen die Organisation des Lebens zwischen Beruf und Familie veränderungs- bzw. modernisierungsbedürftig, sind die Männer mit dessen Gestaltung zufrieden, sehen - anders als die Frauen - keinen grundlegenden Veränderungsbedarf.

5. Publikationen und Fachkontakte

5.1 Veröffentlichungen im Berichtszeitraum

- Born, Claudia (1991): Zur Bedeutung der beruflichen Erstausbildung bei der Verschränkung von Familien- und Erwerbsarbeit im Lebenslauf von Frauen. In: Gather, C. u.a. (Hg.): Frauen-Alterssicherung. Lebensläufe von Frauen und ihre Benachteiligung im Alter. Berlin, 19-31.²1992
- Born, Claudia (1993a): Familie als Arbeitgeberin. Ist die erwerbsförmig organisierte Dienstleistung in der Familie eine zukunftsweisende Antwort auf den familialen Strukturwandel? In: Leisering, L. u.a. (Hg.): Moderne Lebensläufe im Wandel. Beruf-Familie-Soziale Hilfen-Krankheit. Weinheim (im Druck), 117-128
- Born, Claudia (1993b): Beruf und weiblicher Lebenslauf. Plädoyer für einen Perspektivenwechsel in der Betrachtung der Frauenerwerbsarbeit. In: Schwerpunkttheft "Frauenerwerbstätigkeit" des IAB. Vorgesehen als Sonderband Heft 5 der MittAB. Nürnberg
- Born, Claudia (1993c): Abhängigkeiten zwischen Ehepartnerlichen Erwerbsverläufen in der BRD - Dilemmata und Dissonanzen zwischen Struktur und Norm. In: Born, C.; Krüger, H. (Hg.): a.a.O., 71-88
- Born, Claudia (1993d): Das Einkommen im Ehepartnerlichen Aushandlungsprozeß: Argumentationsfigur zwischen Innovation und Restauration. In: Born, C.; Krüger, H. (Hg.): a.a.O., 191-208
- Born, Claudia; Krüger, Helga (Hg.) (1993a): Erwerbsverläufe von Ehepartnern und die Modernisierung weiblicher Lebensführung. Weinheim (im Druck)
- Born, Claudia; Krüger, Helga (1993b): Zusammen betrachten, was zusammenlebt. Zur Forschungslage über Ehepartnerliche Erwerbsverläufe. In: Born, C.; Krüger, H. (Hg.): a.a.O., 9-21

- Braemer, Gudrun; Oechsle, Mechtild (1993): Die Verortung im Geschlechterverhältnis als Strukturierungsmoment der Lebensplanung von Frauen. In: Born, C.; Krüger, H. (Hg.): a.a.O., 151-171
- Erzberger, Christian (1993a): Erwerbsarbeit im Eheleben. Männlicher und weiblicher Erwerbsverlauf zwischen Dependenz und Unabhängigkeit. Arbeitspapier Nr. 16 des Sfb 186. Universität Bremen
- Erzberger, Christian (1993b): Die Kombination von qualitativen und quantitativen Daten. Methodologie und Forschungspraxis von Verknüpfungsstrategien. Arbeitspapier zur Veröffentlichung in den ZUMA-Nachrichten, 1993.
- Geissler, Birgit; Krüger, Helga (1992): Balancing the Life Course in Response to Institutional Requirements. In: Heinz, Walter R. (Ed.): Institutions and Gatekeeping in the Life Course. Status Passages and the Life Course, Vol. III: Weinheim, 151-168
- Krüger, Helga (1991a): Normalitätsunterstellungen bezüglich des Wandels in der weiblichen Lebensführung zwischen Erwerbsarbeit und Familie. In: Zapf, W. (Hg.): Die Modernisierung der modernen Gesellschaft. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990. Frankfurt/New York, 688-703
- Krüger, Helga (1991b): Berufsbildung und weiblicher Lebenslauf. Das Ende einer langen Tradition - der Neubeginn für Ausbildung und Beruf? In: Rabe-Kleberg, U. u.a. (Hg.): a.a.O., 19-35
- Krüger, Helga (1991c): Erstausbildung: Frauen planen Beruf. In: Rabe-Kleberg, U. u.a. (Hg.): a.a.O., 191-196
- Krüger, Helga (1991d): Weder Individualisierung noch Solidarität - Das Institutionen-Puzzle zwischen Erwerbsarbeit und Familie im weiblichen Lebensentwurf. In: DJI (Hg.): Jahresbericht 1990, München, 199-210.
- Krüger, Helga (1991e): Doing Gender - Geschlecht als Statuszuweisung im Berufsbildungssystem. In: Brock, D. u.a. (Hg.): Übergänge in den Beruf. Zwischenbilanz zum Forschungsstand. DJI, München, 139-169
- Krüger, Helga (1992a): Sozialer Wandel und Berufsorientierung von Frauen. In: DJI (Hg.): Jugend und Wertewandel in Polen und der Bundesrepublik Deutschland. Internationale Texte Band 1. München/Weinheim, 179-195
- Krüger, Helga (1992b): The Gender Bias in Welfare Politics: Some Remarks on New Starting Points for the Discussion of Prevention. In: Otto, H.-U. u.a. (Ed.): How to Organize Prevention. Berlin/New York, 219-229

- Krüger, Helga (1992c): Vorberufliche Sozialisation. In: Krell, G. u.a. (Hg.): Personalpolitik aus der Sicht von Frauen - Frauen aus der Sicht der Personalpolitik. Was kann die Personalforschung von der Frauenforschung lernen. Mering, 318-341
- Krüger, Helga (Hg.) (1992d): Frauen und Bildung. Wege der Aneignung und Verwertung von Qualifikationen in weiblichen Erwerbsbiographien. Bielefeld
- Krüger, Helga (1993a): Die Analyse Ehepartnerlicher Erwerbsverläufe - Ansatzpunkte für modernisierungstheoretische Überlegungen. In: Born, C.; Krüger, H. (Hg.): a.a.O., 209-226
- Krüger, Helga (1993b): Bilanz des Lebenslaufs: Zwischen sozialer Strukturiertheit und biographischer Selbstdeutung. In Soziale Welt, Heft 3 (im Druck)
- Krüger, Helga (1993c): Die Gleichzeitigkeit von Traditionalität und Modernisierung - Weibliche Lebensführung zwischen Familien- und Berufsarbeit. In: Krüger, M. (Hg.) (1993): Was heißt hier eigentlich feministisch? Zur theoretischen Diskussion in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Bremen, 64-79
- Krüger, Helga (1993d): Lurking Vocations. Girls' Labour Market Perspectives and Women's Life Course Agenda. In: Comenius, Leiden (im Druck)
- Krüger, Helga (1993e): Normative Interpretations of Biographical Processes. Erscheint in der Sfb-Reihe Status Passages and the Life Course 1994
- Krüger, Helga; Born, Claudia (1991): Unterbrochene Erwerbskarrieren und Berufsspezifität: Zum Arbeitsmarkt- und Familienpuzzle im weiblichen Lebenslauf. In: Mayer, K.U. u.a. (Hg.): Vom Regen in die Traufe. Frauen zwischen Beruf und Familie. Frankfurt/New York, 142-161
- Rabe-Kleberg, Ursula; Krüger, Helga; Karsten, Maria Eleonora; Bals, Thomas (Hg.) (1991): Dienstleistungsberufe: PRO PERSON. Bielefeld

5.2 Außenaktivitäten und Fachkontakte

Konferenzen/Vorträge:

- Workshop 'Ehepartnerliche Erwerbsverläufe. Auf der Suche nach Strukturgebern für weibliche Lebensführungen' Bremen, 05./06.03.1992 (organisiert und veranstaltet von H. Krüger/C. Born); Vortrag: Strukturelle Abhängigkeiten Ehepartnerlicher Erwerbsverläufe... (Born)
- Konferenz 'Hochschulausbildung für Berufe im Bereich personenbezogener Dienstleistung, Bremen 11./12.2.1991 (organisiert und veranstaltet von Krüger u.a.); Vortrag: Berufsausbildung und weiblicher Lebenslauf (Krüger); Erstausbildung: Frauen planen Beruf (Krüger)

Teilprojekt B1 Krüger u.a.

- Arbeitstagung Hans-Böckler-Stiftung, Bernau, 24./25.06.1991, Vereinbarkeit von Beruf und Elternschaft in West-Deutschland (Born)
- 12. Bremer Wissenschaftsforum, 09.10.-11.10.1991, Lebenslauf in der Bilanzierung (Krüger); Familie als Arbeitgeberin.. (Born)
- 3. Int. Symposium 'Biography and Society', Bremen, 31.03.-02.04.1993: Normative Interpretationen biographischer Prozesse (Krüger)
- Arbeitstagung AK' Alterssicherung von Frauen', Berlin, 05./06.03.1993, Das Einkommen - Eine zentrale Chiffre zur Aufrechterhaltung der Normalfamilie (Born/Braemer)
- Habilitationsvortrag, Berlin 28.01.1993, "... Ohne Kinder wär' das nichts. Zur Struktur der Familienorientierung von Männern zwischen 60 und 70" (Stenger)

Fachkontakte

Kontinuierliche:

- zum Forschungsschwerpunkt Arbeit und Bildung der Universität Bremen, (Leitung: H. Krüger)
- zum Sfb 333 in München
- zur Abteilung Mädchen- und Frauenforschung des DJI in München

Zur Vorbereitung der internationalen Vergleichsstudie:

- Prof. Janet Zollinger Giele, Brandeis University, Waltham
- Prof. Janet Finch, Lancaster University
- Prof. Patricia Allatt, University of Teesside, Middlesbrough
- Prof. Gunhild Hagestad, Northwestern University/Univeristät Oslo
- Prof. Susan Yeandle, Sheffield City Polytechnic
- Prof. Jeylan Mortimer, University of Minnesota

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojekts B2

Thema: Lebensplanung junger Frauen: Neue Optionen und alte Normalität

Beteiligte Wissenschaftlerinnen:

Dr. Birgit Geissler (GA) bis 31.8. 1991 (Projektleiterin)
Dr. Mechtild Oechsle (EA) bis 30.6. 1992
Dr. Gudrun Braemer (GA) 01.09.1991-30.06.1992

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Kenntnisstand bei der letzten Antragstellung
3. Verlauf der Untersuchung
 - 3.1 Allgemeines
 - 3.2 Methodisches Vorgehen und Arbeitsschritte
 - 3.3 Typenrekonstruktion und Fallstudien
4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit
 - 4.1 Verortung im Geschlechterverhältnis als Strukturmoment der Lebensplanung junger Frauen
 - 4.2 Lebensplanung als Konstruktion - Typen der Lebensplanung
 - 4.3. Lebensplanung als Ressource
5. Außenaktivitäten und Kooperation
 - 5.1. Vorträge u.ä.
 - 5.2 Beiträge zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit
 - 5.3 Kooperation im Sfb
6. Publikationen
 - 6.1 Veröffentlichungen (laufende Berichtsperiode)

1. Zusammenfassung

Das Teilprojekt B2 untersucht die Lebensplanung junger Frauen im Übergang in die Erwerbstätigkeit und in die Familiengründung. Lebensplanung wird als komplexe Form biographischen Handelns im Kontext sozialer und institutioneller Rahmenbedingungen und individueller Ressourcen analysiert. Die Lebensplanung junger Frauen ist davon bestimmt, daß das traditionelle weibliche Lebenslauf-Modell seine Geltung verloren hat; sie muß sich daher mit neuen Anforderungen auseinandersetzen, insbesondere damit, eine Ausbildung abzuschließen, die Verselbständigung im jungen Erwachsenenalter zu bewältigen und für die Zukunft die doppelte Lebensführung zu antizipieren.

Die doppelte Lebensführung ist aber, anders als die traditionelle weibliche Normalbiographie, noch nicht oder nur in Ansätzen institutionalisiert. Frauen müssen deshalb - sofern sie eine Familie haben wollen - individuelle Lösungen für das Verhältnis von Familie und Erwerbsarbeit suchen, eine Synthese zweier Lebensbereiche mit konträrer Logik herstellen. Lebensplanung ist daher heute die Konstruktion neuer weiblicher Lebenslauf-Modelle.

Die empirischen Ergebnisse zeigen ein breites Spektrum von Typen der Lebensplanung bei jungen Frauen; sie sind Versuche der Gestaltung des eigenen Lebenslaufs und entwickeln damit neue Modelle des Frauenlebens. Sie sind die Konstruktion einer spezifischen Relation der beiden Lebensbereiche, sind also typisierbare Lösungen für die widersprüchlichen Anforderungen aus Arbeitsmarkt und Familie.

Im empirischen Material können fünf verschiedene Typen der Lebensplanung bei jungen Frauen identifiziert werden:

- (1) die doppelte Lebensplanung,
- (2) die familienzentrierte Lebensplanung,
- (3) die modernisierte familienzentrierte Lebensplanung,
- (4) die berufsorientierte Lebensplanung und
- (5) die individualisierte Lebensplanung.

2. Kenntnisstand bei der letzten Antragstellung

Das Teilprojekt B2 wurde von 1989 bis 1991 gefördert und aufgrund des Gutachtertrotums 1991 um ein Jahr verlängert. Der folgende Abschnitt bezieht sich deshalb weniger auf die ursprüngliche Antragstellung als vielmehr auf den Kenntnisstand und den Arbeits- und Ergebnisbericht von 1991.

Zentrales Ergebnis der theoretischen und empirischen Arbeit bis 1991 war die Entwicklung eines theoretischen Konzepts Lebensplanung. In Auseinandersetzung mit anderen Studien und in einer ersten Analyse des Materials (in Form von Einzelfallanalysen) wurde ein theoretisches und zugleich empirisch gesättigtes Konzept von Lebensplanung entwickelt, das es erlaubt, verschiedene Dimensionen von Lebensplanung zu unterscheiden und ihre internen Bezüge zu untersuchen.

Lebensplanung wurde definiert als komplexer Zusammenhang des jugendlichen Lebensentwurfes und der Verortung im Geschlechterverhältnis mit den Handlungsorientierungen, die vor allem im Hinblick auf Ausbildung und Beruf, Partnerbeziehung und - die zu gründende - Familie ausgebildet werden und mit Kompetenzen des Planens und Handelns. Das in diesen Dimensionen ausdifferenzierte Konzept bildete die Grundlage für die weitere Entwicklung von Auswertungskategorien und -instrumenten, mit deren Hilfe das Interviewmaterial zunächst fallspezifisch ausgewertet wurde.

Darüber hinausgehende Ergebnisse bezogen sich auf die Herausbildung des jungen Erwachsenenalters als für die biographische Reflexion entscheidender Statuspassage, auf die biographische Bedeutung von prekärer Beschäftigung und auf den Zusammenhang von Kontinuitätserwartungen und Lebensplanung (s. Veröffentlichungen unter 6.1). Theoretische Ergebnisse benennen die doppelte Lebensführung als neue Norm und gesellschaftliche Anforderung an Frauen. Die verschiedenen Muster von Kontinuitätserwartungen, die wir in der Analyse des

empirischen Materials feststellten, enthielten bereits einige Hinweise auf verschiedene Typen von Lebensplanung, die im weiteren Verlauf der Untersuchung detaillierter herausgearbeitet wurden.

3. Verlauf der Untersuchung

3.1 Allgemeines

Mit Beginn des Berichtszeitraums gab es einen personellen Wechsel, der zu einer Umorganisation der Projektarbeit führte. Zum 01.09.1991 wechselte die Projektleiterin als Professorin an die Fachhochschule Hamburg, und die dadurch freiwerdende Mitarbeiter-Stelle (GA) mußte neu besetzt werden. Mit Dr. Gudrun Braemer wurde eine Mitarbeiterin gefunden, deren große Kompetenz sich in der schnellen Einarbeitung in die Projektmaterie erwies. Sie ist Mit-Autorin auch der vor dem Abschluß stehenden Projekt-Publikation. Dr. Birgit Geissler hat die Leitung des Projektes - neben der Tätigkeit in Hamburg - weitergeführt.

Aus der Projektarbeit haben sowohl Mechtild Oechsle als auch Birgit Geissler ein Habilitationsvorhaben entwickelt. Dr. M. Oechsle weitet die Fragestellung auf den Entwicklungs-Prozess von Orientierungen gegenüber Ausbildung und Beruf aus. Das Thema lautet: "Weibliche Erwerbsorientierungen: Sozialisationsprozesse junger Frauen im Kontext institutioneller Steuerung und individueller Lebensplanung. Ein Vergleich zwischen alten und neuen Bundesländern." Dr. B. Geissler verbindet in ihrem Vorhaben eine arbeitsmarkttheoretische Analyse der steigenden weiblichen Erwerbsbeteiligung mit den Ergebnissen zum biographischen Handeln junger Frauen. Das Thema lautet: "Die Arbeitsmarkt-Integration der Frauen als reflexive Modernisierung: Institutionelle Lebenslauf-Modelle und die individuelle Lebensplanung junger Frauen".

3.2 Methodisches Vorgehen und Arbeitsschritte

Die Forschungsarbeit in der laufenden Berichtsperiode (für das Teilprojekt B2: Juli 1991 bis Juni 1992) konzentrierte sich auf weitere Schritte der Auswertung und der Typenbildung sowie auf die Erstellung eines abschliessenden Forschungsberichtes. Die Datenerhebung, die Aufbereitung des Datenmaterials, die fallspezifische Interpretation einer Auswahl von Interviews - zum Zweck der Generierung von Analysekatgorien - sowie die Auswertung aller Interviews nach Themenschwerpunkten war zum Zeitpunkt der letzten Begutachtung abgeschlossen. Der fallspezifischen Interpretation war es zunächst um die Aufdeckung von Faktoren gegangen, die in der Lebensplanung junger Frauen von Bedeutung sind, und um ihre Bezüge untereinander; mit dem auf dieser Grundlage entwickelten Konzept von Lebensplanung wurde zugleich ein Instrument für die weitere Auswertung erarbeitet.

Methodisch lag seit Juli 1991 der Schwerpunkt auf der fallspezifischen Auswertung weiterer Interviews, die am hermeneutischen Verfahren der Sequenzanalyse orientiert war, sowie auf fallvergleichenden Interpretationen, mit deren Hilfe in einem mehrstufigen Prozeß die einzelnen Fälle zu in sich relativ homogenen Typen gebündelt wurden (vgl. unten).

- Interdependenz Biographisches Handeln und Kontext

Im Arbeits- und Ergebnisbericht vom Januar 1991 wurde bereits darauf hingewiesen, daß Lebensplanung kein subjektiver Prozeß ist, der sich im freien Raum von Zielen, Wahlmöglichkeiten und Entscheidungen abspielt. Lebensplanung ist biographisches Handeln in Auseinandersetzung mit dem sozialen und institutionellen Kontext, und nur in diesem Kontext ist biographisches Handeln angemessen zu analysieren, wenngleich wir nicht davon ausgehen, daß die soziale Herkunft oder die Institutionen und ihre normativen Vorgaben den Handlungsspielraum deterministisch abstecken.

Die Interdependenz von Handeln und Kontextbedingungen im biographischen Prozeß der jungen Frauen bezieht sich sowohl auf den Einfluß des sozialen Umfeldes (zu denken ist hier vor allem an die Eltern, die peer-group, an Freundinnen und den Lebenspartner - also wichtige Bezugspersonen) wie auf den Einfluß relevanter Institutionen des Bildungs- und Berufsbildungssystems und des Arbeitsmarktes, das Arbeitsamt, Sozialamt u.a.m. Bei den Institutionen werden Strukturwirkung, normative Vorgaben und Interventionen als mögliche Einflußgrößen für die Lebensplanung unterschieden; der Einfluß des sozialen Umfeldes wird im Hinblick auf Unterstützung, normative Setzungen und Interventionen untersucht. Der wechselseitige Zusammenhang von biographischem Handeln und Kontext wurde für das gesamte empirische Material analysiert und in Einzelfallstudien - die Teil der Abschlußpublikation sein werden - exemplarisch vertieft.

- **Thematische Querschnittsauswertung: Wahrnehmung und Interpretation des Geschlechterverhältnisses**

Bereits in der ersten Fassung des Konzepts "Lebensplanung" haben wir auf die Bedeutung geschlechtsspezifisch differenzierter kollektiver Lebensentwürfe und Leitbilder hingewiesen. In der fallspezifischen sowie der fallvergleichenden Interpretation der Interviews ergaben sich vielfältige Hinweise auf die Handlungsrelevanz der Interpretation des Geschlechterverhältnisses. Die Querschnittsanalyse der Aussagen zum Geschlechterverhältnis und zur Zukunft der Frauen machte deutlich, daß es hier klar unterscheidbare Typen der Wahrnehmung des Geschlechterverhältnisses und der Selbstverortung in ihm gibt (vgl. Braemer/Oechsle 1993). In einem getrennten Auswertungsschritt wurden deshalb solche Typen der Verortung im Geschlechterverhältnis rekonstruiert; anschließend wurde die Hypothese überprüft, daß die Verortung im Geschlechterverhältnis in einem systematischen Zusammenhang mit den Typen der Lebensplanung steht.

3.3 Typenrekonstruktion und Fallstudien

Die Untersuchung über die "Lebensplanung junger Frauen" richtet sich auf die Frage, welche Muster von Lebensplanung bei jungen (nicht-akademischen) Frauen sich heute finden. Sie geht von der Annahme aus, daß das traditionell weibliche Lebenslaufmodell seine selbstverständliche Geltung verloren hat und die doppelte Lebensführung zu einer neuen Anforderung für junge Frauen geworden ist, ohne daß sie bereits in einem Verlaufsmodell institutionalisiert wäre. Dies bedeutet, daß Frauen individuelle Lösungen des Verhältnisses von Familie und Erwerbsarbeit entwickeln müssen und daß sie damit zur Konstruktion neuer weiblicher Lebensläufe beitragen.

Mit Hilfe fallvergleichender Interpretationen - auf der Grundlage der fallspezifischen Auswertung des gesamten Interviewmaterials - haben wir typische Muster der Lebensplanung junger Frauen bestimmt. Diese Typenbildung beruht nicht auf einer Konstruktion von Idealtypen im Weberschen Sinne, sondern stellt eine interpretative Form der Typenbildung dar, die aus dem empirischen Material gewonnen wurde. Entscheidend für diesen Prozeß der Generierung von Lebensplanungs-Typen ist die spezifische Kombination von Einzelfallauswertung und fallvergleichender Auswertung, die sich wechselseitig korrigieren und ergänzen.

Die einzelnen Fälle wurden in einem schrittweisen Abstraktionsprozeß nach bestimmten Merkmalen gruppiert und zu systematisierbaren Typen verdichtet. Die Typengenerierung orientierte sich dabei an den Kategorien, die wir im Konzept der Lebensplanung entwickelt und durch die Analyse der Kontextbedingungen und der Wahrnehmung des Geschlechterverhältnisses vertieft haben. Die Typen der Lebensplanung unterscheiden sich systematisch danach, welche biographische Bedeutung sie dem privaten Lebensbereich (Partnerbeziehung/Familie) und der Erwerbsarbeit zumessen, welche spezifische Relation zwischen beiden Lebensbereichen sie konstruieren, auf welche Interpretation des Ge-

schlechterverhältnisses sie dabei Bezug nehmen und welche Handlungs- und Planungskompetenzen hierbei entwickelt werden.

4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit

4.1 Verortung im Geschlechterverhältnis als Strukturmoment der Lebensplanung junger Frauen

Die Interpretation des Geschlechterverhältnisses stellt eine Alltagstheorie dar, mit der junge Frauen ihren Ort im Geschlechterverhältnis bestimmen und sich selbst als Handelnde in dieser sozialen Struktur definieren. Sie strukturiert also das alltägliche Handeln in Beruf, Partnerschaft und Familie so wie umgekehrt die Erfahrungen in diesen Lebensbereichen auf die Interpretation des Geschlechterverhältnisses zurückwirken. Das Geschlechterverhältnis wird in solchen Alltagstheorien nicht nur reproduziert, sondern - vermittelt über Wahrnehmung und Interpretation - auch verändert. Wie junge Frauen das Geschlechterverhältnis wahrnehmen und sich in ihm verorten, kann ihre Handlungsspielräume erweitern oder auch begrenzen.

Empirisch haben wir drei Typen der Verortung im Geschlechterverhältnis gefunden, die in engem Zusammenhang mit der jeweiligen Lebensplanung stehen.

- (1) Die Verortung im traditionellen Geschlechterverhältnis und Festhalten an einer natürlich bestimmten Frauenrolle.
- (2) Die Verortung in einem gesellschaftlich bestimmten Geschlechterverhältnis, dessen Wandel durch die einseitige Modernisierung der Frauenrolle gekennzeichnet ist.
- (3) Die Suche nach einem neuen Geschlechterverhältnis, nach einer individualisierten Beziehung zwischen Mann und Frau.

4.2 Lebensplanung als Konstruktion - Typen der Lebensplanung

Aufgrund der fallvergleichenden Interpretation können fünf verschiedene Typen der Lebensplanung bei jungen Frauen identifiziert werden:

- (1) die doppelte Lebensplanung,
- (2) die familienzentrierte Lebensplanung,
- (3) die modernisierte familienzentrierte Lebensplanung,
- (4) die berufsorientierte Lebensplanung und
- (5) die individualisierte Lebensplanung.

Neben diesen fünf Typen der Lebensplanung finden wir in unserem Sample eine Gruppe von Frauen, die keine zukunftsgerichtete Lebensplanung entwickeln. Charakteristisches Merkmal dieser Frauen ist es, daß sie in beiden Lebensbereichen biographische Festlegungen vermeiden; sie leben beruflich wie privat eher in kurzfristigen Arrangements und sind letztlich immer noch auf der Suche nach einer für sie 'stimmigen' Lebensweise, nach ihrem sozialen Ort in dieser Gesellschaft. Sowohl die Gestaltung des privaten Lebensbereichs als auch das Verhältnis zur Erwerbsarbeit stellen für sie ungelöste Fragen dar. Geht man davon aus, daß es eine, wenn nicht die zentrale Aufgabe der Adoleszenz ist, hier eigene Orientierungen zu entwickeln, dann kann man bei dieser Gruppe von einer verlängerten Adoleszenz sprechen. Sieht man sich die Altersverteilung dieser Gruppe an, die von Mitte bis Ende Zwanzig reicht, dann wird deutlich, daß die Orientierungsphase in ihrer zeitlichen Ausdehnung weit über das hinausgeht, was wir in anderen Typen der Lebensplanung finden.

Daß eine relativ große Gruppe von Frauen noch keine Lebensplanung entwickelt hat, ist mitbedingt durch den spezifischen Zuschnitt unseres Samples, das zu zwei Drittel junge Frauen in prekärer Beschäftigung enthält. Sicher ist es kein Zufall, daß fast alle Frauen ohne Lebensplanung sich zum Zeitpunkt des Interviews in befristeter oder geringfügiger Beschäftigung befinden oder arbeitslos sind. Die Analyse der biographischen Verläufe zeigt einen engen Zusammenhang

zwischen dem Muster von Lebensplanung und der Beschäftigungsform. Die Angebote des Arbeitsmarktes in Richtung einer stärkeren Flexibilisierung von Beschäftigungsverhältnissen, insbesondere die Zunahme geringfügiger Beschäftigung im Dienstleistungssektor, korrespondieren mit dem Bedürfnis nach biographischer Flexibilität, mit dem Bestreben der jungen Frauen, sich der Integration in dauerhafte und kontinuierliche Erwerbsarbeit zu entziehen. Auf diese Gruppe junger Frauen ohne Lebensplanung wird im folgenden nicht weiter eingegangen; wir verweisen dazu auf die abschließende Veröffentlichung.

In Anlehnung an eine neue Publikation (Geissler/Oechsle 1993) sollen hier die Charakteristika der fünf Lebensplanungstypen resümiert und einige theoretische Schlußfolgerungen angeschlossen werden. Für eine detaillierte Darstellung - insbesondere des theoretischen Ertrags der Studie - verweisen wir auf die abschließende Buch-Publikation "Lebensplanung als biographische Konstruktion", deren Fertigstellung in diesen Wochen ansteht.

Was die quantitative Verteilung der Typen betrifft, können wir keine repräsentativen Aussagen machen - dies gilt insbesondere mit Blick auf die spezifische Struktur unseres Samples. Wir halten die von uns gefundenen Typen der Lebensplanung jedoch nicht für zufällig, sondern für typische und sinnhafte Konstruktionen einer je spezifischen Relation der beiden Lebensbereiche. Sicher ist es kein Zufall, daß die Gruppe der Frauen mit doppelter Lebensplanung die Mehrheit in unserem Sample darstellt, dies entspricht den neuen normativen Erwartungen an junge Frauen heute. Aber auch die anderen Typen der Lebensplanung stellen typische biographische Konstruktionen dar und sind daher, auch bei geringer quantitativer Besetzung, sowohl theoretisch wie empirisch von Relevanz.

1) Konstruktion von biographischer Kontinuität in Beruf und Familie

Zentrales Merkmal der doppelten Lebensplanung ist die Gleichgewichtigkeit der beiden Lebensbereiche Partnerbeziehung/Familie einerseits und Beruf anderer-

seits; grundsätzlich wird keiner der beiden Lebensbereiche dem anderen in der subjektiven Relevanz untergeordnet. Aus dieser subjektiven Gleichrangigkeit der beiden Lebensbereiche ergeben sich die besonderen Konstruktionsprobleme der doppelten Lebensplanung. Im Kern geht es um die Frage, ob sich eine doppelte Lebensführung, wie sie - im Einklang mit den neuen sozialen Anforderungen - die Mehrheit der von uns befragten Frauen anstrebt, tatsächlich realisieren läßt.

Auch wenn von fast allen Frauen die Notwendigkeit einer Ausbildung betont wird, so haben Beruf und berufliche Ausbildung doch unterschiedliche Bedeutung in ihrer Lebensplanung. Charakteristisch für die doppelte Lebensplanung ist der hohe Stellenwert der Berufsausbildung. In diesem Typus geht es nicht nur um den Übergang in irgendeine Ausbildung, es geht um Berufsfindung und Berufswahl. Handlungsleitend für den Übergang in die Ausbildung ist ein subjektbezogenes Verständnis der zukünftigen Arbeit: der Beruf wird als ein wichtiger Bereich der Persönlichkeitsentwicklung verstanden. Der Subjektperspektive eher nachgeordnet ist dabei die Arbeitskraftperspektive; ob der künftige Beruf gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt oder ein hohes Arbeitsplatzrisiko impliziert, welche Einkommens- und Aufstiegsmöglichkeiten er bietet, dies sind in der Regel Kriterien von nachgeordnetem Rang.

In der doppelten Lebensplanung ist es wichtig, eine berufliche Ausbildung abzuschließen und den Übergang in den erlernten Beruf auch tatsächlich zu realisieren. Bildungsbeteiligung und Integration in Erwerbsarbeit sowie die Verschiebung der Familiengründung auf einen späteren Zeitpunkt sind auch in der Wahrnehmung der jungen Frauen die wesentlichen Bedingungen für ihre soziale und ökonomische Verselbständigung im jungen Erwachsenenalter. Wenngleich diese Verselbständigung auch die Voraussetzung für die berufsorientierte und die individualisierte Lebensplanung darstellt, so wird die Bedeutung dieser biographischen Phase doch in besonderer Weise in der doppelten Lebensplanung thematisiert. Dies ist nicht zufällig, sondern hat mit den Besonderheiten der doppelten Lebensplanung zu tun, auf die wir noch näher eingehen werden.

Erwerbsarbeit ist in diesem Typus eng verknüpft mit der Erweiterung von Handlungsspielräumen, dem Erproben eigener Fähigkeiten und der Erfahrung materieller Unabhängigkeit. Entsprechend groß ist der Stellenwert, den Beruf und Erwerbsarbeit für das Selbstverständnis der Frauen haben; in der Bilanzierung ihrer bisherigen Biographien wird deutlich, wie sich ihre Persönlichkeit im Prozeß der beruflichen Sozialisation entwickelt hat und wie ihr Selbstbewußtsein in der Auseinandersetzung mit den Anforderungen der Berufsarbeit größer geworden ist. Bildungswesen und Arbeitsmarkt erweisen sich hier in der Tat als Triebkräfte der Individualisierung und werden von den jungen Frauen auch als solche gesehen und positiv bewertet.

Im privaten Lebensbereich geht es um die Erfahrung von Autonomie wie von Intimität in einer Partnerbeziehung. Auch die Partnerbeziehung ist in dieser Lebensphase individualisiert; es gibt, zumindest dem Anspruch nach, keine vorgegebenen Geschlechtsrollen und keine entsprechende Arbeitsteilung. Grundlage der postulierten - und auf weite Strecken auch praktizierten - Gleichheit der Geschlechter ist die Erwerbsbeteiligung beider Partner; daraus leitet sich eine partnerschaftliche Arbeitsverteilung vor der Familiengründung ab. Insgesamt ist das junge Erwachsenenalter im beruflichen wie im privaten Bereich in diesem Lebensplanungs-Typus vom Streben nach personaler und materieller Selbständigkeit geprägt; die Lebensführung junger Frauen und junger Männer ist in dieser Lebensphase weitgehend angeglichen. Sie findet mit der Gründung einer Familie ihren Abschluß; dies ist auch die Perspektive der jungen Frauen selber.

Auch wenn die Familiengründung fester Bestandteil der doppelten Lebensplanung ist, so wird sie doch nicht dem Zufall überlassen, sondern bewußt geplant. Im wesentlichen geht es um die eigenen beruflichen Ziele, die bis dahin erreicht sein sollen, um die berufliche Situation des Partners und um Vorstellungen über das "richtige" Alter der zukünftigen Eltern: diese drei Faktoren müssen aufeinander abgestimmt werden und nicht selten ergeben sich besondere Probleme der Zeitplanung und der Zeitknappheit (vgl. dazu Oechsle/Geissler 1993).

Das zentrale Problem der doppelten Lebensplanung ist die Gestaltung der Familienphase; angesichts der subjektiv gleichen Bedeutung von Beruf und Familie stellt sich die Frage, wie die Relation der beiden Lebensbereiche praktisch gestaltet werden kann. Obwohl in der doppelten Lebensplanung berufliche Kontinuität angestrebt wird, sind begrenzte Phasen familienbedingter Unterbrechung eingeschlossen. Die faktische Diskontinuität der Erwerbsbiographie, die dieses Modell impliziert, wird durch subjektive Kontinuitätskonstruktionen der jungen Frauen überbrückt; wesentliche Elemente hierbei sind die Selbstdefinition als berufstätige Frau und die Kontinuität des beruflichen Interesses. Charakteristisch für die doppelte Lebensplanung ist also die Einfügung von Erwerbstätigkeit in einen durch die Familienaufgaben definierten und vorgegebenen Rahmen.

Im Typus der doppelten Lebensplanung werden als Elemente einer Vereinbarung der Lebensbereiche miteinander verknüpft:

- Erreichen einer beruflichen Position, die mindestens der in der Ausbildung erworbenen Qualifikation entspricht,
- Unterbrechung der Erwerbsarbeit mit der Geburt des ersten Kindes und möglicherweise Verlängerung der Familienpause durch ein zweites Kind,
- Betreuung des Kindes/der Kinder durch die Mutter bis zum Kindergartenalter oder bis zum Schuleintritt des Kindes/der Kinder,
- Wiedereinstieg in den Beruf, bevorzugt in Form von Teilzeitarbeit,
- Zuständigkeit der Frau für die Familienarbeit, Mithilfe des Mannes, soweit seine Berufstätigkeit dies zuläßt.

Die doppelte Lebensplanung verweist sowohl auf institutionelle Rahmenbedingungen, auf gesellschaftliche Normen über den Umgang mit Kindern wie auf subjektive Handlungsorientierungen und Leitbilder der jungen Frauen. Im Kern enthält sie eine Definition des zukünftigen Aufgabenbereiches Familie sowie Überlegungen zur Kontinuität der Erwerbsarbeit. Im Zentrum der Antizipation der zukünftigen Familienphase steht das Leben mit Kindern; dieses stellt hohe Anforderungen an die Verantwortung und Fähigkeit der Mütter. In diesem Typus hat sich die Pädagogisierung der Kindererziehung als Handlungsmaxime

weitgehend durchgesetzt: Kinder wachsen nicht nebenbei auf, sie bedürfen der liebevollen Zuwendung und des individuellen Eingehens auf ihre Bedürfnisse. Dies gilt insbesondere für die ersten drei Jahre, für die jede Fremdbetreuung abgelehnt wird. Entscheidend für die Übernahme der Familienverantwortung ist der Wunsch, mit Kindern zusammenzuleben und Zeit für sie zu haben. Gleichzeitig antizipieren die jungen Frauen, daß sie damit auch die Verantwortung für die gesamte private Alltagsarbeit der Familie übernehmen werden, ohne dadurch Hausfrau werden zu wollen.

Ein Wiedereinstieg in den Beruf ist in dieser Konstruktion nur möglich, wenn er mit den Anforderungen des Familienlebens nicht kollidiert. Zwar wird an der subjektiven Bedeutung einer qualifizierten Erwerbsarbeit festgehalten, ihre Realisierung ist aber nur im durch die Familienaufgaben definierten Rahmen möglich. Dies bringt es mit sich, daß der Wiedereinstieg nicht konkret geplant wird, da nicht alle Faktoren - insbesondere die Bedürfnisse der Kinder und die Berufskarriere des Mannes - antizipiert werden können. Trotz des Gleichgewichts von Beruf und Familie in den Orientierungen der Frauen paßt sich also in der praktischen Gestaltung die geplante Erwerbstätigkeit den familialen Aufgaben an. Dem Vereinbarkeitsmodell liegt die Vorstellung zugrunde, daß die Frauen Kompromisse schließen müssen und daß sie sich im Konfliktfall zwischen Beruf und Kinderversorgung entscheiden müssen. Da es keine institutionelle Absicherung der doppelten Lebensführung gibt, antizipieren sie die Anforderungen an ihre individuelle Kompetenz, die Vereinbarung zu realisieren. Faktisch bedeutet dies die Festschreibung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, die allerdings in der Wahrnehmung der Frauen nicht biologisch begründet ist (wie dies in der familienzentrierten Lebensplanung der Fall ist), sondern auf komplexe Weise mit dem gesellschaftlichen Kontext wie mit den eigenen Orientierungen und Leitbildern vermittelt ist.

Die Arbeitsmarktindividualisierung der Frauen findet in diesem Typus ihre Grenze an der immer noch der Frau zugeschriebenen und von ihr selbst auch akzeptierten Verantwortung für die Familie. Dies ist allerdings nicht ohne innere Widersprüchlichkeit; die Interviews machen deutlich, daß hier erhebliche Konfliktpotentiale liegen. Konfliktreich ist vor allem die Partnerbeziehung nach der Familiengründung, aber auch die Orientierung an verschiedenen Leitbildern; das Leitbild einer selbständigen Frau steht nicht selten im Widerspruch zu dem der 'guten Mutter'. Nur vereinzelt finden sich Ansätze einer Neu-Definition der Mutterrolle, die Elemente von persönlicher Autonomie in das Leitbild der 'guten Mutter' integriert. Unklar bleibt, was mit der im jungen Erwachsenenalter erreichten Autonomie geschieht. Generell bewegt sich die doppelte Lebensplanung im Rahmen einer einseitigen Modernisierung der Frauenrolle und stellt die soziale Definition der Geschlechtsrollen und damit letztlich die Komplementarität der Lebensbereiche nicht in Frage.

2) Versuch der Rekonstruktion der traditionellen Frauenrolle

Im Unterschied zum Typus der doppelten Lebensplanung wird in der familienzentrierten Lebensplanung die Modernisierung des Frauenlebens zurückgewiesen. Junge Frauen mit dieser Lebensplanung versuchen eine Lebensführung im Rahmen der traditionellen Frauenrolle und eines geschlechtshierarchischen Geschlechterverhältnisses aufrechtzuerhalten. Entgegen dem gesellschaftlichen Trend einer stärkeren Angleichung der Geschlechter beharren sie auf der Polarität der Geschlechter, die ihnen biologisch bestimmt erscheint. In ihrer Selbstdefinition als Frau beziehen sie sich auf ein Modell der Arbeitsteilung, das den beiden Geschlechtern in komplementärer Weise bestimmte Lebensbereiche zuweist. Die Zuständigkeit der Frau für die Haus- und Erziehungsarbeit ist in ihren Augen keine gesellschaftliche Zuweisung, sondern ergibt sich aus ihren biologischen Funktionen. Vor allem die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen, wird als Entdifferenzierung der bislang gültigen Geschlechtscharaktere von Mann und Frau interpretiert, als Trend zu einer Androgynisierung.

Die Selbstverortung als Frau, die ausschließlich an die Erfüllung reproduktiver Funktionen in Ehe und Familie gebunden ist, strukturiert weitgehend auch den Bezug zur Erwerbsarbeit. Die Integration in Erwerbsarbeit, die heute in gewissem Umfang von allen Frauen erwartet wird, ist kein eigenständiges Element dieses Lebensplanungstyps. Erwerbsarbeit ist hier immer bezogen auf Partnerbeziehung und (künftiger) Familie; diese Bereiche stiften biographische Kontinuität, Erwerbsarbeit ist demgegenüber immer zweitrangig. Auch wenn Frauen mit einer familienzentrierten Lebensplanung in der Regel eine berufliche Ausbildung haben, so heißt dies nicht, daß der Beruf für sie identitätsstiftend wäre. Erwerbsarbeit ist für sie kein Ort der Selbstentwicklung und kein Mittel der Selbstverwirklichung.

Die Anforderung, durch eigene Erwerbsarbeit den Lebensunterhalt zu sichern, sehen Frauen mit familienzentrierter Lebensplanung nicht als Chance für die Entfaltung eigener Autonomie, sie erleben sie vielmehr als Zwang. Sie wissen, daß es für junge Frauen heute vor der Familiengründung nicht mehr legitim ist, sich von einem Mann 'aushalten zu lassen'. Die biographische Phase zwischen dem Abschluß der Berufsausbildung und der Familiengründung wird nicht emphatisch als Verselbständigung erlebt - wie in allen anderen Typen der Lebensplanung -, sie hat vielmehr den Charakter eines Übergangs in den angestrebten Status als Ehefrau und Mutter. Auch vor der Familiengründung hat deshalb Erwerbsarbeit nur nachgeordnete Bedeutung: sie dient, zusammen mit der Erwerbsarbeit des Partners, der Schaffung einer materiellen Grundlage für die Familiengründung oder sie dient als 'Überbrückung', bis der richtige Partner gefunden ist.

Im Gegensatz zu allen anderen Typen der Lebensplanung, für die die Familiengründung eine komplexe biographische Entscheidung darstellt, die in der Regel bewußt geplant und häufig auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wird, wird die Familiengründung in der familienzentrierte Lebensplanung nur bedingt geplant, häufig dem Zufall überlassen. Dies hat seinen Grund sowohl im spezifi-

schen Sinn von Partnerschaft wie in der subjektiven Relevanz von Erwerbsarbeit. Die Ausdifferenzierung von Partnerbeziehung und Elternschaft, die wir in allen anderen Typen beobachten, gilt nicht für die familienzentrierte Lebensplanung. Auch wenn einige Frauen in einer nichtehelichen Gemeinschaft mit dem Partner zusammenleben, so zielt ihre Lebensplanung doch von vornherein auf die Integration von Partnerschaft, Ehe und Familie. Die Partnerbeziehung gewinnt ihren Sinn nur im Hinblick auf eine spätere Familiengründung, und auch die Arbeitsteilung in der Partnerschaft nimmt die spätere innerfamiliäre Arbeitsteilung bereits vorweg. Kinder zu bekommen ist hier nicht Resultat eines biographischen Entscheidungsprozesses, sondern selbstverständlicher und vor allem tragender Bestandteil im Leben einer Frau. Da für die Erwerbsarbeit im jungen Erwachsenenalter keine eigenständigen Ziele formuliert werden, gibt es von dieser Seite her kein Entscheidungsproblem, ob und wann eine Familiengründung biographisch 'paßt'. Die einzige Bedingung, die dafür reflektiert werden muß, ist die Frage, ob eine ausreichende materielle Grundlage gegeben ist; in diesem Zusammenhang wird das Einkommen der Frau als Beitrag zum Familieneinkommen wichtig, sowohl für sie selbst wie innerhalb der Partnerbeziehung. Die Verwertung der Arbeitskraft zielt nicht auf die Sicherung des eigenen Lebensunterhalts, sondern darauf, einen Beitrag zum Familieneinkommen zu leisten, soweit dies erforderlich ist. Diese Ausprägung der Erwerbsorientierung schließt im übrigen nicht aus, daß auch subjektive Bezüge zur Erwerbsarbeit hergestellt werden: diese beziehen sich vor allem auf die Alltagsstrukturierung, die Anerkennung der erbrachten Leistung und die Kommunikation mit Kolleginnen.

Im Zentrum der familienzentrierten Lebensplanung steht das (antizipierte) Leben als Mutter und Ehefrau; Familie und die private Alltagsarbeit sind die wesentlichen Bezugspunkte für die eigene Identität. Erwerbsarbeit erscheint als Zwang, als unerwünschte Unterbrechung des Lebens in der Familie, die zugleich als vermutlich notwendige bereits antizipiert wird. Dennoch, - die Wünsche der jungen Frauen richten sich darauf, so lange wie möglich nicht erwerbstätig sein zu müssen; die Lebensphase als 'Vollzeitmutter' wird in der Antizipation so

lange wie möglich ausgedehnt. Die Phase danach, in der die Kinder groß und aus dem Haus sind, spielt in ihrer Lebensplanung keine Rolle, sie wird als eigenständige Lebensphase nicht wahrgenommen.

Es wäre jedoch ein Mißverständnis zu glauben, daß für Frauen mit einer familienzentrierten Lebensplanung alles beim alten geblieben wäre; auch sie können sich dem Sog der Modernisierung nur begrenzt entziehen, sie machen, wenn auch ungewollt, Individualisierungsprozesse mit. Die Verwirklichung ihrer Lebensziele erfordert ein höheres Maß an Eigenaktivität, als dies bei früheren Frauengenerationen der Fall war, und auch die Risiken, die sie mit dieser familienzentrierten Lebensplanung eingehen, sind größer und vor allem ihnen selbst bewußter geworden. Die Selbstverständlichkeit einer Verortung in der traditionellen Frauenrolle ist für sie nicht mehr gegeben, so sehr sie genau dies für sich erhalten oder wieder herstellen wollen; sie müssen ihre Lebensziele gegenüber anderen Lebensweisen legitimieren und müssen das traditionelle Lebensmodell, das seine allgemeine Geltung verloren hat, für sich rekonstruieren. Auch die Orientierung an einem familienzentrierten Lebenslauf wird somit zu einem Akt der individuellen Entscheidung.

3) Vereinbarung der Lebensbereiche im 'biographischen Nacheinander'

Der Typus der modernisiert familienzentrierten Lebensplanung konstruiert die Vereinbarung der Lebensbereiche 'im biographischen Nacheinander'. Im Unterschied zur familienzentrierten Lebensplanung hat der Beruf im jungen Erwachsenenalter eine große subjektive Bedeutung; er dient nicht nur der Überbrückung der Zeit bis zur Familiengründung. Im Unterschied zur doppelten Lebensplanung ist in der modernisiert familienzentrierten Lebensplanung die Phase qualifizierter Berufstätigkeit jedoch von vornherein zeitlich begrenzt und soll durch eine längere Familienphase abgelöst werden. Die Berufsaufgabe bei der Familiengründung ist daher nicht mit der Absicht verknüpft, bald wieder erwerbstätig zu werden.

Der Familienarbeit wird - sowohl im Hinblick auf die einzelne Familie wie bezogen auf die Gesamtgesellschaft - ein hoher Stellenwert zugemessen; sie wird als komplementär und gleichwertig zur Berufsarbeit gesehen. Beide Lebensbereiche werden im Typus der modernisiert familienzentrierten Lebensplanung als gleichermaßen wichtig erachtet; beide erfordern jeweils die volle Präsenz und Konzentration einer ganzen Person. Frauen müssen sich deshalb für einen Lebensbereich entscheiden; beides zusammen - Beruf und Familie - stellt eine Überforderung dar. In keinem anderen Typus wird die Notwendigkeit eines 'sich-entscheiden-Müssens' so thematisiert wie hier; deshalb existiert in diesem Typus auch das Problem einer Vereinbarkeit der beiden Lebensbereiche nicht.

4) Konstruktion berufsbiographischer Kontinuität

Von zentraler Bedeutung in der berufszentrierten Lebensplanung ist der Wunsch nach materieller und sozialer Unabhängigkeit; diese erscheint nur möglich über eine existenzsichernde Erwerbsarbeit und das heißt kontinuierliche Vollzeit-erwerbsarbeit. In der Perspektive der Frauen mit berufszentrierten Lebensplanung gibt es dazu keine Alternative, es sei denn um den Preis der Abhängigkeit; deshalb steht im Zentrum ihres biographischen Handelns die Sicherung der Erwerbskontinuität.

In ihren handlungsleitenden Orientierungen schlägt sich dies als Dominanz der Arbeitskraftperspektive gegenüber dem Subjektbezug zur Arbeit nieder: im Zentrum der Orientierungen gegenüber der Erwerbsarbeit steht die Frage der Verwertung der Arbeitskraft. Im Unterschied zu allen anderen Typen finden wir hier einen ausgesprochen strategischen Umgang mit dem eigenen Arbeitsvermögen: keine andere Gruppe thematisiert in dieser Weise die Höhe des Einkommens, das Lohn-Leistungsverhältnis, das Verhältnis von Arbeitszeit und Einkommen sowie Probleme des beruflichen Status und Fragen des beruflichen Aufstiegs. Der Subjektbezug zur Arbeit ist eher nachgeordnet; zwar gibt es durchaus das Interesse an einer anspruchsvollen und selbstbestimmten Arbeit, aber es ist

nicht an einen bestimmten Arbeitsinhalt gebunden, sondern kann relativ leicht auf andere Tätigkeitsbereiche verschoben werden und wird im Konfliktfall der Arbeitskraftperspektive untergeordnet.

Dieser Bezug zur Erwerbsarbeit ist jedoch für Frauen nicht ohne weiteres selbstverständlich und wird von ihnen oft erst in einem längeren, zum Teil mühsamen Lernprozeß entwickelt. Die berufsorientierte Lebensplanung, die auf kontinuierliche Erwerbsarbeit zielt, kann für Frauen nicht einfach heißen, das männliche Lebenslaufmodell zu übernehmen, sondern fordert eigenständige Konstruktionsleistungen von ihnen. Die Orientierung auf eine erwerbsorientierte Lebensführung, die Männer schon vor jeder beruflichen Sozialisation entwickeln, müssen Frauen individuell für sich ausbilden, ohne auf Vorbilder und eigene Erfahrungen zurückgreifen zu können.

Ähnliche Probleme stellen sich für den privaten Lebensbereich, insbesondere für die Frage, welchen Stellenwert ein Partner und eine Familie im eigenen Leben haben sollen. Prägend für den Typus der berufsorientierten Lebensplanung ist eine Gestaltung der Partnerschaft, die die eigene Autonomie, insbesondere die Erwerbsautonomie gegenüber dem Aspekt der Bindung betont. Im privaten Lebensbereich wird versucht, Festlegungen zu vermeiden und Optionen offenzuhalten; werden engere Beziehungen eingegangen, dann versuchen die Frauen, durch getrennte Wohnungen Unabhängigkeit und eine gewisse Distanz gegenüber dem Partner zu bewahren. Während Frauen mit einer familienorientierten Lebensplanung sehr früh ihre eigene Erwerbsarbeit den Anforderungen der Partnerbeziehung anpassen, wird in der berufsorientierten Lebensplanung die Partnerbeziehung möglichst flexibel und offen gehalten, um sie den Anforderungen der Erwerbsarbeit anpassen zu können.

Auch für die Zukunft steht der berufliche Bereich im Zentrum der Planungsanstrengungen. Dabei geht es in der Sicherung der beruflichen Kontinuität zugleich um die Perspektive des Aufstiegs; beide Aspekte bedingen einander. In

keinem anderen Typus finden wir so explizite Karrierepläne wie hier; entsprechende Anforderungen an zeitlicher Verfügbarkeit und zusätzliches Engagement werden von vornherein miteingeplant. Die jungen Frauen wissen, daß eine Familiengründung ihre Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt einschränken würde. Sie antizipieren die Familiengründung als Hindernis für ihre weitere Arbeitsmarktin-dividualisierung und entscheiden sich deshalb oft gegen Kinder. Wenn sie es nicht ausschließen, eigene Kinder zu haben, soll jedenfalls die Erwerbsarbeit nicht unterbrochen werden; dann gibt es meist recht genaue Überlegungen, wie die Kinder betreut werden sollen. Je müheloser den Frauen diese Anpassung gelingt, je erfolgreicher sie eine berufsorientierte Lebensplanung im Sinne der Sicherung von Erwerbskontinuität betreiben, um so mehr sehen sie das Geschlechterverhältnis als individuell gestaltbar an, - als gesellschaftliche Struktur wird es nicht thematisiert.

5) Konstruktion einer selbstbestimmten Relation zwischen Beruf und privatem Leben

Wenn jeder Lebensplanungstypus, selbst der familienzentrierte, eine eigenständige Konstruktion angesichts widersprüchlicher Anforderungen aus Arbeitsmarkt und privatem Lebensbereich darstellt, so gilt dies in besonderem Maße für die individualisierte Lebensplanung. Weder Beruf und Erwerbsarbeit noch ein Leben in der Familie sind hier relevante Bezugspunkte für biographisches Handeln; ebenso wenig geht es um eine Parallelität der Lebensbereiche wie in der doppelten Lebensplanung. Bezugspunkt ist die Entwicklung des eigenen Selbst, biographische Kontinuität wird als innere Kontinuität im Sinne einer inneren Entwicklung definiert. Auch diskontinuierliche Lebensläufe können als erfolgreich im Sinne einer kontinuierlichen Entwicklung des Selbst bilanziert werden. Maßstab des biographischen Handelns ist die möglichst vielseitige Entwicklung der eigenen Persönlichkeit, nicht in Konkurrenz, sondern in Beziehung zu anderen, ohne jedoch die persönliche Autonomie dabei aufzugeben.

Dieser Maßstab ist handlungsleitend gegenüber der Erwerbsarbeit; entscheidend für die Identifikation mit ihr ist der Spielraum, den sie für Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung bietet. Die eigene Entwicklung im Rahmen von Berufsarbeit wird als offener, nicht abschließbarer Prozeß gesehen; gemessen an diesem Kriterium erscheint eine berufsorientierte Lebensführung als ebenso reduziert und entfremdet wie eine auf die Familie bezogene, und auch eine doppelte Lebensführung läßt zu wenig Spielraum für die Entfaltung des eigenen Selbst. Die Form der Erwerbsbeteiligung von Frauen wird in der Perspektive der individualisierten Lebensplanung als einseitige Modernisierung des Frauenlebens kritisiert. Hier es um mehr: es geht es um eine Neubestimmung des Geschlechterverhältnisses als ganzem und um eine qualitativ neue Relation der verschiedenen Lebensbereiche zueinander.

Die Beziehung zwischen den Geschlechtern ist nach diesem Verständnis keineswegs zwingend durch Natur oder gesellschaftliche Strukturen vorgegeben, sondern wird als individuell gestaltbares Verhältnis gesehen. Zwar nehmen diese Frauen das Geschlechterverhältnis durchaus als sozial konstituiertes Verhältnis wahr, sie betonen jedoch zugleich den Eigenanteil der Individuen. Deutlich wird dies vor allem bei der Frage der Arbeitsteilung. Die herkömmliche Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern wird abgelehnt, - dies gilt sowohl für die Hausarbeit als auch für die Kinderbetreuung; insbesondere Vorstellungen von geteilter Elternschaft spielen hier eine große Rolle. Veränderungen in der Arbeitsteilung können jedoch nicht erzwungen, sondern nur frei gewählt werden, auch von seiten des Mannes.

Weder für solche neue Formen der Arbeitsteilung noch für die "Idealvorstellung" eines autonomen, an der eigenen Selbstverwirklichung orientierten Lebens als Frau gibt es Vorbilder, auf die sich Frauen in ihrer individualisierten Lebensplanung beziehen könnten. Wie Frauen ihr Leben konkret gestalten, ist eine Frage der individuellen Entscheidung und kann nicht normativ geregelt sein; wichtig ist jedoch, daß sie sich der Implikationen ihrer Entscheidungen bewußt sind

und die Verantwortung dafür übernehmen. Individuen sind nach diesem Verständnis nicht das Produkt gegebener Verhältnisse, sondern konstituieren sich selbst im biographischen Handeln. Besonders deutlich wird dieser selbstreflexive Entscheidungsmodus bei der Frage des Kinderwunsches. Kinder zu bekommen ist keineswegs ein selbstverständlicher Bestandteil des Lebens von Frauen, sondern eine mögliche und dann bewußt getroffene Wahl unter Berücksichtigung der jeweiligen Kontextbedingungen und in Abstimmung mit dem Partner. Die Entscheidung für oder gegen ein Kind beinhaltet auch eine Auseinandersetzung mit den eigenen Motiven und ist weitgehend unabhängig von äußeren Erwartungen und Altersnormen. In diesem Sinne gibt es kein "bestes Alter", um Kinder zu bekommen.

Charakteristisch für die individualisierte Lebensplanung ist die selbstreflexive Struktur biographischer Entscheidungen und zwar im Hinblick auf alle Lebensbereiche. In diesem Typus spielt die Orientierung an antizipierten Sequenzen und Ablaufmustern des Lebenslaufs eine geringe Rolle; der individualisierten Lebensplanung liegt deshalb im Gegensatz zu allen anderen Typen der Lebensplanung kein bestimmtes Modell des weiblichen Lebenslaufs zugrunde. Sicher ist es kein Zufall, daß wir hier vor allem Frauen aus kreativen und therapeutischen Berufen finden, die sich weniger als andere durch sozial definierte Karrieremuster auszeichnen. Allerdings erklären wir weder diesen Typus noch die anderen allein aus ihrem beruflichen Kontext.

4.3. Lebensplanung als Ressource

Individuelle Lebensplanung entwickelt sich in einem längeren biographischen Prozeß, der sich von der Berufswahl über die Ausbildung, die Berufstätigkeit nach der zweiten Schwelle bis zur Phase der Familiengründung erstreckt. Erst in bestimmten Entscheidungssituationen konkretisieren sich Typen von Lebensplanung; jede Entscheidung ist eine Antwort auf die Frage, in welcher Relation

die beiden Lebensbereiche Beruf und Partnerschaft/Familie stehen, das heißt ob und wie sie miteinander verbunden werden können. Lebensplanung ist also nicht die Voraussetzung biographischen Handelns, sie entwickelt sich im Spannungsfeld von gesellschaftlichen Anforderungen, eigenen Orientierungen und dem konkreten Kontext, also den Lebens- und Arbeitsbedingungen, den Vorstellungen von Eltern und anderen relevanten Personen und den intervenierenden Institutionen.

Die Tatsache, daß wir ein breites Spektrum von Lebensplanungstypen finden, verweist auf tieferliegende Differenzierungen bei der Bewältigung der Statuspassage 'junges Erwachsenenalter' im Hinblick auf soziale, materielle und kulturelle Ressourcen sowie individueller Handlungsorientierungen der jungen Frauen. Die Entwicklung eines bestimmten Typus von Lebensplanung ist also keineswegs beliebig. Unsere Studie zeigt jedoch, daß sich die Unterschiede der Lebensplanung einer schlichten Zuordnung nach Bildungsniveau oder Herkunft entziehen.

Handlungsspielräume werden nicht nur durch die jeweiligen Kontextbedingungen strukturiert, - sie werden auch durch die Lebensplanung und das biographische Handeln der Frauen selbst hergestellt, erweitert oder verengt. Entscheidend ist die konkrete Form des Übergangs in Erwerbsarbeit und Partnerschaft/Familiengründung, die gemachten Erfahrungen und ihre Verarbeitung. Diese Statuspassage ist heute für Frauen institutionell nicht eindeutig gesteuert, sie ist weitgehend individualisiert und in ihrem Ausgang nicht determiniert. Angesichts der fehlenden Orientierungsleistung durch normative Vorgaben und durch Institutionen ist die Entwicklung von Lebensplanung in dieser Passage eine entscheidende Ressource.

5. Außenaktivitäten

5.1. Vorträge

Birgit Geissler - 1991

- 2. Internationales Symposium des Sfb 186 der Universität Bremen zum Thema "Status Passages and Their Institutional Regulation",
Vortrag (zusammen mit Helga Krüger): "Balancing The Life Course in Response to Institutional Requirements"
- Jahrestagung der Sektion Sozialpolitik der DGS zum Thema "Sozialpolitische Folgen der Vereinigung",
Vortrag: "Neue gesellschaftliche Integrationsformen von Frauen und die Veränderung des Geschlechterverhältnisses"
- **1992**
- workshop des SAMF zum Thema "Arbeitszeit und Frauenerwerbstätigkeit",
Vortrag (zusammen mit Birgit Pfau): "Institutionelle Voraussetzungen arbeitsmarktbezogener Entscheidungen von Frauen"
- Ringvorlesung des SAMF an der Humboldt-Universität zu Berlin zum Thema "Arbeitsmarkttheorie",
Vortrag: "Erwerbsverläufe"

Mechtild Oechsle - 1992

- workshop des Teilprojektes B1: "Erwerbsverläufe von Ehepartnern und die Modernisierung weiblicher Lebensführung"
Vortrag (zus. mit Gudrun Braemer): "Die Verortung im Geschlechterverhältnis als Strukturierungsmoment der Lebensplanung von Frauen"

Gudrun Braemer - 1992

- Jahrestagung der Sektion Bildung in der DGS,
Vortrag: "Weiterbildung in der Lebensplanung junger Frauen"
- workshop des Instituts für Entwicklungsplanung und Strukturforschung,
Vortrag: "Lebensplanung junger Frauen und beruflicher Wiedereinstieg"

5.2 Beiträge zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit

Birgit Geissler - 1991

- Jugend- und Sozialhilfekonferenz des Diakonischen Werks Westfalen,
Vortrag: "Zeit für die Familie - Arbeitszeitverkürzung für Eltern"
- Sozialpolitische Konferenz der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) zum Thema "Soziale Sicherung für Frauen",
Vortrag: "Gedanken und Konzepte zur Gleichstellung von Frau und Mann in Beruf und Familie"
- Arbeitstagung des DGB-Bundesfrauenausschusses zum Thema "Partnerschaftliche Arbeitszeiten und partnerschaftliche Lebenssituationen",
Vortrag: "Arbeitszeitpolitik und Einkommenspolitik"
- 12. Bremer Wissenschaftsforum zum Thema "Sozialer Wandel und die Modernisierung des Lebenslaufs",
Moderation des workshops: "Lebensperspektiven im Übergang von der Ausbildung in den Beruf"
- Erster Frauenratschlag des Frauenministeriums Niedersachsen,
Vortrag: "Lebensentwürfe junger Frauen"
- Wissenschaftswerkstatt der Hans-Böckler-Stiftung zum Thema "Arbeit, Technik, Identität"
Vortrag und Seminar: "Theorieansätze und empirische Ergebnisse aus der Forschung zu Erwerbsarbeit von Frauen"
- Veranstaltung des DGB-Kreises Bremen zum Thema "Wie sich die Bilder gleichen?! - Lebensläufe von Frauen gestern und heute",
Vortrag: "Frauen leben nicht nur für den Beruf"
- Fernseh-Feature des WDR zum Thema "Wie krank ist die Ehe",
Beitrag: "Berufsorientierung von Frauen"
- Expertenhearing des Deutschen Jugendinstituts München zum Thema "Wandel und Entwicklung familiärer Lebensformen",
Beitrag zu "Lebensformen junger Erwachsener"

- 1992

- Arbeitstagung des WSI und der Hans-Böckler-Stiftung zum Thema "Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Anforderungen an die soziale Sicherung", Beitrag zur Gestaltung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Mechtild Oechsle - 1991

- 12. Bremer Wissenschaftsforum zum Thema "Sozialer Wandel und die Modernisierung des Lebenslaufs", Vortrag: "Zeitperspektive und Zeitknappheit in der Lebensperspektive junger Frauen"

- 1992

- Diskussionsbeitrag für die Podiumsveranstaltung der Zentralstelle für die Gleichstellung der Frau, Bremen
"Um- und Abwege im Lebenslauf- die (un)heimliche Stärke von Frauen?"
- Wiesbadener Mädchentage,
Vortrag: "Mädchen in Schule und Ausbildung"

- 1993

- Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann - NRW: Ausstellung 'Mädchen können alles' - Osnabrück
Vortrag: "Lebensplanung von Mädchen und jungen Frauen"

Gudrun Braemer - 1993

- Landesverband der Volkshochschulen Niedersachsen
Vortrag: "Lebensplanung junger Frauen: Konsequenzen für die Bildungsarbeit mit Frauen"

5.3. Kooperation im Sfb

1991:

- Sfb- Symposium: Treffen mit Prof. Dr. Christine Bose, Albany/NY,
- Treffen mit Dr. Christina Klenner, Humboldt-Universität,
- Betreuung der Gast-Doktorandin Katrin Kutzner von der Universität Rostock
- Treffen mit Dr. Güldner, Universität Rostock

1992:

- Teilnahme am workshop des Teilprojekts B1 "Erwerbsverläufe von Ehepartnern und die Modernisierung weiblicher Lebensführung"
- workshop mit Barbara Keddi und Mathilde Kreil vom DJI
- Gespräch mit Prof. Dr. Heiner Keupp,
- Gespräch mit Prof. Dr. Ernst Hoff
- Gespräch mit Prof. Dr. Janet Giele

1993:

- Gespräch mit Prof. Dr. Annemette Sorensen
- Gespräch mit Prof. Dr. Frank Furstenberg jr.

6. Publikationen

6.1. Veröffentlichungen (laufende Berichtsperiode)

Geissler, Birgit (1991): Arbeitsmarkt oder Familie: Alte und neue gesellschaftliche Integrationsformen von Frauen. In: Zeitschrift für Sozialreform Heft 11/12. Wiesbaden

Oechsle, Mechtild; Geissler, Birgit (1992): Das junge Erwachsenenalter und die Lebensplanung junger Frauen. In: sfb-report Nr. 1. Bremen

Oechsle, Mechtild (1992): Lebensentwürfe von Frauen - Planungsanforderungen in Beruf, Partnerschaft und Familie. In: Thema: Arbeitsmarkt Heft 3, Bremen

Pfau-Effinger, Birgit; Geissler, Birgit (1992): Institutionelle und sozio-kulturelle Kontextbedingungen der Entscheidung verheirateter Frauen für Teilzeitarbeit. Ein Beitrag zu einer Soziologie des Erwerbsverhaltens. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Heft 3, Nürnberg

Geissler, Birgit; Krüger, Helga (1993): Balancing The Life Course in Response to Institutional Requirements. In: Heinz, W.R. (Hrsg.): Status Passages, Institutions and Gatekeeping. Weinheim

Oechsle, Mechtild; Geissler, Birgit: Zeitperspektive und Zeitknappheit in der Lebensplanung junger Frauen. In: Leisering, L.; Geissler, B.; Mergner, U.; - Rabe-Kleberg, U. (Hrsg.): Moderne Lebensläufe im Wandel. Weinheim

Braemer, Gudrun; Oechsle, Mechtild (1993): Die Verortung im Geschlechterverhältnis als Strukturierungsmoment der Lebensplanung von Frauen. In: Born, C.; Krüger, H. (Hrsg.): Erwerbsverläufe von Ehepartnern und die Modernisierung weiblicher Lebensführung. Weinheim (im Erscheinen)

Braemer, Gudrun (1993): Lebensplanung junger Frauen. In: Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung (Hrsg.): IES Berichte, Hannover (im Erscheinen)

Geissler, Birgit; Oechsle, Mechtild (1993): Lebensplanung als Konstruktion. Ergebnisse einer empirischen Studie. In: Beck, U.; Beck-Gernsheim (Hrsg.): Riskante Freiheiten. Frankfurt (im Erscheinen)

Geissler, Birgit (1993): Zeit für Kinder und Zeit für den Beruf in der biographischen Perspektive junger Frauen. In: Sattel, U.; FernUniversität Hagen (Hrsg.): Sozialisation, Bildung und Erwerbstätigkeit von Frauen. Weinheim (im Erscheinen)

Geissler, Birgit; Oechsle, Mechtild; Braemer, Gudrun (1993): Lebensplanung als biographische Konstruktion. Weinheim (im Erscheinen)

Arbeitsbericht des Teilprojekts B5 (seit 1.1.93)

Thema: Späte Heirat - Ergebnis biographisch unterschiedlicher Erfahrungen mit "cash" und "care"?

Beteiligte Wissenschaftler/innen:

Prof. Dr. Ilona Ostner (GA) (Projektleiterin)
Dr. Peter Boy (GA)
Dr. Marlene Ellerkamp (GA)
Dr. Peter Kupka (EA)
Dipl. Psych. Cerstin Raabe (EA)

Inhalt:

1. Kenntnisstand bei der Antragstellung und Ausgangsfragestellung
2. Angewandte Methoden und Arbeitsschritte
 - 2.1 Erhebungsmethode
 - 2.2 Untersuchungsgruppe
 - 2.3 Arbeitsschritte und ihre Ergebnisse
3. Einige Befunde zur Gruppe spät heiratender Paare
4. Aktualisierter Stand der Forschung
5. Weitere Arbeitsschritte

Anlage 1: Kurzfragebogen

Anlage 2: Interviewleitfaden

1. Kenntnisstand bei der Antragstellung und Ausgangsfragestellung

Das Projekt konzentriert sich auf die Frage: Welche eigenständige gesellschaftliche und individuelle Bedeutung hat die Ehe als institutionalisierte Form der Paarbeziehung, die nicht in Familiengründung aufgeht, heute im Lebensverlauf? Welche Erfahrungen mit materieller und emotionaler 'Versorgung', welche biographischen Bilanzierungen dieser Erfahrungen, führen zu der Entscheidung, im mittleren Lebensalter zu heiraten?

Dabei gehen wir davon aus, daß die meisten Menschen nach einer dauerhaften, verlässlichen, auf Gegenseitigkeit beruhenden Gemeinschaft suchen. Die Heirat ist ein institutionalisierter Akt gegenseitiger Verpflichtung erwachsener Menschen, der eine solche Gemeinschaft konstituiert und den Lebenslauf neu strukturiert. Die Fragestellung verbindet somit das Konzept der Institution und Institutionalisierung mit dem der lebenslaufbezogenen Statuspassage. Sie unterstellt eine integrative und handlungsentlastende Funktion von Institution.

In der neueren - bundesdeutschen - sozialwissenschaftlichen Diskussion zur individuellen wie gesellschaftlichen Bedeutung von Ehe und Familie tritt die Ehe als öffentlich sanktionierte, rechtlich gestützte Institution wechselseitiger Sorge und Versorgung zweier Erwachsener immer mehr in den Hintergrund. Sie wird lediglich als "emotional aufgeladene Paarbeziehung" wie jede andere Beziehung behandelt. Folglich wird Ehe entweder unter dem Gesichtspunkt der Familie erforscht oder als gesellschaftlich kaum mehr relevant ausgegrenzt. Sie wird jedenfalls nicht als handlungsentlastende, orientierende Institution, als Ort wechselseitiger Sorge, Versorgung und Orientierung zweier Erwachsener betrachtet.

Daher erweisen sich neben familiensoziologischen Konzepten Ansätze aus dem Bereich der Lebenslaufforschung als fruchtbar für unsere Fragestellung im Sinne einer Hypothesengenerierung. Dazu zählt vor allem der von Glaser & Strauß

entwickelte Ansatz lebensphasenspezifischer Statuspassagen und der ihnen vorausgehenden Bilanzierungen.

Im Rahmen eines solchen kombinierten Ansatzes läßt sich folgende forschungsleitende These formulieren: Im Lebenslauf wandelt sich die Orientierung auf Selbstentfaltung in das Bedürfnis, das Leben neu und anders zu gestalten. Dies geschieht unter der Nutzung von Erfahrungen mit 'cash' und 'care' (materielle und emotionale Versorgung), von Einbindung oder Einsamkeit und anderen Lebenserfahrungen. Selbstentfaltung und die für Ehe konstitutive gegenseitige Verpflichtung stehen in einer wechselseitigen Beziehung derart, daß das eine Voraussetzung für das andere darstellt. Wechselseitige, sogar einseitige Bindung und Verpflichtung bedeuten in dieser Sicht nicht den Verzicht auf Selbstentfaltung, sondern bieten auch neue Handlungsspielräume für die Individuen, besonders unter dem Gesichtspunkt der tendenziell abnehmenden Vielfalt von Optionen mit steigendem Lebensalter.

2. Angewandte Methoden und Arbeitsschritte

2.1 Erhebungsmethode

Die empirische Untersuchung muß im Sinne der forschungsleitenden Thesen auf die Erhebung von Deutungsmustern im Sinne von subjektiven Begründungszusammenhängen angelegt werden, also Methoden systematischen Sinnverstehens nutzen, wie sie im Rahmen des 'interpretativen Paradigmas' entwickelt und ausgearbeitet worden sind. Grundlage dafür sind beobachtete und erzählte Handlungen, welche in Form von face-to-face-Interaktionen (Interviews) oder protokollierten Texten vorliegen.

Im Projekt 'Späte Heirat' wurde die Methode des biographischen problemzentrierten Interviews (vgl. Witzel 1989) gewählt. Diese Interviewform eröffnet in besonderer Weise einen Zugang zu den Deutungsmustern und rückblickenden Rekonstruktionen sowie deren Verknüpfung mit strukturellen Rahmenbedingungen. Hierbei wird nämlich einerseits den Befragten Gelegenheit gegeben, ihre

eigenen Relevanzsetzungen in freien Narrationen zur Geltung zu bringen, andererseits kann der Bedeutung sozialstruktureller Rahmenbedingungen durch die Gestaltung des Leitfadens und durch systematisches Nachfragen Rechnung getragen werden. In der Auswertung können so die Aussagen der zu Befragenden mit der von uns behaupteten handlungsentlastenden Funktion von Institutionen in modernen, offenen und 'individualisierten' Gesellschaften konfrontiert werden. Die Interviews mit den jeweiligen Partnern werden getrennt, aber gleichzeitig durchgeführt.

2.2 Untersuchungsgruppe

Unsere Überlegungen zur handlungsentlastenden Funktion von Heirat und Ehe in einer bestimmten Lebensphase lassen sich am besten an Personen untersuchen, die sich für die 'Ehe pur' entscheiden und Ehe nicht als Übergang zur Familie ansehen. In dieser Konstellation ist zu erwarten, daß die für die Forschungsfrage relevanten subjektiven Sinnkonstruktionen nicht durch andere Dimensionen der Lebensplanung (Familiengründung, Berufskarrieren u.a.) schwer trennbar überlagert und konfundiert werden.

Eine solche Konstellation ist bei Eheschließungen zu erwarten, die im mittleren Lebensalter (erstmalig oder zum wiederholten Mal nach Scheidung) erfolgen. Im typischen Lebensverlauf wird dann keine Familiengründung mehr angestrebt; gleichzeitig haben die Paare noch eine lange Phase der 'Ehe pur' vor sich. Besondere Bedeutung haben Paare, die in dieser Lebensphase zum erstenmal heiraten. An ihnen manifestiert sich besonders deutlich ein Orientierungswandel von einer anfänglichen Lebensoption gegen Ehe hin zu einer Option für Ehe. Sie bilden daher einen geeigneten Prüfstein für unsere forschungsleitenden Thesen zum Wertewandel zwischen Selbstentfaltung und wechselseitiger oder einseitiger Verpflichtung. Die Untersuchungsgruppe besteht deshalb aus Frauen und Männern, die im Alter von 45 bis 55 Jahren zum ersten oder wiederholten Mal heiraten, ohne eine neue Familiengründung anzustreben.

Als Kontrollgruppe dienen Paare gleichen Alters, die ebenfalls in verbindlichen Beziehungen zusammenleben, ohne den rechtlichen Akt des Heiratens vollzogen zu haben.

2.3 Arbeitsschritte und ihre Ergebnisse

Das Projekt konnte erst zum Januar 1993 die Arbeit aufnehmen. Für die erste Projektphase, die sich gegenwärtig kurz vor dem Abschluß befindet, waren folgende Arbeitsschritte vorgesehen:

- Realisierung einer Auswahl für die Untersuchungsgruppe der heiratenden Paare
- Ausarbeitung des Interviewleitfadens
- Realisierung einer Auswahl für die Kontrollgruppe unverheiratet zusammenlebender Paare

Feldzugang und Untersuchungsgruppe 'Späte Heirat'

Mit Beginn der Projektarbeit wurde der Arbeitsschwerpunkt zunächst auf die Gewährleistung des erforderlichen Datenzugangs gelegt. In einem ersten Arbeitsschritt wurden Kontakte zum Standesamt Bremen-Mitte aufgenommen. Aufgrund administrativer Änderungen bei der Durchführung von Eheschließungen war es nicht mehr möglich, auf ohnehin öffentlich zugängliches Material (die sog. 'Aufgebote') zurückzugreifen. Damit entstanden schwierige Fragen des Datenschutzes und des Zugangs zu Unterlagen des Standesamtes. Nach ausführlichen Gesprächen mit dem Standesamt und dem Datenschutzbeauftragten und aufgrund der Kooperationsbereitschaft und des Interesses des Standesamtes an der Untersuchung konnte schließlich eine Vorgehensweise realisiert werden, die gegenüber dem ursprünglich angestrebten Verfahren einige Vorteile aufweist.

Mit Hilfe des Standesamtes wurden Paare, die in den Jahren 1991 und 1992 geheiratet hatten, angeschrieben, über das Forschungsprojekt informiert und um Bereitschaft und Zustimmung zu einem Interview gebeten. Gleichzeitig konnte dieses Schreiben für einen Kurzfragebogen genutzt werden, über den Informa-

tionen zu der Untersuchungsgruppe erfragt werden konnten, die gegenwärtig nicht verfügbar sind.

Adressaten wurden nach den folgenden Kriterien ausgewählt:

- beide Partner sind ca. 45-55 Jahre alt (Abweichung für einen Partner +/- drei Jahre)
- die Heirat fand in den Jahren 1991 oder 1992 im Standesamt Bremen-Mitte statt

Nach Anwendung unserer Kriterien konnten aus dem Pool aller Eheschließungen 399 Paare ermittelt werden, die unsere Untersuchungsgruppe der Spätheirater bildeten.

Zur Durchführung der Befragung waren sodann umfangreiche und zeitintensive Adressrecherchen erforderlich, da die Anschriften zum Zeitpunkt der Eheschließung in vielen Fällen nicht mehr stimmten. Einige Paare waren inzwischen aus Bremen verzogen oder aber - bei einem Umzug innerhalb Bremens - die neue Anschrift war im Telefon- oder Adreßbuch noch nicht verzeichnet. In vielen Fällen hatten die Paare vor der Heirat keine gemeinsame Adresse, so daß nicht eindeutig war, wohin die geplanten Anschreiben verschickt werden sollten.

Parallel zu diesen Arbeitsschritten wurden ein Anschreiben und ein Kurz-Fragebogen entwickelt. In dem Anschreiben wird auf die freundliche Unterstützung des bremischen Standesamt eingegangen, die für uns relevante Fragestellung der Untersuchung erläutert und um die Teilnahme an diesem Projekt geworben. Der Kurz-Fragebogen dient der quantitativen Erfassung zusätzlicher Parameter. Es werden Fragen zur Heirats- und evtl. Scheidungsbiographie, zur Wohnbiographie, zur Berufstätigkeit der Eltern, zum eigenen Ausbildungsgang und zur eigenen finanziellen Versorgung gestellt (vgl. Anlage 1). Das Anschreiben und der Fragebogen wurden Anfang Juni jeweils getrennt an die Ehefrau und den Ehemann verschickt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist der Rücklauf noch nicht

abgeschlossen und auch kein Erinnerungsschreiben nachgeschickt worden. Insofern lassen sich noch keine Aussagen zur Rücklaufquote treffen. Es hat sich allerdings bereits eine ausreichende Anzahl von Ehepaaren zu einem Gespräch bereitgefunden.

Problemzentriertes Interview und Interviewleitfaden

Parallel zu den Arbeiten zur Realisierung der Untersuchungsgruppe der Verheirateten wurde unter Berücksichtigung der aktuellen theoretischen Debatte der Interviewleitfaden entwickelt (vgl. Anlage 2), der zur Zeit in Pretestinterviews erprobt und überarbeitet wird. Der Leitfaden enthält Erzählanreize, die jeweils um das untersuchungsleitende Thema Versorgung, Sicherung, Orientierung, um Abhängigkeits- bzw. Unabhängigkeitserfahrungen sowie Weichenstellungen und Wendepunkte im Zusammenhag mit diesen Erfahrungen zentriert sind. Er enthält vor allem Erzählanreize zu 'Beziehungs'-Etappen, aber auch zur Erwerbsbiographie, ferner zur Entstehung und Konturierung der Statuspassage und schließlich zur Partnerwahl. Im Hinblick auf die rekursive Struktur des Forschungsprozesses, d.h. die von uns beabsichtigte 'offene Empirie', soll der Leitfaden auch weiterhin für Änderungen offenbleiben.

Die Interviews mit den Paaren, die ihr Einverständnis gegeben haben, werden gegenwärtig abgesprochen und durchgeführt, wobei die Sommerferien zu Problemen bei der Terminfindung führen. Nach dem aktuellen Stand der Arbeit werden diese Interviews dennoch spätestens bis Anfang Oktober abgeschlossen werden können.

Feldzugang und Kontrollgruppe unverheiratet lebender Paare

Es ist geplant, insgesamt 60 Interviews mit 30 Paaren zu führen, die sich zu je 15 verheirateten und 15 nicht-verheirateten Paaren als Kontrollgruppe aufteilen sollen. Dieses Ziel konnte durch die Zugangsmöglichkeit über das Standesamt für die verheirateten Paare bereits sichergestellt werden. Die nicht-verheirateten

Paare sollen aus forschungspragmatischen Gründen im wesentlichen nach den Ehepaaren interviewt werden.

Die Kontrollgruppe der unverheiratet in verbindlichen Beziehungen lebenden Paaren läßt sich nicht über formale Institutionen erreichen. Stattdessen muß über Öffentlichkeitsarbeit versucht werden, entsprechende Paare zu finden. Es ist vorgesehen, sowohl in der lokalen Presse als auch im regionalen Fernsehprogramm über das Projekt zu berichten und dabei Paare zu bitten, ein Interview mit uns durchzuführen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind dazu vorbereitende Gespräche geführt worden. Diese Phase des Feldzugangs ist im Anschluß an die Bremer Sommerferien vorgesehen.

3. Einige Befunde zur Gruppe spät heiratender Paare

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt lassen sich noch keine, auch keine vorläufigen Arbeitsergebnisse präsentieren. Der Kurzfragebogen befindet sich noch in der Rücklaufphase, die themenzentrierten Interviews werden geführt und konnten noch nicht ausgewertet werden. Aufgrund der vorliegenden Daten lassen sich allerdings einige Merkmale der Auswahl beschreiben. Zum Berichtszeitpunkt sind ca. 10% der verschickten Fragebögen zurückgesandt worden. Auf dieser Basis lassen sich einige Aussagen über die Struktur der Auswahl treffen.

Von besonderem Interesse ist, in welchem Umfang Befragungsteilnehmer bereit sind, an einem mündlichen Interview teilzunehmen. Dazu findet sich folgende Verteilung:

Interview	34 (40,5%)
Kein Interview	50 (59,5%)
Keine Angabe	1 (-,-)

Damit liegen insgesamt soviel Einverständniserklärungen für ein mündliches Interview vor, daß die Durchführung des Projektes gewährleistet ist. Im folgenden sollen die Eigenschaften dieser Gruppe genauer analysiert werden.

Ein wichtiges Merkmal ist die Frage, ob zum ersten Mal oder zum wiederholten Mal geheiratet wird. Immerhin 16 der 85 Befragten (20%) heiraten in dieser Lebensphase zum ersten Mal. Das ist nicht viel, aber mehr als erwartet wurde. Aber leider sind nur 6 dieser Befragten zu einem Interview bereit. Dazu findet sich folgende Tabelle:

Tabelle 1: Interviewbereitschaft nach Erst- und Wiederheirat

Count	Kein Interview	Inter- view	Row Total
Erstheirat	10	6	16 19.0
Wiederheirat	40	28	68 81.0
Column	50	34	84
Total	59.5	40.5	100

Number of Missing observations: 1

In dem gegenwärtigen Stand der Datenaufbereitung ist es nicht möglich, die Einzelantworten den Ehepaaren zuzuordnen. So läßt sich nicht sagen, in welchem Verhältnis Erstheirater und Wiederheirater die jeweiligen Paare bilden. Aufklären läßt sich jedoch der Zusammenhang zwischen Geschlecht und später Erstheirat. Gleichzeitig gibt die folgende Tabelle Aufschluß über die etwas größere Antwortbereitschaft von Frauen, zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt.

Tabelle 2: Erst- und Wiederheirat nach Geschlecht

	männlich	weiblich	Row Total
Erstheirat	9	7	16
Count	56.3	43.8	19.0
Row Pct.			
Wiederheirat	29	39	68
Count	42.6	57.4	81.0
Row Pct.			
Column	38	46	84
Total	45.2	54.8	100

Number of Missing observations: 1

Unter Berücksichtigung der kleinen Fallzahl läßt sich, bezogen auf die erste Heirat, kein Unterschied zwischen den Geschlechtern feststellen. Damit läßt sich die Vermutung, daß eher Frauen der Ehe zögerlich gegenüberstehen oder andere Lebensoptionen mit dem Verzicht auf Ehe 'erkaufen', zunächst so nicht stützen.

Es stellt sich auch die Frage, ob Personen, die in diesem Alter zum ersten Mal heiraten, einer besonderen sozialen Gruppe angehören. Aufgrund der theoretischen Analysen liegt es nahe, insbesondere Intellektuelle und Mittelschichtsangehörige als Profiteure des Wertewandels und der Option auf Selbstverwirklichung und gegen Verpflichtung zu betrachten. Als ein, wenn auch sehr grober, Indikator kann der erworbene Schulabschluß herangezogen werden:

Tabelle 3: Zusammenhang von Schulabschluß und später Erstheirat

Count Row Pct.	Ohne Ab- schluß	Haupt- schule	Mittlere Reife	Abi- tur	Son- stige	Row Total
Erstheirater		7 43.8	5 31.3	4 25.0		16 19.3
Wiederhei- rater	2 3.0	30 44.8	17 25.4	14 20.9	4 6.0	67 80.7
Column Total	2 2.4	37 44.6	22 26.5	18 21.7	4 4.8	83 100.0

Number of Missing Observations: 2

Danach findet sich eine leichte Verschiebung der Erstheirater in Richtung eines höheren Schulabschlusses. Diese fällt aber nicht sehr bedeutsam aus, wobei die kleinen Fallzahlen sehr vorsichtige Schlußfolgerungen nahelegen. Im Hinblick auf den Indikator Schulabschluß findet sich jedenfalls keine bedeutsame Abweichung. Relevantere Merkmale, wie etwa die auf die Schule folgende Berufskarriere, können gegenwärtig noch nicht ausgewertet werden.

Die Bereitschaft zu einem Interview streut gut über die verschiedenen Bildungsabschlüsse. Wir haben es trotz einer etwas höheren Bereitschaft der Befragten mit mittleren Abschlüssen nicht mit einer im Hinblick auf den Bildungsabschluß stark verzerrten Auswahl zu tun.

Tabelle 4: Zusammenhang von Schulabschluß und Interviewbereitschaft

Count Row Pct.	Ohne Ab- schluß	Haupt- schule	Mittlere Reife	Abi- tur	Son- stige	Row Total
Kein Inter- view	1 2.0	23 46.9	9 18.4	12 24.5	4 8.2	49 59.0
Interview	1 2.9	14 41.2	13 38.2	6 17.6		34 41.0
Column Total	2 2.4	37 44.6	22 26.5	18 21.7	4 4.8	83 100

Number of Missing Observations: 2

Ein wichtiges Kriterium für die Auswahl war die Erwartung, daß bei Eheschließungen in dieser Altersgruppe nicht mehr Familiengründung und Kinder-
versorgung im Mittelpunkt stehen. Immerhin geben aber noch knapp 25% der
Befragten an, daß im gemeinsamen Haushalt Kinder leben. Allerdings liegt das
Durchschnittsalter bei 19 Jahren, das jüngste Kind ist 8 Jahre alt, das älteste 28.
Damit dürfte sich die Erwartung erfüllt haben, daß in der gewählten Altersgrup-
pe Kinder nicht ausschlaggebend waren für den Entschluß zu heiraten .

Diese sehr vorläufigen Auswertungen des bislang eingetroffenen Rücklaufs
haben sich mit einigen Merkmalen der realisierten Auswahl beschäftigt. Sobald
der Rücklauf komplett und die Datenaufbereitung abgeschlossen ist, werden wir
uns der Analyse stärker inhaltlicher Gesichtspunkte zuwenden und auch die
Möglichkeit haben, unsere Stichprobe mit anderem statistischem Material zu
vergleichen.

4. Aktualisierter Stand der Forschung

Die Erweiterung und Fortschreibung des Standes der Forschung sind selbstverständliche Arbeitsschritte im Verlauf jeder Untersuchung. Die relative Seltenheit später Eheschließung wie auch langfristiger Kohabitation, der hohe Anteil von Wiederheiratern in der Gruppe der Spätheiratenden ließ uns - parallel zur Vorbereitung der empirischen Untersuchung - nach weiteren Forschungsergebnissen zum Partnerfindungsprozeß von der ersten zufälligen Begegnung bis zur Heirat ('Wege in die Ehe') suchen, nach Aussagen über Rahmenbedingungen und Regeln des 'dating', Veränderungen von dating- und schließlich Heirat-chancen (Heiratsmarkt und 'marriage squeeze') sowie nach Faktoren, die das dating nach einer Scheidung und die den Entschluß zur Wiederheirat leiten. Schließlich suchten wir systematischer nach zuverlässigen Aussagen über Vor- und Nachteile der Kohabitation. Die im folgenden blitzlichtartig referierten Ergebnisse des Literaturstudiums sind in die Überlegungen zum Aufbau von Kurzfragebogen und Leitfaden eingegangen und werden die Auswertung beeinflussen.

Wir müssen mit einer Einschränkung beginnen: Keine der seit Förderungsbeginn gesichteten Untersuchungen hat explizit die späte Heirat und seit langem bestehende Kohabitationen (unsere Kontrollgruppe) zum Gegenstand. Colemans (1988) Kompendium versammelt zwar auf einzigartige Weise empirische Ergebnisse zu allen die intimen Beziehungen betreffenden Aspekte, vor allem zum Prozeßcharakter von Partnersuche, Annäherung, Partnerschaft, Heirat, Wiederheirat usw. Allerdings baut Coleman sein Handbuch entlang durchschnittlich erwartbaren und faktischen Verhaltens auf, also entlang des Normalverlaufes intimer Beziehungen. Zwar werden für die verschiedenen Phasen 'abweichende' Varianten ausführlich unter Vor- und Nachteilsaspekten behandelt: z.B. die Kohabitation als moderne Variante der Verlobungszeit oder als Versuch vor allem von Männern, Verpflichtungen zu kontrollieren. Singledasein und Kohabitation werden dabei jedoch - den Fakten entsprechend - unter dem Gesichts-

punkt der Ausnahme oder des nahen Endes - durch Abbruch oder Heirat - und keineswegs als sich herausbildende neue, gleichwertige Form betrachtet.

Die Orientierung an Normalität gilt auch für die Diskussion des Heiratsmarktes. Neben demographischen Aspekten (Milenovic 1992) und Fragen der verschiedenen Gewichtung von Arbeit und Ehe in der individuellen "multiplen Identität" (Witte 1992) stehen die "Aktivposten" ("assets") und "Zumutungen" ("liabilities") der Partner (Murstein 1986), die sich im durchschnittlichen Heiratsalter befinden, im Mittelpunkt. Viele Überlegungen können dennoch - gegen den Strich gelesen - für unsere Untersuchung fruchtbar gemacht werden.

Status des Mannes im Prozeß der Beziehung

Eine mit dem Lebensalter und Aufschub der Heirat sich verbessernde Position älterer Männer, was Zahl möglicher Partnerinnen betrifft, im Vergleich zu gleich alten Frauen am Heiratsmarkt können wir daher vermuten. Ausbildung und Beruf als Teil auch weiblicher Identität haben zwar - anders als beim Mann - für Frauen zunächst eine negative Wirkung auf Heirat. Andererseits sprechen die gesichteten Studien von einer niedrigeren 'courtship power' von Frauen - sie haben eher eine Vetomöglichkeit gegenüber unpassenden 'Verfolgern' (Murstein 1986: 143). Coleman verknüpft die Entscheidung für einen Partner mit dem Grad des Selbstwertgefühls (1988: 216). Wir können nur vermuten, daß es mehrheitlich Frauen sind, die sich mit einem zur Verfügung stehenden Partner 'abfinden'; daß es sich also eher um ein settlement ("to settle with a mate") handelt als um eine Wahl ("to choose a mate") anhand von 'must' und 'Luxus' Items (ebd.).

Die Studien rücken den beachtlichen Beitrag der Männer für das Zustandekommen, die Art und die Struktur einer intimen Beziehung ins Blickfeld. Diese entscheiden, ob eine zufällige Begegnung weiter verfolgt wird (Murstein 1986:99; 1980). 'Traditionell orientierte' Männer wollen in erster Linie verheiratet sein, wählen mit der Partnerin also die Institution Ehe, während weniger traditionelle Männer zunächst die Frau suchen, mit der sie sich eine Ehe vorstellen können

(Nordstrom 1986). Das 'male breadwinner' Modell ist immer noch ein wesentlicher Bestandteil männlicher Identität und erklärt männliche Heiratsneigung (Witte 1992; Morgan 1990:79ff), oft allerdings auch Versuche, dieser Erwartung durch Aufschub der Heirat, Kohabitation, Nichtheirat oder Kinderlosigkeit zu entgehen (Gerson 1991: 51).

Typen der Kohabitation

Neben den angedeuteten Vermeidungsgründen, die ein nichteheliches Zusammenleben erklären können, referiert Coleman verschiedene Typen einer positiven Begründung der Kohabitation (1988: 194): 'Linus Blanket' ('Schmusetuch'), das überwältigende Bedürfnis einer Seite mit einem (beinahe jedem) Anderen nah zusammen zu sein; 'Emanzipation', indem das Zusammenleben der Umwelt, den Eltern z.B., Unabhängigkeit anzeigen soll; 'Konvenienz', praktische Gründe, - das günstigere Wirtschaften aus einem Topf; Liebe/Sex ohne Verabredung; Geselligkeit z.B. - die ein Zusammenleben, nahelegen; 'Probezeit', in der der jeweilige Partner und das Zusammenleben getestet werden.

Diese Begründungen passen vermutlich eher auf nichteheliches Zusammenleben in jungen Jahren. Länger anhaltende Kohabitationen müssen die für sie typischen, empirisch ermittelten Probleme bewältigt haben: die Mißbilligung der Umwelt; den Mangel an einer 'gemeinsamen Sache', der die vielen gescheiterten Kohabitationen erklärt; die Unausgeglichenheit der Aufgabenverteilung zwischen den Partnern, die auch für nichtehelich zusammenlebende Paare zutrifft; Streit ums Geld; Inkompatibilitäten, die dadurch entstehen, daß individuelle Selbstentfaltung und daher ungleichzeitige und -artige Veränderung ein Grund für Nichtheirat waren (Coleman 1988: 195).

Länger andauernde Kohabitationen ähneln Ehen dadurch, daß die Umwelt und zunehmend auch das Recht sie als Quasi-Ehen mit eheähnlichen Verbindlichkeiten und daraus resultierenden gegenseitigen Ansprüchen behandelt; oder dadurch, daß die Paare sich selbst und anderen gegenüber ihre Bindung bestäti-

gen (müssen) (Burgoyne 1991). Georg Simmel (1983) vermutete daher eine höhere Uniformität der Beziehungen 'freier Liebe', während die feste Form der Ehe eine höhere Variabilität ihrer Ausgestaltung zulasse.

Wege in die Ehe

Coleman (1988), Hunt (1966) und Murstein (1980; 1986) geben Einblick in Etappen des Prozesses, der schließlich auch Angehörige unserer Gruppe der Spät- und spät Wiederheiratenden in die Ehe führt. Murstein (1986) nennt als erste Etappe die "screening" Phase, in der neben Indikatoren für Homogamie die Aktivposten und möglichen Zumutungen geprüft werden; ihr folgt die Phase der kommunikativen Abklärung gemeinsamer Werte; schließlich die schwierigste Etappe, die klären soll, welche wechselseitigen Erwartungen an Partner und Beziehung bestehen. Wiederheiratende urteilen erfahrungsbedingt, so Coleman, realistischer. Mit dem Alter, so unsere Vermutung, nimmt vor allem für benachteiligte Bewerber auf dem Heiratsmarkt die Konkurrenz zu. Ihnen empfiehlt Murstein ein 'dating' auf eher geschlossenem Terrain: innerhalb der Kollegen-schaft, im Verein. Vorteile eines Bewerbers, die Nachteile kompensieren (z.B. das Aufwiegen körperliche Mängel durch emotionale Qualitäten), haben da die bessere Chance, rasch bemerkt zu werden.

5. Weitere Arbeitsschritte

Als nächster Schritt ist eine Grundauszählung der Gesamterhebung der Späthei-rater (399 Paare) geplant, um so über einen Vergleich von Alter und beruflichem Status die Validität der quantitativen wie der qualitativen Stichprobe zu sichern. Nach Abschluß der gegenwärtig laufenden Rücklaufphase lassen sich somit eini-ge statistische Aussagen über die Untersuchungsgruppe treffen. Aufgrund der geringen Fallzahl und den notwendigen Beschränkungen eines Kurzfragebogens muß sich die Analyse jedoch auf deskriptive Statistiken beschränken. Die Grup-pe der Interviewten läßt sich allerdings mit der Gesamtgruppe der Eheschlie-ßungen sowie bundesweiten Statistiken vergleichen.

Bis zum Ende der gegenwärtigen Förderungsphase sind folgende Arbeitsschritte geplant:

- Auswertung des Kurzfragebogens und Analyse der soziodemographischen Eigenschaften der Untersuchungsgruppe
- Abschluß der Auswertungen der Pretest-Interviews; Überarbeitung und Straffung des Leitfadens
- Abschluß der Interviews mit der Gruppe der verheirateten Paare
- Überarbeitung des Leitfadens für die Kontrollgruppe unverheiratet zusammenlebender Paare
- Durchführung der Interviews mit der Kontrollgruppe
- Beginn der Auswertung der Interviews

Die Auswertung besteht aus mehreren Schritten und folgt der Logik einer schrittweisen Verdichtung und Abstraktion des Materials. Solche Schritte sind:

- Die Codierung der Interviews nach den Leitfaden-Themen
- Satz-für-Satz-Interpretation
- Thematische Abstraktion und Einzelfallrekonstruktion
- Fallvergleichende Systematisierung
- Quervergleich über Themen, Verläufe und Lösungsmuster
- Typenbildung
- Zuordnung der Fälle in die Typik und deren Vergleich auf Paarebene

Alle Interviews werden vollständig transkribiert. Die Auswertungsarbeit soll durch computergestützte Analysesysteme unterstützt werden. Der Bereich Methoden und EDV hat hier in Zusammenarbeit mit den Teilprojekten A3, A4 und B1 Konzepte EDV-gestützter Auswertungen qualitativer Daten entwickelt (Kelle 1990, 1993), die auf die spezifischen Anforderungen unseres Projekts übertragen werden sollen. Wir gehen davon aus, daß bis Anfang Oktober ein großer Teil der Einzelfall- bzw. Paaranalysen der Interviews mit den verheirateten Paaren vorliegen wird.

Anlage 2: Interviewleitfaden (Pretest-Version)

Einstiegsphase:

"Sie haben also im (Monat/Jahr) geheiratet. Würden sie uns erzählen, wie es dazu gekommen ist?"

- Lebenssituation bei Kennenlernen
- Verlauf der Beziehung
- vor der Ehe zusammengelebt?
- wer war 'treibende Kraft'
- wurden Gründe diskutiert oder abgewogen (welche gaben Ausschlag)
- welche Kenntnisse gibt es über rechtliche Aspekte der Eheschließung
- haben andere Personen (Freunde, Eltern) Einfluß genommen

"Wie haben Sie Ihren Partner/Ihre Partnerin kennengelernt?"

ErstheiraterInnen: Haben Sie früher schon überlegt, zu heiraten? Warum kam es bislang nicht dazu?

WiederheiraterInnen: Woran ist vorherige Ehe(n) gescheitert?

"Wie sah Ihr Leben vor der Heirat (vor dem Zusammenziehen) aus?"

- Beschreiben Sie bitte ihren 'normalen' Alltag / wie sah ein 'typischer' Tagesablauf aus

"Hat es in den letzten Jahren wesentliche Veränderungen in Ihrem Leben gegeben?"

- Krankheiten, Krisen
- Erreichen beruflicher End- oder Wendepunkte
- Wiederheirat/Krankheit/Tod eines Elternteils

Beziehungsgeschichte:

"Gab es vor Ihrer Ehe wichtige Liebesbeziehungen?"

- Dauer, Zusammenwohnen, Aufgabenteilung, Gründe für Trennung
- Können Sie Ihre erste wichtige Liebesbeziehung beschreiben?

"Gab es in Ihrem Leben Zeiten ohne Beziehung?"

- Wie war das Leben alleine (Alltag)
- Wie standen Sie sich zu dieser Zeit finanziell? (Versorgung)
- Haben Sie sich schon einmal einsam gefühlt

Herkunftsfamilie:

"Können Sie das Leben in Ihrer (Herkunfts)-Familie beschreiben?"

- Arbeitsteilung / Konflikte der Eltern
- Verhältnis zu Geschwistern
- Gestaltung des Alltags / Einbindung in Verantwortung

"Gab es unterschiedliche Formen der Zuwendung von Vater bzw. Mutter?"

- Zärtlichkeit, Gespräche, Geld, Essen, Süßigkeiten

"Gab es zu Hause je finanzielle Schwierigkeiten? Was haben Sie davon erfahren?"

"Was fanden Sie gut an der Ehe Ihrer Eltern, was nicht?"

- Was würden Sie genauso machen, was anders?

"Wie war die Beziehung zu den Eltern nach Ihrem Auszug?"

Arbeit/Beruf:

"Könnten Sie uns Ihre bisherige Berufstätigkeit erläutern?"

- Zentralität von Arbeit
- Anforderungen der 'Karriere'
- Arbeitslosigkeit, berufliche Krisen (wer half bei Bewältigung?)

Soziales Netz:

"An wen haben Sie sich (vor der Ehe) auch mit sehr persönlichen Dingen gewandt; wen konnten Sie um Rat und Hilfe bitten?"

- Rolle der Eltern, familiales Netzwerk, Freunde/Bekannte

"Gab es Zeiten, wo Sie sich mit Ihren Problemen alleingelassen fühlten?"

- Was waren das für Probleme
- Was haben Sie dann gemacht

"Haben Sie schon einmal Geldsorgen gehabt?"

- Wie sind Sie damit umgegangen
- an wen haben Sie sich gewandt
- wer hat Ihnen geholfen? (z.B. Geld geliehen)

"Gibt es Situationen, in denen Sie anderen Menschen helfen (bzw. hat es die konkret gegeben?)"

- Welche Art von Hilfeleistung, welche Personen
- Beziehungen durch Gegenseitigkeit definiert ("Haben Sie etwas zurück-erhalten/erwartet")

"Haben sich durch die jetzige Partnerschaft andere Beziehungen, Freundschaften verändert?"

"Bestand der Freundeskreis vor der Heirat überwiegend aus (verheirateten) Paaren oder Einzelpersonen?"

Liebe/Sexualität/Treue:

"Würden Sie ihre Gefühle gegenüber Ihrem Partner als Liebe bezeichnen? Was bedeutet das für Sie?"

- Leidenschaft vs. Partnerschaft
- Wichtigkeit befriedigender Sexualität
- Offenheit/Vertrauen

"Glauben Sie, daß Sexualität und Ehe zusammengehören?" (Ist Sexualität ein Grund zum Heiraten?)

"Wie wichtig ist für sie (sexuelle) Treue des Partners?"

- Wäre ein Seitensprung des Partners ein Grund für eine Trennung?
- Würde man sich selber einen Seitensprung zugestehen

Matching:

"Was erwarten Sie von einem Partner, der zu Ihnen paßt? Über welche Eigenschaften sollte er/sie verfügen?"

"Was macht Ihren Mann / Ihre Frau zu einem guten Partner / einer guten Partnerin für Sie?"

Organisation des Alltags vorher/nachher:

"Haben Sie Entscheidungen/Arbeiten an den Partner/die Partnerin abgetreten, für die Sie vorher allein zuständig waren?"

- Haus- vs. Berufsarbeit (wer bügelt, kocht, wäscht das Auto, etc.)
- soziale Kontakte
- Verwaltung der Finanzen (wer macht die Steuererklärung, gemeinsames Konto)
- Welche Entscheidungen werden von Ihnen (Ihrem Partner/Partnerin) alleine, welche gemeinsam getroffen?"

"Hat sich Ihre finanzielle Situation durch die Heirat verändert?"

- gemeinsames Eigentum
- Ehevertrag

Antizipation von Risikolagen:

"Können Sie sich Situationen vorstellen, in denen Sie auf Unterstützung durch ihren Ehepartner/Ihre Partnerin angewiesen sind?"

- Gesundheitliche, finanzielle, seelische Probleme

Am Schluß:

"Wenn Sie sich Ihre jetzige Situation vor Augen halten:

was haben Sie durch die Heirat gewonnen (was möglicherweise verloren)?"

Projektbereich C

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojekts C1

Thema: "Normative Annahmen institutioneller Akteure bei der Regulierung prekärer gesundheitlicher Lebenslagen am Beispiel der medizinischen Rehabilitation"

Beteiligte Wissenschaftler:

Prof. Dr. Rainer Müller	(GA) (Projektleiter)
Dr. Gerd Marstädt	(GA) (ab 1.8.1991)
Dr. Ulrich Mergner	(EA) (ab 1.9.1991)

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Ausgangsfragestellung und Stand der Forschung
3. Methodisches Vorgehen
4. Ergebnisse
 - 4.1. Der soziale Gehalt kassenspezifischer Verständnis- und Handlungsweisen: Ein Typisierungsansatz
 - 4.2. Rehabilitationskonzepte der Kassen
 - 4.3. Theoretische Arbeiten: Rehabilitation und institutionelles Handeln, Risikolagen und Statuspassagen
5. Veröffentlichungen und Außenaktivitäten
 - 5.1. Veröffentlichungen
 - 5.2. Außenkontakte

1. Zusammenfassung

Am Beispiel medizinischer Rehabilitation innerhalb der Gesetzlichen Krankenversicherung wurden im Forschungsprojekt Muster institutioneller Regulierung von Statuspassagen untersucht. Die Frage nach den Problemlösungsstrategien und Interventionsformen sozialstaatlicher Institutionen angesichts des Bedeutungsgewinns chronisch-degenerativer Erkrankungen versprach zugleich einen Erkenntnisgewinn hinsichtlich möglicher Veränderungen des Verhältnisses von Individuum und Institution im Prozeß gesellschaftlicher Modernisierung.

Medizinische Rehabilitation ist nach fast einmütiger Auffassung von Medizinern wie Sozialwissenschaftlern ein aktuell mehr denn je essentielles gesundheitspolitisches Instrument. Innerhalb der Gesetzlichen Krankenversicherung dominiert nach unseren Ergebnissen in diesem Bereich jedoch ein Handlungsmuster reaktiver Verwaltung, das auf eine systematische Bedarfsermittlung, Information oder Effizienzkontrolle verzichtet. Der Regulationsprozeß ist nicht von vornherein und durchgängig restriktiv geprägt. Ein egalitaristischer Anspruch legitimiert die passive Reaktivität der Handlungsmuster und bewirkt in dieser Gleichbehandlung von Ungleichen eine Verfestigung sozialer Deprivilegierungen. Eine kompensatorische Politik oder auf Risikogruppen orientierte Information greift jedoch nirgends Raum. An ihrer Stelle finden sich oft wettbewerbsorientierte Konzepte der Gesundheitsförderung.

Darüber hinausgehend machen unsere empirischen Befunde jedoch Differenzen deutlich: Trotz der vermeintlich nur minimalen Handlungs- und Ermessensspielräume, die der Gesetzgeber den Organisationen der GKV einräumt, lassen sich unterschiedliche - allgemeine und rehabilitationsspezifische - Muster von Handlungskonzepten und Sichtweisen der Kassen nachweisen. Diese Unterschiede zwischen "Notgemeinschaften", "Wertegemeinschaften" und "Zweckgemeinschaften" - wie wir die Kassen-Typen vorläufig benannt haben - sind nicht allein erklärbar aus ökonomischen Rahmenbedingungen, Traditionen, Mitglieder- und Risikostrukturen. Sie repräsentieren je spezifische, teils eher unterschwellig wirk-

same Sichtweisen, Normen und Wertorientierungen der Akteure einerseits, sind aber andererseits ebenso auffindbar in Organisationsstrukturen oder konkreten Mustern der Entscheidungsfindung und des Umgangs mit Versicherten.

Die empirische Tragfähigkeit dieser Typisierung erweist sich auch bei der Betrachtung des Kassenhandelns im Bereich Kuren/Rehabilitation. In den von uns identifizierten und analytisch mehrschichtig voneinander abgegrenzten unterschiedlichen "Rehabilitationskonzepten" der Kassen (wir unterscheiden "modernistisch-kontrollierende", "pragmatisch-normbedachte" und "kundenorientiert-liberale") werden zunächst je unterschiedliche Auffassungen deutlich, was gesundheitspolitische Funktionen der Kasse oder auch den Umgang mit Versicherten betrifft. Betrachtet man parallel dazu die je typische Mitgliederstruktur, so zeigt sich, daß die Rehabilitationskonzepte der Kassen dort autoritär-kontrollierend sind, wo Information und Anregung am meisten vermißt werden, und dort permissiv-kulant, wo - nach eigener Aussage der Kassen-Akteure - eine medizin-konsumtive Anspruchsinflation zu beobachten ist. Die institutionelle Allokation gesundheitspolitischer Maßnahmen folgt damit kaum einer risikoorientierten Logik der Überbrückung bzw. Vermeidung negativer Statuskarrieren, sondern sehr viel eher der Kompetenz von Versicherten zur Nachfrage und Geltendmachung von Ansprüchen.

2. Ausgangsfragestellung und Stand der Forschung

Der Antrag des Projekts C1 für die laufende Bewilligungsphase formulierte als zentrale Frage die nach den normativen Vorstellungen institutioneller Akteure, die in der sozialstaatlichen Regulierung prekärer gesundheitlicher Lebenslagen wirksam sind. Am Beispiel des Umgangs mit Anträgen auf Maßnahmen zu medizinischer Rehabilitation im Bereich der Gesetzlichen Krankenversicherung sollten Sichtweisen der Rehabilitationsbedürftigkeit und der Normalität von Lebensläufen sowie die gesellschaftliche Prägung von Lebensverlaufsmustern untersucht werden.

Dementsprechend wurde im Antrag der Forschungsstand vor allem charakterisiert in bezug auf inhaltliche und organisatorische Probleme institutioneller Bearbeitung von Rehabilitationsfällen zum einen, die zeitliche Dimensionierung von Lebensläufen und ihre konzeptionelle Fassung (in Begriffen wie trajectory oder Karriere) zum anderen. In beiden hat sich der state of the art seitdem wenig verändert. Insbesondere die Forschung über Rehabilitation bezieht sich immer noch überwiegend nicht auf den Bereich der Gesetzlichen Krankenversicherung, sondern auf den der Rentenversicherung (vgl. etwa VDR 1992, Koch/Barth 1990). Inhaltliche Schwerpunkte der vorliegenden Untersuchungen finden sich weiterhin in den Fragen nach dem Rehabilitationsbedarf, nach der Inanspruchnahme (einschließlich diesbezüglicher Barrieren) und nach der medizinischen Effizienz von Rehabilitationsmaßnahmen (vgl. Barth 1992, Biefang u.a. 1992, Koch u.a. 1990, Barth u.a. 1989, Tiemann 1988) sowie nach der beruflichen Wiedereingliederung nach Rehabilitation (vgl. Gerhardt 1992, Badura u.a. 1987, von Ferber 1987). Einen neuen Akzent in die stark auf den Nachweis von Selektivität und schichtspezifischen Differenzen orientierten Diskussionen um das letztgenannte Problem bringt allenfalls Gerhardt (1992) mit ihrem Versuch, Rückkehr in den Beruf bzw. Frühverrentung nach Rehabilitation auch als Ergebnis intentional und reflexiv strukturierter Handlungsentscheidungen im Zusammenhang einer "Erosion von Leistungsethik" zu erklären.

Nicht zuletzt auf dem Hintergrund von Anregungen und Auflagen aus dem Gutachtervotum nahmen wir zu Beginn der Projektarbeit eine kritische Revision des dem Antrag zugrundeliegenden Konzepts vor (vgl. ausführlich dazu: Zwischenbericht, S.10-31). Die Unterschiedlichkeit institutioneller Regulierungsweisen in verschiedenen Organisationszusammenhängen wurde in den Vordergrund gestellt, die "institutionellen Akteure" konzeptionell eingebunden in die Besonderheit von Organisationskulturen. Die Fragestellung wurde zugespitzt auf Differenzen in der Bearbeitung von Anträgen auf Rehabilitationsmaßnahmen im Rahmen unterschiedlicher Organisationen der Gesetzlichen Krankenversicherung und auf deren Erklärung im Kontext je spezifischer Handlungsbedingungen, Zielsetzun-

gen, Wertvorstellungen und Verständnisweisen.

Die theoretisch-konzeptionelle Arbeit verlagerte sich damit allerdings weitgehend in Forschungsneuland. Die Kennzeichnung des Stands kassenbezogener Forschung muß vor allem auf Lücken verweisen: Im besonderen mangelt es an Arbeiten zu den Bedingungen, Zielsetzungen und Verständnisweisen sowie den Formen des Handelns einzelner (verschiedenen Kassenarten zugehöriger) Kassen im Bereich Rehabilitation. Aber auch unter der allgemeineren Frage nach dem Wissen über die Institution GKV kann man, trotz einer Vielzahl von Veröffentlichungen, wie Mayntz/Derlien (1979, S.2) Ende der siebziger Jahre, immer noch von einer relativen "Unerforschtheit des Gegenstands" sprechen.

Die vorliegenden Untersuchungen konzentrieren sich in ihrer Mehrheit auf die Bedeutung des Wandels externer Bedingungen für das Krankenversicherungssystem, allenfalls für einzelne Kassenarten. Weder gibt es bisher systematische Deskriptionen und Analysen kassenspezifischer Umgangsweisen mit nicht-kurativen Gesundheitsdienstleistungen, noch Hypothesen oder gar konsistente, empirisch überprüfte Konzepte, die Erklärungen anbieten könnten für diesen bislang wenig beachteten sozialen Tatbestand. Insbesondere wird die "Subjektivität" der Kassenorganisationen - d.h. gewachsene kollektive Wert- und Zielvorstellungen, Verständnisweisen und eingespielte Regelungsformen, Faktoren, die das Kassenshandeln oft auch unter der Hand bzw. "hinter dem Rücken der Akteure" bestimmen - neben den vorrangig untersuchten "objektiven" ökonomischen, normativen und arbeitsprozeßlichen Rahmenbedingungen kaum beachtet.

Zwar finden sich Hinweise auf unterschiedliche Strategien und Handlungsergebnisse: So verweist etwa Herder-Dorneich (1985) auf die Rolle unterschiedlicher Leistungsangebote im Wettbewerb, Neubauer/Birkner (1980) und Schröder u.a. (1990) arbeiten Unterschiede in der Qualität der Versorgung heraus, die Versicherten verschiedener Kassenarten zuteil wird. Deren Erklärung greift jedoch nicht auf die von uns pointierten "organisationskulturellen" Aspekte zurück. Allenfalls werden organisationsspezifische Interessen angedeutet: So spricht etwa

Eberle (1992) von "subjektiven Interessen der AOK-Kasse", Webber (1988) benennt "Selbsterhaltung als Ziel von Kassenorganisationen", Paquet (1987) allgemeiner "Selbsterhaltungs- und Expansionsinteressen der Sozialbürokratien", Rosenberg (1986) verweist auf die Gliederung nach Berufszugehörigkeit der Mitglieder als Grundlage der Verfolgung "eigener Interessen" durch die GKV-Kassen und Mayntz/Derlien (1979) gehen davon aus, daß auch "Gründungs- und Beibehaltungsmotive der Kassen" und "Selbsterhaltung" handlungsleitende Nebenziele von Kassen sein können.

Empirisch wird diese Problematik unseres Wissens ausführlicher nur in den Untersuchungen von Kühn (1989) und Oppen (1991) angegangen. Am Beispiel des EDV-Einsatzes in Sozialversicherungen thematisiert Kühn in Verschränkung von sozial- und arbeitspolitischer Perspektive die Bedeutung der Tatsache, daß Sozialleistungen auch Ergebnisse von Arbeitsprozessen sind, für die Position der Klienten und ihrer Bedürfnisse in Sozialverwaltungen. Auf der Basis einer Vorstellung von Rationalisierung als sozialem, zielgeleitetem und interessenbestimmtem Prozeß arbeitet er unterschiedliche Rationalisierungskonstellationen und -muster heraus und konzipiert betriebliches Handeln in der Gestaltung von Arbeitsprozessen dabei als rationales, an Markterfordernissen orientiertes. "Organisationskulturelle" Aspekte bleiben weitgehend ausgeblendet.

Oppen (1991) bezieht diese Dimension in ihrer Untersuchung einzelbetrieblicher "Modernisierungsstrategien" der Erstellung von Dienstleistungen dagegen systematisch ein. Auf dem Hintergrund konstatierten "objektiven Rationalisierungsdrucks" identifiziert sie drei Konzepte des "Umbaus von Verwaltungsapparaten zu produktivitätsorientierten Dienstleistungsunternehmen". In Anlehnung an industriesoziologische Begriffsbildungen spricht sie von "Produktionskonzepten": einem "technokratischen, neo-tayloristisch geprägten", einem "marktorientierten" und einem "klientenzentrierten". Insbesondere die Entwicklung des letzteren sieht sie als Ergebnis eines "iterativen Prozesses organisatorischen, sozialen und kulturellen Wandels" und rückt dabei die Bedeutung organisationskultureller Be-

dingungen für unternehmensspezifische Dienstleistungsqualität und ihre Veränderung in den Vordergrund.

Damit geht sie einen erheblichen Schritt über den Stand organisations- und verwaltungswissenschaftlicher Forschung hinaus. Dies betrifft einerseits eher allgemeine, auf "Verwaltungshandeln" bezogene bürokratiekritische Diskussionen (vgl. Grunow 1988, 1982, Lange/Sippel 1986, Mayntz/Schumacher-Wolf 1985, Kaufmann 1979, Kaufmann/Schäfer 1979), in denen es um die "Bürgernähe" von Verwaltungen geht, andererseits spezifischere, um die Verbesserung des Dienstleistungsangebots der Kassen und die Steigerung der "Dienstleistungsqualität" ihres Handelns geführte Debatten (vgl. zusammenfassend Oppen 1992, 1991, aber auch schon Badura/Gross 1976). Gerade in den bürokratiekritischen Diskussionen finden sich dabei Hinweise auf die Bedeutung "gewachsener Kulturen" für das Handeln von Institutionen. So spricht etwa Grunow (1988) von "Verwaltungsklima" und "Bürokultur", Richards (1990, zitiert nach Oppen 1992) sieht das Management oder Teile davon auch als "Wächter über die alte Kultur", Docherty/Stjernberg (1985) diskutieren die Notwendigkeit eines "Kulturwandels" von einer "Kontroll-" zu einer "Dienstleistungskultur". Hegner (1978) geht am weitesten in dieser Richtung, wenn er die "bewußtlose" Setzung und Anwendung formalisierter Verhaltenserwartungen in der Verwaltung" unterstellt.

Weitere Anregungen, die allerdings wegen der begrenzten Vergleichbarkeit der Bedingungen im gewerblichen Sektor und im Sozialversicherungsbereich auch die Frage der Übertragbarkeit von theoretischen Ansätzen aufwerfen, finden sich schließlich im betriebssoziologischen Konzept der "betrieblichen Arbeits- und Sozialordnung", das in Anknüpfung an die ältere deutsche Betriebssoziologie (Geck, Briefs) entwickelt wurde (vgl. Dabrowski u.a. 1984, Kotthoff 1986, Dabrowski u.a. 1989, Hildebrandt/Seltz 1989, Hildebrandt 1991). Dort scheint uns der Ansatz an organisationskulturellen, nicht strategisch entwickelten Hintergründen des Handelns von Betrieben - sowohl was seine theoretische Fassung und Begründung, als auch, was seine empirische Einlösung anbelangt - bislang am weitesten entwickelt.

3. Methodische Vorgehensweise

Basis für die Festlegung des Untersuchungskonzepts war die Einsicht, daß aufgrund des defizitären Forschungsstands für die Untersuchung institutioneller Regulierungsweisen von Statuspassagen und damit korrespondierender Handlungs- und Deutungsmuster von Entscheidungsträgern im Bereich der GKV ein ausschließlich quantitatives Vorgehen bei einem größeren Sample von Kassen nicht in Frage kam. Stattdessen wurde ein Fallstudien-Ansatz gewählt, der problemzentrierte Interviews (vgl. Witzel 1985, Lamnek 1988), Dokumentenanalysen und statistische Aufarbeiten einschloß. Um die objektiven Rahmenbedingungen von Kassenhandeln in möglichst großer Streuung in die Untersuchung einzubeziehen, wurden aus drei Kassenarten jeweils zwei Kassen in unterschiedlichen Regionen ausgewählt, die sich auch hinsichtlich Größe (Mitgliederzahl), Risikostruktur (Sozialstruktur der Mitglieder) und ökonomischer Bedingungen (Grundlohnsumme, Beitragssatz) voneinander abhoben.

Die in den 6 Kassen realisierten Expertengespräche (vgl. zu Art und Umfang der empirischen Erhebungen ausführlich: Zwischenbericht, S.6-8, 25-31) wurden nach Transkription in einem ersten Durchgang - für den die Dramaturgie und Gliederung des Fragebogens die Orientierung lieferte - personenbezogen verdichtet und klassifiziert a) hinsichtlich artikulierter Wahrnehmungs- und Deutungsmuster (die Interviewthemen in subjektiver Perspektive umstrukturierten) und b) hinsichtlich gegebener Explikationen und Begründungen für Handlungsrouninen, Maßnahmeabläufe, Entscheidungen, Verhaltensstrategien in Problem- und Konfliktsituationen. Das so erarbeitete Klassifikationsschema wurde überprüft auf eine hinreichende interpersonelle Repräsentanz von Themen und Gegenstandsbereichen, sowie auf eine hinreichende Varianz unterschiedlicher Ausdeutungen und qualitativer Differenzen in der Explikation von Sichtweisen, Motiven, Begründungsmustern. Dimensionen, die über die befragten Akteure (wie einbezogenen Kassen) hinweg ein hohes Maß an inhaltlicher Konsistenz und Strukturafinität aufwiesen (insbesondere wohl bedingt durch berufsbiographisch geprägte

"topoi" aufgrund gemeinsamer und übereinstimmender Erfahrungen und Normen im Kontext der Tätigkeit im Reha-Bereich der GKV) haben wir im Zwischenbericht ausführlich dargestellt (vgl. dort, S.32 - 42), ihrem Vorhandensein dann aber auch auch in der Konzeptentwicklung Rechnung getragen.

Im Kontext der Interpretationsarbeit fanden kontinuierlich "cross-checked examinations" statt: Sowohl unter Rekurs auf Daten und Dokumente als materiale Repräsentationen von Handlungsrouitinen und Entscheidungen insbesondere der Sachbearbeiter/innen (vgl. Prein u.a. 1993), wie auch im Über-Kreuz-Vergleich interpretativer Verdichtungen zwischen den beteiligten Forschern als Validitäts- und Reliabilitätsprüfung. Gleichzeitig erforderten Untersuchungsziel und Fragestellung nach kassentypischen Handlungs- und Deutungsmustern einen weiteren Arbeitsschritt: Ergebnisse der bis dahin auf individueller Ebene vorgenommenen Interview-Auswertung wurden nun im Kontext der Kassen betrachtet. Die innerhalb dieses neuen analytischen Rasters zu beobachtenden interpersonellen Abweichungen und Differenzen wurden zunächst formal gekennzeichnet durch (qualitative wie quantitative) Homogenitäts-Maße, die den Grad der Übereinstimmung bzw. Abweichung in bezug auf spezifische Themen und Problemkomplexe innerhalb einer Kasse sowie zwischen einzelnen Akteuren verschiedener Kassen kennzeichneten. Damit wurden erstmals auch Verbindungslinien erkennbar, die eine Zugehörigkeit verschiedener Einzelkassen zu einem Typus indizierten. Zunächst waren jedoch - unter erneutem Zugriff auf das Interviewmaterial - Divergenzen zu klären. Zu prüfen war dabei insbesondere, inwieweit durch eine begrenzte, inhaltliche spezifiziertere (oder auch offenere) Redefinition der Auswertungs-Kategorien eine höhere Kassen- und Typen-Homogenität zu erreichen ist. Nach Abschluß dieses mehrstufigen bzw. spiralförmigen Arbeitsschrittes verblieben schließlich jene Auswertungskategorien und inhaltlichen Differenzierungen, die wir im folgenden Kapitel darstellen.

Einige Anmerkungen sind schließlich erforderlich zum Status der so herausgearbeiteten Kassentypologie. Was die Wahrnehmungsmuster, Motive und Begrün-

dungen betrifft, die wir im folgenden drei Typen zuordnen, so sind dies nach unserem Verständnis "kollektive" Deutungsmuster. Relative Homogenität in diesen thematischen Kontexten kann sich deshalb so prägnant herstellen, weil dazu mehrere Bedingungen erfüllt sind: Ein kommunikativer Rapport im Rahmen der alltäglichen Arbeitstätigkeit und des Organisationszusammenhangs (auch zwischen Mitgliedern verschiedener Kassen im Rahmen von Weiterbildung bzw., auf höherer Ebene, im Rahmen von Verbandsfunktionen) zum einen, ein strukturell gemeinsamer Erfahrungshintergrund (die Interaktion mit einer spezifischen Klientel in einem spezifischen Problemfeld) zum anderen sowie ein - jeweils typenspezifisch - einheitlicher normativer und institutioneller Rahmen mit Vorgaben und Arbeits-Anforderungen, die die theoretisch denkbare Streuweite individueller Ausdeutungen eingrenzen. So wäre z.B. eine restriktiv-kontrollierende Strategie der Begutachtung von Rehabilitationsanträgen nur schwierig vereinbar mit Sichtweisen, die eine deutliche rehabilitative Unterversorgung hervorheben, normativ konkordanter und im Organisationszusammenhang weniger konfliktorisch ist in diesem Kontext ein Wahrnehmungsmuster, das "Mißbrauchs-Erfahrungen" akzentuiert. Kollektive Deutungsmuster, wie wir sie beschreiben, haben gleichwohl eine doppelte Qualität: Einerseits repräsentieren sie wert- und zweckrationale Begründungen von Alltagshandeln, andererseits haben sie durchaus (wie nicht zuletzt die Diskussion zur "Organisationskultur" hervorgehoben hat) auch eine unterschwellig prägende Kraft und Eigendynamik, können auch eine Veränderung organisationstradierter Handlungsmuster in Gang setzen.

Die im folgenden Kapitel skizzierte Typologie unterschiedlicher Rehabilitations-Konzepte von Kassen bezieht sich unmittelbar auf den Gegenstand unseres Forschungsvorhabens. Wenn wir vorher eine mit dieser Systematik kongruente, jedoch sehr viel allgemeinere Differenzierung von "Verständnisweisen und Mustern des Kassenhandelns" vorstellen, so bedarf dies der Begründung. Zum einen: Gegenstand der Interviews waren neben den genannten konkreten Handlungsfeldern stets auch Fragen und Themenanstöße, die über die Alltagsarbeit im Bereich Rehabilitation hinausweisen und zur Explikation allgemeinerer Nor-

men, Zielsetzungen und Begründungen anregen sollten: gesundheitsbezogene Ansprüche von Versicherten, Kostenexplosion im Gesundheitswesen, Ärzte und Medizin, Gesundheitsverhalten der Bevölkerung, Strukturreform der GKV - um einige Beispiele zu nennen. Diese Problemanstöße wurden von fast allen Befragten sehr engagiert aufgenommen und lieferten umfangreiches Interpretationsmaterial, das es dann auch erlaubte, hinausgehend über die Thematik Rehabilitation allgemeinere Strukturmerkmale des Kassenhandelns und der vorfindbaren Verständnisweisen zu beschreiben und zu typisieren. Zum anderen: Der Rehabilitations-Bereich stellt für uns - wir haben dies an anderer Stelle begründet - kein beliebig austauschbares Untersuchungsfeld für Kassenhandeln dar. Vielmehr ist er - aufgrund seiner gesundheitspolitisch hohen Relevanz, aufgrund seiner gesetzlichen Regelung in "Kann-Bestimmungen" und damit gewisser Ermessensspielräume für die GKV-Kassen im Vergleich zum kurativen Bereich, sowie aufgrund einer anderen Handlungslogik (Leistungs-Beantragung bei der Kasse) - ein empirisches Untersuchungsfeld par excellence dar, auf dem das Zusammenspiel ökonomischer, normativer, gesundheitspolitischer und organisationsbezogener Einflußdimensionen besonders deutlich beobachtbar ist und Aufschlüsse gewonnen werden können über zugrundeliegende Organisationsnormen und Handlungsstrukturen. Insofern läßt sich dort am besten der konkrete Nachweis von Differenzen auf der Basis organisationskultureller Besonderheiten führen, mit dem deren vorgängige interpretative Herausarbeitung zusätzlich bestätigt wird.

4. Ergebnisse

Seit dem Abschluß der empirischen Erhebungen und der Erstellung des Zwischenberichts war die Projektarbeit auf drei Aufgabenschwerpunkte gerichtet:

- 1.) auf die Erarbeitung einer Typologie allgemeiner kassenspezifischer Verständnis- und Handlungsweisen im Zusammenhang einer Einschätzung der je besonderen Risiko- und Organisationsstrukturen,
- 2.) auf die Typisierung unterschiedlicher Rehabilitationskonzepte und
- 3.) auf die Einbindung unseres Konzepts in den theoretischen Rahmen des Sfb

186 und seine Diskussion im Kontext allgemeinerer soziologischer Diskurse über Risiko, Modernisierung und Individualisierung. Die vorläufigen Ergebnisse der Arbeiten in diesen drei Bereichen werden im folgenden zusammenfassend vorgestellt. Das Fehlen zusammenhängender inhaltlicher Begründungen und konkreter empirischer Belege ist dabei den formalen Begrenzungen dieses Berichts geschuldet.

4.1. Der soziale Gehalt kassenspezifischer Verständnis- und Handlungsweisen: ein Typisierungsansatz

Seinen inhaltlichen Ausgang nahm der diesbezügliche Analyse- und Interpretationsprozeß von einem Vergleich der objektiven Handlungsbedingungen der in die Untersuchung einbezogenen Kassen. Aufgearbeitet wurden Risikostruktur (Indikatoren für Beitragsaufkommen und Leistungsausgaben), Versichertenstruktur (sozialstrukturelle Merkmale, Homogenität usw.) und Marktsituation der einzelnen Kassen. Diese Bedingungen bestimmen zwar wesentlich den Handlungsspielraum der Versicherungen, lassen jedoch noch Raum für die Entwicklung unterschiedlicher "Unternehmenskonzepte" bzw. für das Wirksamwerden unterschiedlicher "Organisationskulturen". Sie geben also keinen "one and only way" vor, determinieren schon allein deshalb nicht die Unternehmenspolitik, weil sie nicht unmittelbar handlungsrelevant werden, sondern nur über ihre Wahrnehmung und Deutung auf der Basis ex- wie impliziter Organisationsziele, Verständnisweisen und eingefahrener Routinen.

Erste Hinweise auf deren Bedeutung ließen sich finden in der Analyse und Bewertung von objektiven Merkmalen der "Organisationsstruktur" der untersuchten Kassen - also etwa des Zentralisierungsgrads, der "Schlankheit" der Verwaltung, der Bedeutung bürokratischer Routinen, der Dichte formalisierter Regelungen und der Striktheit ihrer Anwendung. Die endgültige Typisierung erfolgte jedoch in der Analyse zentraler Verständnisweisen (Handlungsbedingungen, Organisationsstrukturen, Aufgaben, Klientel) und Handlungsorientierungen. Soweit diese

bewußt entwickelt werden, lassen sie sich anhand der Gesprächsprotokolle erschließen. Doch eine Beschränkung darauf würde Wesentliches ausblenden: Unbeachtet bliebe nämlich zum einen, daß sie auch unreflektierter Bestandteil gewachsener Organisationskulturen sein, in unbewußten beruflichen Sozialisationsprozessen tradiert und "hinter dem Rücken der Akteure" wirksam werden können, zum anderen, daß die kommunizierten Ziele von Organisationshandeln nicht notwendig die allein handlungsbestimmenden sein müssen. Der tatsächliche soziale Gehalt von Verständnis- und Handlungsweisen muß also in der vergleichenden Würdigung verschiedener empirischer Informationen interpretativ herausgearbeitet werden.

Die entwickelten Typen sind keine Idealtypen im Weberschen Sinne, sondern empirisch fundierte, zunächst analytisch und dann interpretativ gewonnene Realtypen. Das *genus proximum* der definitorischen Benennung ("...Gemeinschaften") nimmt ausdrücklich nicht Bezug auf den emphatischen Tönnieschen Begriff von Gemeinschaft - was hier inhaltlich nicht näher begründet werden kann. Sein Inhalt wird hier vielmehr pragmatisch bestimmt: Wir beziehen uns mit dem Begriff auf das gemeinsame historische Erbe von GKV-Kassen, das zum einen im real wirkenden "Solidarprinzip" (Einkommensabhängigkeit der Beiträge, aber Bedarfsbezug der Leistungen; Umverteilung), zum anderen in der fortdauernden (wenn auch praktisch unterschiedlich relevanten) Betonung gemeinschaftsbezogener Wert- und Zielvorstellungen innerhalb der jeweiligen Kassenorganisationen bestimmt werden kann. Erst die benannten *differentiae specificae* kennzeichnen allerdings den unterschiedlichen sozialen Gehalt der entwickelten Gemeinschaftstypen und der dort wirksamen Verständnis- und Handlungsweisen.

Empirisch unterschieden haben wir Not-, Werte- und Zweck-Gemeinschaften. Dem Typus "Notgemeinschaften" sind die untersuchten Ortskrankenkassen, sowie eine der Betriebskrankenkassen zugeordnet. Die zweite Betriebskrankenkasse sowie eine der Angestelltenersatzkassen sehen wir als "Wertgemeinschaften". Die zweite Angestelltenersatzkasse schließlich steht für den Typus der "Zweckge-

meinschaften". Diese Zuordnung scheint partiell der Kassenartssystematik zu entsprechen. Wir halten das aber für ein Ergebnis der spezifischen Zusammensetzung unseres Untersuchungssamples. Nachstehend sollen nun die im folgenden Schema vergleichend charakterisierten Typen je einzeln kurz vorgestellt werden (s. Schema Seite 205)

A Notgemeinschaften:

Objektive Basis dieses Typus ist eine besondere, sich in relativ hohen Beitragsätzen ausdrückende Risikostruktur, sowohl was Grundlohnssumme, als auch, was Leistungsrisiken betrifft. Die (vor dem Erlaß des GSG geltenden) rechtlichen Rahmenbedingungen setzen Strategien zur "Verbesserung" der Risikostruktur zweifellos enge Grenzen. Allerdings befördern auch die organisationsstrukturellen Merkmale von Kassen dieses Typus (z.B. eher bürokratisch-formalisierte Organisationsformen und eingefahrene Handlungsrouninen, ausgeprägte Hierarchien und Laufbahnprinzip, Delegation von Ermessensentscheidungen an hierarchisch höhere Instanzen) eine eigenständige Strategieentwicklung nicht gerade.

Dementsprechend ist die Wahrnehmung und Beurteilung der Handlungsbedingungen der Kasse realistisch und pessimistisch zugleich: Die Situation wird auch unter dem Aspekt längerfristigen Organisationserhalts als eher bedrohlich eingeschätzt. Die Beurteilung von Handlungsmöglichkeiten stellt deren enge Grenzen in den Vordergrund, wobei der eigene Anteil an solchen Begrenzungen kaum ins Blickfeld gerät. Die Organisationen sehen sich in der Defensive, in der es vor allem darum geht, das Schlimmste zu verhüten. Das Organisationsverständnis hebt zum einen vor allem ab auf die Heterogenität des Versichertenkreises unter sozialstrukturellen Aspekten und auf den - wegen vieler "Zwangs"mitgliedschaften - fehlenden positiven Bezug der Versicherten auf gemeinsame Ziele und Werte. Zum anderen wird ein Bild von der eigenen Organisation deutlich, das am ehesten mit dem Begriff "Sozialbürokratie" gekennzeichnet werden kann: Es geht um die administrative Distribution von Leistungen auf der Basis externer (medi-

Typologisches Schema: Rehabilitations-Konzepte von Kassen

<i>Typologisches Schema: Allg. kassenspezifische Verständnis- und Handlungsweisen</i>		
<i>Notgemeinschaften</i>	<i>Wertegemeinschaften</i>	<i>Zweckgemeinschaften</i>
<i>Wahrnehmung der Handlungsbedingungen der Kasse</i>		
Bedrohung durch ungünstige Rahmenbedingungen Objektiv begrenzte Handlungsmöglichkeiten Gesundheitspolitische Defensive	Nischenexistenz auf dem Markt, Versichertennähe Kritische Akzeptanz des rechtl. Rahmens, Selbstbegrenzung Vorsichtige Nutzung gesundheitspolitischer Handlungsspielräume	Etablierte Position auf oligopolistischem Markt Wettbewerb bestimmt Handlungserfordernisse Grenzüberschreitungen und gesundheitspolitische Innovationen im Organisationsinteresse
<i>Organisationsverständnis</i>		
Heterogenität der Versichertenstruktur Unfreiwillige Assoziation - fehlender positiver Wert-Bezug auf Kasse "Sozialbürokratie"	Homogenität der Versichertenstruktur Freiwillige Assoziation - Wert- und Zielkonsens innerhalb der Organisation "small is beautiful": Dienstleistungsqualität und Erfolg	Heterogenität bis Diffusität der Versichertenstruktur Freiwillige Assoziation - Folge vorwiegend ökonomisch begründeter Wahlhandlung Zentralist. Großorganisation, Produktion attrakt. Dienstleistungen
<i>Aufgabenverständnis</i>		
Bezug auf Bedarf im Sinne von "Bedürftigkeit" "Wohlfahrtshandeln", Hilfe in prekären Lebenslagen Erziehung und Kontrolle der Versicherten	Bezug auf "angemessenen (nicht nur med. bestimmten) Bedarf" Betreuung und Hilfe zur Selbsthilfe Solidarität und Gemeinsinn zur Optimierung von Bedarfsbefriedigung	Bedienung von Ansprüchen Kundenservice, Dienstleistung unter Wettbewerbsbedingungen Ergänzungsverhältnis v. ges.polit. Innovationen und ökonom. Erfolg
<i>Wahrnehmung der Versicherten</i>		
Nur begrenzt mündige und selbständige Mitglieder Unterschichtmilieu und -kultur Relativ deutliche Mißbrauchsunterstellung	Verantwortungsbewußte Gemeinschaftsangehörige Milieu einer wertkonservativen Mittelschicht Mißbrauch als materiell begründetes Verlassen der gemeinsamen Wertgrundlage durch Einzelne	Kalkulierende Individuen mit demokratischen Ansprüchen Selbstbewußt-leistungsorientiertes Mittelschichtmilieu Mißbrauch als ubiquitär mögl. Randerscheinung
<i>Handlungsorientierungen und -weisen</i>		
Beharrungsmacht traditioneller Routinen in der Leistungsdistribution Forcierte, aber oft formale, nur extern induzierte Modernisierung Restriktivität und Reaktivität	Flexibilität u. fallangemessene Bedarfsbefriedigung auf Basis traditioneller Vorstellungen Herkommen, Solidarität u. "selektive Modernisierung" Handeln "im Sinne des Versicherten", gegenseitige Bindungswirkung des Solidarprinzips	Rationale Planung, technokratisch-zentralistische Umsetzung Forcierte, auch inhaltlich fundierte Modernisierung im Wettbewerb Kulanz und Aushandlungsmöglichkeiten in Spannung zu Verregelung

zinischer) Bedarfsbestimmungen und im Rahmen als kaum auslegungsfähig wahrgenommener Verfahrensvorschriften.

Im Aufgabenverständnis sind Leistungsgründe und -motive durch Vorstellungen von Bedarf bestimmt, die in Richtung Bedürftigkeit changieren. Der Charakter der Leistung kann als "Wohlfahrtshandeln" interpretiert werden, die Leistungsziele richten sich vor allem auf "Hilfe" in prekären Lebenslagen. Die unausgesprochene, aber erkennbar vorrangige gesundheitspolitische Leitlinie setzt vor allem auf Gesundheitserziehung (Verhaltensprävention) und Kontrolle. Eng verknüpft mit diesen Aspekten des Aufgabenverständnisses ist die Sichtweise der Versicherten: Sie werden als nur begrenzt mündige, hilfebedürftige Klientel wahrgenommen, die Schutz und Beistand erhalten, oft nur, soweit sie auch bereit sind, Eigen- und Vorleistungen zu erbringen. Hintergrund dafür ist ihre Verortung in Unter- und unterer Mittelschicht, mit der ihnen auch eine spezifische Arbeiter-Kultur und Arbeitnehmer-Mentalität (im Sinne vor allem defizitären Gesundheitsverhaltens) unterstellt wird. Auch deutlichere Vermutungen über die Verbreitung von "Mißbrauch" gehören zu diesem Bild.

Handlungsorientierungen und Handlungsweisen sind daher einerseits vorgeprägt durch die Beharrungsmacht eingefahrener Routinen, durch eine spürbare Restriktivität in der Leistungsgewährung. Der Problembezug ist weitgehend reaktiv, eine Modernisierung der Leistungspolitik findet nur zögerlich, oft auf äußeren Druck und in Übernahme von Vorgaben der Bundes- oder Landesverbände statt. Andererseits führt jedoch die im Hinblick auf Mitgliederbestand und Beitragssatz bedrohliche Wettbewerbssituation zu forcierten PR-Konzepten, gar zum "Über-powern" in einer modernistischen, auf öffentliche Resonanz orientierten Selbstdarstellung insbesondere im Bereich von Maßnahmen individueller Gesundheitsförderung und -vorsorge.

B Wertegemeinschaften:

Materiale Rahmenbedingung dieses Typus ist eine günstige Risikostruktur, die sich in hoher Grundlohnsumme und niedrigem Beitragssatz ausdrückt und wesentlich bedingt ist durch einen hohen Anteil freiwillig Versicherter. Der Versichertenkreis ist aufgrund betrieblicher oder regionaler Zugehörigkeitskriterien überschaubar und relativ homogen. Ein positiver Bezug der Versicherten auf die Organisation wird von der Kasse gefördert durch Kontinuität und Berechenbarkeit der Leistungs politik und durch behutsame Imagepflege. Organisationsstrukturellen Merkmale sind Flexibilität aufgrund wenig starrer Organisationsroutinen, flacherer Hierarchien, "laufbahnpolitischer" Öffnung nach außen, sowie Solidarität und vorsichtige Innovationsbereitschaft.

Die Wahrnehmung der Handlungsbedingungen stellt einerseits "Versichertennähe", andererseits Sicherheit und Prosperitätschancen einer relativ komfortablen Nischenexistenz auf dem Markt in den Vordergrund. Begrenzungen von Handlungsmöglichkeiten werden - außer im rechtlichen Rahmen - vor allem gesehen in selbstgesetzten Handlungsmaximen und gleichlaufenden Erwartungen der Mitgliedschaft in bezug auf Solidität und Bewahrung des Erreichten. Ergo werden gesundheits- wie organisationspolitische Handlungsspielräume durchaus betont, ihre Nutzung allerdings de facto begrenzt durch eher vorsichtige, nicht-expansive Marktstrategien und sehr bedächtige Innovationen. Das Organisationsverständnis hebt auf die relative Homogenität der Mitglieder ab, akzentuiert die Bedeutung von freien Willenserklärungen für ihren Beitritt und den weitgehenden Wert- und Zielkonsens innerhalb der Organisation. Das Selbstbild des "klein, aber fein" grenzt sich ab gegen "Behördenverhalten" auf der einen, gesichtslose Superstrukturen auf der anderen Seite. Gleichzeitig wird in der Beförderung des Nutzens der Organisation auch die optimale Befriedigung individueller Nutzen-erwartungen gesehen.

Das Aufgabenverständnis bestimmt Leistungsgründe und -motive vor allem über Vorstellungen von angemessenem, also nicht nur medizinisch definiertem Bedarf. Leistungsziele sind Betreuung, individuelle Bedarfsbefriedigung und Hilfe zur Selbsthilfe. Die gesundheitspolitische Leitlinie zielt auf die Optimierung der Versorgung von Mitgliedern unter den Kautelen von Solidität und Gemeinnsinn. Die Sichtweise der Versicherten stellt immer wieder auf deren intentionale Einordnung in die Werte- und Zielgemeinschaft der Kasse und damit auf den Unterschied zur unfreiwilligen (Notgemeinschaften) oder kalkülbestimmten (Zweckgemeinschaften) Individualisierung in anderen Kassen ab. Diese Zuschreibung von Gemeinnsinn ist durchaus vereinbar mit der Akzeptierung von Autonomie, Selbstbewußtsein und Handlungskompetenz der implizit einer wertkonservativen Mittelschicht zugeordneten Mitglieder. Mißbrauch wird vor allem im Verlassen der gemeinsamen Wertgrundlage durch Einzelne gesehen, wobei besonders die zunehmende Dominanz materieller Orientierungen bei Bessergestellten kritisiert wird.

Handlungsorientierungen und Handlungsweisen beziehen sich weitgehend auf Flexibilität und Möglichkeiten zu fallangemessener Bedarfsbefriedigung in der Überschaubarkeit der Organisation, sowie auf die gegenseitige Bindungswirkung des Solidarprinzips für Organisation und Versicherte. Der Problembezug ist einzelfallorientiert unter der Maxime eines Handelns "im Sinne des Versicherten", beinhaltet dabei auch die Möglichkeit der Entscheidung "am Rande der Legalität". Leistungspolitik wird auf diesem Hintergrund weiterentwickelt, aber "mit Augenmaß" und der Maßgabe behutsamer Innovationen.

C Zweckgemeinschaften:

Wesentliche objektive Rahmenbedingungen sind hier: Eine relativ günstige Risikostruktur, ein nur im Hinblick auf versicherungsrechtlichen Status und Qualifikation homogener, ansonsten aber weder regional noch betriebsbezogen eingegrenzter Versichertenkreis, eine Organisationsstruktur, die auf die bundesweite

Ausdehnung der Kasse mit deutlicher Zentralisierung, klaren Zuständigkeitsabgrenzungen, Verregelungstendenzen und entwickelten Rationalisierungskonzepten antwortet, sowie gleichzeitig die relative "Versichertenferne" durch hohen Verwaltungsaufwand zu kompensieren sucht.

Die Wahrnehmung der Handlungsbedingungen akzentuiert zunächst die etablierte, wenngleich immer wieder neue Anstrengungen im Wettbewerb erfordernde Position auf einem oligopolistisch strukturierten Markt. Die Sichtweise der Handlungsmöglichkeiten wird durch die Unterstellung relativ breiter Gestaltungschancen der Organisation als Ganzer geprägt. Innovative Maßnahmen sind oft durch selbstreferentielle Organisationsinteressen bestimmt, denen auch gesundheitspolitische Neuerungen zu genügen haben. Im Organisationsverständnis erscheinen Größe und Diffusität des Versichertenkreises durchaus polyvalent, die Macht der Großorganisation steht neben der Schwierigkeit, gegenüber "versichertennäheren" Organisationen ein attraktives Profil zu gewinnen. Der freiwillige Beitritt der Mitglieder kann nur mit Vorsicht als Indikator für einen zeitstabilen positiven Bezug auf die Organisation gedeutet werden, ist er doch Ergebnis einer vorwiegend ökonomisch motivierten, jederzeit revidierbaren Wahlhandlung, die deshalb durch ständige Verbesserung von Umfang und Qualität der Dienstleistungen immer neu bestätigt werden muß. Das vorherrschende Bild der Organisation ist das der zwar mächtigen, aber zur Reaktion auf Marktentwicklungen gezwungenen, zentralisierten Großgemeinschaft.

Im Aufgabenverständnis werden Leistungsgründe vor allem in artikulierten Ansprüchen der Versicherten gesehen, die nicht nur aufgrund von Markterfordernissen akzeptiert, sondern vielfach auch unter gesundheitspolitischen Aspekten als berechtigt angesehen werden. Der Charakter der Leistung wird deshalb vor allem bestimmt als "Kundenservice" bzw. "Dienstleistung". Die gesundheitspolitische Leitlinie ist durch die Vorstellung von einem Ergänzungsverhältnis von inhaltlicher Modernisierung und ökonomischem Erfolg bestimmt. Die Sichtweise der Versicherten, grundsätzlich individualistisch geprägt, hebt auf zwei Kriterien

ab: die Interessenwahrnehmung des äquivalenz-bedenkenden, ökonomisch kalkulierenden Individuums auf der einen, die Autonomie und Selbstbestimmung des Versicherten (im Hinblick auf Datenschutz ebenso wie Gesundheitsverhalten) auf der anderen Seite. "Mißbrauch" von Kassenleistungen ist daher ein den Verständnisweisen der Kasse eher unangemessener, "systemfremder" Begriff.

Handlungsorientierungen und Handlungsweisen bauen vorrangig auf die Erfolgsträchtigkeit rationaler und vor allem ökonomisch bestimmter Planung in notwendig zentralistischen Organisationen. Maximen sind Dienstleistungsorientierung und Kulanz, "Permissivität" der Leistungsgewährung im Kontext von Markterfordernissen und gesundheitspolitischen Zielen. Der Problembezug ist geprägt durch die Ambivalenz von Verregelung und Aushandlungsmöglichkeiten im Prozeß der Auseinandersetzung mit Versichertenansprüchen. Modernisierung der Leistungspolitik beinhaltet auf diesem Hintergrund durchaus Fortschrittliches, das allerdings auch der "invisible hand" des Marktes geschuldet ist. Damit wird eine gewisse gesundheitspolitische Dynamik eingangsgesetzt, die sich allerdings partiell in kostenwirksamen Leistungsausweitungen niederschlägt.

4.2. Rehabilitationskonzepte der Kassen

Rehabilitation - oder in der kasseninternen Organisation: das Kurwesen - wird in allen von uns untersuchten Kassen eher als Pflichtaufgabe rezipiert, die Chance zur "Kur" wird durchgängig in der Dimension individualpräventiver Maßnahmen zur Gesundheitsförderung wahrgenommen. Gleichwohl wird in den Kassen übereinstimmend die gesundheitspolitische Relevanz von Rehabilitation betont. Auch die Wahrnehmung sozialer Dimensionen der Krankheitsverursachung etwa, ebenso die Definition des Rehabilitationsziels bei Rentnern oder Hausfrauen folgen überwiegend einheitlichen, kassen- und kassenartübergreifenden Mustern der Interpretation und Bewertung. Hinter diesem vordergründig auffälligen Konsens - positive Bewertung bei gleichzeitiger Hintanstellung praktischer Informations- und Innovationsbemühungen - zeigen sich jedoch sehr schnell Differenzen,

wenn empirische Recherchen ins Detail gehen. Sowohl die Sichtweisen und Interpretationsraster der institutionellen Akteure, als auch die kollektiv geformten Handlungsrouitinen und Entscheidungskriterien in der Bearbeitung von Rehabilitations-Fällen zeigen dann auffällige, typenkonsistente Strukturen und Logiken (auch über Individuen und Hierarchiestufen in der Kasse hinweg), die parallel laufen zu den oben skizzierten allgemeinen Charakteristika des Kassen- Selbstverständnisses (vgl. zum Folgenden auch das Schema auf der nächsten Seite).

Kassentyp I: "Notgemeinschaften"

Das allgemeine Rehabilitationskonzept dieser Kasse, also das Ensemble kollektiver Deutungsmuster und Bewertungen einerseits, und ihnen zugrundeliegender wie auch aus ihnen ableitbarer praktischer Handlungsrouitinen und Entscheidungskriterien im Alltag der Kassenarbeit läßt sich charakterisieren als modernistisch-kontrollierend. Modernistisch ist dieses Konzept insofern, als es die Begrenzungen von Rehabilitation (bei deren Einsatz "das Kind schon in den Brunnen gefallen" ist) angeht durch Einbeziehung von Maßnahmen individueller Gesundheitserziehung und Verhaltensprävention auch in den Rehabilitationsprozeß. Dabei werden zugleich autoritäre Momente eines gesundheitserzieherischen Impetus offenbar: Man entwickelt "konstruktiven Druck", führt "in guter Absicht Vormotivierungsgespräche", definiert sich selbst als "wohlwollender Schulmeister". Noch deutlicher wird das an der Bedeutung der Maxime einer Eingrenzung von Mißbrauch, d.h. der Abwehr nicht zwingend erforderlicher Inanspruchnahme von Kuren. Veränderungsoption ist in letzter Konsequenz eine Überwindung von Rehabilitationsnotwendigkeiten durch Prävention - wahrgenommen als gesundheitspolitischer "Königsweg".

Typologisches Schema: Allg. kassenspezifische 'Verständnis- und Handlungsweisen

<i>Typologisches Schema: Rehabilitations-Konzepte von Kassen</i>			
	<i>Notgemeinschaften</i>	<i>Wertgemeinschaften</i>	<i>Zweckgemeinschaften</i>
<i>Allgemeine Charakteristika</i>			
<i>Reha-Konzept</i>	modernistisch-kontrollierend	pragmatisch-normbedacht	kundenzentriert-liberal
<i>Handlungs-Maxime</i>	Mißbrauch-Kontrolle, Gesundheitserziehung	Kosten-Nutzen-Legalitäts-Abwägungen	Vorrang von Versicherten-Interessen
<i>Reform-Option</i>	mehr individuell-präventive Verantwortung	moderate, praxisbezogene Veränderungen	Modernisierung von Maßnahmen
<i>Sichtweisen</i>			
<i>allg. Reha-Bewertung</i>	defensive Akzeptanz, Kritik von Mißbrauch	Ambivalenz: sinnvoll, jedoch Praxis-Defizite	Intensivierung nach Strukturreformen
<i>Einschätzung Reha-Bedarf</i>	übereinstimmend oder eher niedriger als bewilligt	übereinstimmend oder eher höher als bewilligt	höher als bewilligt
<i>"Mitwirkungspflicht"</i>	Durchsetzungsaufgabe auch der Kasse	Fehlen wissenschaftlicher und gesetzlicher Normen	Kollision mit Versicherten-Interessen
<i>"Gesundheits-erziehung"</i>	gesundheitspolitischer Königsweg	Durchsetzungs-Probleme bei Mitgliedern	Marketing- und Gestaltungsproblem
<i>Entscheidungs-Souveränität</i>	Kasse exekutive Instanz des MDK, bindende Wirkung von Gutachten	MDK nur beratendes Organ, jedoch Zwänge zur Befolgung gesetzlicher Vorschriften	MDK bürokratisches Beratungs-Organ der Kasse mit erhebl. gesundheitspolitischen Mängel
<i>Kassen-Kompetenz</i>	nur Verwaltung, medizinisch-sachliche Allein-Autorität des MDK	med. Kompetenz der Kasse in vielen Routine-Fällen	med. Kompetenz in Routine-Fällen, ges. polit. höhere Kompetenz als MDK
<i>Handlungsroutinen</i>			
<i>Reha-Intensität</i>	niedrig (Kurausgaben: 0.5 - 1.6 %)	mittel (Kurausgaben: 1.8 - 1.9 %)	hoch (Kurausgaben: über 2 %)
<i>"Mitwirkungspflicht"</i>	öfter auch eigenständige Erteilung von Auflagen	in Extremfällen auch eigene Auflagen	nur Akzeptanz externer Auflagen
<i>Reha-Bewilligung</i>	alle oder fast alle Anträge (auch ambul.) nur nach MDK-Begutachtung	ambulant durch Kasse, MDK nur bei stat. Maßnahmen und 3-Jahres-Frist	ambulant, z.T. auch stationär (bei medizinisch eindeutiger Indikation) durch Kasse
<i>Au-Kontrolle</i>	systematisch, mit EDV-Unterstützung (screenings)	systematisch durch Sachbearbeiter	systematisch durch Sachbearbeiter
<i>Vorgehen bei Krankengeld-Bezug</i>	i.d.R. automatische MDK-Vorladung nach Diagnose-Prüfung und/oder Arztanfrage	individuelle und fallbezogene Maßnahmen, Beratung und Kontrolle durch Hausbesuche	individuelle und fallbezogene Maßnahmen, i.d.R. erst nach längerem Krankengeldbezug
<i>Finanzierung v. Kuren für Erwerbstätige</i>	keine, Verweis auf gesetzliches "Verbot", Leistungspflicht der RV	gelegentlich, bei langwierigem RV-Verfahren, Möglichkeiten der Einsparung von Krankengeld	häufiger, bei RV-Wartezeiten, Antizipation restriktiver RV-Handhabung und bei psych. Erkrankungen

Behauptete Mißbrauchstendenzen einerseits und eine Unsicherheit über Defizite und praktikable Veränderungsmöglichkeiten andererseits führen zu einer wenig zugespitzten und eher pauschalen, im Grundsatz allerdings positiven Einstellung defensiver Akzeptanz gegenüber Rehabilitation. Der Reha-Bedarf wird als übereinstimmend mit dem oder gar niedriger als das bewilligte Antragsvolumen eingestuft. Der Rekurs auf die Mitwirkungspflicht von Rehabilitanden und daraus abgeleitete gesundheitserzieherische Impulse der Kasse erscheinen schon aus Kostengründen zwingend. Ergebnis ist sowohl eine systematische Kontrolle individueller Risikofaktoren bei Reha-Anträgen, als auch eine deutliche Befürwortung von Tendenzen zur Ausweitung der Mitwirkungspflicht. Problematisch erscheint in diesem Kontext nicht die Gefahr der Bevormundung, sondern die Frage, ob die Kasse das nötige "Durchhalte- und Beharrungsvermögen" aufbringt im Kampf gegen die allorts gesichtete gesundheitliche Unvernunft.

Im Verhältnis zum MDK wird die Kasse im wesentlichen als exekutive Instanz wahrgenommen, die eindeutige und absolut bindende Wirkung der ärztlich-gutachterlichen Entscheidung wird betont. Medizinischer Sachverstand wird im wesentlichen nur bei den gutachtenden Ärzten gesehen, Kritik wird allenfalls laut an Einzelpersonen oder der fachlich partiell unzureichenden Besetzung des Medizinischen Dienstes. In der Bewilligung von Reha-Maßnahmen zeigt die Kasse kaum eigenständige Entscheidungssouveränität: Nahezu alle Anträge auf Vorsorge- wie Rehabilitationsmaßnahmen, ambulant wie stationär, werden beim MDK zur Begutachtung eingereicht.

Modernistische Momente finden sich schließlich, was die Techniken der Kontrolle von Arbeitsunfähigkeit und die Initiativfunktion für Reha-Maßnahmen von Erwerbstätigen betrifft. Screening-Verfahren mit EDV-Unterstützung, in denen Vorerkrankungen, Diagnosehäufungen usw. miterfaßt werden, stehen unmittelbar vor ihrer Einführung bzw. sind schon Realität. Mit dem Übergang in den Krankengeldbezug erfolgt - nach Prüfung der Diagnose und/oder Arztanfrage automatisch eine Vorladung zur MDK-Begutachtung. Für erwerbstätige Versicherte

werden in keinem Fall Kuren finanziert, vielmehr wird die gesetzliche Leistungspflicht der Rentenversicherung betont.

Kassentyp II: "Wertegemeinschaften"

Das Rehabilitations-Konzept dieses Typus ist pragmatisch-normbedacht. Kosten-Nutzen-Kalküle, in die ökonomische Kosten ebenso einfließen wie gesundheitspolitische Effekte, Versicherten- und Kassen-Interessen, bestimmen den Umgang mit Versicherten wie mit Gutachtern. Handlungskriterium ist es, das gesundheitspolitisch "Sinnvolle" mit dem ökonomisch "Machbaren" in Einklang zu bringen. Dabei zeigt man sich praktisch in hohem Grade norm-konform, d.h. bindet sich trotz oftmals abweichender eigener Positionen (im Vergleich zum MDK oder Gesetzgeber) und heftiger Kritik weitgehend an Recht und Gesetz. Veränderungsoption in Bezug auf Rehabilitation sind moderate Korrekturen in der praktischen Umsetzung der Vorschriften und Regelungen.

Die Bewertung der gesundheitspolitischen Relevanz von Rehabilitation ist ambivalent: Einerseits bleibt für eine große Zahl von Fällen die medizinische Notwendigkeit (und Effizienz) völlig unbestritten, andererseits richtet sich auf eine Vielzahl von Detail-Aspekten in der Praxis massive Kritik: die unzureichende Berücksichtigung psychosozialer Dimensionen, die zu niedrige Ausschöpfung von Maßnahmen am Wohnort, die vielfach nur als "Kurlaub" bewerteten "offenen Bädereien". Der Reha-Bedarf stimmt in der Wahrnehmung dieser Kassen quantitativ überein mit dem bewilligten Volumen oder liegt sogar höher. Die Mitwirkungspflicht wird (wie auch der Aspekt "Gesundheitserziehung") im Grundsatz positiv bewertet, doch dominiert das ungelöste Problem wissenschaftlicher und gesetzlicher Normierung: In welchen Krankheitsfällen, bei welchen Versicherten ist es medizinisch sinnvoll und juristisch statthaft, Vorleistungen in welcher Form und Höhe zu verlangen?

Im Verhältnis zum Medizinischen Dienst wird Selbstbewußtsein laut: Er wird als "beratendes und empfehlendes Organ" der Kasse definiert. Explizit hervorgehoben werden Möglichkeiten anderslautender Entscheidung, für die man "nur eine Begründung finden muß". Für eine Vielzahl von Routine-Fällen erkennt man medizinische Kompetenz auch innerhalb der eigenen Kasse. In der Praxis sieht man sich jedoch fast immer gebunden an normative Vorgaben, vom MDK-Gutachten abweichende Entscheidungen sind eher selten. Auflagen des MDK zu gesundheitsbezogenen "Vorleistungen" vor Antragsbewilligung oder zur Teilnahme an Gesundheitskursen werden akzeptiert, jedoch wird nicht systematisch bei den Antragstellern "nachgehakt". Die Kassen wollen nicht Vorreiter von Gesundheits-erziehung sein. Allerdings werden Extremfälle berichtet, in denen die Einforderung individueller Mitbeteiligung unumgänglich schien. Die Bewilligung beantragter Maßnahmen erfolgt bei ambulanten Kuren generell in autonomer Entscheidung (außer bei deutlicher Unterschreitung der 3-Jahres-Frist), nur stationäre Kuren werden zum MDK gegeben.

Die Kontrolle des Arbeitsunfähigkeitsgeschehens erfolgt jetzt und in nächster Zukunft ohne EDV-Unterstützung und screenings, allein durch Sachbearbeiter in einem bestimmtem Zeitrhythmus oder nach Suchroutinen. Je nach Sachlage werden beim Eintritt in den Krankengeldbezug fallbezogene Maßnahmen - neben Arztanfragen vor allem Hausbesuche durch Reha- bzw. Sozial-Berater - in Gang gesetzt. Eine Finanzierung von Kuren für erwerbstätige Mitglieder kommt für die Kasse insbesondere dann in Frage, wenn die Antrags- und Begutachtungsprozedur durch die RV sich absehbar langwierig gestaltet und so die Möglichkeit besteht, die Dauer des Krankengeldbezugs durch die Übernahme der Rehabilitation abzukürzen.

Kasstyp III: "Zweckgemeinschaften"

Das Reha-Konzept in diesem Kasstyp ist kundenzentriert-liberal. Die allgemeine Sichtweise der Kassenfunktionen und des Verhältnisses zu den Versicherten

prägt auch das Verständnis von Rehabilitation: Man ist auf der Suche nach neuen Maßnahmen und gesundheitspolitischen Strategien, die insbesondere einem Kriterium genügen müssen: der Kundennähe bzw. Kompatibilität mit Interessen und Verhaltensgewohnheiten von Versicherten - und damit auch der "Wettbewerbstauglichkeit". In dieser Perspektive erscheint das Kurwesen tendenziell angestaubt, der MDK allzu bürokratisch, die aktuelle Praxis von Reha-Maßnahmen ineffizient und gegenüber wissenschaftlichen Erkenntnissen ignorant. Die Veränderungs-Option ist gerichtet auf eine strukturelle Reform gesetzlicher Normen, vor allem aber auf ein zeitgemäß-effizientes Marketing und Gestaltung praktischer Maßnahmen. Gesundheitspolitisch wird eine Intensivierung der Anstrengungen im Rehabilitationsbereich als notwendig erachtet, denn der reale Reha-Bedarf wird höher eingeschätzt als die bewilligten Maßnahmen. Rehabilitation sollte aus Sicht dieser Kasse früher, in jüngerem Lebensalter einsetzen, nicht erst bei schon eingetretener Chronifizierung von Krankheit.

Externe Auflagen im Kontext der Mitwirkungspflicht werden akzeptiert und an Versicherte weitergeleitet, eigenständige Initiativen dazu jedoch abgelehnt. Zwar werden bei vielen Versicherten durchaus gesundheitsriskante Verhaltensgewohnheiten wahrgenommen, diese werden aber hingenommen als Korrelat autonomer Interessen mündiger Bürger, insbesondere der Ansprüche von Versicherten, die eine Einmischung entschieden ablehnen würden. Chancen werden jedoch darin gesehen, an vorhandene gesundheitsbezogene Motive und Freizeitinteressen jener anzuknüpfen. Gesundheitserziehung ist in dieser Perspektive in erster Linie ein Problem der Gestaltung ansprechender und resonanzträchtiger Maßnahmen insbesondere für Jüngere.

Das Verhältnis zum MDK ist distanziert: Er wird - in seiner derzeitigen Gestalt und Praxis im Reha-Bereich - hingenommen als unliebsame, der Kasse gesetzliche auferlegte Beratungsinstanz. Entscheidungs-Souverän bleibt jedoch allemal die Kasse, die in einer Vielzahl von Routine-Fällen auch im eigenen Haus hinreichende medizinische Kompetenz erkennt. Die überdies als bürokratisch erlebte

Praxis des MDK einerseits und die in vielen Feldern der Kassenarbeit (z.B. Krankenhaus, Qualitätskontrolle) als gesundheitspolitisch inkompetent erfahrene Tätigkeit von Gutachtern andererseits fundieren die kritische Haltung und legitimieren Fälle abweichender Entscheidungen. Begrenzt wird sogar versucht, auf den Begutachtungs-Stil des MDK einzuwirken und abweichende Kassenpositionen deutlich zu machen. Anlässe für eine Begutachtung durch den MDK sind daher sehr eingeschränkt: Nicht nur ambulante Kuren werden autonom bewilligt, in Fällen mit "medizinischer Evidenz" (also z.B. bei vorhergehenden längeren Krankenhausaufenthalten) werden in Einzelfällen auch stationäre Kuren kassenintern entschieden.

Vorteile einer EDV-Unterstützung zur Kontrolle der Arbeitsunfähigkeit erscheinen gering, die Interessen an einer Respektierung von Autonomie und Datenschutz überwiegen: Man will keinen "gläsernen Versicherten". Gleichwohl gibt es systematische Prüfungen und Routinen durch Sachbearbeiter. MDK-Begutachtungen von Krankschreibungen sind selten und erfolgen, wenn, nach sehr langem Krankengeldbezug. Auch in der Finanzierung von Kuren für Erwerbstätige überwiegt das Kundeninteresse gegenüber einer buchstabengetreuen Gesetzesauslegung: In Eilfällen, bei absehbar längeren Wartezeiten durch die Rentenversicherung oder auch einer antizipiert restriktiv-ablehnenden Handhabung, ebenso auch bei psychischen und psychosomatischen Erkrankungen übernimmt die Kasse in eigener Regie die Rehabilitations-Kosten für Antragsteller.

4.3. Theoretische Arbeiten: Rehabilitation und institutionelles Handeln, Risikolagen und Statuspassagen

Unsere theoretisch-konzeptionellen Bemühungen richteten sich in einem ersten Schwerpunkt auf die Entwicklung eines differenzierten Erklärungsansatzes für festgestellte Unterschiede von Kassenhandeln im Umgang mit dem Problembe-
reich Rehabilitation, Unterschiede, die in der bisherigen Forschung über "die" Krankenkassen nicht systematisch thematisiert worden sind. (vgl. Aufsatz in:

ZSR). Die Auseinandersetzung mit organisations- und verwaltungswissenschaftlichen Konzepten hat uns in dieser Sichtweise bestärkt. Parallelitäten der dort formulierten Vorstellungen von nicht nur strategisch entwickelten (im Sinne von OE), sondern gewachsenen "Organisationskulturen" zum betriebssoziologischen Konzept der "betrieblichen Arbeits- und Sozialordnung" sind unübersehbar: Institutionelles Handeln auch der Kassen im Rehabilitationsbereich ist wesentlich mitbeeinflusst durch Einflußfaktoren "hinter dem Rücken der Akteure" (vgl. auch Giddens 1984).

In einem zweiten Schwerpunkt ging es darum, in Auseinandersetzung mit zentralen Begriffen des konzeptuellen Rahmens des Sfb 186 die Anschlußfähigkeit unseres Erklärungsansatzes an das gemeinsame Theoriekonzept inhaltlich zu entfalten (vgl. auch Aufsatz in: Leisering u.a.). Dabei stand im Vordergrund die Sichtweise von Institutionen, ihrer Regulations- bzw. Normalisierungs- sowie gatekeeper-Funktionen, schließlich deren Bedeutung für die Gestaltung von Statuspassagen und Lebensläufen. Über eine Differenzierung der Vorstellung von institutionellem Handeln durch die Einführung des Organisationsbegriffs und des Organisationskulturkonzepts im obigen Sinne hinaus haben wir dabei vor allem versucht, die qualitativen Besonderheiten krankheitsbedingter Statuspassagen zu verdeutlichen, damit die These einer säkularen Verzeitlichung gesellschaftlicher Risiken unter Rekurs auf die Problemsituation chronischer Erkrankung zu relativieren.

Mit dem Begriff krankheitsbedingter "Prekarisierungen" von "Lebenslagen", die im Wohlfahrtsstaat durch institutionelle Regulierung entschärft werden sollen, haben wir dabei bewußt eine stärker soziostrukturelle Sichtweise pointiert: Gegenüber einer Vorstellung von Risiko als Gefahr des Mißlingens von Statuspassagen (als biographischen Projekten) haben wir Risiko als Gefahr der Entstehung einer prekären Lebenslage durch verhältnis- oder verhaltensbedingte, schicksalhaft ausbrechende Krankheit, als Gefahr der Unausweichlichkeit unerwünschter Statuspassagen, oder, sekundär, als Gefahr unangemessener Gestaltung derselben

durch inadäquates Handeln von Institutionen ("Bearbeitungsrisiko") bestimmt. Bereits hier ist darauf hinzuweisen, daß wir den Gefahrenbegriff dabei nicht im objektivistisch-neutralisierten und dem Risiko als Ergebnis von Entscheidungen gegenübergestellten Sinne verwenden, den er in der soziologischen Risikodebatte zum Teil zugewiesen bekommt.

Des weiteren haben wir versucht, die Prozeßhaftigkeit, Mehrdimensionalität und interessengebundene Ungleichzeitigkeit von durch die Passage in den Status "krank" in der Folge erzwungenen Übergängen in andere soziale Status herauszuarbeiten. Statusdefinitionen sind im Zusammenhang von Krankheitsfolgen wesentlich durch die Interessen, Anforderungen und Unterstützungsmöglichkeiten der beteiligten Institutionen bestimmt und können demzufolge unterschiedlich ausfallen - was am Beispiel möglicher Differenzen in der Beurteilung von Erwerbsunfähigkeit durch Arbeitsverwaltung und Rentenversicherung augenfällig wird. In bezug auf die Beurteilung des Rehabilitationsgeschehens unter Statuspassagenaspekten haben wir in Anknüpfung an den im Projekt C4 entwickelten "Überbrückungsbegriff" das Ziel von Kassenhandeln zu bestimmen versucht als "Wiederherstellung von Normalität" durch die Vermittlung von überbrückenden Leistungen und Maßnahmen, im Falle des Mißlingens aber auch als Mitwirkung an der "Herstellung neuer Normalität", d.h. an der möglichst friktionsarmen Gestaltung des Übergangs in die Status der Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit, der Behinderung bzw. des chronisch Erkrankt-Seins, der Pflegebedürftigkeit. In diesem Zusammenhang waren auch der Gehalt von Normalitätsunterstellungen sowie, damit im Zusammenhang, die Probleme mangelnder Sensibilität in bezug auf soziale Dimensionen von Rehabilitationsbedarf zu diskutieren.

In einem dritten Schwerpunkt schließlich war die Verortung unseres Ansatzes in allgemeineren soziologischen Theoriediskussionen zu reflektieren. Verbindungslinien haben wir dabei zu mehreren Themenbereichen gesehen: Hinsichtlich des gegenwärtigen soziologischen Diskurses zum Thema "Risiko" kam es uns vor allem an auf eine Abgrenzung von der Fassung von Risiko als Ergebnis be-

wußten und geplanten Handelns. Gerade im Bereich von Krankheit und damit zusammenhängenden Statuspassagen sind neben selbstbestimmten (Risikoverhalten) wesentlich auch strukturbedingte (also etwa aus Arbeitsbedingungen oder Institutionenhandelnde resultierende) Risiken weiterhin von Bedeutung, die nicht über den Gefahrenbegriff gleichsam "re-naturalisiert" werden dürfen. Verbindungen wurden auch hergestellt zur Diskussion über soziale Disparitäten. Hier ging es uns um eine doppelte Abgrenzung: von vorschnellen Entstrukturierungsthesen zum einen, zum anderen aber auch von undifferenzierten dogmatischen Sichtweisen. Festzuhalten ist auch auf der Basis unserer Ergebnisse an einer Vorstellung von der Ungleichverteilung materieller Ressourcen wie sozialer Kompetenzen. Sie ist allerdings, gerade im Gesundheitsbereich, zu ergänzen und zu differenzieren durch den Bezug auf vielfältig differenzierte und komplexe, teilweise intrapersonell widersprüchliche, teilweise aber auch zwischen Personen aus unterschiedlichen Lagern sich überschneidende Interessenpositionen, die in der Risikogesellschaft noch unübersichtlicher werden.

Auseinandersetzungen fanden des weiteren statt mit Konzepten der Selbstorganisation und Selbstreferentialität von sozialen Systemen. Eine Abgrenzung erschien dabei vor allem nötig von abstrakt-systemtheoretischen oder organozistischen autopoiesis-Vorstellungen. Angemessener erscheint es uns, für die Erklärung der Grenzen externer Planungs- und Steuerungsmöglichkeiten soziale Prozesse und kollektive Verständnisweisen in den Vordergrund zu rücken, die sich hinter dem Rücken der Akteure, aber eben nicht "außergesellschaftlich" durchsetzen. Schließlich lag es nahe, sich im Kontext institutionellen Umgangs mit Versicherten auch auf Debatten um den Prozeß gesellschaftlicher Modernisierung zu beziehen. Dabei grenzen wir uns ab gegen einseitig nur auf Autonomiegewinne im Prozeß von Enttraditionalisierung und Individualisierung abstellende Thesen. Der Bedeutungsverlust herkömmlicher sozialer Zusammenhänge und Bindungen muß nicht notwendig zur Wahl- und Entscheidungsfreiheit in bezug auf die Biographie- und Lebensgestaltung führen. Jene können auch durch Organisationen, Verbände oder wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen moderner Gesellschaften er-

setzt werden, von denen neue Formierungsstendenzen ausgehen. Eine institutionelle Einflußnahme auf Lebensverläufe und eine Funktionalisierung von Selbstverantwortlichkeit und Selbstzwang im Sinne herrschender Interessen (speziell im Bereich Gesundheit), durch die Verfügbarkeit und Fungibilität gewährleistet werden soll, scheint sich zumindest als ein Pfad gesellschaftlicher Modernisierung herauszustellen.

5. Veröffentlichungen und Außenaktivitäten

5.1. Veröffentlichungen

- Marstedt, G.; Mergner, U.; Müller, R. (1992): Normative Annahmen institutioneller Akteure bei der Regulierung prekärer gesundheitlicher Lebenslagen am Beispiel der medizinischen Rehabilitation. Unveröffentlichter Projektzwischenbericht. Bremen
- Marstedt, G.; Mergner, U.; Müller, R. (1993): Medizinische Rehabilitation innerhalb der GKV: Gesundheitspolitische Zielsetzungen, funktionelles und organisatorisches Selbstverständnis in Krankenkassen. In: Zeitschrift für Sozialreform. H. 4/1993: 219-244
- Leisering, L.; Geissler, B.; Mergner, U.; Rabe-Kleberg, U. (1993) (Hrsg.): Moderne Lebensläufe im Wandel. Status Passages and the Life Course, Vol.IV. Weinheim
- Marstedt, G.; Mergner, U. (1993): Chronische Krankheit und Rehabilitation: Zur institutionellen Regulierung von Statuspassagen, sowie, als Abschnittseinleitung: Mergner, U. (1993): Krankheit, Prekarisierung von Lebensverläufen und institutionelle Regulierung von Statuspassagen. In: Leisering, L.; Geissler, B.; Mergner, U.; Rabe-Kleberg, U. (1993) (Hrsg.): Moderne Lebensläufe im Wandel. Status Passages and the Life Course. Weinheim

Teilprojekt C1
Müller u.a.

Die Projektarbeiten waren und sind ausgerichtet auf die Erstellung einer Buchveröffentlichung, die zum Ende der derzeitigen Phase fertiggestellt werden soll. In ihr werden Stand der Literatur, Methoden, empirische Ergebnisse und theoretisch-konzeptionelle Entwicklungen ausführlich dargestellt.

5.2. Außenkontakte

Auf dem Hintergrund des aus verschiedenen Gründen gedrängten Zeitplans wurden Vorträge und sonstige Fachkontakte auf ein - vorwiegend durch inhaltliche Erfordernisse bestimmtes - Minimum beschränkt. Vorträge wurden gehalten im Rahmen des 12. Wissenschaftsforums der Universität Bremen (Ulrich Mergner), des letzten Soziologentages (Rainer Müller - aufgrund organisatorischer Probleme nicht vorgetragen) sowie einer jour-fixe-Reihe des Zentrums für Sozialpolitik der Universität Bremen (Gerd Marstedt und Ulrich Mergner). Für die Jahrestagung 1993 der Sektion Medizinsoziologie der DGS ist ein Vortrag angekündigt. Ständige Arbeitskontakte bestehen zur Abteilung Rehabilitationspsychologie am Psychologischen Institut der Universität Freiburg (Uwe Koch, Michael Barth), zum Psychologischen Institut der Universität Hamburg (Ursula Brucks, Wulf-B. Wahl), zur Abteilung für Medizinische Soziologie der Universität Göttingen (Hannes Friedrich, Gerd Ziegeler), zur Arbeitsgruppe "Gesundheitsrisiken und Präventionspolitik" am WZB Berlin (Hagen Kühn, Rolf Rosenbrock) sowie zum Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen.

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojekts C4

Thema: "Passagen in Abstiegskarrieren und Auffangpositionen II: Gesundheitsbezogene Statuspassagen im Kontext von Betrieben, Familie und Sozialpolitik"

Beteiligte Wissenschaftler/in:

Dr. Johann Behrens	(GA) (Projektleiter)
Dr. Jairo Oka Arrow	(EA)
Dipl.-Soz. Anne Dreyer-Tümmel	(EA) bis 31.03.1992
Dipl.-Sow. Detlef Schulz	(EA) seit 1.04.1992

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Stand der Kenntnisse bei der letzten Antragstellung
3. Offene Fragen und Verlauf der Untersuchungen
4. Ergebnisse
 - 4.1 Partielle Replikation an einem zeitlich, regional und sozialstrukturell erweiterten Datensatz (SOEP)
 - 4.2 Ereignisse, Risikokumulationen und die Reproduktion sozialer Ungleichheit: krankheitsbezogene Arbeitsmarktrisiken im Zusammenhang mit Geschlecht, Nationalität und Alter
 - 4.3 Einbezug des familiären und betrieblichen Kontextes
 - 4.4 Explorative Fallstudien zu Strategien von Betrieben und Sozialversicherung bei begrenzter Tätigkeitsdauer
5. Außenaktivitäten
6. Publikationen

1. Zusammenfassung

Seit der ersten Phase verfolgt das Projekt das - inzwischen auch in der Sozialmedizin auf Resonanz stoßende - Konzept, gesundheitsbedingte Statuspassagen gleichzeitig in Erwerbs- und Erkrankungsverläufen zu untersuchen: Relevante krisenhafte Wechsel des ökonomischen, beruflichen und sozialen Status bei Krankheit, Risikokumulationen oder im Gegenteil abstiegsvermeidende Überbrückungen von Krankheitsfolgen konnten damit analysiert werden. Sozial- bzw. Gesundheitspolitik untersucht das Teilprojekt in ihrer konstitutiven, nicht nur regulativen Funktion für "Lebenslaufregimes". Da Sozialpolitik selten direkt wirksam ist, sondern nur in ihrer Nutzung und Deutung durch (hauptsächlich) Betriebe und Individuen/Familien, bezieht das Teilprojekt die Entwicklung von Statuspassagen auf Betriebe, Sozialpolitik und Individuen/Familien.

Das Teilprojekt hatte in der 1. Phase vor allem Erwerbsverläufe nach häufiger oder langer Arbeitsunfähigkeit erforscht. Dabei waren drei Fragen offen geblieben: (1.) die Verallgemeinerbarkeit der an den Daten einer regionalen Gesetzlichen Krankenversicherung gewonnenen Ergebnisse für die Bundesrepublik Deutschland, (2.) die angemessene Modellierung von Strukturprozessen sozialer Ungleichheit, und (3.) die handlungstheoretische Interpretation und Analyse der zu beobachtenden Verläufe als Resultate von Strategien.

(1.) Sofern man als Kriterium für Verallgemeinerung die Replikation der Untersuchung mit den Variablen akzeptiert, die in dem für die Bundesrepublik Deutschland repräsentativen Sozioökonomischen Panel vorhanden sind, kann die Verallgemeinerbarkeit unserer Ergebnisse bejaht werden. Daraus läßt sich die Berechtigung zur Verwendung von GKV-Daten bei Fragestellungen, bei denen GKV-Daten weitaus informativer und in der Zeitstruktur präziser als Panel-Daten sind, begründen.

(2.) Die Ergebnisse zur sozialen Ungleichheit gegenüber Folgen von Krankheit im Erwerbsverlauf (Überbrückungs- versus Statuspassagethese) hatten Fragen zur Modellierung der Strukturprozesse sozialer Ungleichheit (Ereignisabhän-

gigkeit, Risikokumulation) aufgeworfen. In der 2. Phase konnte gezeigt werden, daß derartige Analysen nach Geschlecht und Nationalität getrennt durchgeführt werden müssen und Nationalität und Geschlecht keinesfalls nur - wie verbreitet - als zu kontrollierende Variablen in ein Modell eingeführt werden dürfen.

(3.) Die Untersuchung individueller Passagen mit GKV-Daten informiert nicht hinreichend über die Vermittlung dieser Verläufe in Betrieben (einschließlich der Organisationen der Kranken- und Rentenversicherung) und Haushalten. Zu diesen Vermittlungen wurde eine Reihe von Klärungen vorgenommen, die sich sowohl auf familiären Kontext und sozialen Support als auch auf betriebliche Strategien beziehen (Fragestellungen 3 und 4). Eine betriebsbezogene Auswertung der GKV-Daten sowie explorative betriebliche Fallstudien und Experteninterviews in Organisationen der Renten- und Krankenversicherung zu den Regelungen und Politiken gegenüber dem Problem gesundheitlich begrenzter Tätigkeitsdauer wurden durchgeführt. Es ergaben sich drei Strategien, mit denen die untersuchten Betriebe auf gesundheitlich begrenzte Tätigkeitsdauer reagierten: Arbeitsplatzgestaltung, Laufbahnpolitik, Externalisierung aus den Betrieben heraus. Diese Strategien waren nur teilweise füreinander substitutiv. In den explorativen Betriebsfallstudien und in den Expertenerhebungen bei Krankenkassen und Rentenversicherungsträgern konnten darüber hinaus Bewältigungsstrategien gegenüber gesundheitlich beschränkter Tätigkeitsdauer beobachtet werden, die das Problem der gesundheitlich begrenzten Tätigkeitsdauer für alle drei Akteursgruppen - die Betriebe, die Organisationen der Renten- bzw. Krankenversicherung und die Individuen - verschärfen, ohne von einer dieser drei Akteursgruppen geplant worden zu sein. Vor allem unter abzusehenden demographischen Wandlungen der Altersstruktur erwiesen sich diese Folgen als relevant. Statuspassagen sind daher - so ein in Zukunft umsetzbares Ergebnis - im Längsschnitt nicht nur auf Aushandlungsprozesse zwischen biographischen Akteuren und ihren institutionellen "Gatekeepern" bzw. "Passagenhelfern" zu beziehen, sondern auch auf Aushandlungsprozesse von Organisationen untereinander.

2. Stand der Kenntnisse bei der letzten Antragstellung

Bei der letzten Antragstellung war der Einfluß von **Arbeitsunfähigkeit (AU)** auf **Erwerbsverläufe** weder in der Soziologie noch in der Sozialmedizin und Epidemiologie mit Bezug auf Erwerbspopulationen systematisch untersucht worden; die Forschung war weitgehend auf Risikopopulationen (z.B. Schwerbehinderte, Arbeitslose: vgl. schon Brinkmann/Potthoff 1983, weitere Literatur im Ergebnisbericht 1991) beschränkt, bei der gerade die "qualitative" Forschung mit kleinen Samples wichtige Anregungen für dieses Projekt enthielt (vgl. Gerhardt 1986a, 1988 und die im Antrag zur letzten Phase diskutierte Literatur). Betriebsfallstudien sind zwar ein verbreitetes Analyseinstrument (vgl. die Überblicke Rosenow 1989; Naschold/Wagner 1989), betriebliche Strategien gegenüber begrenzter Tätigkeitsdauer waren zu Beginn der 2. Phase höchstens am Rande ihr Thema. Die meisten Betriebsfallstudien wurden als Experteninterviews durchgeführt. Die in der Arbeitsmedizin verbreiteten Arbeitsplatzbegehungen waren kaum genutzt worden, von der Möglichkeit, Entwicklungen durch mehrere zeitlich auseinanderliegende Begehungen zu überprüfen, wurde kaum Gebrauch gemacht. Die Auseinandersetzung mit der seitdem entstandenen und älteren Literatur erfolgt im wesentlichen in Abschnitt 4, da wir dort unsere Ergebnisse gleich auf den Forschungsstand beziehen können.

Am Ende der 1. Phase war das Projekt durch den Forschungsstand einschließlich der Ergebnisse der eigenen 1. Phase vor eine Reihe von Fragen gestellt, die in der 2. Phase beantwortet werden sollten und zum großen Teil auch konnten. Die 1. Phase hatte - am Schnittpunkt von Theorien der wohlfahrtsstaatlichen Institutionalisierung des Lebensverlaufs und der Reproduktion sozialer Ungleichheit - einige Bedingungen erhellt (vgl. Arbeits- und Ergebnisbericht 1991, S. 335 ff.), unter denen befristete gesundheitliche Einschränkungen der Erwerbsfähigkeit zur **Statuspassage** in krisenhafte Zustände wie den des Arbeitslosen, des Mehrfacharbeitslosen oder des Frührentners führen oder aber für die weitere soziale Existenz neutralisiert werden können. Um die These der wohlfahrtsstaatlichen **Überbrückung** solcher Krisen der Erwerbsfähigkeit für Bevölkerungsgruppen prüfbar zu machen, waren erstmalig Daten einer gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) für Mehrebenenanalysen aufwendig aufbereitet

(Erwerbs- und Erkrankungsverlaufsdatensatz "GKV Küstenstadt" (EEV)) und einer Längsschnittanalyse unterzogen worden (vgl. Dorenburg/Dreyer-Tümmel 1990).

Theoretisch knüpften wir mit der Phase 2 an die Prüfung der alternativen Thesen - Überbrückungs- versus Statuspassagenese - an. Gefürchtet an Krankheit ist, davon gingen wir aus, nicht nur Schmerz und die Bedrohung der körperlichen Unversehrtheit, sondern vor allem auch die Bedrohung der erarbeiteten sozialen und beruflichen Existenz und endlich die Bedrohung der Unabhängigkeit der Lebensführung (vgl. Gerhardt 1986a).

Zahlreiche sozialstaatliche Regelungen lassen sich als unterschiedliche Institutionen verstehen, die verhindern (sollen), daß befristete Perioden der Krankheit in diesem Sinne zur Bedrohung der sozialen Existenz führen: Das professionelle Bescheinigungswesen, die Behandlung, Krankenversicherung und Lohnfortzahlung haben die Funktion gemeinsam, eine vorübergehende Krise der Erwerbsfähigkeit soweit zu überbrücken, daß eine Passage in einen minderen Status, wie z.B. den des Arbeitslosen, vermieden wird. Die gelingende Überbrückung kann historisch als notwendige Bedingung angesehen werden, die die in der Moderne angesonnene Selbstverantwortlichkeit der Lebensführung erst sozial generalisiert zumutbar macht. Würfe jede Krankheit aus der Bahn und machte eine selbstverantwortete Lebensführung unmöglich, verlöre diese nicht nur (vgl. Labisch 1992; Behrens/Dreyer-Tümmel/Müller 1993; Behrens 1990) im Einzelfall ihre Zumutbarkeit. Andererseits ist die mißlingende Überbrückung wohl ein Präzedenzfall für die Ereignisabhängigkeit (Berger 1990) der Ungleichheit: Ungleichheit hängt hier *prima facie* nicht so sehr von lange festliegenden soziodemographischen Merkmalen, sondern von Ereignissen (und ihren Dauern) ab, wie sie prinzipiell jeden treffen können. Erst die Analyse individueller Statuspassagen kann sichtbar machen, ob diese Ereignisse bei bestimmten Kollektiven sich häufen.

Durch die Ergebnisse der ersten Phase hatten sich vier Fragen gestellt, die den Verlauf der Untersuchung in der 2. Phase (siehe folgenden Abschnitt) bestimmten.

3. Offene Fragen und Verlauf der Untersuchungen

Da die vier Fragen sich ergänzende, aber unterschiedliche Untersuchungsstrategien verlangten, ist es übersichtlicher, sie hier nur im Zusammenhang zu nennen und sie präziser mit ihren jeweiligen Ergebnissen in Abschnitt 4 darzustellen:

(1.) Für alle Resultate der 1. Phase war unbekannt geblieben, ob die Ergebnisse, die am Beispiel der Versichertendaten einer regionalen GKV gewonnen worden waren, sich für die Bundesrepublik Deutschland verallgemeinern ließen oder zeitlich, lokal und sozialstrukturell auf die "Küstenstadt" beschränkt blieben. Daher sollte in der zweiten Phase eine partielle Replikation der Untersuchungen am sozioökonomischen Panel (SOEP) durchgeführt werden (Erweiterung der Datenbasis). Vgl. dazu Abschnitt 4.1.

(2.) Die sich am Ende der 1. Phase andeutenden Folgen von AU für Personengruppen, insbesondere die gefundenen Interaktionseffekte (Behrens u.a. 1992), hatten Fragen zur Modellierung der Strukturprozesse sozialer Ungleichheit (Ereignisabhängigkeit, Risikokumulation, Reproduktion) aufgeworfen:

Inwieweit machte die Vernachlässigung von Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Einflußfaktoren die Bedeutung von Ereignissen und Risikokumulationen für soziale Ungleichheit unsichtbar? Es stellte sich die Frage, ob die verbreitete Behandlung von soziodemographischen (insbesondere Geschlecht und Nationalität), aber auch z.B. betrieblichen Merkmalen in der Soziologie der sozialen Ungleichheit - nämlich als Variablen in einer Gleichung neben beruflichen und gesundheitlichen Einflüssen - eigentlich angemessen ist oder ob die letzteren für unterschiedliche Gruppen von Beschäftigten so unterschiedlich wirkten, daß ihre Wirkung gruppenspezifisch modelliert werden müßte. Daher sollten in Phase 2 Risikokumulationen und das Zusammenwirken von AU bzw. Krankheit mit anderen Faktoren, insbesondere Geschlecht und Nationalität, auf der Basis von Daten der GKV und des SOEP untersucht werden. Vgl. dazu Abschnitt 4.2.

(3.) Wie im Antrag zur 1. Phase bereits ausgeführt, informiert das Studium individueller Statuspassagen mit GKV-Daten keineswegs hinreichend über die

Vermittlung dieser Verläufe in Betrieben, Haushalten und anderen Support-Netzen. In der 2. Phase sollte daher ein Teil dieser Beschränkung im Einklang mit dem ursprünglichen - auf Kontexte, Regelungen und Politiken bezogenen - Untersuchungsprogramm überwunden werden, und zwar durch eine auf die Aktion von Haushalten bei AU eines ihrer Mitglieder bezogene Längsschnittauswertung des SOEP und eine verstärkt betriebsbezogene Auswertung der GKV-Daten (betriebliche Altersstrukturen/branchen-, betriebs- und tätigkeits-spezifische AU-Schwerpunkte/Bestandsdauern von Betrieben) (vgl. dazu Abschnitt 4.3) sowie durch

(4.) explorative betriebliche Fallstudien und Experteninterviews zu den Regelungen und Politiken gegenüber zeitweise Arbeitsunfähigen und genereller dem Problem begrenzter Tätigkeitsdauer.

Für diese explorative, in der 3. Phase fortzuführende Studie wurden die Arbeitsplätze von 10 nach Geschäftsfeldern, Arbeitsmarktregionen und ergänzend Größe gegenübergestellten Unternehmen mit Fachvorgesetzten und Personalvertretern durchgegangen und Experten der Spitzenverbände der Sozialversicherung befragt. Die Tonbandaufnahmen von Interviews und Gruppendiskussionen, Protokolle der Begehungen und anonymisiertes statistisches Material der untersuchten Betriebe wurden im Hinblick auf zugrundeliegende Strategien der Betriebe und Sozialversicherungen ausgewertet (vgl. Abschnitt 4.4).

4. Ergebnisse

4.1 Partielle Replikation an einem zeitlich, regional und sozialstrukturell erweiterten Datensatz (SOEP)

Unsere Untersuchung am SOEP sollte die Forschung mit GKV-Daten absichern, indem in den wenigen Fällen, in denen GKV-Daten und SOEP ähnliche Variablen enthalten, partielle Replikationen durchgeführt werden. GKV-Daten sind zwar kontinuierlich erhoben und in den erhobenen Bereichen konkurrenzlos genau. Aber sie waren in unserem Fall periodenspezifisch (70er Jahre), sozialräumlich ("Küstenstadt") und sozial (besonders auf ArbeiterInnen) beschränkt. Mit GKV-Daten gewonnene Ergebnisse sind daher um so eher zu verallgemeinern, je mehr ihre Replikation an einem Datensatz, der genau diesen Beschränkungen nicht unterliegt, möglich ist.

Teilprojekt C4
 Behrens u.a.

Tabelle 1: Geschätzte Regressionsparameter im Cox-Proportional-Hazards-Modell für den Übergang in Arbeitslosigkeit mit Daten des SOEP (1984-1990) und der "GKV Küstenstadt" (1975-1979) für pflichtversicherte ArbeiterInnen

Variablen	GKV (N=26676)				SOEP (N=2424)			
	β	σ	$(\beta/\sigma)^2$	sig.	β	σ	$(\beta/\sigma)^2$	sig.
Geschlecht	0.638	0.057	126.191	0.0001	0.318	0.158	4.047	0.0442
Nationalität	0.115	0.043	7.253	0.0071	0.383	0.146	6.902	0.0086
Alter								
18-29	0.718	0.056	167.038	0.0001	0.873	0.179	23.898	0.0001
50-61	0.421	0.078	28.982	0.0001	-0.031	0.185	0.029	0.8657
lange AU	-0.357	0.061	34.461	0.0001	-0.066	0.316	0.043	0.8358
frühere Arbeitslosigkeit	-	-	-	-	1.208	0.159	57.546	0.0001
chronische Krankheit ^a	0.214	0.096	4.946	0.0261	0.100	0.153	0.426	0.5139
Gesundheitszufriedenheit	-	-	-	-	0.198	0.190	1.093	0.2957
Betriebsgröße	-0.403	0.033	145.836	0.0001	-0.405	0.069	34.425	0.0001
Beschäftigungssektor	-0.126	0.056	5.034	0.0249	-0.910	0.367	6.158	0.0131
Referenzkategorien: Geschlecht (Männer), Nationalität (Deutsche), Alter (30-50), lange AU (keine oder ≤ 42 Tage), frühere Arbeitslosigkeit (keine), chronische Krankheit (keine), Gesundheitszufriedenheit (zufrieden), Beschäftigungssektor (Öffentlicher Dienst/Kern)								
^a in GKV-Daten: chronisch erkrankt an einer Wirbelsäulen-, Herz-Kreislauf- oder Magen-Darm-Krankheit; in SOEP-Daten: chronische Krankheit oder Leiden (unspezifiziert)								

Die partielle Replikation wurde innerhalb der multivariaten Modellierung des Arbeitslosigkeitsrisikos durchgeführt. Tabelle 1 faßt die Regressionsergebnisse für das Cox-Proportional-Hazards-Modell zusammen. Die Ergebnisse zeigen, was die Wirkungsrichtung angeht, vergleichbare Einflüsse von Variablen für

Geschlecht, Nationalität, Betriebsgröße, Beschäftigungssektor und lange AU (die allerdings im SOEP nicht mit ärztlichen Daten gemessen werden kann). Nur in ihrer statistischen Signifikanz ergaben sich Unterschiede, die aber im wesentlichen auf die sehr unterschiedlichen Fallzahlen zurückzuführen sind. Im Hinblick auf die Wirkung früherer Arbeitslosigkeit deckt sich das Ergebnis mit dem Befund für Mehrfacharbeitslosigkeit, den wir in einer weiteren Studie (vgl. Arrow 1993b) untersuchten. Die übrigen Variablen wurden - obwohl gesundheitsbezogen - in den beiden Datensätzen unterschiedlich gemessen und sind daher für eine Replikation nicht geeignet.

Aus diesen Ergebnissen läßt sich die Berechtigung zur Verwendung von regional und zeitlich begrenzten GKV-Daten bei Untersuchungen zu Fragestellungen, bei denen GKV-Daten weitaus informativer und in der Zeitstruktur durch ihre tagesgenaue Erhebung präziser als Panel-Daten sind, ableiten.

4.2 Ereignisse, Risikokumulationen und die Reproduktion sozialer Ungleichheit: krankheitsbezogene Arbeitsmarktrisiken im Zusammenhang mit Geschlecht, Nationalität und Alter

Verbinden wir die Diskussion um Funktion und Effektivität sozialpolitischer Überbrückung krankheitsbedingter Krisen der Erwerbsfähigkeit mit der Frage sozialer Ungleichheit, so sind insbesondere zwei Aspekte dieser soziologischen Diskussion berührt: Einerseits ist die Frage Thema, ob Überbrückung überhaupt gelingt oder ob **Ereignisse** im Lebensverlauf als solche ungleichheitsrelevant sind, die Aufeinanderfolge miteinander zusammenhängender krisenhafter Ereignisse und Status sogar zu einer **Kumulation von Risiken** (z.B. in einer Labilisierungsspirale) führt. Andererseits ist die Frage angesprochen, ob die Alternative "Überbrückung oder Statuspassage" für alle Personengruppen gleich ausfällt oder ob bestehende - vertikale wie horizontale - Ungleichheitsstrukturen (z.B. betrieblich vermittelt) **reproduziert** werden (vgl. Behrens/Rabe-Kleberg 1992).

In unseren empirischen Analysen zu Krankheitsfolgen¹ im Erwerbsverlauf (insbesondere Arbeitslosigkeit) haben wir daher versucht, die Bedeutung von Ereignissen im Erwerbsverlauf - nämlich AU bzw. Erkrankungen und Arbeitslosigkeiten - und ihr Zusammenwirken mit individuellen Merkmalen und betrieblichen Strategien zu erfassen. Die Analyse sollte Auskunft geben nicht nur über die allgemeine Frage, ob Ereignisse überbrückt werden können oder zu Statuspassagen führen, sondern auch über die Reproduktion sozialer Ungleichheit im Hinblick auf Krankheitsfolgen und die Effektivität der Überbrückung für einzelne Gruppen. Als individuelle Merkmale in ihrer Wechselwirkung mit AU bzw. Krankheit sollten mit "Geschlecht", "Nation" und "Alter" drei jener Variablen in die Analyse einbezogen werden, die z.B. Reinhard Kreckel als zentrale Organisationsprinzipien von sozialer Ungleichheit anspricht (vgl. 1991, S. 376) und die auch durch vergleichsweise gute Verfügbarkeit gekennzeichnet sind. Welche weiteren Faktoren kontrolliert werden sollten, ließ sich aus unternehmens- und arbeitsmarkttheoretischen Überlegungen herleiten (vgl. Kreckel 1983, auch 1992; Behrens u.a. 1992; Behrens/Dreyer-Tümmel/Müller 1993). Dazu wurden und werden die folgenden Untersuchungen durchgeführt:

(1.) eine multivariate Survivalanalyse des Übergangs in Arbeitslosigkeit für im SOEP erstmalig 1984 sowie in den darauffolgenden sechs Jahren erfaßte Ar-

¹ Krankheitsfolgen - wie Arbeitsunfähigkeiten, aber auch Arbeitslosigkeit sie typischerweise darstellen - sind nicht der sozialpolitisch abtrennbare Teil einer biomedizinisch zu bearbeitenden Krankheit, sondern der Aspekt der Teilhabe - auch der Teilhabe am Erwerbsleben - geht unmittelbar in das Verständnis von Krankheit und Gesundheit mit ein. Die Ähnlichkeit, die auch ein von der Biologie herkommendes Verständnis von Krankheit und Gesundheit mit der eher sozialpolitischen Diskussion von Arbeitsunfähigkeit und ihren Folgen entwickelt hat, liegt in der Bedeutung von Sicherheit der Potentialverfügbarkeit, im Begriff der Normativität und in der vergleichbaren Temporalität beider Anschauungen (vgl. ausführlicher Behrens/Dreyer-Tümmel/Müller 1992; siehe auch Canguilhem 1974, S. 134). Versteht man "Erkrankung" in diesem Sinne, dann kann es nicht nur um Heilung gehen, sondern auch um Überbrückung und die Aufrechterhaltung von Teilhabe.

beiterInnen (Jahrgänge 1911-1960), die teil- oder vollzeitbeschäftigt waren. Es wurde nach Geschlecht und Nationalität getrennt ausgewertet. Modelliert wurde die Hazardfunktion der Beschäftigungsdauer. Individuelle und betriebliche Merkmale wurden als Kovariaten ins Modell einbezogen (vgl. Arrow 1993a und Tabelle 2).

(2.) eine entsprechende Survivalanalyse des Arbeitslosigkeitsrisikos für bei der "GKV Küstenstadt" pflichtversicherte ArbeiterInnen (Jahrgänge 1911-1960), die im Zeitraum 1975-1979 teil- oder vollzeitbeschäftigt waren (in Arbeit).

(3.) ein Vergleich des Abstiegsrisikos - definiert als Mehrfach- oder Langzeitarbeitslosigkeit - für drei Konstellationen von "auffällig Arbeitsunfähigen" und für eine Zufallsauswahl aus allen im Jahre 1975 pflichtversichert beschäftigten ArbeiterInnen auf der Basis von Daten der "GKV Küstenstadt", wobei die Populationen sowohl nach individuellen als auch nach betrieblichen Merkmalen differenziert wurden (vgl. Behrens/Dreyer-Tümmel 1993).

In ersten Auswertungen für alle ArbeiterInnen ohne weitere Differenzierungen schien sich sowohl ein deutlicher Effekt von AU (Behrens/Dreyer-Tümmel/Pfaff 1992; Behrens/Dreyer-Tümmel 1993, Tabelle 4; Arrow/Behrens 1990, Tabelle 3 und Tabelle 1 dieses Ergebnisberichts) als auch von vorhergehender Arbeitslosigkeit (vgl. Arrow 1993b) auf das Arbeitslosigkeitsrisiko anzudeuten. Es hatte den Anschein, daß nicht nur Arbeitslosigkeit, sondern auch AU krisenhafte Statuspassagen im Erwerbsverlauf (mit) auslöst und die sozialpolitische Überbrückung somit in vielen Fällen nicht gelingt (für subjektive Krankheitswahrnehmung konnte dagegen für alle ArbeiterInnen kein signifikanter Effekt auf das Arbeitslosigkeitsrisiko nachgewiesen werden). Sobald allerdings Wechselwirkungen zwischen AU bzw. Krankheit und weiteren individuellen und betrieblichen Merkmalen berücksichtigt wurden, differenzierte sich das Bild (siehe Behrens/Arrow u.a. 1992, Tabelle 3; Behrens/Dreyer-Tümmel 1993, Tabelle 4; Arrow 1993a):

Tabelle 2: Geschätzte Regressionsparameter im Cox-Proportional-Hazards-Modell für den Übergang in Arbeitslosigkeit mit Daten des SOEP (1984-1990) für pflicht-versicherte ArbeiterInnen aufgegliedert nach Geschlecht

Variablen	Männer (N=1786)				Frauen (N=638)			
	β	σ	$(\beta/\sigma)^2$	sig.	β	σ	$(\beta/\sigma)^2$	sig.
Nationalität	0.421	0.169	6.222	0.0126	0.134	0.288	0.216	0.6424
Alter								
18-29	0.701	0.212	10.881	0.0010	1.145	0.325	12.391	0.0004
50-61	0.177	0.203	0.762	0.3827	-0.631	0.452	1.950	0.1626
lange AU	-0.511	0.422	1.469	0.2255	0.953	0.480	3.948	0.0469
frühere Arbeits- losigkeit	1.462	0.186	63.716	0.0001	0.614	0.334	3.720	0.0663
Betriebsgröße	-3.523	0.079	19.803	0.0001	-0.403	0.069	34.075	0.0001
Beschäftigungs- sektor	-1.111	0.514	4.67	0.0307	-0.546	0.531	1.059	0.3035
Referenzkategorien: Nationalität (Deutsche), Alter (30-50), frühere Arbeitslosigkeit (keine), Beschäftigungssektor (nicht Öffentlicher Dienst)								

Während der Einfluß von Betriebsgröße in der Studie zum Arbeitslosigkeitsrisiko auf der Basis des SOEP für beide **Geschlechter** übereinstimmt, wirken andere Variablen für Männer und Frauen unterschiedlich (vgl. Tabelle 2). Neben der Nationalität (erhöhtes Arbeitslosigkeitsrisiko für ausländische Männer) sind dies zwei der untersuchten Ereignisvariablen. Lange AU erhöht für Frauen das Arbeitslosigkeitsrisiko, nicht aber für Männer. Frühere Arbeitslosigkeit wirkt zwar für beide Geschlechter in die gleiche Richtung, der das Arbeitslosigkeitsrisiko erhöhende Effekt ist auf dem 5%-Niveau aber nur für Männer signifikant. Bei der - allerdings noch nicht multivariaten - Analyse der "auffällig Arbeitsunfähigen" ist in diesem Zusammenhang erwähnenswert, daß das Abstiegsrisiko für auffällig lange arbeitsunfähige Frauen stärker über dem Durchschnitt lag als für auffällig lange arbeitsunfähige Männer.

Wie für die Geschlechter, so ist der Effekt von Krankheit auch für Nationalitäten bei den Männern unterschiedlich: Während chronische Erkrankung bei Ausländern das Arbeitslosigkeitsrisiko erhöht, hat diese Variable bei Deutschen keinen Einfluß. Bei Frauen erhöht Krankheit (gemessen als chronische Erkran-

kung bzw. lange AU) dagegen unabhängig von der Nationalität das Risiko, arbeitslos zu werden. Krankheit hat also bei deutschen Männern keinen Einfluß auf das Arbeitslosigkeitsrisiko, wohl aber für zwei Gruppen, die auch sonst auf dem Arbeitsmarkt als Randgruppen behandelt werden, nämlich Frauen und AusländerInnen.

Betriebsgröße und vorhergehende Arbeitslosigkeit wirken dagegen für Deutsche und AusländerInnen ähnlich. Auch AusländerInnen dürfen allerdings in Untersuchungen zu Arbeitsmarktrisiken nicht als homogene Gruppe gesehen werden. Während es bei der Wirkung von Krankheit (gemessen als chronische Erkrankung) keine Unterschiede zwischen deutschen Männern und Italienern sowie Griechen gibt, erhöht chronische Erkrankung bei Türken und damaligen Jugoslawen das Arbeitslosigkeitsrisiko. Die gängige Dichotomisierung zwischen Ausländern auf der einen und Deutschen auf der anderen Seite kann also tatsächliche Zusammenhänge zwischen Erkrankungen und Arbeitsmarktrisiken und Unterschiede innerhalb der Gruppe der AusländerInnen verdecken (siehe dazu ausführlich Arrow 1993a).

Neben dem geschlechts- und nationalitätenspezifischen Effekt von Krankheit auf das Arbeitslosigkeitsrisiko, der vor allem auf der Basis der SOEP-Daten nachgewiesen werden konnte, zeigte sich in der Untersuchung "auffällig Arbeitsunfähiger" auch ein altersspezifischer Einfluß von AU auf das Abstiegsrisiko. Insbesondere häufige AU erhöhte das Abstiegsrisiko für ArbeiterInnen über 55 Jahre, die in der Zufallsauswahl aus allen ArbeiterInnen vergleichsweise selten von Abstiegskarrieren betroffen waren, deutlich stärker als bei den jüngeren bis 30 Jahre. Bereits in einer vorausgegangenen Studie (Behrens u.a. 1992) hatte sich gezeigt: Wer als Älterer (über 40 Jahre) in einen Betrieb eintritt, läuft bei häufiger AU ein überproportionales Risiko, arbeitslos zu werden. Bedenkt man, daß ein Betriebswechsel sozialmedizinisch durchaus eine sinnvolle Coping-Strategie gegenüber gesundheitlichen Belastungen sein kann (vgl. Schmidt-Ohlemann/Behrens 1987), ist dieses Ergebnis beunruhigend (vgl. zu Einstellungen und Entlassungen auch die Betriebsfallstudien in Abschnitt 4.4).

Diese Ergebnisse bleiben nicht ohne Folgen für Konzepte sozialer Ungleichheit: Zum einen sollten neben den üblichen soziodemographischen Merkmalen auch Ereignisvariablen und gerade ihre Wechselwirkungen mit soziodemographischen, aber auch betrieblichen Merkmalen nicht aus dem Blick geraten. Durch

die Vernachlässigung von Wechselwirkungen können tatsächliche Zusammenhänge verzerrt werden und Prozesse von Risikokumulationen unsichtbar bleiben. Vor allem erwies sich im Gegensatz zu einer verbreiteten Forschungspraxis (vgl. z.B. Steiner 1993), daß Analysen offenbar für unsere Fragestellungen nach Geschlechtern und Nationalitäten, aber auch nach betrieblichen und beruflichen Merkmalen getrennt durchgeführt werden müssen.

4.3 Einbezug des familiären und betrieblichen Kontextes

4.3.1 Abstiegskarrieren und Auffangpositionen bei Arbeitsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit im Kontext von Familie und sozialen Netzen

Individuen, Familien und Haushalte werden nicht nur von den Folgen von AU und Arbeitslosigkeit betroffen, Familien, Haushalte und Freunde können auch Folgen von AU und Arbeitslosigkeit abfedern und teilweise kompensieren (vgl. Antrag zur 2. Phase, Gerhardt 1986a). Daher sollte dieser Kontext, der in GKV-Daten nicht erfaßt ist, mit Daten des SOEP untersucht werden. Hier prüfen wir insbesondere auch die "negative Kompensationsthese": Gerade den Individuen, die besonders auf Absicherung durch private, vor allem nichtmonetäre Hilfe angewiesen sind, steht diese am wenigsten zur Verfügung. Dies betrifft nach unserer Vermutung vor allem diejenigen, die über ein unterdurchschnittliches Einkommen verfügen oder die vermehrt von Krisen im Erwerbsverlauf - wie z.B. Arbeitslosigkeit und AU - betroffen sind².

² Die für diese Analyse notwendigen Daten der 8. Welle des SOEP - speziell die vom Projektteam mit formulierten Variablen zur Qualität sozialer Beziehungen - standen uns erst seit Mai 1993 in verarbeitbarer Form zur Verfügung. Die zeitweilig als Notbehelf in Betracht gezogene Konzeption, "social support" über Veränderung des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens bei Arbeitslosigkeit eines Haushaltsmitglieds abzubilden, wurde fallengelassen, nicht zuletzt, weil die entsprechenden Angaben im SOEP nur eine eingeschränkte Validität aufweisen (vgl. auch Berntsen 1987).

Zur Untersuchungspopulation unserer Analyse zählen daher alle Personen, die (1) lange arbeitsunfähig oder (2) arbeitslos oder (3) lange arbeitsunfähig und arbeitslos waren. Als Kontrollgruppe sollen uns die sonstigen Erwerbstätigen dienen.

Die Operationalisierung des Ausmaßes des verfügbaren "social support" soll sich auf zwei Quellen stützen: Informationen zur Haushaltszusammensetzung und Angaben zur Güte haushaltlicher, verwandtschaftlicher und nachbarschaftlicher Beziehungen. Als besonders mit solchen nichtmarktlichen Leistungen "unterversorgt" gelten uns diejenigen, die alleinstehend sind oder in Haushaltsgemeinschaft mit nicht supportfähigen Personen leben (z.B. Kleinkindern) und nicht über hinreichende außerhäusliche Kontakte verfügen.

Zunächst soll die Verteilung der Untersuchungs- und Kontrollpopulationen nach verschiedenen Merkmalen verglichen, dann auch das Ausmaß der jeweiligen sozialen Unterstützung der Subpopulationen ermittelt werden. Von einer anschließenden multivariaten Verlaufsanalyse erwarten wir Hinweise darauf, welche Faktoren - neben oder anstelle von Arbeitslosigkeit bzw. AU - die Verfügbarkeit von "social support" beeinflussen (Prüfung der negativen Kompensationsthese).

4.3.2 Betriebsbezogene Auswertung der GKV-Daten

Es sind vor allem drei Merkmale von Betrieben, deren Wirkung auf individuelle Statuspassagen und das Phänomen der begrenzten Tätigkeitsdauer in der 2. Phase systematisch diskutiert wurde:

- Betriebsspezifische Alterszusammensetzungen als Hinweis auf begrenzte Tätigkeitsdauern
- Branchen-, betriebs- und tätigkeitsspezifische AU-Häufigkeiten als Hinweis auf mögliche Gesundheitsgefährdungen und Gesundheitsanforderungen
- Bestandsdauern der Betriebe im Datensatz als betriebsökologische Bestimmungsründe individueller Mobilität.

4.3.2.1 Betriebsspezifische Alterszusammensetzungen als Hinweis auf begrenzte Tätigkeitsdauern

Unsere Untersuchungen in der ersten Projektphase erwiesen eine deutliche Variation in den Altersstrukturen der Belegschaften von Betrieben, darunter betriebliche Alterszusammensetzungen, wie sie in der Literatur (vgl. Burkhauser/Hirvonen 1990; Naschold/Wagner 1989) für japanische und schwedische Betriebe als typisch berichtet werden. Da es auch in Deutschland solche Unternehmen gibt und dies auch als Hinweis darauf gesehen werden kann, welche Strategien betrieblichen Umgangs mit älteren und/oder leistungsgewandelten Arbeitnehmern verfolgt werden (vgl. Nienhäuser 1992; Rosenow 1989), sollte jetzt in einem ersten Schritt überprüft werden, inwieweit die Alterszusammensetzung von Betrieben mit anderen betriebsstrukturellen Merkmalen verknüpft ist.

Datengrundlage dieser Analyse bildeten die von uns im Rahmen der ersten Projektphase ermittelten Betriebsvariablen (siehe Dorenburg/Dreyer-Tümmel 1990); die Variable "Anteil beschäftigter AusländerInnen" wurde nicht in die Analyse mit einbezogen, da zum Zeitpunkt der Erhebung (1975) fast nur junge Ausländer beschäftigt waren. In die Untersuchung wurden alle Betriebe mit mehr als 10 beschäftigten ArbeiterInnen (Stand: Februar 1975) mit einbezogen (n=464). Im Rahmen einer linearen Regressionsanalyse kamen wir zu Ergebnissen (siehe Tabelle 3), die im wesentlichen unsere Hypothesen stützten (siehe dazu im einzelnen Schulz/Behrens 1993) und im folgenden aufgeführt sind.

Tabelle 3: Koeffizienten der linearen Regression zur Erklärung des Anteils der über 40-jährigen ArbeiterInnen in den Betrieben ("GKV Küstenstadt", >10 Beschäftigte; n=464)

Variablen	b	s.e.	T	sig.
Branche				
Landwirtschaft	-0.355	0.094	-3.781	.0002
Industrie	-0.307	0.089	-2.362	.0186
Handwerk	-0.342	0.073	-4.706	.0001
Bau	-0.278	0.092	-3.034	.0026
Handel	-0.021	0.199	-0.108	.9139
Verkehr	-0.315	0.080	-3.946	.0001
Gesundheitswesen	-0.183	0.103	-1.783	.0754
öff. Verwaltung	-0.088	0.131	-0.769	.5036
Beschäftigungssektor				
Peripherie	0.117	0.057	2.054	.0406
Öffentlicher Dienst	0.233	0.087	2.699	.0072
Betriebsgröße				
mittelgroß	0.285	0.058	4.927	.0001
groß	0.246	0.074	3.328	.0010
Frauenanteil	0.001	0.001	1.357	.1754
Fluktuation				
moderat	-0.062	0.041	-1.503	.1336
hoch	-0.187	0.057	-3.297	.0011
interner Arbeitsmarkt	0.007	0.074	0.092	.9266
(Konstante)	1.364	0.092	14.848	.0001
Referenzkategorien: Branche (Dienstleistungen), Beschäftigungssektor (Kern), Betriebsgröße (klein), Fluktuation (gering), interner Arbeitsmarkt (keiner)				

Branchenzugehörigkeit läßt sich als ein erster, relativ grober Indikator verstehen, der anzeigt, ob die zugehörigen Betriebe Arbeitsplätze anbieten, die auch von älteren ArbeiterInnen noch zu besetzen sind. Entsprechend erwarteten wir einen spezifischen Einfluß der Branchenvariablen auf die Altersstruktur. Die Ergebnisse der Analyse haben diese Hypothese weitgehend bestätigt: Die Variablen für die Branchen Landwirtschaft, Industrie, Handwerk, Bau und Verkehr zeigen einen signifikanten negativen Einfluß auf den Anteil der über 40-jährigen in den Betrieben. Der unerwartet nicht signifikante Einfluß im Gesundheitswesen könnte hier darauf zurückzuführen sein, daß das Pflegepersonal, das einen Großteil der jungen Belegschaften in diesem Bereich ausmacht, im Angestelltenbereich eingestuft wird und somit in dieser Analyse nicht mit

berücksichtigt wurde. Dagegen verweist der Einfluß des Beschäftigungssektors auf die Altersstruktur auf die Ambivalenz der Beschäftigungschancen älterer bzw. leistungsgewandelter ArbeiterInnen: Der Öffentliche Dienst verfügt in größerem Maße als der Kernbereich der Wirtschaft (hier die Referenzkategorie) über spezifische Laufbahnregelungen, die eine Beschäftigung Älterer ermöglichen. Anders dürfte das Ergebnis für den peripheren Sektor zu interpretieren sein: Da dieser Bereichs vorwiegend Betriebe mit - wie wir vermuten - unsicheren Arbeitsplätzen umfaßt, sind hier vermehrt solche ArbeitnehmerInnen beschäftigt, die keine besseren Arbeitsplätze mehr finden können, eben auch ältere ArbeiterInnen.

Zusammenfassend zeigte sich, daß Strukturdaten - und hier vor allem die Branchenangabe - in Ansätzen Hinweise auf betriebliche Alterszusammensetzungen und die damit verbundenen Strategien des Umgangs mit älteren und/oder leistungsgewandelten ArbeitnehmerInnen liefern können. Die Ergebnisse können aber auch als erste Hinweise auf arbeitsplatzbezogene Gesundheitsgefährdungen und -anforderungen interpretiert werden. Zur näheren Abklärung dieser Hypothese bietet sich ein - zunächst nach Branchen differenzierter - Vergleich von AU-Raten an, wie wir ihn im folgenden aufzeigen und diskutieren.

4.3.2.2 Branchen-, betriebs- und tätigkeitsspezifische AU-Häufigkeiten als Hinweise auf mögliche Gesundheitsgefährdungen und Gesundheitsanforderungen

Neben den AU-Häufigkeiten insgesamt haben wir in diesem Teil der Untersuchung auch Diagnosehauptgruppen (vgl. Dorenburg 1990, 1991; Behrens/Frentzel-Beyme 1994) ausgewertet, da diese Aufteilung detailliertere Hinweise auf Belastungsschwerpunkte geben kann.

Tabelle 4: AU-Fälle je 100 pflichtversicherte ArbeiterInnen nach Branche, Diagnosegruppe und Versicherungsjahr ("GKV Küstenstadt")

Branche	1975 N=28409				1976 N=28387				1977 N=27811				1978 N=27509			
	A	W	H	M	A	W	H	M	A	W	H	M	A	W	H	M
1	114	12	3	2	113	11	3	4	97	10	6	3	111	9	3	4
2	172	16	4	11	171	19	4	10	154	17	4	8	154	16	4	8
3	127	9	3	6	119	11	3	6	118	11	3	4	122	11	2	5
4	128	12	4	7	122	14	3	6	128	14	3	5	132	14	3	5
5	158	15	4	9	165	20	4	8	154	17	3	7	166	19	3	8
6	169	18	5	10	159	19	4	9	155	20	4	8	167	19	4	9
7	185	14	6	8	207	20	6	8	201	21	7	8	213	20	7	7
8	125	12	4	7	142	15	4	6	147	15	4	6	164	16	4	5
9	146	15	6	4	140	16	5	5	149	15	4	6	155	16	5	5
10	122	13	5	7	124	13	6	6	126	14	6	6	133	13	5	5
$\bar{\varphi}^a$	135	14	4	7	146	16	4	7	143	15	5	7	152	15	4	6
Diagnosen: A (alle Diagnosen), W (Wirbelsäule), H (Herz-Kreislauf), M (Magen-Darm); Branchen: 1 (Landwirtschaft), 2 (Industrie), 3 (Handwerk), 4 (Bau), 5 (Handel), 6 (Verkehr), 7 (Gesundheitswesen), 8 (Dienstleistungen), 9 (öf. Verwaltung), 10 (sonst. Branchen) ^a Branchendurchschnitt (Spaltendurchschnitt)																

Es lassen sich aus der Tabelle einige deutliche - auch im Zeitverlauf stabile - branchenspezifische Unterschiede der Verteilung von AU-Häufigkeiten erkennen: Das Gesundheitswesen hat in allen Versicherungsjahren sowohl bei AU-Häufigkeit insgesamt als auch in den verschiedenen Diagnosegruppen durchgehend (Ausnahme: Wirbelsäulenerkrankungen 1975) überdurchschnittlich hohe Werte. Gleiches - mit Ausnahme der Herz-Kreislaufferkrankungen - gilt für Industrie, Handel und Verkehr. Dagegen liegen die Werte für Landwirtschaft, Handwerk und Bau in allen Versicherungsjahren und allen Kategorien unter dem Durchschnitt.

Setzen wir diese Ergebnisse in bezug zu den Resultaten der Analyse betrieblicher Alterszusammensetzungen (siehe Tabelle 3), so fällt vor allem folgendes auf: Die Branchenvariablen, die einen signifikant negativen Einfluß auf die Alterszusammensetzung der Betriebe hatten, bezeichnen keineswegs nur Branchen - das zeigt die Auswertung der AU-Fälle -, die überdurchschnittlich hohe AU-Raten aufweisen: Gerade auch die - besonders orthopädisch - belastenden Bereiche des Baugewerbes, des Handwerks und der Landwirtschaft haben

unterdurchschnittliche AU-Raten. Die Klärung dieses Widerspruchs verlangt eine weitere Differenzierung und Ausweitung der Untersuchungsanlage. So sollte zunächst geklärt werden, welche beruflichen Tätigkeiten in den einzelnen Branchen vorherrschend sind, um dann berufsgruppenspezifische Auswertungen vornehmen zu können. Des weiteren sollen - in der dritten Phase des Projekts - dann aber auch Mobilitätsprozesse auf dem Arbeitsmarkt im Rahmen einer Verlaufsanalyse mit einbezogen werden: die betriebs- und tätigkeitsspezifische AU-Rate kann entweder hoch sein, weil viele chronisch Kranke in diesen Tätigkeitszweigen ihre Auffangposition suchen (z.B. Pfortnertätigkeiten) und ihre Vorschädigungen aus anderen Bereichen mitbringen oder aber deswegen, weil ein bestimmter Tätigkeitszweig unmittelbar arbeitsunfähig macht³. Gerade für chronische Krankheiten mit ihren z.T. sehr langen Latenzzeiten gilt, daß sie in der Regel an einem anderen Ort im Lebensverlauf manifest werden als dem, an dem das Individuum sie sich zuzog. Um diese Hypothese prüfen zu können, ist eine längeres Beobachtungsfenster notwendig, so daß Berufstätigkeit und Erkrankungsgeschichte im Erwerbsverlauf abgebildet werden können. Solche Verläufe sollen in der kommenden Projektphase untersucht werden (vgl. Antrag).

4.3.2.3 Bestandsdauern der Betriebe im Datensatz als betriebsökologische Bestimmungsgründe individueller Mobilität

Etwas mehr als die Hälfte der Beschäftigungsbetriebe GKV-versicherter ArbeiterInnen überlebte weniger als 5 Jahre im Datensatz "GKV Küstenstadt" (vgl. Abbildung 2 im Endbericht zur 1. Phase; Behrens u.a. 1992). Dies legte es zu-

³ Das läßt sich in einem mobilitätstheoretischen Modell des dynamischen Zusammenhangs von Individuen und Einrichtungen verallgemeinern: Einrichtungen versehen Individuen mit Ressourcen und Beschädigungen, die diese bei ihrer Mobilität in andere Einrichtungen mitnehmen, wo sie als Eigenschaften der erreichten Einrichtungen aggregiert werden. Dieses Modell läßt sich auf viele Bereiche applizieren, von der Berufsschneidung (Behrens 1982; Abbott 1988), über die Kumulation von Teilhaberechten (Behrens 1984), Wissensdiffusion (Behrens/Rabe-Kleberg 1992 im Anschluß an Lewin) bis zum hier untersuchten Bereich.

nächst nahe, zu untersuchen, inwieweit individuelle Mobilitätsprozesse allein schon durch das Auftauchen und Verschwinden ganzer Betriebe erklärt werden können und mit welchen Merkmalen diese Bestandsdauern und Personalentwicklungen zusammenhängen (zu neueren betriebsökologischen Forschungsstrategien siehe Carroll u.a. 1990). Da die monatliche Arbeitslosigkeitsrate - auch in unserem GKV-Datensatz - für den untersuchten Zeitraum weitgehend konstant blieb, nahmen wir indes von der aufwendigen ursprünglich angestrebten betriebsökologischen Auswertung Abstand.

4.4 Explorative Fallstudien zu betrieblichen Regelungen bei Arbeitsunfähigkeit und begrenzter Tätigkeitsdauer

4.4.1 Konzept und Betriebsauswahl

Die Auswertung der GKV- und der SOEP-Daten erbrachte Erkenntnisse über individuelle Verläufe und mit ihnen verbundene betriebliche Merkmale, aus denen allerdings die aufeinanderbezogenen Strategien von Erwerbspersonen, Betrieben und Sozialversicherungen, die diese Verläufe hervortreiben, nur indirekt sichtbar werden. Diese wurden in 10 explorativen Betriebsfallstudien sowie in Interviews und Gruppendiskussionen mit Experten der Rentenversicherungen, Krankenversicherungen und Bundesanstalt für Arbeit erhoben. Die Betriebe wurden entlang den Dimensionen **Arbeitsmarktregion** (Ballungsgebiet mit vielen am Arbeitsmarkt konkurrierenden Betrieben versus monopolisierte Regionen), **Geschäftsfeld** und **Größe** (Handwerk versus Mittel- und Großbetriebe) ausgewählt (siehe Abbildung 1). Zum Untersuchungs- und Auswertungsverfahren vgl. oben Abschnitt 3 und Antrag (1991), S. 449 ff.

Teilprojekt C4
Behrens u.a.

Abbildung 1: Betriebsauswahl

Geschäftsfeld	Ballungsgebiet	Monopolisierte Region
Automontage Wickeln (Großbetrieb)	Automobilwerk Hannover bzw. Rüsselsheim	Automobilwerk Ingolstadt
Heben u. Tragen (Mittelbetrieb)	Flughafen Bremen	Glasverarbeitung Hildesheim
EDV (Service-Ingenieure)	Hard- u. Software Köln/Langen	Hard- u. Software Niederbayern
Krankenpflege	Krankenhaus Süd Hessen	Krankenhaus Nordhessen
Handwerk ^a (Kleinbetrieb)	Malerbetriebe Württemberg und Bremen	
^a Für das Handwerk ist in keiner Region eine Monopolstellung erreichbar.		

Betriebliche Wahrnehmung begrenzter Tätigkeitsdauern: In allen Betrieben berichteten die Fachabteilungen von sich aus das Problem, daß eine Reihe der bei ihnen anfallenden Tätigkeiten von den meisten der über 50 oder vereinzelt sogar der über 30 Jahre alten MitarbeiterInnen nicht mehr ausgeübt werden könnten. Alle Befragten führten diese Begrenztheit vor allem auf gesundheitliche Gründe (worunter auch abnehmende Leistungskraft "grauer Zellen" zählte) zurück - auch wenn die individuell bewußten Gründe der Beendigung einer Tätigkeit oft andere seien, wie z.B. der Zeitpunkt des ersten Kindes. Die gesundheitlichen Gründe seien meist die für chronische Krankheiten typischen Spätfolgen früherer Belastungen - so Muskel-Skelett-Erkrankungen - oder die abnehmende Fähigkeit, ungünstige Zeitstrukturen zu ertragen oder "das Gehirn

noch mal an ganz Neues zu gewöhnen". Ein großer Teil der betrieblichen Diskussion über alternde Belegschaften erörtert Altern also vor allem unter dem Aspekt des Verschleißes physisch-psychischer Leistungsfähigkeit⁴.

Betriebliche Reaktionen auf begrenzte Tätigkeitsdauer: Es sind genau drei Strategien, mit denen die untersuchten Betriebe auf das Problem der begrenzten Tätigkeitsdauer reagierten: **Arbeitsplatzgestaltung, Laufbahnpolitik, Externalisierung** aus den Betrieben heraus. Diese Strategien sind teilweise füreinander substitutiv, in allen untersuchten Unternehmen allerdings wurden alle drei beobachtet (Behrens 1993d). Der Arbeits- und Gesundheitsschutz konzentrierte sich bisher, soweit er sich überhaupt auf dieses Problem bezog, auf die möglichst altersinvariante Gestaltung des Arbeitsplatzes, nicht auf Laufbahnen. **Laufbahnen**, so unsere Definition, ordnen im Lebenslauf Anforderungen, Anreize und Belastungen so hintereinander, daß ein Erwerbsleben bis ins gesetzliche Rentenalter hinein regelmäßig erreicht werden kann - auch dann, wenn die einzelne Tätigkeit selbst bei Ausschöpfung aller Arbeitsgestaltungsmöglichkeiten faktisch nur befristet auszuüben ist (z.B. Schichtarbeit, schweres Heben und Tragen, einige Dienstleistungen). Gerade auch bei Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit erweisen sich solche "Laufbahnen", die einen Wiedereinstieg ermöglichen, als entscheidend.

Arbeitsplatzgestaltung: Vor 15 Jahren setzte unter dem Fachterminus des "altersinvarianten Arbeitsplatzes" eine Reihe von Modellprojekten ein, die mit technischen Innovationen den Anteil der körperlich schweren Arbeit reduzieren sollten. Für die Fallstudien unseres Projekts konnten unter anderem auch die damals am meisten beachteten Modellbetriebe gewonnen werden. Technisch

⁴ Dabei sind es neben Verschleiß noch zwei ganz andere Entwicklungen, die uns "alt aussehen" lassen: Veralten von Qualifikationen, Reputationsverlust und Entmutigung. Sie kommen häufig gemeinsam vor und steigern sich gegenseitig. Aber daß es sich um unterschiedliche Komponenten handelt, erkennen wir daran, daß sie erstens fast immer ganz unterschiedliche Lösungen erheischen, und zweitens, daß die Lösung für eine Komponente wirkungslos bleibt, wenn es für die anderen keine Lösung gibt (vgl. Behrens 1990, 1993d).

waren diese Projekte selbst im Montagebereich so erfolgreich, daß die befragten Fachvorgesetzten und Betriebsräte der größeren Unternehmen soweit gingen, zu resümieren, die Technik spiele heute als Begrenzungsgrund von Tätigkeitsdauern kaum eine Rolle mehr. Auch in den Kleinbetrieben des Handwerks erschienen technische Zwänge soweit eingeschränkt, daß sie durch Arbeitsverteilung in altersgemischten Gruppen aufzufangen seien. Allerdings treten offenbar bei Rückgang der maschinen- und werkzeugbedingten Begrenzungsgründe die arbeitsorganisatorischen Gründe, wie mangelnde Pufferzeiten, Nachtschichten, Image-Gründe, deutlicher hervor: Selbst in den untersuchten früheren Modellabteilungen arbeiteten 10 Jahre nach den erfolgreich abgeschlossenen Projekten heute z.T. weniger über 40-Jährige als zuvor. Im Handwerk (siehe unten: Externalisierung) wie auch den anderen Unternehmen waren die Lösungen für ältere Beschäftigte eher Programm als schon zu besichtigende Wirklichkeit, so daß eine Nachfrage in der 3. Projektphase erforderlich wird.

Laufbahngestaltung: Wenn Arbeitsplatzgestaltung als Bewältigungsstrategie für begrenzte Tätigkeitsdauer nicht hinreicht, bleibt Laufbahngestaltung. In der Tat fanden wir diese Strategie in allen Unternehmen, und zwar hauptsächlich in zwei Formen: als Karrierearbeitsplätze und als Verweisarbeitsplätze. Es ist - auch in Sozialmedizin und Soziologie - bislang unüblich, Karrieren als Lösung des Problems begrenzter Tätigkeitsdauer zu sehen. Gleichwohl sind sie das, und dies näher erforscht zu haben, ist eins der Hauptergebnisse des Projekts (vgl. Behrens 1993d). Karrieren lösen das Problem des physischen, z.T. des psychischen Verschleißes, indem sie meist auf insbesondere, aber nicht nur orthopädisch weniger belastende Arbeitsplätze führten: z.B. von der Montage in die Meistertätigkeit oder die Arbeitsvorbereitung, vom Bettenmachen im Krankenhaus zur Tätigkeit als Lehrschwester, vom Außen- in den Innendienst. Auch was Nachtschichten und eigene Zeiteinteilung anbelangt, geht mit der karrierebedingten Zunahme an Verantwortung in den von uns untersuchten Fällen die Abnahme dieser Belastungen einher.

Der Erfolg von Wechseln wird dadurch ermöglicht, daß Tätigkeiten ganz unterschiedliche gesundheitlich begrenzte Dauern haben. Während man für einige Berufe schon mit 42 fast zu alt ist, ist man es für andere erst jenseits der 70. Sehen wir uns an, welche Berufe die frühe, welche die späte tätigkeitsbedingte Altersgrenze zeigen, so finden wir als Faustregel, natürlich mit einigen Ausnahmen: Je besser entlohnt, je schwieriger und anspruchsvoller, je qualifizierter, je

"prestigeträchtiger" ein Beruf oder eine Position ist, umso eher liegen ihre tätigkeitsbedingten Altersgrenzen erst nahe an oder sogar jenseits der gesetzlichen Altersgrenze.

In allen von uns untersuchten Unternehmen standen derartige Karrieren - sowohl vertikale Karrieren im Sinne beruflichen Aufstiegs als auch horizontale Karrieren im Sinne zunehmender Spezialisierung und Virtuosität - nur einer Minderheit offen. Begrenzte Tätigkeitsdauer ist kein Beförderungsgrund. Fast alle in den untersuchten Betrieben vorgefundenen Karrierewege mußten bereits mit dem 30. Lebensjahr eingeschlagen sein. Älteren stand die Strategie Laufbahn nur in Form der Statuspassage auf sogenannte Verweisarbeitsplätze offen. Diese wurden in den meisten untersuchten Unternehmen mehr oder weniger systematisch vorgehalten (Arbeitsplätze im Lager, im innerbetrieblichen Transport, Instandhaltung, Bewachung), allerdings verringerte sich ihre Zahl infolge dreier Entwicklungen und blieb im Beobachtungszeitraum immer mehr hinter dem wachsenden Bedarf zurück:

- Als ungeplante Nebenfolge führt eine spezifische, aber in allen untersuchten Unternehmen vorherrschende Einstellungspraxis zur quantitativen Dominanz gemeinsam alternder Kohorten: Diese wachsende Kohortendominanz ist eine Folge der Neigung aller untersuchten Unternehmen, möglichst nur Jüngere (bis 35) einzustellen - auch in Bereichen, in denen Ältere arbeiten könnten. Dadurch entstanden mit jeder Einstellungswelle gemeinsam älter werdende Kohorten, deren Mitglieder es sich ab Anfang 40 eben wegen des Einstellungsverhaltens der Unternehmen nicht mehr leisten können zu wechseln.

- Änderungen der Arbeitsorganisation führten zur Abnahme von Verweisarbeitsplätzen: Während der Bedarf an Verweisarbeitsplätzen aus teilweise demographischen, vor allem aber aus Gründen der Einstellungspraxis stieg, nahmen sie in allen untersuchten Betrieben wegen der folgenden Entwicklungen ab. Der Trend zur "lean production", zur Verringerung von Fertigungs- und Servicetiefe beschränkte Laufbahnen. Aufgaben wurden an Fremdfirmen ausgegliedert, Lager und innerbetriebliche Transporte erreichte die Rationalisierung der Logistik, abgegrenzte Funktionen, die sich als Verweisarbeitsplätze eigneten, wurden in Mischarbeitsplätze und Arbeitsgruppen integriert. Je mehr Positionen vom Bewerber den Besitz eines in jungen Jahren zu erwerbenden Ausbildungsabschlusses voraussetzen, umso schwerer wird der Quereinstieg für Ältere ohne solche Zertifikate. Für diese Älteren wird die Akademisierung der Berufs-

welt zum Laufbahnhindernis, wenn es nicht gelingt, altersspezifische Lernformen und Quereinstiege zu etablieren.

- Je schmaler die Alterspyramide der Bevölkerung an ihrer Basis wird, umso notwendiger und zugleich schwieriger werden Wechsel innerhalb einer Laufbahn, weil immer mehr Ältere immer weniger Jüngeren gegenüberstehen (zu den demographischen Prognosen des IAB - insbesondere für die Zeit nach 2010 - vgl. Dostal 1993). In allen Branchen, einschließlich des Handwerks, wurden allerdings für die Zukunft arbeitsorganisatorische Maßnahmen (Gruppenarbeit in der Montage, altersgerechte Arbeitsaufteilung im Handwerk, Arbeitszeitregelungen in der Pflege) behauptet, die die empirische Erforschung vor das Problem stellen, entweder die Pläne für die Wirklichkeit zu nehmen oder Implementationsprozesse zu beobachten. Die Beobachtungszeit 1992 bis Anfang 1993 reichte zur Prüfung dieser Implementationsprozesse nicht aus, so daß Folgeuntersuchungen 1994 und 1996 in solchen Unternehmen, die Neuerungen schon 1992 konzipierten, für die dritte Phase vorgesehen sind.

Externalisierung In allen untersuchten Unternehmen waren zwei Externalisierungsstrategien zu beobachten, Unterschiede ergaben sich nur durch die jeweilige Größe älterer Kohorten im Betrieb. Die eine: Alle untersuchten Unternehmen planten die Subventionierung der Externalisierung älterer Arbeitnehmer durch die Sozialversicherung fest ein, so daß die Integration von Endfünfzigern gar nicht mehr als betriebliche Aufgabe wahrgenommen wurde. Das Problem begrenzter Tätigkeitsdauer wurde nur auf die 40- bis 57-jährigen bezogen. Der zweite große Externalisierungstrend (neben der Frühberentung mit oder ohne vorhergehender Arbeitslosigkeit) stellt die sogenannte natürliche oder durch Entlassungen bewirkte Fluktuation dar. Ihr Charakteristikum in den von uns untersuchten Betrieben - was durch unsere statistischen Ergebnisse der Verlaufsuntersuchungen der Versicherten der "GKV Küstenstadt" gestützt wurde - ist, daß Fluktuation vor allem vor dem 40 Lebensjahr hoch ist (vgl. Behrens u.a. 1992).

Deswegen führten Personalreduktionen vor allem zur Fluktuation jüngerer Jahrgänge und damit - wie oben erörtert - zu wachsenden Anteilen älterer

Kohorten in den Betrieben. Fluktuation löst also das Problem begrenzter Tätigkeitsdauer, sobald es einmal aufgetreten ist, kaum noch, sie schiebt allenfalls dessen Auftreten auf⁵.

Für die Beurteilung für Externalisierungs-Strategien sind deren Folgen für den weiteren Erwerbsverlauf entscheidend. Betriebswechsel sind in der Bundesrepublik für Arbeiterinnen und Arbeiter jenseits des 40. Lebensjahres hoch riskant. Wie wir nachweisen konnten (vgl. Behrens u.a. 1992), werden ältere Betriebswechsler besonders häufig arbeitslos, während das Risiko, arbeitslos zu werden, bei denen, die ihren Betrieb nicht wechseln, mit dem Alter sinkt. Diese Kombination aus Einstellungs- und Entlassungsverhalten älteren Arbeiterinnen und Arbeitern gegenüber macht Externalisierungen zur hochriskanten Strategie für die Externalisierten⁶.

Einfluß der Sozialversicherung: Alle untersuchten Unternehmen zogen die Subventionierung von Externalisierungsstrategien durch die Sozialversicherung ins Kalkül. Die Rentenversicherung verfügt zwar über Mittel, die Externalisierung älterer Belegschaftsangehöriger aus den Betrieben zu subventionieren und setzte damit einen Anreiz für Externalisierungsstrategien, aber sie hat umgekehrt kein ausreichendes Mittel, den von ihr geförderten Trend umzudrehen. Auf die Sozialversicherung werden Kosten der Externalisierung älterer Beschäftigter abgewälzt. Die Träger der Sozialversicherung artikulieren daher, stellvertretend für die Gemeinschaft der Versicherten, ein Interesse an der Verlänge-

⁵ Für besonders niedrige Altersdurchschnitte sind das Handwerk und die Krankenpflege signifikant. Die Fluktuation ist - z.B. im Handwerk (vgl. Behrens 1992) - so hoch, daß die Zahl über 40jähriger deutlich unterdurchschnittlich ist und sich allein daraus schon der geringere Anteil längerer AUs im Handwerk erklärt.

⁶ Was betriebliches Verhalten gegenüber häufiger oder langer Arbeitsunfähigkeit betrifft, scheinen die Abteilungen der untersuchten Betriebe, in denen der Krankenstand hoch ist (z.B. Gießereiabteilungen), schneller mit Beendigungen des Arbeitsverhältnisses zu reagieren als die Abteilungen, in denen der Krankenstand unterdurchschnittlich ist. Für eine statistische Analyse dieses Zusammenhangs reicht die Fallzahl nicht, daher verweisen wir auf die Ergebnisse unter 4.2 und 4.3. Die Fachvorgesetzten konnten diese unterschiedliche Reaktion nachvollziehbar rational begründen.

rung der Erwerbstätigkeit im Lebenslauf. Heraufsetzung des gesetzlichen Rentenalters und Präventionsauftrag der Krankenversicherung (gemäß § 20 SGB V) allein schaffen aber noch keinen einzigen Arbeitsplatz für Ältere. Erst Maßnahmen, die die Betriebe selbst erreichen, sind effektiv.⁷

Daher untersuchten wir sowohl in den Betrieben als auch - um einschlägige Aktivitäten nicht wegen der kleinen Fallzahl der untersuchten Betriebe zu übersehen - bei den Spitzenverbänden der gesetzlichen Krankenversicherung (also der AOK, der IKK und der BBK), welche Maßnahmen Träger der Renten- und der Krankenversicherung durchführten (vgl. Behrens 1993a).

Beratung zu betrieblicher Laufbahnpolitik erwies sich als sehr selten. Stattdessen ergaben unsere Expertenbefragungen der Spitzenverbände der GKV, daß die Beratungsangebote neben Gesundheitszirkeln primär Verhaltensschulungen (Rückenschulen, Ernährungsberatung) in der Tradition der Selbstdisziplinierung der Körper (vgl. an Norbert Elias anknüpfend Labisch 1992; Behrens; Dreyer-Tümmel; Müller 1993) umfaßten, wie sie auch Volkshochschulen anbieten. Gerade von der Seite der Rentenversicherung und der Krankenversicherung sind allerdings für die nächsten Jahre Maßnahmen im Bereich der Rehabilitation und der Betriebsbeeinflussung angekündigt, die das Teilprojekt in der dritten Phase - unter anderem mit einem Rehabilitandenpanel - verfolgen will (vgl. Antrag 1993). Die Kooperation mit dem Teilprojekt C 1, das das geänderte Selbstverständnis von Funktionsträgern der Krankenkassen zum Gegenstand hat, ist dabei besonders hilfreich, weil sich unser Projekt dadurch auf die Rentenversicherung und die tatsächlichen betriebsbezogenen Beratungs- und Vermittlungsleistungen der RV- und KV-Fachberater konzentrieren kann.

Unterschiede zwischen den Betrieben analog der Betriebsauswahl: Auf die betriebliche Entscheidung zwischen den drei betrieblichen Reaktionen auf begrenzte Tätigkeitsdauer haben Geschäftsfeld und Arbeitsmarktregion einen geringeren Einfluß gezeigt als bei der Auswahl der Betriebe erwartet (siehe

⁷ Wird ein Weg der Frühberentung geschlossen, so liegt auf den verbliebenen Ausgängen aus der Erwerbstätigkeit (Erwerbsunfähigkeitsrenten, Arbeitslosenversicherung) wie in einem System kommunizierender Röhren ein um so stärkerer Druck (vgl. zu einem Vergleich der OECD-Länder Behrens 1993b).

Abbildung Betriebsauswahl). Der Dimension Arbeitsmarktregion lag die Vorstellung zugrunde, daß die Wahl der Betriebe zwischen den Strategien Externalisierung, Laufbahnpolitik oder Arbeitsplatzgestaltung von der Stellung am Arbeitsmarkt abhinge: In Ballungsgebieten mit vielen konkurrierenden Betrieben könnten Erwerbspersonen die Strategie "Abwanderung" (A.O. Hirschman) eher realisieren und dadurch die Betriebe zu Laufbahnpolitik oder Arbeitsplatzgestaltung eher veranlassen als in monopolisierten Regionen. Die explorativen Betriebsfallstudien zeigten aber nicht die erwartete Varianz nach der Region. Bisher zeichnete sich ab, daß Variablen der betriebsinternen Sozialstruktur (z.B. Altersstruktur, Wachsen oder Schrumpfen der Beschäftigung) von größerem Einfluß waren als Umweltvariablen und Geschäftsfelder. Zudem erwiesen sich alle Betriebe nicht nur darin gleich, daß sie auf Frühberentung setzten, sondern auch darin, daß über 40 Jahre alte Erwerbspersonen in allen Regionen gleichermaßen die Abwanderung vermieden. Unterschiede ergaben sich nur durch die Altersstruktur (Dominanz gemeinsam älter werdender Kohorten) und sekundär die Größe der Belegschaft. Die untersuchten Unternehmen unterschieden sich darin, wann sie ihre großen Einstellungswellen hatten, nicht nach Region oder Geschäftsfeld. Ansätze einer **Laufbahnpolitik** als Reaktion auf begrenzte Tätigkeitsdauer konnten vor allem unter dem Druck dominierender Kohorten 50jähriger sowohl in der Automobilmontage als auch im Computerservice festgestellt werden, allerdings nirgendwo als altersgemischte Einstellungspolitik. Unternehmen, die den größten Teil ihrer Belegschaft erst vor wenigen Jahren eingestellt hatten, sahen das Problem der begrenzten Tätigkeitsdauer zwar auch auf sich zukommen, aber in so weiter Ferne, daß sie heute keine personalplanerischen oder arbeitsgestaltenden Maßnahmen ergriffen. In der nächsten Phase soll sich unsere Untersuchung daher auf solche Unternehmen konzentrieren, die schon heute Probleme lösen müssen, die erst in 15 Jahren der Durchschnitt aller Unternehmen haben. Dazu wurde aus den explorativen Studien dieser Phase ein Modell betrieblichen Verhaltens gegenüber dem Problem der begrenzten Tätigkeitsdauer (vgl. Neuantrag Modell 2) entwickelt, das in der nächsten Phase geprüft werden soll.

Teilprojekt C4 Behrens u.a.

5. Außenaktivitäten

5.1 Vorträge (Auswahl)

- (1.) "Abstiegskarrieren und Auffangpositionen" beim Treffen der Arbeitsgruppe "Analyse von Sekundärdaten" (AGAS) in Düsseldorf im November 1991 (A.Dreyer-Tümmel/J.Behrens)
- (2.) "Möglichkeiten und Grenzen einer Epidemiologie der Arbeitsunfähigkeit mit Daten der GKV" bei der Versammlung medizinischer Fachgesellschaften zur Gründung einer gemeinsamen Arbeitsgemeinschaft Epidemiologie in Bremen im März 1992 (J.Behrens)
- (3.) "Der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Gesundheitsbeeinträchtigung" auf der Klausur-Tagung des Instituts für Statistik, Universität Bremen, in Norden im Oktober 1992 (J.O.Arrow)
- (4.) "Public Health als Beruf? Public Health als Profession? Zum Fort- und Weiterbildungsbedarf in Public Health" auf der Expertentagung "Public Health und Pflegewissenschaften" in Berlin im November 1992 (J.Behrens)
- (5.) "Laufbahngestaltung als neue Aufgaben des Arbeits- und Gesundheitsschutzes" beim Kongreß "Zukunft der Arbeit" des BMA und des BMFT in Berlin im November 1992 (J.Behrens)
- (6.) "Comparative Health System Research" im Rahmen eines Gastaufenthaltes an der McMaster University in Hamilton (Kanada) im Februar 1993 (J.Behrens)
- (7.) "Estimating the Influence of Health as a Risk Factor on Unemployment: Some Statistical Models Using the German Socio-Economic Panel" auf der SOEP Users Conference in Berlin im Juni 1993 (J.O.Arrow)

Mitglieder der Projektgruppe wurden auf folgende Tagungen eingeladen, Ergebnisse des Projekts vorzustellen (die meisten Ergebnisse sind inzwischen veröffentlicht): alle Jahrestagungen der Deutschen Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention, Arbeitsmedizinische Fachgesellschaft, Soziologentage der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.

5.2 Beiträge zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit

Der vom Projekt C 4 in den ersten beiden Projektphasen mit in die wissenschaftliche Diskussion eingebrachte Ansatz der Verknüpfung von Erkrankungs- und Erwerbsverläufen ist seit etwa 1992 auch außerhalb der Soziologie auf Interesse gestoßen. Insbesondere in den sozialmedizinischen und sozialepidemiologischen Bereichen "Gesundheitsberichterstattung" und "Arbeitsschutz" war

unser auf individuelle Verläufe zielender Ansatz ungewohnt, weil in diesem Bereich bis heute die Querschnittsauswertung von Ereignissen (Krankheitsfällen) und von Anforderungen (Belastungen) dominiert. Querschnittsansätze prägen keineswegs nur die gesetzlich vorgeschriebene Statistik, sondern auch die Forschung. Inzwischen hat die Deutsche Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention eine Arbeitsgruppe ("AGAS") eingesetzt, die unter Beteiligung der meisten einschlägigen Forschungsgruppen ein Memorandum erarbeitet. Ferner ist der Ansatz, gesundheitsbedingte Statuspassagen in Erwerbs- und Erkrankungskarrieren zu untersuchen, inzwischen vom ISSA-Research Advisory Committee zur Grundlage von Überlegungen eines möglichst OECD-weiten "cross-national research project on system-bound factors of work resumption" gemacht worden.

In Kooperation mit dem Institut für Supervision, Institutionenberatung und Sozialforschung wurde eine Berufsklassifikation (Schulz u.a. 1993) entwickelt, in der Angaben zur beruflichen Tätigkeit auf der Basis des BfA-Schlüssels, der in GKV-Daten Verwendung findet, unter Gesichtspunkten der Validität sowie vergleichbarer gesundheitlicher Belastungen zu Berufsgruppen zusammengefaßt wurden.

Im März 1992 hat J. Behrens die AGAS der DGSMF auf der Versammlung medizinischer Fachgesellschaften zur Gründung einer gemeinsamen Arbeitsgemeinschaft Epidemiologie vertreten (Vortrag Nr.2). Im Oktober 1992 wurde J. Behrens ins International Committee on Occupational Health and Safety (ICOHS) gewählt; an der Gründung von deren Research Committee "Evaluation" wirkte er in Amsterdam mit. Auf Einladung der Universitäten Federico II in Napoli, McMaster in Hamilton und der Universität Toronto hielt J. Behrens eine Reihe von Vorträgen zur vergleichenden Gesundheitssystemforschung; insbesondere mit dem Centre for Health Economics and Policy Analysis (CHEPA) des Department of Clinical Epidemiology der McMaster University und dem Canadian Aging Research Network ergab sich eine Kooperation in der vergleichenden Gesundheitssystemforschung, die die im Finanzierungsantrag (1991, S. 459) genannten Institutionen ergänzt. Im Dezember 1992 richtete das Projekt für den Sfb eine Fachtagung über die Analyse von Sekundärdaten aus.

Das Projekt beteiligte sich in der Lehre am Aufbau der Gesundheitswissenschaften an der Universität Bremen einschließlich des Weiterbildungsstudium und des Graduiertenkollegs und vertrat den Bereich in verschiedenen Fachgremien zum Aufbau von pflegewissenschaftlichen und Public health Studiengängen (Vortrag Nr.4).

6. Publikationen

6.1 Veröffentlichungen

- Arrow, J.O. (1993a): Estimating the Influence of Health as a Risk Factor on Unemployment: Some Statistical Models Using the German Socio-Economic Panel. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung. DIW-Journal (im Erscheinen)
- Arrow, J.O. (1993b): Determinants of Recurrent Unemployment: An Analysis of Health Insurance Data. In: Applied Economics (im Erscheinen)
- Behrens, J. (1992): In Würde alt werden im Handwerk. In: IKK-Bundesverband (Hrsg.): Fachtagung Innovative Perspektiven der Gesundheitsförderung im Zeichen der weiteren Gesundheitsreformpolitik. Bonn
- Behrens, J. (1993a): Strategien der Gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung bei begrenzter Tätigkeitsdauer, Befragungs- und Diskussionsergebnisse. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Betrieblicher Gesundheitsschutz auf dem Prüfstand. Bonn (im Erscheinen)
- Behrens, J. (1993b): Das demographische Ende eines historischen Bündnisses und der Prozeß der Invalidisierung. In: Behrend, C. (Hrsg.): Frühinvalidität in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin (im Erscheinen)
- Behrens, J. (1993c): Betriebliche Sozialpolitik und soziale Ungleichheit. Eine Prognose für die neuen Bundesländer. In: Geißler, R. (Hrsg.): Sozialer Umbruch in Ostdeutschland. Opladen. 149-162
- Behrens, J. (1993d): Laufbahngestaltung als neue Aufgabe des Arbeitsschutzes: Das Beispiel Service-Ingenieure in Computer-Firmen. In: Bullinger, H.-J.; Volkholz, V.; Betzl, K.; Köchling, A.; Risch, W. (Hrsg.): Alter und Erwerbsarbeit der Zukunft. Arbeit und Technik bei veränderten Alters- und Belegschaftsstrukturen. Berlin (im Erscheinen)
- Behrens, J. (1993e): Individuen und Betriebe: Krankheitsfolgen in der "Verzeitlichung der Ungleichheit". In: Elting-Camus, A.; Meulemann, H. (Hrsg.): 26. Deutscher Soziologentag in Düsseldorf, 28.9.-2.10.1992. Tagungsband II. Opladen (im Erscheinen)
- Behrens, J. (1993f): Vorstandsentscheidungen. In: Elting-Camus, A.; Meulemann, H. (Hrsg.): 26. Deutscher Soziologentag in Düsseldorf, 28.9.-2.10.1992. Tagungsband II. Opladen (im Erscheinen)
- Behrens, J. (1993g): The Impact of State Regulated Demand for and Supply of Health Services on Work Place Related Activities of Plant Physicians. In: Journal of Occupational Medicine (im Erscheinen)

- Behrens, J.; Dreyer-Tümmel, A.; Pfaff, S. (1992): Arbeitsunfähigkeit und Beschäftigungsrisiko. Drei Betriebe der Region "Küstenstadt" im Vergleich. In: Brennecke, R. (Hrsg.): Sozialmedizinische Ansätze der Evaluation im Gesundheitswesen. Bd. 1: Grundlagen und Versorgungsforschung. Berlin/Heidelberg. 377-389
- Behrens, J.; Arrow, J.O.; Dorenburg, U.; Dreyer-Tümmel, A. (1992): Gesundheitsberichterstattung und Beschäftigtenmobilität. Welchen Beitrag kann die multivariate Analyse von GKV-Daten zur Identifizierung der Bedingungen beruflicher Labilisierung leisten? In: Laaser, U.; Schwartz, F.W. (Hrsg.): Gesundheitsberichterstattung und Public Health in Deutschland. Berlin. 379-392
- Behrens, J.; Rabe-Kleberg, U. (1992): Gatekeeping in the Life Course: A Pragmatic Proposal for Interrelating Four Gatekeeper Types. In: Heinz, W.R. (Hrsg.): Institutions and Gatekeeping in the Life Course. Weinheim. 237-260
- Behrens, J.; Dreyer-Tümmel, A. (1993): Abstiegskarrieren und Auffangpositionen. Zur Abbildung des sozialen Schicksals von vorübergehend Arbeitsunfähigen in GKV-Daten. In: Behrens, J.; Voges, W. (Hrsg.): Kritische Übergänge. Statuspassagen und sozialstaatliche Institutionalisierung. Frankfurt/New York (im Erscheinen)
- Behrens, J.; Dreyer-Tümmel, A.; Müller, R. (1993): Überbrückung oder Statuspassage: Krankheitsfolgen als ein sozialpolitischer Indikator. In: Leisering, L.; Geissler, B.; Rabe-Kleberg, U.; Mergner, U. (Hrsg.): Moderne Lebensläufe im Wandel. Beruf, Familie, soziale Hilfe, Krankheit. Weinheim (im Erscheinen)
- Behrens, J.; Voges, W. (1993): Kritische Übergänge. Statuspassagen und sozialstaatliche Institutionalisierung. Frankfurt/New York (im Erscheinen)
- Behrens, J.; Frentzel-Beyme, R. (erscheint 1994): Berufsrisikoforschung. In: Memorandum der Deutschen Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention
- Behrens, J.; Schuntermann, M. (erscheint 1994): Evaluation von Rehabilitation mit prozeßproduzierten Daten (Arbeitstitel). Memorandum der Deutschen Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention
- Heinz, W.R.; Behrens, J. (1991): Statuspassagen und soziale Risiken im Lebensverlauf. In: BIOS, Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History, 4: 121-139

6.2 Arbeitspapiere

- Schulz, D.; Arrow, J.O.; Behrens, J.; Dreyer-Tümmel, A.; Kocyba, H. (1993): Zur Frage der Berufsklassifizierung nach Tätigkeiten und berufsbedingten Belastungen. Manuskript. ISIS/Universität Bremen
- Behrens, J.; Schulz, D. (1993): Die Analyse betrieblicher Alterszusammensetzungen anhand betriebsstruktureller Merkmale. Manuskript. Universität Bremen
- Schulz, D. (1992): "Wo bleiben die Krankenschwestern?" Eine empirische Untersuchung des Berufsverlaufs von Krankenschwestern anhand von GKV-Daten. Universität Bremen

Projektbereich D

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojekts D1

Thema: Konstruktion biographischer Risiken durch Berufskrankheitenverfahren 1889-1929

Beteiligte Wissenschaftler/in:

Dr. Dietrich Milles (GA) Projektleiter
Dr. Arne Andersen (EA) bis 31.01.1993
Monika Sniegs (EA) ab 01.05.1993

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Stand der Kenntnisse bei der ersten Antragstellung
3. Verlauf der Untersuchung - methodisches Vorgehen
4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit
 - 4.1 Sozialgeschichtliche Einordnung
 - 4.2 Historische Statistik
 - 4.3 Typen von Berufskrankheiten
 - 4.4 Institutionelle Eigendynamik
5. Außenaktivitäten
6. Publikationen

1. Zusammenfassung

Die Berufskrankheitenverordnung erweiterte 1925 die Haftpflicht der Unternehmer für gewerblich produzierte Gesundheitsrisiken und band zugleich bessere Leistungen in der Statuspassage aus der Erwerbsarbeit an strenge Kausalnachweise.

Die über einen 'Unfall' hinausgehende Anerkennung von größeren Zeiträumen der Verursachung und Erkrankung wurde mit dem Konstrukt der 'Risikobiographie' so gefaßt, daß alle an den Berufskrankheitenverfahren beteiligten Akteure (Arbeitnehmer, Unternehmen, Berufsgenossenschaften, ärztliche Gutachter, Rechtsvertreter, Schiedsgerichte, Rekursenate) ihre unterschiedlichen Interessen und Rollenerwartungen in den Verfahren berücksichtigt fanden und die Verfahren gleichwohl eine restriktive Steuerung der Statuspassage aus der Erwerbsarbeit ermöglichten. Die Verfahren selbst, nicht spezifische Folgen (tatsächliche oder unterstellte Rentenbegehren) entwickelten sich zu sekundären Risiken.

Die Beurteilung von gewerblichen Tätigkeiten und individuellen Krankheitsprozessen als wesentliche Bedingungen und Folgen von Unfällen differenzierte zwischen natürlichen und künstlichen, normalen und besonderen Risiken je nach biographischer Dimension, die wiederum in Zeitlichkeit und Komplexität unterschieden wurde. Berufskrankheiten konnten als 'Mangel' an Gesundheit ausdifferenziert werden. Institutionalisiert wurde so eine Diskrepanz zwischen Gesundheitsbelastungen und Bedürftigkeit im Lebensverlauf einerseits und kompensatorischen oder präventiven Versicherungsleistungen andererseits.

Die Abschätzung und Bewertung der Krankheitsfolgen förderte nicht ohne weiteres präventive Schlußfolgerungen und Konsequenzen, weil eine Marginalisierung des Erfahrungswissens und eine Dethematisierung der Verursachung den juristisch-medizinischen Argumentationsgrundlagen wie den Eigeninteressen der Sozialversicherungsinstitution entsprachen.

Die sozialintegrative Wirkung dieser Konstruktion unterstützte die institutionelle Eigendynamik des ursprünglich als Kern einer Arbeiterversicherung konzipierten, dann aber verallgemeinerten Versicherungszweiges.

2. Stand der Kenntnisse bei der ersten Antragstellung

In den neueren Diskussionen über komplexere Risiken in modernen Gesellschaften wurde hervorgehoben, daß zwar die Kostenproblematik eine Rolle spielt, nicht aber die Konsequenzen für die gesetzliche Sozialversicherung (B. Badura). Stattdessen wurde die Anpassungsfähigkeit der deutschen Sozialversicherung vor allem gegenüber den angelsächsischen Einrichtungen und angesichts der anstehenden europäischen Angleichung in Frage gestellt.

Während die diesbezüglichen Zusammenhänge der Privatisierung und Individualisierung institutioneller Regelungen vor allem als Problem sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Integration (auf dem Hintergrund der US-amerikanischen Erfahrungen) thematisiert wurden, schärfte die Diskussion über die Risikogesellschaft den Blick auf Probleme der Verursachung und Haftung gesundheitlicher Risiken. Die offene Frage hierbei war, ob die selbstgeschaffenen Gefährdungen in modernen Gesellschaften von den Folgen her ausreichend begriffen werden können. Das Beispiel der arbeitsbedingten Erkrankungen kann als entsprechender historischer Versuch verstanden werden. Historische Erfahrungen wurden bislang hauptsächlich unter dem Merkmal der Versicherungsgesellschaft als Transformation der produzierten Risiken in versicherungsmathematische Bearbeitung aufgearbeitet.

In der Verbindung von betriebswirtschaftlichen Kalkülen und Risikoakzeptanz spielen die Experten und die Expertisen eine entscheidende Rolle. Diese wurde zwar historisch als Professionalisierung und funktional als gate-keeping insbesondere am Beispiel der Ärzte diskutiert, allerdings blieb die Problematik der medizinischen Gutachten, die historisch und funktional für die Ärzte wesentlich ist, weitgehend unerforscht. Sowohl die Argumentationsgrundlage als auch die Reichweite expertlicher Aussagen müssen demgegenüber im gesellschaftspolitischen Spannungsfeld und im historischen Wandel analysiert werden.

Das gesellschaftliche Spannungsfeld wurde in sozialhistorischen Darstellungen meist als Resultat politischer Kräfte beschrieben. Ein vollentwickelter Begriff vom Wohlfahrtsstaat hat demgegenüber zu berücksichtigen, daß "das Sozialversicherungssystem seine eigenen Akteure selbst geschaffen und definiert" hat (P. Baldwin). Die damit verbundene Verlagerung des Forschungsinteresses auf institutionelle Akteure und institutionelle Eigendynamik öffnet auch den Blick auf sekundäre Risiken, die sich aus der Definition von Risiken vis á vis des Sozialversicherungssystems sowie aus den Folgen dieser institutionellen Steuerung ergeben. Zwar läßt sich historisch auch einfach ein Beharrungsvermögen verkrusteter Organisationsstrukturen erkennen, doch war anzunehmen, daß das Zusammenspiel von juristischer Entscheidung und medizinischer Beurteilung bei der institutionellen Interessenvermittlung und sozialpolitischen Integration anpassungsfähig sein mußte (A. Windhoff-Héritier).

Die eigentlichen Verfahren innerhalb der Sozialversicherung waren ebensowenig aufgearbeitet wie die historischen Daten, die von der Sozialversicherung (Reichsversicherungsamt) jährlich berichtet wurden. Einige Annahmen über das Zusammenspiel von medizinischen und juristischen Vorstellungen ergaben sich aus umfangreichen rechtsgeschichtlichen Studien zur Kausalität, aus medizinhistorischen Untersuchungen zu ärztlichen Sichtweisen und aus eigenen Vorarbeiten. Die rechtlich notwendige Annahme kausaler Zusammenhänge wurde dabei als gesellschaftlich bedingt und als normatives Steuerungselement erkannt (H. Barta).

In diesem Kenntnisstand dominierte die Dethematisierungs-These, die zwar eine kritische Auseinandersetzung mit der sozialpolitischen Steuerung durch die Unfallversicherung ermöglichte, aber vor allem die präventiven Möglichkeiten der Unfallversicherung hauptsächlich als Etiketten-Schwindel faßte. Offen blieb dabei die Erklärung langfristiger Stabilität im System sozialer Sicherung, wofür vor allem die Leistungshierarchie und Umverteilung von Unfall- auf Krankenversicherung bis hin zur Sozialhilfe herangezogen wurde. Notwendig war darüberhinaus, die institutionelle Steuerung von den zugrundeliegenden Konzepten der

Verursachung und Verläufe arbeitsbedingter Erkrankungen her zu begreifen. Für diese Konzepte wurde vor allem der Zusammenhang zwischen biographischen Aspekten gesundheitlicher Belastung und Schädigung auf der einen und Lebenslaufmuster der begutachtenden Ärzte auf der anderen Seite als entscheidend angesehen.

3. Verlauf der Untersuchung - methodisches Vorgehen

Die Projektarbeiten verbanden sozialhistorische Kontextanalyse mit qualitativer Inhaltsanalyse. Auf der einen Seite wurde die Entwicklung des Berufskrankheitenverfahrens im System sozialer Sicherung auf dem Hintergrund soziökonomischer Strukturen und politischer Auseinandersetzungen untersucht. Zu dieser Kontextanalyse gesellte sich eine, in dieser Aussagekraft nicht vorausgesehene Auswertung der quantitativen Zeitreihen der Unfallversicherung. Auf der anderen Seite wurden die Dokumente, die zu den Berufskrankheitenverfahren selbst überliefert sind (vor allem ärztliche Gutachten), qualitativ ausgewertet.

Hierbei zeigte sich, daß es sinnvoll ist, die detaillierte Textanalyse auf einen historischen Zeitraum festzulegen, der ursprünglich noch nicht vorgesehen war. Nach dem Antrag sollte die Auswertung der Berufskrankheitenverfahren nur für die Geltung der Ersten Berufskrankheitenverordnung, also für die Zeitspanne von 1925 bis 1928 vorgenommen werden. Nach dem Studium der Akten des Reichsversicherungsamtes (RVA) im Bundesarchiv Koblenz wurde entschieden, den Untersuchungszeitraum auszudehnen und speziell die Verfahren zu untersuchen, die durch die Zweite Berufskrankheitenverordnung begründet wurden und sich auf die Jahre 1929 bis 1933 erstreckten. Während 1925 nämlich praktisch keine Rückdatierung der Verursachung zugelassen wurde, konnten sich Anträge nach der Zweiten Verordnung ab 1929 auf Verursachungen berufen, die bis 1919 zurückreichen konnten. Die Zweite Verordnung sah deshalb gerade für diese Öffnung der Verfahren vor, die damit verbundenen schwierigen Entscheidungen

Teilprojekt D1
Milles u.a.

durch den speziell eingerichteten Senat für Berufskrankheiten beim RVA vornehmen zu lassen. Weil es für die Fragestellung des Projektes gerade auf die größeren Zeitspannen zwischen Verursachung, Erkrankung, Entscheidung und Folgerungen ankam, boten sich die beim Senat für Berufskrankheiten anhängigen Verfahren als klare und treffliche empirische Basis an. Daher wurde der Untersuchungszeitraum des Projektes bis in die 1930er Jahre ausgedehnt und die empirische Basis der Textanalyse auf die Akten des Senats für Berufskrankheiten konzentriert.

Die Untersuchungsschritte zur allgemeineren sozialhistorischen Untersuchung wurden parallel zu der Datenaufbereitung angegangen. Frühzeitig wurden Hypothesen entwickelt und Typen gebildet, die zugleich in der Textanalyse geprüft wurden.

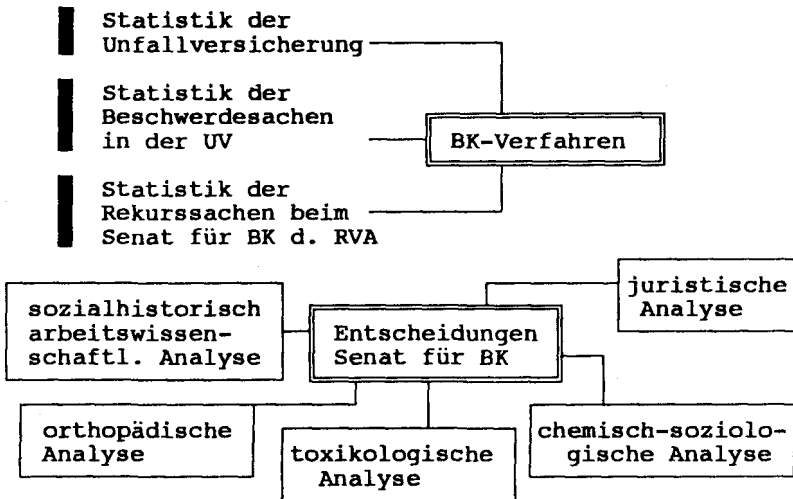
Die Textanalyse wurde wie vorgesehen zusätzlich aufgefächert in solche, die projektintern durchgeführt wurden (v.a. zu Silikose, Nystagmus und Grauem Star), und solchen die als Werkauftrag vergeben wurden (zu Kohlenoxydvergiftung vgl. W. Pfau 1993, Anilkrebs W. Hien 1993, Meniskusschäden K.-D. Thomann 1993). Ein besonderer Werkauftrag wurde vergeben, um die juristische Entscheidungslogik historisch vergleichend zu untersuchen (W. Schimanski 1993).

Die Berufskrankheitenverfahren wurden sowohl nach Typen der Verfahrenslogik geordnet und qualitativ untersucht, als auch quantitativ erfaßt und ausgewertet. Sie wurden als Teil der Beschwerdesachen in der Unfallversicherung überhaupt verstanden. Die Beschwerdesachen konnten in einer langen Zeitreihe für die gesamte Unfallversicherung quantitativ beschrieben werden (vgl. M. Sniegs 1993).

Im Überblick wurde das Vorgehen folgendermaßen strukturiert:

Schaubild 1: Struktur des methodischen Vorgehens

Politische und rechtliche Konstruktion der Statuspassage aus der Erwerbsarbeit in der Unfallversicherung
 Entstehungsgeschichte und historischer Kontext der Berufskrankheitenverordnung



Im einzelnen ging die Forschungsarbeit folgendermaßen voran:

1.

Der historische Kontext der Berufskrankheitenverordnung wurde als Geschichte eines auf den expansiven Zusammenhang von technischer Produktivität und gesellschaftlicher Wohlfahrt ausgerichteten Gemeinwesens untersucht. In einzelnen Produktionszweigen (Bergbau, Maschinenbau, Chemieindustrie) wurden die Produktionsbedingungen als Produktion von Gütern und Mißständen genauer studiert. Geprüft wurde die Hypothese, daß zum Ende des 19. Jahrhunderts arbeits-

bedingte Erkrankungen weniger von dem Beispiel schwerer Unfälle als vielmehr von dem Beispiel der gewerblichen Vergiftungen geprägt waren. Gefragt wurde, wie diese veränderte Risikostruktur in die Diskussion um die Ausdifferenzierung der Sozialversicherung einging (D. Milles 1993b).

Die Eigendynamik der Sozialversicherung wurde insbesondere anhand der Daten verfolgt, die von der Unfallversicherung berichtet wurden (vgl. die berechneten Variablen der UV-Daten bei M. Sniegs 1993).

2.

Die qualitative Analyse der Berufskrankheiten-Verfahren wurde unterstützt durch eine quantitative Auswertung aller Unterlagen des Senats für Berufskrankheiten beim Reichsversicherungsamt (vgl. den Aufbau der Datei bei M. Sniegs 1993), die in zwei Archivaufenthalten im Aktenbestand des Reichsversicherungsamtes (Bundesarchiv Koblenz R89) aufgearbeitet werden konnten.

Besonders erhoben wurden 934 Verfahren, die sich nicht durch Repräsentativität, sondern durch langwierige Verfahren auszeichnen. Angenommen wurde, daß in diesen Verfahren die typischen Steuerungen in einem medizinisch-juristischen Diskurs ausgehandelt wurden. Weil anzunehmen war, daß die langwierigen Verfahren zu einem Teil auch lediglich aufgrund außergewöhnlicher Umstände zustande kamen, wurde von allen 22 Berufskrankheiten für die Jahre 1929 und 1930 stichprobenartig andere Fälle hinzugenommen (für die weitaus dominierenden Silikose-Fälle ca. 50, von Blei-Fällen ca. 20, von allen anderen konnten alle Fälle mit ärztlichen Gutachten berücksichtigt werden). Der qualitative Analyse der Verfahren, insbesondere den Expertisen, wurde ein gleiches Schema zugrunde gelegt. Nicht auf alle der systematisch zusammengestellten Fragen konnte in den Unterlagen eine befriedigende Antwort gefunden werden. Beispielsweise konnten bezüglich der medizinischen Fächer oder der geographischen Verteilung nur erste Vermutungen angestellt werden.

Besonders schwierig war die Analyse der 'Risikobiographie' von den Betroffenen aus, die in den Verfahren lediglich in Form von Briefen oder in der Vertretung durch Gewerkschafts- o.ä. Verbandsfunktionäre handeln. Daher wurde eine spezielle Analyse der Verfahren vorgenommen, in denen ein neurotisches Antragsverhalten eine Rolle spielte und daher die Einschätzung der Subjekte breiteren Raum einnahm (vgl. D. Milles 1993g).

4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit

Die Berufskrankheitenverordnung, die 1925 unter internationalem Druck als Ausdehnung der Unfallversicherung beschlossen wurde, erweiterte die Haftpflicht der Unternehmer für gewerblich produzierte Gesundheitsrisiken und band zugleich bessere Leistungen an strenge Kausalnachweise. Die sozialintegrative Wirkung dieser Konstruktion unterstützte die institutionelle Eigendynamik des ursprünglich als Kern einer Arbeiterversicherung konzipierten, dann aber verallgemeinerten Versicherungszweiges (D. Milles 1993k).

Die Konstruktion der biographischen Risiken in der Unfallversicherung erfolgte abgesichert durch das Unfallparadigma, das im Grunde unterstellte, Probleme sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit nach einer Hierarchie akuter einzelner Fälle zu bearbeiten. Hierbei korrespondierte das Unfall-Paradigma mit der klinischen Medizin, die eine ähnliche Handlungslogik entwickelte. Das Paradigma ermöglichte die Vernichtung der Zeitlichkeit und eine Prüfung kausaler Zusammenhänge ohne biographisches Wissen der betroffenen Arbeitnehmer (D. Milles 1993l).

Die Anerkennung von größeren Zeiträumen der Verursachung und Erkrankung, wie sie dann zum Ende des 19. Jahrhunderts unumgänglich war und die Logik des Unfallparadigmas zu sprengen drohte, wurde mit dem Konstrukt der 'Risikobiographie' so gefaßt, daß alle an den Berufskrankheitenverfahren beteiligten

Akteure ihre unterschiedlichen Interessen an den Verfahren berücksichtigt fanden und die Verfahren gleichwohl eine restriktive Steuerung sozialpolitischer Leistungen ermöglichten (D. Milles 1993i).

Die 'Risikobiographie' beinhaltete auf der einen Seite die subjektive Bilanzierung gesundheitlicher Belastungen, auf der anderen Seite eine fallspezifische Abweichung normaler Lebenskurven. Diese Wahlverwandtschaft ermöglichte das Zusammenspiel von Ärzten und Juristen in den Sozialversicherungsverfahren ebenso wie eine große Akzeptanz bei den betroffenen Arbeitnehmern. Beide Sichtweisen mußten ursächliche Ereignisse im Erwerbsleben als wesentliche Bedingung für nachweisbare Gesundheitsschäden anführen, was mit der Dauer der verursachenden oder wirkenden Prozesse komplizierter wurde. Damit unterstützten die Verfahren ein wesentliches Merkmal sozialer Sicherung: die Vernichtung der Zeitlichkeit in Vergangenheit und Zukunft ermöglichte eine politisch-administrative Steuerung ohne erkennbare soziale Ungerechtigkeit. Darüberhinaus ergab sich eine Verfahrenssicherheit durch gleiche Sichtweisen und Argumentationslinien bei Betroffenen, Berufsgenossenschaften, Ärzten, Juristen und Behörden. Die rechtlich-administrative Steuerung stabilisierte Arbeitsverpflichtung und Sicherheitsstandards in großer Akzeptanz (D. Milles 1993g).

Die präventive Verpflichtung und damit auch die gesellschaftliche Integrationskraft blieb ein Wesensmerkmal der Unfallversicherung. Ihre Brisanz jedoch konnte entschärft werden. Obwohl mit der Berufskrankheitenverordnung über den Unfall hinaus auch solche Risikoproduktion in den Blick geriet, die mit längeren Prozessen zu tun hatte und die dem normalen Betrieb eigen war, wurden Haftpflicht und präventive Intervention an einen Kausalnachweis gebunden, der mit größeren zeitlichen Dimensionen in Vergangenheit und Zukunft immer schwieriger wurde.

Wie am Beispiel der Berufskrankheitenverordnung auffiel, folgte die Entwicklung des Sozialversicherungssystems stärker einer institutionellen Eigendynamik als

einer problemorientierten sozialpolitischen Strategie. Ein wichtiger Mechanismus, der die Anpassungsfähigkeit unterstützte, basierte auf der Spannung zwischen allgemeinen Zielen der Solidargemeinschaft und verdächtigender Einzelfallbeurteilung, der wiederum auf eine lineare zeitliche Ursachenforschung und Kausalitätsprüfung auf der einen Seite, sowie reparierende Maßnahmen auf der anderen Seite aufbaute.

Die ärztlichen Gutachten waren von Beginn an der Hebel, um das Ausmaß der Versicherungsleistungen und die präventiven Perspektiven zu kanalisieren. Die Risikobiographien, auf die sich Arbeitnehmer wie Versicherungsträger gleichermaßen bezogen, erlaubten es, die produzierten Gesundheitsrisiken in einem individuellen Arbeitsleben nach den Bedürfnissen der Versicherungsträger zu beurteilen, dabei eine Prüfung nach der Arbeitsverweigerungsvermutung vorzunehmen und zugleich an dem prinzipiellen präventiven und fürsorglichen Aspekt festzuhalten. Die Risikobiographie, so kann man überspitzt sagen, war als sozialpolitische Öffnung hin zu subjektivem Bedarf und zur Schadensprävention angelegt, wurde aber dann zur eigentlichen Risikolage der von industrieller Pathogenität betroffenen Arbeitnehmer. Dies wiederum machte die große Anpassungsfähigkeit der deutschen Sozialversicherung aus.

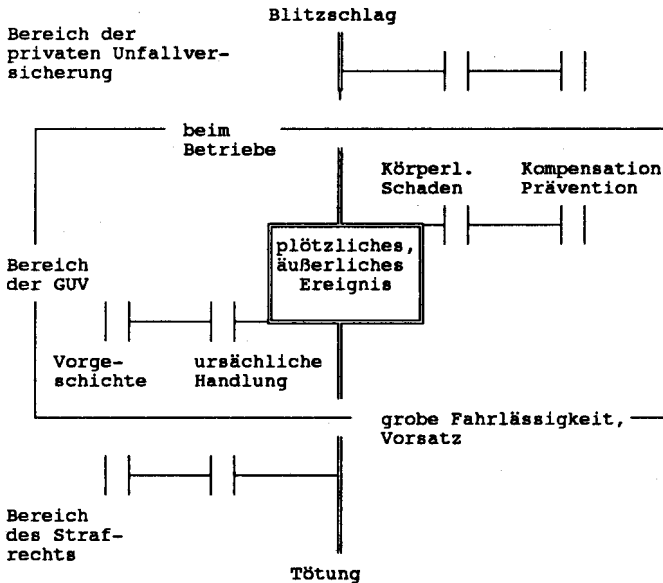
4.1 Sozialgeschichtliche Einordnung

Anders als in England, wo frühzeitig eine Mischung aus Gewohnheitsrechten, privater Haftpflicht, staatlicher Fabrikaufsicht und lokaler sozialpolitischer Einflußnahme entwickelt wurde und wo keine institutionelle Steuerung durch intermediäre Instanzen ausgeprägt wurde, war in Deutschland die Rolle der Ärzte in intermediären Instanzen entscheidend für den Umgang mit produzierten Risiken für Leben und Gesundheit (D. Milles 1993m).

Die juristisch-medizinische Konstruktion der Sozialversicherungsverfahren baute die Normalitätsunterstellungen von gesunden Arbeitnehmern auf und stabilisierte Lebenslaufmuster für die Statuspassage aus der Erwerbsarbeit. Diese historische Konstruktion ist im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts entwickelt, vor dem Ersten Weltkrieg verallgemeinert und in den 1920er Jahren stabil ausdifferenziert worden (D. Milles 1993d).

Die Bestandteile der Konstruktion waren durch das Unfallparadigma und durch eine entsprechende 'Entzeitlichung' verbunden (D. Milles 1993b).

Schaubild 2: Unfallbegriff



Ein 'natürliches' Risiko nach dem Beispiel eines Blitzschlages ist das Muster für die private Unfallversicherung gegen Unbillen des Lebens, soweit keine Verschuldenshaftung greift. Dies ist anders bei den Risiken, die "beim Betriebe" entstehen und für die mit der gesetzlichen Unfallversicherung eine allgemeine Ablösung der unternehmerischen Haftung vorgesehen wurde.

Diese Haftungsablösung gilt nicht für solche Fälle, in denen aufgrund grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz eine strafrechtlich zu verfolgende Schuld vorliegt. Während die private Unfallversicherung lediglich nach den Folgen fragt, fragt die strafrechtliche Würdigung nach Vorgeschichte und verursachender Handlung. In der gesetzlichen Unfallversicherung finden wir eine Kombination beider Fragestellungen, die von dem Unfallereignis aus sowohl in die Vergangenheit wie auch in die Zukunft reicht. Diese Verzeitlichung hat je zwei Dimensionen: im unmittelbaren Zusammenhang des Ereignisses wird nach verursachenden Handlungen und nach feststellbarem Schaden gefragt; im mittelbaren Zusammenhang wird nach strukturellen Bedingungen und nach Konsequenzen gefragt. Die Logik der Unfallversicherungs-Verfahren ist nun, eine Ausdehnung der zeitlichen Dimensionen an den Unfallbegriff zu koppeln (vgl. vorstehendes Schaubild).

Das Unfall-Paradigma unterstellte im Grunde, daß das Problem sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit nach einer Hierarchie akuter einzelner Fälle zu bearbeiten wäre. Hierbei korrespondierte das Unfall-Paradigma mit der klinischen Medizin, die eine ähnliche Handlungslogik entwickelte. Das Unfall-Paradigma erhielt gerade in jenen Jahren in Deutschland eine entscheidende Ausprägung, in denen die "sociale Frage" nahezu alle gesellschaftspolitischen Fragen durchdrang. In dem Unfall-Paradigma zeitigte dies zwei recht gegensätzliche Aspekte:

- a) die Grundlegung des Paradigmas durch das Versprechen, jeweils offenkundige soziale Härten zu bearbeiten;

- b) die Begrenzung des Paradigmas durch die Annahme, daß für den normalen wirtschaftlich-technischen Entwicklungsgang kein besonderes Steuerungs-Instrumentarium nötig wäre.

Die Unfallversicherung ist zu begreifen als die Generalisierung einer historischen Sonderlösung. Im Zuge der Industrialisierung waren vor allem Arbeitnehmer in besonderem Maße und mehr als alle anderen gesellschaftlichen Schichten von den Risiken der Arbeitsunfähigkeit, speziell durch Erkrankung, Unfall, Arbeitslosigkeit und Alter, betroffen. Die Einrichtungen der sozialen Sicherung, wie sie mit der Krankenversicherung 1883, der Unfallversicherung 1884 und der Invaliditätsversicherung 1889 erfolgten, wurden von den Zeitgenossen insofern treffend als "Arbeiterversicherung" verstanden. Die Ausdehnung der Sozialversicherung auf andere gesellschaftliche Schichten im Laufe der Zeit bis in die 1970er Jahre führte dazu, daß sich das allgemeine gesellschaftliche Streben nach Sicherheit auf das Sozialversicherungssystem bezog. (D. Milles 1993i).

4.2 Historische Statistik

Die Berichterstattung der gesetzlichen Unfallversicherung spiegelt den historischen Kontext in Umfang und Verteilung der Einnahmen und Ausgaben, wobei die einzelnen Positionen bemerkenswert stabil bleiben und somit insgesamt auch die nationalökonomisch und gesellschaftspolitisch ausgleichende Wirkung der Sozialversicherung aufzeigen (vgl. M. Sniegs 1993; Schaubild 4).

Die gesamte empirische Basis der Untersuchung, die aus den Akten des Senats für Berufskrankheiten beim Reichsversicherungsamt gewonnen werden konnte, war der quantifizierenden Auswertung zugänglich. Es handelt sich dabei um Beschwerdesachen in der Unfallversicherung (das Reichsversicherungsamt war bis 1945 ausführende Reichsbehörde und letzte Spruchinstanz in einem). Die Entscheidungen des RVA weisen einen deutlichen Anstieg bis zur Reichsver-

sicherungsordnung von 1911 auf, wobei der steigende Anteil von Urteils-Bestätigungen auf einen wachsenden Problemdruck hinweist, der mit der Neuordnung der Rentenanwartschaften und dem folgenden Weltkrieg rapide zurückging (Schaubild 5). Während die ablehnenden Bescheide bis 1925 (Unfallversicherungsgesetz) dominierten, finden wir in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre eine Angleichung auf relativ stabilem Niveau, die auf größere Verfahrenssicherheit bei allen Beteiligten schließen läßt.

Die Berufskrankheitenverfahren können folgendermaßen eingeordnet werden: In den ersten Jahren nach Beschluß der Berufskrankheitenverordnung blieben die Zahlen der gemeldeten und entschädigten Fällen marginal: 1926 wurden 3.398 Fälle gemeldet, die Zahl stieg auf 3.800 Fälle im Jahr 1928; erstmals entschädigt wurden 1926 nur 268 und 1928 lediglich 417 Fälle; die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung gaben 1928 nur 0,23% ihrer Gesamtausgaben für Berufskrankheiten aus. Erst mit der Zweiten Verordnung, die 1929 in Kraft trat, brachten 14.482 Silikose-Meldungen einen großen Aufschwung, während die anderen Listenpositionen nur leichten Anstieg verzeichneten.

Nach der Zweiten Berufskrankheiten-Verordnung waren in den Jahren 1929 bis 1933, in denen der Senat für Berufskrankheiten als separate Spruchinstanz tätig war, insgesamt 31.754 Rekurse in Unfallversicherungssachen anhängig. Der Senat beschäftigte sich mit ungefähr 1.600 Fällen; eingegangen waren sogar 8.843 Beschwerden, von denen jedoch ein großer Teil nicht durch Richterspruch entschieden wurden (Rücknahme der Beschwerde, außergerichtliche Einigung etc.). Die Untersuchung bezog sich auf diejenigen Fälle, die in dem Bestand des Bundesarchives in Koblenz (R89 Nr.23001-23029) überliefert sind. Dieser Bestand enthält die behördliche Aktivität so vollständig, daß die gesamte Arbeit des Senates überblickt werden kann. Fehlende Akten zu einzelnen BK-Nummern müssen darauf zurückgeführt werden, daß diese Akten kein behördliches Interesse fanden. Selbst viele der vorhandenen Akten in den 29 Konvoluten enthalten lediglich die formale Entscheidungsgrundlage, nicht aber ärztliche Gutachten oder Stellung-

nahmen der Berufsgenossenschaften oder der Kläger bzw. deren Rechtsvertreter. Alle vorhandenen Informationen wurden nach einem Schema erfaßt (wiedergegeben bei M. Sniegs 1993) und ausgewertet. Es zeigte sich eine übergroße Bedeutung der Silikose-Fälle, die allerdings eine vergleichsweise geringe Anerkennung fanden (8,7%, gegenüber beispielsweise 21,4% Anerkennung bei Muskel- etc.-Erkrankung durch Preßluftwerkzeuge). Während insgesamt ca. 10% der Rekurse anerkannt wurden, war die Bestätigung der ablehnenden Bescheide bei Vergiftungen mit 98,6% deutlich hoch. Frauen waren lediglich mit 4 Fällen in den Rekursachen vertreten. Interessant war auch, daß die Altersverteilung mit 48% eine große Häufung der 49-58jährigen Arbeitnehmer zeigte; hinzu kamen 18% mit einem Alter von 59 und mehr Jahren. Selbst die Verfahren beim Reichsversicherungsamt, die bereits berufsgenossenschaftliche Ermittlungen und Entscheidungen sowie Verhandlungen vor Schiedsgerichten oder Landesversicherungsämtern hinter sich hatten, dauerten ein halbes bis 3 Jahre, in einzelnen Fällen bis 6 Jahre (Schaubild 3). Die Dauer der Verfahren insgesamt wird somit zu einem selbständigen Risiko für den antragstellenden Arbeitnehmer.

Schaubild 3: Dauer der Verfahren vor dem Senat für BK

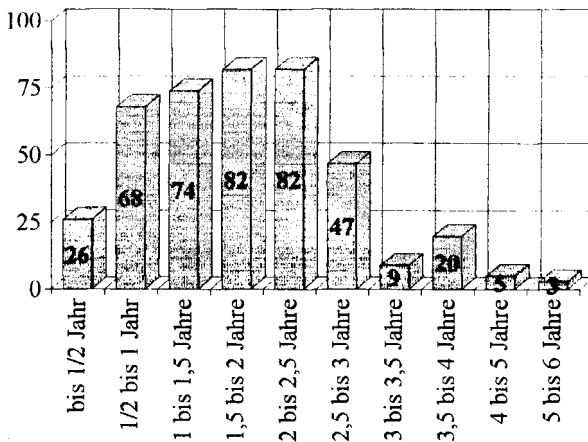


Schaubild 4: Verteilung der Ausgaben in der Unfallversicherung

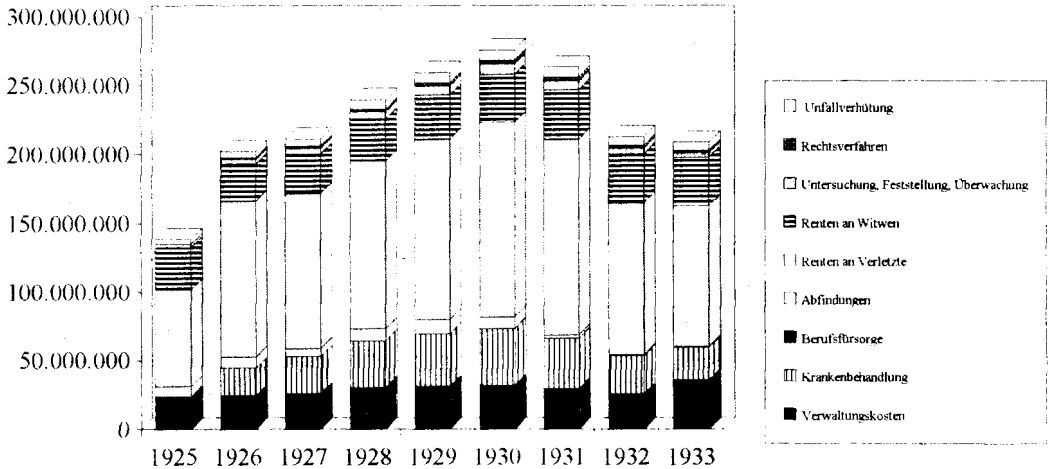
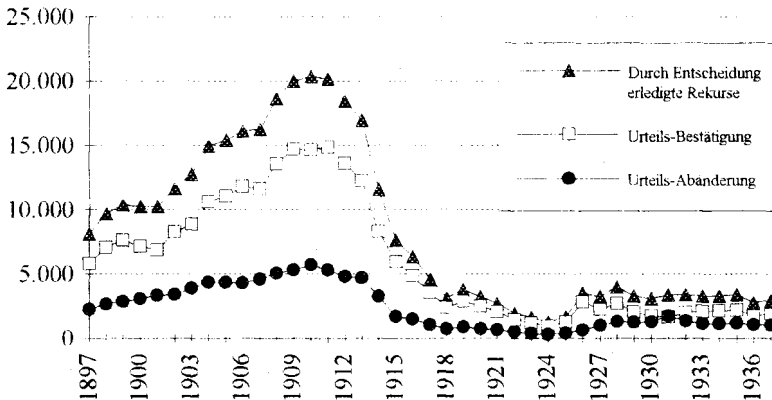


Schaubild 5: Rekursentscheide in der Unfallversicherung



4.3 Typen von Berufskrankheiten

Die Forschungshypothese ging davon aus, daß sich Typen von Berufskrankheiten in den juristisch-medizinischen Strukturen der Verfahren herausbilden und mit qualitativer Untersuchung der Verfahrensdokumente (v.a. der ärztlichen Gutachten) erkannt werden können. Geprüft wurde zunächst, ob die Berufskrankheiten selbst von der verursachenden Wirkung oder den beobachtbaren Erkrankungsprozessen her unterschieden werden können. Entsprechend feststellbare Unterscheidungen bezogen sich auf stoffspezifische Verursachung (hauptsächlich verschiedene gewerbliche Vergiftungen) und altersspezifische Erkrankungsvorgänge (Verschleißerscheinungen der Muskeln und Gelenke, Altersstar). Alle diese Unterschiede enthielten einen zeitlichen Aspekt: sowohl die Frage nach spezifischen Ursachen als auch diejenige nach spezifischen Wirkungen wurde durch die zwischen Ursache und Wirkung tretende Zeitspanne modifiziert. Diese Modifikationen konnten zusammengefaßt werden in zwei Typen: in dem einen Typ führte die Zeitspanne dazu, daß der exakte Nachweis der notwendig spezifischen Ursache schwieriger wird, dies war beispielsweise bei Gifterkrankungen der Fall; in dem zweiten Typ führte die Zeitspanne dazu, daß im Laufe der Zeit tatsächlich verschiedene Ursachen untrennbar in einem Krankheitsgeschehen zusammenwirkten, dies war beispielsweise bei Tuberkulose und Silikose der Fall (Pkt. 2 u. 3 in Schaubild 6).

Die zeitliche Problematik lenkt den Blick auf die Biographie der Betroffenen. Sowohl der spezifische Nachweis von Ursache und Wirkung als auch die Gewichtung von undeutlichen Ursachen bei offenkundigen Wirkungen ist dann auf die Mitwirkung der betroffenen Arbeitnehmer angewiesen. Da diese Arbeitnehmer jedoch zugleich Partei sind, wurden in den Verfahren ebenso wirksame wie unausgewiesene Lebenslaufmuster zugrunde gelegt, mit denen spezifische Berufskrankheiten von alters- und anlagebedingte Erkrankungseinflüsse unterschieden wurden. Diese Lebenslaufmuster waren eine zentrale Basis ärztlicher Begutachtung, die allerdings in der medizinischen Literatur fast nicht behandelt wird.

Schaubild 6: Konstruktion biographischer Risiken durch Berufskrankheitenverfahren

- Typisierung -

	<u>1) Formal</u>	<u>2) Unbestimmt kausal</u>	<u>3) Komplex kau- sal</u>	<u>4) Normal</u>	<u>5) Bewertend</u>
<u>Beschreibung</u>	Konstruktion von Bk abhängig von formalen Zeitkriterien	Konstruktion von Bk in wachsende ursächliche Unbestimmtheit	Konstruktion in wachsende Verquickung der Ursachen	Konstruktion nach natürlichen Abweichungen	Konstruktion nach diagnostisch-prognostischen Problemen
<u>Schwerpunkt</u>	(z.B. in den vielen Silikose-Fällen)	(z.B. länger zurückliegende Wirkungen von Vergiftungen)	(v. a. im Hinblick auf ursächliches Zusammenwirken, z.B. Silikose-Tbc)	(v.a. alters- oder konstitutionsbedingte Merkmale, z.B. bei Meniskus-schäden oder grünem Star)	(v.a. im Hinblick auf Einschätzung der Schwere der Erkrankung und der Folgen, z.B. bei Silikose)
<u>Problematik</u>	- erste Diagnosestellung und Rückwirkung der 1. bzw. 2. BKVO, 1924 bzw. 1919	- bei oder durch versicherte Tätigkeit - Eignung des 'Unfalls' zur Schädigung - prima facie - Beweisführung	- Einzelfall- oder Listenprinzip - Spezifik der Erkrankung - prima facie - Beweisführung	- Einschätzung der Erwerbsfähigkeit - Schwere des körperlichen Schadens als Normabweichung	- Chancen auf dem Arbeitsmarkt - Schwere des körperlichen Schadens als Normabweichung
<u>Diskussion</u>	* Rückwirkung	* Anamnese, Arbeitsplatzanalyse	* Differentialdiagnose, Röntgenbild	* Nachuntersuchung auf Verschlechterung/-Verbesserung	* Prognose, Prävention

Diese Normalitätsunterstellung in ärztlichen Gutachten erwies sich als Bindeglied zwischen den zugrundeliegenden körperlichen Schädigungen und ihrer Bewertung in der Sozialversicherung. Denn sie unterstellte zugleich, daß andere als natürliche Abweichungen (Alter und Konstitution) im Grunde 'künstlich' hervorgerufen wurden und daher konkret nachweisbar sein müssen; bzw. umgekehrt, daß alle schwer konkret nachweisbaren Zusammenhänge von Ursache und Wirkung darauf deuten, daß natürliche Abweichungen vorliegen (Pkt.4 Schaubild 6).

Diese Normalitätsunterstellung ermöglichte einerseits eine formale Datierung der Verordnung, weil die Rückwirkung der Verordnung nicht an vorhandenes, wenn auch immer wieder diskutiertes Wissen über die langen Zeitspannen zwischen Ursache und Wirkung geknüpft werden mußte. So wurden nach der Ersten Berufskrankheitenverordnung praktisch nur die seit ihrem Inkrafttreten verursachten Krankheiten entschädigt und erst 1928 gab es eine Rückdatierung der Ursachen auf 1919 (Pkt.1 Schaubild 6).

Die Normalitätsunterstellung ermöglichte zum anderen, die sozialpolitischen Konsequenzen auf Kompensationen nach erfolgreicher Kausalitätsprüfung zu beschränken. Nicht die Bedürftigkeit der betroffenen Arbeitnehmer (etwa ihre soziale Lage) und auch nicht die Bedarfe des Gesundheitsschutzes beeinflussten die Verfahren; sie waren vielmehr nachgeordnete Folgerungen (Pkt.5 Schaubild 6).

Damit war soziale Sicherung durch die biographische Konstruktion der Berufskrankheiten eingeordnet in eine als Bearbeitung von Mangellagen, in der subjektive Bedürfnisse nur Handlungschancen eröffneten, wenn sie mit medizinisch-juristischen Zuschreibungen begründet werden konnten. Diese Zuschreibungen wiederum stabilisierten zugleich eine Hierarchie der Einrichtungen der sozialen Sicherung und der entsprechenden Leistungen: von der unspezifischen Zuschreibung allgemeiner Bedürftigkeit, wie der dem Typ 'Armut' eigen ist, stiegen Leistungen zusammen mit den Anforderungen der medizinisch-juristischen Zuschreibung an bis hin zum Typ 'Berufskrankheit', der die besseren Leistungen an restriktive Prüfungen band (vgl. Schaubild 7).

Schaubild 7: Berufskrankheiten als Ausdifferenzierung des 'Mangels' an Gesundheit

Vorgeschichte	Typ	Status	Passage	Perspektive
unspezif. Ursache	ARMUT	Unselbständigkeit	Streben nach Linderung	Leben im Leiden
komplexe Ursache	KRANKHEIT	Unfähigkeit	Streben nach Ausgleich	Leben mit dem Tode
spezif. Ursache	UNFALL	Gebrechen	Streben nach Korrektur	Leben mit Folgen
spezifisch-komplexe Ursache	BERUFS-KRANKHEIT	Minderung	Streben nach Genugtuung	Leben mit Haftung

4.4 Institutionelle Eigendynamik

1911 war die sozialintegrative Bedeutung der deutschen Sozialversicherung durch die fortgesetzten gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen mit den streikenden Bergleuten, der sozialdemokratischen 'Umsturz'-Partei und den kolonialistischen oder mitteleuropäischen Großmacht-Strategen derartig gewachsen, daß keine Vereinheitlichung und nicht einmal eine Ausdifferenzierung (neuer Versicherungszweig) gewagt wurde. Die Reichsversicherungsordnung sah lediglich vor, eine Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten zu ermöglichen. Wenn auch diese Ausdehnung 1925 nicht ohne

internationalen Druck (Versailler Vertrag, Washingtoner Konferenz 1919, Dawes-Plan) beschlossen wurde, so waren die Regelungen vergleichsweise eng geschneidert (11 nicht häufige Berufskrankheiten).

Die institutionelle Eigendynamik verhinderte zwar eine von der chemischen Großindustrie betriebene separate Versicherung und dehnte auch die Haftpflicht der Unternehmer aus, band allerdings die größeren Zeitspannen arbeitsbedingter Erkrankungen an das Unfallparadigma und die präventiven Konsequenzen an gesichertes ärztliches Wissen.

Die biologisch-klinischen Methoden überlagerten eine 'biographische Medizin', die zwar von einem ganzheitlichen Ansatz gefordert wurde, jedoch für die gate-keeper-Funktion der medizinischen Begutachtung allzu parteilich schien. Das Erfahrungswissen der Patienten war in der juristisch-medizinischen Konstruktion der Sozialversicherungsverfahren nicht gefragt. So argumentierten medizinische Gutachter fallbezogen und weitgehend ohne Festlegung dessen, was sie als 'gesichertes Wissen' ansahen.

Die gesellschaftliche Bewertung der Ursachen korrespondierte mit der gesellschaftliche Bewertung der Folgen nach ihrer Qualität (vgl. Schaubild 8). Gutachterliche Aussagen zeigten eine große Anpassungsfähigkeit an veränderte soziale Bedingungen durch eine grobe Differenzierung nach künstlichen (produzierten) und natürlichen (alters- und anlagegemäßen) Ursachen, sowie nach normalen (in einer gewissen Toleranz erwartbaren) und besonderen (deutlich erkennbaren) Folgen. Diese, aus dem Unfallparadigma gewonnene Differenzierung ließ es zu, größere Belastungen und deren Folgen entsprechend gesellschaftlicher Normalitätsunterstellungen als mehr oder weniger natürliche Ursachen zu fassen. Deutlich wird zugleich, daß Berufskrankheiten in der klassischen Form des Unfalls als produzierte und akute Schädigungen die größte Brisanz aufwiesen.

Schaubild 8: Gutachterliche Bewertungen von Dimensionen des Berufskrankheitenrisikos

*gesellschaftliche Bewertung
der Ursachen*

künstliche	natürliche	
künstlich-normale (Schnittwunde Bäckerbein)	natürlich-normale (Ermüdung Verschleiß)	normale
künstlich-besondere (Vergiftung Asbestose)	natürlich-besondere (Streß Herzinfarkt)	besondere

*gesellschaftliche Bewertung
der Qualität*

Mit der gutachterlichen Bewertung von Ursachen und Folgen verbunden waren Lebenslaufmuster, welche die Handlungsperspektiven der gate keeper dominierten (Schaubild 9). Hierbei wird deutlich, daß der klassische Unfall, der in der Bewertung so brisant erscheint, in der sozialpolitischen Problemorientierung und Leitvorstellung zu dem einfachen und unproblematischen Typ wird. Während der Unfall auf kleine Zeiträume bezogen und durch strenge Prüfungen definiert wird, wachsen die sozialpolitischen Schwierigkeiten mit größeren Zeiträumen und langfristigen Steuerungen. Hierin liegt allerdings auch eine historische Chance der Berufskrankheitenverfahren, nämlich nicht nur die Brisanz des Unfalls zu nutzen, sondern auch auf biographische Erfahrung der Betroffenen einzugehen und gleichzeitig gesamtgesellschaftliche Strategien (frühe unter dem Stichwort Menschenökonomie, heute Humankapital diskutiert) zu fördern (D. Milles 1993n).

Teilprojekt D1 Milles u.a.

Schaubild 9: Leitvorstellungen und Problemorientierung in Berufskrankheitenverfahren

	URSACHEN	FOLGEN
EREIGNIS	a) Unfall Diagnose	b) Korrektur Rehabilitation
BIOGRAPHIE	c) Alter Erfahrungswissen	d) Menschenökonomie Politisierung

- a) Die Leitvorstellung eines Unfalls war die einfachste und verband sich ohne weiteres mit dem Primat der Diagnose.
- b) Die Folgenabschätzung zielte auf eine möglichst konfliktarmen und wirtschaftlich vertretbaren Korrektur der Schadensursachen und -folgen; die schnelle Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit war das Problem.
- c) Erkrankungen in einem längeren Lebensverlauf wurden von den altersbedingten Normalitätsannahmen aus gesehen; je größer die Bedeutung der Risikobiographie war, um so größer wurde die Bedeutung des Erfahrungswissens (vor allem der Betroffenen).
- d) Die Verlängerung biographischer Dimensionen orientiert auf einen ökonomischen Umgang mit menschlicher Arbeitskraft einschließlich der Nachkommen; das Problem dieser Perspektive liegt in den wesentlich politischen Handlungschancen und Entscheidungszwängen.

Vor allem das Eigeninteresse der Sozialversicherungsträger drängte dazu, in jedem Fall die überschaubaren und unpolitischen Konstruktionselemente (Bewertung unter dem Verdacht, daß natürlich-normale Risiken vorliegen; Problemorientierung nach der Maßgabe, daß nur spezifische und akute Fälle relevant sind) zu stärken.

Insgesamt war mit den Berufskrankheitenverfahren eine anspruchsvolle sozialpolitische Chance eröffnet, die Öffnung allerdings als Nadelöhr so gestaltet, daß nicht nur die betroffenen Arbeitnehmer eine zusätzliche Risikolage eingehen mußten, wenn sie Berufskrankheiten meldeten, sondern eine sozialpolitische Steuerung ineffektiv blieb, die nach heutigem Wissen über chronische Erkrankungen, latente Gesundheitsgefährdungen, notwendige Risikofolgenabschätzungen und Beteiligung der Betroffenen an einem Risikodiskurs dringend benötigt wird. Also wurde auch die Chance langer historischer Erfahrung mit institutioneller Steuerung vertan.

5. Außenaktivitäten

Der Projektleiter konnte die Forschungskonzeption und erste Ergebnisse auf Tagungen vorstellen, die der interdisziplinären Anlage entsprechend unterschiedliches Profil hatten.

In Bergen, Norwegen, wurde über "Risques Professionell' and Risk Compensation: Accidents, Occupational Diseases and the Duration-Dimension in the Welfare State" vorgetragen (Institutional Seminar on the Study of Occupational Health Systems and the Professions of the Welfare State, Universität i Bergen 2.-3. September 1991).

Über "Unfallversicherung, medizinische Begutachtung und biographische Dimensionen" wurde dem 12. Wissenschaftsforum der Universität Bremen "Sozialer Wandel und die Modernisierung des Lebenslaufes" am 10.10.1991 vorgetragen.

Teilprojekt D1
Milles u.a.

Ein Beitrag über "Das Unfallparadigma in der Entwicklung des Berufskrankheitenkonzepts" wurde gehalten während der Tagung "Sozialhygiene und Public Health. Kontinuitäten, Brüche, Dilemmata" am 28.3.1992 in Hamburg.

Vorgetragen wurde über "Arbeitsbedingte Risikobiographie und präventive Sicherung - zur historischen Konstruktion der Berufskrankheiten" der Sektion Medizinsoziologie während des 26. Deutschen Soziologentages in Düsseldorf am 1.10.1992.

Darüberhinaus wurden vorhandene Arbeitsbeziehungen in einem weiteren thematischen Umfeld genutzt, um einzelne Aspekte vorzutragen und zu diskutieren. So ergaben sich in Kontakten zum Sfb 333 "Entwicklungsperspektiven von Arbeit", besonders dem Forschungsprojekt "Erfahrungswissen in der industriellen Produktion: Neue Anforderungen an Technik und Arbeitsgestaltung" des ISF in München. Während der Tagung "Erfahrung und visuelle Wahrnehmung. Zur Pathologie des 'objektiven Blicks'" am 3./4.5.1993 wurde über "Sehvermögen und Sichtweisen in der Geschichte der Arbeitsmedizin" vorgetragen.

Die enge Arbeitsbeziehung zu der Abteilung "Gesundheitspolitik, Arbeits- und Sozialmedizin" des Zentrums für Sozialpolitik (Leiter Prof. Rainer Müller) ergab überschneidende Aspekte im Hinblick auf Konzepte der Gesundheitsberichterstattung sowie des Aufbaus der Gesundheitswissenschaften in der Universität Bremen. In diesem Zusammenhang wurde über "Sozialmedizin, public health, Gesundheitsförderung, Gesundheitswissenschaften - von der Gesundheitspolicy bis zur Ottawa-Charta - ein historischer Exkurs" in der Akademie für Gesundheit Bremen am 9.12.1991 vorgetragen.

Die seit längerem bestehenden engen Arbeitsbeziehungen zu Prof. Dr. W. R. Lee, University of Liverpool, wurden fortgesetzt in dem Drittmittelprojekt "Urbanisation, the Epidemiological Transition and Public Health Strategies in Nineteenth Century Bremen", das durch Wellcome Unit vom 1.3.1991 bis 28.2.1993 gefördert wurde und von Barbara Leidinger-Sommer und Dr. Peter Marschalck durchgeführt wurde. Zusammen mit Prof. Lee wurde ein Drittmittelprojektantrag mit vergleichbaren Forschungsfragen für England gestellt (zu den Vorarbeiten aus dem Teilprojekt vgl. V. May 1993)

Die internationale Kooperation setzte sich fort während der Tagung über "Accidents in History", die im Oktober 1991 von der Society of the Social History of Medicine (Bill Luckin, Roger Cooter) in London durchgeführt wurde und zu der ein Beitrag aus den Projektarbeiten publiziert wird.

Die medizingeschichtliche Kooperation hat für das Teilprojekt eine besondere Bedeutung, weil die Universität Bremen keine medizinische Fakultät und entsprechende Kompetenz hat. Die bestehende Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Esteban Rodríguez-Ocaña, Universität Granada, sowie Prof. Dr. Alfons Labisch, Institut für Geschichte der Medizin, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, wurden ausgebaut.

Eine Zusammenfassung der nach außen gerichteten Aktivitäten, der fruchtbaren Kooperation sowie der Diskussion von eigener Forschungskonzeption und -hypothesen wurde durch die Tagung "Gesundheitsrisiken, Industriegesellschaft und soziale Sicherungen in der Geschichte" ermöglicht, die der Projektleiter am 22.5. und 23.5.1992 in Bremen organisierte. Die einzelnen Beiträge wurden, zusammen mit eigenen Forschungsergebnissen, den Experten und ergänzenden Beiträgen publiziert.

6. Publikationen

Hien, Wolfgang (1993): "Anilinkrebs" bei Farbenarbeitern: Thematisierung und Dispositionsmythos. In: Milles, D. (Hrsg.)

May, Vicki (1993): Historische Entwicklungslinien der institutionellen Steuerung arbeitsbedingter Erkrankungen in England und Deutschland. In: Milles, D. (Hrsg.)

Milles, Dietrich (Hrsg.) (1992): Betriebsärzte und produktionsbezogene Gesundheitspolitik in der Geschichte. Bremerhaven

Milles, Dietrich (1992a): Sozialgeschichte der medizinischen Experten und der industriellen Pathogenität. Einleitung. In: ders. (Hrsg.). 5-17

Milles, Dietrich (1992b): Gesichertes arbeitsmedizinisches Wissen und betriebssärztliche Verantwortlichkeit. In: ders. (Hrsg.). 155-168

Teilprojekt D1
Milles u.a.

- Milles, Dietrich (1993a): Nervenbelastung oder nervöse Veranlagung - das medizinische Urteil über Telefonunfälle und Telefonistinnenkrankheiten. In: Gold, H.; Koch, A. (Hrsg.): Fräulein vom Amt. München. 94-108
- Milles, Dietrich (1993b): Das Unfallparadigma in der Entwicklung des Berufskrankheitenkonzepts. In: Kaupen-Haas, H. (Hrsg.): Sozialhygiene und Public Health. Kontinuitäten, Brüche, Dilemmata. Hamburg (im Erscheinen)
- Milles, Dietrich (1993c): Geschichte der Toxikologie. Eine Einführung. In: Marquardt, H.; Schäfer, S. (Hrsg.): Handbuch der Toxikologie. Mannheim (im Erscheinen)
- Milles, Dietrich (1993d): What are Occupational Diseases? Risk and the concept of risk in the history of industrial medicine. In: Cooter, R.; Luckin, B. (eds.): Accidents in History. Injuries, Fatalities and Social Relations. London (im Erscheinen)
- Milles, Dietrich (Hrsg.) (1993e): Gesundheitsrisiken, Industriegesellschaft und soziale Sicherungen in der Geschichte. Bremerhaven (im Erscheinen)
- Milles, Dietrich (1993f): Gesundheitliche Risiken im Arbeiterleben und die Statuspassage der Unfallversicherung. Eine historische Einführung. In: ders. (Hrsg.)
- Milles, Dietrich (1993g): Zur Konstruktion arbeitsbedingter Gesundheitsrisiken in der Berufskrankheitenverordnung 1925. In: ders. (Hrsg.)
- Milles, Dietrich (1993h): Institutionalisation and medical viewpoints in industrial societies. An historical introduction. In: Dynamis Vol. 13 (im Erscheinen)
- Milles, Dietrich (1993i): Medical Opinion and Sociopolitical Control in the Case of Occupational Diseases in the late Nineteenth Century. In: Dynamis Vol. 13 (im Erscheinen)
- Milles, Dietrich (1993j): Sehvermögen und Sichtweisen in der Geschichte der Arbeitsmedizin. Ms München: Sfb 333

Milles, Dietrich (1993k): Arbeitsbedingte Risikobiographie und präventive Sicherung - zur historischen Konstruktion der Berufskrankheiten. 26. Deutscher Soziologentag in Düsseldorf 1992 Sektion Medizinsoziologie (im Erscheinen)

Milles, Dietrich (1993l): "Biographische Medizin" und Gutachtermedizin in der Geschichte der Berufskrankheitenverfahren. In: Leisering, L.; Geissler, B.; Mergner, U.; Rabe-Kleberg, U. (Hrsg.): Moderne Lebensläufe im Wandel. Weinheim (im Erscheinen)

Milles, Dietrich (1993m): Gewerbehygienische Aufgaben in der Geschichte arbeitsmedizinischer Professionalisierung. In: Müller, R. (Hrsg.): Ärzte im Betrieb - zwischen Selbststeuerung und sozialen Anforderungen. (Ms fertig, Publikation in Vorbereitung)

Milles, Dietrich (1993n): Capacity of work as the burning of calories. The history of the rational physical economy. In: Kamminga, H.; Cunningham, A. (eds.): History of Nutrition. London (im Erscheinen)

Milles, Dietrich (1993o): Akuter Fall und gesichertes Wissen. Konstruktion der Berufskrankheiten in der deutschen Geschichte. Habilitationsschrift Bremen

Pfau, Werner (1993): Toxikologisches Wissen über Kohlenmonoxidvergiftungen in Berufskrankheitenverfahren. In: Milles, D. (Hrsg.)

Schimanski, Werner (1993): Biographische Risiken vor dem Senat für Berufskrankheiten beim Reichsversicherungsamt. In: Milles, D. (Hrsg.)

Sniegs, Monika (1993): Quantitative Analyse der Berufskrankheitenverfahren in der Unfallversicherung 1925-1933. In: Milles, D. (Hrsg.)

Thomann, Klaus-Dieter (1993a): Von der Belastungsdeformität zur Berufskrankheit. Arbeitsbedingte Leiden in der Geschichte der Orthopädie. In: Milles, D. (Hrsg.)

Thomann, Klaus-Dieter 1993b: "Ich habe mir die Gesundheit ruiniert.." Preßluftkrankungen der Gelenke und die Anfänge der Berufskrankheitenverfahren 1929-1930. In: Milles, D. (Hrsg.)

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojekts D2

Thema: Altersbilder und Konzepte der Sozialpolitik für das Alter (1900 - 1945). Deutschland und Frankreich im Vergleich.

Beteiligte Wissenschaftler/in:

Dr. Gerd Göckenjan (GA) (Projektleiter)
Prof. Dr. H. G. Haupt (GA) (Projektleiter)
Dr. Karen Schniedewind (EA)
Dr. Eckhard Hansen (in Vertretung 10.91 - 9.92)

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Stand der Kenntnisse bei der letzten Antragsstellung
3. Verlauf der Untersuchung - methodisches Vorgehen
4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit
 - 4.1. Deutschland
 - 4.2. Deutschland-Frankreich-Vergleich
5. Außenaktivitäten
6. Publikationen

1. Zusammenfassung

Das "Alternssyndrom" ist eines der zentralen Themen der westlichen Industriegesellschaften in der 2. Hälfte des 20. Jh. Es wird insbesondere in den Momenten Anstieg der Lebenserwartung, proportionale Zunahme der über 60jährigen in der Gesellschaft, Sozialleistungsbedarf für die aus der Erwerbsarbeit ausgeschiedenen alten Leute und die Auswirkungen dieser Momente auf die Leistungs- und Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft einerseits und in dem Komplex Sozialintegration bzw. Rolle und Status alter Leute in der Gesellschaft andererseits thematisiert. Dieses thematisch und strukturell überlastete Thema, dieses Alterssyndrom, stellt einen zentralen Angstkomplex der modernen, leistungsorientierten Wohlstandsgesellschaften dar.

Das Projekt nimmt die Herausforderungen des Themas an einem systematisch wichtigen Punkt an: verfolgt wird das Problem des gesellschaftlichen Alterns als Durchlaufen von Statuspassagen. Zugrunde liegt der historisch-soziologische Befund, daß Alter und Altern zwar einen biologischen Grundbestand zeigen, aber vor allem durch soziale Formationsprozesse konstituiert sind. Alter und Altern sind Produkte sozialer Wertungen, die regelmäßig durch die Ausgestaltung von Statuspassagen, durch kulturell codierte, institutionell gesicherte biographische Zäsuren also, mitgeteilt und erlebt werden. Es wird erwartet, daß durch die historisch und national vergleichende Rekonstruktion nicht zuletzt die diffusen Alterszuschreibungen heute besser zu verstehen sein werden.

Das Projekt nimmt zwei Wege zur Analyse der sozialen Definition von Alter und der sozialen Plazierung alter Leute: über die Rekonstruktion von Altersdiskursen, also von Altersbilder-Serien als Konzepte des gelungenen Alters, und über die Analyse der Sozialpolitiken für das Alter, also über die Institutionen der Hilfe. Der Untersuchungszeitraum des Gesamtprojektes beginnt um 1750 und reicht im Berichtszeitraum bis 1945. In der laufenden Projektphase tritt zu dem historischen Vergleich ein nationaler, ein Deutschland-Frankreich Vergleich hinzu, um

Varianzen des Verhältnisses von Alter und Modernisierung westlicher Industrienationen festzustellen.

In dem Berichtszeitraum (1900-1945) ist vordringlich untersucht worden, in welchem Verhältnis die Entwicklung der Alterssicherungssysteme zu der Herausbildung des modernen dreiteiligen Lebenslaufs, insbesondere der eigenständigen Altersphase Ruhestand standen. Die Frage war genauer, welche Rolle den von Martin Kohli (1985, 1987) identifizierten Momenten sozialer Rationalisierung durch Altersgrenzen, also planbaren Alterssequenzierungen, zeitgenössisch zugewiesen worden ist. Hier setzte auch der nationale Vergleich ein, da in Frankreich ein traditionell akzeptiertes Ruhestandskonzept erwartet werden konnte, ohne daß erkennbar war, wie eine solche Lebenslaufsequenz institutionell formiert oder abgesichert worden sein konnte.

Unsere Untersuchungen haben ergeben, daß die systematischen Konzeptualisierungen von Lebenslaufregimen, die für den Berichtszeitraum eine sozialpolitisch fundierte Dreiteilung erwarten lassen, nicht mit den historischen Verhältnissen übereinstimmen. Wider Erwarten zeigt sich für Deutschland, daß auch für den Berichtszeitraum die Gültigkeit der Arbeitsethik für das ganze Leben reklamiert, ein "Ruhestand" ohne zweifelsfrei ausgeschöpfte Leistungsfähigkeit als unehrenhaft angesehen wird.

Damit finden wir eine Ungleichzeitigkeit von forcierter ökonomisch bedingter Statusunsicherheit im Alter, eine Situation sozialer Freisetzung, die in traditionellen Formen der Armut und des Verweisens auf die eigene Arbeitsfähigkeit gedacht wird, und eine positive, sozial akzeptable Deutung der Lebensphase Alter als Ruhestand. Obgleich dieses Konzept im zeitgenössischen Deutungsfundus bereitliegt und die realisierbaren Rationalisierungsgewinne offensichtlich sind, findet sich die erste Umdeutung des nicht mehr verwendungsfähigen, aber noch leistungsfähigen Alters als "verdienter Ruhestand" - und zwar als Teil der Gesellschaftspolitik und ideologisch im Kontext einer "Volksbiologie" akkreditiert - erstmals in den Anfangsjahren der NS-Zeit.

Unsere Ergebnisse zeigen auf der Analyseebene des nationalen Vergleichs darüber hinaus, daß die generalisierte Gültigkeit der Arbeitsethik in Deutschland sich als zentrale nationale Selbst-(und Fremd-)Stereotypisierung erweist, die sich besonders gegenüber Frankreich bewähren mußte. Gerade in Frankreich ist die Frage der Alterssicherung wesentlich konfrontativ zum historisch vorausgehenden deutschen Vorbild behandelt worden. Wir können nachweisen, daß gegen die deutsche Lösung, die als autoritär-universalistisch, auf die so gesehene deutsche Autoritätshörigkeits-Mentalität zugeschnitten gedacht, ein individualistisch-liberalistisch und vor allem mittelstandsorientiertes Sicherungskonzept entwickelt wurde. In diesem Konzept hatte der Ruhestand immer die Symbolbedeutung des Rechts auf Individualität und des Ausdrucks eines französischen durchaus genußorientierten Lebensgefühls, Motive, die nicht reserviert sind für ein chronologisches Alter, aber doch leicht mit diesem identifizierbar. Einzelne Sprecher der französischen Arbeiterbewegung formulieren denn auch, in der Kritik an der Rentenpolitik vor 1910, eher beiläufig die Forderung nach dem, was in diesem Kontext "proletarischer Ruhestand" heißen kann.

In Deutschland wurde bis 1957 an der Fiktion festgehalten, daß Alter keine Besonderheit beinhaltet, vielmehr die Fortsetzung des bisherigen Lebens unter gelegentlich erschwerten Verhältnissen sei, die dann allerdings einen Zuschuß in Form einer (Invaliden-)Rente rechtfertigt. In Frankreich hatte die Ruhestandsvorstellung eine andere normative Orientierung und in der Regel wenig mit Alter oder Generationswechsel zu tun. Obgleich in Frankreich gewisse, oft symbolische Privilegierungen des chronologischen Alters feststellbar sind, wurde eher die Fiktion gepflegt, daß sich das Recht eines Jeden auf Rücktritt aus den Berufsverpflichtungen jederzeit realisieren sollte.

Das Konzept der abgegrenzten Altersphase, verstanden als Ruhestand, zeigt sich in unseren Ergebnissen aus dem historischen und nationalen Vergleich als spezifische kulturelle Codierung, dessen Implikationen in Deutschland nicht mit anderen Normen übereinstimmten und so keineswegs die erwarteten ökonomi-

schen Rationalisierungsmomente, die Modernisierung des Generationswechsels entfalten konnte. In Frankreich dagegen finden sich eher entwickeltere Vorstellungen einer Altersphase und auch ein Ruhestands-Topos. Die Assoziationskreise zielen tatsächlich auf Lebensstilprobleme und soziale Projektionen, haben aber ebenfalls nichts zu tun mit dem generations-regulativ verstandenen, lebenslaufsoziologischen Ruhestandskonzept. Das Konzept der Altersphase kann daher nicht ohne weiteres als problemlos angesehen werden.

2. Stand der Kenntnisse bei der letzten Antragstellung

Das "Alternssyndrom" mit den Momenten steigende Lebenserwartung, proportionale Zunahme der über 60jährigen in der Gesellschaft, Sozialleistungsbedarf und Sozialintergration war und ist weiter eines der zentralen Themen der westlichen Industriegesellschaften. Dabei kann das Alternsthema aktuell von anderen "jungen" Themen verdrängt werden, wie etwa um 1989/90 durch die für das Nachkriegsdeutschland entscheidenden Ereignisse der Wiedervereinigung im Rahmen der Auflösung der Ost-West-Konfrontation. Ähnlich interveniert die Thematisierung des massiven Migrationschubs seither, der für Deutschland auch eine Veränderung des Altersaufbaus beinhalten wird, ein Prozeß, in dem zugleich allerdings die Angst vor der "Überalterung" aktuell durch die Angst vor der ethnischen und kulturellen "Überfremdung" bzw. vor der Überlagerung der bekannten Zivilisationsmuster kompensiert werden mag. Dieses Problem des Fremdwerdens ist im Übrigen ja auch immer Gegenstand der Generationskonflikte.

So große Bedeutung dem Alternssyndrom auch zugewiesen wird, so sind die hier interessierenden Forschungen zur historischen Soziologie des Alters bis heute noch wenig entwickelt. Zur Ruhestandsproblematik, in der ja die zentralen Probleme der Deutung des modernen Alters kumulieren, existierten bei Antragstellung und bis heute nur traditionell institutionsgeschichtlich orientierte Arbeiten (vgl. Ehmer 1990, Conrad 1988, Rückert 1990). Das Problem der

Erwartung einer lebenslangen Arbeitstätigkeit (Göckenjan 1988, allg. Pankoke 1990), der Gültigkeit der Arbeitsethik prinzipiell für den gesamten Lebenslauf und damit der Konflikt von Ruhestand-Konzept und Arbeitsethik wird in der Regel nicht gesehen.

Zur Frage der Geschichte der Altersbilder, den Orientierungs- und Handlungskonventionen für ein gelungenes Alter findet sich ebenfalls bis heute auch jenseits der Ruhestandsproblematik keine größere Bearbeitung wie sie etwa Borscheid (1987) für das 16.-18. Jh. vorgelegt hat (zuletzt zu einem wesentlichen Teilproblem: Borscheid 1990). Dieses Defizit ist z.T. erklärbar durch das unentwickelte analytische Instrumentarium mit dem die kulturell-institutionelle Formation des Alters bis dahin betrachtet wurde (vgl. 4.1.; Göckenjan 1993). Z.T. mangelt es an Vorarbeiten in der Sichtung der einschlägigen kulturellen Diskurse in Hinblick auf die Repräsentanz des Alters, so daß sehr langwierige Forschungen absehbar sind.

Ähnliches gilt für den französischen Forschungsstand zum Untersuchungszeitraum. Die historischen Arbeiten sind durchgehend institutionsgeschichtlich orientiert und behandeln z.B. den Zeitraum 1920-1945 meist überhaupt nicht (Dumons/Pollet 1991, Hatzfeld 1971, Renard 1992). So sehr das Alternssyndrom etablierte Thematik in Öffentlichkeit und Demographie seit dem 19. Jh. ist, so wenig ist dieser Diskurs selbst bisher Gegenstand sozialwissenschaftlicher Untersuchungen gewesen (Ausnahme: Bourdelais 1993). Bis heute leidet das Altersthema in Frankreich unter der Überlastung durch die Assimilation mit Armut und dem Dekadenstrauma und entwickelt daher offenbar wenig Attraktivität für neuere Forschungen.

Erstaunlicherweise ist auch der nationale Vergleich in den Kernbereichen der Entwicklung der Rentenversicherungen (vgl. Alber 1982, Ritter 1989; jetzt: Kaelble 1991) nicht so gut entwickelt. Für unser Erkenntnisinteresse wenig hilfreich hat sich sowohl der Ansatz erwiesen, die französischen Verhältnisse als

verspätete Entwicklung zu diskutieren, wie auch ein pragmatisches Vorgehen, umstandslos Einzelmomente des Renten-"Systems" im internationalen Vergleich zu parallelisieren (Conrad 1988).

3. Verlauf der Untersuchung, methodisches Vorgehen

Das Projekt untersucht in langen historischen Linien die Entwicklung der Konventionen des gelungenen Alters und die soziale Positionierung alter Leute mit dem Erkenntnisinteresse, die Mechanismen der Alters-Zuschreibungen und die Rollen des Alters in einer Gesellschaft zu verstehen. "Alter" wird dabei nicht als evolutiver Prozeß biologischer Ereignisse, sondern als sozialer Zuschreibungs- und Sozialisationsprozeß in Statuspassagenstrukturen, die durch z.T. sehr dauerhafte Lebenslauf- und Weltbildkonstruktionen gerahmt sind, verstanden.

Die Untersuchungen im Berichtszeitraum bauen auf den Ergebnissen der ersten Projektphase auf. Dort, wo das in Teilbereichen nicht möglich war, das betrifft den Deutschland-Frankreich-Vergleich für die Zeit 1750 - 1900, da der nationale Vergleich erst im Berichtszeitraum begonnen wurde, waren deutliche Schwierigkeiten zu überwinden.

Die wesentliche Aufgabe der Projektarbeit bestand wie bisher in der empirisch-materiellen Arbeit, Altersdiskurse, jetzt im Untersuchungszeitraum 1900 bis 1945, zu rekonstruieren (vgl. Finanzierungsantrag, Teilprojekt D 2, 1991). Wie aufgrund der bisherigen Ergebnisse anzunehmen, war ein gesellschaftlicher Deutungs- und Formierungsbedarf des Alters zu erwarten. Unklar war, ob dieser wie bisher im Rahmen der theologischen oder schon in sozialpolitisch strukturierten Lebenslaufregimen gedacht worden ist. Entsprechend der lebenslaufsoziologischen Ausgangshypothese, der strukturellen Dominanz der Rentenversicherung in Anbetracht der Formierung einer eigenständigen Altersphase, lag das Schwergewicht auf der Rekonstruktion des sozialpolitischen Altersdiskurses mit den Kristallisationskernen Altersgrenze und Ruhestand. Hier hatte auch der

Deutschland-Frankreich-Vergleich seine zentrale Bedeutung im Vergleich unterschiedlicher kultureller und sozialpolitischer Traditionen.

Die Altersgrenzenproblematik war erwartungsgemäß nicht ergiebig, vielmehr sind alle zeitgenössischen Denkfiguren Alter und Arbeit betreffend über die Frage der Leistungsfähigkeit organisiert. Die Literatur zur Rentenversicherung konnte hier zur Klärung herangezogen werden. Die Ruhestandsproblematik war so nicht zu erschließen, da es sich um eine kulturelle Figuration handelt, die eben nicht dominant durch institutionalisierte Rentenregeln bestimmt ist. Es stellte sich heraus, daß sie nur durch die Rekonstruktion eines Diskurses über Alter und Arbeitsethik zu verstehen ist. Hier war der Deutschland-Frankreich-Vergleich der zentrale heuristische Zugang, der den Komplex der Fremd- und Selbststereotypisierungen um die Arbeitsethik hervorbrachte. Materialien dazu waren z.T. in den zeitgenössischen Sozialpolitik-Debatten zu finden.

Zugleich zeigte sich die Notwendigkeit, den entsprechenden Diskurs aus dem 19. Jh. heraus zu entwickeln. Denn zu deutlich ergaben sich Traditionslinien, die zu analysieren waren, und nicht durch eine kryptische Begriffsbildung ("moderner" Ruhestand; vgl. Conrad 1988) verstellt werden durften. Um diesen Anforderungen zu genügen, wurden Studien zur Geschichte des Beamten-Pensionswesens unternommen. Darüber hinaus erschien es vor allen Dingen notwendig, als neues Quellenmaterial systematisch Autobiographien zuzuziehen und auf die Präsenz und Ausgestaltung von Ruhestandsverhältnissen hin auszuwerten.

Eine große Schwierigkeit des nationalen Vergleichs bestand in der Verknüpfung der langen Linien des Altersdiskurses. Bei der Bedeutung der abweichenden Phänomene des Diskurses in Frankreich, zu denken ist an die Altersstufen-Feste in der Folge der französischen Revolution, an die frühzeitig einsetzende Überalterungsdiskussion und das sog. Dekadenztrauma, war es notwendig, diese konzeptionell zu würdigen und einzuordnen.

4. Ergebnisse der bisherigen Arbeit

Das Projekt ist ein vordringlich empirisches, historisch und national vergleichendes Projekt. Die wesentliche Aufgabe besteht darin, Altersdiskurse über lange Linien zu rekonstruieren mit dem Erkenntnisinteresse, typologisierende Aussagen über Muster sozialen Alterns als Statuspassagen-Konstruktionen zu machen und durch die Historisierung der sozialen Formation von Alter, eines der Hauptthemen der 2. Hälfte des 20. Jh. aufklären zu helfen.

Der vorliegende Bericht ist ein Zwischenbericht. Der besondere empirische Charakter des Projektes erklärt sich daraus, daß ein wesentlich neues Forschungsfeld erschlossen wird und nur auf einen geringen Grad der Quellenerschließung zurückgegriffen werden kann. Es sind weiterhin langwierige Recherchen und Quellenauswertungen nötig, die u.U. auch den Rhythmus der Berichtszeiträume überschreiten. Zum anderen umfaßt der vorliegende Untersuchungszeitraum (1900-1945) noch nicht die Zeit bis in die frühen 1970er Jahre, eine Zeitphase, die aber für das Verständnis der Entwicklung des Altersdiskurses wichtig ist. Das Gewicht auf konzeptionelle Arbeit zu legen, ist daher noch nicht möglich.

4.1. Deutschland

Altersbilder

Der Terminus Altersbilder wird hier verwandt als Konzept sozialer Praxis, das soziale Anforderungen an Status, Einstellung und Verhalten wesentlich auf drei Ebenen codifiziert: den Vorstellungen eines ganzen, gelungenen Lebenslaufs, den Generationsbeziehungen, der symbolischen Repräsentation. Die entscheidende Fortentwicklung durch diese Begriffsbildung besteht in der so möglichen differenzierten Verortung von Alterswürdigungen und der Chance, Sinn und Funktionszusammenhänge von Alterswürdigungen, den Deutungskontexten entsprechend zu analysieren. Während Analysen von Alterswürdigungen sonst in

Teilprojekt D2
Göckenjan/Haupt u.a.

der Regel nur Markierungen auf der Wertungsskala positiv-negativ beinhalten, ist hier nicht die Wertung entscheidend, sondern der Stellenwert der Aussage in einem Deutungskontext, der jeweils zu rekonstruieren ist (Göckenjan 1993, 1993b, 1993d).

Entsprechend der zentralen Aufgabe des Projektes, lange Linien der Altersdiskurse zu rekonstruieren, war es im Berichtszeitraum auch für den zurückliegenden Untersuchungszeitraum notwendig, die Materialsammlung und die Konstruktion von Altersdiskursen weiter fortzusetzen. Bisher war nur die Auswertung von Zeitschriften-Reihen und die Konstruktion des Diskurses über das Alter der Frauen abgeschlossen (vgl. Arbeits- und Ergebnisbericht, Teilprojekt D 2, 1991). An drei Diskursen ist gearbeitet worden: Der Medizindiskurs mußte ergänzt werden. Vor allem war es nötig, für die Zeit der vor-sozialpolitisch strukturierten Lebenslaufregime den theologischen Diskurs in einer größeren Konsistenz zu präsentieren. Daneben blieb es weiterhin notwendig, den nicht-theologischen, moralischen Diskurs aus Erziehungstraktaten und moralischen Erzählungen zu konstruieren.

Die Studien zum theologischen Diskurs sind bis zum Ende des 19. Jh. abgeschlossen, die Ergebnisse sind veröffentlicht (Göckenjan 1993a). Hier konnte nun gezeigt werden, daß sich in der theologischen Traktat- und Predigtliteratur ein Alterscode findet, der jenseits von chronologischen Fixierungen einen theologischen) Raum des hohen Alters durch Einstellungs- und Verhaltensaufgaben definiert. In theologischen Lebenslaufregimen, den Kodifizierungen dessen, was wann im Leben zu tun ist, ist das hohe Alter durch Leiden und Sterbenssehnsucht umrissen und als Passagestructur verstanden. Es ist die Passage in ein Jenseits, die die Ablösung von der Welt fordert, wesentlich ein Ensemble von nachfolgenützlichen Einstellungen beinhaltet und damit Vorbereitung auf einen neuen Lebenszustand bedeutet.

Dieser Alterscode, der in wesentlichen Aspekten schon anhand der Analyse von Familienzeitschriften-Reihen (Göckenjan 1993) antizipiert, aber erst jetzt in dichter Beschreibung des theologischen Quellenmaterials dargestellt werden konnte, trennt sich ab vom theologischen Diskurs, der spätestens um 1900 an Bedeutung verliert. Wir glauben dennoch diesen Code im folgenden als säkularisierte und konventionalisierte, bis heute leitende Hintergrundnorm ansehen zu können, und das, obgleich sie in der Form der sozialwissenschaftlichen Disengagement-Theorie diskutiert und widerlegt worden ist.

Um den Status des theologisch begründeten Alterscodes vergleichend würdigen zu können, war es nötig, systematisch nach Material zu einem im engeren Sinne nichttheologischen, aber moralisch-normativen Altersdiskurs zu suchen. Wir sind dabei, einen solchen aus Erziehungstraktaten, Lesebuchliteratur und moralischen Erzählungen zu konstruieren. Diese Arbeiten sind noch nicht abgeschlossen. Erste Ergebnisse zeigen vor allem, wie wichtig dieser Diskurs ist, um die historischen Mentalitäten zu verstehen, die den Alterscode "leben" sollen und wollen (Göckenjan 1993b).

Ein Deutungsstrang ist zum Problem der Konzeptionierung des Hilfebedarfs im Alter ausgearbeitet worden (Göckenjan 1993b). Die als Quellenmaterial, allerdings vordringlich zur Frage der Präsenz und Ausgestaltung eines "Ruhestands"-Konzeptes, neu zugezogene autobiographische Literatur gibt auch hierzu ergänzende und korrigierende Hinweise. Das hier gewonnene Material präsentiert in der Regel keinen inszenierten Altersdiskurs, sondern beiläufige, kontextnahe Aussagen, einen impliziten Altersdiskurs. Ein wesentliches Ergebnis der Studie ist der Hinweis, daß alte Leute auch im hohen Alter nicht systematisch unter der Rubrik "Hilfebedürftige", sondern unter lebenslangen Reziprozitätsbeziehungen konzeptioniert wurden. Der Verweis darauf, daß Kinder nur ein Element und oftmals nicht einmal das wichtigste in den langfristig bis lebenslang geknüpften und gepflegten Sicherungsensembles waren, ist ebenfalls ein wichtiges Ergebnis.

Beide Aspekte verweisen darauf, daß Alter in der vor-sozialpolitischen Zeit nicht unbedingt zu einem Statuswechsel und nicht zu einem Statusverlust führen mußte. Im strikten Sinne der heutigen Perspektive findet dann also, nur den nicht-theologischen Raum betrachtet, keine Passage ins Alter statt. Es konnte mit Hilfe der eigentümlichen Haushalts- und Sicherungsensembles und aufgrund der allgemein anerkannten Konvention der lebenslangen Arbeitstätigkeit der "weltliche" Status bis zum Lebensende unverändert aufrechterhalten werden.

Auf gesellschaftlicher Ebene geht die strukturierende Bedeutung des theologischen Diskurses bis spätestens um 1900 zurück. Diskurs-intern zeigte sich, wie sich Motive und Ziele wandeln. Zu klären war, auf welcher Diskursebene und von welchen Passage-Helfern dann im folgenden Altersprobleme diskutiert und präformiert worden sind. Unsere Untersuchungen, obgleich noch nicht abgeschlossen, führen auf die Würdigung von medizinischen Erkenntnissen und Thematisierungsebenen für die ersten drei Dekaden des Jahrhunderts (Schmorrtte 1990; Göckenjan 1993c).

Hier entwickelt sich ein Alternsdiskurs, der auf biologischer Ebene Modernisierungsprobleme thematisiert, ein Diskurs, der in den Wirkungen noch schwer greifbar, jedenfalls die Konzeption des Alters durch Ausgrenzungen verändert und sich erst gar nicht an alte Leute wendet, weil Leistungsfähigkeit und "Jugendlichkeit" angezielt werden. Er ist wenig erstaunlich, daß nicht die Ärzte die neuen Passagehelfer des Alters geworden sind, sondern die ersten Sozialarbeiter in der kirchlichen und kommunalen Diakonie.

Sozialpolitik und Ruhestand

Die wesentliche Aufgabe im Berichtszeitraum lag in der Erarbeitung des Komplexes gesetzliche Rentenversicherung und Formation einer dritten, abgegrenzten Lebensphase Alter. Bekanntlich wird die moderne Lebenslaufstruktur

mit ihrer typischen Altersphase historisch und systematisch an die Entstehung von Pensions- und Rentenversicherungssysteme geknüpft (Kohli 1985). Die Projektergebnisse weisen daraufhin, daß diese Sichtweise korrigiert werden muß.

Die Würdigung der Alterssicherungssysteme in bezug auf die Herausbildung einer eigenen Altersphase ist wichtig für die Frage nach der sozialen Logik der Formation von "Alter", wenn, wie Lebenslaufsoziologie und Gerontologie sehr plausibel machen können, Alter nicht ein dominant biologisches sondern ein soziales Konzept darstellt. Die hier entscheidende Frage ist die nach der Rolle sozialpolitischer Institutionen in der Typisierung dessen, was soziales Altern in einer Gesellschaft heißt. Üblicherweise wird auf Pensionssysteme als Vorläufer und die Einrichtung der sozialen Rentenversicherungssysteme als Beginn einer eigenständigen Altersphase verwiesen, wobei als wichtigstes Charakteristikum dieser Altersphase der durch kollektiv finanzierte Transferleistungen ermöglichte Rückzug aus der Arbeitsgesellschaft, ein "Ruhestand" also, angesehen wird.

Aus der Perspektive der Projektergebnisse zeigt sich vor allem, daß die Identifizierung der Entwicklung von Alterssicherungssystemen mit dem Alterskonzept einer Lebensphase im Sinne des Ruhestandsbegriffs verwirrt und zu falschen Folgerungen führt. Ein analytischer Mangel ist festzustellen, der in der fehlenden kritischen Würdigung und historischen Rekonstruktion des Ruhestandsbegriffs selbst liegt (z.B. Conrad 1988; Ehmer 1990). In der folgenden Darstellung sollen nur die Hauptlinien hervorgehoben werden (Göckenjan, Hansen 1993).

Die von uns gesammelten Evidenzen zeigen u.E., daß der Ruhestands begriff und die Vorstellung einer abgegrenzten Altersphase nichts zu tun haben mit sozialpolitischen Alterssicherungsbemühungen - in Deutschland zumindest nicht bis 1957. Ruhestand als Freistellung von der Verantwortlichkeit für den eigenen Lebensunterhalt ist ein der Sozialpolitik fremder, kultureller Motivkomplex. Ein solcher Motivkomplex, wie er von Josef Ehmer, wohl im heutigen Alltagsver-

ständnis, als "Lebensphase der Muße und Ungebundenheit" bezeichnet wird (1990, S.79; dagegen: Stöcklein 1982), läßt sich in unseren Quellen zumindest seit der 2. Hälfte des 19. Jh. auch nicht für das besitzende Bürgertum als leitende Altersnorm identifizieren. Im Gegensatz dazu steht in Frankreich der Rentier, der das gesellschaftlich akzeptierte Recht auf eben jene Muße und Ungebundenheit genießt, ohne per se stigmatisiert zu sein (Göckenjan, Hansen, Schniedewind 1993).

In Deutschland beruhen die sozialpolitischen Alterssicherungsbemühungen bis 1957 ausdrücklich auf dem Zuschußgedanken. Das wird zwar inzwischen vielfach gesehen, aber in der Regel nicht konzeptionell gewürdigt. Der Zuschußgedanke korrespondiert mit der Basisideologie der deutschen bürgerlichen Gesellschaft überhaupt in zwei Hinsichten: mit der Verpflichtung zur lebenslangen Eigenverantwortlichkeit eines jeden für seinen Lebensunterhalt einerseits und mit der Verpflichtung zu lebenslanger Tätigkeit, was im Bedarfsfall die Zumutbarkeit der lebenslangen Erwerbsarbeit beinhaltet, andererseits (Göckenjan 1988; allg.: Pankoke 1990). Der Zuschußgedanke bedeutet in den Renten- und Pensionskonstruktionen natürlich Unterschiedliches.

Insbesondere von der Rentenkonstruktion her führt kein Weg zum Ruhestand, aber nicht, wie üblicherweise unterstellt, aufgrund der zu niedrigen Rentenhöhe, sondern aufgrund der leitenden Motive, die auf die Zumutbarkeit lebenslanger Lohnarbeit hinauslaufen. Die Rentenversicherung von 1889 basiert auf der Fiktion, daß sie ihre Versicherungsfälle Invalidität oder hohes Alter (bei der sog. Altersrente ab 70J.) nur als Einkommensminderungen behandeln, Teileinbußen in einem weiter bestehenden Gesamteinkommen oder Gesamtvermögen kompensieren muß. Immer wird ein weiterer Zuverdienst, die Realisierung von Arbeitsfähigkeit oder aber sonstige Unterstützungen, in der Regel familiale, unterstellt. Es mag also sein, daß die durch Renten Begünstigten faktisch "Ruheständler" sind, aber dann nicht aufgrund der Rentenkonstruktionen, sondern aufgrund ihrer von diesen ganz unabhängigen Lebensverhältnisse.

"Alter" bleibt, versicherungspolitisch gesehen, ein privates Ereignis, das als Ganzes keine allgemeine Instanz etwas angeht, außer natürlich im Armutsfall die Armenpflege, die wie in jedem Armutsfall subsidiär eintritt. Es gibt wie vor der Rentenversicherung von 1889 keine gesellschaftliche Verantwortlichkeit, die aufgrund des "Alters" mit irgendwelchen Sonderstellungsintentionen einträte. Auch das ist in Frankreich anders: Hier wird das unterstützungsbedürftige Alter spätestens seit der Revolution von 1789 als gesellschaftlich relevantes Problem anerkannt und in Unterstützungsrichtlinien auch besonders privilegiert.

Aber auch von den deutschen Pensionssystemen des 19. Jh. führt kein direkter Weg in den Ruhestand, wie das in der Regel unterstellt wird (Göckenjan, Hansen, Kless 1993). Dabei ist das Niveau der Pensionen der mittleren und höheren Beamten natürlich höher als das der Sozialrenten, aber insbesondere in den höheren Rängen decken auch die Pensionen nicht den gesellschaftlich erwarteten "standesgemäßen" Lebensstil. Vor allem aber zeigen unsere Ergebnisse, daß der von Ehmer gekennzeichnete Ruhestand von den Beamten nicht gesucht wird. Vielmehr gehen auch die Beamten ganz regelmäßig erst bei gesundheitsbedingten Arbeitsunfähigkeiten in Pension. Erst recht werden die Pensionssysteme von Staatsseite nicht auf einen "wohlverdienten" Ruhestand hin konstruiert, sondern auf Staatsinteressen, regelmäßig auf Rationalisierungsbelange. Die Geschichte der Zwangspensionierung sowie auch die autobiographische Literatur zeigen, daß weder das Interesse an "Muße und Ungebundenheit", noch das finanzielle Interesse an möglichst lebenslanger ungekürzter Besoldung als verallgemeinerbares Leitmotiv des Handelns unterstellt werden darf. Vielmehr läßt sich auch bei den Beamten die Gültigkeit einer auf das ganze Leben bezogenen Arbeitsethik nachweisen.

Die Projektergebnisse machen deutlich, daß Alter nicht durch Pensionssysteme und Rentenversicherungen konstituiert worden ist, diese sind vielmehr nachrangige Instrumente, mit denen Probleme aus gesellschaftlichen Veränderungen aufgefangen worden sind. Die Behauptung, mit der Rentenversicherung sei das

"Ruhestandsprinzip" eingeführt worden, wenn auch erst noch ein "unversorgter Ruhestand" (Ehmer, S. 107), ist entweder unverständlich oder unterstellt die Allgemeingültigkeit von Lebensmotiven, die als heutige dominierende Lebensstile rückprojiziert sind. Vielmehr ist für Deutschland zu erklären, wann und warum die allgemeingültige Arbeitsethik modifiziert wird und für "die Alten" eine Ausnahmeregel, quasi der "lebenszeitbedingte Müßigang", akzeptierbar und d.h. finanziert wird.

Ehmer sieht sehr richtig, daß die Abkoppelung der Altersversorgung von Arbeitsfähigkeit eine entscheidende Voraussetzung ist für die Konstitution einer eigenständigen Altersphase (S. 80/81). Diese allein ist aber nicht ausreichend, auch die Denkform oder Motivstruktur "Altersphase"/"Ruhestand" fehlt (Göckenjan, Hansen 1993). So beinhaltet ja zum einen der Zuschußcharakter der Renten im deutschen Rentenversicherungssystem von 1889 gerade den Verweis auf die Restarbeitsfähigkeit bzw. die Anwendung sonstiger Unterstützungsformen. D.h. die Rentenzahlung reagiert mit Formierungsintentionen nur insofern auf Sozialstatusprobleme, als daß im Idealfall ein Absinken in die Armenpflegeabhängigkeit verhindert werden soll.

Zum anderen zeigen aber auch unsere kultursoziologischen Studien, daß eine besondere Lebensphase, die durch "Alter" bestimmt ist und "Muße und Ungebundenheit" beinhaltet, als ein allgemeines Orientierungsmuster im Berichtszeitraum nicht existiert. Das, was wir als Alterserwartungscode bezeichnen, enthält nur im theologischen Raum eine abgegrenzte Zeitphase der Vorbereitung auf den Tod; sie zeigt sich durch Einbruch der Leistungsfähigkeit, durch Gebrechlichkeit, "Schwäche" an (Göckenjan 1993a). Dieser Erwartungscode, wie gesagt, korreliert also mit dem Altersbild aus der autobiographischen Literatur und den Einstellungen zur Zwangspensionierung. D.h. konkret, Pensionierungen "vor der Zeit" stehen weiterhin in dem Geruch der unehrenhaften Entlassung und unter besonderem Legitimationszwang, der den "beamteten Ruhestand" typologisch zu einer Fortsetzung der "Dienstzeit" mit anderen Mitteln werden läßt (Göckenjan, Hansen, Kless 1993).

Wenn die Institutionen der Alterssicherung keine Altersphase konstituieren, was konstituiert dann Alter? Und wie wird die Ruhestandsidee in die Institutionen implantiert, derart, daß sie tatsächlich tragende Instanzen des veränderten Altersdiskurses sind? Die letzte Frage kann erst in der folgenden Projektphase bearbeitet werden. Hier sind unsere bisherigen Ergebnisse knapp auf der konzeptionellen Ebene und für den Untersuchungszeitraum zu skizzieren.

Unsere Ergebnisse zeigen die sehr lange Existenz von Codifizierungen eines gelungenen Alters im Kontext eines ganzen, dann ebenfalls gelungenen Lebens. In unserem Untersuchungszeitraum seit 1750 können wir zeigen, daß diese Konventionen der Alterserwartungen immer wieder reproduziert und durch Zeitbedingungen modifiziert werden. Diese Altersbilder sind Teil des Sozialisationsprozesses und sie zielen im Kern auf die Einübung bzw. Kontinuierung der Konventionen des Generationswechsels. Der Zeitpunkt um 1900 stellt sich retrospektiv dar als Zeitpunkt der Modernisierung des Generationswechsels durch die Vermittlung parastaatlicher Institutionen als Sozialverträglichkeit modellierende Regelungsinstanzen (Göckenjan 1990). Zeitgenössisch dominiert aber zunächst der nicht lösbare Konflikt zwischen dem gültigen Alterserwartungscode, der die Problemwahrnehmung bestimmt, und den verschärften Modernisierungsanforderungen der Hochindustrialisierung.

Typische Zeitthemen sind etwa: das Kulturthema der Jugendlichkeit und Leistungsfähigkeit, das medizinische Thema der Verjüngung, das industriepolitische der Massenproduktion und neuer Rationalisierungsformen, die volkswirtschaftlich-politische Frage nach dem Verbleib alternder Arbeiter. Zwei Aspekte kommen zusammen: die Zuspitzung des Altersthemas auf Leistungsfähigkeit seit der Jahrhundertwende, die zu einer weitreichenden sozialen Diskreditierung des Alters führt und die zunehmende Schließung auch von Marginalarbeitsbereichen für alte Leute. Dazu treten, die beiden ersten Aspekte eskalierend, die Kriegsfolge-Probleme in der Weimarer Republik, die zu einer säkularen Altersnot führen.

Für Deutschland ist die Inflationszeit um 1923 in mehrerer Hinsicht entscheidend. Die 1920er Jahre sehen den zentralen Einbruch der Altenbeschäftigung und auch das Ende jeder Illusion einer Reintegration alter Leute in die Arbeitsgesellschaft. Zugleich ist die auf Kapitalwerte beruhende Alterssicherung breiter bürgerlicher Kreise, wie natürlich auch Rücklagen von Sozialrentnern vernichtet und damit einhergehend die Sicherungsfähigkeit von Familienstrukturen massiv beeinträchtigt. Die lebenslangen Reziprozitätsstrukturen, die aus vor- und frühindustrieller Zeit herüberreichen und auf denen der Zuschußgedanke als Sicherungsstrategie beruht (vgl. Göckenjan 1993b), sind in großen Teilen zusammengebrochen. "Altersnot" wird erstmals diskutiert als ein Massenphänomen, denn nicht mehr individuelles Unglück oder Versäumnisse, sondern der Zusammenbruch konventionalisierter Muster von Lebenslaufplanungen ist zu beklagen. In dieser Situation finden in Deutschland erstmals Debatten über die "Vergreisung" der Gesellschaft durch die Überzahl von unterhaltsbedürftigen Alten statt (Göckenjan, Hansen 1993).

Erst die "Altersnot-Zeit" thematisiert den Altersdiskurs auf der Ebene gesellschaftlicher Verantwortung für den Generationswechsel und der einhergehenden Verpflichtung für die Versorgung der dauerhaft als nicht leistungsfähig diskreditierten Alten. Als Folge der Dramatisierung des Themas durch die neu entstandenen Interessenverbände und entsprechend den Spielregeln in der neuen demokratischen Kultur wird diese Verantwortung als Kriegsfolge-Bewältigung akzeptiert - allerdings wiederum in den typischen sozialpolitischen Denkformen. D.h. die Alterssicherung wird standardisiert auf dem niedrigen Niveau der gehobenen Fürsorge, was die weitere Existenz des Zuschußgedankens als Hintergrundkonzept einschließt.

Die Forderung nach lebenslanger Selbstverantwortlichkeit und die einhergehende Zumutbarkeitsunterstellung lebenslanger Erwerbsarbeit ist trotz der realen Undurchführbarkeit dieser Maxime bis 1957 nicht prinzipiell aufgegeben worden. Vor 1933 sind es nur Einzelpersonen, die für noch arbeitsfähige alte Leute die

nicht mehr vorhandene Integration in die Arbeitsgesellschaft als Ruhestand akzeptieren wollen. Erst während der NS-Zeit, im Prioritätensystem des sog. Volkskörper- bzw. Volksbiologie-Denkens, gab es eine Phase der breiteren öffentlichen Akzeptanz des arbeitsfreien, arbeitsfähigen Alters als Ruhestand (Göckenjan 1993d).

Der genetisch-systematische Blick zeigt hier, daß das Konzept des Ruhestandes zu einer Zeit adaptiert worden ist, in der die nicht mehr bestehende Verwendbarkeit leistungsgeminderter alter Leute endgültig wurde: der Ruhestands begriff ist hier zunächst ein Euphemismus für eine veränderte wirtschaftliche Situation. Zugleich zeigt die NS-Situation, daß bei veränderten Arbeitsmarktverhältnissen (Kriegswirtschaft) dann doch wieder auf alte Leute in der Funktion von Arbeitsmarktreserven zurückgegriffen werden konnte.

So ist konzeptionell zu resümieren, daß die soziale Formation von Alter über die in einer Gesellschaft bestehenden Statusrollen und entsprechenden Funktionschancen stattfindet. Zu würdigen ist die jeweilige Auseinandersetzung zwischen Alterserwartungscodes, die die konventionelle Wahrnehmung formieren, die also das soziale Sollen formulieren und den materiellen Verhältnissen, die veränderte Formen des Generationswechsels herbeiführen und bei dauerhaften Inkonsistenzen Umdeutungen des Altersthemas nach sich ziehen werden. Hier ist immerhin bemerkenswert, daß zwischen dem Zusammenbruch der alten Leitidee geglückter Lebensläufe, als individuell planbar und verantwortlich, und ihrer endgültigen Aufgabe durch das Konzept der gesellschaftlich vermittelten "Vollrente" und dem "verdienten Ruhestand" fast 35 Jahre liegen.

4.2. Deutschland-Frankreich-Vergleich

Das Konzept der Lebenslaufforschung bildet die theoretische Klammer des Deutschland-Frankreich-Vergleichs. So kann verhindert werden, daß Länderstudien unverbunden nebeneinanderstehen bzw. die französische Situation nur unter dem verkürzenden Blickwinkel einer größeren Tiefenschärfe in der Interpretation der deutschen Entwicklung wahrgenommen wird. Es mußte vielmehr darum gehen, Abweichungen im Prozeß der Herausbildung einer distinkten Alters- und Ruhestandsphase im modernen Lebenslauf, wie er für die westeuropäischen und nordamerikanischen Industriegesellschaften konstitutiv ist, zu destillieren (variation finding im Sinne von C. Tilly 1984).

Damit war die Forschung z.B. nicht auf einen engen Institutionenvergleich zentriert, sondern mögliche funktionale Äquivalente sind immer mit berücksichtigt worden. Vor allem bildeten kulturelle Denkfigurationen mit langen historischen Traditionen in den beiden Ländern einen unverzichtbaren Bezugspunkt der Interpretation (vgl. dazu d'Iribarne 1991 und Maurice, Sellier, Silvestre 1992). Die wechselseitigen nationalen Stereotypisierungen mit einem Kernpunkt in der protestantisch geprägten Arbeitsethik, der lebenslangen Arbeit in Deutschland einerseits und dem Ideal des genießenden, müßiggehenden Rentiers in Frankreich andererseits rückten in das Zentrum der Argumentation.

Sozialpolitik und Ruhestand

Während in Deutschland dem Diskurs über die Alterssicherung das Prinzip der Zumutbarkeit einer lebenslangen Berufstätigkeit zugrunde lag, Struktur und Zielsetzung der Alters- und Invalidenversicherung begründete, und die Gewerkschaften eine korrelierende sozialistische Arbeitsethik und -moral propagierten, war die Forderung nach Ruhe und Erholung, zumindest im Alter, in Frankreich historisch verankert und gesellschaftlich akzeptiert.

Dies geht zurück auf das Rentier-Ideal und seine Auswirkungen auf die Lebensstilformation. Das von Mittelstand und Bürgertum geprägte Bild des Rentiers, der sich mit Hilfe seines privaten Vermögens (sei es ererbt oder erarbeitet, groß oder klein) von der Berufsarbeit zurückzog und ein müßiggängerisches Leben führte, entfaltete - wie wir es erwartet hatten - eine bedeutende gesellschaftliche Prägekraft. Das Rentierdasein war dabei nicht an ein bestimmtes Alter gebunden, sondern ein lebensgeschichtlich früh angestrebter Zustand, der jedoch spätestens im Alter erreicht sein sollte.

Ähnliche bürgerlich-mittelständische Motive der Lebenslaufformation durchziehen in einem weitaus höheren Maße als erwartet, und nicht nur im Hinblick auf die Vernachlässigung des Risikos der Invalidität, die gesamte französische Sozialpolitik für das Alter (Schniedewind 1994). War die deutsche Alters- und Invalidenversicherung eine kollektive Risikoversicherung für die Industriearbeiterschaft, die Schutz bieten sollte gegen physisch bedingte Einschränkungen der Arbeitsfähigkeit, verstärkt hervorgerufen durch die modernen industriellen Arbeitsbedingungen, so war die französische Altersversicherung eher mit einer Form des kollektiven Zwangssparens zu vergleichen, deren Ziel es war, auch den Arbeitern ein kleines Vermögen zu sichern, von dem sie im Alter leben konnten. Von der Rentenhöhe her wie in Deutschland ein "Zuschuß", ist die konzeptionelle Nähe zu den privatwirtschaftlich organisierten Lebensversicherungen deutlich erkennbar. Das entspricht dem allgemeinen Leitmotiv, daß das private Vermögen das höchste Gut zur Sicherung des Alters bleiben sollte - trotz Rentenversicherung: Die individuelle Aufstiegsorientierung sollte nicht durch eine Arbeiterversicherung behindert werden, die die Alterssicherung an die Existenz von Lohnabhängigkeit band.

Es liegt eigentlich nahe, daß die bürgerlich-mittelständischen Denkformen auch direkter auf die Situation der Arbeiterschaft umgemünzt wurde. Dennoch haben nur einzelne Sprecher der französischen Arbeiterbewegung und ohne sichtbare Wirkung eine solche eigenständig "proletarische" Forderung nach Ruhe und Er-

holung im Alter formuliert. Das liegt an der sehr fragmentierten französischen Arbeiterbewegung und dem starken Einfluß kleinbürgerlicher und vor allem bäuerlicher Elemente in der Arbeiterschaft, die sich darüber hinaus auch in einem Festhalten an Zielsystemen wie z.B. Hausbesitz ausdrückten (z.B. Kott 1990).

In der lang andauernden Debatte um das erste Rentenversicherungsgesetz von 1910 wurde Ruhestand im Alter als Recht der Arbeiter gegenüber der Gesellschaft gefordert. Dieses Recht wurde begründet im Sinne einer marxistisch orientierten Mehrwert- und Entfremdungstheorie mit der jahrzehntelangen Ausbeutung im Produktionsprozeß, die in der letzten Lebensphase im Sinne von sozialer Reziprozität bzw. moralischer Ökonomie aufgehoben werden sollte. Aufgrund der durch ihre Arbeit realisierten Mehrwertproduktion, die sowohl die Unternehmer als auch die Gesellschaft insgesamt bereichert hatte, erschien die Rente als ein Anrecht, zu deren Finanzierung die Arbeiter schon durch ihre lebenslange Arbeit beigetragen hatten; die Verweigerung von Beitragszahlungen ist in diesem Zusammenhang durchaus konsequent. Die Forderungen beinhalteten die Aufhebung der in der Produktion erfahrenen Entfremdung, d.h. eine arbeitsfreie Ruhephase und folglich eine lebenshaltungskostendeckende Rente.

Als wichtige Einzeläußerung soll aus diesem Kontext ein Zitat aus einer Parlamentsrede des Sozialisten Jaurès (1859-1914) angeführt werden - wichtig, weil es eine Denkform dokumentiert, die in Deutschland erst wesentlich später zum Ausdruck kommt, die aber auch in Frankreich nicht programmatisch fixiert wurde und ohne Wirkung blieb. Jaurès erklärt dem Parlament: "Die Rente ist im wahren und normalen Sinn des Wortes eine ausreichende Summe, die es dem Alten erlaubt, in dem Augenblick, wo seine Kräfte nachlassen, sein Leben ohne ein weiteres Element, ohne weitere Unterstützung in ehrbarer und unabhängiger Form in der Umgebung weiterzuführen, in der er bis dahin gelebt hat." (Jaurès 1912, 9)

Hier handelt es sich deutlich um einen "proletarischen Ruhestand", eine im Sinne der Lebenslaufsoziologie abgegrenzte Lebensphase, die sich qualitativ unterscheidet von dem vorhergehenden Leben und seinen Direktionslogiken. Solche gelegentlichen wie zugleich scharf konturierten Forderungen nach einem "proletarischen Ruhestand" beruhen auf der unspektakulären Umformung der beiden französischen Traditionen: dem bürgerlichen Ruhestand-Ideal, durchaus so wie es z.B. Sombart 1913 beschreibt, einerseits und der seit der Französischen Revolution von 1789 etablierten Vorstellung der gesellschaftlichen Verpflichtung zur Unterstützung der Alten andererseits.

Dieses Konzept eines "proletarischen Ruhestands", das sicherlich nur in Teilen der französischen Arbeiterschaft virulent war, verweist auf ein völlig anderes Alterskonzept als das von den deutschen Sozialdemokraten vertretene. Selbst wenn die pragmatische Richtung in beiden Ländern - und auch Jaurès - dem Zugschußcharakter in der Rentenpolitik letztlich zustimmten, muß mit völlig anderen zugrundeliegenden Orientierungssystemen gerechnet werden (Schniedewind 1993b).

Altersbilder

Im Hinblick auf die Altersbilder zeigen sich besondere Schwierigkeiten des Projekts, die aus dem erst für den Untersuchungszeitraum 1900-1945 einsetzenden Deutschland-Frankreich-Vergleich resultieren. Eine entsprechende Bearbeitung der französischen Quellen des 19. Jahrhunderts war aus arbeitsökonomischen Gründen nicht möglich, so daß vorrangig auf die spärlich vorhandene und schwerpunktmäßig andere Fragestellungen behandelnde Sekundärliteratur zurückgegriffen werden mußte. Dennoch sind auch für Frankreich in einigen Punkten die langen Linien der Altersthematisierung rekonstruiert und damit auch für das 19. Jahrhundert eine länderübergreifende Vergleichsdimension entwickelt worden.

Die bisherigen Ergebnisse zeigen vor allem, daß die Altersdiskurse in Frankreich und Deutschland auf unterschiedlichen Ebenen situiert sind. Altersthematisierungen haben in Frankreich immer wieder als Projektionsfläche gesellschaftlicher Probleme gedient. Im Gegensatz zu Deutschland, wo das Alter dominant der privaten und individuellen Sphäre zugeordnet wurde, war die Thematisierung von Alter in Frankreich immer auch eine öffentliche/gesellschaftliche Angelegenheit und wurde häufig mit offensiv auf soziale Gestaltung drängenden Orientierungen verknüpft. Alter ist, durchaus als eine Phase des Lebenslaufs, in Frankreich ganz dominant mit Armut assoziiert worden (Dumons/Pollet 1991): Das Bild des Alters als die Phase der erwartbaren Not, aber auch der nach chronologischem Alter privilegierend gestuften Unterstützungspflicht der Gesellschaft. Alter erreichte aber nicht nur als Problemfall den Status gesellschaftlicher Aufmerksamkeit.

Der prägnanteste Ausdruck des chronologischen Alters als öffentliches Thema findet sich in den Feiern zu Ehren der Alten im Gefolge der Französischen Revolution, in denen die Themen Alter und Republik prägend zusammengeführt wurden. Das wesentliche Motiv war, dramatisch zu inszenieren, daß in der angestrebten neuen Gesellschaft ohne soziale Ungleichheiten jetzt Altersdifferenzen zu einem wesentlichen, Statusgruppen unterscheidenden Distinktionsmerkmal werden sollten (Bois 1989). Trotz der symbolischen Ehrung der Alten richtete sich die Revolution natürlich gegen die alten Verhältnisse und damit auch gegen die politische, ökonomische und soziale Macht der Alten. Es wurde also ein neues, ein entmachtetes Alter gefeiert, nicht etwa das despotische des Ancien Régime. In diesem Zusammenhang wurde nicht das Alter als solches geschätzt und respektiert, sondern den Alten wurde als Zeugen der alten Verhältnisse und der sozialen Veränderungen eine klare Funktion im gesellschaftlichen Umgestaltungsprozeß zugewiesen (Göckenjan, Hansen, Schniedewind 1993).

Der mit der Revolution angestimmte Diskurs wurde im folgenden auf der literarischen Ebene fortgeführt: auch hier waren Alte wieder gesellschaftliche Projek-

tionsflächen. Die Schilderung der Lebensumstände alter Menschen avancierte zum Stilmittel in der Gesellschaftskritik der realistischen Literatur. Alte Arbeiter und Bauern symbolisierten das System kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung und standen stellvertretend für die Opfer. Damit repräsentierten die Alten, 100 Jahre nach der Revolution, nicht mehr nur eine Altersgruppe, sondern eine gesellschaftliche Klasse. Wie in der sozialpolitischen Diskussion waren Alter und Armut auch im literarischen Diskurs die tragenden Assoziationen. Beide Diskurse kennzeichneten Alter als ein Stadium der Erschöpfung in einem sozialen Umfeld, in dem Arbeitsfähigkeit und körperliche Kraft das einzige Gut der Individuen bildete.

Doch der literarische Diskurs konstruierte auch Gegenwelten: die Figuren des idealisierten Patriarchen und des Großvaters standen für das bourgeoise Alter und repräsentierten gleichzeitig die republikanischen Tugenden der Gesellschaft. Autorität und Erfahrung, Ordnung und Rationalität wurden dem Patriarchen zugeschrieben; der nachsichtige und weise Großvater galt als Idealfigur für die republikanisch organisierte politische Macht und verkörperte das Selbstbild der Republik mit ihren Wurzeln in der revolutionären und republikanischen Vergangenheit (Steiner 1990)

Somit spiegeln die "literarischen" Alten die Widersprüche der gesellschaftlichen Wirklichkeit wider: auf der einen Seite der Großvater als Verkörperung eines Ideals von Familie und Politik gleichermaßen; und auf der anderen Seite die armen und verlassen Alten, an denen sich die Schwächen und Fehler des sozialen Systems enthüllen. Während hier alte Leute in Hinblick auf Öffentlichkeit und gesellschaftliche Situation Bedeutung entfalten, wird Alter in Deutschland wesentlich thematisiert im Kontext von Familienproblemen (Göckenjan 1993; Borscheid 1990).

Waren in Deutschland und Frankreich Klagen über den Funktionsverlust der Familie als oberste Versorgungsinstanz der Alten gleichermaßen verbreitet, so

unterschied sich wiederum der Diskurs über die außerfamiliären Generationsbeziehungen. Die demographische Entwicklung führte in Frankreich frühzeitig dazu, dem Alter auch in diesem Bereich eine Funktion als Projektionsfläche gesellschaftlicher Problemlagen zuzuweisen, da der Bevölkerungsanteil alter Menschen im Vergleich zu anderen europäischen Staaten sehr hoch war. Wesentliches Bezugsproblem wurde - besonders nach der Niederlage im Krieg von 1870/71 - das schnelle Bevölkerungswachstum in Deutschland und die Aufgabe dieser Bedrohung durch Bevölkerungspolitik zu begegnen (Bourdelaïs 1993). Damit konzentrierte sich die Aufmerksamkeit zwar vordringlich auf die Anhebung der Geburtenzahlen, nicht auf die Alten, dennoch gab es auch direkte negative Auswirkungen auf diese Alten, denn sie wurden für den Niedergang der Nation verantwortlich gemacht (Debré, Sauvy 1946). Auch in der französischen Literatur der Zwischenkriegszeit fand das Dekadenztrauma seinen Niederschlag. Zum einen wurde Frankreich insgesamt als "altes" und damit unbewegliches Land im Gegensatz zu den "jungen" Ländern Deutschland und England charakterisiert. Zum anderen beinhaltete der in den Romanen z.B. von Gide, Rolland und Moulhier entwickelte Kult der Jugendlichkeit äußerst negative Alterszuschreibungen (Reichel 1985; für Deutschland um 1900 Borscheid 1990). Zugleich konnten Alte aber auch durch die Situation gewinnen, da man versuchte - wie in Deutschland erst im Nationalsozialismus - bevölkerungspolitische Regulative in die Sozialversicherung einzubauen und denjenigen, die ihren gesellschaftlichen Generationsverpflichtungen durch ein hohes Geburtenniveau nachgekommen waren, finanzielle Vorteile zu verschaffen. (Göckenjan, Hansen, Schniedewind 1993)

Die Forschungen zum theologischen Altersdiskurs in Frankreich in seiner Ambivalenz zwischen dem traditionellen Katholizismus und dem sehr einflußreichen Sozialkatholizismus sind noch nicht abgeschlossen. In diesem Zusammenhang kann auf Vorarbeiten von B. Dumons, Universität Lyon, verwiesen werden (Werkauftrag 1991). Dieser Diskurs ist wichtig, weil auf dieser Ebene die für Frankreich besonders bedeutungsvolle Familienideologie modernisiert wird. Hier

wird ein stark idealisiertes Familienbild, das das LePlaysche Ideal der Stammmfamilie aufgreift bzw. sich in dessen Denktradition verortet und weiterhin auf die Reziprozitätsbeziehungen zwischen den Generationen setzt, konfrontiert - und im folgenden assimilierend umgewandelt - mit einem sozialpolitisch intervenierenden Sozialkatholizismus, der die gesellschaftlichen Veränderungen im Zuge der Industrialisierung reflektiert und die Funktionsverluste der Familie durch geeignete sozialpolitische Maßnahmen auszugleichen versucht.

Als **Fazit** der bisherigen, national vergleichenden Projektarbeit kann auf Erkenntnisse verwiesen werden, die auf drei thematisch-systematischen Ebenen Bedeutung haben: Vor allem kann gezeigt werden, daß rein sozialstrukturelle Erklärungsansätze unzureichend sind (z.B. Conrad 1988, Kaelble 1991). Der unterschiedliche Grad der Industrialisierung und Urbanisierung und damit eine verschiedenartige soziale Schichtung in Deutschland und Frankreich allein bieten kein befriedigendes Erklärungsmodell für die bestehenden Unterschiede im Umgang mit Alter und Ruhestand. Voneinander abweichende historische Traditionen in den Formen der Altersthematisierung, unterschiedliche Alterserwartungscodes, die in Frankreich mehr als in Deutschland öffentliche und auf soziale Veränderungen drängende waren, haben den Umgang mit Alter und alten Menschen ebenso geprägt wie die demographische Entwicklung, die den Anteil alter Menschen in Frankreich rasant ansteigen ließ und Diskussionen um Überalterung und den daraus resultierenden Zustand gesellschaftlicher Dekadenz initiierten (Bourdelaïs 1993).

Zum zweiten ist klar geworden, daß sich eigenständige Systeme der Alterssicherung entsprechend unterschiedlichen Diskursen über einen gelungenen Lebenslauf in den beiden Ländern herausbildeten. Es entstanden Sicherungssysteme, die sowohl mit den sozialen Erfordernissen des jeweiligen Landes korrespondierten als auch spezifisch nationale Traditionen aufnahmen. Damit ist die zeitgenössische und auch noch heute aktuelle Debatte um die Rückständigkeit bzw. verspätete Herausbildung einer französischen Altersversicherung (vgl.

Dumons, Pollet 1991) in zentralen Punkten wenig hilfreich und zu korrigieren, denn dieses Konzept verstellt den Blick auf die systematisch zu würdigenden Unterschiede.

Zum dritten konnte durch die Analyse der nationalen Diskurse zum französischen Rentenversicherungsgesetz von 1910 herausgearbeitet werden, daß die wechselseitige Wahrnehmung der nationalen Alterssicherungspolitiken stark von Stereotypisierungen geprägt war - Ausdruck der nationalen Konkurrenzen und durch diese verschärft. Die verächtliche Charakterisierung des französischen Rentiers und Müßiggängers einerseits und die als stillos und obrigkeitshörig verspottete deutsche Arbeitsethik waren immer präsente Kontrastklischees mit Einfluß auch auf die Selbsteutung nationaler Politiken (Schniedewind 1994).

5. Außenaktivitäten

Konferenzbeiträge

Göckenjan, G. (1992): Ageing in Germany. Vortrag gehalten auf dem International Expert Meeting. The Political-Economic Transformation in Central and Western Europe, the Effects for the Welfare Mix and the Consequences for the Elderly, SISWO, Amsterdam 26.-29.11.92

Göckenjan, G. (1992): The Ageing Experience in the 19.th. Century Theological Discourse. Vortrag auf dem International Workshop. Before and after Modernity. Issues and Perspectives of a Cultural History of Ageing. DZA, Berlin 1.6.92

Göckenjan, G. (1991): Medical Knowledge and Old Age. The Process of Medical Professionalisation. Vortrag gehalten auf dem: International Seminar on the Study of Occupational Health Systems and the Professions of the Welfare State. University of Bergen (Norwegen) 3.7.9.1991

Hansen, E. (1991): Kommunale Fürsorge und Nationalsozialistische Volkswohlfahrt. Vortrag auf der Tagung des Sonderforschungsbereichs 333 der Universität München über "Die historische Rolle der Sozialversicherungsträger bei der Durchsetzung politischer Ziele des nationalsozialistischen Führerstaates" München 3.10.1991

Haupt, H.G. (1992): Vergleich als Problem der Geschichtsschreibung. Beispiele aus der Geschichte Europas des 19. Jh. Vortrag auf dem deutschen Historikertag Hannover

Haupt, H.G. (1992): Zwischen Sozialismus und Republik. Die französische Arbeiterbewegung vor 1914. Vortrag auf dem deutschen Historikertag Hannover

Schniedewind, K. (1993): Vieillesse et systèmes d'assistance publique en France an début du 20e siècle. Vortrag beim Table Ronde du centenaire de la loi du 5 juillet 1893. Grenoble CERAT

Schniedewind, K. (1992): Les systèmes de l'assurance-vieillesse en France et en Allemagne pendant la première moitié du 20e siècle. Vortrag auf dem 117e Congrès National des Sociétés Savantes, Clermont Ferrand, Oktober 1992

Vorträge

Göckenjan, G. (1993): Alter - Ruhestand - Generationenvertrag. Volkshochschule Lübeck, Allgemeine Vortragsreihe, 4.10.93

Göckenjan, G. (1992): Hilfebedürftigkeit und Alter in historischer Sicht. Vortrag. Gesamthochschule Kassel, Fachbereich Sozialwesen, Ringvorlesung 26.5.92

Hansen, Eckhard (1992): Ruhestand und Arbeiterversicherung 1900-1945. Vortrag. Gesamthochschule Kassel, Fachbereich Sozialwesen, Ringvorlesung 30.6.92

Haupt, H.G. (1992): Politische Einschnitte, Kontinuitäten und sozialpolitische Normen. Biographien von Kleingewerbetreibenden in Deutschland zwischen 1920 und 1950. Vortrag. Universität Bielefeld

6. Publikationen

Göckenjan, G. (1993): Altersbilder als Konzepte sozialer Praxis in deutschen Zeitschriften des 18. und 19. Jh. In: Archiv für Kulturgeschichte, Heft 2

Göckenjan, G. (1993a): Das hohe Alter in theologischen Texten des letzten Drittels des 18. Jh. zum Ende des 19. Jh. In: Conrad, Ch.; Kondratowitz, H.J.v. (Hrsg.): Zur Kulturgeschichte des Alterns. Towards a Cultural History of Ageing. Berlin (DZA)

Teilprojekt D2 Göckenjan/Haupt u.a.
--

- Göckenjan, G. (1993b): Hilfebedürftigkeit als Rahmung der Statuspassage ins hohe Alter. Zur Geschichte einer unsicheren Statuspassage. In: Leisering, L. u.a. (Hrsg.): *Moderne Lebensläufe im Wandel*. Weinheim
- Göckenjan, G. (1993c): Old age caught between state and medical profession interests. In: *Dynamis. Acta Hispanica*, Vol 13
- Göckenjan, G. (1993d): Alter - Ruhestand - Generationsvertrag? Zum Altersdiskurs aus historisch-struktureller Perspektive. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage. Das Parlament*, 23.4.1993, B 17/93: 3-10
- Göckenjan, G. (1993e): Le discours sur le vieillissement en Allemagne. In: Haupt, H.G. (Hrsg.): *L'état-Providence en France et en Allemagne aux 19e et 20e siècles*. Lyon. 218-237
- Göckenjan, G.; Hansen, E. (1993): Der lange Weg in den Ruhestand. Sozialpolitik für das Alter zwischen 1900 und 1945. Manuskript
- Göckenjan, G.; Hansen, E.; Kless, W. (1993): Pensionsregelungen und Einstellungen zum Ruhestand von 1872-1933. Manuskript
- Göckenjan, G.; Hansen, E.; Schniedewind, K. (1993): Alter und Lebenslauf. Zu einer historischen Soziologie des Ruhestandes in Deutschland und Frankreich. Manuskript
- Hansen, E. (1993): Kommunale Fürsorge und Nationalsozialistische Volkswohlfahrt. Anmerkungen zu Defiziten und zur Aktualität der historischen Sozialpolitikforschung. In: Landenberger, M. (Hrsg.): *Die historische Rolle der Sozialversicherungsträger bei der Durchsetzung politischer Ziele des Nationalsozialismus (Mitteilungen des SFB 333 der Universität München, Sonderheft III)*, München. 79-87
- Haupt, H.G. (1994): Regionale und nationale Strukturen des Sozialstaates. Ein Vergleich zwischen den USA, Kanada, Frankreich, Italien, Schweiz und Deutschland 1880-1980. Europäische Kommission. Bruxelles (im Erscheinen)

- Haupt, H.G. (1993): Logiques d'évolutions et logiques d'interprétation: France et Allemagne. In: ders. (Hrsg.): L'état-Providence en France et en Allemagne aux 19^e et 20^e siècles. Lyon. 3-28
- Haupt, H.G. (1993a): La storia comparata. In: *Passate e presente*
- Haupt, H.G. (1992): Männliche und weibliche Berufskarrieren im deutschen Bürgertum in der 2. Hälfte des 19. Jh. Zum Verhältnis von Klasse und Geschlecht. In: *Geschichte und Gesellschaft*: 143-160
- Schniedewind, K. (1994): Soziale Sicherung im Alter. Nationale Stereotypen und unterschiedliche Lösungen in Deutschland und Frankreich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In: *Francia. Forschungen zur Westeuropäischen Geschichte* (im Erscheinen)
- Schniedewind, K. (1993): Stéréotypes nationaux et voies différentes assurant la vieillesse: la discussion dans la presse allemande spécialisée autour de la loi sur les retraites ouvrières et paysannes. In: *Actes du Colloque (117^e Congrès National des Sociétés Savantes, Clermont Ferrand 1992)*
- Schniedewind, K. (1993a): Kirche und Alter in Frankreich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts: Balanceakt zwischen Familie und Sozialpolitik. Manuskript
- Schniedewind, K. (1993b): Recht auf Arbeit oder Recht auf Erholung? Alterskonzeptionen der französischen und deutschen Arbeiterbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Manuskript
- Taeger, A. (1993): Vieilles a la campagne: Assistance et assurance. In: Haupt, Hrsg.: E'état-Providence en France et en Allemagne aux 19^e et 20^e siècles. Lyon. 298-325

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojekts D3

**Thema: Sozialhilfekarrieren II:
Verzeitlichung von Armutslagen und Biographie**

Beteiligte Wissenschaftler/innen:

Prof. Dr. Stephan Leibfried	(GA) (Projektleiter)
PD Dr. Wolfgang Voges	(GA) (Projektleiter)
Dipl.Soz. Petra Buhr	(EA)
Lutz Leisering, Ph.D.	(EA)
Dipl.Soz.päd. Monika Ludwig	(GA)
Dr. Michael Zwick	(EA)

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Stand der Kenntnisse bei der letzten Antragstellung
3. Verlauf der Untersuchung - methodisches Vorgehen
4. Ergebnisse
5. Außenaktivitäten
 - 5.1 Vorträge u.a.
 - 5.2 Beiträge zur Diskussion in der wissenschaftlichen und politischen Fachöffentlichkeit
6. Schriften (nur laufende Berichtsperiode)
 - 6.1 Veröffentlichungen
 - 6.2 Unveröffentlichte Manuskripte

1. Zusammenfassung

Im Berichtszeitraum, der 2. Phase des Projekts, wurden die Verlaufsanalysen von Armut und Sozialhilfe vertieft, die in der 1. Phase als Novum in der deutschen Armutforschung begonnen worden waren. Zugrunde lag weiterhin die Bremer Längsschnittstichprobe von Sozialhilfeakten (LAS), die gegenüber dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) besondere Vorteile für eine institutionenbezogene Armutsanalyse bietet. Die 1. Phase galt der Erhebung der Akten Daten (Zugangskohorte 1983, Beobachtungsfenster 1983-1989; n=586 Akten=1570 Personen), ihrer Aufbereitung in einer eigens geschaffenen Datenbank und einer ersten, deskriptiven Analyse. Im Berichtszeitraum ging es darum, anhand dieser quantitativen Verlaufsdaten und neu erhobener qualitativ-biographischer Daten (problemzentriert-narrative Interviews mit Hilfeempfängern, n=89) die Zeitstruktur von Armut und Sozialhilfebezug umfassender zu untersuchen. Hinzu kamen Experteninterviews in der Sozialverwaltung (n=20) und Analysen politischer Dokumente.

Theoretisch sollte die These einer "Verzeitlichung sozialer Ungleichheit" spezifiziert und geprüft werden - mit ihr werden in der neueren Theorie Debatte Aspekte des sozialstrukturellen Wandels seit den 70er Jahren beschrieben. Die Projektarbeit zielte auf drei in der Debatte weitgehend ausgeblendete Fragen: Gilt die Verzeitlichungsthese auch für das untere Segment des Ungleichheitsspektrums, d.h. für Armut? Welche Rolle spielen sozialstaatliche Institutionen bei der Erzeugung zeitlicher Ungleichheitsmuster? Was bedeutet verzeitlichte Ungleichheit für individuelle Biographien, interpretiert im Lichte qualitativer Daten?

Folgende Ergebnisse wurden erzielt: (1) Anhand eines Vergleichs mit anderen Mikrodaten (SOEP, Mikrozensus u.a.) wurden die bisherigen Ergebnisse abgesichert. (2) Der Episodencharakter von Armut wurde in einem breiten Spektrum quantitativer Verlaufsanalysen ausgearbeitet; insbesondere wurden "transitorische" und "diskontinuierliche" Armut als eigene Armutstypen nachgewiesen. (3) Eine qualitativ-typisierende Analyse der biographischen Funktionen von Sozialhilfebezug zeigte, entgegen herkömmlichen Auffassungen, daß Sozialhilfe nicht nur Endstation sozialen Abstiegs, sondern auch Instrument aktiver Lebensgestaltung und sozialer Konsolidierung sein kann. (4) Ein Teil der Armut wurde als sozialstaatlich produziert nachgewiesen. (5) In wissenssoziologischen Analysen wurde Wandelbarkeit wie Rigidität politischer "Armutsbilder" aufgezeigt und Bedingungen von Sozialberichterstattung auf kommunaler und Bundesebene ausgearbeitet.

2. Stand der Kenntnisse und Fragestellung bei der letzten Antragsstellung

Mit dem Projekt D3 wurde 1988 der dynamische, auf Längsschnittdaten beruhende Ansatz der Armutsforschung in der Bundesrepublik initiiert. Seit 1990 haben auch andere deutsche Forscher Beiträge zur dynamischen Armutsforschung geleistet. Bei Antragstellung für die 2. Phase (Anfang 1991) lagen jedoch nur allererste deskriptive Ergebnisse vor. Die soziologischen Implikationen des neuen Forschungsansatzes, die im Untertitel des Antrags mit dem Begriff "Verzeitlichung von Armutslagen" bezeichnet wurden, waren weder empirisch noch theoretisch näher ausgearbeitet. Die Forschungsarbeit im Berichtszeitraum zielte daher darauf, die These einer Verzeitlichung von Armutslagen zu spezifizieren, zu prüfen und weiterzuentwickeln. Damit wurden Anschlüsse ermöglicht an die umfassendere, aber gleichfalls noch kaum ausgearbeitete These einer "Verzeitlichung sozialer Ungleichheit", anhand derer Beck und Berger einen wesentlichen Teilaspekt sozialstrukturellen und soziokulturellen Wandels seit den 70er Jahren beschreiben wollen (Berger 1990).

"Verzeitlichung" meint dabei, daß sich die Zeitstruktur sozialer Ungleichheit verändert habe in Richtung temporärer und diskontinuierlicher (statt dauerhafter) Ungleichheitslagen, oder allgemeiner, daß Zeitstruktur und Beweglichkeit von Ungleichheitslagen von besonderer, bisher unterschätzter (oder bislang real geringerer) Relevanz für die Analyse sozialer Ungleichheit ist.¹ In dreifacher

¹ Streng genommen konnte im Projekt anhand der untersuchten Zugangskohorte zur Sozialhilfe (erfolgreiche Antragsteller des Jahres 1983) nur die zeitliche Strukturierung sozialer Ungleichheit in dieser Kohorte, nicht aber eine *Veränderung* der zeitlichen Strukturierung bei aufeinander folgenden Kohorten untersucht werden, wie es der Begriff "Verzeitlichung" im Wortsinne verlangt. So können wir nichts darüber aussagen, ob der Typus temporärer Armut in den 80er Jahren zugenommen hat. Diese Einschränkung gilt auch für Beck und Berger und andere Vertreter der dynamischen Armut- und Ungleichheitsforschung, deren empirische Untersuchungen auf dem Sozio-ökonomischen Panel basieren. Erst in der beantragten nächsten Förderungsphase kann durch Erhebung einer neuen, historisch späteren Zugangskohorte die These einer Verzeitlichung im Sinne

Hinsicht sollte die Verzeitlichungsthese entwickelt und ausgearbeitet werden:

Erstens ging es darum, die These temporärer und diskontinuierlicher Ungleichheitslagen in bezug auf das untere Segment der Ungleichheitsstruktur zu spezifizieren und zu überprüfen. Welche Zeitverläufe sind typisch bei sozialen Randlagen? Im Rahmen der *Ungleichheitsforschung* lag damals zur Frage der Zeitlichkeit von Armutslagen nur eine empirische Untersuchung vor (Headey/Habich/ Krause 1990), sowie zwei weitere, bei denen Armut ein Aspekt neben anderen war (Berger 1990; Bonß/Plum 1990). Das bei diesen Untersuchungen zugrundeliegende Sozioökonomische Panel (SOEP) ist jedoch weniger gut geeignet als die Bremer Längsschnittstichprobe von Sozialhilfeakten (LSA), auf der die Forschungen des Projekts basieren (s.u. Ergebnis 1). *Zweitens* sollte die Rolle sozialstaatlicher Institutionen bei der Entstehung und Formierung temporaler Ungleichheitsmuster untersucht werden. Dieser Aspekt war in der Literatur schon theoretisch weitgehend ausgeblendet; auch empirisch war die vorherrschende Datengrundlage, das SOEP, zur Identifikation dieses Einflusses nur begrenzt geeignet, da sie "bekämpfte Armut" (Sozialhilfebezug) schlechter abbildet als die LSA. Auch in der allgemeinen *Lebenslaufforschung* war die Variable 'Staat/Sozialstaat' eher randständig, wenn man von den Institutionen des Bildungssystems absieht (so z.B. noch in Mayer 1990). *Drittens* sollte die Bedeutung temporaler Erscheinungsformen von Ungleichheit auf der Ebene individueller Biographien und Handlungsorientierungen anhand qualitativer Daten untersucht werden. Dies war in der sozialstrukturell formulierten Verzeitlichungsthese ausgeklammert bzw. nur in allgemein gehaltenen Diagnosen soziokulturellen Wandels formuliert worden, die letztlich spekulativ blieben.

einer Veränderung von Zeitstrukturen überprüft werden.

Ferner ist anzumerken, daß der Begriff "Verzeitlichung von Ungleichheits- bzw. Armutslagen" sich unmittelbar auf eine veränderte Mobilität innerhalb einer gegebenen Ungleichheitsstruktur bezieht (individueller Zugang zu Positionen, Fluktuation); davon zu unterscheiden ist die Frage, inwieweit sich Folgen für einen Wandel von Ungleichheitsstrukturen (Positionengefüge) ergeben.

Die vorliegende *Armutsforschung* - sieht man von den angeführten Beiträgen der dynamischen Ungleichheitsforschung zu Armutsfragen ab - war nur wenig instruktiv für Fragen der Verzeitlichung von Armut. Die Projektarbeit konnte sich daher nur am Rande auf sie stützen. Die älteren Arbeiten der 70er und 80er Jahre, primär die Randgruppenforschung, hatten zwar nicht selten bereits einen verlaufs-, institutionen- und biographiebezogenen Ansatz verfolgt, jedoch meist unter anderem, "kritischen" Vorzeichen, dabei thematisch auf einzelne Armutsgruppen verengt und methodisch wenig elaboriert (als Überblick s. Buhr/-Ludwig 1991). Diese Armutsforschung bewegte sich in den Randzonen der etablierten Soziologie (Leibfried/Voges 1992b). Ein durchgängiges Defizit war z.B. die unzureichende Beachtung der Zeit nach der untersuchten Problemphase, d.h. der biographieanalytische Zugang wurde verengt auf die Wege in die Armut und Randständigkeit. So wurde es möglich, erwartungsgemäß eine Logik sozialer Abstiegskarrieren aufzuzeigen. Auch einschlägige Studien aus dem Bereich der allgemeinen *Biographieforschung* (z.B. Alheit/Glaß 1986, Vonderach/Siebers 1991) waren nur von begrenzter Instruktivität, da ihre Befunde selten an sozialstrukturelle Analysen rückgebunden waren und sie sich zudem auf spezielle Teilpopulationen wie junge Arbeitslose und Randgruppen beschränkten.

3. Verlauf der Untersuchung - methodisches Vorgehen

Die komplexe Untersuchung folgte einem *Mehrmethoendesign*. Zum einen wurde versucht, quantitative und qualitative Vorgehensweisen (Daten und Auswertungsstrategien) zu verbinden. An einigen wichtigen Punkten konnte eine solche Verbindung hergestellt werden, insbesondere in bezug auf einzelne zeitdynamische Empfängertypen (den transitorischen Sozialhilfebezieher und den "Pendler") und bei einzelnen Fragestellungen (z.B. der Frage des "Wohlfahrtsmixes" von Hilfebeziehern). Zum andern wurden *drei Untersuchungsebenen* unterschieden und mit jeweils spezifischen Methoden untersucht:

- individuelle Lebensläufe und Biographien (Aktenanalyse, Klienteninterviews),
- institutionelle Problembearbeitung (Experteninterviews mit Mitarbeitern der Sozialverwaltung, qualitative Aktenanalyse) und
- politische Thematisierung und Politikformulierung (Analyse politischer Dokumente im Hinblick auf Deutungsmuster politischer Akteure)

Entsprechend dem allgemeinen Erkenntnisinteresse stand auf allen drei Ebenen die Frage der zeitlichen Struktur von Armutslagen und zeitbezogener Elemente von Deutungsmustern ("Armutsbildern") im Vordergrund. Durch diesen gemeinsamen Bezugspunkt war eine Verknüpfung der Ebenen grundsätzlich gut möglich (besonders explizit in Buhr/Leibfried 1993, Ludwig 1992b, Leisering 1993d, Buhr 1993, Leisering/Zwick 1993, Schwarze/Leisering/Zwick 1993). Eine wesentliche, von vornherein bekannte Einschränkung lag allerdings darin, daß keine Interviews mit Mitarbeitern des Sozialamts möglich waren, die den von uns untersuchten individuellen Klienten zugeordnet werden konnten. Dies ließ der Datenschutz nicht zu, zumal in den meisten Fällen der Sozialhilfebezug der Befragten - dem longitudinalen Forschungsdesign entsprechend - schon lange zurücklag und der individuelle Sachbearbeiter kaum mehr erreichbar gewesen wäre. Durchgeführt wurde ferner eine explizite quantitative Mehrebenenanalyse bzgl. der Einwirkung der sozialstrukturellen Variable 'Arbeitsmarkt' auf individuelle Sozialhilfeverläufe (Leisering/Voges 1992), wozu Monatsdaten der amtlichen Landesstatistik in die Analyse eingebracht wurden. Im folgenden werden die vier hauptsächlich verwendeten Methoden näher dargestellt.

Methode 1:

Quantitative Verlaufsanalysen mit Ereignisdaten aus Sozialhilfeakten

Die Analyse der quantitativen Daten folgte im wesentlichen den methodischen Vorgehensweisen, die bereits in der 1. Projektphase in ersten Analysen angewandt worden waren. Datenbasis war weiterhin die Bremer 10%-Stichprobe von Sozialhilfeakten (Hilfe zum Lebensunterhalt). Die Akten liefern prozeß-

produzierte Daten, die es erlauben, die Wirkung des institutionellen Faktors in besonderer Weise zu beobachten. Aus dieser Stichprobe wurde die Kohorte der erfolgreichen Antragsteller des Jahres 1983 analysiert mit einem Beobachtungsfenster bis 1989. Zur EDV-mäßigen Aufbereitung und Organisation der Verlaufsdaten wurde das in Zusammenarbeit mit G. Rohwer selbst erstellte Datenbanksystem SHD (Sozialhilfedatenbank) weiterentwickelt (Rohwer/Voges/Buhr 1992).

Für die Auswertung wurden wiederum sowohl diskrete, typisierende Analysen als auch kontinuierliche Analysen auf der Basis von Ereignisdaten durchgeführt. Neu waren Elemente einer Mehrebenenanalyse, bei der der Faktor Arbeitsmarkt als Periodeneffekt in die Analyse individueller Sozialhilfeverläufe eingebracht wurde (Leisering/Voges 1992; zur Berücksichtigung von Gesetzesänderungen als Periodeneffekte in anderem Zusammenhang s. Voges 1993a). Außerdem wurden Multi-Episoden-Modellen erprobt, die der komplexen Verlaufsstruktur des Sozialhilfebezugs gerecht zu werden versuchen, indem der Einfluß früherer Bezugsperioden auf spätere in der dynamischen Analyse berücksichtigt wird (Leisering/Voges 1992; vgl. Hamerle 1989). Wichtigste quantitative Analysen (s. Ergebnis 2): Buhr 1993 (Monographie), Buhr/Voges 1991, Leisering/Voges 1992.

Im Rahmen einer Verlaufsanalyse von Sozialhilfe und Arbeitslosigkeit haben Kooperanden anhand unserer Daten untersucht, welche Folgen die Verwendung individuenbezogener Daten im Vergleich zu den (von uns primär benutzten) haushaltsbezogenen Daten hat (Mayerhofer/Ludwig-Mayerhofer 1993). Insgesamt ergaben sich hinsichtlich der Ergebnisse keine wesentlichen Unterschiede beider Herangehensweisen; gewisse Unterschiede etwa bzgl. der Häufigkeit von Arbeitslosigkeit als Ursache des Einstiegs in Sozialhilfe verweisen darauf, daß diese Ursache für bestimmte (etwa: für größere) Haushalte relevanter ist.

*Methode 2:
Biographisch-typisierende Handlungsanalyse
auf der Grundlage von problemzentriert-narrativen Klienteninterviews*

Das methodische Vorgehen basiert auf der Prämisse, daß auch das Verhalten Notleidender als soziales Handeln verstanden werden muß (vgl. Gerhardt 1986a in Bezug auf Patientenverhalten, relativierend Schütze 1981). Es wurden alle Personen der 83er Zugangskohorte mit Hilfe des Amtes für Soziale Dienste in einem Doppelblindverfahren angeschrieben. Zahlreiche Adressen waren veraltet, da der Hilfebezug schon seit mehreren Jahren zurücklag. Mit allen schließlich erreichbaren Personen (n=89) wurden problemzentrierte Interviews nach Merton/Kendall (1979) und Witzel (1985) durchgeführt. Diese orientierten sich an einem offenen Leitfaden und sahen Möglichkeiten für längere biographische Narrationen vor. Nach jedem Interview wurde ein Prozeßprotokoll erstellt mit einer ad-hoc-Zusammenfassung. Die Interviews wurden vollständig transkribiert.

Die Auswertung (zur Methodik s. Ludwig 1993) orientierte sich zunächst an einem offenen hypothesen- und kategoriengenerierenden Entdeckungsverfahren nach Glaser und Strauss (1979), verbunden mit einem diskursiven Prüfungsverfahren im Fortschreiten der Einzelfallanalyse. Aufgrund einer intensiven Analyse einer hinreichenden Zahl von Fällen wurde ein kategoriales Auswertungsschema erstellt, das wir "Regelwerk" nennen und sich seitdem in der Analyse der übrigen Fälle bewährt hat. In diesem Rahmen wurden Typen gebildet, sowohl in bezug auf einzelne Teilbereiche des Regelwerkes als auch in bezug auf die allgemeine Fragestellung des Verhältnisses von Sozialhilfekarriere und Biographie. Dabei lehnten wir uns an die idealtypisierende Methode an, die Gerhardt (1984, 1986a), ausgehend von der Methodologie Max Webers, in der Medizinsoziologie zur Analyse von Patientenkarrerien entwickelt und erprobt hat. Dabei werden 'gültige' Generalisierungen aus qualitativ-biographischem Material erzeugt, insoweit sich die Idealtypen bei der Beschreibung und Erklärung des Materials relativ zu dem Erkenntnisinteresse des Forschers bewähren (Gerhardt 1985).

Wichtigste qualitative Analysen (s. Ergebnis 3): Ludwig 1993 (Monographie), Buhr 1993 (Monographie; Kap. 5), Ludwig 1992b, Buhr/Ludwig 1992, 1993.

Praktisch sah unser Vorgehen so aus, daß zwei (anfänglich vier) Mitarbeiter unabhängig voneinander ausführliche Einzelanalysen eines Falles auf der Grundlage des Regelwerks schrieben. Die Analysen wurden in einem intensiven Gruppenprozeß unter Beteiligung von vier Mitarbeitern diskutiert, bis geteilte Interpretationen aller relevanten Aspekte des Falles gefunden wurden. Von diesen Diskussionen wurde ein Protokoll angefertigt. Nach einer hinreichenden Zahl von Einzelfallanalysen zeigte sich aufgrund erster Fallvergleiche und Typisierungen eine Sättigung, so daß für die verbleibenden Fälle Kurzanalysen durchgeführt werden konnten. Einzelne dieser Fälle wurden aufgrund ihrer systematischen Relevanz ausführlich analysiert. An die Einzelfallanalysen schlossen sich systematische Fallvergleiche an, bei denen nach dem Prinzip des maximalen und des minimalen Kontrastes vorgegangen wurde.

Methode 3:

*Analyse von Deutungsmustern der Sozialverwaltung
auf der Grundlage problemzentrierter Experteninterviews und Aktenanalysen*

Erhebung und Auswertung der Experteninterviews orientierten sich grundsätzlich an Methode 2, waren aber enger auf gegebene Fragestellungen fokussiert und nicht biographiebezogen (zu Methodik und Ergebnissen s. Schwarze/Leisering/Zwick). Es wurden 20 Leitfadenterviews mit Sachbearbeitern und leitenden Mitarbeitern Bremer Sozialämter durchgeführt, wozu ein breites Spektrum von Mitarbeitern in verschiedenen Ortsämtern, die auch verschiedenen Problemschwerpunkten entsprechen, und verschiedener dienstlicher Stellungen angeschrieben worden war. Der Leitfaden ist stärker fokussiert als der der Klienteninterviews und wurde in den Interviews auch schematischer angewendet. Hinzu tritt ein Kurzfragebogen, mit dem Grundzüge der Berufsbiographie erhoben wurden. Nach jedem Interview wurde ein Prozeßprotokoll erstellt. Die

Interviews fielen kürzer aus als die Klienteninterviews und ihre Länge streute auch weniger (ca. eine Stunde). Sie wurden vollständig transkribiert. In einem textnahen Verfahren wurde ein Auswertungsschema ("Regelwerk") erstellt, das sich allerdings in diesem Fall enger an die Struktur des Leitfadens anlehnen konnte. Für jedes Transkript wurde von einer Person eine ausführliche schriftliche Einzelfallanalyse erstellt, die mit zwei weiteren Personen im einzelnen diskutiert und danach entsprechend überarbeitet wurde. Es folgten Fallvergleiche und -kontrastierungen sowie Typisierungen.

Im Rahmen einer qualitativen Aktenanalyse wurde Eingangsvermerke analysiert, die Sachbearbeiter bei Antragstellung von Hilfebedürftigen gemacht hatten (zu Methodik und Ergebnissen s. Zwick 1991 und Ergebnis 4). Untersucht wurde eine theoretisch angeleitete Auswahl von 60 Fällen aus einem Sample von 150 Fällen. Die Erhebung bediente sich inhaltsanalytischer Methoden. Die Daten wurden primär quantitativ ausgewertet (Faktorenanalyse, Pfadanalyse).

Methode 4:

Analyse politischer Deutungsmuster auf der Grundlage politischer Dokumente

Als Datengrundlage dienten verschiedene Typen politisch-sozialer Dokumente: allgemeine Publikumszeitschriften wie DER SPIEGEL, sozialpolitisch-sozialpädagogische Fachzeitschriften wie z.B. der Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, praxisnahe sozialpolitische Forschungen, Schriften zeitgeschichtlicher Akteure, z.B. von Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack, und parlamentarische Dokumente wie Regierungserklärungen, Debattenprotokolle, Texte von Gesetzen, Gesetzesvorlagen und Gesetzesbegründungen (letzteres besonders zur Entstehung des Bundessozialhilfegesetzes [BSHG] im Jahre 1961). Die Breite der erfaßten Materialien diente der Absicherung der gewonnenen Ergebnisse und der kontrastierenden Identifikation von Armutsbildern und sozialpolitischen Deutungsmustern in verschiedenen sozialen Kontexten ('Politik' im engeren Sinne, Administration,

sozialpolitisch-verbandliche Fachöffentlichkeit, allgemeine politische Öffentlichkeit, praxisnahe Wissenschaft). Leitender Auswertungsgesichtspunkt war der zugrundeliegende Armutsbegriff und der hergestellte Politik- und Gesellschaftsbezug von Armut. Ein besonderer Schwerpunkt lag auf den einfließenden Annahmen zu zeitlichen Aspekten von Armutslagen (Dauer, Kontinuität, Verlaufsdynamik, Verlaufstypen usw.), die wir in den Analysen realer Sozialhilfeverläufe herausgearbeitet hatten. Wichtigste Veröffentlichungen (s.a. Ergebnis 5): Buhr u.a. 1991, Buhr 1993 (Monographie, Kap. 3); ferner: Leisering 1993a, Buhr/Leibfried 1993; theoretisierend: Leisering 1993d; bzgl. Deutungsmuster in der Wissenschaft: Leibfried/Voges 1992b, Leisering 1993e.

4. Ergebnisse

Alle vier im Antrag formulierten Forschungsziele sind im Förderungszeitraum erreicht worden. Ein Abstrich mußte allerdings bei Ziel 1 (Erweiterung der Datenbasis) gemacht werden, zugleich wurden jedoch Beiträge geleistet, die nicht als Forschungsziel angekündigt worden waren (s. bes. Ergebnis 5). Die Ergebnisse lassen sich in 5 Einzelergebnissen zusammenfassen.

Ergebnisse 1-3 entsprechen den Zielen 1-3 des Antrags, während Ergebnisse 4 und 5 Teilaspekte dieser Ziele betreffen, die in Verlauf der Arbeit ein eigenes Gewicht erhalten haben. Ziel 4 (Beitrag zu soziologischen Theoriebildung) ist durch verschiedene Veröffentlichungen zu den anderen Zielen abgedeckt; dabei handelt es sich insbesondere um Beiträge zur soziologischen Theorie der Armut (s. bes. Leibfried/Voges 1992a,b, Leisering 1993d, Ludwig 1992a), zur Theorie sozialer Probleme (Leisering/Voges 1992, Leisering 1993d, Ludwig 1993) sowie zum Zusammenhang von Sozialstaat und Lebenslauf (Leisering 1992a).

Ergebnis 1:

Erweiterung der Datenbasis und Vergleich mit anderen Datenbasen:

Absicherung der gewonnenen Ergebnisse

Die vergleichende Analyse anderer Datensätze diente der Absicherung der Ergebnisse, die aufgrund der Zugangskohorte 1983 zur Sozialhilfe in Bremen

gewonnen worden waren. Zunächst wurde eine Datenbank angelegt, die die bundesweiten Daten der amtlichen Sozialhilfestatistik seit Existenz des BSHG (1962) sowie für die vorhergehenden Jahre der Fürsorge zusammenfaßt. Eine Analyse dieser Daten belegte einen dramatischen Strukturwandel der Sozialhilfeklientel in den letzten 20 Jahren (Buhr u.a. 1991; Zwick 1993a).

Zudem wurden Primäranalysen mit verschiedenen Mikrodatensätzen durchgeführt. Der Mikrozensus erwies sich wegen Unterrepräsentation von Sozialhilfefällen als für unsere Fragestellungen nicht geeignet. Im Zentrum standen Analysen des Sozialhilfebezugs anhand des SOEP. Dabei wurde bestätigt, daß Sozialhilfebezug in der Regel ein vorübergehendes Phänomen ist. Es zeigten sich jedoch Defizite des SOEP, die eine weitere Arbeit mit ihm nur bedingt sinnvoll erscheinen lassen: lückenhafte monatsbezogene Informationen, zu geringe Fallzahlen, Nicht-Erfassung von nicht-ansässigen Ausländern (Asylbewerbern u.ä.), generelle Unterfassung gesellschaftlicher Randschichten, unzureichende Erfassung sozialstaatlicher Rahmungen (Voges/Rohwer 1991a,b; Voges 1992c, 1994).

Auch die Rezeption der Arbeiten von Andreß (1992), der prozeßproduzierte Verlaufsdaten der Bielefelder Sozialverwaltung benutzt, bestätigte die Ergebnisse zum Kurzzeitbezug und deutete darüber hinaus eine Zunahme der Kurzzeitbezieher in den 80er Jahren an. Die Frage, inwieweit die Wartefälle, d.h. Personen, die Sozialhilfe beziehen, weil andere Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld noch nicht ausgezahlt worden sind, im Jahre 1983 überrepräsentiert sind, konnte anhand anderer Daten nicht geklärt werden. Die Teilnahme an internationalen Forschungsprojekten verortete die Ergebnisse im internationalen Kontext (Duncan u.a. 1993; Übersicht über die US-Forschung Buhr 1991; s. auch die Arbeiten von S. Leibfried zu Armutsregimes und westeuropäischer Integration, zuletzt Leibfried 1991, 1992; Leibfried/Pierson 1992). Hier zeigten sich u.a. ähnliche Verlaufsmuster des Sozialhilfebezugs in den USA und in Deutschland, ein insoweit überraschendes Ergebnis, als sich die Sozialhilfesysteme und Wohlfahrtskulturen beider Länder deutlich unterscheiden.

Auf ein up-date der eigenen Datenbasis (Fortschreibung der Sozialhilfeverläufe über 1983-89 hinaus bis 1992) wurde wegen des hohen Zeitaufwands zugunsten anderer Arbeiten verzichtet, zumal die 1992 durchgeführten qualitativen Interviews ein entsprechendes Beobachtungsfenster eröffneten.

Ergebnis 2:

Der Episodencharakter von Armut:

Temporalität und Diskontinuität von Sozialhilfeverläufen

In der ersten Förderungsphase waren erste deskriptive Erkenntnisse über die Zeitstruktur des Sozialhilfebezugs, d.h. über Sozialhilfeverläufe, gewonnen worden. Ein zentrales Ergebnis war eine Typologie von Sozialhilfeempfängern mit den beiden Dimensionen Dauer und Kontinuität (Häufigkeit von Episoden) des Bezugs. Es wurden transitorische Bezieher (Kurzzeitfälle), "Mehrfachtransitorische", "Pendler", Langzeitfälle und "Ausbrecher" (nach längerem Bezug Ausscheidende) unterschieden. Gegenstand der Arbeit im Berichtszeitraum war eine umfassendere und elaboriertere Analyse der Zeitlichkeit des Sozialhilfebezugs, eine nähere Untersuchung des transitorischen Typs sowie des Pendlers sowie einer Anzahl spezieller Fragestellungen, bei denen der longitudinale Ansatz einen besonderen Erkenntnisgewinn versprach. Der gewichtigste Beitrag zum Ergebnisbereich 2 ist die Monographie von Buhr (1993).

Wesentliche allgemeine Ergebnisse zur Episodenstruktur von Armuts- und Sozialhilfeverläufen sind:

- Ein großer Teil der Empfänger (40%) hat mehr als eine Episode.
- Die Ursachen für Beginn und Beendigung einer Episode fallen häufig auseinander.
- Ursachen des Bezugs können sich im Zeitverlauf - von Episode zu Episode und innerhalb von Episoden - ändern; die Ursache des ersten Eintritts in die Hilfe, auf die sich herkömmliche Analysen beschränken, sagt nur begrenzt

etwas über die Hintergründe und den weiteren Verlauf der Armutslage aus, z.B. über die Dauer (Buhr/Voges 1991, Leisering/Voges 1992, Zwick 1992). Allerdings weisen Personen mit kumulativer Problembelastung zu Beginn des Bezugs ("multiple Deprivation") höhere Verweildauern auf (Buhr 1993).

All diese Faktoren resultieren in einer erheblichen Dynamik von Armutslagen, die nur anhand von Verlaufsdaten angemessen rekonstruiert werden kann.

Zunächst wurden grundlegende methodische und konzeptuelle Klärungen vorgenommen (Buhr/Leibfried 1993a,b, Buhr 1993). Es zeigte sich, daß die Ergebnisse von Zeitanalysen nicht unerheblich davon abhängen, wie die Grundbegriffe 'Bezugszeit', 'kurze Dauer' und 'lange Dauer' in Abhängigkeit vom jeweiligen Erkenntnisinteresse definiert werden.

Die eingehendste Analyse einer speziellen Armutspopulation - als Monographie - galt dem transitorischen bzw. Kurzzeitbezieher (Buhr 1993; s.a. Buhr/Voges 1991, Leisering/Voges 1992, 1993). Diesem Typ, der - auch für uns unerwartet - mehr als die Hälfte der untersuchten Population ausmacht, war in der Literatur bisher keine Beachtung geschenkt worden. Es stellte sich heraus, daß sich dahinter eine Vielfalt sozialer Problemlagen und deutlich unterscheidbarer Untertypen verbirgt. Administrativ erzeugte Fälle, die 'nur' auf die Auszahlung vorrangiger Sozialleistungen warten, sind von anderen Kurzzeitfällen zu unterscheiden. Die Wartefälle unterscheiden sich danach, ob noch weitere Problemlagen vorliegen oder ob 'Warten' der alleinige Grund des Hilfebezugs ist. Die Nicht-Wartefälle unterscheiden sich u.a. danach, ob die Beendigung des Bezugs aufgrund der auslösenden Problemkonstellation von Beginn an absehbar ist oder nicht. Kurzzeitfälle unterscheiden sich auch in einen Typ, der unzureichende andere Einkommen nur durch Sozialhilfe aufstockt, und einen anderen, der zum größeren Teil von Sozialhilfe lebt. In der Verlaufsperspektive zeigt sich, daß ein kurzer Erstbezug (auch bei Wartefällen) einen Einstieg in eine längere Sozialhilfekarriere mit mehreren Bezugsepisoden bedeuten kann (Leisering/ Voges 1992).

Die quantitativen Analysen wurden auch mit den qualitativen Analysen der biographischen Interviews verknüpft (Buhr 1993). Ein Schwerpunkt lag auf der Frage nach Kongruenz bzw. Inkongruenz objektiver und subjektiver Zeithorizonte. Bei Kurz- wie Langzeitbeziehern erwiesen sich die subjektiven Handlungsorientierungen und Wahrnehmungsmuster als durchaus heterogen. So gibt es objektive Kurzzeitbezieher, die es aber ihrer subjektiven Selbstwahrnehmung nach nicht sind, sowie umgekehrt Selbstdeutungen als transitorischer Fall trotz jahrelangem, noch anhaltendem Bezug. Es wurde daher ein soziologischer Begriff transitorischer Armut bzw. transitorischen Hilfebezugs eingeführt, der systematisch über den Typ des Kurzzeitbeziehers hinausgeht. Generell besteht kein eindeutiger Zusammenhang zwischen subjektiver biographischer Bedeutung von Sozialhilfebezug und objektiver Dauer, wie es in herkömmlichen Marginalisierungstheorien angenommen wird. In biographischer Perspektive zeigte sich auch, daß selbst ein kurzer Hilfebezug eine erhebliche (positive) Bedeutung für die Bewältigung einer kritischen Lebensphase haben kann; in einigen Fällen treten auch längerfristige (negative) Folgen für das subjektive Selbstbild auf.

Untersucht wurde auch der Typ des diskontinuierlichen Beziehers. Dieser wird sowohl in den Wahrnehmungsmustern der "kritischen" Sozialarbeit, die auf den (kontinuierlichen) Langzeitbezieher abstellen (Leisering 1993c), als auch in den Armutsbildern der befragten Sozialamtsmitarbeiter (Schwarze/Leisering/Zwick 1993) kaum wahrgenommen. Er stellt eine besondere Problemgruppe dar, die sich sozialstrukturell deutlich vom Bild des Langzeitbeziehers unterscheidet. Hauptsächlich handelt es sich um beruflich gering qualifizierte Männer. Anhand von Mehr-Episoden-Modellen konnte die Struktur diskontinuierlicher Karriereverläufe in Abhängigkeit von zeitveränderlichen und unveränderlichen sozialstrukturellen Merkmalen analysiert werden (Buhr/Voges 1991, Leisering/Voges 1992). Qualitative Ergebnisse deuten darauf hin, daß die Unstetigkeit des Sozialhilfeverlaufs eine Diskontinuität des Lebenslaufs widerspiegelt. Der Typ des Pendlers könnte somit als Reflex der Erosion von Normalbiographien im unteren Bereich der gesellschaftlichen Ungleichheitsstruktur interpretiert werden.

Untersucht wurden ferner sozialhilfebeziehende Ausländer, sowohl auf der Grundlage des SOEP, das nur ansässige Ausländer erfaßt, als auch des Bremer Datensatzes, der auch nicht-ansässige Ausländer enthält (Voges 1992c). Die Verkaufsperspektive ergab eine deutliche Heterogenität der Ausländerpopulation in bezug auf die Dauer des Verbleibs in der Sozialhilfe. Auch konnte gezeigt werden, daß Haushalts- und Geschlechtsvariablen im Zeitverlauf andere Effekte haben als bei Deutschen, was als Niederschlag unterschiedlicher Haushaltsstrukturen und eines anders gearteten Familienverständnisses gedeutet werden kann.

Weitere Untersuchungen galten den Wohnkarrieren von Sozialhilfebeziehern. Farwick/Nowak/Taubmann (1993) kamen anhand einer von uns angeleiteten Analyse unserer Daten zu dem Ergebnis, daß auch im Wohnbereich die Vorstellung sich selbst verstärkender sozialer Abstiegskarrieren zumindest für Bremen nicht bestätigt werden kann. Sozialhilfebezug hat keine sozialräumliche Segregation und Konzentration in Armutssiedlungen zur Folge. Dies mag mit dem deutschen System der Sozialhilfe zusammenhängen, nach dem grundsätzlich die anfallende Miete voll bezahlt wird. Bezüglich der Wohnqualität von Sozialhilfeempfängern, die in den Daten besonders gut dokumentiert ist, zeigten sich ähnliche Ergebnisse (Zwick 1993c). Des weiteren wurden die Untersuchungen zu den Beschäftigungsprogrammen im Rahmen der Sozialhilfe ("Hilfe zur Arbeit") auf Grundlage der LSA abgeschlossen (Priester/ Klein 1992, Klein/Leibfried/Priester 1991).

Ferner wurde der "Wohlfahrtsmix" von Sozialhilfeempfängern untersucht, d.h. die Frage, welche verschiedenen Einkommensarten neben der Sozialhilfe bezogen werden (vorrangige Sozialtransfers, Erwerbseinkommen, privatrechtliche Unterhaltszahlungen usw.) und welche soziale Bedeutung biographische hat (Leisering/Zwick 1993). Es zeigte sich, daß die Betroffenen in sehr unterschiedlichem Ausmaß andere Einkommensquellen mobilisieren. Dies kann als Folge unterschiedlicher Aktivitätspotentiale bei der Bewältigung sozialer Problemlagen interpretiert werden, so etwa bei Pendlern im Vergleich zu Langzeitfällen.

Ergebnis 3:

*Sozialer Abstieg und Konsolidierung:
biographische Funktionen des Sozialhilfebezugs*

Ausgehend von dem methodischen Postulat einer handlungstheoretischen Armutsanalyse wurde der Zusammenhang von Armut, Sozialhilfebezug und sozialer Mobilität im biographischen Kontext untersucht. Der gewichtigste Beitrag zu diesem Ergebnisbereich ist die vor dem Abschluß stehende Monographie von Ludwig (1993) sowie Kap. 5 der Monographie von Buhr (1993).

Zunächst wurde begrifflich unterschieden zwischen (quantitativ zu analysierenden) Sozialhilfeverläufen als bloße Zeitmuster und (qualitativ zu analysierenden) Sozialhilfekarrieren als Handlungsprozesse im institutionellen Kontext (Ludwig 1992a). Der Karrierebegriff ist Gegenstand einer Monographie (Ludwig 1993), die ihn systematisch als handlungstheoretischen Begriff rekonstruiert, wobei seine Verwendung in einem breiten Bereich soziologischer Forschungen auch außerhalb des engeren Armutsthemas als Grundlage dient (Ludwig 1993).

In den Analysen ging es um eine Kritik der in der deutschen Armutsforschung verbreiteten einseitigen Konzeptualisierung des *Zusammenhangs von Armut bzw. Sozialhilfebezug und sozialen Mobilitätsprozessen*. Armut und Sozialhilfe sind nach dieser Ansicht Indikatoren - zumeist Endstationen - einer sozialen Abstiegs-karriere. Zugrunde liegen Annahmen zum *Verhältnis von Sozialhilfebezug und Biographie*, die oft nur implizit sind. Zum einen wird der Sozialhilfebezug als Endpunkt eines Lebenswegs gesehen, der als zwangsläufige Vorgeschichte dargestellt wird. Zum andern wird Marginalisierung als Effekt langanhaltenden Bezugs konzipiert. Dazu wird der biographische Ansatz methodisch meist auf eine Analyse des Lebenswegs *in* die Armut, also auf die Zeit *vor* (z.T. noch während) der Armutphase, eingeschränkt. Demgegenüber wird im Projekt über die Vorgeschichte hinaus systematisch die *'Geschichte'* - der Verlauf von Armut und Sozialhilfebezug und der Zusammenhang mit Verläufen in anderen Lebens-

bereichen - und, sofern erhebbar, die *Nachgeschichte* analysiert. Schon methodisch wird dadurch die Möglichkeit eröffnet, Sozialhilfe nicht nur als *Folge* und Indikator sozialer Abstiegsprozesse, sondern auch in ihrer *Funktion* für die aktuelle Lebensbewältigung und den weiteren Lebensweg zu betrachten.

In einer explorativen Studie konnte gezeigt werden, daß Sozialhilfebezug, selbst Langzeitbezug, ein Weg in die Selbständigkeit - soziale Konsolidierung oder gar sozialer Aufstieg - sein kann (Ludwig 1992b) (so wie umgekehrt Kurzzeitbezug längerfristige negative biographische Folgen haben kann). Allgemeiner konnte auf Grundlage der Klienteninterviews eine qualitative Typologie des Verhältnisses von Sozialhilfekarriere und Biographie gewonnen werden, durch die unterschiedliche Funktionen des Sozialhilfebezugs im Kontext sozialer Mobilitätsprozesse verdeutlicht werden.² Sozialhilfebezug ist nicht notwendig Zeichen längerfristigen sozialen Abstiegs, sondern flankiert nicht selten biographische Übergangsphasen, die in sozialen Aufstieg oder soziale Konsolidierung münden (Buhr/Ludwig 1992, 1993):

Ausgehend von einer Idealtypisierung von Biographiemustern, die in unserer Gesellschaft normative Gültigkeit beanspruchen können - Biographien mit erfolgreicher Erwerbskarriere (meist in bezug auf Männer) und Biographien mit erfolgreicher Familienkarriere (meist in bezug auf Frauen) -, wurden folgende Typen aus dem Material entwickelt: mißglückte und konsolidierte Erwerbskarrieren (plus Sondertyp mißglückte Akademikerkarriere) und mißglückte und

² Die qualitative Typologie fällt nicht zusammen mit der quantitativen Verlaufstypologie (Kurzzeitbezieher, Langzeitbezieher, Pendler usw.), da bei ihrer Konstruktion weitere, biographiebezogene Aspekte sozialer Zeit einfließen. Es gibt jedoch systematische Affinitäten zwischen bestimmten Typen bzw. Untertypen beider Typologien.

konsolidierte Familienkarrieren.³ Diese Typen unterscheiden sich in Hinblick auf die subjektive und objektive biographische Bedeutung der Sozialhilfe: welche Einstellungen zum Sozialamt vorherrschen; ob die Sozialhilfe mit einer Lebensperspektive verknüpft wird im Sinne einer aktiv-lebensgestaltenden Nutzung durch die Betroffenen (besonders im Fall sich konsolidierender Familienkarrieren) oder ob ein passiver, biographische Wechselfälle spiegelnder Empfang von Hilfe vorliegt (besonders im Fall mißglückter Erwerbskarrieren); welche objektiven Folgen der Hilfebezug für die aktuelle und die zukünftige Lebenssituation hat; welche Affinitäten zu bestimmten quantitativen Verlaufstypen des Hilfebezugs bestehen; und welche Erwerbs- und Familienverläufe zugrunde liegen, etwa kontinuierliche oder eher diskontinuierliche.

Die genannten Typen scheinen teilweise einen 'neuen' Sozialhilfeempfänger bzw. Sozialbürger wiederzuspiegeln, insofern die Sozialhilfe von einigen Klienten bewußt als Mittel langfristiger, autonomer Lebensgestaltung genutzt oder als begünstigende Randbedingung anderweitig individualisierter Lebensverläufe - hier: diskontinuierlichen, abweichenden Erwerbs- und Konsumverhaltens - 'mitgenommen' wird. Die geringe Zahl alter Sozialhilfempfänger (Rentner) bildet daher einen eigenen Typ zusätzlich zu den fünf genannten. Vor diesem Hintergrund wurden differenzierte qualitative Analysen durchgeführt (Ludwig 1993). Im Ergebnis zeigt sich, daß Armutsphasen und Sozialhilfebezug nicht nur biographische Ursachen, sondern auch biographische Folgen haben können im Sinne einer Flankierung biographischer Umorientierungen und Weichenstellungen. Sozialstrukturell gesehen stützt die Sozialhilfe die gesellschaftliche Funktionsweise der Institutionen Arbeitsmarkt und Familie durch Überbrückung kritischer Lebensereignisse und -phasen im Lebensverlauf (zum Zusammenhang von sozialstaatlichen Institutionen und Lebenslauf s. Leisering 1992a).

³ Bei den seltenen Fällen, bei denen sowohl eine starke Erwerbs- als auch Familienorientierung vorlag, wurde die dominante und am engsten mit dem Sozialhilfebezug verknüpfte Orientierung als Typisierungsgrundlage gewählt. Das Verhältnis zum biographischen Verlauf im jeweils anderen Lebensbereich wurde für alle Fälle bzw. Typen untersucht.

Ergebnis 4:

Wie der Wohlfahrtsstaat seine eigene Klientel erzeugt:

Zur politischen und administrativen Rahmung von Armutskarrieren

Die Frage selbstinduzierter sozialer Probleme stellt sich auf mehreren Ebenen. Armut kann administrativ, politisch und kulturell durch den Wohlfahrtsstaat selbst erzeugt sein (Leisering/Voges 1992). Gegenstand der Analyse waren zwei Ebenen administrativer Formierung von Armutsprozessen: die Wirkungen von Sozialhilfeleistungen und die durch die Sozialhilfe wiedergespiegelten Folgen von Defiziten vorgelagerter sozialer Sicherungssysteme.

(a) Wirkungen der Sozialhilfe: Die Frage der *welfarization*, d.h. einer mit fortschreitender Bezugsdauer wachsenden *state dependence* (zur entsprechenden US-Forschung s. Leisering/Voges 1992) konnte nicht definitiv geklärt werden. Wie in der US-Forschung stellt sich das methodische Problem, ob mit fortschreitender Bezugsdauer sinkende Austrittschancen ein Indiz von *welfarization* sind oder auf eine vorgängige Heterogenität der Population verweisen, d.h. daß unterschiedliche Problemlagen unterschiedliche Zeiten der Hilfebedürftigkeit bedingen. Es gibt Anzeichen für letzteres. Die qualitative Analyse der Klienteninterviews ergab immerhin, daß der Sozialamtskontakt eine eigenständige Problemsphäre darstellt, die die jeweilige Lebensphase mitprägt, aber er wird meist als weniger bedrückend als andere, auslösende Lebensereignisse erlebt (Buhr/Ludwig 1992, 1993). Entsprechend dem nicht-standardisierten Charakter von Sozialhilfeleistungen variierten die Sozialamtserfahrungen von Amt zu Amt und von Sachbearbeiter zu Sachbearbeiter. In der Regel weisen die Kommunikationsprobleme mit dem Amt einen deutlichen Phasencharakter auf, lassen Routinisierungsprozesse und Wiederkehr spannungsgeladener Interaktionen im Fall prekärer Leistungsforderungen bzw. -entscheidungen erkennen.

Die qualitativen Aktenanalysen belegten, daß die Wahrnehmung der Klienten durch die Sachbearbeiter von Stereotypen geprägt ist, die aus einer sozialen

Distanz zwischen beiden Seiten resultieren. Sie werden im Rahmen einer asymmetrischen Kommunikationsbeziehung wirksam, treten besonders bei Ermessensleistungen auf (einmalige Beihilfen) und verstärken sich unter Bedingungen der Mittelknappheit (Zwick 1991). Allerdings zeigten die Sachbearbeiter und besonders die leitenden Amtsmitarbeiter in den Experteninterviews ein gewisses Bewußtsein, welche Probleme bei den Klienten vorliegen (Schwarze/Leisering/-Zwick 1993). Im Vergleich zu den älteren empirischen Untersuchungen zu diesem Bereich erscheint ein relevanter Teil der befragten Mitarbeiter einem professionalisierterem neuen Typ des Sozialbeamten zu entsprechen. Qualifikation und Arbeitsmotivation waren unerwartet hoch und der Umgang mit den Klienten pragmatisch (vgl. die Ergebnisse von Nagel [1993] in bezug auf die nachwachsende Generation von Sozialarbeitern). Unterschiede bestanden je nach dem Ausbildungsprofil. Die Realität verzeitlichter Armut war bis zu einem gewissen Grade bewußt, so im Wissen um das Gewicht der Kurzzeitfälle, nicht jedoch in bezug auf diskontinuierliche Empfängertypen.

(b) Wirkungen vorrangiger monetärer Transfers (Leisering/Voges 1992, 1993): Anhand unserer Analysen konnte erstmals Ausmaß und Typik sozialstaatlich erzeugter Armut, die in kritischen politischen Analysen unter der Überschrift "Sozialabbau" und "Sozialhilfe als Verschiebebahnhof" global festgestellt worden ist, mikroanalytisch differenziert aufgewiesen werden. Es wurden zunächst drei statische Typen sozialstaatlich induzierten Sozialhilfebezugs definiert: Warten auf vorrangige Leistungen ("Wartehalleneffekt"); unzureichende vorrangige Transfers; und unzureichend abgedeckter, staatlich induzierter Mangelstatus wie Haftentlassung und Arbeitsverbot bei Asylbewerbern (zu letzterem s.a. Voges 1992c). Demgemäß waren 55% aller Einstiege in die Hilfe sozialstaatlich produziert. Die Mehr-Episoden-Verlaufsanalyse offenbarte jedoch eine komplexere Konstruktion von Sozialhilfekarrieren durch staatliche Institutionen. Der Sozialstaat prägt nicht nur Wege *in* die, sondern auch *durch* die und *aus* der Sozialhilfe. Sozialstaatliche Institutionen bewirkten in 30% aller Fälle (einschließlich der nicht sozialstaatlich verursachten) einen Ausstieg aus der Hilfe

durch Einsetzen vorrangiger Leistungen; die Chance eines solchen Ausstiegs ist jedoch sozial ungleich verteilt, wodurch eine neue Ungleichheitsstruktur generiert wird. Gute Chancen haben Wartefälle, wenn keine weiteren, besonderen Problemlagen vorliegen (dazu auch Buhr 1993, s.o.), während sich die Bezieher unzureichender Transfers in einer Sackgasse befinden und ohne Ausstiegchance sind. In den letztgenannten Fällen erweist sich die Einkommensart 'Sozialtransfers' als besondere Diskriminierung, verglichen mit anderen Einkommensarten.

Ergebnis 5:

Wissenssoziologie der Armut:

*Wandelbarkeit und Rigidität politischer Armutsbilder
und Möglichkeiten einer Sozialberichterstattung*

Von Beginn an war das Projekt eng mit der Frage der gesellschaftlichen und politischen Wahrnehmung von Armut verknüpft. Die administrative Unterstützung des Projekts, die für den Datenzugang unerlässlich war und ist, erwuchs aus einem Interesse der Bremer Sozialverwaltung an einer verbesserten Sozialberichterstattung (s. Hübinger u.a. 1987, das 'Gründungspapier' des Projekts, das Ergebnisse einer Pilotstudie darstellt). Zugleich stellen die Ergebnisse des Projekts herkömmliche wissenschaftliche und politische Armutsbilder fundamental in Frage (s. 5.2). Vor diesem Hintergrund wurden zwei miteinander verbundene Beiträge zur Wissenssoziologie der Armut und Armutspolitik geleistet: Analyse politischer Armutsbilder und Theorie der Sozialberichterstattung.

a) Politische Armutsbilder: Eine Rekonstruktion politischer Marginalitätsdiskurse (Buhr u.a. 1991 sowie Leisering 1993a) stellte u.a. einen selbstreferentiellen Armutsbegriff im politischen System der Bundesrepublik seit ihrer Gründung fest. Armut wird nur thematisiert, soweit sie sich politisch-rechtlich-institutionell geltend macht: Diskurse zu Armut und Armutsbekämpfung zielen auf Lücken im System sozialer Sicherung und diesbezügliche institutionelle Reformen. Der Thematisierungszyklus (*issue cycle*) von Armut wurde seit Gründung der BRD

und den frühen Sozialreformen 1957 und 1961 verfolgt. Jenseits des sichtbaren Wandels von Intensität und inhaltlichen Schwerpunkten der Debatte wurde festgestellt, daß sich, von den Akteuren unbemerkt, der kategoriale Bezugsrahmen des Diskurses mehrfach änderte, angefangen von der kollektiven "Armut des Volkes" in den 50er Jahren über die Armut benachteiligter Gruppen der 70er zur individuellen und Gruppenarmut der 80er Jahre. Relativ zu anderen politischen Themen blieb das Thema insgesamt in den 60er und 70er, z.T. auch in den 80er Jahren randständig. In relevanten Teilöffentlichkeiten, primär bei den professionellen Problembearbeitern in der Sozialverwaltung und bei "stellvertretend" sozial engagierten Gruppierungen im Umfeld der Wohlfahrtsverbände, wurde jedoch seit den 70er Jahren Armut umgekehrt geradezu dramatisiert (Leisering 1993d). In der Wissenschaft ist Armut lange ausgegrenzt worden; erst jetzt gibt es Anzeichen einer Änderung (Leibfried/Voges 1992b, Leisering 1993e).

Genauer untersucht wurden die zeit- und verlaufsbezogenen Annahmen, die im parlamentarischen Prozeß und in der sozialpolitischen Öffentlichkeit in bezug auf das Kernstück der bundesrepublikanischen Armutsbekämpfung, die Sozialhilfe, anzutreffen waren (Buhr 1993, Buhr/Leibfried 1993a,b). Derartige Annahmen spielten in den Debatten eine wichtige, oft implizite Rolle. Das Bundessozialhilfegesetz selbst - und die bei seiner parlamentarischen Behandlung 1961 vorgebrachten Begründungen - unterstellen eher vorübergehende Armut, enthalten durch Anerkennung unbefristeter Bedarfslagen aber auch ein unvermitteltes gegenläufiges Element (Dualismus). In der Folge zeigte sich ein *cultural lag* in dem Sinne, daß in die öffentliche Diskussion zu "Randgruppen" in den 70er und zur "neuen Armut" in den 80er Jahren sowie in die Debatte zum prekären Funktionswandel der Sozialhilfe Annahmen über die Dominanz von Langzeitarmut eingingen, die der realen Entwicklung der Klientel nicht entsprachen. Die Befunde zur sozialstaatlichen Rahmung durch Wahrnehmungsmuster in der Sozialverwaltung (Ergebnis 4) verweisen allerdings auf einen Wahrnehmungswandel oder vielmehr darauf, daß sich in jüngerer Zeit unterschiedliche Teilöffentlichkeiten entwickelt haben.

b) Sozialberichterstattung: Analysen zu diesem Bereich stehen im Zusammenhang der Frage politisch-institutioneller Steuerung von Armutsprozessen, insbesondere der informationellen Voraussetzungen der Wirksamkeit und Evaluation politischer Maßnahmen (Voges 1992b, 1993a), und konzeptuell-methodischer Fragen der Armutsmessung (Buhr/Leibfried 1993a,b, Voges 1993b). Der Sozialhilfebereich ist einerseits durch besondere informationelle Defizite gekennzeichnet ("Armutspolitik im Blindflug", Buhr/Ludwig/Leibfried 1990; so auch aus Betroffenenperspektive die Ergebnisse unserer Klienteninterviews), andererseits liegt hier eine besondere Fülle (ungenutzter) prozeßproduzierter Daten vor. Die Arbeiten des Projekt bezogen sich auf die kommunale wie die bundesweite Sozialberichterstattung. Im Rahmen der Beteiligung des Projekts bei der Reform der Bundessozialhilfestatistik (Buhr/Ludwig/Leibfried 1992) wurde herausgearbeitet, ausgehend von einer Kritik der vorliegenden amtlichen Statistik und der Projektergebnisse, wie die Sozialhilfestatistik in ein wissenschaftliches System der Sozialberichterstattung eingebettet werden kann. Dazu gehören Informationen zu den individuellen Lebenslagen der Betroffenen, insbesondere zu den dynamischen Aspekten von Wegen in die, durch die und aus der Sozialhilfe. In ähnlicher Perspektive wurde auch ein Beitrag zur Theorie computergestützter kommunaler Sozialberichterstattung geleistet (Zwick/Buhr 1992) und eine Diashow zum Thema erarbeitet (Zwick 1993a) (s. 5.).

5. Außenaktivitäten

5.1 Vorträge u.a.

- (1991, Leisering) Poverty Analysis and Anti-Poverty Policies: the Problem of the Unit of Reference. Referat auf dem Workshop "The Future of International Poverty Research", Comparative Research Programme on Poverty (CROP), International Social Science Council, Bergen, Norwegen, 18.-20.9.1991
- (1991, Leisering) Poverty and the German Welfare State Model - Politics and Policies in the 'Old' FRG. Vortrag am Institute for Comparative Politics, Universität Bergen, Norwegen, 22.9.1991.

- (1991, Leisering) Armutsbilder im Wandel - öffentliche Problemwahrnehmung und neuere soziologische Analysen. Vortrag, 12. Bremer Wissenschaftsforum, Universität Bremen, 9.-11.10.1991 (erschieden als Leisering 1993a)
- (1991, Buhr/Zwick) Ursachenkonstellationen und Ursachenwandel in der Sozialhilfe und die Schwierigkeit ihrer administrativen Erfassung. Vortrag auf der Tagung "Computergestützte Sozialhilfeberichterstattung und Sozialplanung" der Sektion Sozialplanung/Sozialpolitik des Berufsverbandes Deutscher Soziologen (BDS), Herten, 13.-15.11.1991 (erschieden als Zwick/Buhr 1992)
- (1991, Voges) Sozialhilfedaten als soziale Indikatoren. Vortrag auf der Tagung "Computergestützte Sozialhilfeberichterstattung und Sozialplanung" der Sektion Sozialplanung/Sozialpolitik des Berufsverbandes Deutscher Soziologen (BDS), Herten, 13.-15.11.1991 (erschieden als Voges 1992b)
- (1992, Ludwig) Sozialhilfekarrieren: Ein abschüssiger Weg ins gesellschaftliche Abseits? Vortrag auf der Jahrestagung der Sektion Biographieforschung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS), Bremen, 27.-29.2.1992
- (1992, Leibfried/Leisering) The welfare state - national, international, transnational. Research Proposal for the Comparative Research Programme on Poverty (CROP). Beitrag zum Second ISSC Workshop on the Future of International Poverty Research, Rotterdam, 10./11.5.1992
- (1992, Leisering) Entwicklung und Trends der deutschen Armutsforschung. Vortrag auf der Studientagung "Armutskarrieren - Konsequenzen für die Sozialpolitik und für die soziale Arbeit", Fortbildungswerk des Deutschen Vereins für Öffentliche und Private Fürsorge, Frankfurt/Main, 3.-6.6.1992
- (1992, Ludwig) Sozialhilfekarrieren. Vortrag auf der Studientagung "Armutskarrieren - Konsequenzen für die Sozialpolitik und für die soziale Arbeit", Fortbildungswerk des Deutschen Vereins für Öffentliche und Private Fürsorge, Frankfurt/Main, 3.-6.6.1992 (erschieden als Ludwig 1992b)
- (1992, Buhr/Ludwig) Zur biographischen Strukturierung von Sozialhilfeverläufen. Vortrag auf dem 26. Deutschen Soziologentag, Düsseldorf, 28.9.-2.10.1992 (Buhr/Ludwig 1992, gekürzt erschienen als Buhr/Ludwig 1993)
- (1992, Voges) Zur sozialstaatlichen Produktion von Sozialhilfebedürftigkeit. Vortrag auf dem 26. Deutschen Soziologentag, Düsseldorf, 28.9.-2.10.1992
- (1992, Zwick) Entwicklung und Strukturwandel der Sozialhilfe in der Bundesrepublik. Dia-gestützter Vortrag auf dem 26. Deutschen Soziologentag, Düsseldorf, 28.9.-2.10.1992 (gekürzt erschienen als Zwick 1993a)

Teilprojekt D3
Leibfried/Voges u.a.

- (1992, Leisering/Voges) Poverty Produced by the Welfare State. An Application of Longitudinal Analysis. Vortrag auf der International Research Conference on Poverty and Distribution, Central Statistical Office, Oslo, Norwegen, 16.-17.11.1992 (erscheint als Leisering/Voges 1993)
- (1992, Buhr/Leibfried) Zum sozialpolitischen Nutzen einer Analyse der Dauer der Sozialhilfe. Vortrag auf der Fachtagung "Das Bundessozialhilfegesetz in der sozialpolitischen Praxis. Eine Zwischenbilanz nach 30 Jahren", Senator für Gesundheit, Jugend und Soziales, Bremen, 17.11.1992 (erschiene als Buhr/Leibfried 1993a, überarb. Fassung 1993b)
- (1992, Voges) Zum Sozialhilfebezug von Zuwanderern. Analysen anhand des Sozio-ökonomischen Panels und der Bremer Längsschnitt-Stichprobe von Sozialhilfe-Akten. Vortrag, Workshop "Zuwanderung und Sozialstaat) Probleme und Herausforderungen", Universität Bremen, Nov. 1992 (Voges 1992c)
- (1992, Leisering) Auf dem Wege zu einer Soziologie der Armut? Theoretische, empirische und methodische Ansätze der Armutsforschung in vier Jahrzehnten BRD. Vortrag am WZB, 9.12.1992 (erscheint als Leisering 1993e)
- (1993, Leisering) The Politics of Economic Growth. Welfare State Development and the Concept of "Social Market Economy" in early Post-War Germany. Vortrag, Tagung "Economic Growth and its Significance for Poverty Reduction" des Comparative Research Programme on Poverty (CROP), Paris, 16.-18.4.1993
- (1993, Buhr) Transitorische Armut - methodische und empirische Aspekte der Analyse kurzfristigen Sozialhilfebezugs. Vortrag an der Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld, 7.6.1993
- (1993, Voges) Habilitationsvortrag Kritik an der statischen Betrachtungsweise von Altersarmut. Zum Interdependenzverhältnis von Daten und Theorie, Universität Bremen, 9.6.1993

Ferner zahlreiche internationale Vorträge von S. Leibfried zum Thema Armut, Armutsregime und wohlfahrtsstaatliche Entwicklung im Rahmen der europäischen Integration.

5.2 Beiträge zur Diskussion in der wissenschaftlichen und politischen Fachöffentlichkeit

Die Projektarbeit ist auf erhebliche Resonanz zustimmender wie kritischer Art in der wissenschaftlichen und der sozialpolitischen Fachöffentlichkeit gestoßen. Im maßgeblichen Fachblatt der öffentlichen Wohlfahrtspflege fand eine Kontroverse zu den Kernaussagen des Projekts zur Verzeitlichung von

Armutslagen statt, bei der dem Projekt eine Verharmlosung von Armut vorgeworfen wurde (Bezug der Kritik u.a.: Voges/Leibfried 1990, Ludwig 1992b; Kritik: Busch-Geertsema/Ruhstrat 1992; Replik: Leisering 1993c).

1992 trat die Dachorganisation der kommunalen Wohlfahrtspflege, der Deutsche Verein für Öffentliche und Private Fürsorge (DV), an das Projekt heran mit der Bitte, an einer Tagung "Armutskarrieren - Konsequenzen für die Sozialpolitik und für die soziale Arbeit" mitzuwirken. Diese Tagung entstand aus eigener Initiative des DV, um die Ergebnisse des Projekts einem Kreis leitender Kräfte der Sozialverwaltung zu vermitteln. Das Projekt bestritt die beiden Hauptreferate der Tagung (Leisering, Ludwig, s. 5.1).

Auch ist das Projekt zur Planung der Reform der bundesweiten Sozialhilfestatistik hinzugezogen worden (Teilnahme an der Sitzung des Arbeitskreises Sozialhilfestatistik im Statistischen Bundesamt, Wiesbaden, Februar 1992, P. Buhr). Veröffentlichung der Expertise: Buhr/Ludwig/Leibfried 1992 (s. Ergebnis 5). In diesem Zusammenhang erfolgte eine Einladung zu einer Tagung des DV über die BSHG-Novelle 1993 (November 1993).

Weitere Aktivitäten:

- Organisation einer Ad-hoc-Gruppe "Verzeitlichung von Armutslagen" auf dem 26. Soziologentag in Düsseldorf 28.9.-2.10.92 (M. Zwick) mit zwei eigenen Beiträgen (Buhr/Ludwig 1992, Voges) und Dia-Show (Zwick 1993a) (s. 5.1).
- Herausgabe des Sonderheftes 32 "Armut im modernen Wohlfahrtsstaat" der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1992 (Leibfried/Voges 1992a); dazu Übersetzungen aus dem Englischen (Leibfried, Leisering)
- Mitwirkung bei der Gründung des Comparative Research Programme on Poverty (CROP) des International Social Science Council (ISSC) bei der UNESCO, Paris (Gründungstagung Bergen, Norwegen, 18.-20.1991) (S. Leibfried und L. Leisering, ersterer zugleich bis heute Mitglied des Standing Committee und des engeren Arbeitsvorstands von CROP); Beiträge zu zwei weiteren Tagungen von CROP (s. 5.1).
- Repräsentant für Deutschland (zusammen mit R. Hauser, Frankfurt a.M.) im internationalen Forschungsprojekt "Poverty and Social Assistance Dynamics in the United States, Canada and Europe" (Duncan u.a. 1993) (Voges, Buhr)

Teilprojekt D3 Leibfried/Voges u.a.
--

- Teilnahme am Projekt "Armutspolitik im internationalen Vergleich" zu Alleinerziehenden (Voges, Buhr, Ludwig; Kooperation mit Prof. G. Duncan, USA, Prof. B. Gustafsson, Schweden, und Prof. R. Walker, England) (seit 1992)
- Kooperation mit Dr. S. Mayerhofer und Dr. W. Ludwig-Mayerhofer, Münchner Projektgruppe für Sozialforschung (Mayerhofer/Ludwig-Mayerhofer 1993; Ergebnisse s. Methode 1) (seit 1992)
- Kooperation mit Prof. R. Walker, Loughborough University, England (Leibfried, Leisering, Voges): Vereinbarung gemeinsamer theoretischer und empirischer Forschung zu Sozialhilfeverläufen in Deutschland und England, Gewinnung vergleichbarer Daten der Sozialverwaltung in England (seit 1992)
- Kooperation mit Dr. G. Rohwer, jetzt Universität Bremen, zwecks Erstellung eines Programms zur Aufbereitung von Verlaufsdaten in der Sozialhilfe (Rohwer/Voges/Buhr 1992; s. Methode 1) und gemeinsamer Analysen des Sozio-ökonomischen Panels (Voges/Rohwer 1991a,b) (seit 1990)
- Kooperation mit Prof. H.-J. Andreß, Bielefeld, zwecks Vergleich von Verlaufsanalysen prozeßproduzierter Daten der Sozialverwaltung (seit 1990)
- Kooperation mit Prof. W. Taubmann, Universität Bremen, Kulturgeographie, zu sozialräumlichen Aspekten von Armut (seit 1992; Farwick/Nowak/Taubmann 1992, s. Ergebnis 2)
- Kooperation mit C. Neusüß und E. Mädje, FU Berlin, zu Fragen soziokulturellen Wandels bei alleinerziehenden Sozialhilfeempfängerinnen (seit 1992)
- Federführende Herausgabe der Beiträge des 12. Bremer Wissenschaftsforums "Sozialer Wandel und die Modernisierung des Lebenslaufs", Universität Bremen, 9.-11.10.1991, in der Sfb-Reihe beim Deutschen Studien Verlag (Leisering u.a. 1993)
- Organisation des Workshops "Effektiver Helfen? Deutungs- und Handlungsprobleme kommunaler Sozialpolitik in den Bereichen Sozialhilfe, Alter und Sozialmanagement" auf dem 12. Bremer Wissenschaftsforum, 9.-11.10.1991 (Leisering; s. Leisering 1991a, 1993c)

6. Schriften (nur laufende Berichtsperiode)
 (Projektautoren kursiv, falls mit externen Koautoren)

6.1 Veröffentlichungen

Behrens, Johann; *Voges, Wolfgang* (Hrsg.) (1993): *Fließende Übergänge. Statuspassagen und sozialstaatliche Institutionalisierung*. Frankfurt/New York (im Erscheinen)

- Buhr, Petra (1991): Plädoyer für eine dynamische Armutsforschung - das Modell der USA. In: Zeitschrift für Sozialreform 37: 415-433
- Buhr, Petra; Leibfried, Stephan (1993a): Zum sozialpolitischen Nutzen einer Analyse der Dauer der Sozialhilfe. In: Senator für Gesundheit, Jugend und Soziales, Bremen (Hrsg.): Das Bundessozialhilfegesetz in der sozialpolitischen Praxis. Eine Zwischenbilanz nach 30 Jahren, Bremen: 65-78
- Buhr, Petra; Leibfried, Stephan (1993b): "What a Difference a Day Makes". Messung der Dauer des Sozialhilfebezugs und ihre sozialpolitische Bedeutung. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, 73: 179-184
- Buhr, Petra; Ludwig, Monika (1993): Die biographische Strukturierung von Sozialhilfeverläufen. In: Elting-Camus, Agnes; Meulemann, Heiner (Hrsg.): 26. Deutscher Soziologentag Düsseldorf, 28.9.-2.10.1992, Tagungsband II, Opladen (im Erscheinen)
- Buhr, Petra; Voges, Wolfgang (1991): Eine Ursache kommt selten allein ... - Ursachen und Ursachenwechsel in der Sozialhilfe. In: Sozialer Fortschritt 40: 261-270
- Buhr, Petra; Ludwig, Monika; Leibfried, Stephan (Hrsg.) (1991): Sozialpolitische Folgen der Vereinigung. Doppelheft 11/12 der Zeitschrift für Sozialreform 37, Wiesbaden
- Buhr, Petra; Ludwig, Monika; Leibfried, Stephan (1991): Vorwort zum Doppelheft 11/12 "Sozialpolitische Folgen der Vereinigung" der Zeitschrift für Sozialreform, 37: 641-645
- Buhr, Petra; Ludwig, Monika; Leibfried, Stephan (1992): Sind wir auf dem Weg zu einer verbesserten Armutsberichterstattung? Anmerkungen zur geplanten Reform der Sozialhilfestatistik. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, 72: 215-221
- Buhr, Petra; Leisering, Lutz; Ludwig, Monika; Zwick, Michael (1991): Armut und Sozialhilfe in vier Jahrzehnten. In: Bernhard Blanke, Hellmut Wollmann (Hrsg.): Die alte Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel, Opladen (Leviathan Sonderheft 11): 502-546
- Duncan, Greg J., Björn Gustafsson, Richard Hauser, Stephen Jenkins, Hans Messinger, Ruud Muffels, Brian Nolan, Jean-Claude Ray; Voges, Wolfgang (unter Mitarbeit von Petra Buhr u.a.) (1993): Poverty and Social Assistance Dynamics in the United States, Canada and Europe. In: Katherine McFate (Hrsg.): Poverty, Inequality and the Crisis of Social Policy: Western States in the New World Order, New York (im Erscheinen) (deutsche Fassung = Bremen: Universität, Zentrum für Sozialpolitik, Arbeitspapier Nr. 12/92)
- Klein, Peter; Leibfried, Stephan; Priester, Tom (1991): Chancengleichheit in der "Hilfe zur Arbeit"? Die Werkstatt Bremen - eine Fallstudie. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 71: 386-391

- Leibfried, Stephan (1991): Towards an European Welfare State? On Integrating Poverty Regimes into the European Community. In: Ferge, Zsuzsa; Kolberg, Ion Eivind (Hrsg.): *Social Policy in a Changing Europe*, Frankfurt/Boulder, CO. 227-259 (zunächst Bremen: Universität, Zentrum für Sozialpolitik, 1991, Arbeitspapier Nr. 2/1991, 58 S.; nachgedruckt in: Catherine Jones (Hrsg.): *New Perspectives on the Welfare State*, Oxford: Blackwell, S. 133-156)
- Leibfried, Stephan (1992): Europe's Could-Be Social State. *Social Policy and Post-1992 European Integration*. In: William James Adams (Hrsg.): *Europe after 1992*, Ann Arbor, MI. 97-118
- Leibfried, Stephan; Pierson, Paul (1992): The Prospects for Social Europe. In: *Politics and Society*, 20: 333-366 (zunächst Cambridge, MA: Center for European Studies, Harvard University, 1992, Working Paper # 34, 48 S.)
- Leibfried, Stephan; Voges, Wolfgang (Hrsg.) (1992a): Armut im modernen Wohlfahrtsstaat. Sonderheft 32 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen
- Leibfried, Stephan; Voges, Wolfgang (unter Mitarbeit von Lutz Leisering) (1992b): Vom Ende der Ausgrenzung. Armut und Soziologie. In: Leibfried, S.; Voges, W. 1992a. 9-33
- Leisering, Lutz (in Zusammenarbeit mit Gerd Göckenjan und Ulrike Nagel) (1991a): Effektiver helfen? Deutungs- und Handlungsprobleme kommunaler Sozialpolitik in den Bereichen Armut, Alter und Sozialmanagement. In: *Impulse aus der Forschung*, Universität Bremen, Nr. 12, Oktober: 11-12
- Leisering, Lutz (1992a): Sozialstaat und demographischer Wandel. Wechselwirkungen, Generationenverhältnisse, politisch-institutionelle Steuerung, Frankfurt/New York [Habilitationsschrift]
- Leisering, Lutz (1993a): Armutsbilder im Wandel - öffentliche Problemwahrnehmung und neuere soziologische Analysen. In: ders. u.a. (Hrsg.). 163-176
- Leisering, Lutz (1993b): Soziale Problemlagen im Wandel. Hilfe und Hilfebedürftigkeit im Sozialstaat. Abschnittseinleitung in: ders. u.a. (Hrsg.)
- Leisering, Lutz (1993c): Die Armut hat viele Gesichter. Vom Nutzen dynamischer Armutforschung. In: *Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge* 73, Heft 8
- Leisering, Lutz (1993d): Zwischen Verdrängung und Dramatisierung. Zur Wissenssoziologie der Armut in der bundesrepublikanischen Gesellschaft. In: *Soziale Welt* 44, Heft 4 (im Erscheinen)
- Leisering, Lutz (1993e): Auf dem Wege zu einer Soziologie der Armut? Theoretische, empirische und methodische Ansätze der Armutforschung in vier Jahrzehnten BRD. (erscheint als Arbeitspapier des Wissenschaftszentrums Berlin)

- Leisering, Lutz; Voges, Wolfgang (1992): Erzeugt der Wohlfahrtsstaat seine eigene Klientel? Eine theoretische und empirische Analyse von Armutsprozessen. In: Leibfried, S.; Voges, W. (Hrsg.)(1992a). 446-472
- Leisering, Lutz; Voges, Wolfgang (1993): Poverty Produced by the Welfare State. An Application of Longitudinal Analysis [erscheint 1993 in einem Sammelband bei Scandinavian University Press, Vorabdruck in: Report from Multidisciplinary Research Conference on Poverty and Distribution, Oslo, November 16-17, Oslo: Central Bureau of Statistics, Working Papers Part VI, 7/1992]
- Leisering, Lutz; Geissler, Birgit; Rabe-Kleberg, Ursula; Mergner, Ulrich (Hrsg.) (1993): Moderne Lebensläufe im Wandel - Beruf-Familie-Soziale Hilfen-Krankheit, Weinheim (im Erscheinen)
- Ludwig, Monika (1992a): Sozialhilfekarrieren. Über ein neues Konzept in der Armutsforschung. In: Neue Praxis, 22: 130-140
- Ludwig, Monika (1992b): Sozialhilfekarrieren: Ein Teufelskreis der Armut? in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, 72: 359-365
- Rohwer, Götz, Voges, Wolfgang; Buhr, Petra (1992): Verlaufsanalysen in der Sozialhilfeforschung. Eine Einführung in das Programm SHD, Bremen: Universität, Sfb 186, 77 S. (Sfb-Arbeitspapier Nr. 14)
- Voges, Wolfgang (1992a): Zur Thematisierung von Armut in Deutschland. Vorwort zu Günter Manz, Armut in der "DDR"-Bevölkerung. Lebensstandard und Konsumtionsniveau vor und nach der Wende, Augsburg: Maro 1992. 1-6
- Voges, Wolfgang (1992b): Sozialhilfedaten als soziale Indikatoren. Wie die Sozialverwaltung Informationen zur Armutsbeseitigung liefern könnte. In: Norbert Johrendt, Hans R. Schneider (Hrsg.): Computerunterstützte Sozialberichterstattung und Sozialplanung, Bielefeld 1992 (Schriftenreihe des Berufsverbandes Deutscher Soziologen, Bd. 11). 58-73
- Voges, Wolfgang (1994): Fluctuation and Stability Among Welfare Recipients. In: European Sociological Review (im Erscheinen)
- Voges, Wolfgang; Rohwer, Götz (1991a): Zur Dynamik des Sozialhilfebezugs. In: Ulrich Rendtel, Gert Wagner (Hrsg.): Lebenslagen im Wandel - Zur Einkommensdynamik in Deutschland seit 1984, Frankfurt/New York. 510-531
- Voges, Wolfgang; Rohwer, Götz (1991b): Receiving Social Assistance in Germany: Risk and Duration. In: Journal of European Social Policy, 2: 175-191
- Zwick, Michael (1992): Sozialhilfeverläufe zwischen Homogenität und Heterogenität. In: Sfb 186 Report, Nr. 1, September: 10-16
- Zwick, Michael (1993a): Entwicklung und Strukturwandel der Sozialhilfe in der Bundesrepublik. In: Agnes Elting-Camus, Heiner Meulemann (Hrsg.): 26. Deutscher Soziologentag Düsseldorf, 28.9.-2.10.1992, Tagungsband II. Opladen (im Erscheinen)

Zwick, Michael; Buhr, Petra (1992): Individuelle Ursachenkonstellationen und Ursachenveränderungen in der Sozialhilfe. Genauere Ursachenerfassung als Grundlage einer verbesserten Sozialhilfeberichterstattung und Sozialplanung. In: Norbert Johrendt, Hans R. Schneider (Hrsg.): Computerunterstützte Sozialberichterstattung und Sozialplanung, Bielefeld: AJZ (Schriftenreihe des Berufsverbandes Deutscher Soziologen, Bd. 11). 74-87

6.2 Unveröffentlichte Manuskripte

Buhr, Petra (1993): Transitorische Armut. Ursachen und Folgen kurzfristigen Sozialhilfebezugs. Dissertationsmanuskript, Bremen

Buhr, Petra; Ludwig, Monika (1992): Zur biographischen Strukturierung von Sozialhilfeverläufen, Ms., Sfb 186, Bremen

Leibfried, Stephan; Leisering, Lutz (1992): The Welfare State - National, International, Transnational. Statement for the Second ISSC Workshop on the Future of International Poverty Research, Comparative Research Programme on Poverty (CROP), Rotterdam, 10./11. Mai 1992

Leisering, Lutz (1991b): Poverty Analysis and Anti-Poverty Policies: the Problem of the Unit of Reference, Bremen: Universität, Sfb 186, Ms., 4 S. (Referat auf dem Workshop "The Future of International Poverty Research" des International Social Science Council, Bergen, Norwegen, 1991)

Leisering, Lutz; Zwick, Michael (1993): "Einkommensmix" als individuelle Wohlfahrtsstrategie - der Fall der Sozialhilfeempfänger, Ms., 1993

Ludwig, Monika (1993): Armutskarrieren. Eine soziologische Studie über die biographische Organisation von Hilfe und Sozialhilfe, Dissertationsmanuskript, Bremen

Schwarze, Uwe; Leisering, Lutz; Zwick, Michael (1993): Sozialhilfeverwaltung und Klientel - eine empirische Analyse anhand von Experteninterviews, Ms., Bremen

Voges, Wolfgang (1991): Waiting Rooms, Launching Pads and Holding Tanks: The Functions of Public Assistance in Germany, Bremen: Universität, Zentrum für Sozialpolitik, Ms.

Voges, Wolfgang (1992c): Zum Sozialhilfebezug von Zuwanderern, Ms., Bremen

Voges, Wolfgang (1993a): Arbeitsunfähigkeit und Frühverrentung [Habilitationsschrift], Bremen

Voges, Wolfgang (1993b): Kritik an der statischen Betrachtungsweise von Altersarmut. Zum Interdependenzverhältnis von Daten und Theorie. Ms., Bremen [Habilitationvortrag]

Zwick, Michael (1991): Qualitative Inhaltsanalyse der Aktenvermerke von Sozialhilfeakten. Ms., Bremen

Zwick, Michael (1993b): Verzeitlichte Armutslagen als theoretische und empirische Herausforderung für die Soziologie. Ms., überarb. Fassung, Sfb 186, Bremen

Zwick, Michael (1993c): Wohnkarrieren von Sozialhilfeempfängern (Arbeitstitel), Ms., Sfb 186, Bremen

Teilprojekt Z

Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojekts Z - Methodenbereich -

Thema: Forschungsbegleitende Methodenentwicklung in der Biographie- und Lebenslaufforschung

Beteiligte Wissenschaftler/innen:

Prof.Dr. Walter R. Heinz (GA) (Projektleiter)
Dr. Udo Kelle (GA) WiMi
Dipl.-Soz. Susann Kluge (EA) WiMi
Dr. Gerald Prein (EA) WiMi

Inhalt:

1. Zusammenfassung
2. Das Konzept der forschungsbegleitenden Methodenentwicklung
3. Bearbeitete Themenbereiche: Problemkonstellationen und bisheriger Diskussionsstand
4. Ergebnisse
 - 4.1. Qualitative Methodenentwicklung
 - 4.1.1. Methodologische und wissenschaftstheoretische Aspekte
 - 4.1.2. Gütekriterien und Strategien der Geltungssicherung
 - 4.1.3. EDV-gestützte Indizierungs- und Notationssysteme für qualitative Daten
 - 4.2. Integration quantitativer und qualitativer Methoden
 - 4.3. Quantitative Methodenentwicklung
5. Beiträge zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit
6. Publikationen

1. Zusammenfassung

Aufgabe des Methodenbereichs des Teilprojektes Z ist die "forschungsbegleitende Methodenentwicklung", deren Ausgangspunkt methodische und methodologische Probleme der Teilprojekte des Sfb bilden. Besondere Problemkonstellationen ergeben sich aus dem Anspruch des Forschungsprogramms, zur Analyse von Statuspassagen in Lebensverläufen einerseits objektive sozialstrukturelle Handlungskontexte mit quantitativen Methoden und andererseits individuelle Deutungsmuster, Sichtweisen und Handlungsorientierungen von Akteuren mit Verfahren interpretativer Sozialforschung zu untersuchen.

Arbeitsschwerpunkte des Methodenbereichs lagen dementsprechend auf den Gebieten (1.) **qualitativer Erhebungs- und Auswertungsverfahren**, (2.) **statistischer Modellierungsverfahren**, und (3.) der methodologischen Reflexion der **Verbindung qualitativer und quantitativer Methoden**.

Auf dem Gebiet **qualitativer Erhebungs- und Auswertungsverfahren** wurden Fragen der wissenschaftstheoretischen und methodologischen Begründbarkeit und der "Standards" bzw. Gütekriterien interpretativer Sozialforschung bearbeitet, sowie Strategien zur Sicherung der internen und externen Validität qualitativer Forschungsergebnisse entwickelt. Zur Absicherung der internen Validität wurden Verfahren zur methodisch kontrollierten Kodierung und Analyse verbaler Daten eingesetzt, wobei an neuste Konzepte EDV-gestützter Datenverwaltung und -auswertung angeknüpft wurde. Hinsichtlich der Sicherung externer Validität standen Fragen qualitativer Stichprobenziehung im Zentrum.

Auf dem Gebiet **statistischer Verfahren** standen inferenzstatistische Probleme im Vordergrund, die sich bei der Schätzung von Modellen mit zahlreichen erklärenden Variablen zwangsläufig ergeben, wie sie zur Analyse von Lebensverläufen notwendig sind, die in komplexe sozialstrukturelle Bedingungskonstellationen eingebettet sind: die bei der Konstruktion komplexer Modelle mit kategorialen Daten resultierenden geringen Zellenbesetzungen und schiefen Verteilungen führen einerseits bei der Anwendung asymptotischer Schätzverfahren in zahlreichen Fällen zu invaliden Resultaten und andererseits zu einem Absinken der Teststärke, welche die Entscheidung für die Beibehaltung der Nullhypothese z.T. mit einem inakzeptabel hohen Fehler zweiter Ordnung belasten. Der Methodenbereich hat hierzu innovative Teststrategien, die die

Schätzung des Fehlers zweiter Ordnung einbeziehen, durch die Implementation von Bootstrap-Verfahren weiterentwickelt.

Probleme der **Verbindung qualitativer und quantitativer Forschungsmethoden** in der Lebenslauf- und Biographieforschung verlangten die Evaluation von bislang entwickelten Konzepten der "Methodenintegration" und "Triangulation" sowie die Entwicklung entsprechender Sfb-spezifischer Konzepte. Dabei zeigte sich, daß die in der Literatur diskutierten Modelle zwar jeweils in bestimmten theoretischen und empirischen Kontexten einsetzbar sind, keines jedoch zu einem generellen Modell der Methodenintegration verallgemeinert werden kann. Multimethodische Designs lassen sich nicht auf der Basis eines allgemeinen methodologischen Modells formulieren, sondern verlangen (handlungs)theoretische Überlegungen über die Natur des untersuchten Gegenstandsbereichs. Auf der Grundlage solcher handlungstheoretischen Überlegungen wurden in verschiedenen Teilprojekten jeweils unterschiedliche "lokale Konzepte" der Methodenintegration eingesetzt und einer eingehenden methodologischen Reflexion und Evaluation unterzogen.

2. Das Konzept der forschungsbegleitenden Methodenentwicklung

Während der Arbeitsschwerpunkt des Bereichs Methoden und EDV in der **ersten Förderungsphase 1988-1991** vor allem im Bereich methodischer Dienstleistungen lag, konnte auf der Grundlage der erweiterten personellen Kapazitäten in der laufenden **zweiten Förderungsphase 1991-1993** methodische Entwicklungsarbeit geleistet werden. Vorrangiges Ziel war es dabei, die Methodenentwicklung eng an die empirische Forschungspraxis der Sfb-Teilprojekte anzubinden. Methodische Konzepte, die allein auf der Basis erkenntnistheoretischer Überlegungen oder mathematischer bzw. informationswissenschaftlicher Arbeiten entwickelt wurden, werden von Empirikern oftmals als wenig hilfreich, überformalisiert und empiriefremd kritisiert. Daher sollte die Methodenentwicklung im Sonderforschungsbereich 186 einen engen Bezug zu den theoretischen Annahmen und Forschungszielen der Teilprojekte aufweisen und die so entwickelten methodischen Konzepte in der Forschungspraxis evaluiert werden.

Teilprojekt Z Methodenbereich

Hierbei orientierten wir uns eng an evolutionär-pragmatischen Konzepten aus dem Kontext der analytischen Wissenschaftstheorie (Laudan 1977, 1987; zur neueren Diskussion vgl. Danneberg 1989), wonach methodologische Regeln nur vor dem Hintergrund der verwendeten theoretischen Modelle und der jeweiligen Forschungsziele sinnvoll aufgestellt werden können. Um jedoch nicht in einen unverbindlichen Relativismus ("anything goes") zu verfallen, muß die Bewertung von methodologischen Regeln an "Metakriterien" (Danneberg 1989, S.330 ff.), wie sie etwa die Problemlösefähigkeit von Forschungstraditionen (vgl. Laudan 1977, 1987) darstellt, gemessen werden. Hierbei wird davon ausgegangen, daß jede Methodologie spezifische Erkenntnisprobleme (bzw. "threats for validity", wie es Cook und Campbell (1979) nennen) mit sich bringt und letztendlich nur daran gemessen werden kann, wie gut es ihr gelingt, diese Probleme zu lösen. Im Kontext qualitativer Sozialforschung entstehen solche Erkenntnisprobleme etwa hinsichtlich der Verallgemeinerbarkeit von Ergebnissen aus der Untersuchung von wenig umfangreichen Stichproben, die quantitative Surveyforschung bringt oftmals Probleme hinsichtlich der "ökologischen Validität" (vgl. Lamnek 1988, S.151 f.) der verwendeten Instrumente mit sich.

Die Kooperation zwischen Methodenbereich und Teilprojekten führte zu einer Reflexion der impliziten methodologischen und methodischen Probleme, die in der Forschungspraxis der Lebenslauf- und Biographieforschung entstehen, zum anderen zur forschungsbegleitenden Entwicklung und methodologischen Begründung innovativer methodischer Konzepte. Zu diesem Zweck mußten vorhandene Problemlösungsstrategien (aus der Literatur sowie in der Forschungspraxis entstandene pragmatische Lösungen) evaluiert und weiterentwickelt werden. Anschließend wurden diese Konzepte mit den Teilprojekten bezüglich ihrer Brauchbarkeit diskutiert und anhand von empirischen Datenmaterial erprobt.

Von zentraler Bedeutung hierfür ist der Informationsfluß zwischen Projekten und Methodenbereich, der in folgender Weise institutionell abgestützt wurde:

- * Beratung der Teilprojekte in methodischen und methodologischen Einzelfragen,

- * Kooperationsvorhaben mit Teilprojekten für die Durchführung umfangreicherer Arbeiten (rechnergestützte Datenauswertungen, Aufbau von Datenbanken etc.), wenn hierbei die Entwicklung methodischer Instrumente erforderlich und ein Ertrag für den gesamten Sfb erwartbar war,
- * Organisation regelmäßig tagender Arbeitsgruppen zu qualitativen und quantitativen Methoden,
- * Durchführung Sfb-interner Workshops zur Darstellung von methodischen Konzepten, die am Sfb oder außerhalb entwickelt wurden, Durchführung von Tagungen.

Der folgende Bericht enthält sowohl die Ergebnisse der methodologischen Diskussionen (und damit Beschreibungen methodologischer Probleme von Teilprojekten) als auch die Ergebnisse forschungsbegleitender Methodenentwicklung, die im Rahmen dieser Kooperation entstanden sind.

3. Bearbeitete Themenbereiche: Problemkonstellationen und bisheriger Diskussionsstand

Der theoretische Zuschnitt des Sfb-Forschungsprogramms brachte neuartige methodische Problemkonstellationen mit sich. Zur Untersuchung der Modernisierung von Lebensverläufen und deren institutioneller Steuerung müssen einerseits die objektiven sozialstrukturellen Momente identifiziert werden, die die Handlungskontexte der individuellen und institutionellen Akteure abstecken, und andererseits jene Verarbeitungsweisen, Deutungsmuster und Handlungsstrategien systematisch in den Blick genommen werden, mit denen die Akteure auf die strukturell vorgegebenen Situationslogiken und Handlungsoptionen reagieren.

Teilprojekt Z Methodenbereich

Hiermit werden zwei soziologische Perspektiven miteinander in Kontakt gebracht, die bislang unterschiedlichen methodologischen Paradigmen zugeordnet wurden:

- eine strukturelle Perspektive, in deren Rahmen soziales Handeln im wesentlichen als Produkt objektiver sozialer Strukturen verstanden und mit Hilfe von Methoden statistischer Modellbildung, d.h. durch die korrelative Verknüpfung zumeist soziodemografischer Variablen, erklärt wird und
- einer interpretativ-subjektbezogenen Perspektive, die die biographischen Selbsteutungen und Handlungsmuster der Akteure mit Hilfe offener Erhebungs- und interpretativer Auswertungsmethoden zu rekonstruieren sucht.

Die jeweiligen Beschränkungen der beiden Perspektiven werden seit längerem kritisiert: der sog. "Variablensoziologie" wird eine mangelnde Berücksichtigung der Binnenperspektiven und Entscheidungsleistungen der Akteure nicht nur von Anhängern der interpretativen Soziologie vorgeworfen (vgl. Esser 1989a,b), auf der anderen Seite wird der Voluntarismus interpretativer Methoden, die die vorhandene Objektivität der Sozialstruktur ausblenden, auch im eigenen Lager moniert (vgl. Wilson 1982). Das Forschungsprogramm des Sfb ordnet sich also in die bereits seit längerem andauernde Debatte um die Krise der Makrosoziologie und deren handlungstheoretische Überwindung ein (vgl. Huber 1991; Giddens 1988, Esser 1989a,b, 1991). Dabei wird davon ausgegangen, daß die jeweiligen Beschränkungen der "Makro-" und "Mikro"perspektive nur durch die Untersuchung der Wechselwirkung von sozialstrukturellen Gegebenheiten und individuellen Deutungsmustern und Handlungsorientierungen überwunden werden können, eine Wechselwirkung, die gerade in "sich modernisierenden" Handlungsfeldern überaus komplizierte Formen annehmen kann.

In diesem Rahmen haben sich die folgenden methodologischen Problemkonstellationen entwickelt:

- Die Untersuchung individueller Deutungsmuster und Handlungsorientierungen ist im Kontext eines hypothetiko-deduktiven Forschungsdesigns oftmals nicht zu bewältigen, weil der Forscher keine brauchbaren Hypothesen über

das relevante Alltagswissen der Akteure besitzt. Qualitative, d.h. offene Erhebungs- und Auswertungsmethoden, bei denen der Untersucher sich ohne präzise formulierte Hypothesen und operationalisierte Variablen seinem Forschungsfeld nähert, sind jedoch nach wie vor in der soziologischen Methodendiskussion streitig, weil sie mit schwerwiegenden erkenntnistheoretischen ("Induktionsproblem") und methodologischen Problemen ("Repräsentativitätsproblem", "Objektivitätsproblem") belastet sind.

- Werden qualitative Untersuchungen unter der Prämisse durchgeführt, daß nicht nur Deutungsmuster und Handlungsorientierungen, sondern ebenso sozialstrukturelle Kontextbedingungen soziales Handeln bedingen, muß die Variabilität solcher Kontextbedingungen bei der Auswahl der Untersuchungseinheiten systematisch berücksichtigt werden. Dies führt im Sfb zur Ziehung von qualitativen Samples, deren Umfang über das in der qualitativen Sozialforschung übliche Maß weit hinausgeht und deshalb neuartige Strategien qualitativer Datenauswertung erfordert.
- Die Verknüpfung qualitativer und quantitativer Verfahren ergibt sich zwar aus den oben angedeuteten handlungstheoretischen Überlegungen, die methodologischen und methodischen Implikationen einer solchen Verknüpfung sind in der Literatur bislang weitgehend ungeklärt.
- Die Modellierung komplexer Wechselwirkungen mit kategorialen (dichotomen oder polychotomen) Variablen bringt eine Reihe bislang ungeklärter inferenzstatistischer Probleme mit sich: insbesondere wenn die Anzahl der erklärenden Einflüsse groß ist, können kleine Zellenbesetzungen zum Absinken der Teststärke und damit zu folgenschweren Fehlinterpretationen von statistischen Kennwerten führen.

Die dargestellten Problemkonstellationen, die sich vor dem Hintergrund der verschiedenen Forschungsfragestellungen, Untersuchungsgegenstände und theoretischen Vorannahmen der Teilprojekte jeweils unterschiedlich darstellten, bildeten den Ausgangspunkt für methodologische Grundlagenarbeiten und praktische Methodenentwicklung in drei Bereichen:

- Im Bereich **qualitativer Methoden** lag der Schwerpunkt auf Fragen der methodologischen **Begründbarkeit** qualitativer Methoden, auf der Entwicklung von **Gütekriterien** und Strategien zur **Absicherung der externen und internen Validität** qualitativer Forschungsergebnisse sowie auf Techniken zur methodisch kontrollierten Bewältigung des "data overload".
- Probleme der **Verbindung qualitativer und quantitativer Forschungsmethoden** in der Lebenslauf- und Biographieforschung verlangten die Evaluation von bislang entwickelten Konzepten der Methodenintegration und "Triangulation" und die Entwicklung **Sfb-spezifischer Konzepte der Methodenintegration**.
- Probleme bei der **statistischen Modellierung** komplexer Wechselwirkungen führten zur Entwicklung **alternativer Inferenzstrategien**, bei denen Methoden der **Monte-Carlo-Simulation** von statistischen Prüfverteilungen mit Verfahren der **Testpower-Analyse** verbunden wurden.

4. Ergebnisse

Der Methodenbereich arbeitet an den zuvor skizzierten Problemfeldern in kontinuierlichen Kooperationsvorhaben mit Teilprojekten, die in der nächsten Förderungsphase fortgesetzt werden sollen (vgl. Fortsetzungsantrag). Die Arbeitsergebnisse der laufenden Förderungsphase werden im folgenden dargestellt. Detailliertere Informationen über die bisherigen Ergebnisse der forschungsbegleitenden Methodenentwicklung können den Arbeitspapieren und sonstigen Veröffentlichungen des Methodenbereichs entnommen werden (vgl. Punkt 6).

4.1. Qualitative Methodenentwicklung

Die Erfassung der Deutungsmuster und Handlungsorientierungen der Akteure, ohne daß die Relevanzsetzungen der Befragten durch die vorgängige Setzung von Forscherhypothesen überblendet werden, erfordert "offene", qualitative

Erhebungs- und Auswertungsverfahren, deren Anwendung jedoch mit nicht zu unterschätzenden methodologischen und erkenntnistheoretischen Problemen belastet ist. Nach wie vor ist in der scientific community umstritten, inwieweit "mit qualitativen Methoden erzielte Ergebnisse (...) Regeln der intersubjektiven Überprüfbarkeit standhalten und jederzeit nachvollziehbare Interpretationen des empirischen Materials ermöglichen" können, wie dies vom Gutachtergremium anlässlich der letzten Begutachtung formuliert wurde. Methodische Probleme qualitativer Forschung wurden erstens auf der Ebene der **methodologischen Begründbarkeit** qualitativer Forschung, zweitens auf der Ebene von **Verfahren zur Geltungssicherung** und drittens bezogen auf **Techniken zur Datenverwaltung** und Datenbearbeitung.

4.1.1 Methodologische und wissenschaftstheoretische Aspekte

Hinsichtlich der wissenschaftstheoretischen Begründbarkeit qualitativer Verfahren wird in der Diskussion bislang kaum Bezug auf die neueren Ergebnisse der analytischen Wissenschaftsphilosophie genommen. Dieses Thema wurde ausführlich in einer Dissertation (Kelle 1992) im Sfb 186 bearbeitet:

Die Ergebnisse neuerer Diskussionen in der "analytischen Handlungstheorie" zeigen die Unhaltbarkeit der Auffassung, daß in den "verstehenden" Sozialwissenschaften ein gänzlich anderer Erkenntnismodus als in den "erklärenden" Naturwissenschaften Anwendung finden müßte. Zur Begründung qualitativer Forschungsstrategien im Rahmen einer **einheitswissenschaftlichen Perspektive** muß auf jene Diskussionen über den "context of discovery" zurückgegriffen werden, die im Rahmen der modernen analytischen Wissenschaftstheorie die Bedeutung von **"Methodologien der Entdeckung"** und "rationalen Heuristiken" geführt werden, und die aufweisen, daß die empirisch begründete Theoriebildung einen rational und methodisch kontrollierten Prozeß darstellen kann. Allerdings gehen induktivistische Konzeptionen fehl, wonach der Forscher sich von allen theoretischen Vorannahmen befreien müsse, um die theoretischen Konzepte aus dem Datenmaterial "emergieren" zu lassen. Logisch beruhen Methodologien der Entdeckung nicht auf induktiven, sondern auf "abduktiven" bzw. "retroduktiven" Schlußfolgerungen: ausgehend von empirischen Phänome-

nen und dem theoretischen Vorwissen des Untersuchers werden rational begründete Erklärungshypothesen formuliert, die anschließend empirisch weiter erhärtet werden müssen.

Kritische Bezugspunkte für die Methodenentwicklung am Sfb bilden vor allem solche Verfahren der qualitativen Datenauswertung, die nicht auf induktivistischen Modellen des Forschungsprozesses (bspw. Glaser, Strauss 1967; Glaser 1993) beruhen, sondern die Bedeutung theoretischer Vorannahmen (Gerhardt 1985, 1986b; Strauss, Corbin 1990) ausdrücklich anerkennen. Hierbei wird jedoch zumeist die zentrale Unterscheidung zwischen **empirisch inhaltvollen Hypothesen** und **heuristischen Konzepten** (Kelle 1992) nicht hinreichend berücksichtigt. Im Unterschied zu einer hypothetiko-deduktiven Forschungsstrategie, die die Aufstellung von empirisch inhaltvollen Hypothesen vor der Datenerhebung zwingend erforderlich macht, können die theoretischen Vorannahmen des Untersuchers im Rahmen einer qualitativen Methodologie empirisch-begründeter Theorienbildung auch die Form eines heuristisch-analytischen Rahmens annehmen. Ein heuristisch-analytisches Rahmenkonzept kann ein allgemeines handlungstheoretisches Konzept darstellen (etwa im Projekt A1 die Unterscheidung zwischen "Aspiration", "Realisation" und "Bilanzierung") oder es kann sich um die Themen eines Leitfadens handeln (wie bei der Interviewauswertung im Teilprojekt B1). Die heuristischen Konzepte dienen dabei der Strukturierung des Datenmaterials mit dem Ziel der **Generierung empirisch inhaltvoller Hypothesen**, die in einem weiteren Auswertungsschritt überprüft werden müssen.

Der Einsicht in die Bedeutung theoretischer Vorannahmen kann forschungspraktisch durch die Aufstellung von Kategoriensystemen auf der Basis empirisch inhaltvoller oder heuristisch-analytischer Konzepte Rechnung getragen werden. Solche Kategoriensysteme können dann zur Strukturierung bzw. "qualitativen Kodierung" des Datenmaterials verwendet werden.

Qualitative Kodierungsstrategien (vgl. Miles, Huberman 1993; Strauss, Corbin 1990, Tesch 1992) werden allerdings wegen der Dominanz einzelfallorientierter Verfahren wie sie bspw. die "Textstrukturanalyse" (Hermanns 1992), die "dokumentarische Interpretation" (Bohnsack 1991) oder die "objektive Hermeneutik" (Oevermann 1989) darstellen, im deutschen Sprachraum oftmals vernachlässigt (Ausnahmen stellen Gerhardt (1986b) und Huber (1992) dar). Einzelfallorientierten Ansätzen qualitativer Analyse ist gemeinsam, daß einzelne Textpassagen einer intensiven Interpretation, oftmals in Form einer "sequentiellen Feinanalyse" (Hildenbrand 1991, Oevermann 1989) unterzogen werden. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf "Besonderheit oder Gesamtgestalt des Falles" (Bohnsack 1991, S.136), Ziel ist die Aufdeckung oder Rekonstruktion von "Fallstrukturen" (Hildenbrand 1991). Aufgrund der äußerst zeitaufwendigen Auswertungsverfahren ist die Anzahl der auf diese Weise bearbeitbaren Fälle allerdings notwendigerweise äußerst begrenzt. Kodierende Auswertungsstrategien dienen dahingegen zur Auswertung einer größeren Anzahl von Fällen und damit umfangreicherer Textmengen. Dabei wird das gesamte Datenmaterial thematisch gegliedert und die Fälle anhand dieser Gliederung miteinander verglichen, ohne daß zwangsläufig jeder Einzelfall zuvor einer Gesamtanalyse unterzogen wurde.

Vor dem Hintergrund der methodischen und methodologischen Diskussion und den bisherigen Erfahrungen in der Forschungspraxis gewannen am Sfb während der letzten Förderungsphase zunehmend Verfahren kodierender Auswertung gegenüber einzelfallanalytischen und sequenzanalytischen Vorgehensweisen an Bedeutung. Hierbei mußten in Kooperation mit dem Methodenbereich z.T. neuartige Auswertungsstrategien entwickelt werden (vgl. Kelle, Kluge, Prein 1993), wobei es sich als sinnvoll erwies, bei der Kodierung des qualitativen Datenmaterials drei verschiedene Typen von Kodierkategorien zu unterscheiden:

- Kodierkategorien auf der Basis **empirisch gehaltvoller Hypothesen** (etwa die Hypothese, daß "cooling-out"-Prozesse zu erhöhter Delinquenz führen können im Projekt A3).
- Kodierkategorien auf der Basis eines **heuristisch-analytischen Rahmenkonzeptes**, die zur Generierung empirisch gehaltvoller Hypothesen führen (Als Beispiel kann das bereits erwähnte, im Teilprojekt A1 entwickelte Schema von

"Aspiration", "Realisation" und "Bilanzierung" dienen).

- "in-vivos-Kodes" werden während der Kodierung anhand des Datenmaterials entwickelt. Hierbei handelt es sich um solche Begriffe, mit denen die bislang dem Untersucher unbekanntes alltagsweltliche Konzepte der Befragten beschrieben werden können.

4.1.2 Gütekriterien und Strategien der Geltungssicherung

Die direkte Übertragung der Gütekriterien "Validität", "Reliabilität" und "Objektivität" und ihrer operationalen Ausgestaltungen aus dem Kontext experimenteller und quantitativer Forschung auf qualitative Verfahren ist wenig sinnvoll; vielmehr muß ihr erkenntnistheoretischer Kern herausgearbeitet und hierauf aufbauend spezifische Strategien der Geltungssicherung im Kontext qualitativer Forschung entwickelt werden. Ebenso wie Cronbach und Meehl (1955) oder Cook und Campbell (1979), die Validitätskonzepte für den Bereich quantitativer und experimenteller Forschung entwickelt haben, gehen wir von einem fallibilistischen Validitätskonzept aus: Validierungsstrategien dienen demnach der Beherrschung methodenspezifischer "threats for validity", wobei es sich als sinnvoll erwiesen hat, auch in der qualitativen Forschung zwischen **Bedrohungen der internen** und der **externen Validität** zu unterscheiden.

4.1.2.1 Strategien zur Absicherung interner Validität

Mit dem Begriff der internen Validität, der sich auf das Verhältnis zwischen theoretischen Konzepten und dem Datenmaterial bezieht (d.h. in hypothetiko-deduktiven Forschungsdesigns auf Probleme der Indikatorbildung und Operationalisierung) kann in der qualitativen Forschung das Verhältnis zwischen verbalen Daten sowie den auf dieser Basis entwickelten Interpretationen ("Lesarten") und theoretischen Konzepten bezeichnet werden. Zur Bewältigung der hiermit verbundenen threats for validity wurden sowohl auf der Basis der Methodendiskussion am Sfb allgemeine Verfahrensregeln entwickelt als auch in

der Forschungspraxis konkrete Strategien der Geltungssicherung entwickelt, welche den jeweils teilprojektspezifischen Erfordernissen entsprachen (vgl. Kelle, Kluge, Prein 1993). Abstrahierend von der jeweilig konkreten Ausgestaltung in der Forschungspraxis kann das Vorgehen zur methodisch kontrollierten kodierenden Auswertung qualitativen Datenmaterials dabei folgendermaßen idealtypisch skizziert werden.

1. Um die Reliabilität und Stabilität des verwendeten Kodierungsschemas abzusichern, wird die Kodierung des Datenmaterials anfänglich von mehreren Kodierern parallel vorgenommen. Dabei werden Codes, denen von verschiedenen Kodierern unterschiedliche Textstellen zugeordnet werden, umformuliert oder aus dem Kodeplan entfernt. Gleichzeitig kann der Kodeplan in dieser Auswertungsphase durch Begriffe, in denen sich das spezifische Alltagswissen der Befragten ausdrückt, ergänzt werden. Auch die Reliabilität dieser in-vivo-Kodes muß allerdings geprüft werden.
2. In der nächsten Auswertungsphase werden Hypothesen über den Zusammenhang zwischen verschiedenen Kategorien anhand des Textmaterials auf der Basis abduktiver oder retroduktiver Schlußfolgerungen formuliert. Die Aufstellung solcher ex post facto Hypothesen ist allerdings methodologisch riskant: in der Regel sind in Bezug auf eine bestimmte Textstelle mehrere Deutungshypothesen gleichermaßen plausibel. Zur Absicherung ihrer Validität wird deshalb eine weitgehende "Exhaustation von Deutungshypothesen" in der Forschungsgruppe angestrebt. Dieses Vorgehen lehnt sich an Verfahren "diskursiver Validierung" an, wie sie für die Auswertung qualitativen Datenmaterials häufig empfohlen werden (vgl. etwa Oevermann 1986).
3. Interpretationsmuster können sich verselbstständigen, so daß der Interpret das folgende Datenmaterial nur noch im Lichte einmal formulierter theoretischer Aussagen betrachtet und im Datenmaterial vorhandene Gegenevidenz durch ad hoc Annahmen und immunisierende Hilfhypothesen uminterpretiert. Um dieser Gefahr für die interne Validität zu begegnen, müssen die konkurrierenden Deutungshypothesen auf ihren empirischen Gehalt und ihre Falsifizierbarkeit hin überprüft werden und anschließend systematisch nach Evidenz bzw. Gegenevidenz im Datenmaterial gesucht werden.

Dieses idealtypisch dargestellte Vorgehen zur Analyse qualitativer Daten in der methodologischen Debatte folgendermaßen verortet werden:

Es wurde aus einer Kritik sequenz- und feinanalytischer Vorgehensweisen entwickelt, die sich für die Forschungspraxis der Biographie- und Lebenslaufforschung im Sfb als nicht ausreichend erwiesen. Hinsichtlich der Kodierung wird Bezug genommen auf die Konzepte von Miles und Huberman (1993), Strauss und Corbin (1990) und Tesch (1992), wobei induktivistische Konzeptionen, wie sie auch von diesen Autoren in einigen Punkten formuliert werden, kritisiert werden. Die von Strauss (1987) und von Strauss und Corbin (1990) vorgeschlagene "axiale Kodierung" wird am Sfb 186 deshalb auf der Basis von expliziten und empirisch gehaltvollen theoretischen Vorannahmen oder eines heuristisch-analytischen Rahmens vorgenommen. Das Vorgehen bei der Exhaustation von Deutungshypothesen orientiert sich an Vorschlägen, die im Rahmen der objektiven Hermeneutik (Oevermann 1989) und der "sozialwissenschaftlichen Paraphrasierung" (Heinze, Klusemann 1980) gemacht wurden, ohne daß jedoch das von Oevermann und anderen vorgeschlagene sequenzanalytische Vorgehen angewendet wird. Bezüglich der Absicherung qualitativer Hypothesen wird zurückgegriffen auf Verfahren der sog. "analytischen Induktion" (Cressey 1971; Lindesmith 1968; Bühler-Niederberger 1991), an denen jedoch die mangelnde Berücksichtigung heuristischer Konzepte und der Gefahr der Immunisierung durch die Verwendung von gehaltsvermindernden ad-hoc Hypothesen und sprachlichen Kunstgriffen kritisiert wird (Kelle 1992, S.250 f.). Das hier skizzierte Vorgehen wird in einigen Projekten (insbesondere D3 und A4) zur Typenbildung genutzt, wobei hier Bezug auf die von Gerhardt vorgeschlagene Methode der Typenbildung genommen wird (Gerhardt 1986b). Insbesondere umfangreiches qualitatives Datenmaterial muß so strukturiert und organisiert werden, daß zu konkurrierenden Deutungshypothesen Evidenz und Gegenevidenz gefunden werden kann, ohne daß es stets von neuem sequentiell durchsucht werden muß. Hierzu wurden in Teilprojekten auf der Basis der verwendeten Kodierungen verschiedene Indizierungs- und Notationssysteme entwickelt, die einen Zugriff auf die thematisch kodierten Textstellen ermöglichen. Manuelle Verfahren erweisen sich dabei jedoch als unzureichend (Kelle 1993a), da sie bei großen qualitativen Stichproben ($n > 20$) zeitlich kaum zu bewältigende Sortierungs- und Sucharbeiten verlangen und die Ordnung des Datenmaterials nach nur wenigen Kriterien zulassen. Der Methodenbereich arbeitet deshalb seit der letzten Förderungsphase an der Entwicklung von EDV-gestützten Methoden zur Verwaltung qualitativen Datenmaterials.

4.1.2.2 EDV-gestützte Indizierungs- und Notationssysteme für qualitative Daten

Während der letzten Jahre wurden eine ganze Reihe EDV-gestützter Indizierungs- und Notationssysteme für die Verwaltung und Analyse qualitativen Datenmaterials entwickelt (vgl. Lee, Fielding 1991, Huber 1992, Tesch 1992, Kelle 1993a), so daß (im Gegensatz zur Zeit der Antragsstellung) hier mittlerweile auf eine große Anzahl von Algorithmen und Softwarelösungen zurückgegriffen werden kann. Da aus diesem Grund eigene Entwicklungsarbeiten nur in eingeschränktem Umfang, d.h. vor allem zur Anpassung solcher Algorithmen an die Erfordernisse der Teilprojekte notwendig waren, konnte sich der Methodenbereich vor allem auf methodologische Aspekte des EDV-Einsatzes in der qualitativen Forschung konzentrieren.

Erfahrungen von Teilprojekten in der letzten Projektphase (vgl. den letzten Arbeits- und Ergebnisbericht des Projektes A1) und skeptische Stimmen in der Literatur (Seidel 1991, Agar 1991) führten Sfb-intern zu kritischen Diskussionen über den Nutzen und die Grenzen des Einsatzes EDV-gestützter Techniken. Hierbei stand die Frage im Mittelpunkt, inwieweit der Einsatz dieser Technologie dazu führt, daß bei der Analyse qualitativer Daten verfrüht Kategoriensysteme konstruiert werden. Hierin wurde die Gefahr gesehen, daß die Möglichkeiten qualitativer Sozialforschung zur empirisch begründeten Theoriebildung auf der Basis offener Erhebungs- und Auswertungsverfahren zugunsten eines subsumtiven Vorgehens vernachlässigt werden könnten.

Um diese Diskussionen auf eine empirische Basis zu stellen, wurden verschiedene Einsatzmöglichkeiten EDV-gestützter Techniken zur Verwaltung und Analyse qualitativen Datenmaterials in Kooperation mit den Teilprojekten A3, A4, B1 und B5 erprobt.

Hierbei standen sog. "Coding" und "Retrieval-Techniken" (Kelle 1993a,c) im Vordergrund: durch eine Kodierung von Textsegmenten mit Hilfe eines offenen und flexiblen Kategorienschemas wurde das Textmaterial strukturiert. Hiermit konnten die Beschränkungen manueller "cut-and-paste"-Techniken (Tesch 1990,

S.194 f.) überwunden werden, bei denen der Kontext von Textsegmenten im Prozeß der Datenaufbereitung verloren geht. Weiterhin können bei dem Aufbau eines "elektronischen Fundstellenregisters" - anders als bei manuellen Kodierungstechniken - Textsegmente und zusätzliche theoretische Kommentare ("Memos") anhand unterschiedlicher Kriterien geordnet werden. Diese Flexibilität wird durch den Aufbau einer formatfreien Textdatenbank erreicht, wobei Textsegmente, Codes und Kommentare durch ein System von Pointern miteinander verknüpft werden. Da dies mit Hilfe von Standarddatenbanken nur schwer zu realisieren ist, mußte auf Algorithmen zurückgegriffen werden, welche speziell für die Erfordernisse qualitativer Forschung entwickelt wurden (Kuckartz 1992, Huber 1992, Seidel 1993). Diese Algorithmen und die zugehörigen Softwarelösungen mußten dabei teilweise vom Methodenbereich für die spezifischen Bedarfe der Teilprojekte angepaßt werden.

Die bisherigen Erfahrungen machen deutlich, daß die genannten methodologischen Probleme nur dann virulent werden, wenn die verwendete Software den Prozeß der "offenen Kodierung" (vgl. Strauss, Corbin 1990, S.63 ff.) nicht hinreichend unterstützt. Ist dies jedoch der Fall, kann der Einsatz von EDV-gestützten Techniken eine technische Innovation mit erheblicher methodologischer Tragweite darstellen: hierdurch wird es ermöglicht, den Prozeß der Datenauswertung in Forschungsgruppen zu systematisieren und transparent zu machen. Hierbei wird die Bearbeitung von umfangreichen qualitativen Datenmengen möglich und die Forderung nach der Absicherung interner Validität auch bei der Analyse großer Fallzahlen forschungspraktisch einlösbar: mit Hilfe von Coding- und Retrievalprozeduren können alle relevanten Textsegmente zu einem Thema aus dem Datenkorpus extrahiert und damit die Suche nach empirischer Evidenz und Gegenevidenz mit forschungsökonomisch vertretbarem Aufwand ermöglicht werden. Aufgrund der bisherigen positiven Erfahrungen wird für die kommende Förderungsphase in der Mehrzahl der Teilprojekte der Einsatz EDV-gestützter Verfahren zur Verwaltung und Auswertung qualitativer Daten ins Auge gefaßt (vgl. Fortsetzungsantrag).

Im Bereich EDV-gestützter Techniken für die qualitative Sozialforschung konnten weiterhin Kontakte zu international führenden Methodikern und zu Arbeitsgruppen, die zur Zeit wesentliche Beiträge zur Fortentwicklung von Techniken EDV-gestützter qualitativer Datenauswertung leisten, aufgebaut werden. Auf der Basis dieser Kontakte wurde unter Federführung des Methodenbereichs in Kooperation mit der Abteilung für Statistik, Methoden und EDV des "Zentrums für Sozialpolitik" im Oktober 1992 eine internationale Konferenz in Bremen zu methodologischen und wissenschaftstheoretischen Aspekten des EDV-Einsatzes für die qualitative Sozialforschung organisiert, die durch die Volkswagenstiftung gefördert wurde. Zentrales Thema der Konferenz war die methodologische Bedeutung neuester Entwicklungen im Bereich der EDV-gestützten Datenauswertung, die über die erwähnten coding- und retrieval-Methoden hinausgehen (Verwendung graphentheoretischer Konzepte, Anwendung quantifizierender Methoden, Einsatz von wissensbasierten Systemen zur "qualitativen Hypothesenprüfung"). Die Ergebnisse und Diskussionen der Konferenz konnten für die forschungsbegleitende Methodenentwicklung im Sfb fruchtbar gemacht werden: so ist u.a. die Erprobung und Weiterentwicklung von einigen der dort vorgestellten elaborierten Verfahren für die nächste Förderungsphase vorgesehen (s. Fortsetzungsantrag). Ein Bericht über die Konferenz ist als Arbeitspapier veröffentlicht (Kelle 1993d), der Tagungsband wird im Sage Verlag, London, erscheinen.

4.1.2.3 Strategien zur Absicherung externer Validität

Die externe Validität qualitativer Forschungsergebnisse kann sowohl durch verzerrende Einwirkungen der Untersuchungssituation als auch durch eine inadäquate Auswahl der Untersuchungsstichprobe bedroht sein.

In der **Erhebungssituation** sollen die Deutungsmuster und Handlungsorientierungen der Befragten möglichst unverzerrt erhoben werden, indem diese ausreichend Gelegenheit erhalten, ihre Relevanzsetzungen narrativ zu entfalten. Trotzdem wird die Skepsis von Gerhardt (1986b), Bude (1985) und Witzel (1989) der Methode des "narrativen Interviews" geteilt und davon ausgegangen, daß die Applikation eines einzelnen Narrationsstimulus nicht ausreichend ist, um zur Erhebung alltagsrelevanter Deutungsmuster und Handlungsorientierungen zu führen. In den Teilprojekten wird deshalb i.d.R. auf das von Witzel (1989)

entwickelte "problemzentrierte Interview" zurückgegriffen, bei dem einerseits systematisch verständnisgenerierende Fragen eingesetzt werden und andererseits das theoretische Vorwissen und die Untersuchungsinteressen des Forschers in einen Interviewleitfaden eingeht.

Obwohl eine verzerrte Auswahl von Befragten eine schwerwiegende Bedrohung der externen Validität darstellen kann, wird Fragen qualitativer **Stichprobendesigns** in der interpretativen Sozialforschung in der Regel nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt (vgl. Fleck 1992). Die Arbeit des Methodenbereichs auf diesem Gebiet konzentrierte sich auf eine stichprobentheoretische Evaluation unterschiedlicher Konzeptionen qualitativer Stichprobenziehung (Kelle, Kluge, Prein 1993; Prein, Kelle, Kluge 1993).

Ziel qualitativer Samplebildung ist nicht die Abbildung einer Untersuchungspopulation hinsichtlich aller ihrer Merkmale, wie sie durch die Ziehung "repräsentativer Bevölkerungsstichproben" angestrebt wird, sondern die Vermeidung von Verzerrungen in Bezug auf theoretisch relevante Merkmale (zum Unterschied zwischen Repräsentativität und Verzerrungsfreiheit vgl. Prein, Kluge, Kelle 1993). Verzerrungsfreiheit kann bei der Ziehung kleiner Samples nicht durch Verfahren der Zufallsauswahl, sondern nur durch eine theoriegeleitete Stichprobenziehung gesichert werden. Die für die qualitative Forschung häufig empfohlenen Verfahren sequentieller theoriegeleiteter Stichprobenziehung ("theoretical sampling" nach Glaser und Strauss (1967)) sind jedoch nur dann sinnvoll, wenn vor der Stichprobenziehung keine theoretischen Vorannahmen über relevante sozio-strukturelle Einflüsse im Forschungsfeld formuliert werden können. In Weiterentwicklung stichprobentheoretischer Arbeiten von Cook und Campbell (1979) sollte deswegen eine andere Strategie der theoriegeleiteten, heterogenen Stichprobenauswahl eingesetzt werden, wobei durch die Festlegung von Schichtungsmerkmalen vor der Erhebung sichergestellt wird, daß Träger bestimmter theoretisch relevanter Merkmalskombinationen im Sample vertreten sind. Die Auswahlkriterien können dabei auf zwei Wegen festgelegt werden:

1. anhand **theoretischer Vorüberlegungen**, indem bspw. relevante soziodemographische Merkmale bestimmt werden, deren Einfluß auf das soziale Handeln im Untersuchungsfeld als sicher gelten kann,

2. anhand einer **quantitativen Voruntersuchung**, auf deren Grundlage Aussagen über die **faktische Bedeutung der angenommenen sozialstrukturellen Einflüsse** gemacht werden können (vgl. hierzu auch Freter, Hollstein, Werle 1991, S.98). Technisch kann ein solches Vorgehen mit der Methode des "Matrjoschka-Sampling" (Prein, Kelle, Kluge 1993) realisiert werden.

4.2 Integration quantitativer und qualitativer Methoden

In der letzten Förderphase wurde am Sfb eine intensive Diskussion über die Verbindung quantitativer und qualitativer Erhebungs- und Auswertungsmethoden in den vom Methodenbereich organisierten Arbeitsgruppen, im Rahmen der "jour fixe" Termine sowie anlässlich von Kooperationsvorhaben mit Teilprojekten geführt. Der gegenwärtige Diskussionsstand ist in einem Arbeitspapier ausführlich dargestellt (Prein, Kelle, Kluge 1993). Wir beschränken uns deshalb an dieser Stelle auf die sich aus der Diskussion ergebenden zentralen Thesen und Ergebnisse.

Zur Verbindung qualitativer und quantitativer Methoden ist umfangreiche Literatur verfügbar (etwa Devereux 1978; Lüders, Reichertz 1986; Flick 1991; Fielding, Fielding 1986; Giddens 1988; Bryman 1988, S. 170f; Barton, Lazarsfeld 1984; Denzin 1978; Padilla 1992), wobei sich drei verschiedene "Modelle" unterscheiden lassen:

1. Im **Phasenmodell** (z.B. Barton, Lazarsfeld 1984) dienen qualitative Verfahren primär der Hypothesengenerierung, quantitative der Hypothesenprüfung, so daß einer qualitativen Vorstudie grundsätzlich eine quantitative Untersuchung folgen soll.
2. Im **Konvergenzmodell** (z.B. Denzin 1978) gelten beide Methodenstränge prinzipiell als gleichwertig; dementsprechend können qualitative und quantitative Verfahren zur wechselseitigen Validierung eingesetzt werden.
3. Im **Komplementaritätsmodell** (z.B. Devereux 1978; Fielding, Fielding 1986) wird davon ausgegangen, daß qualitative und quantitative Verfahren sich auf unterschiedliche Gegenstandsbereiche beziehen und sich ihre Ergebnisse deswegen nicht gegenseitig validieren, sondern nur ergänzen können.

Bei der Kontrastierung dieser in der Literatur diskutierten Modelle mit der Forschungspraxis der Teilprojekte zeigte sich, daß jedes von ihnen zwar in einem bestimmten theoretischen und empirischen Kontext einsetzbar ist, keines jedoch zu einem generellen Modell der Methodenintegration verallgemeinert werden kann.

Wie in Untersuchungen des Teilprojektes B1 aufgewiesen werden konnte, können sozialstrukturelle Einflußfaktoren auf individuelles Handeln nur teilweise mit Hilfe qualitativer Verfahren aufgedeckt werden, da die Akteure oftmals nicht in der Lage sind, diese Einflüsse als Kontextbedingungen ihres eigenen Handelns zu erkennen. In solchen Fällen könnte die Anwendung des **Phasenmodells** nicht zur Formulierung und Überprüfung brauchbarer Hypothesen führen.

Das **Komplementaritätsmodell** erwies sich demgegenüber zwar in vielen Teilprojekten als adäquat: qualitative Verfahren werden hierbei zur Erfassung individueller Deutungsmuster und Handlungsorientierungen eingesetzt, quantitative Methoden zur Erfassung sozialstruktureller Einflüsse. Dennoch ist auch in bestimmten Fällen die Anwendung des **Konvergenzmodells** sinnvoll: objektiv meßbare Aspekte des Handelns können bspw. gleichermaßen mit Hilfe qualitativer und quantitativer Verfahren erfaßt und auf diese Weise verschiedene Untersuchungsinstrumente gegenseitig validiert werden.

Wie sich in der Praxis der Biographie- und Lebenslaufforschung am Sfb gezeigt hat, sind die jeweils "starken Versionen" der dargestellten Modelle, die eine grundsätzliche Komplementarität oder Konvergenz qualitativer und quantitativer Forschungsergebnisse postulieren, unzureichend. Angemessen sind dagegen nur "schwache Versionen" des Phasen-, Konvergenz- oder Komplementaritätsmodells: qualitative und quantitative Ergebnisse können sich sowohl gegenseitig validieren als auch komplementär zueinander verhalten, d.h. unterschiedliche Aspekte desselben Sachverhaltes beleuchten - welche der beiden Möglichkeiten zutrifft, hängt ab von der jeweiligen Forschungsfragestellung und den verwendeten theoretischen Vorannahmen über den untersuchten Gegenstandsbereich.

Entgegen der in den dargestellten Modellen enthaltenen Annahmen lassen sich Konzepte der Methodenintegration nicht allein auf der Grundlage methodologischer oder erkenntnistheoretischer Erwägungen, sondern nur unter Bezugnahme auf theoretische Überlegungen über den untersuchten Gegenstand formulieren. Kochbuchregeln in der Art "Deutungsmuster können nur mit qualitativen Verfahren erhoben werden, sozialstrukturelle Aspekte nur durch quantitative Methoden" führen dabei zu unzulässigen Verkürzungen; Deutungsmuster sind in bestimmten Fällen auch mit standardisierten Verfahren (Einstellungsskalen etc.) erfassbar. Ein solches Vorgehen ist allerdings nur sinnvoll, wenn brauchbare Hypothesen über die im Untersuchungsfeld vorhandenen Deutungsmuster formuliert werden können, d.h. insbesondere dann, wenn institutionelle und sozial normierte Aspekte des Lebenslaufs untersucht werden.

Dieser Umstand wird im Sfb zur Validierung von Untersuchungsinstrumenten benutzt: so wird etwa im Teilprojekt A3 delinquentes Handeln Jugendlicher gleichzeitig mit einem anonymen, standardisierten Fragebogen und in einem qualitativen Interview erhoben. Eine solche Validierung kann ebenso in situ erfolgen, wenn, wie dies in der Untersuchung des Teilprojekt B1 der Fall ist, im qualitativen Interview Aussagen aus der quantitativen Erhebung herangezogen werden.

Wenn die Untersucher jedoch über keine brauchbaren Hypothesen über die im Forschungsfeld relevanten Wissensbestände und Deutungsmuster verfügen, läuft eine hypothetiko-deduktive Forschungsstrategie ins Leere (vgl. Kelle 1992, S.42f). Dies ist vor allem dort der Fall, wo Modernisierungs- und Individualisierungsprozesse Raum für die Entstehung neuer Handlungsorientierungen und Deutungsmuster eröffnen.

Die Anwendung offener Erhebungs- und Auswertungsverfahren wird im Sfb als methodologische Einlösung der auch anderenorts an der Variablensoziologie geübten Kritik (bspw. Esser 1989 a,b) verstanden: durch die Einbeziehung qualitativer Verfahren wird angestrebt, jene Handlungsorientierungen und Deutungsmuster zu identifizieren, die neben den mit quantitativen Methoden erfassbaren sozialstrukturellen Einflüssen als Randbedingungen in eine

soziologische Handlungserklärung mit eingehen müssen. Hierdurch soll es ermöglicht werden, die durch quantitative Methoden unbeobachtbare Heterogenität und mit Strukturgleichungsmodellen unerklärte Varianz in den Blick zu bekommen.

Unter einer solchen handlungstheoretischen Perspektive kann die Kombination von quantitativen und qualitativen Methoden zu komplementären, d.h. sich ergänzenden Forschungsergebnissen führen. Als Beispiele hierfür können die Untersuchungen in den Teilprojekten A1 und D3 dienen:

In den Untersuchungen des Teilprojektes A1, das anhand von qualitativen und quantitativen Längsschnittdaten die Wege von Jugendlichen vom Berufsbildungssystem in die Erwerbstätigkeit verfolgt, zeigen die quantitativen Auswertungen erwerbsbiographischer Daten, daß sich kein statistischer Zusammenhang zwischen den Formen des Übergangs zwischen Schule und Berufsausbildung einerseits und Berufsausbildung und Erwerbstätigkeit andererseits feststellen läßt. Nur die systematische Aufdeckung und Analyse der Selbstdeutungen und Aspirationen dieser Jugendlichen anhand qualitativen Datenmaterials kann hier zu einer Erklärung von Unterschieden im Übergang zwischen Berufsausbildung und Erwerbstätigkeit beitragen.

In Teilprojekt D3 werden strukturelle Einflüsse auf "Sozialhilfekarrieren" und deren Verteilung anhand quantitativer Längsschnittdaten analysiert; durch qualitative Analysen von Interviews mit einem Subsample wurden Verarbeitungsformen des Sozialhilfebezugs erhoben.

Multimethodische Designs, in denen qualitative und quantitative Verfahren parallel verwendet werden, lassen sich also nicht auf der Basis eines allgemeinen methodologischen (Phasen-, Konvergenz-, Komplementaritäts-)Modells formulieren, sondern verlangen (handlungs)theoretische Überlegungen über die Natur des untersuchten Gegenstandsbereichs. Hieraus müssen theoretisch begründbare Voraussagen ableitbar sein, welche Teilergebnisse der qualitativen und quantitativen Untersuchung jeweils zueinander komplementär sein werden bzw. miteinander konvergieren: Wird die Konvergenz von Teilergebnissen erwartet, so muß ein faktischer Widerspruch zwischen ihnen Zweifel an der Validität der verwendeten Forschungsinstrumente erzeugen. Rechnet man

dahingegen mit komplementären Teilergebnissen, so ist ein auftretender Widerspruch weitaus gravierender, da er die Unzulänglichkeit verwendeter theoretischer (Hintergrund)annahmen deutlich macht (vgl. Prein, Kelle, Kluge 1993, S.46 ff.). Auf dieser methodologischen Grundlage sind am Sfb eine Reihe von "lokalen", d.h. auf konkrete Untersuchungsdesigns bezogene Konzepte zur Verbindung qualitativer und quantitativer Verfahren entwickelt worden (eine ausführliche Darstellung dieser Konzepte findet sich in Prein, Kelle, Kluge 1993):

- Im Bereich der Stichprobenziehung die bereits erwähnten Verfahren des "Matrjoschka-Samplings",
- im Bereich der Datenerhebung Verfahren zur gegenseitigen Validierung der Erhebungsinstrumente,
- im Bereich der Datenauswertung werden zur Zeit Verfahren zur quantitativen Auswertung qualitativer Daten anhand der Daten des Teilprojektes A3 entwickelt und erprobt.

4.3 Quantitative Methodenentwicklung

Im Bereich quantitativer Methoden standen statistische Probleme im Mittelpunkt, die sich bei der Konstruktion von Modellen mit zahlreichen unabhängigen Variablen notwendigerweise ergeben, wie sie zur Untersuchung von Lebensverläufen erforderlich sind, die in sozialstrukturell hoch differenzierte und komplexe Bedingungsmuster eingebettet sind. Solche Modelle können zu extrem schwachen Zellenbesetzungen bei einzelnen Ausprägungen führen. Hinzu kommt, daß durch Ausfälle bei der Erhebung aufgrund der erschwerten Erreichbarkeit bestimmter Bevölkerungsgruppen oder erhöhter Panelmortalität der absolute Stichprobenumfang stark reduziert werden kann. Zum Problem kleiner Stichprobenumfänge bildete sich eine Arbeitsgruppe aus verschiedenen Teilprojekten (A1, A3, B1) und dem Methodenbereich. Da die Ergebnisse dieser Gruppe sowie deren Weiterentwicklung durch den Methodenbereich in einem Arbeitspapier (Prein, Kluge, Kelle 1993) sowie einem zur Publikation eingereichten Vortrag auf Konferenz "SoftStat '93" in Heidelberg (Prein, Kelle 1993) dokumentiert sind, werden im folgenden nur die wichtigsten Ergebnisse zusammengefaßt.

Hierbei wurden einerseits Fragen der Stichprobenziehung und Stichprobenvalidierung, andererseits Fragen rationaler Teststrategien behandelt.

4.3.1 Stichprobenziehung und Stichprobenvalidierung

Fragen der Stichprobenziehung und Stichprobenvalidierung waren vor allem für solche Teilprojekte von Bedeutung, die aufgrund der untersuchten Teilpopulation nur eingeschränkte Stichprobenumfänge erwarten konnten.

Standardverfahren zur Ziehung von repräsentativen Bevölkerungsstichproben (etwa ADM-Master-Sample) sind dann inadäquat, wenn sich das Forschungsinteresse nicht auf die Gesamtbevölkerung bzw. große Teil von ihr bezieht, sondern auf relativ kleine Teilpopulationen oder wenn aus erhebungstechnischen Gründen nur geringe Fallzahlen zu erwarten sind. Da bei kleinen Samples der Stichprobenfehler für statistische Kennwerte in einem solchen Maße ansteigt, daß Generalisierungen praktisch unzulässig werden, sind hier Verfahren, bei denen die Stichprobenauswahl anhand theoretisch oder empirisch relevanter Kriterien erfolgt (vgl. Cook, Campbell 1979, S. 75ff) Methoden der einfachen Zufallsauswahl überlegen.

In der Literatur werden allerdings i.d.R. nur sehr globale methodische Regeln zur Aufstellung theoretisch **und** empirisch begründeter Stichprobenpläne (etwa: Berücksichtigung von Modalkategorien, Auswahl kontrastierender Gruppen etc.) formuliert. In den Teilprojekten des Sfb mußten deswegen lokale Konzepte für die Konstruktion von Stichprobendesigns und im Einzelfall methodologisch begründete Kriterien zur Ziehung innerhalb der Vergleichsgruppen entwickelt werden (etwa: Zufallsauswahl innerhalb der Vergleichsgruppen), die Klumpungseffekte reduzieren und die Anwendung von Verfahren der Inferenzstatistik möglich machen. Für Einzelheiten und Beispiele wird auf ein Arbeitspapier des Methodenbereichs zu Fragen der Stichprobenvalidität (Prein, Kluge, Kelle 1993) verwiesen.

Kleine Stichproben, insbesondere solche, die aufgrund von non-response und erhöhter panel attrition zustande gekommen sind, verlangen nicht nur die Anwendung elaborierter Ziehungsverfahren, sondern auch eine **empirische Überprüfung der Stichprobengüte**.

Die in solchen Fällen durchgeführten Vergleiche mit Daten amtlicher Statistik oder Daten repräsentativer Bevölkerungsumfragen können zwar nicht die Repräsentativität einer Stichprobe hinsichtlich aller möglichen Merkmale sicherstellen (vgl. Esser et al. 1989, S. 123 f), wohl aber helfen, drastische Verzerrungen aufzudecken. Die hierbei zumeist auf der Grundlage von χ^2 -Statistiken durchgeführten Anpassungstests (vgl. Bortz, Lienert, Boehnke 1990; Blossfeld 1985, Arminger 1989) sind allerdings bei kleinen Stichproben in vielen Fällen problematisch, weil die Voraussetzungen für die Anwendung asymptotischer χ^2 -Approximationen nicht gegeben sind. Die hiermit zusammenhängenden Probleme galten lange Zeit als praktisch unlösbar, weil hierbei nur schwer zugängliche und ungemein rechenzeitintensive Algorithmen zur Bestimmung von Prüfverteilungen zur Anwendung kommen mußten.

Auf der Grundlage neuerer Algorithmen zur Berechnung oder Simulation nicht-asymptotischer Prüfverteilungen (vgl. Hirji et al. 1987) wurden im Methodenbereich Verfahren zur Durchführung von Anpassungstests bei kleinen Stichproben entwickelt und anhand der Daten einzelner Teilprojekte evaluiert. Da nicht für alle in den Teilprojekten vorkommenden Problemkonstellationen (bspw. Vergleich von Daten aus einer Vollerhebung mit denen der realisierten Stichprobe) Spezialsoftware verfügbar war, mußten hier eigene Algorithmen entwickelt werden.

4.3.2 Rationale Teststrategien bei der komplexen Modellierung mit kategorialen Daten

Ein weiterer Schwerpunkt im Bereich quantitativer Methoden betraf Fragen nach rationalen Teststrategien bei der komplexen Modellierung mit dichotomen oder polychotomen Variablen. Zwar existieren seit langer Zeit parametrische Testverfahren, die dem Problem kleiner Zellenbesetzungen oder extrem schiefer Verteilungen Rechnung tragen. Für die Analyse kategorialer Daten, wie sie in den Sozialwissenschaften häufig erhoben werden, stehen solche Verfahren am Beginn ihrer Entwicklung und sind - zumindest im Bereich der sozialwissen-

schaftlichen Forschung - weitgehend unbekannt bzw. ungenutzt.

Bei der Modellierung kategorialer Daten (multidimensionale Kontingenztafelanalyse, log-lineare Modelle etc.) können die Voraussetzungen für die gängigen asymptotischen Approximationen von Teststatistiken wie etwa χ^2 leicht wegen zu geringer Zellenbesetzungen verletzt werden. Diesem Problem kann durch Testverfahren begegnet werden, bei denen entweder exakte Prüfverteilungen berechnet oder diese auf der Basis von Bootstrap-Verfahren über Monte-Carlo-Simulationen geschätzt werden (vgl. etwa Mehta, Patel 1983; Boyett 1979; Patefield 1981; Mosbach-Schulz 1993).

Der Einsatz von exakten oder Monte-Carlo-basierten Inferenzstrategien kann allerdings ein grundlegendes Problem komplexer Modelle bzw. kleiner Samples und geringer Zellenbesetzungen nicht lösen: Mit sinkendem Stichprobenumfang nimmt bei gleicher Effektstärke das Risiko eines Fehlers zweiter Ordnung (β -Fehler) prinzipiell zu und damit die Teststärke ab.

In der Literatur werden von verschiedenen Autoren (etwa Witte 1980; Cohen 1977; Agresti 1990) Inferenzstrategien vorgestellt, die durch eine asymptotische Schätzung der Teststärke - für kategoriale Daten auf der Grundlage der nichtzentralen χ^2 -Verteilung - das Risiko eines Fehlers zweiter Ordnung in die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung einer Hypothese bzw. einen Aufschub dieser Entscheidung (to "suspend judgement", Hays 1981, S. 244) einbeziehen. Diese Vorgehensweise beruht jedoch auf traditionellen asymptotischen Verfahren, deren Anwendung für die Schätzung des β -Fehlers bei kleinen Stichproben ebenso wie bei der asymptotischen Schätzung des α -Fehlers zu gravierenden Schätzfehlern und damit zur ungerechtfertigten Annahme oder Ablehnung von Hypothesen führen kann.

Für dieses Problem sind bislang in der Literatur keine Lösungsansätze erkennbar. Am Sfb mußte deshalb eigene Entwicklungsarbeit geleistet werden, um Verfahren zu entwickeln, die eine rationale Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung von Hypothesen auf der Basis zutreffender Schätzungen der Fehler erster und zweiter Ordnung erlauben.

Da asymptotische Verfahren für die Bestimmung der Teststärke bei kleinen Stichproben ungeeignet sind, exakte Testverfahren wegen hoher Rechenzeiten zur Zeit noch praktisch in vielen Fällen nicht einsetzbar sind, mußten sog. "Bootstrap-Methoden" (Mosbach-Schulz 1993) eingesetzt werden, bei denen die interessierende Verteilung mit Hilfe einer Monte-Carlo-Simulation approximiert wird. Hierzu mußten eigene Algorithmen zur Testpower-analyse entwickelt und implementiert werden (vgl. Prein, Kluge, Kelle 1993), die im Rahmen von Kooperationsvorhaben bei der Analyse mehrdimensionaler Kreuztabellen mit log-linearen Modellen eingesetzt wurden (vgl. Prein, Kelle 1993).

Auf der Basis bisheriger Datenauswertungen wurde deutlich, daß bei Modellen mit einer hohen Anzahl von Freiheitsgraden bzw. kleinen Zellenbesetzungen traditionelle ("konservative") Inferenzstrategien relativ häufig zu Fehlentscheidungen führen, weil dort die Alternativhypothese allein auf der Grundlage des α -Fehlers zurückgewiesen wird, während eine gleichzeitige Ermittlung des Fehlers zweiter Ordnung zeigen kann, daß eine solche Entscheidung aufgrund des vorliegenden Datenmaterials nicht getroffen werden kann. Es erweist sich deshalb als notwendig, bei der Modellierung mit kategorialen Daten im Fall kleiner Zellenbesetzungen "Unsicherheitsbereiche" (vgl. hierzu auch Witte 1980, S.86 f.) zu bestimmen, die weder zur Ablehnung noch zur Annahme von Hypothesen, sondern zu einer "Suspendierung der Entscheidung" führen müssen. Die Anwendung der von uns entwickelten Bootstrapverfahren zeigt jedoch, daß diese Unsicherheitsbereiche im Fall kleiner Zellenbesetzungen und schiefer Verteilungen mit asymptotischen Verfahren in der Regel **überschätzt** werden, was zu einer voreiligen Ablehnung der Nullhypothese führen kann.

Die auf der Grundlage dieser Arbeiten vorgeschlagenen alternativen Teststrategien sind ausführlich anhand von Beispielen in mehreren Veröffentlichungen des Methodenbereichs dargestellt (Prein, Kelle 1993; Prein, Kluge, Kelle 1993).

5. Beiträge zur Diskussion in der Fachöffentlichkeit

5.1 Vorträge

1992

Kelle, Udo: Hypothesengenerierung und Hypothesenevaluation im qualitativen Forschungsprozeß. Vortrag gehalten auf der Jahrestagung der Sektion Biographieforschung der DGS am 28. Februar 1992 in Bremen

Kelle, Udo; Prein, Gerald: Inferenzstrategien für kleine und schief verteilte Stichproben. Vortrag gehalten auf der Sitzung der Theorie-AG der Kommission Sozialpädagogik der DGfE am 18./19. Juni 1992 in der Evangelischen Akademie Arnoldshain, Schmitten

Kelle, Udo: The Quest for Validity in the Qualitative Research Process. Vortrag gehalten auf der Konferenz "The Qualitative Research Process and Computing" in Bremen, Oktober 1992

Prein, Gerald: Traps of Triangulation. Critical Remarks on the So-Called Mixed Methods Approach. Vortrag gehalten auf der Konferenz "The Qualitative Research Process and Computing" in Bremen, Oktober 1992

1993

Kelle, Udo: EDV-gestützte Verfahren zur interpretativen Analyse qualitativen Datenmaterials. Vortrag gehalten am 5. Januar 1993 im Rahmen des Forschungscolloquiums des "Instituts zur Erforschung von Mensch-Umwelt-Beziehungen" an der Universität Oldenburg

Kelle, Udo: Computer-assisted categorization as a heuristic tool in qualitative data analysis. Vortrag gehalten auf der SOFTSTAT '93. Heidelberg.

Prein, Gerald; Kelle, Udo (1993): Estimation of Beta-error in Multivariate Modelling with Small Samples. Vortrag gehalten auf der SOFTSTAT '93. Heidelberg.

Kelle, Udo: Theories as Heuristic Tools in Qualitative Research. Vortrag gehalten auf dem Kongreß "Openness in Research" in Utrecht, 10.-12. Juni 1993

Kelle, Udo; Prein, Gerald: Stichprobenkonstruktion in der qualitativen Sozialforschung. Vortrag gehalten auf der Sitzung der Theorie-AG der Kommission Sozialpädagogik der DGfE am 25./26. Juni 1993 in Haus Neuland, Bielefeld

Kelle, Udo: Qualitativ und trotzdem valide? Überlegungen zu Gütekriterien und Geltungssicherung im interpretativen Paradigma. Vortrag gehalten am 6. Juli 1993 an der Universität Erlangen

5.2 Fachliche Kontakte ausserhalb des Sfb

Die im Oktober 1992 unter der Federführung des Bereichs Methoden und EDV stattgefundene 3. internationale Konferenz "The Qualitative Research Process and Computing" (vgl. Punkt 4.1.2.2) hat wesentlich zur Einbindung des Sfb in die in diesem Bereich entstehende scientific community beigetragen. Engere Kontakte bestehen vor allem zu Kollegen, welche Methoden qualitativer EDV-gestützter Typenbildung und Verfahren zur Absicherung qualitativer Hypothesen entwickelt haben. Der Sfb wird sich an der Organisation der 4. internationalen Konferenz in Syracuse, N.Y., im Sommer 1994 beteiligen.

Im Bereich qualitativer Methodologie bestehen Arbeitskontakte zu verschiedenen Forschungsgruppen, die innovative Verfahren computergestützter Verwaltung und Auswertung qualitativer Daten entwickeln (Anne Shelly und Ernest Sibert, Syracuse University; Projekt ATLAS, TU Berlin; Qualis, Boston; Günter Huber und Mitarbeiter, Universität Tübingen; Udo Kuckartz und Andreas Maurer, FU Berlin; Ray Lee, University of London; Renate Tesch, QuaRM, Desert Hot Springs).

Im Bereich quantitativer Methoden bestehen Kontakte zu Forschungsgruppen, die an der Entwicklung von exakten Testverfahren arbeiten (Cyrus Mehta und Kollegen, Cambridge) sowie zu Kollegen, welche an Methoden der Längsschnittdatenanalyse arbeiten (British Household Panel Study, Essex).

6. Publikationen
6.1 Veröffentlichungen

Kelle, Udo (1992): Empirisch begründete Theoriebildung. Ein Beitrag zur Logik und Methodologie interpretativer Sozialforschung. Dissertationsschrift. Universität Bremen

Kelle, Udo (1993a): Computer-assisted categorization as a heuristic tool in qualitative data analysis. Erscheint in: Faulbaum, Frank (Hg.): SOFTSTAT '93 - Fortschritte der Statistik-Software. Stuttgart: Gustav Fischer Verlag.

Kelle, Udo (1993b): Theories as Heuristic Tools in Qualitative Research. Erscheint in: Maso, Ilja; Smaling, Adri (Hg.): Openess in Research. Dordrecht, Holland

Prein, Gerald (1992a): Alltag. In: Bauer, Rudolph (Hg.): Lexikon des Sozial- und Gesundheitswesens. München, Wien: Oldenbourg Verlag, S. 54-56

Prein, Gerald (1992b): Bürokratisierung. ebenda, S. 354-356

Prein, Gerald (1992c): Institutionsanalyse. ebenda, S. 1016-1018

Prein, Gerald; Kelle, Udo (1993): Estimation of Beta-error in Multivariate Modelling with Small Samples. Erscheint in: Faulbaum, Frank (Hg.): SOFTSTAT '93 - Fortschritte der Statistik-Software. Stuttgart: Gustav Fischer Verlag.

1994 werden die Ergebnisse der Konferenz "The Qualitative Research Process and Computing" im Sage Verlag, London unter dem Titel "Qualitative Methodology and Computers" erscheinen. Als Herausgeber fungieren Udo Kelle und Gerald Prein.

6.2 Arbeitspapiere

- Kelle, Udo (1993d): The Qualitative Research Process and Computing. Bericht über die Konferenz an der Universität Bremen vom 7.-9. Oktober 1992. Bremen: Arbeitspapiere des Sfb 186 Nr. 17
- Kelle, Udo; Kluge, Susann; Prein, Gerald (1993): Strategien der Geltungssicherung in der qualitativen Sozialforschung. Zur Validitätsproblematik im interpretativen Paradigma. Bremen: Arbeitspapiere des Sfb 186 Nr. 24
- Prein, Gerald; Kelle, Udo; Kluge, Susann (1993): Strategien zur Integration quantitativer und qualitativer Auswertungsverfahren. Bremen: Arbeitspapiere des Sfb 186 Nr. 19
- Prein, Gerald; Kluge, Susann; Kelle, Udo (1993): Strategien zur Sicherung von Repräsentativität und Stichprobenvalidität bei kleinen Samples. Bremen: Arbeitspapiere des Sfb 186 Nr. 18

**3. Zwischenberichte
der Teilprojekte B3, B4 und C2
(gefördert 1988-1991)**

Anhang**Zwischenberichte der Teilprojekte B3, B4 und C2 (gefördert 1988-1991)**

Die Teilprojekte B3, B4 und C2 wurden in der ersten Finanzierungsperiode des Sfb 186 vom 01.08.1988 bis 30.06.1991 gefördert. Die Abschlußberichte dieser Teilprojekte sind in Arbeit und werden 1994 publiziert. Die folgenden Kurzberichte informieren über den Stand der Arbeit und die vorliegenden Arbeitsergebnisse.

Teilprojekt B3

Thema: Unvollendete Statuspassagen im Übergang zwischen Studium und Beruf: Auf dem Weg zu neuartigen Arbeitsverhältnissen in sozialen Berufen?

Beteiligte Wissenschaftlerinnen:

Dr. Ursula Rabe-Kleberg (GA) (Projektleiterin)

Dr. Ulrike Nagel (EA)

Dipl.Soz.Päd. Erika Grabke (EA)

Zwischenbericht

Das Teilprojekt B3 wurde bis Dezember 1991 weitergeführt und abgeschlossen:

- Der 4. Untersuchungsschritt wurde durchgeführt. Die Fragebogenerhebung wurde mit einem verkürzten Fragebogen wiederholt und ausgewertet und mit den Ergebnissen der ersten quantitativen Erhebung verglichen. Die Ergebnisse wurden dokumentiert.
- Die Auswertung der qualitativen Interviews wurde fortgesetzt. Die bereits im Arbeits- und Ergebnisbericht 1988-1991 vorgestellten Strukturtypen wurden weiter differenziert. Die Ergebnisse wurden dokumentiert.
- Wie angekündigt, wurden beim Vergleich der Ergebnisse aus den unterschiedlichen Erhebungen vor allem die Vergleichskategorien "Region" und "Geschlecht" hervorgehoben.

Im Förderzeitraum haben alle Projektmitglieder am Abschluß der Arbeiten teilgenommen, seit Anfang 1992 arbeiten Ulrike Nagel und Ursula Rabe-Kleberg an der Erstellung des Forschungsberichtes, dessen Text in einem Umfang von ca. 250 Seiten vorliegt. Die Schlußredaktion des Textes ist durch äußere Umstände bis heute verschoben worden.

Hierzu gehört ausschlaggebend der Ruf, den die Projektleiterin Anfang 1992 auf einen Lehrstuhl für Erziehungswissenschaft und Soziologie an die Universität Halle erhalten hat und den sie zum Wintersemester 1992/3 (bis zum Abschluß

ihrer Habilitation vertretungsweise) übernommen hat. Nach ihrer zum Wintersemester 1993/4 erwarteten Ernennung stehen Zeitkapazitäten zur Verfügung, den Bericht zum Druck fertigzustellen.

Einzelne Ergebnisse sind in eine Reihe von Veröffentlichungen eingegangen. Im folgenden seien auszugsweise einige genannt:

- Behrens, Johann; Rabe-Kleberg, Ursula (1992): Gatekeeping in the Life Course. A Pragmatic Proposal for Interrelating Four Gatekeeper Types. In: Heinz, Walter R. (ed.): *Institutions and Gatekeeping in the Life Course (=Status Passages and the Life Course, III)*. Weinheim
- Meuser, Michael; Nagel, Ulrike (1994): Expertenwissen und Experteninterview. In: Hitzler, R. u.a. (Hrsg.): *Expertenwissen*. Westdeutscher Verlag
- Nagel, Ulrike (1993): Hilfe als Profession. In: Leisering, L.; Geissler, B.; Rabe-Kleberg, U.; Mergner, U. (Hrsg.): *Moderne Lebensläufe im Wandel. Beruf - Familie - Soziale Hilfen - Krankheit (=Status Passages and the Life Course, IV)*. Weinheim
- Nagel, Ulrike (in Vorbereitung): Engagierte Rollendistanz. Rekonstruktive Theoriebildung am Beispiel der Statuspassage in den sozialen Beruf. Habilitationsschrift
- Rabe-Kleberg, Ursula (1992): Unvollendete Statuspassagen. Eine Untersuchung zum Übergang vom Studium in den Beruf. In: Heinz, Walter R.; Lutz, Burkart (Hrsg.): *Modernisierungsprozesse von Arbeit und Leben (=Sfb 333, Mitteilungen, Sonderheft)*. München
- Rabe-Kleberg, Ursula u.a. (Hrsg.) (1992): *Pro Person. Dienstleistungsberufe in Krankenpflege, Altenpflege und Kindererziehung*. Bielefeld
- Rabe-Kleberg, Ursula (1992): Von der Hochschule in den Beruf. Strategien zur Bewältigung einer Risikolage im Lebenslauf. Vortrag auf dem 26. Deutschen Soziologentag in Düsseldorf
- Rabe-Kleberg, Ursula (1992): Kritische Übergänge von Frauen in sozialen Berufen. In: *Geschlechterbeziehungen - Geschlechterkampf. Frauen und Männer in der sozialen Arbeit. Tagungsbericht des Hochschultages der Evangelischen Fachhochschule Berlin, 22. Mai 1992*
- Rabe-Kleberg, Ursula (1993): "Zu Diensten"? Über das Ende weiblicher Dienstbarkeit und die Zukunft der Sozial- und Pflegeberufe. In: Leisering, L.; Geissler, B.; Rabe-Kleberg, U.; Mergner, U. (Hrsg.): *Moderne Lebensläufe im Wandel. Beruf - Familie - Soziale Hilfen - Krankheit (=Status Passages and the Life Course, IV)*. Weinheim
- Rabe-Kleberg, Ursula (1993): Vom Dienen zur Dienstleistung. Ein Beitrag zum Verhältnis von Geschlecht und Beruf. Habilitationsschrift Universität Bremen 1993

Teilprojekt B4

Thema: Berufliche und soziale Integration von DDR-Zuwanderern

Beteiligte Wissenschaftler/innen:

Prof. Dr. Karl F. Schumann (GA) (Projektleiter)
 Dipl.-Soz. Gerhard U. Dietz (EA)
 Dipl.-Soz. Manfred Gehrman (EA)
 Dipl.-Psych. Heidi Kaspras (EA)

Zwischenbericht

Das Teilprojekt befaßte sich mit den Integrationsproblemen früherer Bürgerinnen und Bürger aus der DDR; dazu wurde eine repräsentative Stichprobe der zwischen 1983 und 1986 Zugewanderten schriftlich befragt (n=937); zusätzlich liegen 48 offene Interviews als Transkripte vor. Die Auswertungen sind schwerpunktmäßig folgenden Themenbereichen gewidmet:

- a) biographietheoretischen Untersuchungen über Brüche und Kontinuitäten im Lebensverlauf und die Bilanzierung in der Retrospektive;
- b) der Integrationsproblematik für Frauen im Hinblick auf unterschiedliche normative Muster der Frauenrollen in Ost- und Westdeutschland;
- c) der Tragweite des Individualisierungstheorems als Bezugsrahmen für die Analyse des Integrationsprozesses;
- d) der Marginalisierungserfahrung von Zuwanderern vor und nach der Ausreise.

Teilweise werden diese Fragestellungen in Dissertationen bearbeitet.

Die Förderung durch die DFG wurde zum Ende der 1. Förderungsphase (30.06.1991) eingestellt. Da kein Fortsetzungsantrag gestellt worden war, sah die DFG eine Auslauffinanzierung nicht vor. Die Auswertung konnte noch nicht abgeschlossen werden, da zwei MitarbeiterInnen in anderen Orten Tätigkeiten aufnahmen und nur in der Freizeit Projektarbeit leisten bzw. zu Projekttreffen nach Bremen kommen können. Der Abschluß der Forschungsarbeit ist nunmehr für Herbst 1994 vorgesehen. Dann soll das Manuskript des gemeinsamen Buches

"Die Abwanderung aus der DDR in den 80er Jahren und die Folgen" fertiggestellt sein, das gegenwärtig etwa zur Hälfte vorliegt.

Die Einzigartigkeit des Datenmaterials hat dazu geführt, daß die Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" des Deutschen Bundestages an den Projektleiter den Auftrag vergeben hat, eine Expertise über Hintergründe, Umfang und Verlauf der "Fluchtbewegung aus der DDR" zu erstellen.

Veröffentlichungen

- Dietz, G.U.; Kaspras, H. (1993): Biographische Konstruktionen und Bilanzierungen bei Zuwanderern aus der DDR. In: Fischer-Rosenthal, W.; Alheit, P.; Hoerning, E.M. (Hrsg.): Biographien in Deutschland. Opladen
- Gehrmann, M. (1992): "Jeder lebt hier mehr für sich...". Zur sozialen Integration von DDR-Zuwanderern in der alten Bundesrepublik Deutschland und West Berlin. In: Berliner Journal für Soziologie: 173-193
- Gehrmann, M. (1993): Zur sozialen Integration von DDR-Zuwanderinnen und Zuwanderern in der alten Bundesrepublik und West Berlin. In: Fischer-Rosenthal, W., Alheit, P.; Hoerning, E.M. (Hrsg.): Biographien in Deutschland. Opladen
- Gehrmann, M. (1993): Die DDR-Auswanderer der 80er Jahre und die Destabilisierung des SED-Regimes. In: Meulemann, H. (Hrsg.): Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa. Verhandlungen des 26. Deutschen Soziologentages (im Erscheinen)
- Schumann, K.F. (1991): Probleme der Assimilation von Bürgern und Bürgerinnen der ehemaligen deutschen Teilstaaten. In: Deutschland-Archiv, 24. Jg.: 1193-1201
- Schumann, K.F. (1993): Weggang in den Westen und Marginalität. In: Pilgram, A. (Hrsg.): Grenzöffnung, Migration, Kriminalität. Baden-Baden. 101-113
- Schumann, K.F. (1993): Die Abwanderung aus der DDR in den 80er Jahren. In: Meulemann, H. (Hrsg.): Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa. Verhandlungen des 26. Deutschen Soziologentages (im Erscheinen)

Teilprojekt C2

Thema: Erosion traditioneller Normalitätsmuster der Beschäftigung im öffentlichen Dienst

Beteiligte Wissenschaftler/in

Prof. Dr. Martin Osterland	(Projektleiter)	(GA)
Prof. Dr. Roderich Wahsner	(Projektleiter)	(GA)
Dr. Günter Warsewa	(bis 1.10.1990)	(EA)
Ass.jur. Christoph Heigl	(bis 1.11.1990)	(EA)
Dipl.Sow. Johann Gerdes	(1.10.1990 - 31.12.1991)	(EA)
Dipl.Sow. Marina Stahmann	(1.11.1990 - 31.12.1991)	(EA)

Kurzbericht

1. Verlauf der Untersuchung - methodisches Vorgehen

Gemäß Projektantrag und Arbeitsplan (vgl. Osterland u.a. 1991) konzentrierte sich das Projekt auf die vergleichende Analyse der Entwicklung von Personalbestand und Personalstruktur in sieben ausgewählten Beispielskommunen. Neben der Auswertung von Personaldaten und -statistiken stützen sich die Befunde vor allem auf die Auswertung von insgesamt 47 Experteninterviews, die in den Städten und Landkreisen mit Personalleitungen, Personalräten und Amtsleitungen durchgeführt worden sind. Als zusätzliches Erhebungsinstrument wurde dort, wo die Untersuchung auf keine oder nur geringe Auskunftsbereitschaft stieß, die "parlamentarische" Anfrage eingesetzt. Die Erfahrungen zeigen, daß hiermit freilich kein neuer Königsweg der empirischen Sozialforschung, sofern sie sich mit Vorgängen im Zuständigkeitsbereich der öffentlichen Verwaltung befaßt, gefunden wurde (vgl. Osterland/Warsewa 1991). Da sich nach Abschluß der Erhebungen die Rahmenbedingungen für die Personalpolitik in den Kommunen nachhaltig geändert haben (finanzielle Umschichtungen infolge der deutschen Einigung) wurden die Projektpräsentationen in den Kommunalverwaltungen dazu genutzt, auf der Ebene der Gesamtpersonalräte und der Personalleitungen absehbaren Tendenzen der Personalentwicklung für die 90er Jahre nachzugehen.

Darauf wird in der Abschlußveröffentlichung eingegangen werden, die sich z.Zt. in Vorbereitung befindet.

Unter methodischen Gesichtspunkten ist darauf zu verweisen, daß die Auswahl der kommunalen Fallbeispiele ein realistisches Bild der Personalentwicklung auf kommunaler Ebene in den alten Ländern der Bundesrepublik widerspiegelt: einerseits repräsentieren die ausgewählten Kommunen mit einer beträchtlichen Streuung unterschiedlicher Entwicklungstendenzen bei allen Beschäftigungsformen das umfangreiche Spektrum, innerhalb dessen sich die kommunalen Beschäftigungsstrukturen während der 80er Jahre verändert haben. Andererseits weichen die ausgewählten Kommunen in ihrem Durchschnitt (bezogen auf die Beschäftigtenanteile in allen Formen von Beschäftigungsverhältnissen; vgl. Schaubild für das Normalarbeitsverhältnis) aber nur geringfügig von den entsprechenden Mittelwerten aller Kommunen in der BRD (alt) ab. Nachdem also die kommunalen Fallbeispiele zunächst unter dem Gesichtspunkt einer sinnvollen Variation der Bedingungskonstellationen für personalpolitisches Handeln (Stadtstaat/Großstadt/Landkreis; unterschiedliche Finanzlage der öffentlichen Haushalte; Arbeitsmarktsituation; politische Mehrheiten) ausgewählt wurden, fügen sich die einzelnen lokalen bzw. regionalen Tendenzen der Personalentwicklung doch weitgehend zu einem Gesamtbild zusammen, das in einigen Punkten darüber hinausweisende Gültigkeit beanspruchen dürfte.

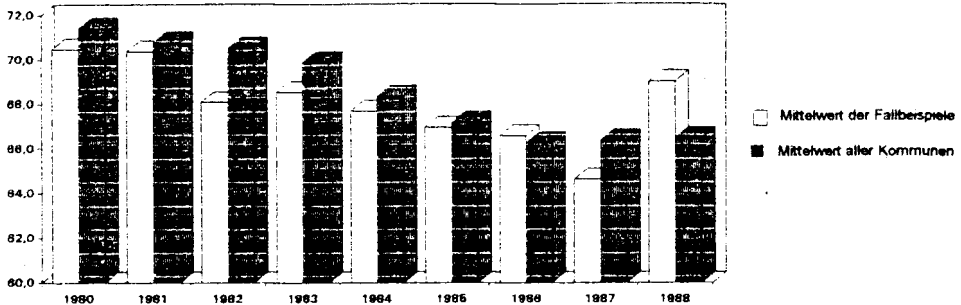
2. Ergebnisse

Tendenzen der Beschäftigungsentwicklung

Sofern die These von der "Erosion traditioneller Muster der Beschäftigung im öffentlichen Dienst" auf die zahlenmäßigen Entwicklungen während der 80er Jahre bezogen wird, läßt sie sich - in besonders ausgeprägter Weise auf der Ebene der Kommunalverwaltungen - (vgl. Schaubild und detaillierter: Warszewa 1990) eindeutig bestätigen. In dieser Phase hat eine Abnahme von Normalbeschäftigung und gleichzeitig eine deutliche Zunahme von abweichender Beschäftigung stattgefunden. Ungeachtet verschiedener Differenzen und Ungleichzeitigkeiten wurde in allen Kommunen zwischen 1980 und 1987 durchgängig oder zeitweilig in verstärktem Umfang von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, abweichende Beschäftigung einzusetzen. Dies gilt noch ausgeprägter, wenn die statistisch nur schwer zu erfassenden Tätigkeiten auf privatrechtlicher Grundlage (z.B. Honorarbeschäftigung) einbezogen werden.

SCHAUBILD

Entwicklung der Beschäftigtenanteile im Normalarbeitsverhältnis in den ausgewählten und in allen Kommunen der BRD (in %)



Erst ab etwa 1988 schien sich mit neuerlichen absoluten Zunahmen der Beschäftigtenzahlen in Normalarbeitsverhältnissen eine Trendwende, zumindest aber ein Ende der gegenläufigen Entwicklung von Normalarbeitsverhältnis und abweichender Beschäftigung abzuzeichnen. Die Tatsache, daß dies zwar zu leichten relativen Bedeutungsgewinnen der Normalbeschäftigung im Personalbestand der Kommunen führte, bedeutet jedoch nicht, daß damit auch entsprechende absolute Rückgänge bei der abweichenden Beschäftigung zu verzeichnen waren. Die relativ stabilen Beschäftigtenzahlen in abweichender Beschäftigung deuten vielmehr darauf hin, daß die Kommunen auch bei veränderten Rahmenbedingungen künftig nicht mehr auf einen verhältnismäßig flexiblen Personalanteil in beachtlichen Größenordnungen und die damit erreichte Ausweitung personalpolitischer und personalwirtschaftlicher Spielräume verzichten wollten. Allerdings gilt sowohl für den Einsatz von Teilzeit- wie von befristeten Arbeitsverhältnissen in den verschiedenen rechtlichen Formen, daß deren Zunahme im Laufe der 80er Jahre an Grenzen gestoßen ist, deren Überwindung bei der grundsätzlich beibehaltenen rechtlichen, organisatorischen und bewußtseinsmäßigen Orientierung am Maßstab des Normalarbeitsverhältnisses im öffentlichen Dienst kaum möglich erscheint: Aus der Arbeitgeberperspektive erweist sich der Einsatz abweichender Beschäftigungsverhältnisse über einen gewissen Umfang hinaus als kontraproduktiv, da die Gewinne an Flexibilität beim Personalbestand und beim Personaleinsatz ebenso wie die dadurch erzielten Kosteneinsparungen durch eine Reihe von Nachteilen mehr als wettgemacht werden. Insbesondere spielen dabei Qualifikationsprobleme, Verschlech-

terungen des Arbeitsklimas und der Arbeitsmotivation sowie Erschwernisse bei der Organisation des Arbeitsablaufs und der Zuständigkeiten eine Rolle. Überdies war in vielen Bereichen als Reaktion auf die Zunahme von abweichender Beschäftigung eine Tendenz der Re-Regulierung (Angleichung an Tarifstandards, Einrichtung von Wartelisten und Übernahmegarantien für befristet Beschäftigte, Übergang von "zusätzlichen" in "regelhafte" Aufgaben, Beteiligung an Qualifikationsmaßnahmen, Zusicherung von Rückkehrmöglichkeiten bei Wechseln in Teilzeitarbeit etc.) zu beobachten.

Regionale Entwicklungsmuster

Diese allgemeine Entwicklung läßt sich als das Resultat sehr unterschiedlicher lokaler bzw. regionaler Prozesse interpretieren. Auf der Basis beträchtlicher Niveauunterschiede im Verhältnis von Normal- zu abweichender Beschäftigung anfangs der 80er Jahre und unter sehr verschiedenen Rahmenbedingungen lassen sich drei spezifische Entwicklungsmuster der kommunalen Beschäftigung feststellen, wobei diese erst in der ex-post-Betrachtung einen relativ systematischen Charakter annehmen, d.h. allenfalls in bescheidenen Ansätzen Ausdruck explizit formulierter personalpolitischer Strategien in den einzelnen Kommunen waren.

a) Für die Großstädte (Stadtstaat Bremen, Dortmund, Mannheim, Stuttgart) galt durchweg, daß der kommunale **öffentliche Dienst als Instrument der Haushaltskonsolidierung** dienen sollte, wobei man jedoch einschneidende Einschränkungen des umfangreichen und anspruchsvollen Leistungsangebots vermeiden wollte. Mit Ausnahme von Stuttgart wurde gleichzeitig angesichts beträchtlicher Probleme auf dem regionalen Arbeitsmarkt versucht, über den öffentlichen Dienst einen beschäftigungspolitischen Effekt zu erzielen. Vor diesem Hintergrund wurde hier versucht, insbesondere durch drittmittelfinanzierte befristete Beschäftigung (v.a. ABM) und ein erweitertes Angebot von Teilzeitarbeit die Reduzierung von Normalbeschäftigung auszugleichen (beides wegen der divergierenden Finanzlage besonders stark in Bremen und besonders schwach in Stuttgart ausgeprägt). Dementsprechend wiesen die Großstädte durchgängig einen überdurchschnittlichen Anteil an befristeter Vollzeitbeschäftigung und deutliche Steigerungsraten bei unbefristeter Teilzeitbeschäftigung auf.

b) Die beiden nordeutschen Landkreise Cuxhaven und Verden sahen sich dagegen angesichts eines "unmodernen" und unzureichenden öffentlichen Leistungsangebots während der 80er Jahre eher vor der Aufgabe, eine **Ausweitung und qualitative Verbesserung öffentlicher Leistungen** sowie eine Anpassung der Personalstrukturen an dieses Ziel zu erreichen. Haushaltsengpässe oder Personalreduzierungen spielten dagegen keine nennenswerte Rolle. Entsprechend war man hier auch nicht darum bemüht, den Umfang der Normalbeschäftigung zu verkleinern und nach "billigeren" Kompensationen zu suchen. Daher wurde die Möglichkeit befristeter Arbeitsverträge hier erst relativ spät "entdeckt" und auch nur in vergleichsweise beschränktem Umfang genutzt. Gleichzeitig wurden aber erhebliche Anstrengungen unternommen, die räumlichen und arbeitsorganisatorischen Strukturen der Kommunalverwaltung zu rationalisieren, was z.T. einen Wegfall, z.T. eine Umwandlung von zahlreichen Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen im Bereich der geringfügigen und/oder sozialversicherungsrechtlich nicht abgesicherten Beschäftigung zur Folge hatte. Trotzdem blieb das herausragende Merkmal dieser Kreisverwaltungen ein erheblich überdurchschnittlicher Anteil von Teilzeitbeschäftigten.

c) Der kommunale öffentliche Dienst des Rheinisch-Bergischen Kreises kann demgegenüber als Beispiel für eine weitgehend **ungebrochene Kontinuität** gelten, da hier für die ohnehin traditionell äußerst sparsame Kreisverwaltung angesichts relativ ausgeglichener Haushaltslage und etwa durchschnittlicher Arbeitsmarktsituation kein besonderer Handlungsdruck entstanden war. Insofern sah man hier keine Notwendigkeit, von der Politik der "öffentlichen Minimalleistungen" abzuweichen. Die absolute und relative Zunahme von abweichender Beschäftigung im Personalbestand der Kreisverwaltung resultierte im wesentlichen daraus, daß sich - wie im übrigen überall - in wachsendem Maße der Wunsch von Beschäftigten nach Teilzeitarbeit in der Zahl entsprechender Arbeitsverhältnisse niederschlug.

Im Hinblick auf die Erklärungsfaktoren für die Ausprägung der regionalen Entwicklungsmuster läßt die vergleichende Analyse der Fallbeispiele folgende Schlußfolgerungen zu: Die finanzielle Lage der Kommunen definiert zwar einen haushaltspolitischen Korridor, den auch personalpolitische Entscheidungen nicht ohne weiteres verlassen können; dennoch sind innerhalb dieses Korridors noch

beträchtliche Entscheidungsspielräume vorhanden. So werden ähnliche Haushaltsentwicklungen in verschiedenen Kommunen durchaus unterschiedlich interpretiert und bewertet und selbst bei unstrittig ungünstiger Finanzlage bleibt es offenbar eine Frage von politischen Prioritäten und Interessenkonstellationen, ob dies merkliche Auswirkungen auf die Personalentwicklung hat. Ähnliches gilt für die politischen Mehrheiten und deren ideologische Ausrichtung. Zwar läßt sich durchaus in Einzelfällen und bei bestimmten personalpolitischen Maßnahmen eine sozialdemokratische oder christdemokratische "Handschrift" erkennen, doch weisen die Entwicklungen in allen Kommunen eher mittel- bis langfristige Trends auf, in denen solche Einzelmaßnahmen und -entscheidungen kaum systematisch durchschlagen. Sehr bedeutsam werden solche ideologischen Ausrichtungen für die Personalentwicklung einer Kommune dagegen dann, wenn sie sich als "politische Kulturen" institutionalisiert haben. So wirkt sich etwa die starke Orientierung christlich-konservativer kommunalpolitischer Mehrheiten und Verwaltungsspitzen am Subsidiaritätsprinzip dort, wo sie längerfristige Gestaltungschancen hatten, durchaus auf den Umfang und die Struktur des öffentlichen Dienstes aus. Bei langfristig sozialdemokratisch verantworteter Kommunalpolitik ist dagegen festzustellen, daß z.B. selbst ernsthafte Bemühungen um Einsparungen und Personalreduzierungen im öffentlichen Dienst in der Abwägung mit sozial- und beschäftigungspolitischen Aspekten nur schwer zu verwirklichen sind. Allerdings wirkt die regionale Arbeitsmarktlage nicht nur auf dem "Umweg" über die kommunalpolitische Auseinandersetzung auf die Personalentwicklung im öffentlichen Dienst ein. Hierbei handelt es sich um einen Faktor, dessen Einfluß zumeist unterschätzt wird. Dies gilt insbesondere in den Großstädten, deren Personalpolitik während der 80er Jahre selbst dazu beigetragen hat, daß die Bedingungen des lokalen Arbeitsmarktes für den öffentlichen Dienst an Bedeutung gewonnen haben: Mit dem umfänglichen Einsatz befristet Beschäftigter wurde nämlich zum einen die nahezu zum Erliegen gekommene Personalfluktuation gleichsam "künstlich" erhöht und - in gewissem Umfang - steuerbarer gestaltet und zum anderen neben der verwaltungsspezifischen Ausbildung und den "Quereinstiegen" vom externen Arbeitsmarkt ein dritter Einstiegskanal in öffentliche Beschäftigung geschaffen. Beides setzte aber offenbar eine regionale Arbeitsmarktsituation voraus, in der die Beschäftigungsprobleme, das Ausmaß und die Struktur der Arbeitslosigkeit ein nach Menge, Qualifikation und Motivation hinreichendes

Arbeitskräfte-reservoir dafür gewährleisten. Nicht zuletzt daher waren die entsprechenden Prozesse in der Kommunalverwaltung Stuttgarts im Gegensatz zu den anderen drei Städten nur sehr schwach ausgeprägt; hier gab es in diversen Bereichen eher Rekrutierungsprobleme wegen eines zu geringen Arbeitskräfteangebots bei unattraktiven Beschäftigungsbedingungen selbst in Normalarbeitsverhältnissen. Der Einsatz von befristeter Beschäftigung diente daher - ebenso wie das Eingehen auf Teilzeitwünsche - in Stuttgart eher der Attraktivitätssteigerung, indem zusätzliche Belastungen des "normal" beschäftigten Personals, etwa durch Überstunden oder Mehrarbeit bei Personalausfällen, vermieden wurden.

Personalstrukturelle Veränderungen

Weniger eindeutig stellen sich die Befunde dar, wenn sie auf die personalstrukturellen Veränderungen und deren Folgen für die Beschäftigten bezogen werden. Die Vermutung, die "Erosion traditioneller Normalitätsmuster" sei gleichbedeutend mit der Entstabilisierung von Berufsverläufen und der Marginalisierung von Beschäftigtengruppen bzw. Tätigkeitsbereichen im öffentlichen Dienst bedarf der Korrektur: weder handelte es sich bei der Ausweitung von abweichender Beschäftigung um einen Prozeß, der ausschließlich von seiten der öffentlichen Arbeitgeber vorangetrieben wurde und den betroffenen Beschäftigten nur die "Opferrolle" übrig ließ, noch läßt sich in der Motivlage der öffentlichen Arbeitgeber lediglich das "Flexibilisierungskalkül" als ausschlaggebend identifizieren. Vielmehr gilt für alle Formen von abweichender Beschäftigung, daß sie je nach biographischer Phase und individueller Lebensplanung - zumindest für begrenzte Zeit - durchaus auch den Interessen von Beschäftigtengruppen entgegenkommen und bewußt nachgefragt werden, während sie für andere Gruppen in der Tat die aufgezwungene Zumutung "unterwertiger" Beschäftigung mangels Alternative darstellt.

Am deutlichsten wird dieser "Doppelcharakter" von abweichender Beschäftigung im Falle der Teilzeitarbeit: in dem breiten Bereich der Angestellten- und Beamten-tätigkeiten auf mittlerem Qualifikationsniveau hat die Nachfrage nach Teilzeitarbeit nicht nur zu einer beträchtlichen zahlenmäßigen Ausweitung entsprechender Beschäftigungsverhältnisse - in vielen Fällen gegen das Interesse des Arbeitgebers - geführt, sondern die Auseinandersetzungen um die

Ausgestaltung dieser Arbeitsverhältnisse haben auch über deren weitgehende soziale und rechtliche Absicherung hinaus zu einer Annäherung an sonstige Beschäftigungsstandards in diesem Bereich (z.B. bezüglich Qualifikationsmöglichkeiten, Aufstiegschancen etc.) geführt. In dem Maße, in dem dieser Prozeß fortschreitet, läßt sich Teilzeitarbeit in diesem Beschäftigungssegment weniger im Sinne eines "Flexibilisierungskalküls" des Arbeitgebers nutzen. Gesicherte Rückkehrrechte für die Beschäftigten tragen dazu ebenso bei wie z.B. ein gestiegenes Selbstbewußtsein, mit dem immer häufiger teilzeitbeschäftigte Frauen ihre früher häufig genutzte Funktion als schnell und zuverlässig nutzbares Überstundenpotential ablehnen. Was zu Beginn der 80er Jahre als eine zaghafte beschäftigungspolitische Initiative begann, hat sich mithin aufgrund von Beschäftigteninteressen zu einem zweiten - weiblich dominierten - Normalarbeitsverhältnis entwickelt. Genau umgekehrt verläuft die Entwicklung bei der Teilzeitarbeit in den gewerblichen Bereichen der öffentlichen Verwaltung. Zwar nimmt auch hier Teilzeitarbeit deutlich zu, doch liegt dies überwiegend an arbeitsorganisatorischen Rationalisierungsmaßnahmen in den Küchen, Reinigungsdiensten u.dergl. der Kommunalverwaltungen und entspricht i.d.R. keineswegs den Interessen der beschäftigten Frauen - zumal hier auch die o.g. Re-Regulierungsprozesse kaum wirksam werden.

Damit hat sich auch eine alte Differenzierungslinie innerhalb des öffentlichen Dienstes in den 80er Jahren noch verfestigt: die Trennung in ein männlich dominiertes Vollzeit- und ein weiblich dominiertes Teilzeitarbeitsverhältnis auf Dauer setzte sich bei den befristeten Beschäftigungsverhältnissen fort. Während die befristeten Vollzeitverhältnisse zu rd. 2/3 von Männern eingenommen wurden, betrug der Frauenanteil in befristeter Teilzeitarbeit über 70%.

Darüberhinaus gilt aber für befristete Beschäftigung ähnliches wie für Teilzeitarbeit: das Interesse der öffentlichen Arbeitgeber beschränkte sich nicht nur auf deren Funktion als "Konjunkturpuffer" sondern richtete sich durchaus auch auf die Entlastung des "normal" beschäftigten Personals bei mittel- oder langfristigen Ausfällen und auf sozial- und beschäftigungspolitische Zwecke. Auch wenn die AFG-geförderte Beschäftigung als das dafür vorgesehene Instrument selbst kaum nennenswerte Übergangschancen in dauerhafte und gesicherte Arbeitsverhältnisse erbracht hat, eröffnete sie doch in Kombination mit den zahlreichen

weiteren Formen befristeter Beschäftigung einen neuen Einstiegskanal in den öffentlichen Dienst, der - zwar oftmals nach mühevollen "Hindernisparscours" über mehrere und z.T. unterschiedlich geregelte Fristverträge - häufig genutzt wurde. Daneben traf sich das Angebot befristeter Beschäftigungsmöglichkeiten auch vielfach mit den Interessen unterschiedlicher Arbeitskräftegruppen an kurz- bis mittelfristigen Verdienstmöglichkeiten, Kennenlernen von Tätigkeitsfeldern, Überbrückung von Wartezeiten, Wiederauffrischen von Qualifikationen u. dergl. Entscheidend ist auch hier, daß sich mit der Zunahme einer entsprechenden Beschäftigungspraxis in mehrfacher Hinsicht Re-Regulierungsprozesse abgespielt haben - etwa indem Mehrfachbeschäftigungen in der gleichen rechtlichen Form erschwert, Wartelisten und gesicherte Übernahmeregelungen eingeführt, Qualifikationsnachweise und die Teilnahme an Weiterbildung ermöglicht wurde. Während sich jedoch für die Teilzeitarbeit die Beschäftigungsbereiche und Beschäftigtengruppen, in denen es eine tendenzielle Konvergenz bzw. Divergenz von angebotenen und nachgefragten Beschäftigungsbedingungen gegeben hat, generalisierend bestimmen lassen, sind entsprechende Aussagen für die befristete Beschäftigung kaum möglich: hier hängt es sehr stark von den regionalen Bedingungen ab, an welcher Stelle und für wen sich welche Effekte eingestellt haben.

Vor diesem Hintergrund läßt sich die Beschäftigungsentwicklung im öffentlichen Dienst während der 80er Jahre als ein Prozeß der Differenzierung und Heterogenisierung begreifen, der hinsichtlich der Teilzeitbeschäftigung bereits absehbar neue Personalstrukturen geschaffen und bei der befristeten Beschäftigung zunächst v.a. die Handlungsspielräume der öffentlichen Arbeitgeber vergrößert hat, wobei diese in unterschiedlichem Umfang und unterschiedlicher Weise genutzt werden. Stärker als bei der Teilzeitarbeit, deren Entwicklung offenbar einem gesamtgesellschaftlichen Trend (in den alten Bundesländern) folgte, spielten bei der Entwicklung von befristeter Beschäftigung konkrete finanz-, beschäftigungs- und sozialpolitische Erwägungen in den Kommunen eine Rolle.

3. Publikationen

- Osterland, Martin; Wahsner; Roderich (1988): Erosion traditioneller Normalitätsmuster der Beschäftigung im öffentlichen Dienst. In: Mitteilungen der ZWE 'Arbeit und Betrieb', Nr. 20, Bremen
- Warssewa, Günter (1990) Zur Entwicklung abweichender Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst der BRD. In: Der Personalrat, 7. Jg. 6/90
- Osterland, Martin (1990): "Normalbiographie" und "Normalarbeitsverhältnis". In: Berger, Peter; Hradil, Stefan (Hg.): Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. Soziale Welt, Sonderband 7, Göttingen
- Heigl, Christoph; Wahsner, Roderich (1991): Handlungsmöglichkeiten des Personalrats bei abweichender Beschäftigung. In: Der Personalrat, 8. Jg. 4/91
- Osterland, Martin u.a. (1991): Arbeits- und Ergebnisbericht des Teilprojekts C2. In: Sonderforschungsbereich 186 (Hg.): Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf. Bremen
- Osterland, Martin; Warssewa, Günter (1991): Die parlamentarische Anfrage in der empirischen Sozialforschung - Erfahrungen mit einem ungewöhnlichen Erhebungsinstrument. In: Soziale Welt, Jg. 42, H.3/91

4. Literaturverzeichnis

4. Literatur

Die von den Mitgliedern des Sfb 186 im Berichtszeitraum veröffentlichte Literatur ist bei den Teilprojektberichten aufgeführt. In diesem Verzeichnis werden Sfb-Veröffentlichungen nur dann aufgeführt, wenn projektübergreifend zitiert wird.

- Abbott, A. (1988): *The System of Professions. An essay on the division of expert labour.* Chicago/London
- Agar, M. (1991): *The Right Brain Strikes Back.* In: Lee, R.M.; Fielding, N.G. (eds.): *Using Computers in Qualitative Research.* London
- Agresti, A. (1990): *Categorical Data Analysis.* New York/Chichester/Brisbane/Toronto/Singapore
- Alber, J. (1982): *Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat. Analysen zur Entwicklung der Sozialversicherung in Westeuropa.* Frankfurt
- Alheit, P.; Glaß, C. (1986): *Beschädigtes Leben. Soziale Biographien arbeitsloser Jugendlicher.* Frankfurt/New York
- Andreß, H.-J. (1992): *Die Bielefelder Datenbank "Sozialhilfe-Statistik". Bielefelder Projekt "Verbleib in Sozialhilfe".* Arbeitspapier 1. Bielefeld
- Arminger, G. (1989): *Alternative Erhebungsmethoden bei Bevölkerungsstichproben. Statistische Grundlagen, Analysen und Konsequenzen am Beispiel des Mikrozensus.* Wuppertal. Forschungsbericht
- Arrow, J.; Behrens, J. (1990): *Bridges and Traps: Passages after Health Crises in Employment.* Beitrag zur Jahrestagung der British Sociological Association vom 2.-5.4.1990 in Guilford. Unveröffentlichtes Manuskript. Universität Bremen
- Badura, B.; Gross, P. (1976): *Sozialpolitische Perspektiven. Eine Einführung in Grundlagen und Probleme sozialer Dienstleistungen.* München
- Badura, B.; Kaufhold, G.; Lehmann, H.; Pfaff, H.; Schott, T.; Waltz M. (1987): *Leben mit dem Herzinfarkt. Eine sozialepidemiologische Studie.* Berlin u.a.O.

- Baethge, M. u.a. (1988): Jugend: Arbeit und Identität. Lebensperspektiven und Interessenorientierungen von Jugendlichen. Opladen
- Barth, M. (1992): Eine sozialpsychologische Rekonstruktion der Wirkung individueller und institutioneller Einflüsse auf das Antragsverhalten hinsichtlich rehabilitativer Maßnahmen. In: Laaser, U., Schwartz, F.W. (Hrsg.): Gesundheitsberichterstattung und Public Health in Deutschland. Berlin/Heidelberg/New York
- Barth, M.; Hoffmann-Markwald, A.; Koch, U.A.; Potreck-Rose, F.; Wittmann, W.W. (1989): Die Inanspruchnahme medizinischer Maßnahmen zur Rehabilitation - Die Sichtweise der Experten. In: Deutsche Rentenversicherung. Heft 8-9: 514-529
- Barton, A.H.; Lazarsfeld, P.F. (1984): Einige Funktionen von qualitativer Analyse in der Sozialforschung. In: Hopf, C.; Weingarten, E. (Hrsg.): Qualitative Sozialforschung. Stuttgart (erstmal erschienen 1979)
- Beck, U. (1991): Der Konflikt der zwei Modernen. In: Zapf, W. (Hrsg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990. Frankfurt
- Becker, H.A. (1989): Generationen, Handlungsspielräume und Generationspolitik. In: Weymann, A. (Hrsg.): Handlungsspielräume. Stuttgart
- Becker-Schmidt, R.; Knapp, G.-A. (1984): Arbeiterkinder gestern - Arbeiterkinder heute. Bonn
- Berger, P.A. (1990): Ungleichheitsphasen. Stabilität und Instabilität als Aspekte ungleicher Lebenslagen. In: ders.; Hradil, S. (Hrsg.): Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. Sonderband 7 der Sozialen Welt. Göttingen
- Berntsen, R. (1987): Einkommensanalysen mit den Daten des Sozio-ökonomischen Panels unter Verwendung von generierten Einkommensdaten. Arbeitspapier Nr.291 des Sfb 3
- Berufsbildungsbericht (BBB) (1992). Hg. vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. Bonn
- Biefang, S.; Potthoff, P.; Meschenmoser, E.-M. (1992): Screening zur Ermittlung rehabilitationsbedürftiger Arbeiter. In: Sozial- und Präventivmedizin. 37. Jg.: 284-292

- Biehler, H. u.a. (1981): Arbeitsmarktstrukturen und -prozesse. Tübingen
- Blossfeld, H.-P. (1985): Zur Repräsentativität der Sfb-3-Lebensverlaufsstudie - Ein Vergleich mit Daten aus der amtlichen Statistik. Sfb 3 Arbeitspapier Nr.163
- Blossfeld, H.P. (1989): Kohortendifferenzierung und Karriereprozeß. Frankfurt
- Blossfeld, H.P. (1989): Zur Repräsentativität der Sfb-3 Lebensverlaufsdaten - Ein Vergleich mit Daten aus der amtlichen Statistik. In: Mayer, K.U.; Brückner, E. (Hrsg.): Lebensverläufe und Wohlfahrtsentwicklung. Materialien aus der Bildungsforschung Nr.35: 99-121. Berlin
- Blossfeld, H.P. (1990): Berufsverläufe und Arbeitsmarktprozesse. In: Mayer, K.U. (Hrsg.): Lebensverläufe und sozialer Wandel. Opladen
- Blumer, H. (1969): What is Wrong with Social Theory. In: ders.: Symbolic Interactionism: Perspective and Method. Englewood Cliffs/New York
- Bohnsack, R. (1991): Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in Methodologie und Praxis qualitativer Forschung. Opladen
- Bois, J.-P. (1989): Les vieux de Montaigne aux premières retraites. Paris
- Bolder, A.; Peusquens, D. (1988): Berufsspezifische Arbeitslosigkeit an der zweiten Schwelle in Nordrhein-Westfalen; Institut zur Erforschung sozialer Chancen (ISO), Bericht Nr. 40. Köln
- Bonß, W.; Plum, W. (1990): Gesellschaftliche Differenzierung und sozialpolitische Normalitäts(fiktion). In: Zeitschrift für Sozialreform 36: 692-715
- Borkowsky, A.; Streckeisen, U. (1989): Arbeitsbiographien von Frauen. Grösch
- Borscheid, P. (1987): Geschichte des Alters 16.-18. Jh. Münster
- Borscheid, P. (1990): Jugend und Alter. Zum Verhältnis der Generationen zwischen den Revolutionen 1789/1918. In: Archiv für Sozialgeschichte. Bd. 30
- Bortz, J.; Lienert, G.A.; Boehnke, K. (1990): Verteilungsfreie Methoden in der Biostatik. Berlin/Heidelberg/New York/London/Paris/Tokyo/Hongkong/Barcelona

- Bourdelaïs, P. (1993): *Le nouvel âge de la vieillesse. Histoire du vieillissement de la population.* Paris
- Boyett, J.M. (1979): Algorithm AS 144. Random $R \times C$ Tables with Given Row and Column Totals. In: *Applied Statistics*, Volume 28, 1979: 329-332
- Brinkmann, C.; Potthoff, P. (1983): Gesundheitliche Probleme in der Eingangsphase der Arbeitslosigkeit. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 4: 378-389
- Bryman, A. (1988): *Quantity and Quality in Social Research.* London/New York
- Buchmann, M. (1989): *The Script of Life in Modern Society.* Chicago
- Bude, H. (1985): Der Sozialforscher als Narrationsanimateur. Kritische Anmerkungen zu einer erzähltheoretischen Fundierung der interpretativen Sozialforschung. In: *KZfSS*, 37: 327-336
- Bühler-Niederberger, D. (1991): Analytische Induktion. In: Flick, U. u.a. (Hrsg.): *Handbuch Qualitative Sozialforschung.* München
- Buhr, P.; Ludwig, M.; Leibfried, S. (1990): Armutspolitik im Blindflug. Zur Notwendigkeit einer Erweiterung der Armutserichterstattung. In: Döring, D.; Hanesch, W.; Huster, E.-U. (Hrsg.): *Armut im Wohlstand.* Frankfurt
- Burgoyne, J. (1991): Afterword: does the ring make any difference? Couples and the private face of a public relationship in post-war Britain. In: Clark, D. (ed.): *Marriage, Domestic Life and Social Change.* London
- Burkhauser, R.V.; Hirvonen, P. (1990): Entwicklungstendenzen der Behindertenpolitik in Schweden, den USA und der Bundesrepublik Deutschland - Arbeitsmarktintegration oder Ausgrenzung? Arbeitspapier Nr.309 des Sfb 3
- Busch-Geertsema, V.; Ruhstrat, E.-U. (1992): Kein Schattendasein für Langzeitarmer! Wider die Verharmlosung von Langzeitarmer im Zusammenhang mit der "dynamischen" Armutsforschung. In: *Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge*, 72: 366-370
- Canguilhem, G. (1974): *Das Normale und das Pathologische.* München

- Carroll, G.R.; Havemann, H.; Swaminathan, A. (1990): Karrieren in Organisationen. Eine ökologische Perspektive. In: Mayer, K.U. (Hrsg.): Lebensläufe und sozialer Wandel. Sonderheft 31 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie: 146-178
- Clark, B.R. (1973): Die "Abkühlungsfunktion" in den Institutionen höherer Bildung. In: Steinert, H. (Hrsg.): Symbolische Interaktion. Stuttgart
- Cohen, J. (1977): Statistical Power Analysis for the Behavioral Sciences. New York/San Francisco/London
- Coleman, J. (1988): Social Capital in the Creation of Human Capital. AJS 94/1988 (Supplement)
- Coleman, J.C. (1988): Intimate Relationships, Marriage, and Family. New York (2nd ed.)
- Conrad, C. (1988): Die Entstehung des modernen Ruhestandes. Deutschland im internationalen Vergleich 1850-1960. In: Geschichte und Gesellschaft
- Cook, T.D.; Campbell, D.T. (1979): Quasi-Experimentation. Design and Analysis Issues for Field Settings. Boston
- Cremer-Schäfer, H.; Steinert, H. (1986): Sozialstruktur und Kontrollpolitik. Einiges von dem, was wir glauben, seit Rusche & Kirchheimer dazugelernt zu haben. In: Kriminologisches Journal, 1.Beiheft 1986: 77-118
- Cressey, D.R. (1971): Other People's Money. A study in the Social Psychology of Embezzlement. Belmont (erstmalig erschienen 1953)
- Cronbach, L.J.; Meehl, P.E. (1955): Construct validity in psychological tests. In: Psychological Bulletin, 52: 281-302
- Dabrowski, H.; Görres, H.-J.; Rosenbaum, W.; Voswinkel, S. (1984): Humanisierungsprobleme und Belegschaftsvertretung in Klein- und Mittelbetrieben. BMFT-Abschlußbericht. Göttingen
- Dabrowski, H.; Marstedt, G.; Mergner, U. (1989): Mehr als Monotonie und Zeitdruck. Soziale Konstitution von psychischen Belastungen im Betrieb. Wiesbaden
- Danneberg, L. (1989): Methodologien. Struktur, Aufbau und Evaluation. Berlin

- Debré, R., Sauvy A. (1946): Des Français pour la France. Le problème de la population. Paris
- Denzin, N.K. (1978): The Research Act. A Theoretical Introduction to Sociological Methods. New York
- Devereux, G. (1978): Ethnopsychanalyse. Die komplementaristische Methode in den Wissenschaften vom Menschen. Frankfurt
- Docherty, P.; Stjernberg T. (1985): Computergestützter Strategiewechsel im öffentlichen Sektor Schwedens. In: Karlsen, Th.K.; Kühn, H.; Oppen, M. (Hrsg.): Informationstechnologie im Dienstleistungsbereich. Arbeitsbedingungen und Leistungsqualität. Berlin
- Doeringer, P.B.; Piore, M.J. (1971): Internal Labor Markets and Manpower Analysis. Lexington
- Dostal, W. (1993): Prognose des Erwerbpersonspotentials (Arbeitstitel). In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Betrieblicher Gesundheitsschutz auf dem Prüfstand. Bonn (im Erscheinen)
- Dumons, B., Pollet, G. (1991): La naissance d'une politique sociale: Les retraites en France (1900-1914). In: Revue française de science politique
- Dumons, B., Pollet, G. (1991): La formation d'une politique de vieillesse: les retraites (1880-1914), Diss. Université de Lyon, 2. Teil
- Eberle, G. (1992): Gesundheitsförderung und "AOK - Die Gesundheitskasse". Entwicklung einer Strategie und ihre Umsetzung. In: Forum Gesundheitswissenschaften. 3.Jg., Heft 1: 79-103
- Ehmer, J. (1990): Sozialgeschichte des Alters. Frankfurt
- Esser, H. (1989a): Gesellschaftliche "Individualisierung" und das Schicksal der (Bindestrich-)Soziologie. In: Markefka, M.; Nave-Herz, R.(Hrsg.): Handbuch zur Familien- und Jugendforschung. Bd. II: Jugendforschung. Neuwied
- Esser, H. (1989b): Verfällt die "soziologische Methode"?. In: Soziale Welt, 40: 57-75.

- Esser, H. (1991): Alltagshandeln und Verstehen. Zum Verhältnis von erklärender und verstehender Soziologie am Beispiel von Alfred Schütz und "Rational Choice". Tübingen
- Esser, H.; Grohmann, H.; Müller, W.; Schäffer, K.-A. (1989): Mikrozensus im Wandel. Untersuchungen und Empfehlungen zur inhaltlichen und methodischen Gestaltung. Band 11 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik. Hrsg: Statistisches Bundesamt Wiesbaden. Stuttgart
- Fielding, N.G.; Fielding, J.L. (1986): Linking Data. Qualitative Research Methods, Vol. 4. Beverly Hills
- Fleck, C. (1992): Vom Neuanfang zur Disziplin. Überlegungen zur deutschsprachigen qualitativen Sozialforschung. In: KZfSS, 44: 747-765
- Flick, U. (1991): Stationen des qualitativen Forschungsprozesses. In: Flick, U. u.a. (Hrsg.): Handbuch Qualitative Sozialforschung. München
- Flick, U.; Kardorff, E. von; Keupp, H.; Rosenstiel, L. von; Wolff, S. (1991) (Hrsg.): Handbuch Qualitative Sozialforschung. München
- Freter, H.-J.; Hollstein, B.; Werle, M. (1991): Integration qualitativer und quantitativer Verfahrensweisen - Methodologie und Forschungspraxis. In: ZUMA-Nachrichten Nr. 29: 98-114
- Friebel, H. (1990): Berufsstart, Familiengründung und Weiterbildung. Erste Ergebnisse nach der sechsten Erhebungswelle der "Hamburger Jugendstudie". In: Projekt Jugend und Arbeit (Hrsg.): Jugendliche beim Einstieg in das Arbeitsleben. Weinheim/München
- Fuchs-Heinritz, W. (1990): Biographische Studien zur Jugendphase. In: Mayer, K.U. (Hrsg.): Lebensverläufe und sozialer Wandel (= Sonderband der KZfSS Nr. 31). Opladen
- Garfinkel, H. (1973): Das Alltagswissen über soziale und innerhalb sozialer Strukturen. In: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (Hrsg.): Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit. Bd.1. Reinbeck
- Geissler, R. (1992): Die Sozialstruktur Deutschlands. Opladen
- Gerdes, K. (1979) (Hrsg.): Explorative Sozialforschung. Stuttgart

- Gerhardt, U. (1984): Typenkonstruktion bei Patientenkarrieren. In: Kohli, M.; Robert, G. (Hrsg.): Biographie und soziale Wirklichkeit. Stuttgart
- Gerhardt, U. (1985): Erzählenden und Hypothesenkonstruktion. Überlegungen zum Gültigkeitsproblem in der biographischen Sozialforschung. In: KZfSS, 37: 230-256
- Gerhardt, U. (1986a): Patientenkarrieren. Eine medizinsoziologische Studie. Frankfurt
- Gerhardt, U. (1986b): Verstehende Strukturanalyse. Die Konstruktion von Idealtypen bei der Auswertung qualitativer Forschungsmaterialien. In: Soeffner, H.-G. (Hrsg.): Sozialstruktur und soziale Typik. Frankfurt
- Gerhardt, U. (1988): Die Struktur von Patientenkarrieren. In: Medizinsoziologie, 2: 223-242
- Gerhardt, U. (1991): Typenbildung. In: Flick, U. u.a. (Hrsg.): Handbuch Qualitative Sozialforschung. München
- Gerhardt, U. (1992): Frühberentung und Handlungsrationale. Zur Statusdynamik der Rehabilitation der Arbeiter nach koronarer Bypassoperation. In: Soziale Welt, 43.Jg., Heft 4: 422-448
- Gerson, K. (1991): Coping with Commitment: Dilemmas and Conflicts of Family Life. In: Wolfe, A. (ed.): America at Century's End. Berkeley
- Giddens, A. (1984): Interpretative Soziologie. Eine kritische Einführung. Frankfurt/New York
- Giddens, A. (1988): Die Konstitution der Gesellschaft. Frankfurt/New York
- Giegler, H. (1992): Zur Computerunterstützten Analyse Qualitativer Textdaten. In: Hoffmeyer-Zlotnick, J. (Hrsg.): Analyse verbaler Daten: Über den Umgang mit qualitativen Daten. Opladen
- Glaser, B.G.; Strauss, A.L. (1967): The Discovery of Grounded Theory: Strategies for Qualitative Research. Chicago
- Glaser, B.G. (1978): Theoretical Sensitivity. Advances in the Methodology of Grounded Theory. Mill Valley

- Glaser, B.G.; Strauss, A.L. (1979): Die Entdeckung gegenstandsbezogener Theorie. Eine Grundstrategie qualitativer Sozialforschung. In: Hopf, C.; Weingarten, E. (Hrsg.): Qualitative Sozialforschung. Stuttgart
- Glaser, B.G. (1993): Basics of Grounded Theory Analysis. Emergence vs. Forcing. Mill Valley, California
- Glöß, P.; Kühne, J. (1984): Nicht geeignet? Ausbildungsabbrüche -Versagen die Frauen oder versagt die Berufsausbildung? In: Mayer, C. u.a. (Hrsg.): Mädchen und Frauen - Beruf und Biographie. München
- Göckenjan, G. (1990): Moralökonomie und Stautspassagen. In: ders. (Hrsg.): Recht auf ein gesichertes Alter? Studien zur Geschichte der Alterssicherung in der Frühzeit der Sozialpolitik. Augsburg
- Göckenjan, Gerd (1988): "Solange die Sonne leuchtet ist Zeit des Wirkens." Zum Wandel des Motivs: Leistung im Alter. In: Göckenjan, G., Kondratowitz, H.J.v. (Hrsg.): Alter und Alltag. Frankfurt
- Goffman, E. (1962): On Cooling the Markt Out: Some Aspects of Adaptation to Failure. In: Rose, A.M. (ed.): Human Behavior and Social Processes. Boston
- Granovetter, M. (1974): Getting a Job. A Study of Contacts and Careers. Cambridge
- Grunow, D. (1982): Bürgernähe der Verwaltung als Qualitätsmaßstab und Zielbezug alltäglichen Verwaltungshandelns. In: Hesse, J.J. (Hrsg.): Politikwissenschaft und Verwaltungswissenschaft. PVS, Sonderheft 13. Opladen
- Grunow, D. (1988): Bürgernahe Verwaltung. Theorie, Empirie, Praxismodelle. Frankfurt/New York
- Habich, R. (1987): Wege der Stellenfindung und berufliche Plazierung. In: Deeke, A. u.a. (Hrsg.): Arbeitsmarktbewegung als sozialer Prozeß. Paderborn (SAMF)
- Hamerle, A. (1989): Multiple Spell Regression Models for Duration Data. In: Applied Statistics 38: 127-138
- Handl, J. (1988): Berufschancen und Heiratsmuster von Frauen. Frankfurt

- Hatzfeld, H. (1971): *Du paupérisme à la Sécurité sociale 1850-1940. Essai sur les origines de la Sécurité sociale en France.* Paris
- Hays, W.L. (1981): *Statistics.* New York
- Headey, B.; Habich, R.; Krause, P. (1990): *The Duration and Extent of Poverty - Is Germany a Two-Thirds-Society?* Arbeitspapier P90/103, Wissenschaftszentrum für Sozialforschung. Berlin
- Hegner, F. (1978): *Das bürokratische Dilemma.* Frankfurt/New York
- Heid, H. (1992): *Über das mit Chancen Beschriebene und Geforderte.* In: Daheim, H. u.a. (Hrsg.): *Soziale Chancen. Forschungen zum Wandel der Arbeitsgesellschaft.* Frankfurt/New York
- Heinz, W.R.; Krüger, H. (1985): *"Hauptsache eine Lehrstelle". Jugendliche vor den Hürden des Arbeitsmarktes.* Weinheim/Basel (2.Auflage 1987)
- Heinz, W.R. (1988): *Selbstsozialisation und Arbeitsmarkt: Jugendliche zwischen Modernisierungsversprechen und Beschäftigungsrisiken.* In: *Das Argument* 168: 198-207
- Heinze, T.; Klusemann, H.W. (1980): *Versuch einer sozialwissenschaftlichen Paraphrasierung am Beispiel des Ausschnittes einer Bildungsgeschichte.* In: Heinze, T.; Klusemann, H.W.; Soeffner, H.G. (Hrsg.): *Interpretationen einer Bildungsgeschichte. Überlegungen zur sozialwissenschaftlichen Hermeneutik.* Bensheim
- Herder-Dorneich, Ph. (1985): *Wettbewerb und Rationalitätenfallen im System der Gesetzlichen Krankenversicherung.* In: *Beiträge zur Gesundheitsökonomie.* Band 7
- Hermanns, H. (1992): *Die Auswertung narrativer Interviews. Ein Beispiel für qualitative Verfahren.* In: Hoffmeyer-Zlotnik, J. (Hrsg.): *Analyse verbaler Daten.* Opladen
- Hildebrandt, E.; Seltz, R. (1989): *Wandel betrieblicher Sozialverfassung durch systemische Kontrolle?* Berlin
- Hildebrandt, E. (1991) (Hrsg.): *Betriebliche Sozialverfassung unter Veränderungsdruck. Konzepte, Varianten, Entwicklungstendenzen.* Berlin

- Hildenbrand, B. (1991): Fallrekonstruktive Forschung. In: Flick, U. u.a. (Hrsg.): Handbuch qualitative Sozialforschung. München
- Hirji, K.F.; Metha, C.R.; Patel, N.R. (1987): Computing Distributions for Exact Logistic Regression. In: JASA 82: 1110-1117
- Hoffmeyer-Zlotnik, J. (Hrsg.) (1992): Analyse verbaler Daten. Über den Umgang mit qualitativen Daten. Opladen
- Huber, G.L. (1992) (Hrsg.): Qualitative Analyse. Computereinsatz in der Sozialforschung. München/Wien
- Huber, J. (1991) (ed.): Macro-Micro-Linkages in Sociology. Newbury Park/London/New Delhi
- Hübinger, W.; Priester, T.; Behrens, J.; Glatzer, W.; Leibfried, S. (1987): Verwaltungsdaten der Sozialhilfe - Verwendungsmöglichkeiten für die Sozialberichterstattung. Arbeitspapier Nr.248 des Sfb 3. Universitäten Frankfurt und Mannheim (veröffentlicht in: Zeitschrift für Sozialeform 35, 1989: 405-427, 457-474, 529-545)
- Hunt, M.M. (1966): The World Of The Formerly Married. New York
- d'Iribarne, P. (1991): Culture et "effet sociétal". In: Revue française de sociologie
- Jaurès, J. (1912): L'amélioration de la loi des retraites. Discours de Jaurès, à la Chambre, le 16 déc. 1911. In: Revue Socialiste, Jan.: 1-26
- Kaase, M. (1986): Das Mikro-Makro-Puzzle der empirischen Sozialforschung. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 38: 209-222
- Kaelble, H. (1991): Nachbarn am Rhein. Entfremdungen und Annäherungen der französischen und deutschen Gesellschaft seit 1880. München
- Kappelhoff, P.; Teckenberg, W. (1987): Intergenerationen- und Karrieremobilität in der Bundesrepublik Deutschland und in den Vereinigten Staaten. KZfSS 39
- Kaufmann, F.-X.; Schäfer, P. (1979): Das Problem bürgerner Sozialpolitik. In: Kaufmann, F.-X. (Hrsg.): Bürgernahe Sozialpolitik. Planung, Organisation und Vermittlung sozialer Leistungen auf lokaler Ebene. Frankfurt/New York

- Kaufmann, F.-X. (1988): Familie und Modernität. In: Lüscher, K. u.a. (Hrsg.): Die postmoderne Familie. Familiäre Strategien und Familienpolitik in einer Übergangszeit. Konstanz
- Kelle, U. (1990): Computerunterstützte Auswertung qualitativer Daten. Arbeitspapier Nr.11 des Sfb 186. Bremen
- Kelle, U. (1992): Empirisch begründete Theoriebildung. Ein Beitrag zur Logik und Methodologie interpretativer Sozialforschung, Dissertationsschrift. Universität Bremen
- Kelle, U. (1993): Computer-assisted categorization as a heuristic tool in qualitative data analysis. In: Faulbaum, F. (Hrsg.): SOFTSTAT '93 - Fortschritte der Statistik-Software. Stuttgart (im Erscheinen)
- Kistler, E. u.a. (1993): "Die Wiedervereinigung der deutschen Männer braucht keine Frauen". Aus Politik und Zeitgeschichte B6
- Klages, H. (1985): Bildung und Wertewandel. In: Lutz, B. (Hrsg.): Soziologie und gesellschaftliche Entwicklung. Verhandlungen des 22. Deutschen Soziologentages in Dortmund. Frankfurt/New York
- Koch, U.; Barth, M.; Hoffmann-Markwald, A.; Wittmann, W.W. (1990): Das Antragsverhalten hinsichtlich medizinischer Maßnahmen zur Rehabilitation aus der Sicht der Versicherten. Projektbericht im Auftrag des VDR. Freiburg
- Koch, U.; Barth, M. (1990): Kritische Übersicht über das System der medizinischen Rehabilitation. In: psychomed. Heft 2: 217-221
- Kohli, M. (1985): Die Institutionalisierung des Lebenslaufs. In: KZfSS, Heft 1
- Kohli, M. (1987): Ruhestand und Moralökonomie. Eine historische Skizze. In: Heinmann, K. (Hrsg.): Soziologie wirtschaftlichen Handelns. Opladen
- Kott, S. (1990): Alter und Invalidität der Textilarbeiter im Oberelsaß des 19. Jh. In: Göckenjan, G. (Hrsg.): Recht auf ein gesichertes Alter? Studien zur Geschichte der Alterssicherung in der Frühzeit der Sozialpolitik. Augsburg
- Kotthoff, H. (1986): Betriebliche Personalpolitik im Umgang mit gesundheitlich Beeinträchtigten. Hsgg. von der Arbeitskammer des Saarlandes. Saarbrücken

- Kreckel, R. (1992): Soziologie der sozialen Ungleichheit. Frankfurt/New York
- Kreckel, R. (1991): Geschlechtssensibilisierte Soziologie. Können askriptive Merkmale eine vernünftige Gesellschaftstheorie begründen? In: Zapf, W. (Hrsg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990. Frankfurt/New York
- Kreckel, R. (1983): Theorien sozialer Ungleichheit im Übergang. In: ders. (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Sonderband 2 der Sozialen Welt. Göttingen
- Krüger, H.; Born, C.; Kelle, U. (1989): Sequenzmuster in unterbrochenen Erwerbskarrieren von Frauen. Arbeitspapier Nr.7 des Sfb 186. Bremen
- Krüger, H. (1991): Doing Gender - Geschlecht als Statuszuweisung im Berufsbildungssystem. In: Brock, D. u.a. (Hrsg.): Übergänge in den Beruf. Weinheim/München
- Kuckartz, U. (1992): Textanalyse-systeme für die Sozialwissenschaften. Einführung in MAX und TEXTBASE ALPHA. Stuttgart/Jena/New York
- Kühn, H. (1989): Der automatisierte Sozialstaat. Arbeit und Computer in sozialverwaltungen. Berlin
- Labisch, A. (1992): Homo hygienicus. Gesundheit und Medizin in der Neuzeit. Frankfurt/New York
- Lamneck, S. (1988): Qualitative Sozialforschung. Bd.1: Methodologie. München
- Laudan, L. (1977): Progress and its Problems. Towards a Theory of Scientific Growth. London/Henley
- Laudan, L. (1987): Progress or Rationality The Prospects for Normative Naturalism. In: Am. Phil. Q. 24: 19-31.
- Lange, K.; Sippel, F. (1986): Verwaltungsautomation und Bürgerservice. Ansätze zur Aufhebung eines Widerspruchs. Opladen
- Lee, R.M.; Fielding, N.G. (1991): Using Computer in Qualitative Research. London/Newbury Park/New Delhi

- Leisering, L.; Zwick, M. (1990): Heterogenisierung der Armut? Alte und neue Perspektiven zum Strukturwandel der Sozialhilfeklientel in der Bundesrepublik Deutschland. In: Zeitschrift für Sozialreform 36: 715-745
- Lempert, W. u.a. (1990): Berufsbiographien und Persönlichkeitsentwicklung junger Facharbeiter. Eine Längsschnittstudie. Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie 10: 194-217
- Lenz, K. (1986): Alltagswelten von Jugendlichen. Eine empirische Studie über jugendliche Handlungstypen. Frankfurt
- Lenz, K. (1988): Die vielen Gesichter der Jugend. Jugendliche Handlungstypen in biographischen Portraits. Frankfurt/New York
- Lindesmith, A.R. (1968): Addiction and Opiates. Chicago (erstmal erschienen 1947)
- Lüders, C.; Reichertz, J. (1986): Wissenschaftliche Praxis ist, wenn alles funktioniert und keiner weiß warum - Bemerkungen zur Entwicklung qualitativer Sozialforschung. In: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau, Heft 12: 90-102
- Lutz, B. (1984): Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Frankfurt
- MacNaughton-Smith, P. (1975): Der zweite Code. In: Lüderssen, K.; Sack, F. (Hrsg.): Seminar: Abweichendes Verhalten II. Frankfurt
- Maurice, M., Sellier, F., Silvestre, J.-J. (1992): Analyse sociétale et cultures nationales. Réponse à Philippe d'Iribarne. In: Revue française de sociologie
- Mayer, K.U. (1987): Lebenslaufforschung. In: Voges, W. (Hrsg.): Methoden der Biographie- und Lebenslaufsforschung. Opladen
- Mayer, K.U. (1990): Lebensverläufe und sozialer Wandel. In: Mayer, K.U. (Hrsg.): Lebensverläufe und sozialer Wandel. Opladen
- Mayerhofer, S.; Ludwig-Mayerhofer, W. (1993): Sozialhilfe und Arbeitslosigkeit. Ein Vergleich von Haushalts- und Individualdaten anhand der "Bremer Längsschnittstichprobe von Sozialhilfeakten (Antragskohorte 1983)", Ms., München

- Mayntz, R.; Schumacher-Wolf, C. (1985): Verwaltungspolitische Strategien technischer Innovationen. In: Ellwein, Th.; Hesse, J.J. (Hrsg.): Verwaltungsvereinfachung und Verwaltungspolitik. Baden-Baden
- Mayntz, R. (1992): Modernisierung und die Logik von intraorganisatorischen Netzwerken. *Journal für Sozialforschung* 32
- Mayntz, R.; Derlien, H.-U. (1979): Die Organisation der gesetzlichen Krankenversicherung - eine strukturell-funktionale Problemstudie. Forschungsbericht Nr.17 der Reihe Gesundheitsforschung, hsgg. vom BMAS. Bonn
- Merton, R.K.; Kendall, P.L. (1979): Das fokussierte Interview. In: Hopf, C.; Weingarten, E. (Hrsg.): *Qualitative Sozialforschung*. Stuttgart
- Metha, C.R.; Patel, N.R. (1983): A Network Algorithm for Performing Fisher's Exact Test in $r \times c$ Contingency Tables. In: *JASA* 78 (382): 427-434
- Milenovic, I. (1992): Die Heiratsmarktchancen von Männern und Frauen in der Bundesrepublik Deutschland von 1950-1988. In: Ott, N.; Wagner, G. (Hrsg.): *Familie und Erwerbstätigkeit im Umbruch*. Berlin
- Miles, M.B.; Huberman, A.M. (1993): *Qualitative Data Analysis: A Sourcebook of New Methods*. Beverly Hills, California (erstmalig erschienen 1984)
- Minks, K.-H.; Bathke, G.-W. (1992): *Berufliche Integration und Weiterbildung von jungen Akademikern aus den neuen Ländern*. Hannover (HIS)
- Minks, K.-H.; Bathke, G.-W. (1993): *Berufliche Integration und Weiterbildung von Ingenieurinnen aus den neuen Ländern*. Reihe Bildung - Wissenschaft - Aktuell 3/93. Bonn
- Morgan, D.H.J. (1990): *Issues of Critical Sociological Theory: Men in Families*. In: Sprey, J. (ed.): *Fashioning Family Theory. New Approaches*, Newbury Park
- Mosbach-Schulz, O. (1993): Die Bootstrap-Idee im Generalisierten Linearen Modell. In: Kinder, H.-P.; Liese, F. (Hrsg.): 1. Rostock-Bremen-Statistik-Seminar. Tagungsbericht. Rostock 1992. *Mathematik-Arbeitspapiere, Serie A: Mathematische Forschungspapiere*. Universität Bremen
- Müller, W. (1978): *Klassenlage und Lebenslauf*. Mannheim

- Murstein, B.I. (1980): Mate selection in the 1970s. In: *Journal of Marriage and the Family*, 42 (Nov.): 777-792
- Murstein, B.I. (1986): *Paths To Marriage*, Newbury Park
- Nagel, U. (1993): Hilfe als Profession. In: Leisering, L.; Geissler, B.; Rabe-Kleberg, U.; Mergner, U. (Hrsg.): *Moderne Lebensläufe im Wandel - Beruf-Familie-Soziale Hilfen-Krankheit*. Weinheim (im Erscheinen)
- Naschold, F.; Wagner, G. (1989): *Betrieb und Staat im altersstrukturellen Wandel. Eine Projektskizze*. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
- Neubauer, G.; Birkner, B. (1980): Beeinflußt die Versicherungsart das Verhalten von Arzt und Patient? In: *Sozialer Fortschritt*. Heft 7-8: 153 ff.
- Nienhüser, W. (1992): Wirkungsanalyse und Gestaltung betrieblicher Personalstrukturen - am Beispiel der Altersstrukturen. In: *Zeitschrift für Personalforschung*. 6. Jg., Heft 1: 75-96
- Nordstrom, B. (1986): Why men get married: More or less traditional men compared. In: Lewis, R.A.; Salt, R.E. (eds.): *Men in families*. Newbury Park
- Oevermann, U. (1986): Kontroversen über sinnverstehende Soziologie. Einige wiederkehrende Probleme und Mißverständnisse in der Rezeption der "objektiven Hermeneutik": In: Aufenanger, S.; Lenssen, M. (Hrsg.): *Handlung und Sinnstruktur. Bedeutung und Anwendung der objektiven Hermeneutik*. München
- Oevermann, U. (1989): *Objektive Hermeneutik - Eine Methodologie soziologischer Strukturanalyse*. Frankfurt
- Oppen, M. (1987): *Vom Verwaltungsapparat zum Dienstleistungsunternehmen? Klientenorientierte Gestaltungsvarianten sozialpolitischer Administrationen*. Berlin 1991 Paquet, R.: *Umverteilung und Wettbewerb in der GKV*. Schriftenreihe Strukturforschung im Gesundheitswesen, Bd.19. BASiG. TU Berlin
- Oppen, M. (1992): *Auf der Suche nach Dienstleistungsqualität. Produktivität und der Wandel technisch-organisatorischer "Produktions"konzepte öffentlicher Leistungen*. Ms. Berlin

- Over, A. (1988): Die deutschsprachige Forschung über Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland. München
- Padilla, R.V. (1992): Qualitative and Quantitative Models of Social Situations: The Case for Triangulation of Paradigms. Vortrag gehalten auf der Konferenz "The Qualitative Research Process and Computing", Oktober 1992. Bremen
- Pankoke, E. (1990): Die Arbeitsfrage. Arbeitsmoral, Beschäftigungskrisen und Wohlfahrtspolitik im Industriezeitalter. Frankfurt
- Patefield, W.M. (1981): Algorithm AS 159. An Efficient Method of Generating Random $R \times C$ Tables with Given Row and Column Totals. In: Applied Statistics, Vol. 30.
- Phelps, E.S. (1972): The Statistical Theory of Racism and Sexism. American Economic Review 62
- Prein, G.; Kelle, U. (1993): Estimation of Beta-error in Multivariate Modelling with Small Samples. In: Faulbaum, F. (Hrsg.): SOFTSTAT '93 - Fortschritte der Statistik-Software. Stuttgart (im Erscheinen)
- Priester, T.; Klein, P. (1992): "Hilfe zur Arbeit". Ein Instrument für kommunale Arbeitsmarktpolitik? Augsburg
- Reichel, E. (1985): Nationalismus - Hedonismus - Faschismus. Der Mythos Jugend in der französischen Politik und Literatur von 1890 bis 1945. In: Koebner, T. et al. (Hrsg.): "Mit uns zieht die Zeit". Der Mythos Jugend. Frankfurt
- Renard, D. (1992): Une vieillesse républicaine. L'Etat et la protection sociale de la vieillesse, de l'assistance aux assurances sociales (1880-1914). In: Sociétés Contemporaines
- Rindfuss, R.R.; Swicegood, C.G.; Rosenfeld, R.A. (1987): Disorder in the life course: how common and does it matter? American Sociological Review, 52: 785-801
- Ritter, G.A. (1989): Der Sozialstaat. München

- Rosenberg, P. (1986): The Origin and Development of Compulsory Health Insurance in Germany. In: Political Values and Health Care: The German Experience. Cambridge, MA.
- Rosenow, J. (1989): Regulierung betrieblicher Altersstrukturen. Berlin
- Rückert, J. (1990): Entstehung und Vorläufer der gesetzlichen Rentenversicherung. In: Ruland, F. (Hrsg.): Handbuch der gesetzlichen Rentenversicherung. Neuwied
- Ryder, N. (1965): The Cohort as a Concept of Social Change. ASR 30
- Schade, G. (1987): Der Übergang von Hochschulabsolventen in die berufliche Tätigkeit. Berlin
- Schmidt-Ohlemann, M.; Behrens, J. (1987): Verläufe von Erkrankungen des Bewegungsapparates und berufliche Mobilitätsprozesse. In: Krasemann, E.O.; Laaser, U.; Schach, E. (Hrsg.): Sozialmedizin. Schwerpunkte: Rheuma und Krebs. Berlin
- Schmorrtte, S. (1990): Alter und Medizin. Die Anfänge der Geriatrie in Deutschland. In: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 30
- Schräder, W.; Häussler, B., Preiser, K. (Red. Paquet, R.) (1990): Soziale Ungleichheit und medizinische Versorgung. In: BMAS: 129-204
- Schrimppff, W. (1983): Heterogene Koordinationsinstrumente im Beschäftigungssystem der DDR. Münster
- Schumann, K.F.; Gerken, J.; Seus, L. (1991) "Ich wußt' ja selber, daß ich nicht grad' der Beste bin...". Zur Abkühlungsprobelmatik bei Mißerfolg im schulischen und beruflichen Bildungssystem. Arbeitspapier Nr.12 des Sfb 186. Bremen
- Schütze, F. (1981): Prozeßstrukturen des Lebensablaufs. In: Matthes, J.; Pfeifenberger, A.; Stosberg, M. (Hrsg.): Biographie in handlungswissenschaftlicher Perspektive. Nürnberg
- Seidel, J. (1991): Method and Madness in the Application of Computer Technology to Qualitative Data Analysis. In: Lee, R.M.; Fielding, N.G. (eds.): Using Computers in qualitative Research. London

- Seidel, J. (1993): *The Ethnograph Version 4.0*. Boston
- Sengenberger, W. (1987): *Struktur und Funktionsweise von Arbeitsmärkten*. Frankfurt
- Simmel, G. (1908): *Der Arme*. In: ders.: *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. Leipzig
- Simmel, G. (1983): *Soziologie*. Berlin (zuerst 1908)
- Sombart, W. (1913): *Der Bourgeois. Zur Geistesgeschichte des modernen Wirtschaftsmenschen*. München/Leipzig
- Sonderforschungsbereich 186 (1991): *Arbeits- und Ergebnisbericht Juli 1988 bis Februar 1991*. Bremen
- Sonderforschungsbereich 186 (1991): *Finanzierungsantrag für die zweite Forschungsphase Juli 1991 bis Dezember 1993*. Bremen
- Stegmann, H. (1988): *Jugend beim Übergang in Arbeit und Beruf*. In: *Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): Berufseinstieg heute*. München
- Steiner, V. (1993): *Labour Market Transitions and the Evolution of Non-Employment in West-Germany in the 1980s*. Mannheim
- Steiner, N. (1990): *Le personnage du vieillard dans le discours littéraire du XIXe siècle*. Paris (Maîtrise, Université de Paris VII)
- Stöcklein, A. (1982): *Ehrenvolle Ruhe*. In: Stagl, J. (Hrsg.): *Aspekte der Kultursoziologie*. Berlin
- Strauss, A.L. (1987): *Qualitative Analysis for Social Scientists*. Cambridge
- Strauss, A.L.; Corbin, J. (1990): *Basics of Qualitative Research. Grounded Theory Procedures and Techniques*. Newbury Park
- Strauss, A.L. (1991): *Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen soziologischen Forschung*. München
- Strehmel, P. (1988): *Prozeßanalyse von Bewältigungsprozessen*. In: Brüderl, L. (Hrsg.): *Theorien und Methoden der Bewältigungsforschung*. Weinheim

- Strehmel, P.; Ulich, D. (1991): Belastende Lebensveränderungen und Entwicklung: Eine Follow-Up-Studie über Auswirkungen von Arbeitslosigkeit. Schweizerische Zeitschrift für Psychologie, 50: 64-76
- Teichler, U. (1984): Forschung über Hochschule und Beruf. In: Goldschmidt, D. u.a. (Hrsg.): Forschungsgegenstand Hochschule. Frankfurt
- Teichler, U. u.a. (1987): Hochschule - Studium - Berufsvorstellungen. Bonn
- Teichler, U. u.a. (1990): Der Berufseintritt von Hochschulabsolventen. Bonn
- Tesch, R. (1990): Qualitative Research. Analysis Types & Software Tools. New York/Philadelphia/London
- Tesch, R. (1992): Verfahren der computerunterstützten qualitativen Analyse. In: Huber, G.L. (Hrsg.): Qualitative Analyse. München
- Tiemann, F. (1988): Epidemiologische Analyse der Gruppe der Versicherten, die ohne vorherige Rehabilitationsmaßnahme frühberentet wurden oder im erwerbsfähigen Alter verstorben sind. Gutachtenbericht. Berlin
- Tilly, C. (1984): Big Structures, Large Processes, Huge Comparisons. New York
- Trempé, R. (1971): Les mineurs de Carmaux 1848-1914. Paris
- VDR (1992) (Hrsg.): Empfehlungen zur Weiterentwicklung der medizinischen Rehabilitation in der gesetzlichen Rentenversicherung. Bericht der Reha-Kommission des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger. Frankfurt
- Voges, W.; Leibfried, S. (1990): Keine Sonne für die Armut. Vom Sozialhilfebezug als Verlauf ('Karriere') - Ohne umfassendere Information keine

- wirksame Armutsbekämpfung. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 70: 135-141
- von Ferber, C. (1987): Gesundheits- und Arbeitsschutz in Zusammenarbeit mit den Sozialversicherungsträgern. In: Arbeit und Gesundheit. Schriftenreihe Arbeitssicherheit der IG Metall Nr. 24. Frankfurt
- Vonderach, G.; Siebers, R. (1991): Biographische Bewältigungsweisen von Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf dem Lande. Bios 4: 41-58
- Wagner, G.; Schupp, J. (1991): Die Sozial- und Arbeitsmarktstruktur in der DDR und in Ostdeutschland. In: Projektgruppe "Das Sozio-ökonomische Panel" (Hrsg.): Lebenslagen im Wandel. Frankfurt
- Webber, D.: Krankheit, Geld und Politik (1988): Zur Geschichte der Gesundheitsreformen in Deutschland. In: Leviathan. 16.Jg.
- Wilson, T.P. (1982): Qualitative *oder quantitative Methoden in der Sozialforschung. In: KZfSS, 34. Jg.: 487-508
- Winckelmann, D. (1977): Die Entstehung von Kriminalität als berufspädagogisches Problem. München
- Winkel, R. (1989): Berufsstart in Nordrhein-Westfalen. Übergang von der betrieblichen Berufsausbildung in die Beschäftigung. Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW (Hrsg.). Düsseldorf
- Winkel, R. (1990): Chancenrealisierung an der zweiten Schwelle: Aktuelle Auswirkungen traditioneller Strukturdefizite des Dualen Systems; Institut zur Erforschung sozialer Chancen (ISO), Bericht Nr.43. Köln
- Witte, E.H. (1980): Signifikanztest und statistische Inferenz. Analysen, Probleme, Alternativen. Stuttgart

- Witte, J.C. (1990): Labor Force Integration and Marital Choice in the United States and Germany. Frankfurt/Colorado
- Witzel, A. (1982): Verfahren der qualitativen Sozialforschung. Überblick und Alternativen. Frankfurt/New York
- Witzel, A. (1985): Das problemzentrierte Interview. In: Jüttemann, G. (Hrsg.): Qualitative Forschung in der Psychologie. Heidelberg
- Wolf, H.K. (1986): Jugendforschung als Prozeßanalyse - Erkenntnischancen von Längsschnittstudien. In: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Interdisziplinäre Jugendforschung. Fragestellungen, Problemlagen, Neuorientierungen. Weinheim/München
- ZfH (1989) (Hrsg.): Vermittlung und Einsatz von Hochschulabsolventen in der DDR. Berlin
- Zoll, R. u.a. (1989): Nicht so wie unsere Eltern! Ein neues kulturelles Modell? Opladen